
Blog-Einträge 3.9.22 - 12.1.23

Die letzten Blog-Einträge

- [\(211\) Die polnische Billionen-Reparationsforderung und die Spekulation auf ein kurzes deutsches Gedächtnis](#)
- [\(210\) Rentenreform: Macron versucht es wieder](#)
- [\(209\) Lindner bleibt ein rechts-konservativer Fremdkörper in der "Ampel"](#)
- [\(208\) Drei schwere Krisen auf einmal: Seuchen, Krieg, Inflation - Unser neues Normal](#)
- [\(207\) Hoher Migranten-Anteil gefährdet an vielen Schulen normalen Unterrichtsbetrieb](#)
- [\(206\) Die hohe Inflation setzte sich auch zum Jahresende mit fast 9 % gegenüber Vorjahr fort](#)
- [\(205\) Zu den falschen Neujahrsbotschaften von der großen Einheit in einem tief gespaltenen Land](#)
- [\(204\) Putin wird immer martialischer](#)
- [\(203\) Armer Staat: Wenn es an öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur fehlt](#)
- [\(202\) Die 100 wertvollsten Unternehmen: Deutschland verliert an der Börse dramatisch an Einfluss - Seine Wirtschaft schwächelt seit Jahren](#)
- [\(201\) Merkel: Die ewige Rechthaberin](#)
- [\(200\) Deutschland schiebt nur jeden fünften illegalen Migranten ab](#)
- [\(199\) Die verdammte EZB hat uns eine dauerhaft hohe Inflation eingebracht](#)
- [\(198\) Putin wird sich freuen: Als Folge von Putins Angriffskrieg warnen Experten vor Anstieg der Kinderarmut in Deutschland](#)
- [\(197\) Die blutigen Folgen der deutschen Migrationspolitik](#)
- [\(196\) Mehr als ein Drittel der mehr als 1 Mio. Ukraineflüchtlinge will langfristig in Deutschland bleiben - ein wichtiger Grund: Hartz-IV-Leistungen](#)
- [\(195\) Länger Arbeiten - der Irrglaube des Herrn Scholz](#)
- [\(194\) Inflation bei Lebensmitteln 21,1 %, einzigartiger Reallohnverlust](#)
- [\(193\) Der Wohnungsneubau in Deutschland bricht tief ein](#)
- [\(192\) Inflation: Die Tafeln in Deutschland arbeiten am Limit](#)
- [\(191\) Rußland bleibt ein Schurkenstaat mit totaler Verachtung für das Völkerrecht](#)
- [\(190\) Wie die Bundesregierung zum Migranten-Schleuser wurde](#)
- [\(189\) Milliardäre in Deutschland und viel Steuerflucht](#)
- [\(188\) Merkel, noch immer die Unverbesserliche - Aus dem Interview mit der "ZEIT" vom 7. Dezember](#)
- [\(187\) Geschichtsloses Deutschland](#)
- [\(186\) Der Westbalkan ist zum Einfallstor illegaler Migration über Deutschlands weit offene Grenzen geworden](#)
- [\(185\) Wladimir Putin: Das System organisierter Verbrecher \(mit Teilen aus einem ZEIT-Artikel\)](#)
- [\(184\) Lagarde bleibt Lagarde: Schuld an Inflation sind immer die Anderen oder "Haltet den Dieb!"](#)
- [\(183\) Einzelhandelsumsatz im Oktober 2022 um fast 7 % niedriger als im Vorjahresmonat](#)
- [\(182\) Madeira](#)
- [\(181\) Lebensmittelpreise steigen weiter mit neuer Höchststrate von 21 %](#)
- [\(180\) Deutschland braucht Fachkräfte, hat aber die falsche Einwanderung](#)
- [\(179\) Unzufriedenheit breitet sich in Deutschland aus](#)
- [\(178\) Putin und 6 Fotos, die viel sagen](#)
- [\(177\) Immer mehr Armut in Deutschland](#)

[\(176\) Wenn die Inflation zum sozialen Verbrechen wird](#)

[\(175\) Jeder vierte Jugendliche von Armut bedroht](#)

[\(174\) Eine neue Migrationswelle wie 2015?](#)

[\(173\) Unglaublich: Putins Hetzprogramme werden vom französischen Unternehmen Eutelsat ausgestrahlt](#)

[\(172\) Erstmals wieder etwas weniger Anstieg der Erzeugerpreise](#)

[\(171\) Was für ein Wahnsinn: China, der weltgrößte CO2-Produzent, wird nicht zum Fonds für von Extremwetter oder Dürrekatastrophen besonders betroffene Staaten beitragen](#)

[\(170\) Hoher Anstieg im Verbrauch von Depressiva in Deutschland](#)

[\(169\) Klima und Migration](#)

[\(168\) Putin in Bildern: Vom gern akzeptierten Partner zum zynischen Feind des Westens und Raubmörder in der Ukraine](#)

[\(167\) Wenn sich die deutsche Raffgier hinter Putin versteckt](#)

[\(166\) Die soziale Gerechtigkeit endet auf der Vorstandsebene](#)

[\(165\) Unglaublich: Die Bundesregierung finanziert deutsche Schlepper auf dem Mittelmeer](#)

[\(164\) Die Ernährung der Deutschen wird immer teurer](#)

[\(163\) Klima und Gesundheit](#)

[\(162\) Ohne eine viel aktivere Rolle Chinas ist die Klima-Katastrophe nicht zu verhindern](#)

[\(161\) Wenn Kinder arm machen](#)

[\(160\) Wirtschaftsweise: Holt es bei den Reichen!](#)

[\(159\) Das deutsche Großmaul in der Klimapolitik](#)

[\(158\) Unsere zerrissene Gesellschaft: Fast ohne Worte](#)

[\(157\) Auf dem deutschen Weg in den Treibhaus-Wahnsinn](#)

[\(156\) Armes Deutschland](#)

[\(155\) Immer mehr Deutsche glauben russischer Propaganda](#)

[\(154\) Scholzens Märchenstunde vor seiner Reise nach China](#)

[\(153\) In schwierigen Zeiten: Wenn die Straße sich meldet](#)

[\(151\) Und weiter steigt die Inflationsrate](#)

[\(150\) Das falsche Gastgeschenk des Bundeskanzlers an Peking](#)

[\(149\) Zu einem "Marshall-Plan" für die Ukraine](#)

[\(148\) Deutsches Geldvermögen schrumpft pro Kopf um 4700 Euro](#)

[\(147\) Im Zeitalter der Pandemien](#)

[\(146\) Scholz steht zu China wie Schröder zu Rußland](#)

[\(145\) Der Inflationsdruck hält unverändert an](#)

[\(144\) Noch eine soziale Sauerei](#)

[\(143\) Die immobile Sauerei](#)

[\(142\) Der deutsche Angstpegel steigt](#)

[\(141\) Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird - auch wenn sie keine ist](#)

[\(140\) Die Inflation bei landwirtschaftlichen Produkten hält sich über 30 %](#)

[\(139\) Die Augen eines Raubtieres](#)

[\(138\) Seuche, Inflation, Krieg und Klima schütteln unsere Welt](#)

[\(136\) Work-Life-Balance: Die Deutschen haben immer weniger Lust zu arbeiten](#)

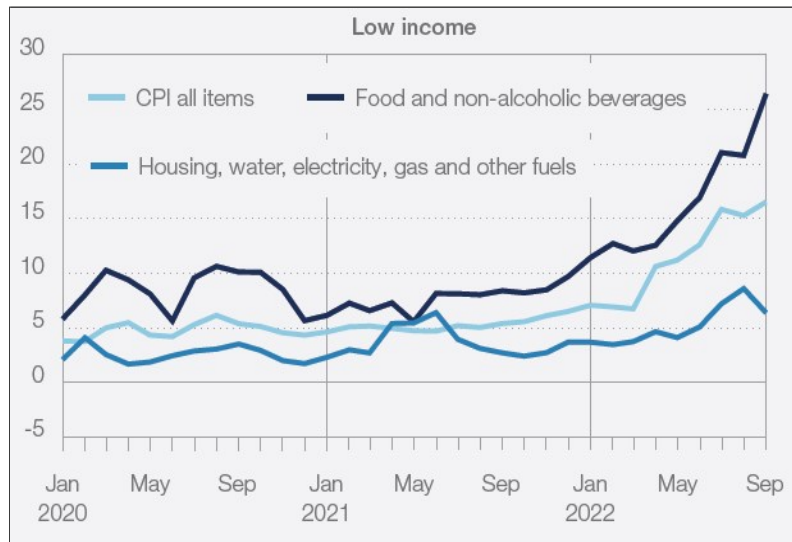
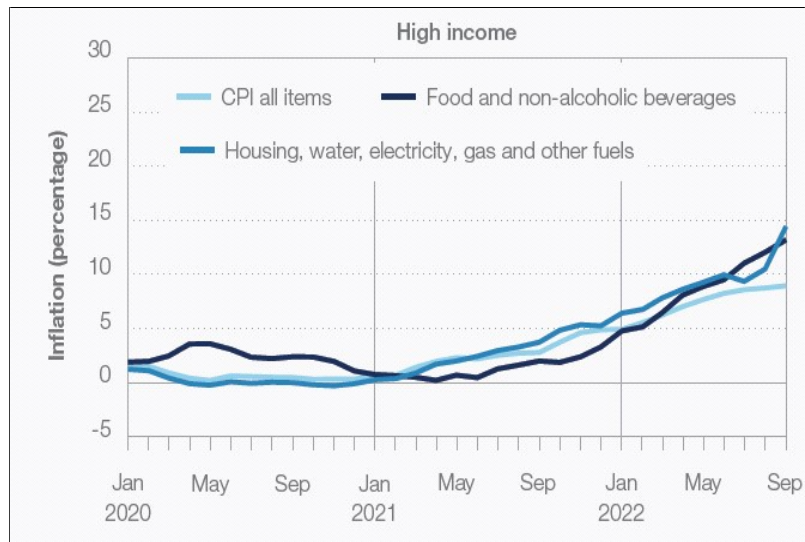
[\(135\) Immigration: Wiederholt sich 2015?](#)

Blog-Zuschriften bestellen

Bitte Email Anschrift eintragen und dann auf "subscribe" drücken *

Subscribe

Blog 212 13-01-23: Der erste Rückschritt in der menschlichen Entwicklung seit Jahrzehnten: Risikobericht des Weltwirtschaftsforums



Energiekrise, Inflation und Ukrainekrieg haben die Welt instabiler gemacht. Der Global Risk Report des Weltwirtschaftsforums zeichnet ein düsteres Bild der nahen Zukunft. Die kommenden zwei Jahre dürften hart werden - das ist zumindest die Botschaft des Global Risk Report, den das Weltwirtschaftsforum an diesem Mittwoch veröffentlicht hat. Die Experten listen darin eine ganze Reihe von kurz- und mittelfristigen Risiken für die Menschheit auf, die sich im

schlimmsten Fall gegenseitig verstärken könnten. Für den Report, den das Weltwirtschaftsforum (WEF) zusammen mit dem Beratungsunternehmen Marsh McLennan und der Versicherung Zurich erstellt hat, wurden nach Angaben des WEF mehr als 1200 Experten, Politiker und Manager weltweit befragt. Für die kommenden zwei Jahre rechnen mehr als 80 Prozent von ihnen mit stärkeren wirtschaftlichen Schwankungen und Schocks.

Den Regierungen der Welt stehe ein Balanceakt bevor, heißt es in dem nun veröffentlichten Bericht: Sie müssten ihre Bürger einerseits vor den Folgen der steigenden Lebenshaltungskosten schützen (wovon Menschen mit niedrigem Einkommen besonders leiden, Abb.) , ohne die Staatsschulden eskalieren zu lassen. Dabei müssten sie zugleich die Energiewende schaffen - und das alles in einer geopolitisch deutlich instabiler gewordenen Umgebung. In der daraus resultierenden neuen ökonomischen Ära werde sich die Kluft zwischen reichen und armen Ländern weiter vergrößern - und "der erste Rückschritt in der menschlichen Entwicklung seit Jahrzehnten".

Wirtschaftskriege würden zur Normalität - mit zunehmenden Konflikten zwischen den großen Wirtschaftsmächten und staatlichen Eingriffen in die Märkte, heißt es in dem Report. Vor allem in stark importabhängigen Ländern drohe die Teuerungskrise schon in den kommenden beiden Jahren zu einer humanitären Krise zu werden. Soziale Unruhen und politische Instabilität könnten die Folgen sein - und die Möglichkeiten gemeinsamer globaler Lösungen weiter verringern.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

->

Blog 211 12-01-23: Die polnische Billionen-Reparationsforderung und die Spekulation auf ein kurzes deutsches Gedächtnis



Polen fordert Reparation im gigantischen Volumen von 1,3 Billionen EUR von Deutschland. Dazu der polnische Ministerpräsident Morawieki in einem neuen Beitrag auf SPIEGEL-online:

"Wir wissen, wie schwierig es ist, die moderne Welt mit dieser Wahrheit zu erreichen. Doch in den Beziehungen zwischen Menschen und auch zwischen Staaten sollten Wahrheit und Gerechtigkeit die höchsten Werte sein. In diesem Sinne fordern wir: Unsere deutschen Partner müssen endlich die politische, historische, rechtliche und finanzielle Verantwortung für alle Folgen des Überfalls auf unser Land übernehmen."

Dabei wird von polnischer Seite total vergessen, daß bereits kurz nach ihrer Gründung die DDR mit Polen das Görlitzer Abkommen vom 6. Juli 1950, das die Oder-Neiße-Linie als endgültige "deutsch-

polnische Staatsgrenze" anerkannte. Diese wurde im offiziellen Sprachgebrauch "Oder-Neiße-Friedensgrenze" genannt. Am Ende des zweiten Weltkrieges hatte Polen von Deutschland ein riesiges und hoch-kultiviertes Gebiet einschließlich der schlesischen Kohle- und Stahlindustrie gewonnen, das bis dahin deutsch gewesen war (Abb.). Im Gegenzug verzichtete Polen 1953 auf deutsche Reparationen.

Auch das gehört zu der von Morawieki angesprochenen historischen Wahrheit, die er offensichtlich gern vergißt und dabei auch auf ein deutsches Vergessen spekuliert.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

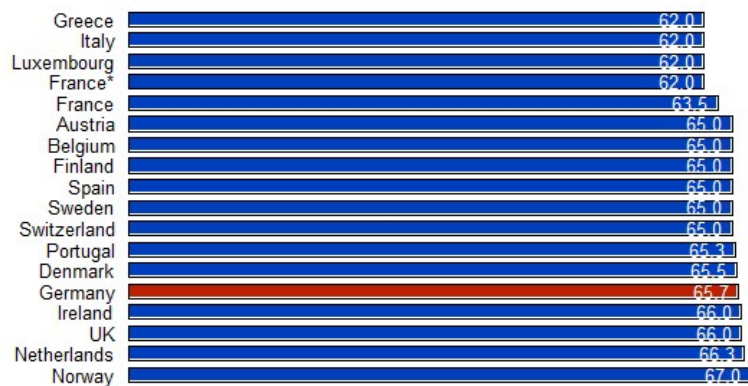


[per Mail verlinken](#)

Blog 210 10-01-23: Rentenreform: Macron versucht es wieder

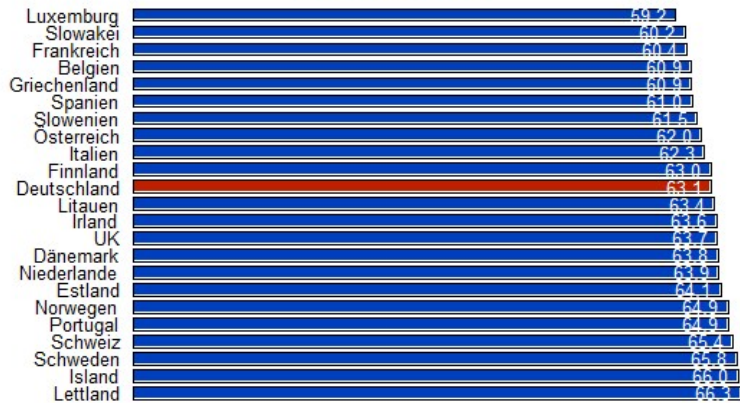


23423: Gesetzliches Renteneintrittsalter in W-Europa (Männer) 2020



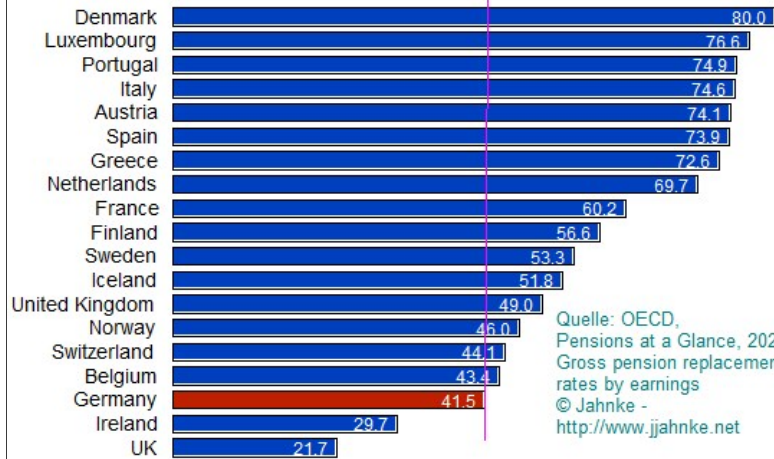
Quelle: OECD. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

25567: Normales Renteneintrittsalter in W-Europa (Männer) 2020

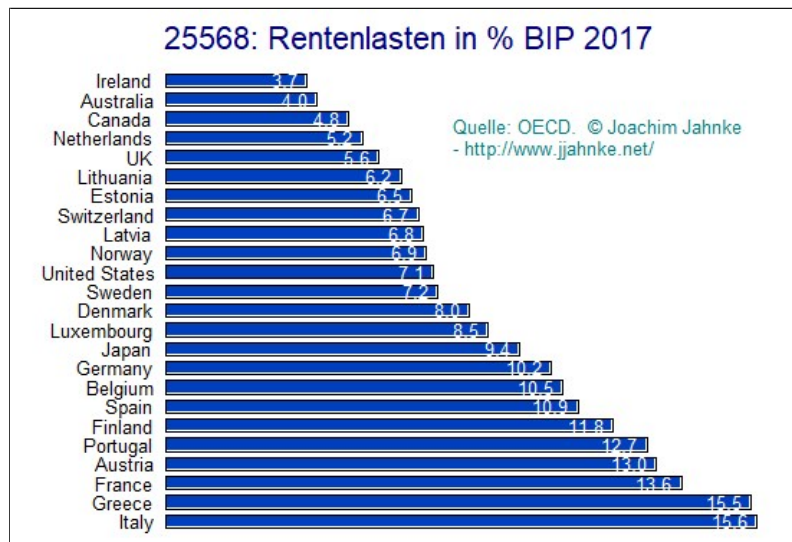
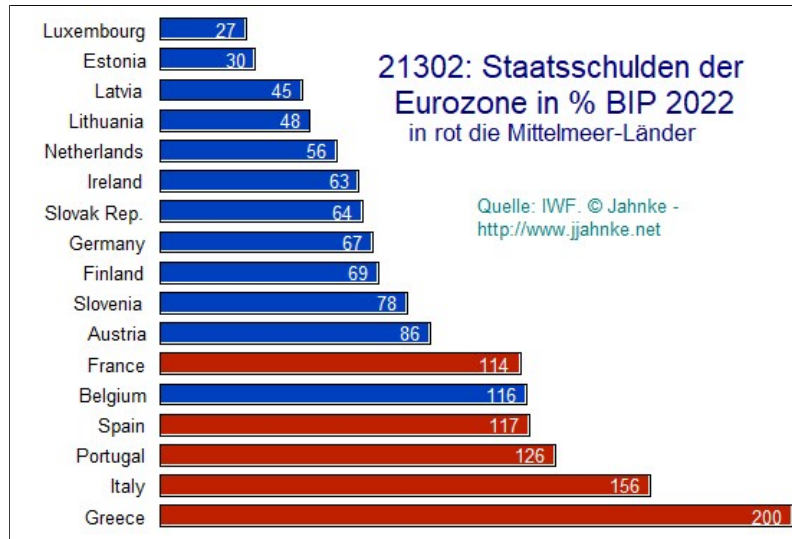


Quelle: OECD. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

20355: Brutto- Rentenniveau im Verhältnis zum letzten Arbeitseinkommen in %



Quelle: OECD, Pensions at a Glance, 2021. Gross pension replacement rates by earnings © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>



Die Franzosen gehen bisher immer relativ früh in Rente. Das gesetzliche Renteneintrittsalter lag 2020 mit 62 Jahren um 3,7 Jahre unter dem deutschen (Abb. 25567). Tatsächlich gingen sie um 2,7 Jahre früher als die Deutschen in die Rente (Abb. 25567). Dabei lag ihr Brutto-Renteniveau gemessen am letzten Arbeitseinkommen trotzdem um 18,5 Anteile höher als das der Deutschen, ein enormer Unterschied (Abb. 20355).

So liegt auch die Staatsverschuldung Frankreichs, zu der die Rentenlasten beitragen, um 47 Prozentpunkte am BIP höher als in Deutschland (Abb. 21302).

(Im Folgenden Auszüge aus "SPIEGEL":) Seit Macrons Amtsantritt 2017 harrt Frankreich mit Spannung darauf, ob die oft angekündigte, stets aufgeschobene - und auch als bloße Ankündigung schon verhasste - Reform noch Wirklichkeit wird. Eine Reform, mit der der Präsident sich verewigen will. "Dieses Jahr wird tatsächlich das einer Rentenreform sein, die auf das Gleichgewicht des Systems für die nächsten Jahrzehnte abzielt", hat Macron jüngst verkündet. Seine Premierministerin Élisabeth Borne wird die Details an diesem Dienstag präsentieren. Doch der entscheidende Punkt ist längst klar: Macron verlangt, dass Frankreichs Beschäftigte über das heute geltende Regelalter von 62 Jahren hinaus arbeiten. Das kommt einer Rentenkürzung gleich - und bei so etwas verstehen die Franzosen bekanntlich keinen Spaß: Fast 60 Prozent von ihnen unterstützen in Umfragen Pläne für Demonstrationen und Streiks in den kommenden Wochen.

Gerade der Umstand, dass Macron die Rentenreform seit fast sechs Jahren vor sich herschiebt, hat sie zum politischen Symbol ersten Ranges erhoben. Auf dem Spiel stehen Macrons Macht - und sein

Vermächtnis. Genauer: sein Status als Erneuerer Frankreichs. Das macht die Reform zum bedeutendsten innenpolitischen Vorhaben in seiner gesamten Amtszeit, die 2027 enden wird. Nach Jahren in der Rolle des Krisenmanagers, in denen Corona, Ukrainekrieg und Inflation die Prioritäten diktierten, möchte der Staatschef in die Rolle des furchtlosen Reformers zurückfinden.

Vor drei Jahren hatte er schon einen ersten ernsthaften Versuch unternommen, die Altersversorgung in Frankreich zu modernisieren. Hunderttausende gingen im Winter 2019/20 auf die Straße, wochenlang lähmten Streiks das Land. Bis die Coronakrise Macron einen willkommenen Anlass lieferte, das Vorhaben zu stoppen. Ging es ihm damals allerdings um einen grundlegenden Umbau, der durch die Abschaffung berufsständischer Privilegien für mehr Gerechtigkeit unter den Erwerbstätigen sorgen sollte, so geht es heute lediglich noch um eine herkömmliche Rentenreform wie sie selbst der zaghafte Amtsvorgänger François Hollande geschafft hat: Es geht nur ums Sparen.

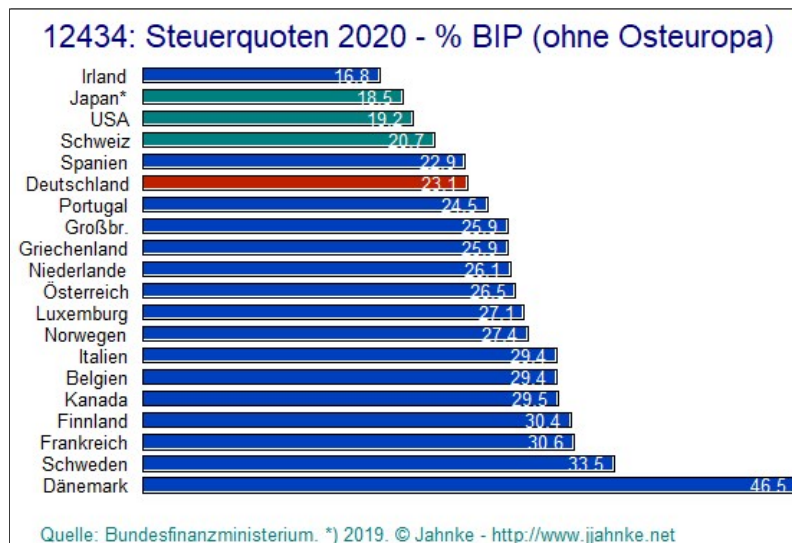
Frankreich wendet nach Angaben der Industrieländerorganisation OECD fast 14 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für die Alterssicherung auf. In Deutschland liegt dieser Wert bei nur zehn Prozent (Abb. 25568). Damit Frankreich sich dieses Niveau weiter leisten kann, dürfte Premierministerin Élisabeth Borne am Dienstag für eine abschlagsfreie Rente eine Altersgrenze von 64 Jahren bei zugleich 43 Beitragsjahren verkünden; wobei viele Beschäftigte des öffentlichen Diensts weiter besser gestellt bleiben. Ursprüngliche Pläne, das Regelalter auf 65 Jahre anzuheben, hat die Regierung offenbar aufgegeben. Das reicht aber nicht, um die Kritiker zu besänftigen.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

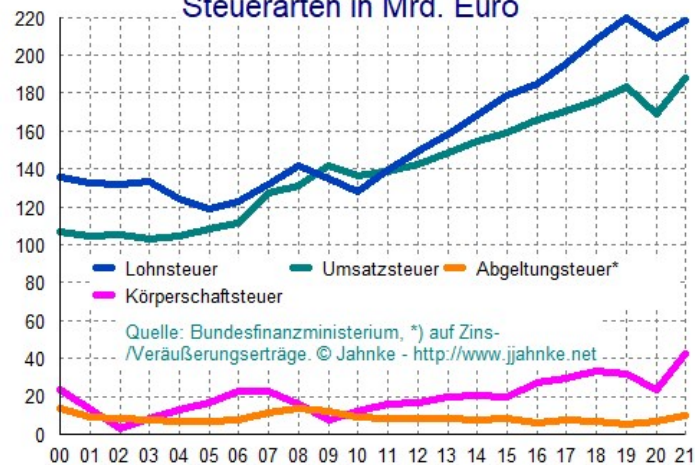


[per Mail verlinken](#)

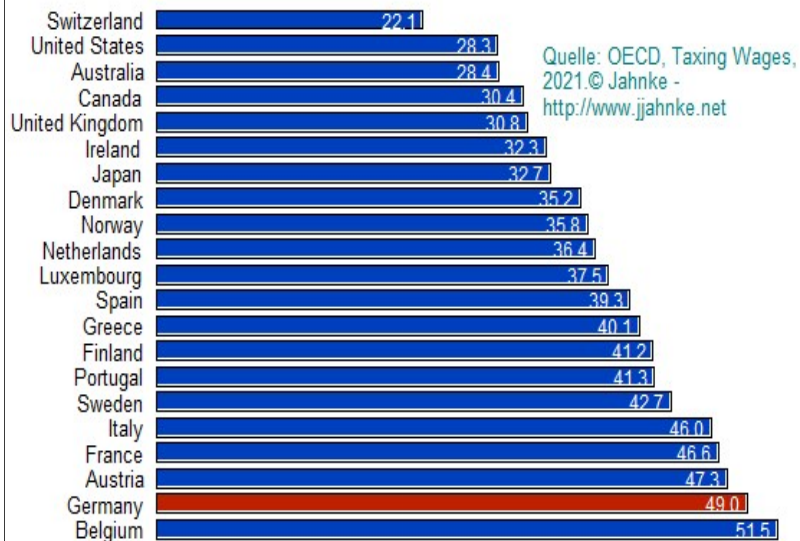
Blog 209 09-01-23: Lindner bleibt ein rechts-konservativer Fremdkörper in der "Ampel"



21117: Entwicklung der Steuereinnahmen bestimmter Steuerarten in Mrd. Euro



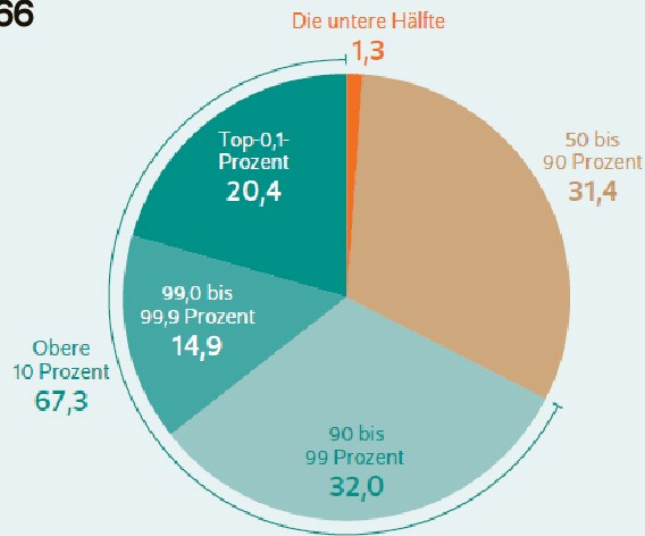
20785: Lohnsteuer (mit Sozialabgaben) in % des durchschnittlichen Bruttoeinkommens bei Einzelperson (ohne Kinder) - 2020



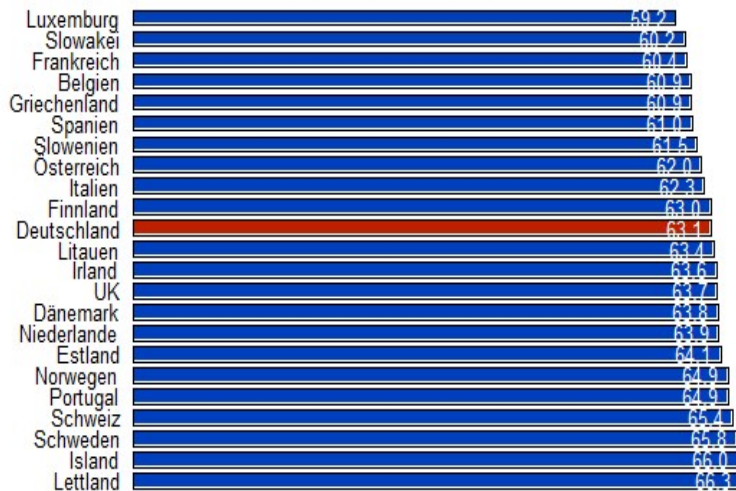
Vermögensverteilung in Deutschland

In Prozent des privaten Vermögens insgesamt (Stand: 2019)

25566



25567: Normales Renteneintrittsalter in W-Europa (Männer) 2020



Quelle: OECD. © Jahnke - <http://www.jahnke.net>

Bundesfinanzminister Christian Lindner bat seine Fachleute, Maßnahmen für ein "Wachstumspaket 2023/2024" zu erarbeiten. Die Kernthese lautet: Auf die Zeitenwende in der Sicherheitspolitik muss eine Zeitenwende in der Wirtschaftspolitik folgen. Ob Energie, Infrastruktur, Fachkräfte oder Digitalisierung - überall sei die Bundesrepublik zurückgefallen. "Nach einem Jahrzehnt der Verteilungspolitik und der Nachfragestärkung müssen wir eine ordnungspolitische Trendwende zur Angebotspolitik wagen", heißt es. Trotz aller Anstrengungen dürften die Energiekosten höher bleiben als in den vergangenen Jahren.

"Dieser Herausforderung können wir nicht dauerhaft mit mehr staatlichem Geld und industriepolitischen Subventionen begegnen." In dem Abschnitt zur Steuerpolitik geht es um die Abwehr von weiteren Belastungen ("steuerpolitische Brandmauer"), um die abermalige Einführung der degressiven Abschreibung, um eine Investitionsprämie ("Super-AfA"), um eine Erweiterung der Ansparsabschreibung, um eine Ausweitung der Forschungsförderung ("zum Beispiel auf Sachkosten") und um eine

Verbesserung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung ("noch im Jahr 2023"). Damit nicht genug: "Neben den genannten Maßnahmen kommt auch eine generelle Reduzierung des Tarifs bei Einkommen- und Körperschaftsteuer in Betracht. Alternativ denkbar ist der Entfall der Ergänzungsabgabe („Solidaritätszuschlag“)." Dieser Plan der Aufgabe des ‚Solidaritätszuschlags‘ zeigt einmal mehr, wie er mit seiner FDP an der Seite der Besser- und Hochverdiener steht (der volle Zuschlag fällt erst ab 62000 EUR Jahreseinkommen an).

Dabei hat Deutschland schon jetzt eine der niedrigsten Steuerquoten - in W-Europa sind sie nur in Spanien, der Schweiz und Irland noch niedriger (Abb. 12434). In den letzten Jahren sind vor allem die Lohn- und Umsatzsteuern gestiegen, die die Normalbürger belasten, während die Abgeltungs- und Körperschaftsteuern wesentlich weniger zugenommen haben (Abb. 21117). Die Lohnsteuer mit Sozialabgaben in % des durchschnittlichen Bruttoeinkommens (Einzelperson) ist nach Belgien die höchste in westlichen Ländern (Abb. 20785). Die Vermögensverteilung ist immer ungleicher geworden: Die oberen 10 % besitzen bereits 67,3 des Vermögens aller Privathaushalte, während die ganze untere Hälfte nur auf 1,3 % kommt (Abb. 25566). Nach den USA und Lettland hat Deutschland die ungleichste Vermögensverteilung (Abb. 25567).

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 208 06-01-23: Drei schwere Krisen auf einmal: Seuchen, Krieg, Inflation - Unser neues Normal

Die letzte große globale Seuche war die Spanische Grippe 1918-1920, die laut WHO zwischen 20 und 50 Mio. Menschenleben forderte. Schätzungen reichen bis zu mehr als 100 Mio. Toten. Damit starben an der Spanischen Grippe damals mehr Menschen als im Ersten Weltkrieg. Insgesamt sollen etwa 500 Millionen Menschen infiziert worden sein. Covid-19, die derzeit grassierende Pandemie, soll bereits für 663 Mio. Erkrankte und 6,7 Mio. Tote verantwortlich sein. Zwischen beiden Pandemien lagen immerhin rund 100 Jahre. Doch Covid-19 ist längst nicht vorbei und kreierte immer neue Mutationen. Diese Seuche gehört damit derzeit zu unserem erschreckenden "Normal".

Der letzte Krieg in Europa fand am Balkan statt und war regional begrenzt. Der derzeit von Putin ausgelöste in der Ukraine ist uns jedoch viel näher und mit der direkten oder indirekten Beteiligung der Großmächte viel gefährlicher. Auch das ist Teil unseres neuen Normal.

Dazu kommt noch die globale und nicht enden wollende Inflation, die Sparkapital vernichtet und viele Menschen, besonders aus den ärmeren Schichten, schwer belastet.

Nimmt man diese drei Krisenherde zusammen, so leben sehr viele - wenn nicht die meisten - Menschen unter ungewöhnlich starken physischen und psychischen Belastungen. Das Schlimme dabei ist, daß kein Ende der Krisen absehbar ist. Es sind alles Krisen, an die man sich nicht gewöhnen kann.

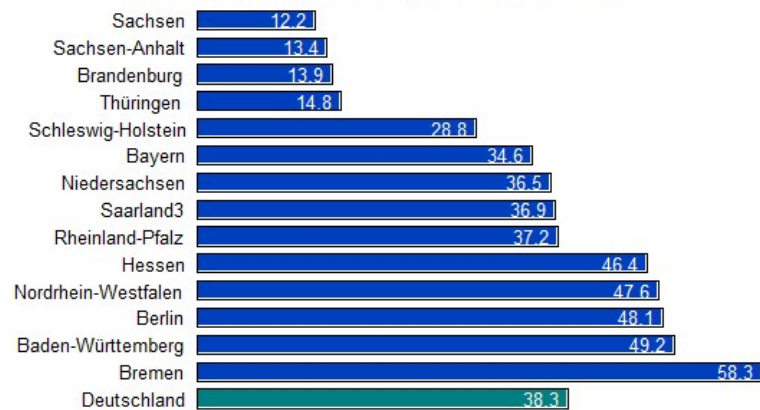
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 207 05-01-23: Hoher Migranten-Anteil gefährdet an vielen Schulen normalen Unterrichtsbetrieb

20475: Prozentuale Anteile der Viertklässler/innen mit Zuwanderungshintergrund 2021 in %



Quelle: IQB-Bildungstrend 2021. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbands, Heinz-Peter Meidinger, hat sich für Quoten für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an deutschen Schulen ausgesprochen. Integration gelinge nicht, wenn zum Beispiel in Klassen an Brennpunktschulen zu 95 Prozent nicht deutsche Schüler vertreten seien, zitiert ihn die Zeitung. Seiner Meinung nach nehmen ab einem Anteil von 35 % von Kindern mit Migrationshintergrund in einer Klasse "die Leistungen überproportional" ab. Tatsächlich lag der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund an den Schülern der vierten Klasse schon 2021 bei 38 % und in Bremen, Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg bei über 45 % (Abb. 20475). An der Spitze liegt Bremen mit über 58 %.

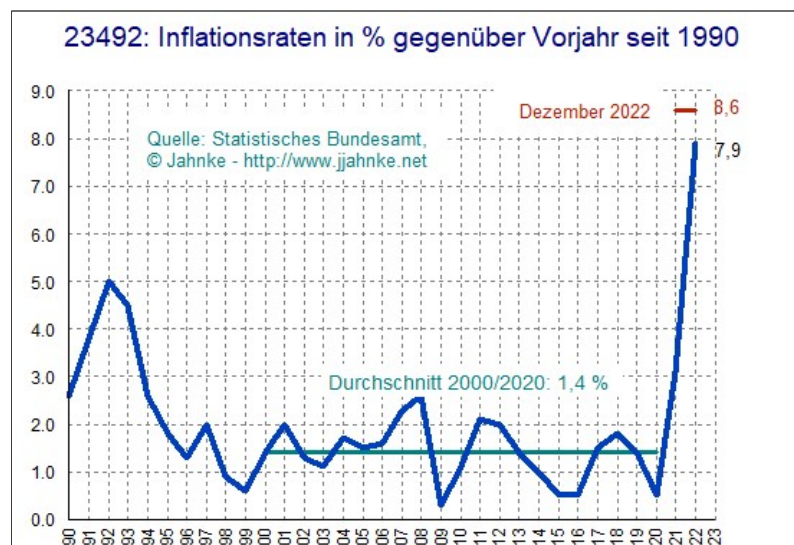
Das bedeutet: In vielen Bundesländern ist ein geordneter Schulbetrieb an vielen Schulen also nicht mehr möglich.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

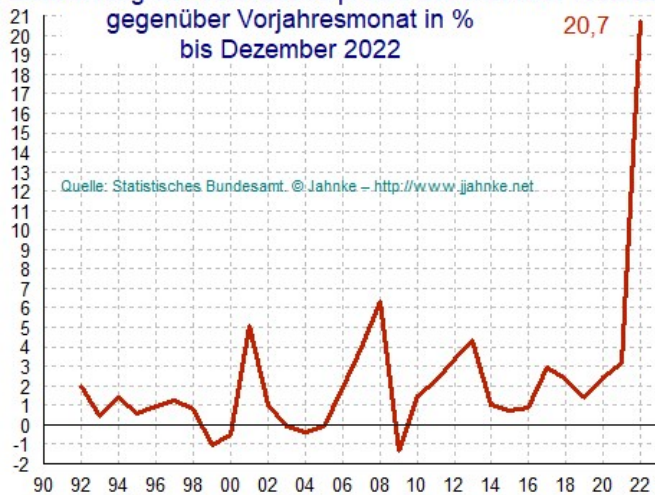


[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

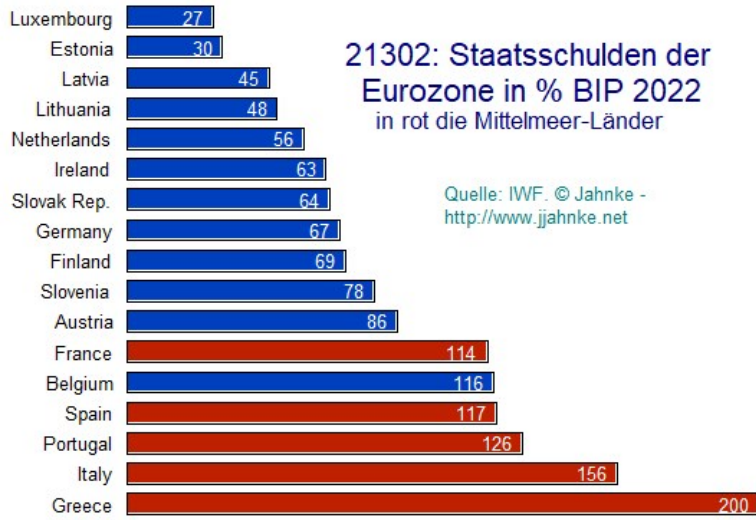
Blog 206 03-01-23: Die hohe Inflation setzte sich auch zum Jahresende mit fast 9 % gegenüber Vorjahr fort

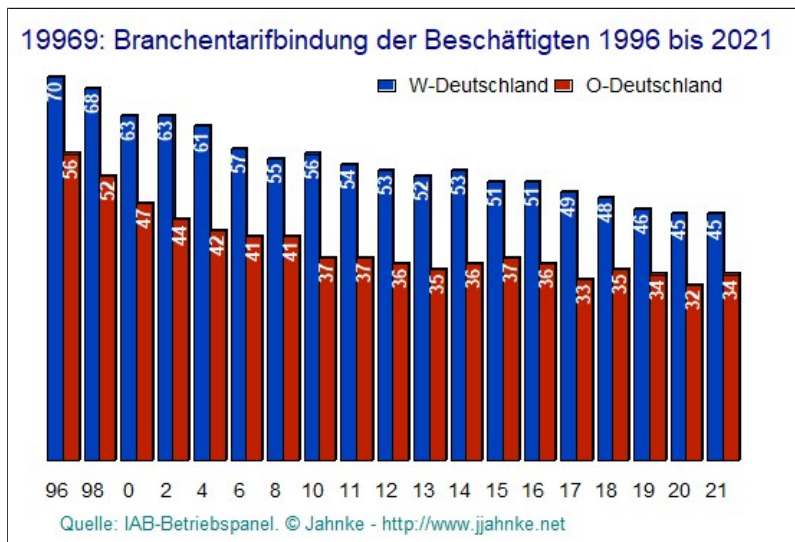
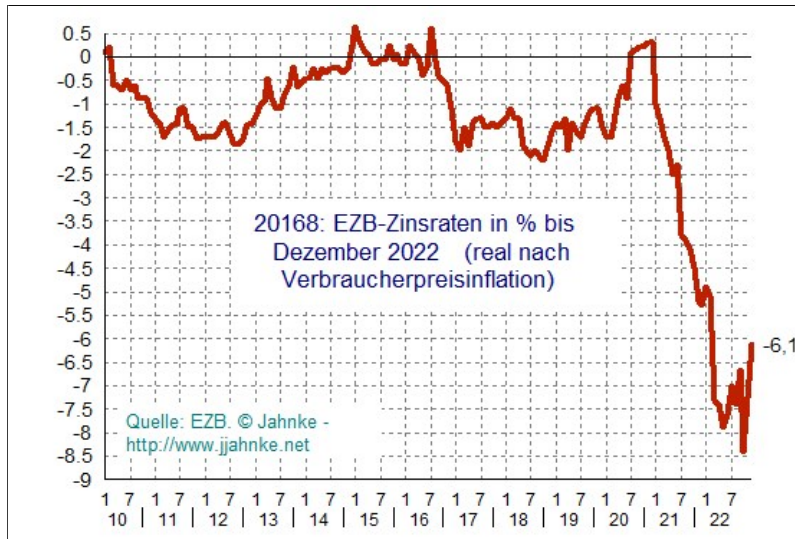


23532: Entwicklung der Verbraucherpreise Lebensmittel 1992/22 gegenüber Vorjahresmonat in % bis Dezember 2022



21302: Staatsschulden der Eurozone in % BIP 2022 in rot die Mittelmeer-Länder





Für ein traditionelles Weihnachtsessen mußte man zuletzt tief in die Tasche greifen. Weihnachtsgänse waren 2022 bis zu 30 % teurer als im Vorjahr; und auch der Preis für Kartoffelsalat war gestiegen und hat auch von dieser Seite her das Weihnachtsessen verteuert. Zwar ist die Inflationsrate in Deutschland im Dezember etwas gesunken, weil der Staat in Deutschland den Abschlag für die Gasrechnung übernimmt und die Statistiker entschieden haben, das als Mogelpackung in die Inflationsberechnung einzubeziehen, so daß die Inflation nach den letzten Zahlen des Statistischen Bundesamts vom 3. Januar 2023 im Dezember bei 8,6 % gegenüber Vorjahr und für das Gesamtjahr 2022 bei 7,9 % lag (Abb. 23492). Besonders hoch war die Inflation bei Lebensmitteln mit 20,7 % (Abb. 23532). Sie hat sich damit kaum verändert und trifft die ärmeren Bevölkerungskreise mit wenig staatlichem Ausgleich voll; die Erhöhung des Bürgergelds gegenüber den unzureichenden H4-Sätzen wird von der Inflation sofort aufgefressen.

Das inflationstreibende Grundübel bleibt: Die EZB nimmt in ihrer Inflationsbekämpfung weiterhin Rücksicht auf die hoch verschuldeten Mittelmeerländer (Abb. 21302), die die Mehrheit der Stimmrechte im Vorstand haben (Deutschland hat nur eine Stimme, wie das winzige Malta!) und die von einer hohen Inflation für den Schuldenabbau profitieren. So hat die EZB die reale - also um die Inflation bereinigte - Zinsrate im Dezember 2022 auf minus 6,1 % abrutschen lassen (Abb. 20168). Wer sich bei dieser Rate verschuldet, wie die Mittelmeerländer, kann nur gewinnen oder als Sparer nur massiv verlieren, wie die meisten Deutschen.

Außerdem haben wir inzwischen eine Zweitrunden-Inflation, weil die Gewerkschaften unter dem Eindruck der in der Inflationsbekämpfung zögerlichen EZB die Löhne vorsorglich hochtreiben. So haben

sich IG Metall und Arbeitgeber für die Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg auf ein Paket aus dauerhaften Entgeltsteigerungen um insgesamt 8,5 % sowie Inflationsausgleichsprämien von 3000 Euro in zwei Stufen geeinigt. Die hohe Inflation wird sich also schon deshalb in 2023 fortsetzen.

Davon sind die Menschen, die nicht von Gewerkschaften und deren Lohnabschlüssen geschützt werden, besonders betroffen. Nur noch 43 % der Beschäftigten arbeiten in Betrieben mit Tarifbindung (Abb. 19969), und 25 % der Deutschen gehen überhaupt keiner Erwerbstätigkeit nach; andere arbeiten als Selbständige. Im Ergebnis erreichen die Gewerkschaften mit ihren Lohnabschlüssen nur knapp ein Drittel der Deutschen.

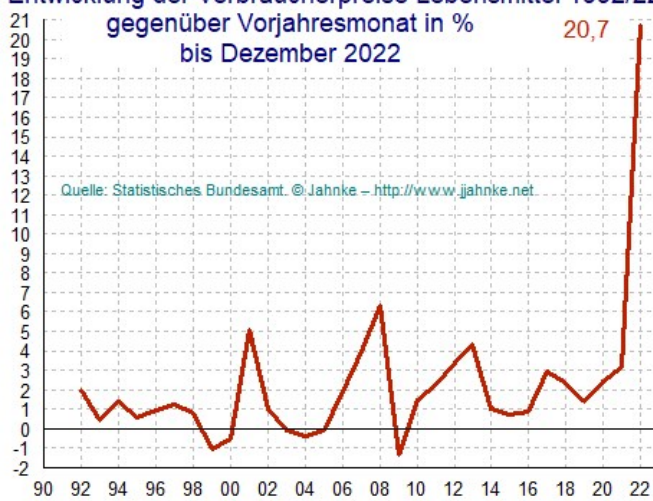
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



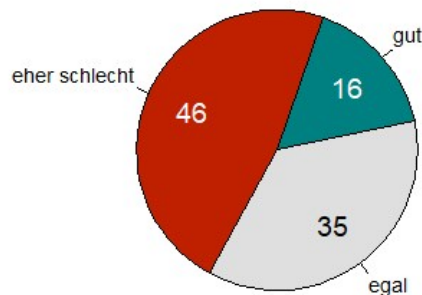
[per Mail verlinken](#)

Blog 205 03-01-23: Zu den falschen Neujahrsbotschaften von der großen Einheit in einem tief gespaltenen Land

23532: Entwicklung der Verbraucherpreise Lebensmittel 1992/22 gegenüber Vorjahresmonat in % bis Dezember 2022

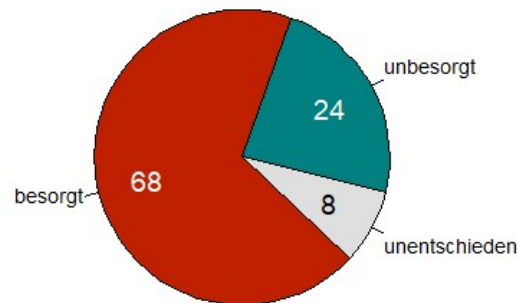


25563: Umfrage zur Einwanderung aus muslimischen Ländern



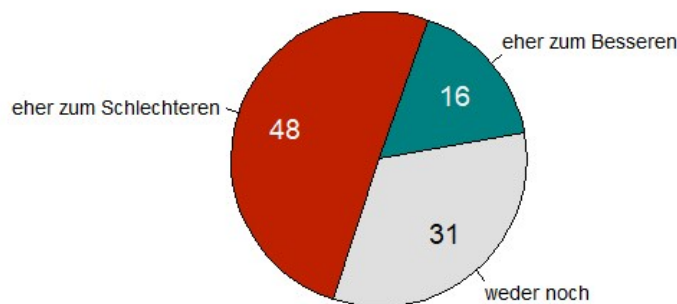
Quelle: Meinungsforschungsinstitut INSA für BILD, 2022 .
© Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

25564: Umfrage zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen



Quelle: Meinungsforschungsinstitut INSA für BILD, 2022 .
© Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

25565: Veränderung Deutschlands durch muslimische Migration



Quelle: Meinungsforschungsinstitut INSA für BILD, 2022 .
© Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Die Bevölkerung unseres Landes ist tief gespalten, wie selten zuvor. Die hohe Inflation trifft besonders den Teil der Bevölkerung, der den größten Teil seines Einkommens auf Lebensmittel ausgeben muß, wo die Inflationsrate zuletzt bei über 21 % gemessen wurde (Abb. 23532). Ebenso ungleich treffen die hohen Energiepreise die Bevölkerung. Auch die liberale Migrationspolitik der Regierung spaltet das Land tief. Die Mehrheit der Deutschen betrachtet die Einwanderung aus muslimischen Ländern kritisch. 46 % geben an, daß sie es eher schlecht finden, wenn Menschen aus muslimischen Ländern nach Deutschland kommen. 35 % sagen aus, daß es ihnen egal ist und nur 16 % geben an, daß sie die Einwanderung aus muslimischen Ländern gut finden (Abb. 25663, 25564, 25565).

Immer wieder fallen gerade an Sylvester Migranten in gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei auf, wie auch Ende 2022. Nach Ansicht des Chefs der Polizeigewerkschaft Wendt war bei vielen Einsatzkräften der Eindruck vorherrschend, daß Gruppen junger Männer mit Migrationshintergrund bei diesen Ausschreitungen weit überrepräsentiert waren.

Doch die Regierung quasselt von der großen Einheit. Nach Scholz in seiner Neujahrsansprache sind wir alle "untergehakt" und ist "unser Zusammenhalt unser größtes Pfund". Der Bundespräsident hebt in seiner Weihnachtsansprache mit dem Loblied auf die Einheit total ab: "Aber unsere Großherzigkeit im Umgang miteinander, die kann uns niemand nehmen. Und unser Land wächst in der Herausforderung wieder einmal über sich hinaus. Wir haben uns nicht auseinandertreiben lassen. Wenn dieses Jahr ein Gutes hatte, dann doch die Erfahrung: Gemeinsam kommen wir durch diese Zeit. Wir sind füreinander eingestanden. Ich bin stolz auf unser Land, in dem so viele Menschen anpacken - nicht weil sie müssen, sondern weil sie Verantwortung empfinden für andere und für die Gemeinschaft. Was uns im

Kern ausmacht, was uns immer stark gemacht hat, das hat Bestand: Wir sind kreativ, fleißig und solidarisch."

Das klingt wie Pfeifen im tiefdunklen Wald. Ehrlichkeit wäre besser!

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 204 02-01-23: Putin wird immer martialischer



Putin in seiner Neujahrsansprache umgeben von Soldaten: "Es war ein Jahr schwerer, notwendiger Entscheidungen, wichtiger Schritte zum Erhalt der vollen Souveränität Russlands und mit einer gewaltigen Konsolidierung in unserer Gesellschaft. Die westlichen Eliten haben uns allen jahrelang heuchlerisch ihre friedlichen Absichten versichert, darunter zur Lösung des schwersten Konflikts im Donbass. Der Westen hat gelogen, was den Frieden angeht und sich auf eine Aggression vorbereitet. Die Ukraine und ihre Bevölkerung werden benutzt, um Russland zu zerstören. Wir haben das niemals und niemandem erlaubt - und werden das auch künftig nicht zulassen. In diesem Jahr wurde uns ein echter Sanktionskrieg erklärt. Diejenigen, die ihn anzettelten, haben eine volle Zerstörung unserer Industrie, Finanzen und des Transportwesens erwartet. Das ist nicht eingetreten".

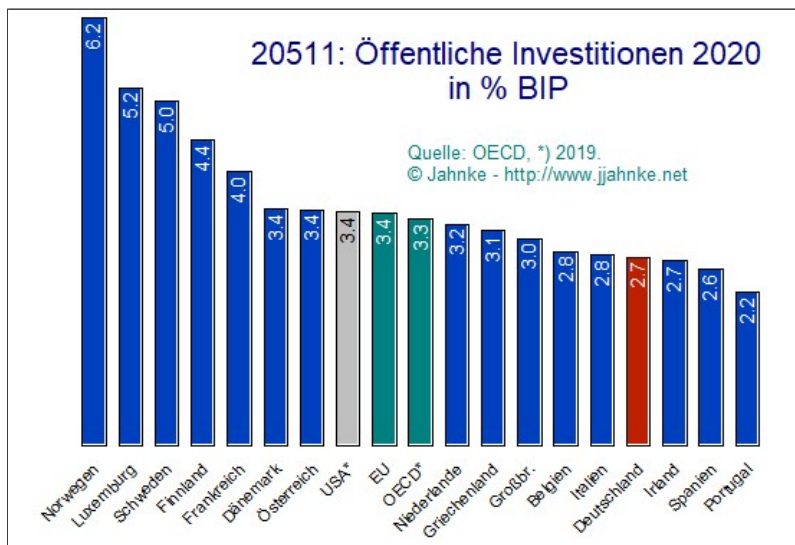
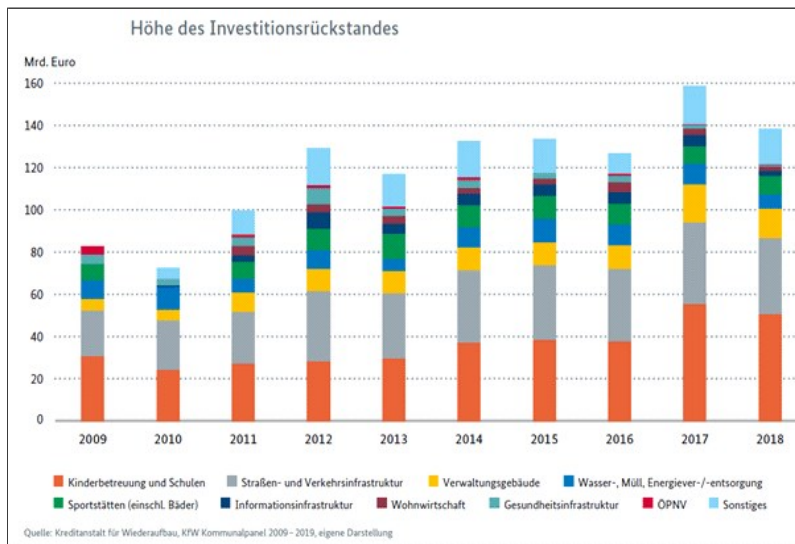
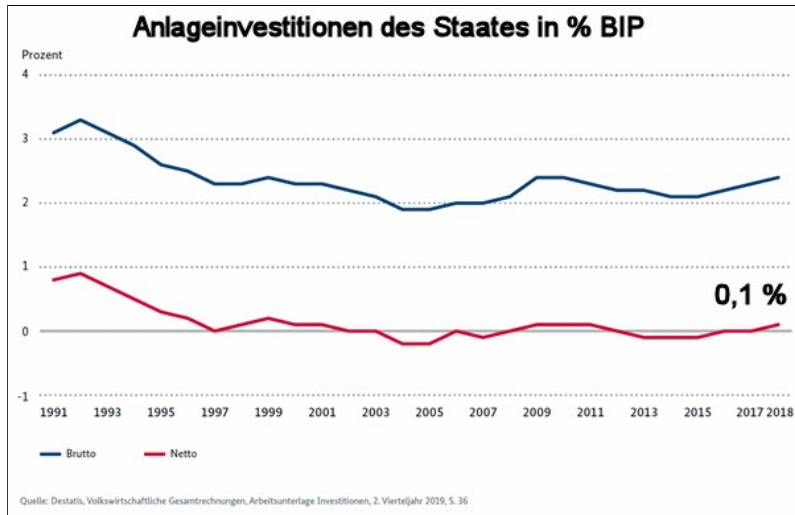
Welche westliche Elite soll denn versucht haben, die Atommacht Rußland zu zerstören? Wer hätte denn daran gedacht, dazu gerade die von Rußland überfallene Ukraine zu benutzen? Das ist nur noch Schwachsinn aus Moskau. So kann nur jemand reden, der unter Verfolgungswahn leidet. Oder einer, der sich an sein eigenes Volk richtet, das seine Propaganda total dumm hält.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 203 02-01-23: Armer Staat: Wenn es an öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur fehlt



In seiner Weihnachtsansprache hat Steinmeier betont: "Wenn dieses Jahr ein Gutes hatte, dann doch die Erfahrung: Gemeinsam kommen wir durch diese Zeit. Und deshalb ist es mein Weihnachtswunsch, dass wir diese Zuversicht mitnehmen ins neue Jahr. Dass wir alles stärken, was uns verbindet."

Allerdings muß die Gemeinsamkeit gerade auch vom Staat ausgehen. Doch der Siegeszug des Neoliberalismus seit dem Ende der Siebzigerjahre hat einer umfassenden Staatskepsis zum Durchbruch verholfen, die unsere Gesellschaften bis heute prägt. Hierzulande war es vor allem die erste rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder, die diese Staatskepsis in die politische Praxis übersetzte. Obwohl sich die Sozialdemokratie mit ihrem Modernisierungsprogramm eines "Dritten Weges" rhetorisch vom Neoliberalismus Reagans und Thatchers abgrenzte, erließ sie umfassende Steuersenkungen, führte deregulierende Arbeitsmarktreformen durch und übertrug staatliche Kompetenzen an die Märkte (Steinmeier war als Chef des Bundeskanzleramtes ein enger politischer Vertrauter Schröders!). Die grundsätzliche Richtung dieser Politik wurde auch in der Ära Angela Merkels nicht geändert: Krankenhäuser wurden weiter privatisiert, die öffentlichen Investitionen blieben niedrig. Als Folge der Steuersenkungen verarmte der Staat und ließ daher seine Nettoinvestitionen in die für die Gemeinschaft nötigen Güter immer weiter absinken.

Gerade diese öffentliche Daseinsvorsorge hat unter der Politik der letzten Jahrzehnte stark gelitten. Eine Studie des Bundeswirtschaftsministeriums von 2020 etwa kommt zu alarmierenden Ergebnissen: Das Gesundheitswesen ist schlecht ausgestattet, Straßen, Wasserwege und Schienen sind baufällig und überaltert und gerade in wirtschaftsschwachen Kommunen gibt es Investitionsrückstände von bis zu 70 Prozent (Abb.). Darüber hinaus mangelt es an Lehr- und Pflegekräften, Kultureinrichtungen und Sportangebote sind aus Geldmangel bedroht, die Digitalisierung kommt vielerorts eher schleppend voran.

Eine Beurteilung des Bedarfs muss den Verschleiß bei den Kapitalgütern einbeziehen. Die Nettoanlageinvestitionen des Staates, d. h. der Überschuss der Bruttoanlageinvestitionen über die Abschreibungen, sanken zwischen 1991 und 1995 von 0,8 % des BIP auf 0,3 % des BIP und schwankten danach bis 2017 zwischen -0,2 % und +0,2 % des BIP. 2018 lagen sie bei 0,1 % des BIP und damit immer noch unter dem Niveau der frühen 1990er Jahre. Der Nettokapitalstock der öffentlichen Hand in Deutschland ist in den vergangenen fünfundzwanzig Jahren also praktisch nicht mehr gestiegen (Abb.). Im internationalen Vergleich schneidet Deutschland bei den öffentlichen Investitionen miserabel ab (Abb. 20511).

Was für ein öffentliches Trauerspiel! Steinmeier mit seiner politischen Vergangenheit sollte sich schämen, statt Sprüche zu klopfen.

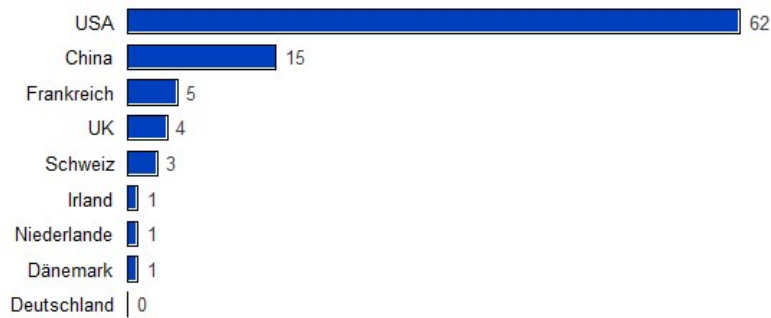
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

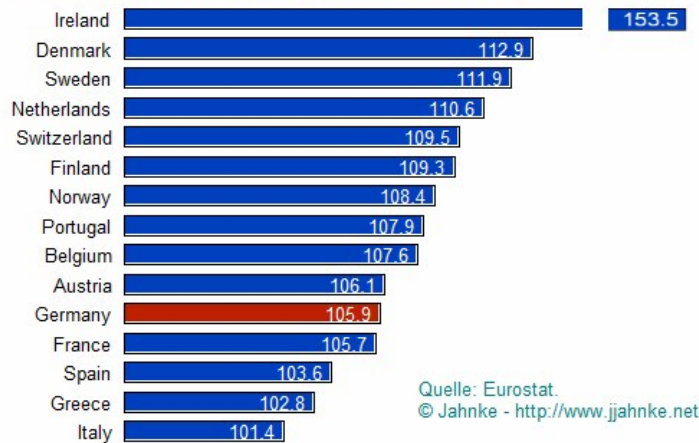
Blog 202 30-12-22: Die 100 wertvollsten Unternehmen: Deutschland verliert an der Börse dramatisch an Einfluss - Seine Wirtschaft schwächelt seit Jahren

23534: Die wertvollsten börsennotierten Unternehmen der Welt 2022



Quelle: Beratungsgesellschaft EY. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

25562: Wirtschaftsentwicklung bis 2021 (2015 = 100)



Quelle: Eurostat.
© Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Deutschland ist erstmals nicht mehr unter den wertvollsten 100 börsennotierten Unternehmen der Welt vertreten (Abb. 23534). Dies geht aus einer Auswertung der Beratungsgesellschaft EY hervor. Vor einem Jahr waren noch SAP und Siemens unter den ersten 100 vertreten. 2008 waren es noch acht deutsche Unternehmen.

"An den Börsen zählen nicht die Erfolge der Vergangenheit, sondern Zukunftsperspektiven", sagt Henrik Ahlers, Vorsitzender der Geschäftsführung von EY. "Und was die Zukunftsperspektiven angeht, müssen wir selbstkritisch feststellen, sind wir bislang den Beweis schuldig geblieben, dass Deutschland die Weltwirtschaft der Zukunft entscheidend mitgestalten wird und auch in der digitalen Wirtschaft von morgen ein wichtiges Wort mitzureden hat." Ahlers ergänzt: "Wir erleben fundamentale Umwälzungen - wobei die Regeln derzeit von amerikanischen und asiatischen IT-Konzernen gemacht werden und der Eindruck entsteht, dass Europa nur von der Seitenlinie aus zuschaut."

Das Börsenranking spiegelt damit auch den sinkenden wirtschaftlichen und politischen Einfluss Europas wider. Und es ist keine gute Zukunftsperspektive. Börsenbewertungen geben das Zutrauen der Investoren wider, zeigen, wem sie ihr Geld anvertrauen. Diese Unternehmen können dadurch günstig und viel Kapital für Zukunftsinvestitionen an den Börsen einwerben. "Gerade in den USA ist die Finanzierungssituation nicht zuletzt für junge Unternehmen deutlich besser", sagt Ahlers. "Der Kapitalmarkt in Europa ist nach wie vor stark fragmentiert, während es in den USA ein breiteres Angebot an günstigen und flexiblen Finanzierungsquellen gibt. Einheitliche Kapitalmarktregeln in Europa wären ein wichtiger Schritt."

Außerdem schwächelt die deutsche Wirtschaft im W-Europa-Vergleich seit Jahren (Abb. 25562).

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 201 02-01-23: Merkel: Die ewige Rechthaberin



Aus einem Artikel in der NZZ: "Merkel brauchte die unklare Lage, um tun zu können, was sie 16 Jahre lang tat: auf Sicht zu fahren. Politik war ihr die Kunst, Kompromisse zu schmieden, Apparate zu bändigen, den Tag zu nutzen. Daneben war sie durchaus um ihren Platz in der Geschichte besorgt. Gesetzt sein dürften in den Annalen Kapitel über die Kanzlerin der Willkommenskultur, die verkündete, daß sich Grenzen nicht schließen ließen.

Merkel wünscht sich letztlich Ruhe im Karton. Noch zu ihrer Amtszeit sagte sie, die Aufgabe von Politik sei es, "daß wir möglichst wenig übrig lassen sollen, worüber man sprechen muß". Der "Zeit" vertraute sie an, sie hätte rückblickend an keiner Stelle lieber anders gehandelt. Das erinnert an den Hochmut, mit dem die damalige Kanzlerin 2021 im Bundestag Kritik am mißlungenen Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr beiseite wischte. "Hinterher", so Merkel in einer illusionistischen Volte, "alles genau zu wissen und exakt vorherzusehen, das ist relativ mühelos."

Merkel sah in ihrer faktisch entgrenzten Migrationspolitik, die von der "Ampel" nun verstetigt wird, den Gradmesser dafür, ob Deutschland seine historische Lektion gelernt habe - und ob sie selbst auf der richtigen Seite der Geschichtsbücher landen werde. Auch ihrer Politik hielt sie es 2015 zugute, dass die Welt "Deutschland als ein Land der Hoffnung und der Chancen sieht, und das war nun wirklich nicht immer so."

Heute zeigen die sich auftürmenden Probleme in den Kommunen, auf dem Wohnungsmarkt, bei den Sozialversicherungen, wie falsch Merkel mit dieser Migrationsromantik lag. Der Ukraine-Krieg wiederum ist das größtmögliche Unglück für Merkels, Steinmeiers und Gabriels Russlandpolitik, ganz zu schweigen von der Schalheit der steten Appelle Merkels an den "Zusammenhalt aller, die in Deutschland leben". Auch die deutsche Volkswirtschaft konnte in Merkels 16 Regierungsjahren nur um durchschnittlich 1,1 % pro Jahr zulegen, eine sehr magere Wirtschaftsentwicklung, nahe an der Stagnation.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

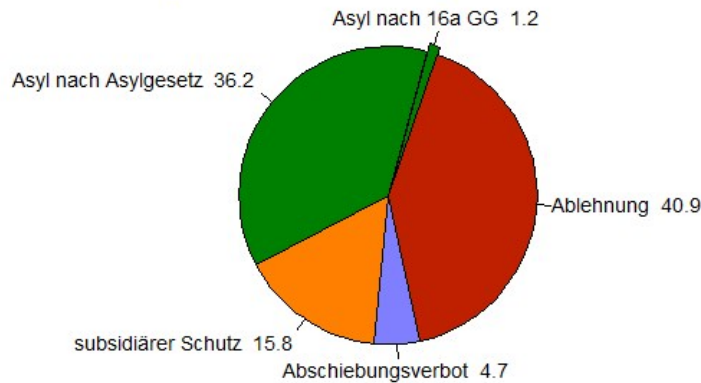


[per Mail verlinken](#)

Blog 200 21-12-21: Deutschland schiebt nur jeden fünften illegalen

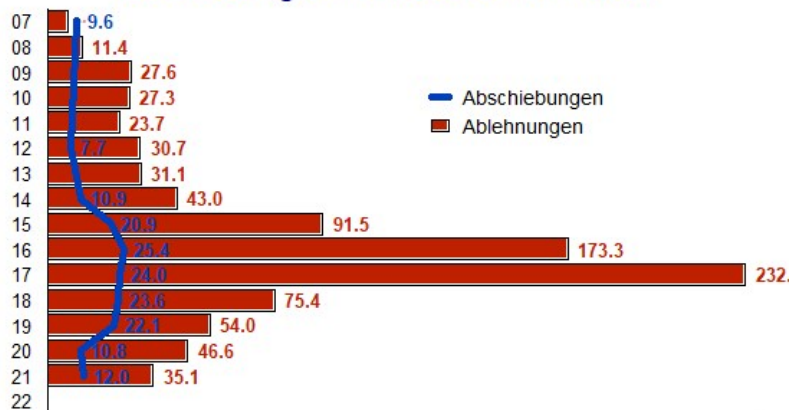
Migranten ab

21274: Asyl-Sach-Entscheidungen 2015-2020 in %



Quelle: BAMF. © Jahnke - <http://www.jahnke.net>

19562: Entwicklung von Asyl-Ablehnungen und Abschiebungen in Deutschland in 1.000



Quelle: © Jahnke - <http://www.jahnke.net>

Von den Anträgen auf Asyl führten im Durchschnitt der Jahre 2015/20 nur 37 % zur Gewährung von Asyl nach dem Grundgesetz oder nach dem Asylgesetz (Abb. 21274). Damit leben in Deutschland gegenwärtig fast 302.000 ausreisepflichtige Menschen. Von ihnen sind knapp 250.000 geduldet. Geduldet bedeutet, daß die Person ausreisepflichtig ist, aber die Abschiebung ausgesetzt wurde. Tatsächlich ausgeschoben wurden im ersten Halbjahr nur rund 6.200 Personen. Von den Geduldeten waren 150.000 mehr als drei Jahre da, 10.000 waren sogar mehr als zwölf Jahre da, wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage im Parlament hervorgeht.

Die meisten Geduldeten waren im erwerbsfähigen Alter - 21 bis 39 Jahre alt - oder Kinder. Sie dürfen nur unter Einschränkungen arbeiten, dürfen keine Firmen gründen und haben keinen Anspruch auf Integrationskurse. Dies entspricht zwar der gesetzlichen Logik - sie sollen nicht heimisch werden, denn sie sind ja ausreisepflichtig -, aber nicht der Realität. Viele integrieren sich aus eigener Kraft und fallen aus allen Wolken, wenn ihnen plötzlich der Abschiebebescheid zugeht.

Doch mit der Abschiebung tut sich Deutschland sehr schwer. Seit Jahren hat sich daran praktisch nichts geändert. Zahlen bis 2021 zeigen, daß im Durchschnitt der Jahre seit 2007/2021 nur ein Fünftel der Asylablehnungen zu Abschiebungen führten (Abb. 19562). Das deutsche Problem mit den Rückführungen bestand schon vor der letzten Flüchtlingskrise. Seither hat es sich aber verschärft. Ein Grund ist, daß abgelehnte Asylbewerber in Deutschland häufig klagen, meist unterstützt von den verschiedenen Asylverbänden. Gegen 87,2 % aller ablehnenden Bescheide wurden im Jahr 2021

Rekurs eingelegt. Die Erfolgsquote liegt bei 36 %. Vor allem aber scheitern Abschiebungen, weil Reisedokumente fehlen und Identitäten ungeklärt bleiben. Wegen fehlender Papiere waren Ende 2021 in Deutschland 72.484 Personen geduldet, weitere 25.486 wegen ungeklärter Identität, weitere 23.275 wegen "familiärer Bindung zu anderen Geduldeten". Dabei sind Ausländer verpflichtet, sich selbst einen Pass oder einen Passersatz zu beschaffen, denn sie müssen für ihr Asylverfahren ja registriert werden. Viele tun dies aber nicht oder werfen ihre Papiere extra weg, um einer Abschiebung zu entgehen.

Die grössten Herausforderungen sind, dass sich einige Herkunftsländer bei der Papierbeschaffung und der Durchführung der Abschiebung nicht kooperativ zeigen. Selbst nach "hohen diplomatischen Besuchen und entsprechenden Zusagen" sei die Rückführungsquote gering. Seit Jahrzehnten gibt es einige Problemstaaten, die regelrechte Tricks anwenden, um ihre Staatsbürger nicht zurücknehmen zu müssen. Berlin verwies den Botschafter des Jemen deswegen 2006 gar des Landes.

Nach einem Artikel in der NZZ beträgt dagegen die schweizer Rückführungsquote im laufenden Jahr 54 %. Selbst im Corona-Jahr 2021 waren es noch 42 %, während die Quote in der EU im Durchschnitt bei 21 % lag. Bislang ist die "Rückführungsoffensive" der Ampel ausgeblieben, im Jahr 2022 gab es bis November lediglich 11970 Abschiebungen und damit etwa so viele wie im Vorjahr, wo die Zahlen wegen der Pandemie ohnehin relativ niedrig waren.

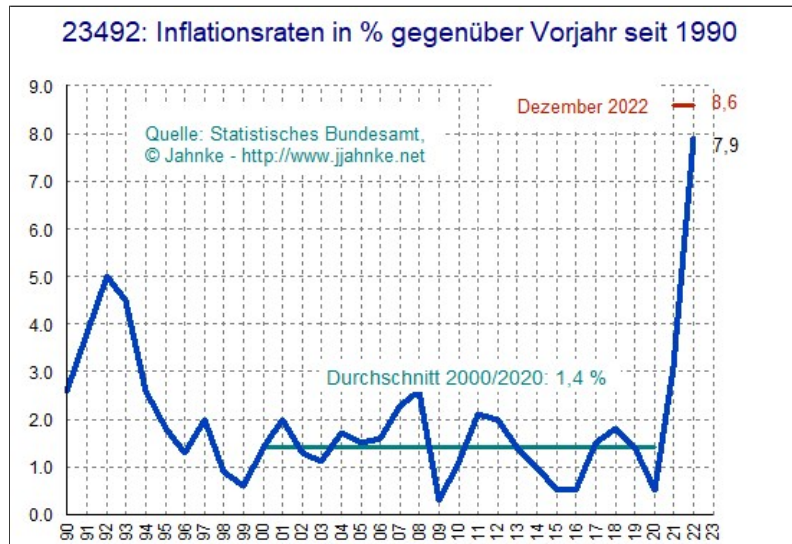
Rund 399.000 Personen in Deutschland haben am Jahresende 2021 Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) bezogen. Deren Zahl stieg gegenüber 2020 um 4,3 %. Die meisten Leistungsberechtigten stammten aus Asien (56 %), 20 % stammten jeweils aus Afrika und Europa. Die drei häufigsten Herkunftsländer waren Afghanistan und Irak mit jeweils 13 % und Syrien (12 %) aller Leistungsberechtigten. Solche Leistungen erhalten Personen, die sich seit 18 Monaten ohne wesentliche Unterbrechung in Deutschland aufhalten und die Dauer des Aufenthalts nicht rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst haben, etwa durch die Angabe einer falschen Identität. Die Mehrheit der nicht abgeschobenen Asylmigranten dürfte dazu zählen.

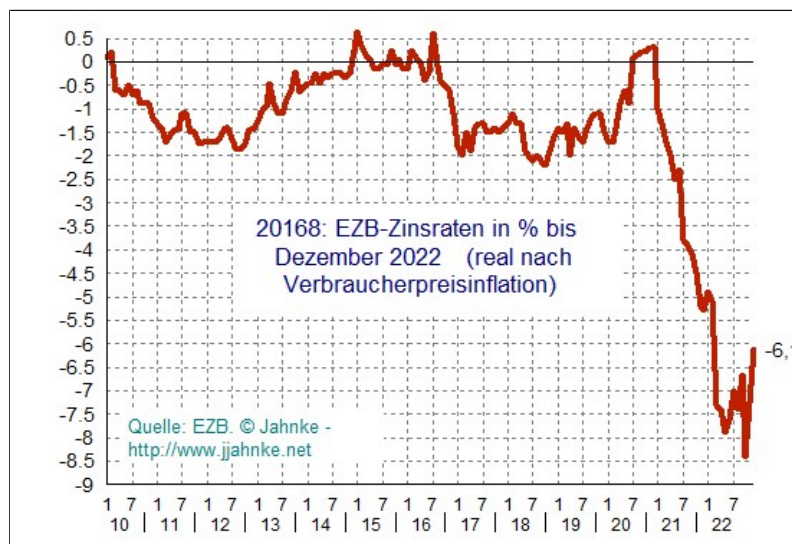
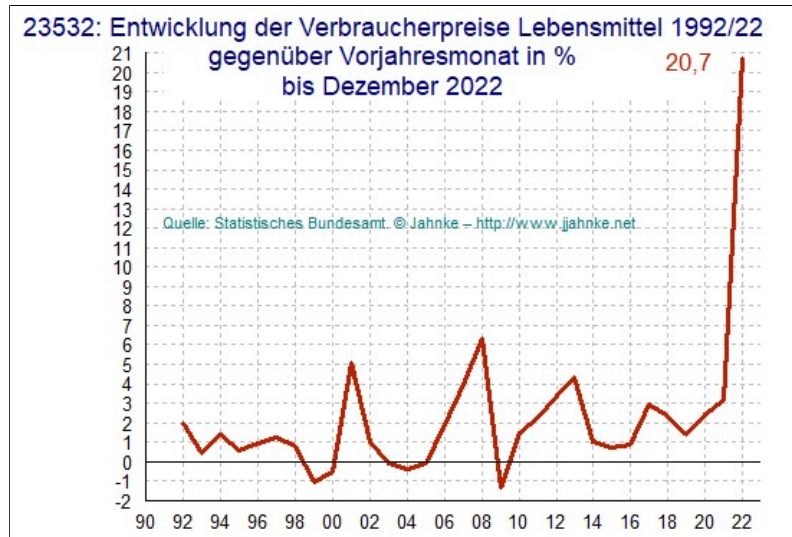
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 199 21-12-22: Die verdamnte EZB hat uns eine dauerhaft hohe Inflation eingebrockt





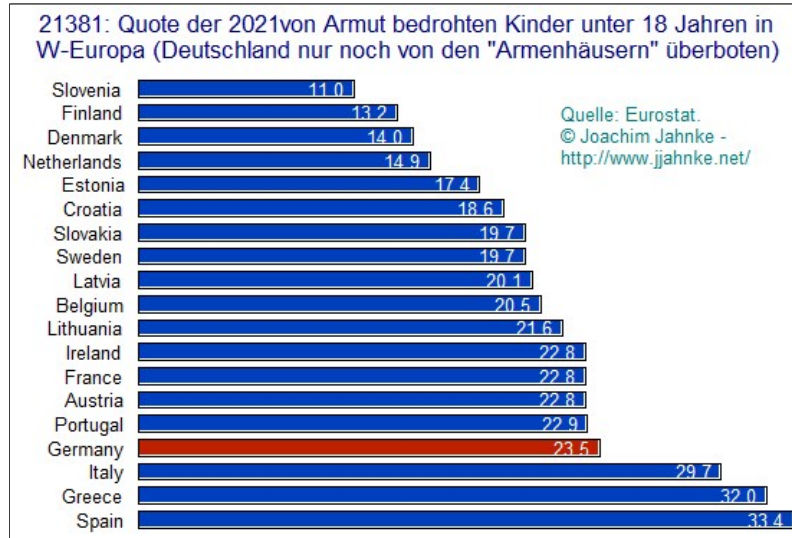
Durch die verzögerte Zinsanhebung konnte die Inflation in der Eurozone längst Fuß fassen, bevor der Krieg in der Ukraine begann. Für November wurde die Inflationsrate jetzt mit 10 % angegeben (Abb. 23492), bei Lebensmitteln sogar mit 21,1 % (Abb. 23532). Die reale Zinsrate in der Eurozone (nach Inflation) sank immer weiter in den negativen Bereich (Abb. 20168) und trieb so die Inflation hoch, statt sie zu bremsen.

Jetzt haben wir die Schweinerei einer sich verstetigenden, selbstfütternden Inflation, weil die Gewerkschaften verständlicherweise die Löhne hochtreiben und die Unternehmen die höheren Kosten in die Preise drücken.

Blauäugig erklärt nun Bundesbank-Präsident Joachim Nagel, der im Vorstand der EZB sitzt und für diese Entwicklung mitverantwortlich ist, er sehe keine rasche Rückkehr zu dem von der EZB angestrebten Inflationsziel. Das Inflationsziel der EZB laute zwei Prozent, dort werde man wieder hinkommen. Allerdings werde das noch etwas dauern. "Ab dem Jahr 2024 werden die Inflationsraten dann deutlich zurückgehen. Zinserhöhungen haben Wirkungsverzögerungen von 18 Monaten bis zu zwei Jahren: Deswegen muss ich an dieser Stelle noch um Geduld bitten." "Haltet den Dieb!" nennt man das. Wäre er ehrlich, würde er einräumen, daß sich im EZB-Vorstand immer die Mehrheit der hochverschuldeten und daher an niedrigen Zinsen interessierten Mittelmeerländer durchsetzt.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

Blog 198 20-12-22: Putin wird sich freuen: Als Folge von Putins Angriffskrieg warnen Experten vor Anstieg der Kinderarmut in Deutschland



Schon seit Jahren verschärfe sich die Kinderarmut im Land, sagt der Präsident des Kinderschutzbundes. Und 2023 werde es noch deutlich schlimmer. Angesichts von Preissteigerungen hat der Kinderschutzbund vor wachsender Kinderarmut im kommenden Jahr gewarnt. Diese habe sich seit Jahren bereits verschärft und werde durch die ökonomischen Folgen des Krieges in der Ukraine noch einmal schlimmer, sagte der Präsident des Kinderschutzbundes, Heinz Hilgers: "Die Inflation trifft Familien, die nur wenig Geld zur Verfügung haben, besonders hart. Die Kinderarmut wird im kommenden Jahr also noch einmal deutlich zunehmen." Bereits jetzt ist jedes fünfte Kind in Deutschland armutsgefährdet. Hilgers warnte davor, dass Familien mit Kindern 2023 mit den Regelsätzen im Bürgergeld nicht auskommen würden. Die Erhöhung komme zu spät und werde von der Inflation direkt wieder aufgefressen.

Deutschland hat nach den "Armenhäusern" W-Europas mit einem Anteil von fast einem Viertel die höchste Kinderarmut (Abb. 21381).

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

Blog 197 19-12-22: Die blutigen Folgen der deutschen Migrationspolitik



Die NZZ bringt unter dieser Überschrift eine kritische Betrachtung, die man sich in den deutschen Medien gewünscht hätte. Der deutsche Staat ignoriere die von gewalttätigen Migranten ausgehende Gefahr. In regelmäßigen Abständen würden in Deutschland Menschen Opfer von Messerattacken, die von Migranten verübt werden. Asylmigranten seien häufig tatverdächtig bei Gewaltdelikten: bei Mord in 16 % aller Straftaten (Abb.). Dabei liegt der Anteil der Asylanten an der deutschen Bevölkerung bei nur etwa 6,5 %.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 196 16-12-22: Mehr als ein Drittel der mehr als 1 Mio. Ukraineflüchtlinge will langfristig in Deutschland bleiben - ein wichtiger Grund: Hartz-IV-Leistungen



Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine am Berliner Hauptbahnhof

Mehr als eine Million Menschen sind vor dem russischen Angriffskrieg aus der Ukraine nach Deutschland geflohen. Wie lange wollen sie bleiben? Und wie viele von ihnen haben hier Arbeit gefunden? Die nun in Berlin vorgestellte repräsentative Studie "Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland - Flucht, Ankunft und Leben", für die mehr als 11.000 Ukrainerinnen und Ukrainer befragt wurden, soll Aufschluss geben.

Am Stichtag 21. November waren im Ausländerzentralregister 1.026.599 Menschen erfasst, die im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine seit dem 24. Februar nach Deutschland eingereist sind. Ukrainische Flüchtlinge können ohne Visum nach Deutschland einreisen und bekommen - ohne einen Asylantrag stellen zu müssen - vorübergehenden Schutz. Sie können Hartz-IV-Leistungen erhalten, beziehungsweise demnächst Bürgergeld.

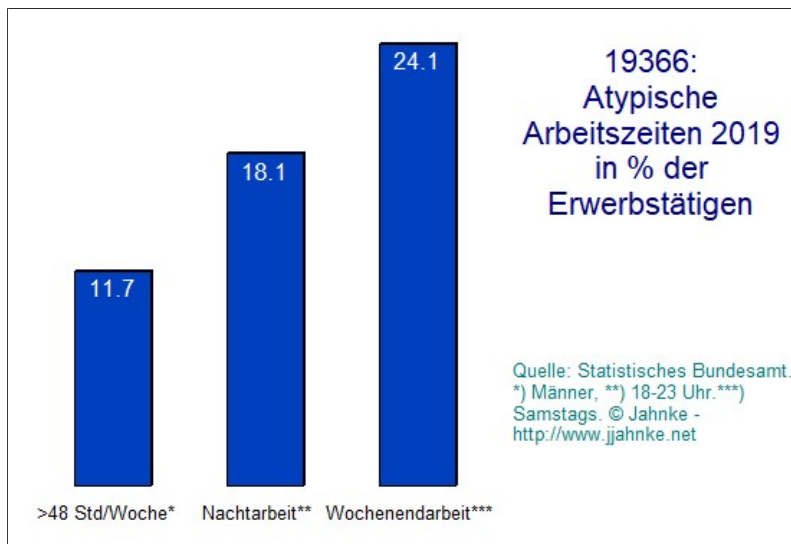
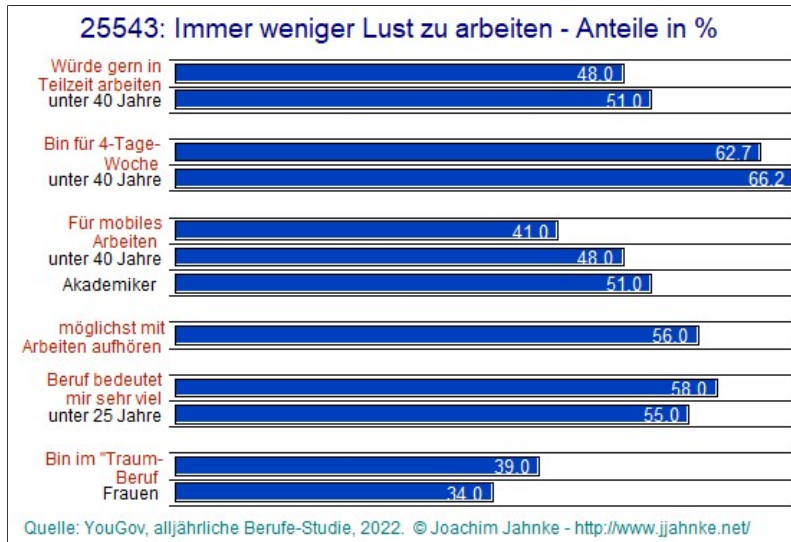
Mehr als jeder dritte Kriegsflüchtling aus der Ukraine möchte entweder für immer oder zumindest für mehrere Jahre in Deutschland bleiben. 26 % der Befragten äußerten die Absicht, für immer in Deutschland leben zu wollen. 11 % der Kriegsflüchtlinge wollen demnach mehrere Jahre bleiben. Lediglich zwei Prozent planen, innerhalb eines Jahres wieder auszureisen. Ein wichtiges Motiv ist nach eigenen Angaben das deutsche Wohlfahrtssystem.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 195 15-12-22: Länger Arbeiten - der Irrglaube des Herrn Scholz



Olaf Scholz will, daß Angestellte länger arbeiten. Was für eine Illusion. Denn viele sind schon vor der Rente völlig ausgebrannt und die Regierung tut nichts dagegen. Nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung sind vergangenes Jahr in Deutschland rund 858.000 Menschen in Altersrente gegangen - 500.000 davon vorzeitig.

Scholz sagte, dass unter anderem Einwanderer aus anderen Ländern und mehr arbeitende Mütter als Arbeitskräfte gewonnen werden sollen. Die Regierung will das Problem vor allem über mehr Arbeitnehmende lösen, die den frühen Renteneintritt anderer Menschen kompensieren sollen. Was sie zunächst nicht will: die aktuellen Arbeitsbedingungen so drastisch ändern, dass mehr Menschen tatsächlich länger arbeiten wollen. Dabei wäre genau das nötig. Denn die Menschen haben immer weniger Lust zu arbeiten wobei nach Umfragen 56 % möglichst bald mit dem Arbeiten aufhören wollen (Abb. 25543). Viel zu viele müssen atypische Arbeitszeiten arbeiten, fast ein Viertel an Wochenenden (Abb. 19366). Zwei Drittel der unter 40-Jährigen wünschen sich eine 4-Tage-Woche.

Geht es um neue Arbeitsbedingungen, ist die Bundesregierung aber erstaunlich unkreativ. Dabei bräuchte es so dringend ein allgemeingültiges Konzept für modernes Arbeiten - auch damit Menschen nicht schon weit vor der Rente völlig ausgebrannt sind. Deutschland könnte beispielsweise die Viertagewoche bei gleichem Lohn testen, um herauszufinden, ob die Produktivität dann tatsächlich sinkt, so wie es in Island oder Spanien bereits geschehen ist. Mütter, die nach einer Geburt in den Job zurückkehren, müssten ihre Arbeitsstunden per Gesetz zeitlich flexibel verteilen dürfen, wenn ihre

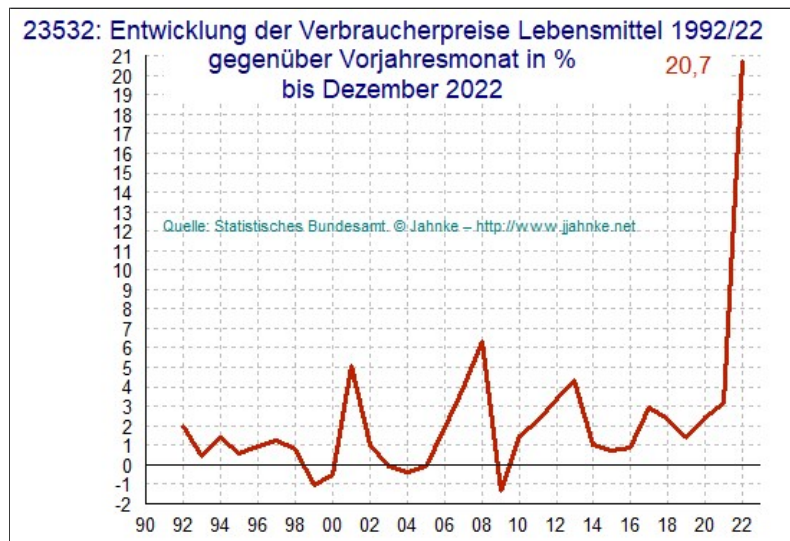
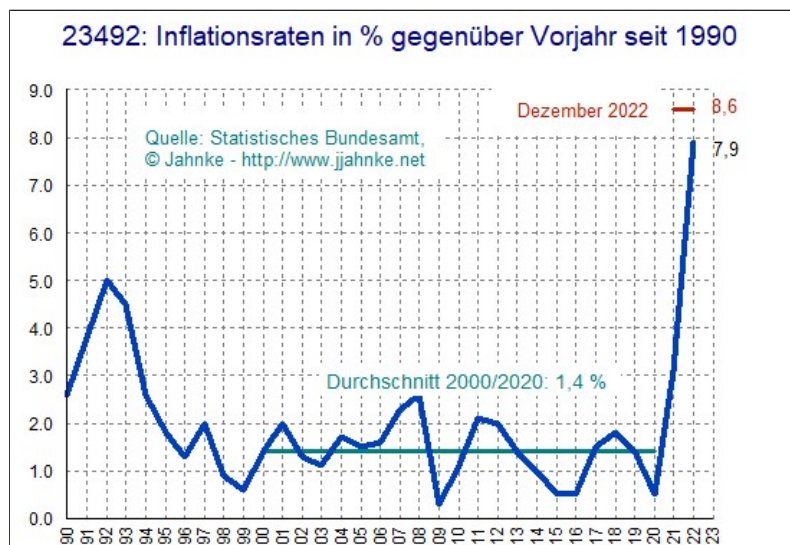
Aufgaben dies erlauben. Es sollte einen Anspruch auf Homeoffice geben, damit gerade Menschen, die sich zu Hause um Kinder und pflegebedürftige Angehörige kümmern, jede Minute ihrer Arbeitszeit nutzen können und nicht mit Pendelei verschwenden. Jobsharing könnte ebenfalls für alle Positionen verpflichtend angeboten werden, ein Bewerbungsverfahren mit zwei Kandidaten oder Kandidatinnen, die sich eine Stelle teilen wollen, müsste dann Standard werden. Es sollte normal sein können, in Teilzeitpositionen ein Team zu leiten.

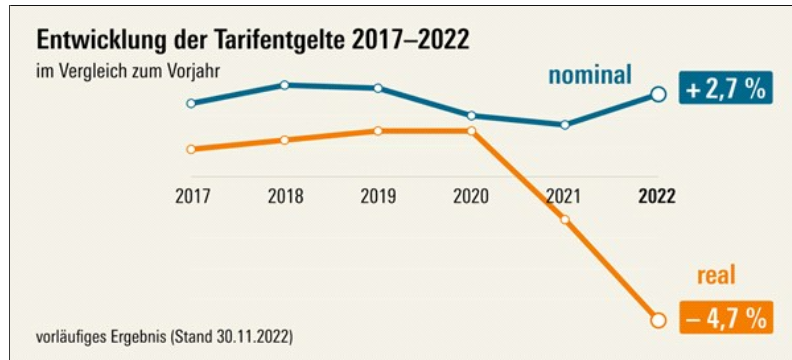
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 194 03-09-20: Inflation bei Lebensmitteln 21,1 %, einzigartiger Reallohnverlust





Die Inflationsrate in Deutschland - gemessen als Veränderung zum Vorjahresmonat - lag im November 2022 bei +10,0 %. Sie hat sich damit nach +10,4 % im Oktober 2022 zwar leicht abgeschwächt (Abb. 23492). Doch das geht nur auf eine leichte Entspannung bei den Energiepreisen zurück. Besonders spürbar für die privaten Haushalte sind dagegen die weiter um 21,1 % steigenden Preise für Nahrungsmittel (Abb. 23532).

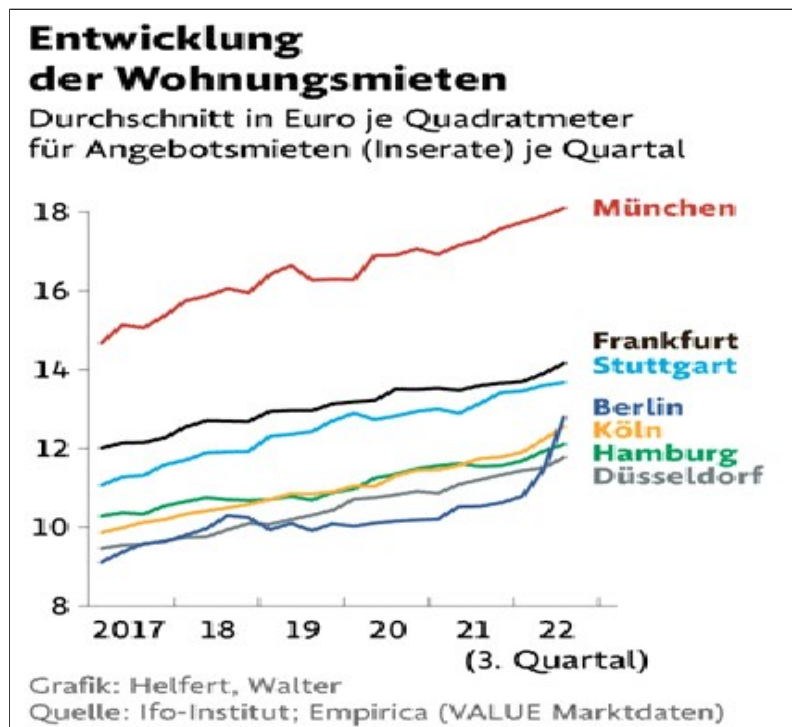
Die Tariflöhne steigen im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 2,7 Prozent. Doch das Plus wird von der Teuerung mehr als aufgeessen (Abb.). Angesichts einer für das Gesamtjahr zu erwartenden Inflationsrate von 7,8 Prozent ergibt sich ein durchschnittlicher Rückgang der Reallöhne von 4,7 Prozent. Das geht aus Daten des Tarifarchivs des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung hervor. Der Leiter des WSI-Tarifarchivs, Thorsten Schulten. "Vor diesem Hintergrund kommt es in diesem Jahr zu einem in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bislang einzigartigen Reallohnverlust."

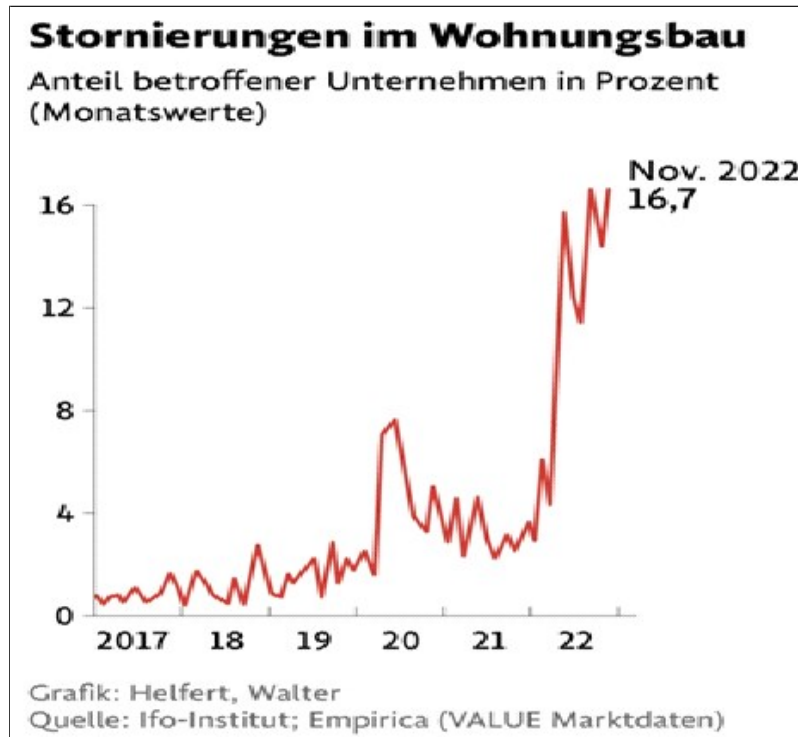
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 193 13-12-22: Der Wohnungsneubau in Deutschland bricht tief ein





Im Wohnungsbau kommt es zu immer mehr Stornierungen. Gleichzeitig steigen die Mieten immer weiter. Viele Bauprojekte werden wegen der gestiegenen Kosten nicht mehr realisiert. Materialknappheit, steigende Zinsen und geringere Fördermöglichkeiten belasten das Geschäft. Für Mieter heißt das nichts Gutes. Salewski, Präsident des Bundesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW): **"Die Wohnungswirtschaft steht vor der schwersten Krise seit Jahrzehnten. Verkauf und Vermarktungsaktivitäten sind fast komplett zum Erliegen gekommen. Das sind keine düsteren Aussichten mehr, das wird brutal."**

Das Münchner Ifo-Institut veröffentlichte am Montag seine neueste Umfrage unter Bauunternehmen. 16,7 Prozent der Befragten berichteten im November von Stornierungen im Wohnungsbau. Im Vormonat waren es "nur" 14,5 Prozent, bis Anfang dieses Jahres üblich waren Werte unter 5 Prozent. Die Unternehmen hätten zwar noch gut gefüllte Auftragsbücher, sagte Ifo-Forscher Felix Leiss. "Aber die immer weiter steigenden Baupreise, höhere Zinsen und geringere Fördermöglichkeiten belasten das Neugeschäft."

Axel Gedaschko, Präsident des Gesamtverbands der deutschen Wohnungswirtschaft (GdW), zeichnet ein düsteres Bild der Lage. "Wir sind in Deutschland aktuell nicht mehr in der Lage, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen", sagt er. Eine so rasante Verschlechterung der Bedingungen für den Neubau habe es in der jüngeren Geschichte noch nicht gegeben. "Und dennoch gießt die Regierung weiter Öl ins Feuer. Wie beispielsweise das Chaos um die Neubauförderung, die so gut wie nicht mehr existiert", kritisiert er. Neubaumieten von 17 bis 20 Euro je Quadratmeter seien für viele Menschen unbezahlbar.

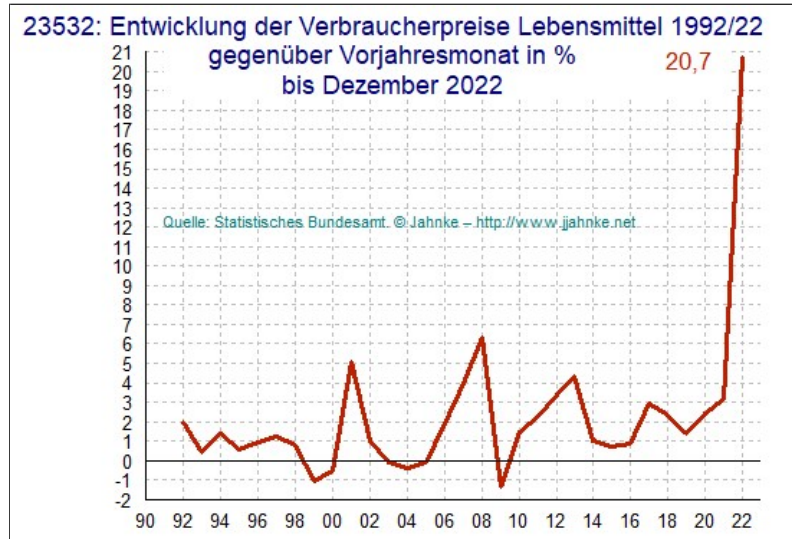
Umfragen der Wohnungsverbände deuten auf einen erheblichen Rückgang der Fertigstellungen hin. Im Jahr 2021 wurden in Deutschland nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes noch 293.000 Wohnungen gebaut. Für dieses Jahr rechnet der GdW nur noch mit 250.000, 2023 würden es "vielleicht nur noch 200.000 Wohnungen", schätzt Gedaschko. Der BFW prognostiziert einen Rückgang des Neubaus um jährlich 60 Prozent. Etwas anders, aber im Fazit nicht weniger pessimistisch sieht Reiner Braun aus dem Vorstand des Analysehauses Empirica die Entwicklung. Mit Verweis auf die langen Planungs- und Bauzeiten prognostiziert er: "Der Einbruch kommt erst 2024/25."

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 192 11-12-22: Inflation: Die Tafeln in Deutschland arbeiten am Limit



Die Folgen der Inflation bekommen auch die Tafeln in Deutschland immer deutlicher zu spüren. Die Nachfrage ist kaum noch zu bewältigen. "Die Lage der Tafeln in Deutschland ist so herausfordernd wie noch nie zuvor in der 30-jährigen Geschichte", sagt der Vorsitzende des Dachverbandes der Tafeln, Jochen Brühl, in Berlin. "Wir haben mehr Kundinnen und Kunden - gleichzeitig werden weniger Lebensmittel gespendet." Menschen in der Grundsicherung, Alleinerziehende, Rentner, Geflüchtete, Obdachlose - mehr als zwei Millionen Menschen kommen den Angaben zufolge zu den mehr als 960 Tafeln in Deutschland.

In den vergangenen Monaten ist eine neue Gruppe hinzugekommen: Immer mehr Menschen aus dem Niedriglohn-Sektor, die sonst immer noch knapp über die Runden gekommen seien, seien plötzlich auf die Unterstützung der Tafeln angewiesen, berichtet Brühl.

"Schon länger bemüht sich der Handel durch verschiedene Strategien, weniger zu verschwenden", sagt Brühl vom Dachverband der Tafeln. "Durch den Krieg sind zudem Logistikketten gestört. Auch deshalb gibt es weniger Überschüsse." Die Menge der Lebensmittel, die an von Armut Betroffene ausgegeben wird, hat nach Angaben des Dachverbandes deshalb vielerorts reduziert werden müssen. Zudem seien die Tafeln selbst von den Preissteigerungen etwa für Energie und Transport betroffen.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 391 10-12-22: Rußland bleibt ein Schurkenstaat mit totaler Verachtung für das Völkerrecht



Kremlsprecher Dmitri Peskow erläuterte in einer Pressekonferenz, die russischen Kriegsziele umfassten nach wie vor die "Denazifizierung" und "Demilitarisierung" der Ukraine. Das Institute for the Study of War (ISW) bezeichnet diese Formulierungen als klaren Hinweis für Russlands anhaltendes Bestreben, die Regierung von Wolodymyr Selenskyj abzusetzen. Denn in der Darstellung der russischen Propaganda wird die Ukraine von einem "Naziregime" geleitet, "Entnazifizierung" könne daher nur einen erzwungenen Regierungswechsel bedeuten. "Entmilitarisierung" dagegen bedeute, jeglichen militärischen Widerstand gegen russische Aggression zu brechen.

In derselben Pressekonferenz legte Peskow weitere Hauptziele dar. Dazu gehöre der Schutz der Bevölkerung im Donbass und in der Südostukraine, also in den derzeit besetzten Gebieten. Zudem gebe es zurzeit keine Pläne für weitere Annexionen, da es noch zu viel zu tun gebe, um die vollständige Kontrolle über Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson zu erlangen. Wie das ISW berichtet, haben sich damit die russischen Ansprüche seit dem Rückzug aus Kiew zu Beginn des Krieges nicht geändert.

Es wird höchste Zeit, daß die EU Rußland vollständig von ihrem Außenhandel abschneidet. Deutschland hat in den ersten 10 Monaten 2022 immer noch für 30 Mrd. EUR Waren aus Rußland eingeführt und für 12 Mrd. EUR dorthin exportiert. Damit gehört Rußland immer noch zu den Haupthandelspartnern Deutschlands.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 390 08-12-22: Wie die Bundesregierung zum Migranten-Schleuser wurde



Von der Bundesregierung zu Lasten des deutschen Steuerzahlers finanzierte Humanity 1

Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat Zahlungen aus Steuermitteln in Höhe von zwei Millionen Euro jährlich bis 2026 an die Hilfsorganisation "United4Rescue" beschlossen. Die Organisation mit Sitz in Hannover betreibt die Rettungsschiffe Humanity 1 und die Sea Watch 5, die Anfang 2023 zu ihrem ersten Schlepper-Einsatz im Mittelmeer auslaufen soll und Platz für etwa 500 Menschen haben wird. Bei einer solchen Tagesquote wären das pro Jahr die Entsprechung von zwei deutschen Großstädten mit 183000 Einwohnern. Damit muß man auch die Bundesregierung zu den Schleusern zählen. Daß sie das zu Lasten anderer Länder zu betreiben versucht, ist ein Skandal im Skandal! Allerdings werden viele der so Geschleusten nach Deutschland durchwandern, weil hier die beste staatliche Unterstützung zu erwarten ist und das geringste Risiko einer Abschiebung.

Jetzt hat dieselbe Organisation SOS Humanity die Zuweisung eines sicheren Hafens für ihr Rettungsschiff "Humanity 1" mit 261 Menschen an Bord gefordert. Die Flüchtlinge waren demnach bei drei Einsätzen im Mittelmeer zwischen Sonntag und Dienstag gerettet worden. Trotz mehrerer Anfragen hätten die Rettungsleitstellen, unter anderem auf Malta und in Italien, der "Humanity 1" keinen Hafen zugewiesen. Auch die "Geo Barents" von Ärzten ohne Grenzen mit rund 250 Flüchtlingen wartet auf die Zuteilung eines sicheren Hafens.

Die Zahl der Flüchtlinge, die über die gefährliche Mittelmeerroute nach Europa kommen, ist deutlich gestiegen. Seit Jahresbeginn zählte die EU-Kommission 90.000 Menschen, rund 50 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Die Bundesregierung hat keinerlei demokratische Legitimation für ihr von den Grünen bestimmtes Schleusertreiben, denn die staatliche Schleusertätigkeit war in keinem Wahlprogramm vorgesehen und würde in Deutschland nie eine demokratische Mehrheit finden. Die deutschen Wähler wurden in dieser Hinsicht schlicht betrogen.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

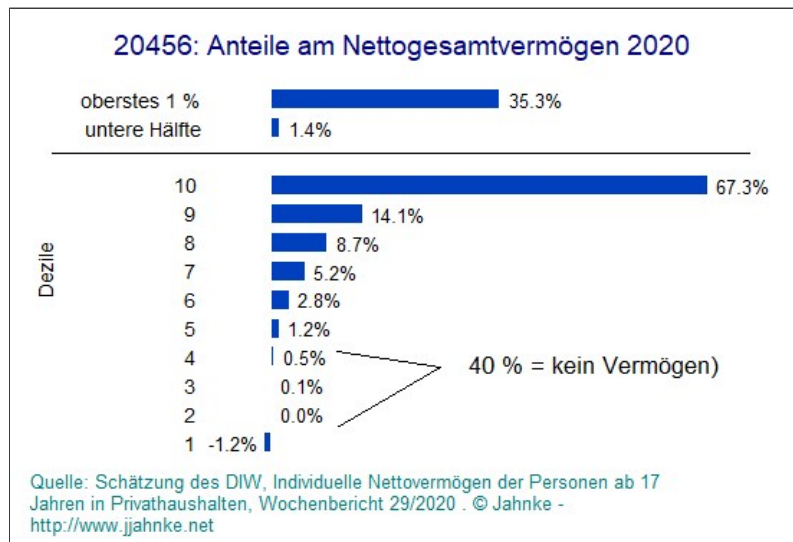


[per Mail verlinken](#)

Blog 389 09-12-22: .Milliardäre in Deutschland und viel Steuerflucht



Die Dame, die immer alles richtig gemacht haben will und in deren Regierungszeit die Reichen noch reicher geworden sind





Nach der neuesten Analyse der Schweizer Großbank UBS hat Deutschland 134 US\$-Milliardäre, die im Durchschnitt über je 4,5 Mrd. US\$ verfügen. Der Unternehmer Dieter Schwarz gilt als Eigentümer von Lidl und Kaufland mit einem Vermögen von mehr als 40 Milliarden Euro als reichster Deutscher. In einem Land, wo 40 % überhaupt kein Vermögen haben und die ganze untere Hälfte nur über 1,4 % des Netto-Gesamtvermögens verfügt (Abb. 20456), ist eine solche Konzentration von Vermögen in den Taschen der Superreichen ein riesiger Skandal. Die meisten Menschen sind schlecht informiert, und schon deshalb gibt es keinen Widerstand.

16 Jahre Merkel mit einem viel zu niedrigen Spitzensteuersatz, der seit 1965 immer weiter abgesenkt wurde (Abb. 14658) und einer der niedrigsten in W-Europa ist (Abb. 15366), haben dazu beigetragen.

Auch wurde und wird die Steuerflucht viel zu wenig bekämpft. Allein auf der britischen Kanalinsel Guernsey lagerten im Jahr 2019 etwa 11,9 Milliarden Euro von Bundesbürgern. Fast dieselbe Summe fand sich demnach in Liechtenstein. Auf den karibischen Cayman Islands sollen es an die 8,5 Milliarden Euro sein. Aus Singapur wurden 4,3 Milliarden Euro gemeldet. Für das Jahr 2018 hatte die Schweiz etwas mehr als 133 Milliarden Euro gemeldet, die deutsche Steuerzahler bei Schweizer Banken geparkt hatten. Laut "SZ" zeigen die Zahlen des Finanzministeriums, daß mindestens 222 Milliarden Euro von Deutschen auf Konten außerhalb der EU liegen (Geld auf ausländischen Konten ist nicht zwangsläufig illegal). Allein Luxemburg meldete für 2019 rund 117 Milliarden Euro deutscher Steuerzahler auf dortigen Konten.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 388 08-12-22: Merkel, noch immer die Unverbesserliche - Aus dem Interview mit der "ZEIT" vom 7. Dezember



ZEIT: Würden Sie heute an irgendeiner Stelle anders handeln?

Merkel: Nein!

ZEIT: Stellen Sie sich die Frage, ob die Jahre relativer Ruhe auch Jahre der Versäumnisse waren und Sie nicht nur Krisenmanagerin, sondern zum Teil Verursacherin von Krisen?

Merkel: Schauen wir auf meine Politik in Bezug auf Russland und die Ukraine. Ich komme zu dem Ergebnis, dass ich meine damaligen Entscheidungen in einer auch heute für mich nachvollziehbaren Weise getroffen habe. Es war der Versuch, genau einen solchen Krieg zu verhindern. Dass das nicht gelungen ist, heißt noch nicht, dass die Versuche deshalb falsch waren.

ZEIT: Meinen Sie damit auch die Diskussion um die Ausstattung Ihres Büros? Es gab Unverständnis dafür, dass Sie neun Mitarbeiter beschäftigen.

Merkel: Das ist vielleicht ein Nebeneffekt. Welchen Leistungsnachweis muss ich denn erbringen, dass die Ausstattung gerechtfertigt ist?

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 387 08-12-22: Geschichtsloses Deutschland



Otto von Bismarck ist offenbar kein deutscher Staatsmann, an den man sich im Auswärtigen Amt noch erinnern möchte. Ein nach ihm benannter Saal wird nun umbenannt. Die Umbenennung trägt angeblich "der Tatsache Rechnung, dass das Auswärtige Amt seine Traditionslinie maßgeblich in der demokratischen Geschichte Deutschlands verankert sieht".

Otto von Bismarck wurde 1871 der erste Reichskanzler des Deutschen Reiches. Im Jahr zuvor hatte er bereits das Auswärtige Amt gegründet. Deswegen erinnerte auch ein Gemälde im Bismarck-Saal an ihn. Da Bismarck den Ruf als Vollender der deutschen Einheit innehat, erinnern deutschlandweit zahlreiche Denkmäler an ihn. Wenn ausgerechnet das Auswärtige Amt Bismarck verbannen will, dann stimmt mit dessen Geschichtsbewußtsein und vor allem dem seiner grünen Ministerin eine Menge nicht mehr. Viele Länder wären froh, wenn sie in ihrer Geschichte eine Persönlichkeit mit ähnlicher Stärke und historischer Rolle aufweisen könnten. Doch in grünen Köpfen tickt da vieles nicht mehr richtig.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



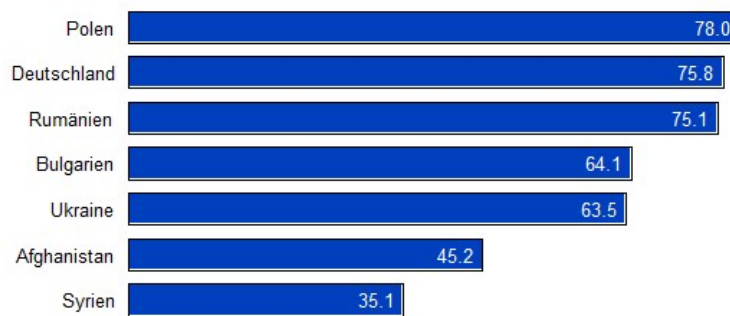
[per Mail verlinken](#)

Blog 386 07-12-22: Der Westbalkan ist zum Einfallstor illegaler Migration über Deutschlands weit offene Grenzen geworden



Auf dem Weg in die EU: Migranten laufen über Gleise in der Nähe der Grenze zwischen Serbien und Ungarn

22539: Erwerbstätigenquote nach Staatsangehörigkeit 2021



Quelle: Statistisches Bundesamt. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

In Tirana treffen sich die Staats- und Regierungschefs der Länder des westlichen Balkans zum Gipfel. Die EU-Kommission mahnt zu einer besseren Eindämmung irregulärer Migration. "Man habe "den Partnern klargemacht, dass es zwingenden Handlungsbedarf gibt", sagte der verantwortliche Vizepräsident der EU-Kommission, Margaritis Schinas. Die EU-Kommission dringt darauf, dass alle Staaten des Westbalkans nur Bürger aus solchen Ländern visumfrei einreisen lassen, die dieses Privileg auch in der EU genießen. Besonders Serbien verstieß dagegen bisher auf eklatante Weise. Die Grenze zwischen Serbien und Ungarn gilt als Einfallstor. Die EU-Kommission will Beamte von Frontex und Europol dorthin entsenden. Die meisten Migranten dürften sich auf den Weg nach Deutschland machen.

Nach Angaben der EU-Kommission wurden 2022 schon 130.000 rechtswidrige Grenzübertritte auf den Migrationsrouten am Balkan registriert. **Das entspricht einer Verdreifachung gegenüber dem Vorjahreszeitraum.** Die tatsächliche Zahl von Einreisen dürfte noch höher sein, wie EU-Innenkommissarin Ylva Johansson darlegte. Sie verwies darauf, dass 660.000 Erstanträgen auf Asyl in diesem Jahr nur etwa 250.000 registrierte irreguläre Einreisen über alle Migrationsrouten entgegenstünden.

Die meist illegal einreisenden Syrer haben mit nur 35 % die niedrigste Erwerbstätigenquote (Abb. 22539) und leben daher meist von öffentlicher Hilfe.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 385 05-12-22: >Wladimir Putin: Das System organisierter Verbrecher (mit Teilen aus einem ZEIT-Artikel)



Das System Putin präsentiert sich mittlerweile ganz unverhohlen als Mafia-Staat. Das zeigt auch Putins Selbstinszenierung mit dem Sturmgewehr auf der Schulter. Nachdem das EU-Parlament Russland jüngst als einen staatlichen Unterstützer von Terror einstufte, ließ die Reaktion von Jewgeni Prigoschin nicht lange auf sich warten. Der Chef der berühmten Söldnerarmee Gruppe Wagner und Vertraute von Wladimir Putin wollte der EU einen "Koffer mit Informationen" zukommen lassen. In einem Social-Media-Video sah man später einen Mitarbeiter Prigoschins, der ebendiesen Koffer vorzeigte. Es handelte sich um einen Violinenkasten, in dem sich ein mit Kunstblut bespritzter Vorschlaghammer befand.

Die Einschüchterungsversuche auf diplomatischem Parkett, die Mord- und Giftanschläge auf politische Gegner, die Unterwanderung demokratischer Öffentlichkeiten mit riesigen Troll-Armeen, die ökonomische und militärische Erpressung von Nachbarländern, das buchstäbliche Günstlingssystem aus Oligarchen: All das lag offen zutage. Ein gutes neues Buch dazu ist "In Putins Kopf - Logik und Willkür" von Michel Eltchaninoff.

Doch spätestens seit dem Angriffskrieg auf die Ukraine stellt der Kreml sein mafiöses Selbstbewusstsein offen zur Schau. Das zeigt sich nicht nur daran, dass der Ex-Häftling Prigoschin vom sinistren Schattenmann ins Licht der Öffentlichkeit wechseln durfte, sondern auch an der Kriegsführung in der Ukraine. Dass die russische Armee zahlreiche Häftlinge aus Gefängnissen rekrutiert, einer Recherche der Website Daily Beast zufolge nunmehr sogar in Afrika, spricht für sich. Ebenso, dass die russischen Truppen vor ihrem Abzug aus Cherson das dortige Kunstmuseum plünderten. Von der Terrorisierung der ukrainischen Zivilbevölkerung durch Raketenangriffe auf die Energieinfrastruktur ganz zu schweigen.

Auch das Plündern gehört in Putins verbrecherischen Instrumentenkasten. Russland hat nach Angaben der US-Raumfahrtbehörde Nasa in diesem Jahr wohl Weizen im Wert von rund einer Milliarde Dollar (rund 950 Millionen Euro) von ukrainischen Feldern geerntet. Rund 5,8 Millionen Tonnen Weizen seien von Feldern in der Ukraine geerntet worden, die nicht unter der Kontrolle des Landes lägen, teilte Nasa Harvest mit, das Ernährungssicherheits- und Landwirtschaftsprogramm der US-Raumfahrtbehörde. Für die Erhebung nutzt Nasa Harvest gemeinsam mit mehreren Partnerinstitutionen Satellitendaten und Modellierungen.

Doch kommt Putin damit im Grunde nur zu seinen politischen Ursprüngen zurück. Wie die britische Journalistin Catherine Belton in ihrem fantastisch recherchierten Buch Putins Netz nachgezeichnet hat, erkannte der KGB Mitte der Achtzigerjahre als Erstes, dass die sowjetische Planwirtschaft bald implodieren würde. Die Folge: Geheimdienstkader versuchten früh, sich die ökonomischen Filetstücke des kollabierenden Imperiums zu sichern. Obschon dieser Plan zunächst scheiterte, da die KGB-Truppen bei der Privatisierung von der ersten Oligarchengeneration um Michail Chodorkowski oder

Boris Beresowski übertrumpft wurden, arbeiteten die Silowiki-Netzwerke derweil an ihrem Comeback - nicht zuletzt mithilfe des organisierten Verbrechens. Als Vizebürgermeister von St. Petersburg kooperierte Ex-KGB-Mann Putin Anfang der Neunzigerjahre selbst ausgiebig mit der Mafia, etwa bei der Kontrolle über die Geschäfte des St. Petersburger Hafens.

Bewegte sich Putin also bereits zu Beginn seiner politischen Karriere an der Schnittstelle von Geheimdienst und Mafia - zwei Organisationen, die nach ähnlichen Logiken funktionieren -, so baute er den russischen Staat zunehmend nach diesem Muster um. Damit beendete er zwar den damaligen Wildwuchs aus organisierten Verbrechen und politisch selbstbewussten Oligarchen, jedoch nur zu dem Preis, dass der Staat selbst zu einer Art Mafia verkam.

Und womöglich war es am Ende aber auch genau das, was weltweit vor allem die rechtspopulistischen Putin-Apologeten so bewunderten: Ein Staat, der nicht "nur" autoritär regiert, sondern seinen loyalsten und skrupellosesten Schergen wirtschaftliche Selbstbedienung verspricht. Dass Leute wie Trump oder Berlusconi sich schnell auf einer Wellenlänge mit dem russischen Präsidenten wählten, erklärt sich nicht zuletzt vor diesem Hintergrund.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 384 03-09-20: Lagarde bleibt Lagarde: Schuld an Inflation sind immer die Anderen oder "Haltet den Dieb!"



Die von Lagarde geführte EZB hat sehr lange mit einer Zinsanhebung gewartet, zu lange, um die Inflationserwartung noch rechtzeitig zu brechen. Jetzt sieht Lagarde neue Inflationsrisiken, wie die Regierungen versuchen, die unter der Inflation leidenden Volkswirtschaften mit Ausgabenprogrammen wieder anzukurbeln. Auch die EU-Kommission geht inzwischen davon aus, daß die Wirtschaft im Euroraum im vierten Quartal und im ersten Quartal 2023 schrumpfen wird.

So warnt Lagarde vor einer zu starken Ankurbelung der Nachfrage durch die Haushaltspolitik einiger europäischer Regierungen: "Bedauerlicherweise deuten derzeit zumindest manche der fiskalischen Maßnahmen, die wir bei vielen Regierungen in Europa und vor allem im Euroraum analysieren, in Richtung der letzteren Kategorie. Der dadurch geschaffene Überhang an Nachfrage kann die Geldpolitik zu einer stärkeren Straffung zwingen als sonst notwendig wäre".

Das ist nichts anderes als "Haltet den Dieb!" Dabei müssen die Regierungen ankurbeln, weil die EZB die Inflation heraufbeschworen hat. Von einer Notenbank erwartet man mehr Seriosität.

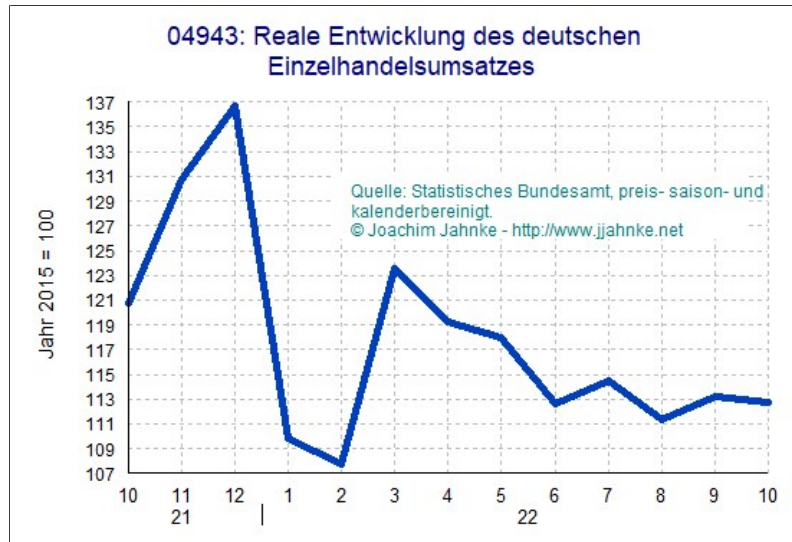
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 383 01-12-22: Einzelhandelsumsatz im Oktober 2022 um fast 7 %

niedriger als im Vorjahresmonat



Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamts haben die Einzelhandelsunternehmen in Deutschland im Oktober 2022 kalender- und saisonbereinigt real (preisbereinigt) 6,6 % weniger umgesetzt als im Vorjahresmonat (Abb. 04943). Die deutschen Haushalte haben wegen der hohen Inflation auf Sparen geschaltet.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 382 30-11-22: Madeira



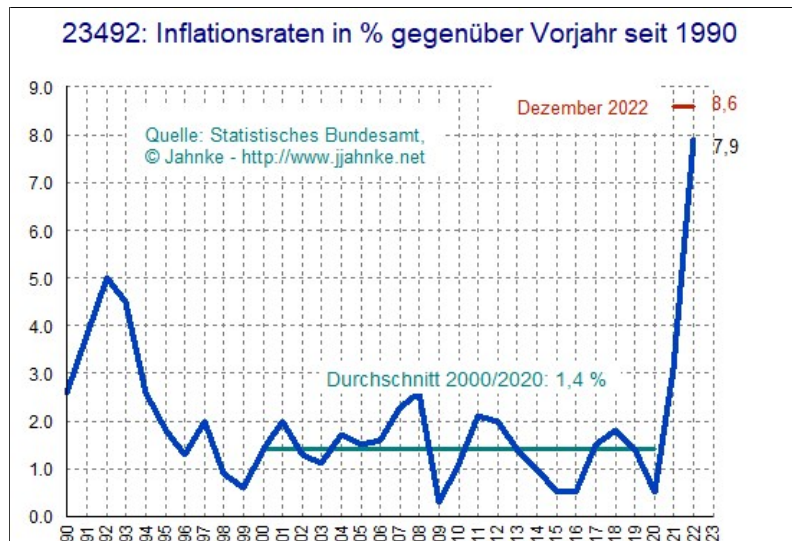
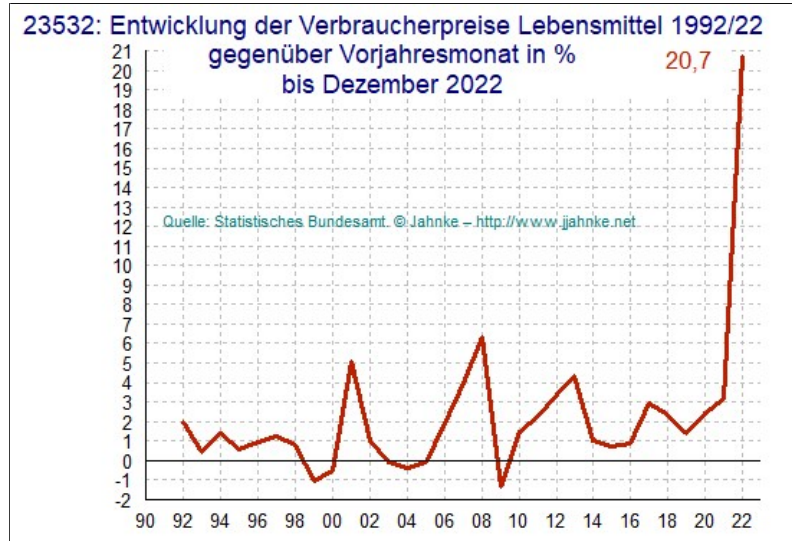
Bin mal eben zum Aufwärmen weg!

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 381 30-11-22: Lebensmittelpreise steigen weiter mit neuer Höchststrate von 21 %



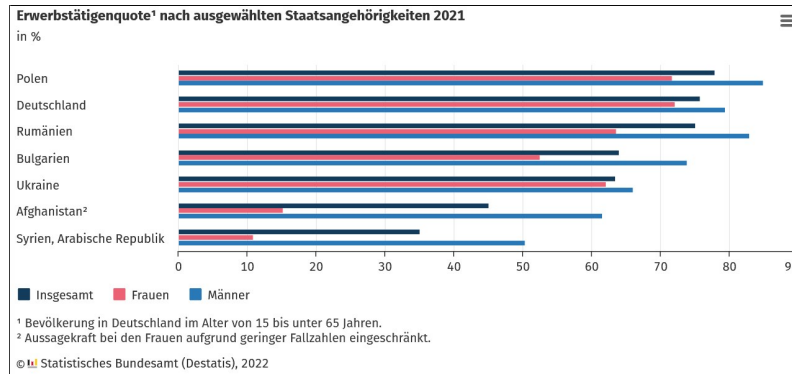
Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamts ist die Inflationsrate im November leicht auf 10 % gesunken (im Oktober waren es noch 10,4 %). Das liegt allein an der Entwicklung der Energiepreise. Dagegen stiegen die Lebensmittelpreise mit einer neuen Höchststrate von 21 %; im Oktober waren es noch 20,3 %. Die in den Medien verkündete Inflationsentwarnung ist also irreführend.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 180 30-11-22: Deutschland braucht Fachkräfte, hat aber die falsche Einwanderung



Die Integrationschancen von Zugewanderten in den hiesigen Arbeitsmarkt sind von verschiedenen Faktoren abhängig: Neben Migrationsmotiven, arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen sowie der Altersstruktur spielt auch der Bildungshintergrund der Zugewanderten eine wichtige Rolle. Ergebnisse des Mikrozensus für 2021 zeigen, dass unabhängig von der Nationalität die Erwerbstätigenquote von 15- bis unter 65-Jährigen umso höher ausfällt, je höher der Bildungsabschluss ist. Hinsichtlich der Bildungsstruktur - und damit auch mit Blick auf die Erwerbsbeteiligung - weisen die in jüngster Zeit hauptsächlich nach Deutschland zugewanderten Bevölkerungsgruppen große Unterschiede auf. So hatten 2021 rund 70 % der hierzulande lebenden Polinnen und Polen mindestens einen Berufsabschluss oder Abitur. Etwa die Hälfte waren es bei den Rumäninnen und Rumänen (54 %) sowie bei Bulgarinnen und Bulgaren (47 %). **Dagegen waren fast zwei Drittel der Syrerinnen und Syrer gering qualifiziert, lediglich 38 % konnten mindestens einen Berufsabschluss oder Abitur vorweisen. Bei den Afghaninnen und Afghanen war dieser Anteil mit 21 % noch geringer.** Von den Ukrainerinnen und Ukrainern, die bereits 2021 vor Beginn des Krieges in Deutschland lebten, hatten 81 % mindestens einen Berufsabschluss oder Abitur, fast die Hälfte (47 %) konnte einen Hochschulabschluss vorweisen.

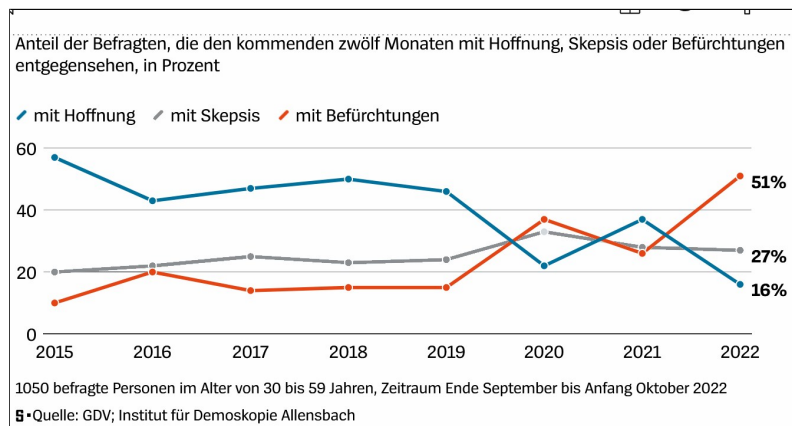
Entsprechend unterschiedlich ist auch das Bild in punkto Erwerbsbeteiligung: Unter den 15- bis unter 65-Jährigen aus östlichen EU-Staaten war die Erwerbstätigenquote im Jahr 2021 vergleichsweise hoch: Bei Polinnen und Polen lag sie bei 78 %, bei Rumäninnen und Rumänen bei 75 %, und von den Bulgarinnen und Bulgaren waren knapp zwei Drittel (64 %) erwerbstätig. **Deutlich geringer war die Erwerbstätigenquote bei Syrerinnen und Syrern (35 %) sowie bei Menschen mit afghanischer Staatsangehörigkeit (45 %).** Hier dürfte unter anderem das niedrigere Bildungsniveau eine Rolle gespielt haben. Die Erwerbstätigenquote der Ukrainerinnen und Ukrainer, die bereits 2021 in Deutschland lebten, unterscheidet sich mit einer Quote von 64 % deutlich davon.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



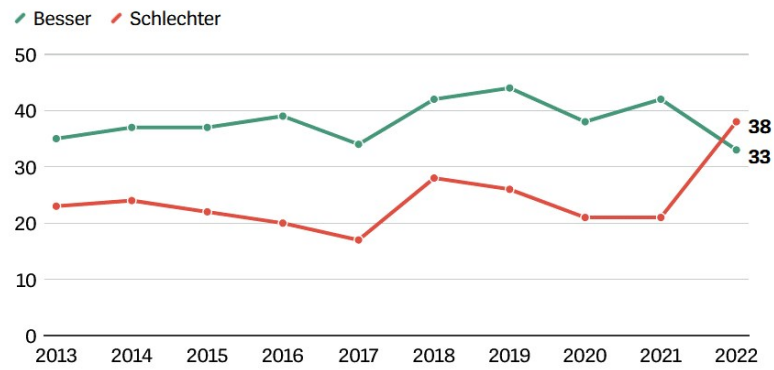
[per Mail verlinken](#)

Blog 179 29-11-22: Unzufriedenheit breitet sich in Deutschland aus



Wohlstand geht verloren

Anteil der Befragten, die angaben, dass sich ihre **persönliche wirtschaftliche Lage im Vergleich zu der fünf Jahre zuvor** verbessert beziehungsweise verschlechtert habe, in Prozent



1050 befragte Personen im Alter von 30 bis 59 Jahren, Zeitraum Ende September bis Anfang Oktober 2022

Quelle: GDV; Institut für Demoskopie Allensbach

Schwache verlieren Wohlstand

Anteil der Befragten, die angaben, dass sich ihre persönliche wirtschaftliche Lage im Vergleich zu der fünf Jahre zuvor verbessert beziehungsweise verschlechtert habe, in Prozent

■ Besser ■ Schlechter

Gesamtbevölkerung



Sozio-Ökonomischer Status

Niedrig



Mittel



Hoch

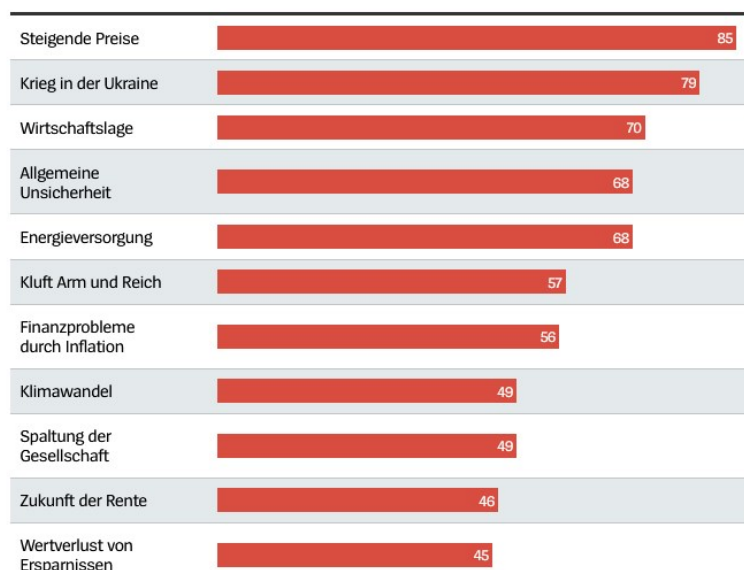


1050 befragte Personen im Alter von 30 bis 59 Jahren, Zeitraum Ende September bis Anfang Oktober 2022

5 • Quelle: GDV; Institut für Demoskopie Allensbach

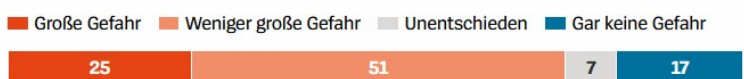
Große Sorgen

Anteil der Befragten, die angaben, sich über folgende Themen »große Sorgen« zu machen, in Prozent



Abstiegsangst

Anteil der Befragten auf die Frage ihrer Einschätzung zur Gefahr, ihren Lebensstandard in Zukunft nicht mehr halten zu können, in Prozent

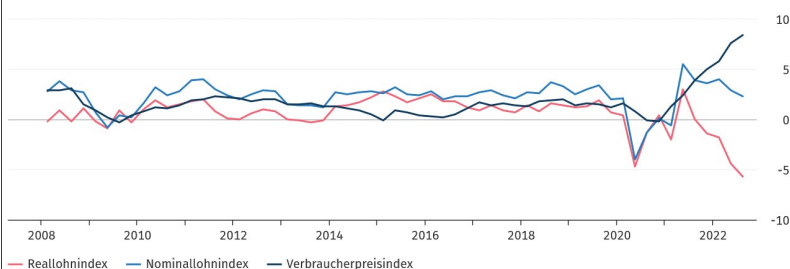


1050 befragte Personen im Alter von 30 bis 59 Jahren, Zeitraum Ende September bis Anfang Oktober 2022

Quelle: GDV; Institut für Demoskopie Allensbach

Entwicklung der Reallohne, der Nominallohne und der Verbraucherpreise

Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022

Nach einer Allensbach-Umfrage unter den 30- bis 59-Jährigen in Deutschland, der sogenannten "Generation Mitte" sind immer mehr Menschen mit den Lebensumständen unzufrieden: Das Leben ist schmerzhaft teuer, die Sparmöglichkeiten sind begrenzt und die Aussichten düster. Dieser Altersgruppe gehört der weit überwiegende Teil der Erwerbstätigen an, die den Staat und seine Sozialsysteme finanzieren. Auch die meisten Eltern mit abhängigen Kindern sind in diesem Alter - zudem viele Kinder, die wiederum ihre Eltern pflegen. Es ist die Spanne des Lebens, in der nicht selten die Generation davor und die danach versorgt und unterstützt werden und zugleich für das eigene Alter vorgesorgt

werden muss.

Noch nie zuvor zeigte sich eine so tiefe Verunsicherung und Besorgnis wie in diesem Jahr, das von Inflation, dem Krieg in der Ukraine und einer Energiekrise geprägt ist. 51 % der Befragten sahen den folgenden zwölf Monaten mit Befürchtungen entgegen, weitere 27 % mit Skepsis, nur 16 % mit Hoffnung. 38 % der Befragten gaben an, es gehe ihnen heute wirtschaftlicher schlechter als fünf Jahre zuvor. Nur für 33 % hat sich die wirtschaftliche Lage in diesem Zeitraum verbessert. Damit überwiegen zum ersten Mal seit Beginn der "Generation Mitte"-Befragung 2013 Wohlstandseinbußen gegenüber Wohlstandsgewinnen. Wohlstandsverlierer und Wohlstandsgewinner waren dabei sehr ungleich verteilt: Bei fast drei von fünf Personen mit niedrigem sozioökonomischen Status - 59 % - hat sich die ökonomische Lage verschlechtert; unter den Befragten mit hohem sozioökonomischem Status wurde es nur für gut eine von fünf Personen schlechter. Um diesen Status zu definieren, berücksichtigten die Meinungsforscher unter anderem die Bildung, den Beruf und das Nettoeinkommen.

Für die folgenden sechs Monate - also grob für den Zeitraum von Oktober bis März - gingen 75 % davon aus, dass es mit der Wirtschaft bergab gehe, 53 % erwarteten sogar eine langfristige Verschlechterung. Damit einher geht für 69 % die Annahme, dass Wohlstand und Lebensqualität in den kommenden zehn Jahren abnehmen werden, nur noch fünf Prozent gehen von einer Verbesserung aus.

Die Inflation ist offenbar auch deshalb ein solch dominantes Thema, weil sie nahezu für die gesamte Generation Mitte spürbar ist. So fühlten sich 96 % der Befragten durch die Preissteigerungen belastet, und für knapp die Hälfte bedeutete das, dass sie sich deswegen stark oder sogar sehr stark in ihrem Alltag einschränken müssen. Für weitere 37 % war das in weniger starkem Ausmaß erforderlich.

Zugleich stellt sich die Generation Mitte darauf ein, dass die Preise nicht nur auf dem gegenwärtig hohem Niveau verharren, sondern noch weiter steigen werden. Mehr als die Hälfte - 52 % - rechnete für die folgenden Monate mit einem starken Anstieg der Preise, weitere 35 % mit einem gemäßigten. Bei vielen Befragten erzeugte die Kombination aus ohnehin hohen Preisen und der Erwartungen weiterer Anstiege erhebliche Abstiegsängste. Ein Viertel von ihnen empfand die Gefahr als so groß, dass sie ihren Lebensstandard künftig nicht mehr halten können werden. Weitere 51 % schätzten die Gefahr für sich zwar als weniger groß, aber vorhanden ein. Lediglich 17 Prozent hielten ihren Lebensstandard auch in der Zukunft für gesichert. Der Reallohn-Index ist bereits um 6 % gefallen.

Diese Stimmungen und Erwartungen schlagen sich auch in der allgemeinen Bewertung der Arbeit der seit einem Jahr regierenden Ampelkoalition nieder. 70 % der Befragten waren damit wenig oder gar nicht zufrieden. Noch mehr - 78 % - hielten die Politik der Bundesregierung für sozial unausgewogen.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 178 26-11-22: Putin und 6 Fotos, die viel sagen





Und rauben, wo immer möglich



Gräber der in Isjum von russischen Truppen Ermordeten



Lieber Helden sein! Ihre Söhne hätten - so Putin - auch Opfer von Suff oder Verkehrsunfällen sein können



Seit neun Monaten, seit dem Überfall auf die Ukraine kann man keine Medien aufschlagen, ohne in das brutale Gesicht des Völkermörders Putin sehen zu müssen. Immer mehr wichtige Infrastruktur vernichtet er in der Ukraine. Immer mehr Menschen fallen dort seinen Raketen zum Opfer. Merkel, die jetzt seit einem Amt aus dem Amt ist, hat ihn mit ihrer Zuneigung zu Rußland und in vielen persönlichen Kontakten verwöhnt. Schröder hat sich noch heute nicht von ihm losgesagt. Große Teile der ostdeutschen Bevölkerungen hängen noch immer an ihm und wollen keine Sanktionen gegen Rußland. Auch das hat zu seiner heutigen Grausamkeit beigetragen.

Und Putin trifft sich mit Soldatenmüttern und schwafelt ziemlich unerträglich und in seiner brutalen Manier: »In Russland gibt es jährlich etwa 30.000 Verkehrstote und ebenso viele Tote durch Alkohol. Wichtig ist, dass wir alle sterblich sind, dass wir in Gottes Hand sind und irgendwann aus dieser Welt scheiden. Die Frage ist, wie wir gelebt haben. Und ihr Sohn hat gelebt. Er hat sein Ziel erreicht.«.

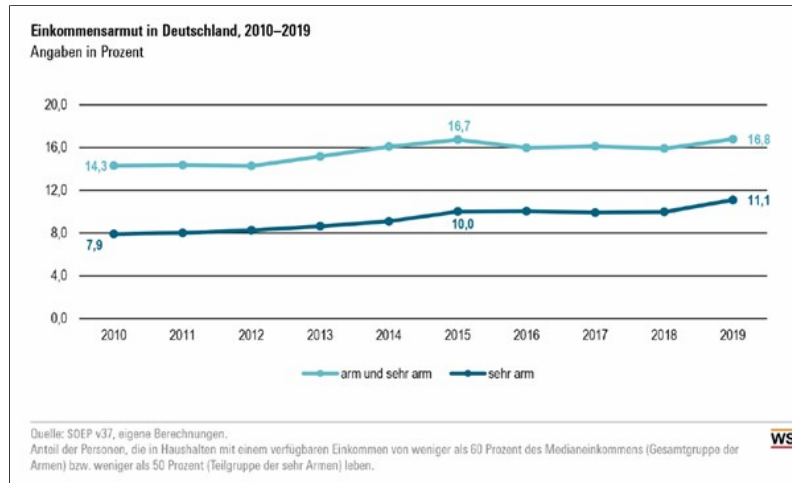
Es wird Zeit, daß die EU Putin androht, für die nächsten 10 Jahre die Sanktionen gegen Rußland verläßlich festzuschreiben, wenn er seine Truppen nicht binnen kurzer Frist zurückzieht. Mit diesen Sanktionen und ohne die hohen Einnahmen aus dem Verkauf seines Öls in der EU dürfte Putins Popularität in Rußland nicht lange anhalten.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 177 25-11-22: Immer mehr Armut in Deutschland



Armutslücke, 2010–2019

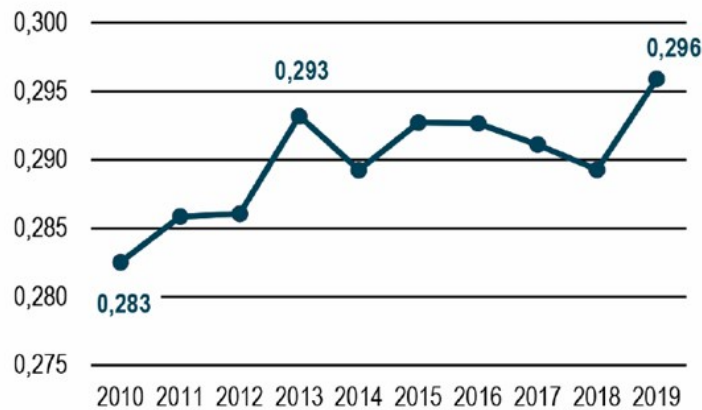
Angaben in Euro



Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen.
Einkommensbetrag, der armen Haushalten im Schnitt fehlt, um über die 60 Prozent-Armutsgrenze zu kommen, Angaben in Preisen von 2015.



Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen, 2010–2019

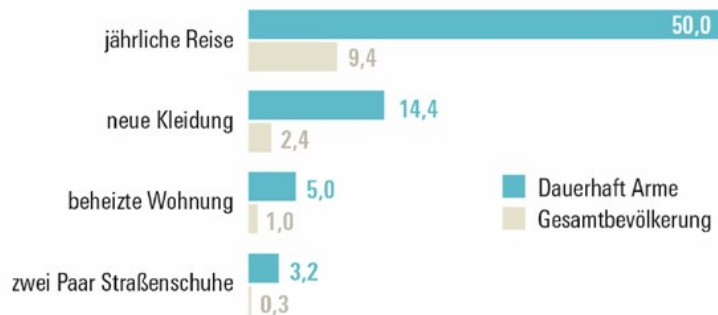


Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen.

WSI

Facetten materieller Deprivation

Anteil der Personen, die sich ein Item nicht leisten können, in Prozent



Daten: SOEP v37, eigene Berechnungen

WSI

Die Armut in Deutschland ist über die vergangene Dekade deutlich angestiegen. Der finanzielle Rückstand von Haushalten unter der Armutsgrenze gegenüber dem Einkommensmedian ist schon vor Beginn der Corona-Krise um ein Drittel gegenüber dem Jahr 2010 gewachsen. Auch die Ungleichheit der Einkommen insgesamt in Deutschland hatte, gemessen am Gini-Koeffizienten, 2019 einen neuen Höchststand erreicht. Zu diesen Ergebnissen kommt der neue Verteilungsbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.

Lediglich 68 % der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, halten die Demokratie für die beste Staatsform, nur 59 % finden, die Demokratie in Deutschland funktioniere gut.

Im Jahr 2019 waren so viele Menschen in Deutschland von Armut betroffen wie nie zuvor, obwohl ein Zeitraum mit generell guter Wirtschaftsentwicklung und sinkender Arbeitslosigkeit, in dem auch die mittleren Einkommen spürbar zunahmen, war. Mit einigen zwischenzeitlichen Schwankungen stieg die Armutsquote laut SOEP zwischen 2010 und 2019 von 14,3 % auf 16,8 % (Abb). Die Quote der sehr armen Menschen, die weniger als 50 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hatten, ging im

gleichen Zeitraum sogar um gut 40 % in die Höhe: Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wuchs von 7,9 auf 11,1 %. Deutlich größer wurde auch die Armutslücke - sie bezeichnet den Betrag, der einem durchschnittlichen armen Haushalt fehlt, um rechnerisch über die Armutsgrenze von 60 Prozent zu kommen. Im Jahr 2010 betrug der Rückstand 2968 Euro und sank bis 2013 leicht, um dann sehr schnell auf 3912 Euro im Jahr 2019 anzuwachsen (Abb).

Ungleichheit der Einkommen ebenfalls auf Höchststand: Das spiegelt sich auch im so genannten Gini-Koeffizienten wider, der ausweist, wie gleich oder ungleich die Einkommen verteilt sind. Auch die Gini-Kurve zeigte im Laufe der 2010er Jahre einige Schwankungen. Sie ging in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts moderat nach unten, um 2019 mit 0,296 einen neuen Höchststand zu erreichen. 2010 hatte der Wert noch bei 0,283 gelegen (Abb). Der vermeintlich kleine Anstieg ist durchaus signifikant.

Schon vor der Energiepreisexplosion konnten 5 % der Armen nicht richtig heizen und schon vor Corona-Krise und Rekordinflation konnten es sich gut 14 % der Menschen unter der Armutsgrenze nicht leisten, neue Kleidung zu kaufen. Immerhin fünf % fehlten die Mittel, um ihre Wohnung angemessen zu heizen, gut 3 % verfügten nicht einmal über zwei Paar Straßenschuhe (Abb).

In der Böckler-Lebenslagenbefragung stimmten lediglich 59 % der Armen der Einschätzung zu, dass die Demokratie in Deutschland im Großen und Ganzen gut funktioniere, lediglich 68 % hielten sie für die beste Staatsform - 11 bzw. 14 Prozentpunkte weniger als in der Gesamtbevölkerung.

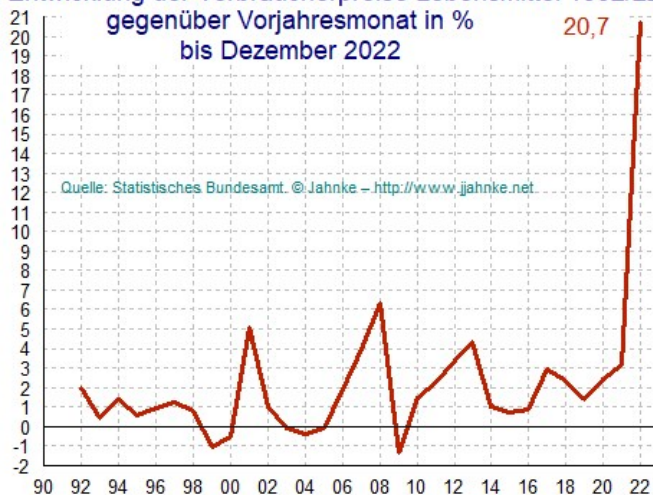
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 176 03-09-20: Wenn die Inflation zum sozialen Verbrechen wird

23532: Entwicklung der Verbraucherpreise Lebensmittel 1992/22 gegenüber Vorjahresmonat in % bis Dezember 2022



25538: Haushaltsspezifische Inflationsraten nach Einkommensgruppen in % Oktober 2022



Quelle: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, sorgt sich um die hohe soziale und wirtschaftliche Ungleichheit im Land: "Die soziale Schere geht momentan weiter auf, und zwar noch stärker als in der Pandemie. Dabei sind die Verletzlichsten am stärksten betroffen. Die rekordhohe Inflation wirkt extrem unsozial, weil Menschen mit geringem Einkommen viel stärker darunter leiden. Die Teuerung ist für sie dreimal stärker als für Menschen mit hohem Einkommen, weil sie den Großteil ihres Geldes für die Grundversorgung ausgeben müssten, also Energie und Lebensmittel."

Bei Lebensmitteln betrug die Inflation zuletzt für Oktober 20,3 % (Abb. 23532). Die unterschiedliche Wirkung der Inflation zeigte auch eine Untersuchung des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (Abb. 25538).

Zuletzt hatten die Tafeln in Deutschland gemeldet, daß noch nie zuvor so viele Bedürftige zu ihnen gekommen seien. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat Ende September geschätzt, daß knapp 1,1 Millionen Menschen sich über die Tafeln versorgen würden.

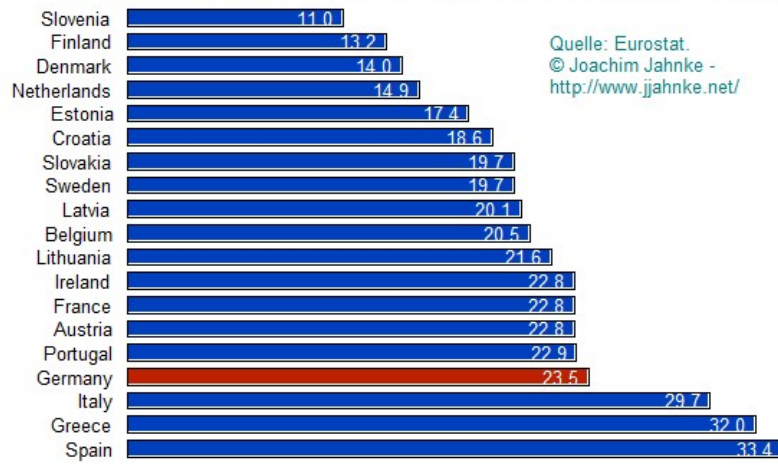
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 175 24-11-22: Jeder vierte Jugendliche von Armut bedroht

21381: Quote der 2021 von Armut bedrohten Kinder unter 18 Jahren in W-Europa (Deutschland nur noch von den "Armenhäusern" überboten)



Rund ein Viertel aller Menschen unter 25 Jahren ist laut einer Studie der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit in Deutschland armutsgefährdet. Demnach waren rund 4,18 Millionen Menschen 2021 von Armut bedroht. Am meisten trifft es Kinder und Jugendliche aus Familien mit mehr als drei Kindern (23,6 %) und aus Alleinerziehenden-Haushalten (26,6 %). Damit liegen sie deutlich über der durchschnittlichen Armutsquote von 16,6 Prozent. 68 % der jungen Menschen sorgen sich angesichts der aktuellen Entwicklungen, mit ihren Familien in Armut leben zu müssen, sich Wohnen und die Lebenshaltungskosten nicht mehr leisten zu können.

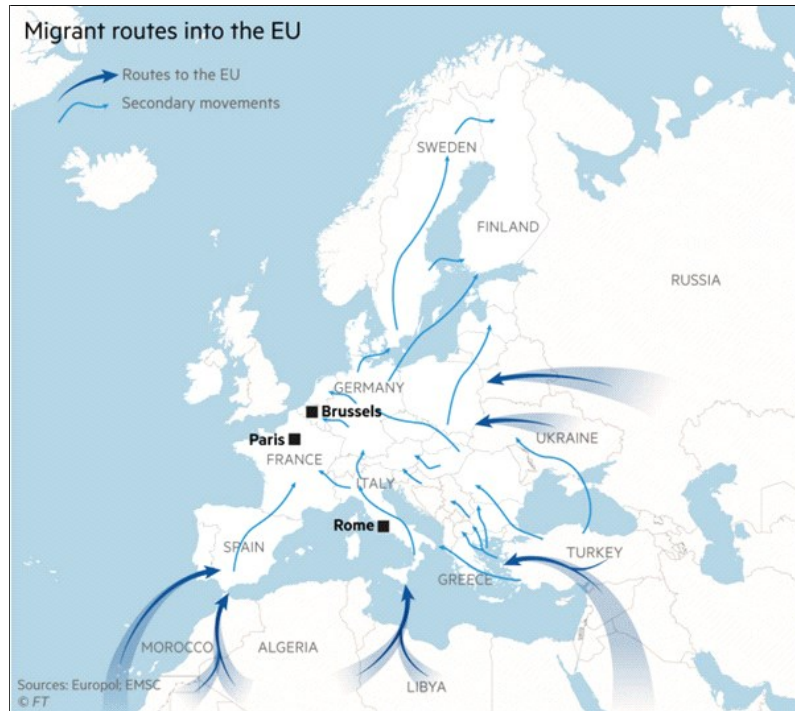
Laut der Studie machen sich 46 % der jungen Menschen wegen der Corona-Pandemie Sorgen um ihre psychische Gesundheit, rund ein Drittel um den Lebensstandard, jeweils rund ein Viertel sorgt sich um seine finanzielle Situation und um seine berufliche Perspektive. Wegen der Inflation glaubten rund 37 %, daß ihr Leben in drei Jahren schlechter aussehen wird.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 174 23-11-22: Eine neue Migrationswelle wie 2015?



Die Zahl der Asylanträge in Europa steigt und steigt. Im August lag sie um 58 % über der von 2021, insgesamt 579.000 für EU und Norwegen Schweiz, Island sowie Liechtenstein. Diese Welle kommt noch zu der aus der Ukraine hinzu. Die Gesamtzahl für Deutschland beläuft sich bereits auf 1,1 Mio. und damit knapp unter der bei der syrischen Flüchtlingskrise von 2015.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 173 23-11-22: Unglaublich: Putins Hetzprogramme werden vom französischen Unternehmen Eutelsat ausgestrahlt



Das französische Unternehmen Eutelsat bringt Propagandasender wie Rossija 1 in fünfzehn Millionen russische Haushalte. Das soll gestoppt werden - fordert die Organisation "Reporter ohne Grenzen" mit guten Gründen: "Frankreich kann nicht tolerieren, dass Sender, die seiner Gesetzgebung unterstehen, die Kriegspropaganda des Kremls verbreiten": Sie muss (und kann) gestoppt werden, schreibt "Reporter ohne Grenzen" in einem Kommuniqué. Die Organisation verlangt, dass das französische Unternehmen Eutelsat die russischen Sender aus dem Angebot kippt. Seine Satelliten bringen Rossija 1, Pervij Kanal und NTV in fünfzehn Millionen russische Haushalte. Auch in den besetzten Gebieten der

Ukraine sowie in Estland, Litauen und Lettland können die drei Sender via Eutelsat empfangen werden.

"In allen ihren Programmen", so "Reporter ohne Grenzen", werden permanent "Aufrufe zu Hass und Gewalt" gegenüber der Ukraine verbreitet. Auch "Aufrufe zur Massenvernichtung oder zum Mord an einzelnen Personen". Es gehe um "Anstiftung zum Genozid". Christophe Deloire, "Reporter ohne Grenzen"-Generalsekretär, bezeichnet Rossija 1, Pervij Kanal und NTV als "Speerspitze der russischen Kriegspropaganda". Die französischen Behörden, so Deloire, haben die Mittel, sie bei Eutelsat zu stoppen. "Reporter ohne Grenzen" interveniert bei der französischen Medienaufsicht Arcom (Autorité de régulation de la communication audiovisuelle et numérique). Sie ist gehalten, die Angelegenheit zu überprüfen. Wenn sie ein Machtwort spricht, muß es Eutelsat umsetzen - bisher berief sich das Unternehmen immer auf die Neutralität. Für die Inhalte sei es nicht zuständig.

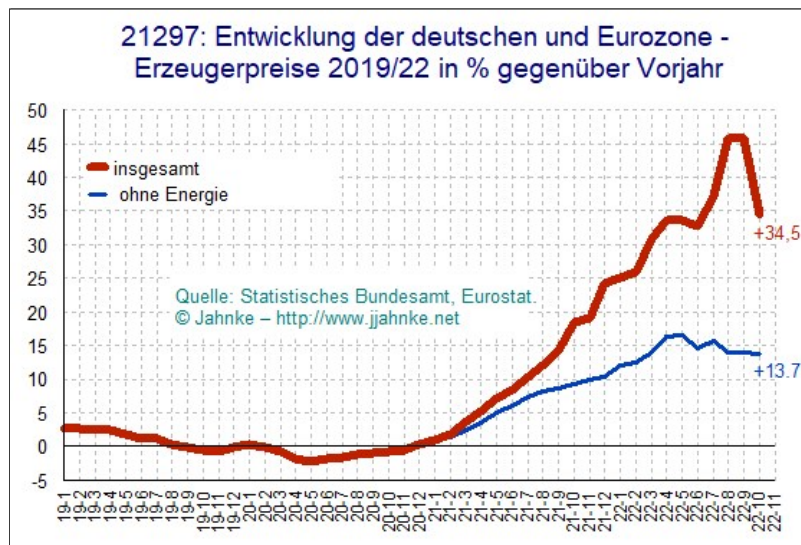
Mit diesem Schritt übernimmt "Reporter ohne Grenzen" das Anliegen des "Comité Diderot", das seit Putins Angriff auf die Ukraine die Verbreitung seiner Propaganda bekämpft. Es hat soeben einen fast 300 Seiten umfassenden Bericht seines Mitbegründers André Lange über die Zusammenarbeit von Eutelsat mit Russland veröffentlicht. Lange erläutert darin die Bedeutung des russischen Fernsehens als Monopolmedium im Bereich der Information. Er befasst sich mit der Deportation von ukrainischen Kindern. Gegen die Verschleppung der Kinder wurde in Frankreich eine Petition, in der von 300 000 Fällen die Rede ist, lanciert. Diese Deportation, so Lange, sei ein Dauerbrenner in den Sendungen des russischen Fernsehens, sie werde gefeiert und gefordert.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 172 22-11-22: Erstmals wieder etwas weniger Anstieg der Erzeugerpreise



Die deutschen Erzeugerpreise, die im September noch mit einer Rekordrate von 45,8 % gegenüber Vorjahr angestiegen waren, schwächten ihren Anstieg im Oktober auf 34,5 % ab (Abb. 21297). Erstmals wieder ein erfreuliches Zeichen von der Inflationsfront, auch wenn es immer noch eine sehr hohe Rate ist und der Rückgang nur auf die Energiepreise zurückzuführen ist, die um 86 % gefallen sind; ohne die beträgt der Rückgang unverändert nur 13,7 %.

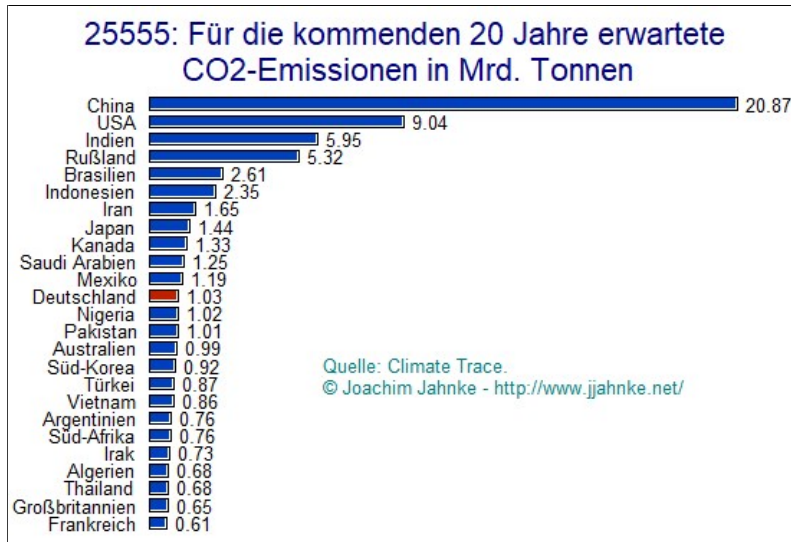
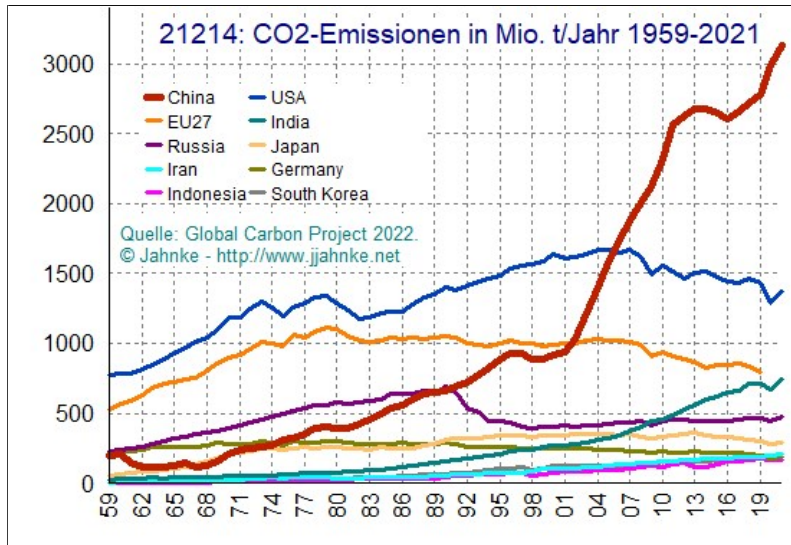
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



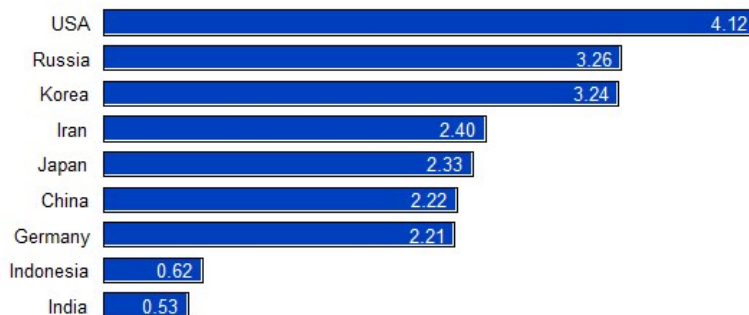
[per Mail verlinken](#)

Blog 171 21-11-21: Was für ein Wahnsinn: China, der weltgrößte CO2-

Produzent, wird nicht zum Fonds für von Extremwetter oder Dürrekatastrophen besonders betroffene Staaten beitragen



25561: CO2-Emissionen Tonnen/Kopf 2021



Quelle: Global Carbon Project 2022. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

Beim Streit um das Thema, das die Delegierten "Verluste und Schäden" nennen, hat die aktuelle Klimakonferenz COP27 im ägyptischen Scharm el-Scheich eine Einigung gefunden. Ein Fonds soll nun für den Ausgleich von Klimaschäden durch Extremwetter oder Dürrekatastrophen in besonders betroffenen Staaten eingerichtet werden. Der aktuelle Entwurf sieht laut der Nachrichtenagentur AP nicht vor, dass große Schwellenländer wie China zu dem Fonds beitragen müssen, was eine Hauptforderung der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten war.

Das ist ein ziemlicher Wahnsinn, denn China ist das Land, das bei Weitem am meisten mit seinen CO2-Emissionen zur globalen Erwärmung beiträgt, und zwar derzeit doppelt so viel wie die USA (Abb. 21214). Das wird auch in den nächsten 20 Jahren nach Schätzungen von Climate Trace so sein (Abb. 25555). Auch pro Kopf übersteigen die chinesischen Emissionen schon jetzt die deutschen (Abb. 25561).

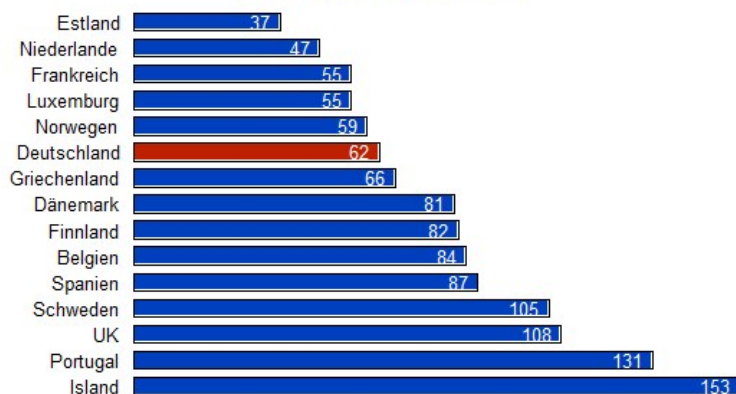
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

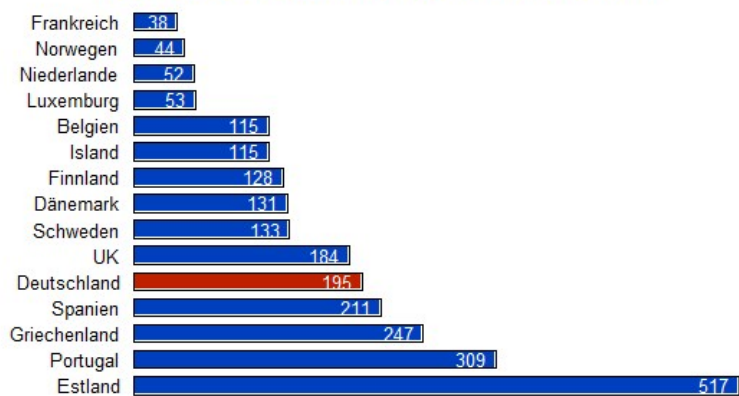
Blog 170 18-11-22: Hoher Anstieg im Verbrauch von Depressiva in Deutschland

25559: Verbrauch von Antidepressiva in Tagesdosis pro 1.000 Menschen 2020



Quelle: OECD. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

25560: Verbrauch von Antidepressiva in Tagesdosis pro 1.000 Menschen Anstieg 2000/2020 in %



Quelle: OECD. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

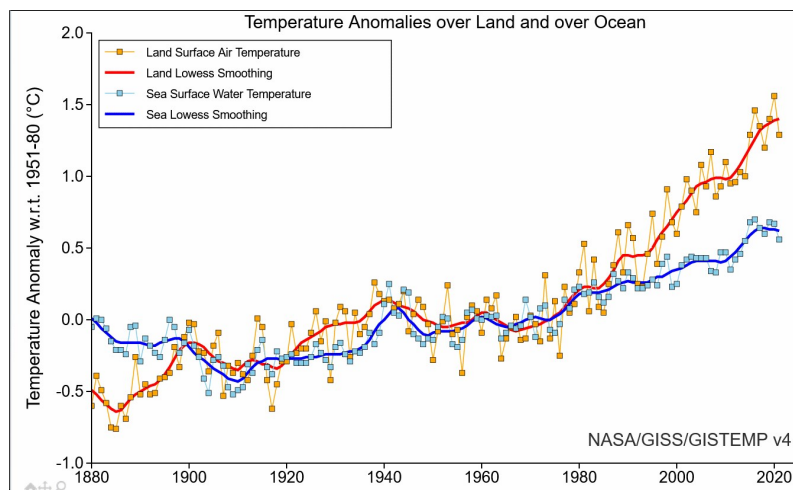
Deutschland rangiert im W-Europa-Vergleich der OECD für 2020 zwar immer noch im unteren Mittelfeld (Abb. 25559). Doch ist der Anstieg seit dem Jahr 2000 mit fast einer Verdoppelung relativ hoch (Abb. 25560). Nur in den Krisenländern Griechenland, Spanien und Portugal sowie in Estland ist er noch höher. Kein gutes Zeichen!

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

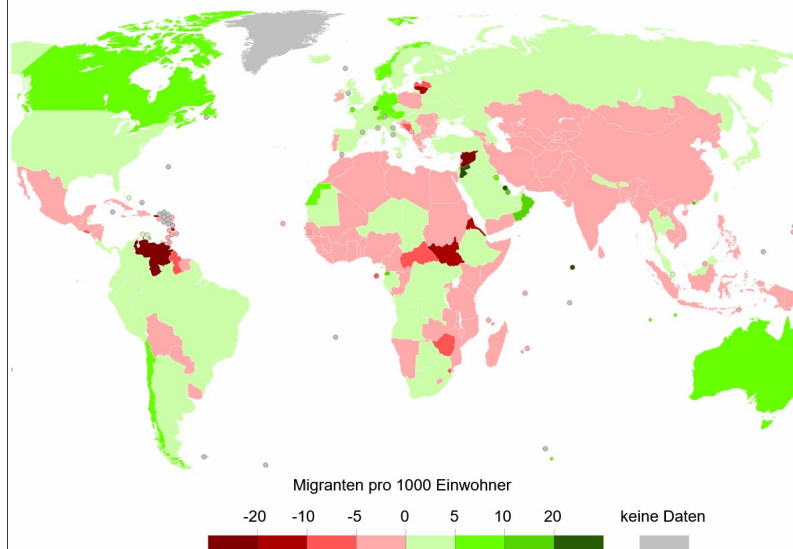


[per Mail verlinken](#)

Blog 169 17-11-22: Klima und Migration



Jährliche Nettomigrationsrate 2015–2020



Die Erderwärmung nimmt immer mehr zu (Abb.) und das vor allem in den Zonen, die relativ stark bevölkert sind, vor allem Afrika, und jetzt schon wirtschaftlich benachteiligt. Laut UNHCR haben 2021 rund 23,7 Millionen Menschen ihre Heimat aufgrund von Naturereignissen wie Dauerregen, lang anhaltenden Dürren, Hitzewellen und Stürmen sowohl kurz- als auch langfristig verlassen müssen. Millionen Menschen leben in den Brennpunkten des Klimawandels, haben aber nicht die Mittel, um sich an die zunehmend unwirtliche Umwelt und die erschwerten Lebensbedingungen anzupassen oder sie verlassen ihre Heimat nach einer verheerenden Naturkatastrophe auf der Suche nach einem Neubeginn.

Klimawandel, Konflikte, Armut, Ernährungsunsicherheit und Vertreibung überschneiden sich dabei zunehmend, so daß immer mehr Menschen auf der Suche nach Sicherheit fliehen müssen. Dabei lösen Naturkatastrophen mehr als dreimal so viele Vertreibungen aus, wie Konflikte und Gewalt. Der Klimawandel wird zum Hauptfluchtgrund. Er verstärkt den Wettstreit um die Ressourcen - Wasser, Nahrungsmittel, Weideland - und daraus entwickeln sich Konflikte. Kapitalistische Märkte haben keinen eingebauten Mechanismus der Berücksichtigung ökologischer Schäden, weshalb sie viel zu langsam auf den Klimawandel reagieren.

80 Prozent der Flüchtlinge stammen aus armen krisengeschüttelten Ländern, die vom Klimawandel betroffen sind, aber kaum Ressourcen haben, um die Auswirkungen zu verhindern oder abzumildern. Dazu gehören die fünf Länder, aus denen weltweit die meisten Flüchtlinge kommen: Syrien, Venezuela, Afghanistan, Südsudan und Myanmar. Noch bleiben die meisten Menschen, die im Zusammenhang mit dem Klimawandel und Naturkatastrophen zur Flucht gezwungen werden, in ihren eigenen Ländern. 40% der Geflüchteten leben in Ländern, die durch Veränderung des Klimas besonders betroffen sind.

Dazu António Guterres, damaliger Hoher Flüchtlingskommissar und jetziger Generalsekretär der Vereinten Nationen: "Denn ich stelle mir die Frage, ob es irgendwann eine Zeit geben wird, in der Menschen nicht mehr in dem Land leben können, in dem sie geboren wurden - wegen Hitze, wegen Wasserknappheit, wegen Hunger. Dies wird zu einer Völkerwanderung führen, die viel verändern wird. Das System wird nicht mehr funktionieren, wenn sich plötzlich viele Millionen Menschen auf die Reise machen und in ein anderes Land gehen."

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 168 16-11-22: Putin in Bildern: Vom gern akzeptierten Partner zum zynischen Feind des Westens und Raubmörder in der Ukraine





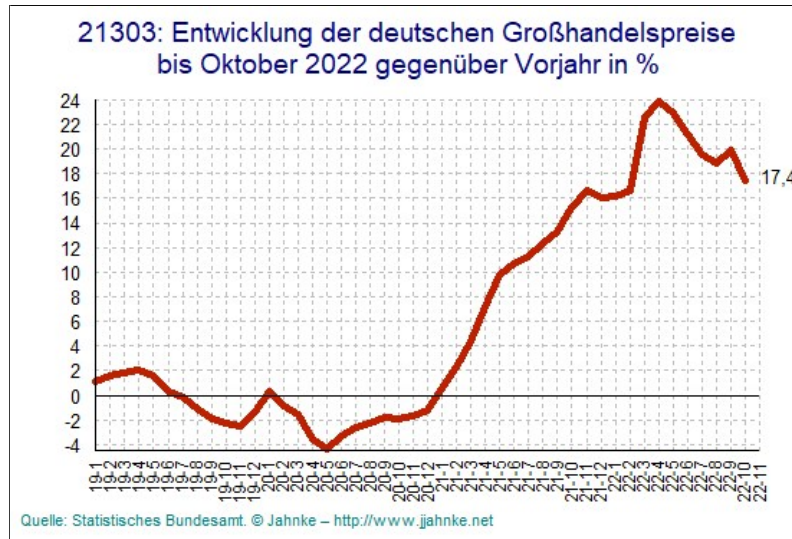
Man hat es schon vergessen: Putin war einmal ein gern akzeptierter Partner. Er traf sich freundlich lächelnd mit Merkel, als sie noch Bundeskanzlerin war, und schien ein sympathischer Mensch zu sein, wie viele Photos von damals belegen. Heute dagegen zeigt er ein total verändertes Gesicht, als hätte er eine Wolfsmaske aufgesetzt. Es ist das Gesicht eines Raubmörders, der schon zehntausende an Toten und Kriegsverletzten auf dem Gewissen hat.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 167 16-11-22: Wenn sich die deutsche Raffgier hinter Putin versteckt



Wir befinden uns in einer Welle deutscher selbstgemachter Raffgier, die von den Erzeugern bis zum Handel reicht. Als billige Ausrede dient in den Medien und sogar beim Statistischen Bundesamt immer wieder Putins Angriff auf die Ukraine vom April 2022. Doch der Preisanstieg begann bereits Ende 2020. Seit April 2022 schwächt sich der Anstieg der deutschen Großhandelspreise ab, auch wenn er mit immer noch bei 17,4 % gegenüber Vorjahr liegt (Abb. 21303).

Die Abschwächung des Anstiegs ab April 2022 fällt also mit dem russischen Angriff auf die Ukraine zusammen. Dennoch meldet Spiegel-online fälschlich: "Die Preise im deutschen Großhandel sind im Oktober so langsam gestiegen wie seit Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine nicht mehr." Auch das Statistische Bundesamt legt eine falsche Spur aus, wenn es meldet. "Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die damit verbundenen Sanktionen wirken sich auf viele Bereiche in Gesellschaft und Wirtschaft aus." Putin ist zu einer billigen Ausrede für deutsche Raffgier geworden.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 166 15-11-22: Die soziale Gerechtigkeit endet auf der Vorstandsebene



Die Gehälter der Topmanagerinnen und -manager in Deutschland sind im Jahr 2021 deutlich gestiegen. Die Vorstandsmitglieder von Spitzenkonzernen verdienen im Schnitt 469.000 Euro mehr als im Vorjahr, wie die Beratungsfirma EY mitteilte. Das ist ein Anstieg um 24 Prozent auf einen neuen Höchststand von im Schnitt 2,4 Millionen Euro. Die durchschnittliche Gesamtvergütung der Vorstandsvorsitzenden nahm demnach um 23 Prozent auf 3,3 Millionen Euro zu. Das ist das 86-Fache des durchschnittlichen Lohnes der Arbeitnehmer, der nur um 3,3 % gestiegen ist.

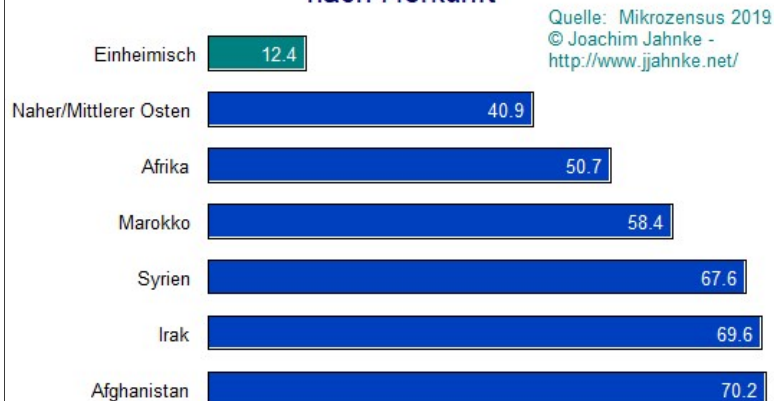
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



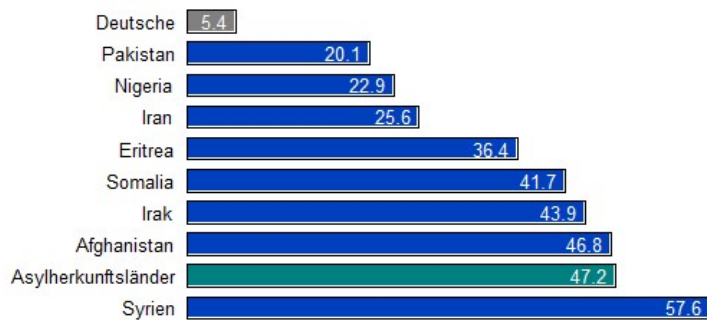
Blog 165 15-11-22: Unglaublich: Die Bundesregierung finanziert deutsche Schlepper auf dem Mittelmeer



25557: Anteil Bevölkerung ohne beruflichen Bildungsabschluß (und nicht mehr in Ausbildung) in % nach Herkunft



21242: SGBII/H4-Quote der Angehörigen nicht-europäischer Asylherkunftsländer Juli 2022 in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Migrations-Monitor Arbeitsmarkt Oktober 2022
© Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat am Donnerstag Zahlungen aus Steuermitteln in Höhe von zwei Millionen Euro jährlich bis 2026 an die Hilfsorganisation "United4Rescue" beschlossen hat. Die Organisation mit Sitz in Hannover betreibt die Rettungsschiffe Humanity 1 und die Sea Watch 5, die Anfang 2023 zu ihrem ersten Schlepper-Einsatz im Mittelmeer auslaufen soll und Platz für etwa 500 Menschen haben wird. Bei einer solchen Tagesquote wären das pro Jahr die Entsprechung von zwei deutschen Großstädten mit 183000 Einwohnern. Daß die Bundesregierung den von Italien kritisierten Einsatz von deutschen Rettungsschiffen im zentralen Mittelmeer nun mit Steuergeld unterstützt, dürfte die Beziehungen auch zwischen Rom und Berlin belasten.

In einer Erklärung bezeichnen Griechenland, Italien, Malta und Zypern die Nichteinhaltung der im Juni getroffenen Vereinbarungen über die Umsiedlung von Migranten als "bedauerlich und enttäuschend". 13 EU-Staaten, unter ihnen Deutschland und Frankreich, hatten zugesagt, bis Jahresende 8000 Migranten von Italien zu übernehmen. Bisher wurden aber nur gut 110 Migranten übernommen, 38 von ihnen im August von Frankreich, im Oktober ganze 74 von Deutschland. Anders als Paris bleibt Berlin bei seiner Zusage, bis Jahresende das versprochene Übernahmekontingent von 3500 Migranten zu erfüllen.

Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni zeigte sich am Wochenende überrascht von der "aggressiven Reaktion" Frankreichs, die sie als "unverständlich und nicht zu rechtfertigen" bezeichnete. Der Aufruf Frankreichs, Italien in der Migrationsdebatte zu isolieren, verrate "eine merkwürdige EU-Dynamik", sagte Meloni und fügte hinzu: "Isoliert nicht Italien, sondern die Schlepper." Rom kündigte verschärfte Maßnahmen gegen private Rettungsschiffe an und forderte einen EU-Sondergipfel zur Migrationsproblematik noch in diesem Jahr.

Eigentlich sollte jedes Mitglied der Bundesregierung verpflichtet werden, einen der mit Steuerzahlergeld nach Europa eingeschleppten Migranten aus Afrika bei sich zu Hause für mindestens ein Jahr aufzunehmen, damit sie verstehen, was sie da anrichten. Das sollte auch für jeden Würdenträger der evangelischen Kirche gelten, da diese das Schlepper-Handwerk aus dem Aufkommen der Kirchensteuer mitfinanziert, natürlich ohne die Steuerpflichtigen auch nur zu befragen. Die Migranten aus Afrika haben überwiegend keinen beruflichen Bildungsabschluß (Abb. 25557). Zu hohen Anteilen leben sie schlecht oder gar nicht integriert von öffentlichen Leistungen (Abb. 21242) und nicht selten vom Drogenhandel.

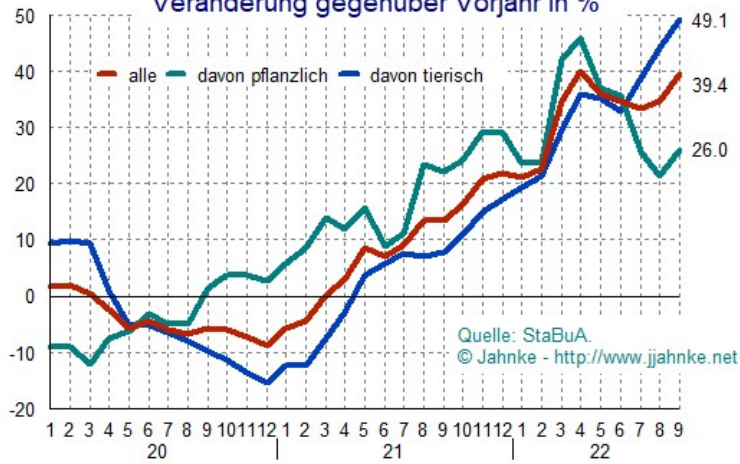
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



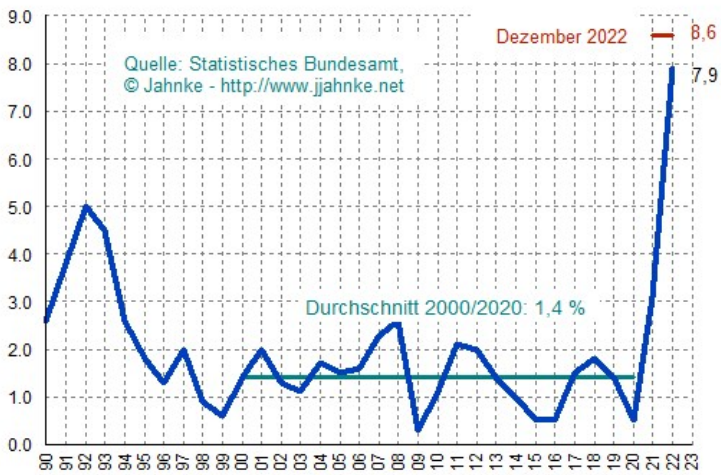
[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

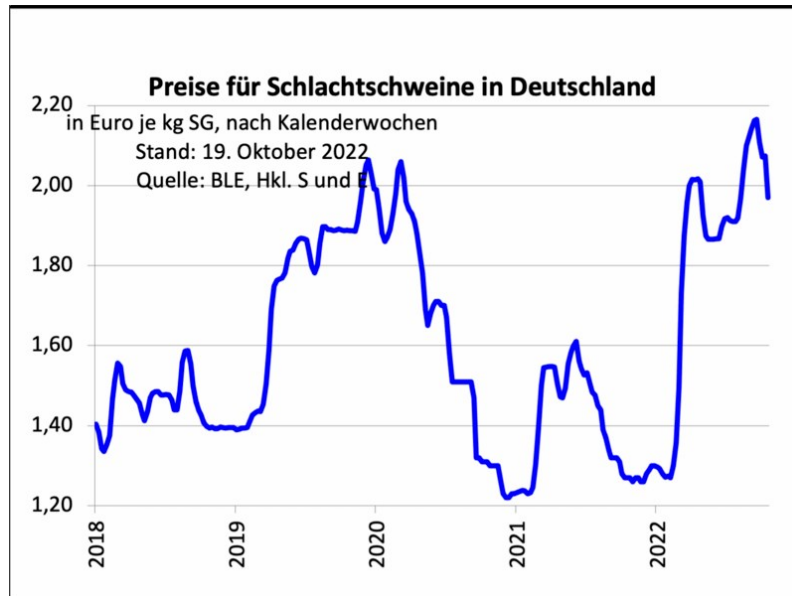
Blog 164 15-11-22: Die Ernährung der Deutschen wird immer teurer

23438: Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte
Veränderung gegenüber Vorjahr in %



23492: Inflationsraten in % gegenüber Vorjahr seit 1990





Im September lagen die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse um 39,4 % über dem Vorjahreswert. Bei tierischen waren es sogar 49,1 %, ein jemals gemessener Spitzenwert (Abb. 23438). Der Milchpreis stieg im September 2022 um 57,5 % über den Vorjahresmonat. Dabei stiegen die Preise für Schlachtschweine im September 2022 um 63,1 %. Die Preise für Geflügel lagen im September 2022 um 35,5 % höher als im September 2021, darunter Hähnchen +37,8 %. Während die allgemeine Inflationsrate bei 10,4 % liegt (Abb. 23492), leiden die ärmeren Bevölkerungskreise also noch viel stärker.

Man muß bei solchen Preissteigerungen vermuten, daß Bauern und Handel beschlossen haben, die Verbraucher brutal auszubeuten, da diese sich nur mit einem Hungerstreik wahren könnten.

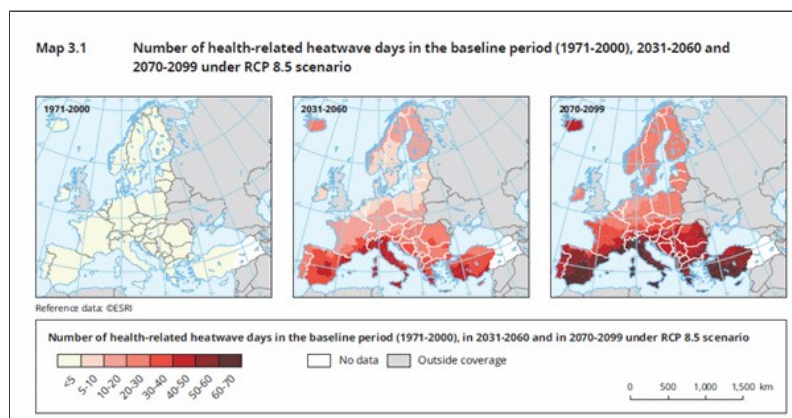
Dabei machen die öffentlichen Fördergelder je nach Struktur eines Haupteinzelhandelsbetriebs zwischen 45 und 75 Prozent des landwirtschaftlichen Einkommens aus. Im vergangenen Jahr hat allein die EU 6,7 Milliarden Euro an Fördergeldern ausgezahlt. Bei solchen Preissteigerungen ist es an der Zeit, den Bauern mit einem Stopp der staatlichen Förderung zu drohen. Die Verbraucher hätten allen Grund auf den Straßen zu demonstrieren und vor den Parteizentralen, in denen unsere Politiker vergessen haben, daß sie zur Wahrnehmung unserer Interessen komfortabel bezahlt werden.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

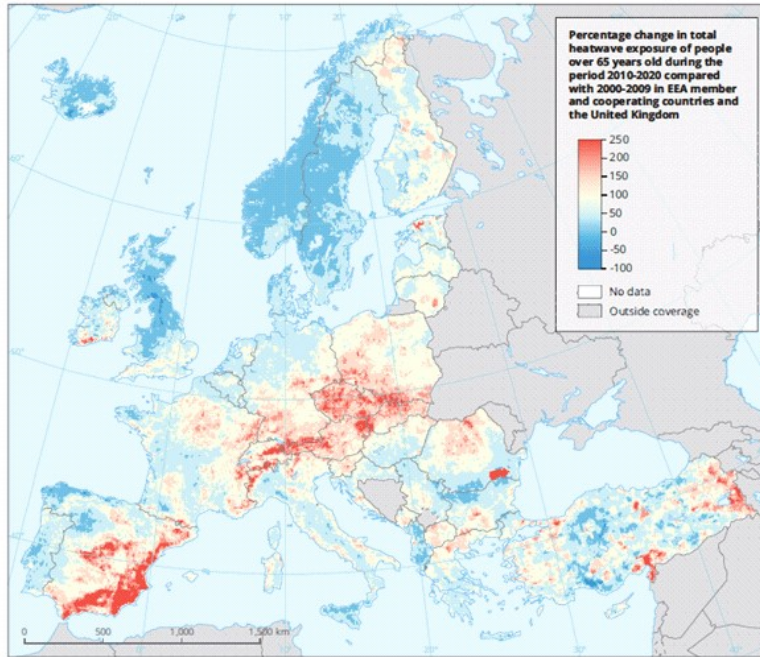


[per Mail verlinken](#)

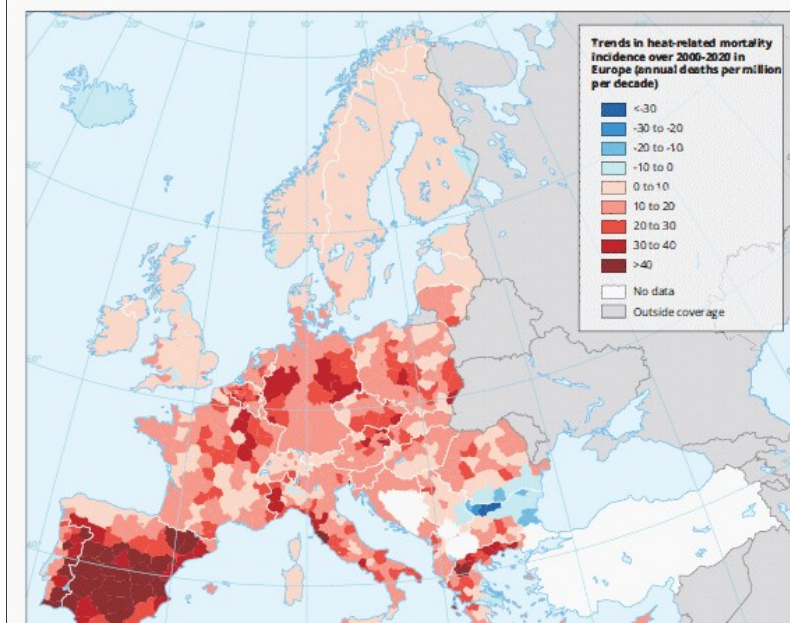
Blog 163 10-11-22: >Klima und Gesundheit

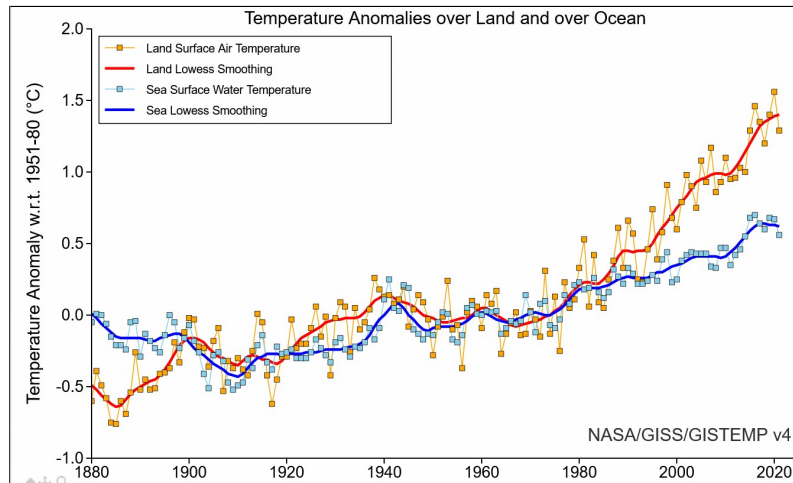
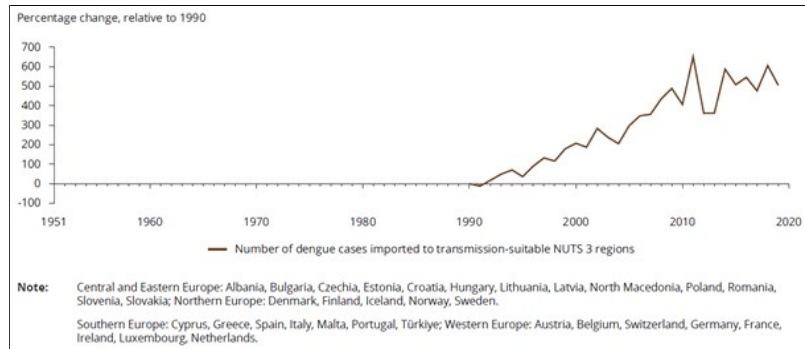


Map 3.2 Percentage change in total heatwave exposure of people over 65 years old during the period 2010-2020 compared with 2000-2009 in EEA member and cooperating countries and the United Kingdom



Map 3.4 Trends in heat-related mortality incidence over 2000-2020 in Europe (annual deaths per million per decade)





Nach dem neuen Bericht der EU-Umweltbehörde sind Hitzewellen die größte Todesursache unter natürlichen Risiken in Europa. Dazu gehören auch die Folgen von klimabedingten Infektionskrankheiten wie Dengue Fieber (Abb.).

Nach einer Schätzung des Robert Koch-Instituts (RKI) sind in diesem Sommer etwa 4500 Menschen in Deutschland infolge von Hitze gestorben. Es werden viele mehr werden, wenn sich die Temperaturentwicklung so fortsetzt (Abb.)

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

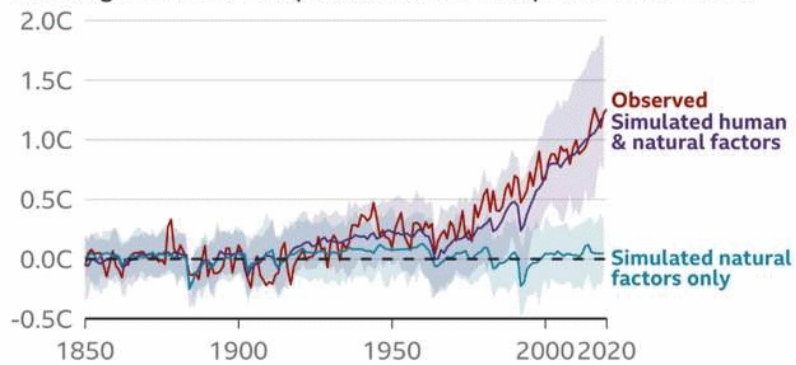


[per Mail verlinken](#)

Blog 162 12-11-22: Ohne eine viel aktivere Rolle Chinas ist die Klima-Katastrophe nicht zu verhindern

Human influence has warmed the climate

Change in average global temperature relative to 1850-1900, showing observed temperatures and computer simulations

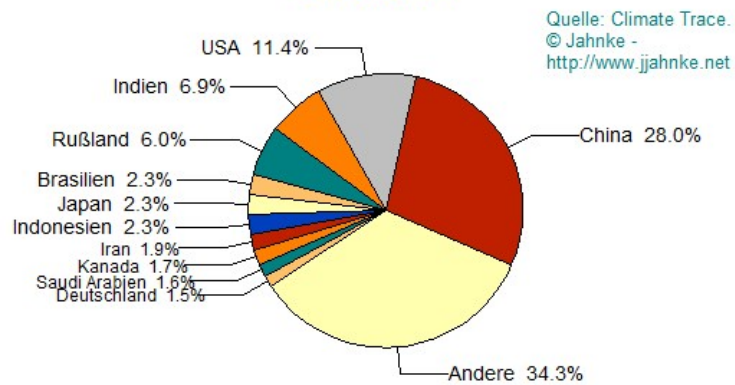


Note: Shaded areas show possible range for simulated scenarios

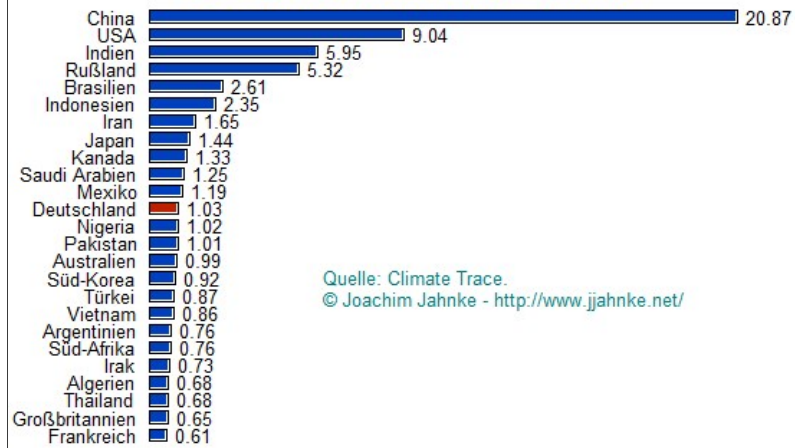
Source: IPCC, 2021: Summary for Policymakers

BBC

25556: In den nächsten 20 Jahren erwartete Anteile an Emissionen



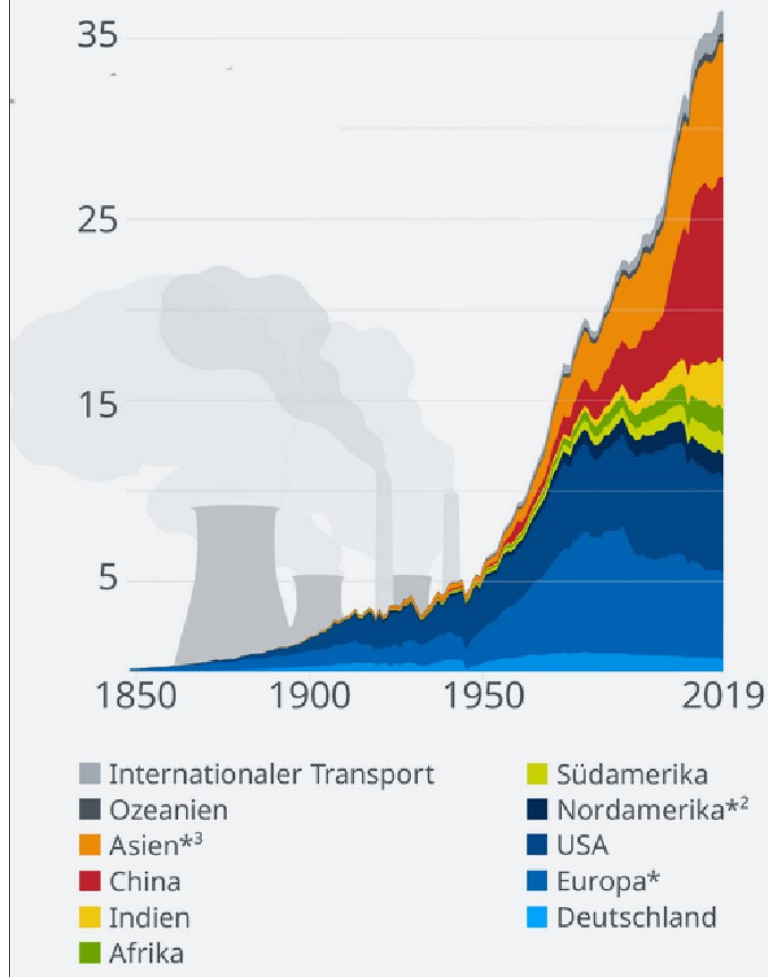
25555: Für die kommenden 20 Jahre erwartete CO2-Emissionen in Mrd. Tonnen



Quelle: Climate Trace.
© Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

Jährliche CO₂-Emissionen seit 1850 nach Region

in Milliarden Tonnen



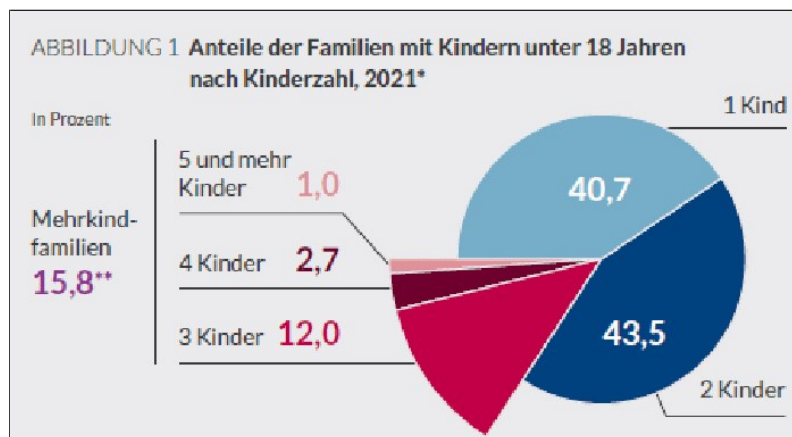
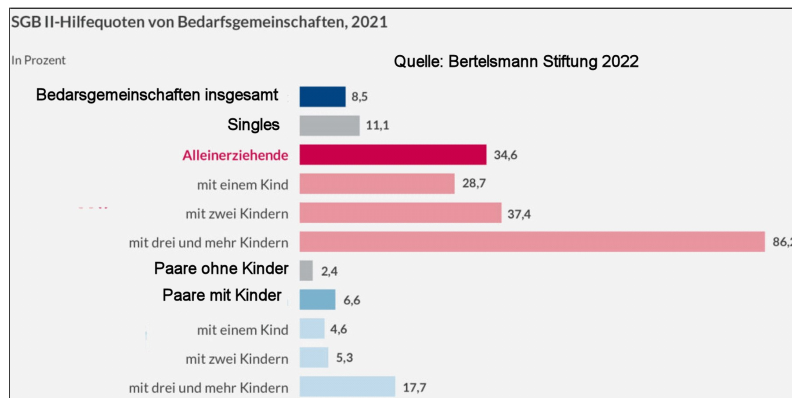
Die globale Durchschnittstemperatur steigt immer weiter gegen ein Plus von 1,5 % des Wertes von 1850-1900 (Abb.), von dem an die Klima-Entwicklung nur noch sehr schwer zu beherrschen sein soll, wenn überhaupt. Doch 28 % der für die kommenden 20 Jahre erwarteten Emissionen entfallen allein auf China (Abb. 25556, 25555), etwa 20-mal mehr als auf Deutschland. Rund 60 Prozent des in China erzeugten Stroms stammt aus Kohlekraftwerken. Die Regierung hatte die Bergwerke im Land angewiesen, die Fördermenge im Jahr 2022 um 300 Millionen Tonnen zu erhöhen. Derzeit sind 200 neue Kohlekraftwerke im Bau: Damit trickst China die EU klimapolitisch brutal aus.

Chinas Präsident Xi Jinping hat den UN-Klimagipfel bewusst geschwänzt. Beim Gipfeltreffen in Glasgow hätte er sich massive Kritik anhören müssen. Peking will keine wirkliche Wende, Klimaprotest wird brutal unterdrückt. Klimaneutralität will China erst 2060 erreichen.

Die Millionen an Menschen, die in den kommenden Jahrzehnten in Überschwemmungen, Stürmen, Hitzewellen und Dürren umkommen werden, werden vor allem Opfer chinesischer Klima-Brutalität sein. Auch die alten Industrieländer haben natürlich über lange Jahre zu der Ansammlung an Treibhausgasen beigetragen. Doch die längste Zeit davon waren die Emissionen und ihre Folgen für das Klima unbekannt.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

Blog 161 11-11-22: Wenn Kinder arm machen

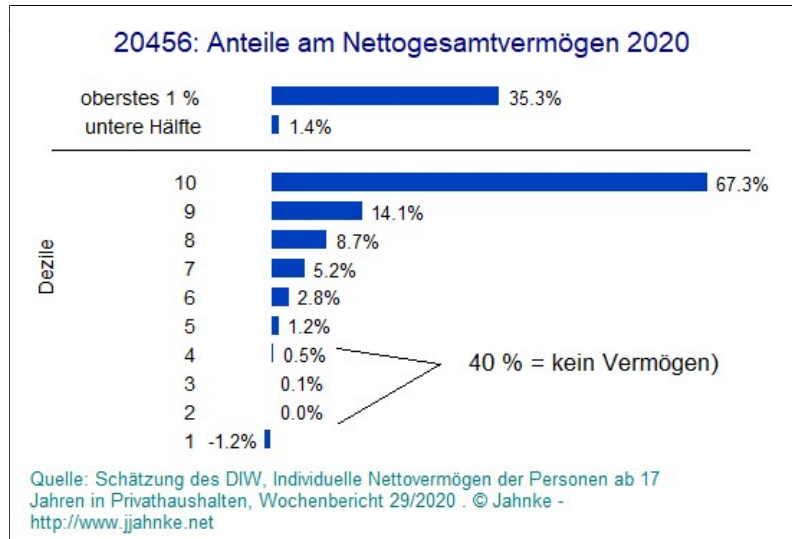


16 % der deutschen Familien haben drei und mehr Kinder. Da die Betreuung und Erziehung viel Zeit kostet, können Eltern ihre Erwerbstätigkeit kaum ausweiten, sondern müssen sie meistens sogar reduzieren. Für viele Familien stellt das angesichts der fehlenden Betreuungsmöglichkeiten und steigenden Lebensmittelkosten eine immer größere Herausforderung dar. Alleinerziehende mit drei und mehr Kindern sind zu 86 % auf öffentliche Unterstützung angewiesen; bei Paaren sind es immer noch 18 % (Abb.).

Wer drei Kinder oder mehr großzieht, sorgt dafür, dass der Generationenvertrag unserer solidarisch organisierten Sozialversicherungssysteme funktioniert. Ohne die Care-Arbeit der Eltern, vor allem der Mütter, die dafür häufig auf die eigene Karriere und damit ausreichende Altersvorsorge verzichten, wäre das nicht möglich.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

Blog 160 10-11-22: Wirtschaftsweise: Holt es bei den Reichen!



Nach Ansicht des Sachverständigenrats der Wirtschaftsweisen in seinem neuen Gutachten waren die bisherigen Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung "oft wenig zielgerichtet und kamen in großem Umfang auch den höheren Einkommensgruppen zugute". Tatsächlich gibt es eine Energiepauschale für Arbeitnehmer und Rentner, mehr Kindergeld, Steuervergünstigungen, eine Gaspreisbremse. Fast alle diese Maßnahmen helfen zwar denjenigen, die mangels finanzieller Ressourcen auf Hilfe angewiesen sind. Aber auch denjenigen, die ganz gut allein klargekommen wären. Menschen mit viel Geld bezahlen normalerweise mehr Steuern, sie wohnen in größeren Wohnungen und fahren größere Autos als Menschen mit wenig Geld. Wenn der Steuersatz gesenkt, der Gasverbrauch subventioniert oder der Benzinpreis gedeckelt wird, dann profitieren davon die Reichen absolut betrachtet oft mehr als die Armen.

Insgesamt haben die Entlastungspakete ein Volumen von 135 Mrd. EUR. Das sind 27 % des gesamten Bundeshaushalts 2022.

Deshalb schlagen die Experten vor, einen Teil der Sonderleistungen bei den Spitzenverdienern wieder einzukassieren. Und zwar über höhere Steuern, genauer: über eine "zeitlich streng befristete Erhöhung des Spitzensteuersatzes". Oder über einen "Energie-Solidaritätszuschlag für Besserverdienende". Die Empfehlung zeigt, daß außergewöhnliche Ereignisse außergewöhnliche Maßnahmen erfordern. Der Krieg in der Ukraine und das Ende der russischen Gaslieferung sind außergewöhnliche Ereignisse. Ein höherer Spitzensteuersatz zur Finanzierung der staatlichen Ausgleichszahlungen ist der Versuch, eine einigermaßen gerechte Verteilung der Lasten hinzubekommen.

Leider wird der berechnete Rat der Wirtschaftsweisen in dieser Legislaturperiode nicht gehört werden. Denn die FDP wird höheren Steuern nicht zustimmen, egal wie viele Gutachten geschrieben werden. Sie bleibt nun mal die Partei der "Besser-Verdiener". So erklärt Lindner, als sei er die gesamte Bundesregierung: "Die Bundesregierung wird nicht zusätzlich die Steuern erhöhen. Die Wirtschaft und die Bürger seien stark genug durch die gestiegenen Preise belastet." Dabei machen die Wirtschaftsweisen ihren Vorschlag gerade auch wegen der Wirkung der gestiegenen Preise. Weiß der Bundesfinanzminister nicht, daß schon jetzt **die ganze untere Hälfte der Haushalte nur um 1 % des Nettogesamtvermögens besitzt und daß 40 % gar kein Vermögen haben - eigentlich eine entsetzliche Sauerei** (Abb. 20456).

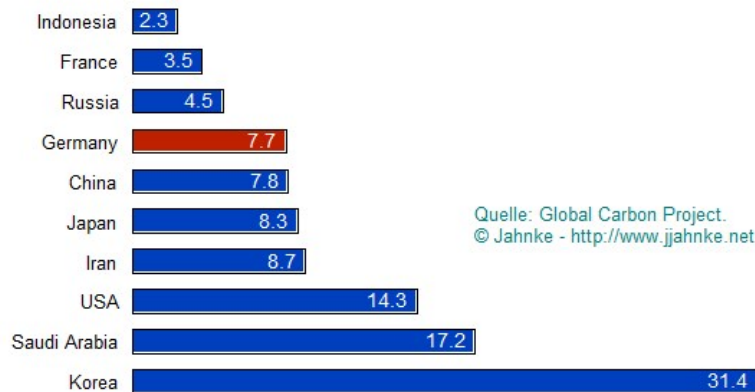
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 159 09-11-22: Das deutsche Großmaul in der Klimapolitik

25554: Die 10 größten CO2-emittierenden Länder nach Mio. Tonnen CO2 pro Million Bevölkerung im Jahr 2020



Deutschland versagt gräßlich in seinem eigenen Beitrag zur Begrenzung der Erderwärmung (siehe Blog 157). Dabei zählt Deutschland als siebenstärkstes CO2-Emissionsland pro Bevölkerung (Abb. 25554), mehr als doppelt so viel wie Frankreich.

Als "Kanzler für Klimaschutz" hatte sich Scholz im Wahlkampf plakatiert und als solcher wollte er sich jetzt bei der Weltklimakonferenz verkaufen und feiern lassen. Doch die Bilanz ist bisher geradezu lächerlich und Scholz argumentiert großmaulig und verlogen: "Deutschland steigt bis 2045 aus fossilen Energien aus, ist das Land, das am schnellsten aussteigt und leistet damit einen sehr konkreten Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels." Das aber ist nur in eine Absichtserklärung verpackte Zukunftsmusik.

Warum beschließt die Bundesregierung nicht endlich die Schließung der Kohlekraftwerke (von denen viele die schlimmsten Dreckschleudern auf Braunkohlebasis sind, wie das Kraftwerk Neurath, das gemessen an der installierten elektrischen Bruttoleistung das größte Kraftwerk in Deutschland und das zweitgrößte Braunkohlekraftwerk Europas ist), eine Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen, CO2-Steuern auf hochkalibrige PKWs, CO2-Abgaben auf die Landegebühren von privaten Flugzeugen, tritt in der EU für Einfuhrzölle auf hoch-CO2-gefertigte chinesische Produkte ein und vieles mehr?

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 158 08-11-22: Unsere zerrissene Gesellschaft: Fast ohne Worte



WIRGESUCHT - WAS HÄLT UNS ZUSAMMEN



Sehr große / große Konflikte zwischen ...

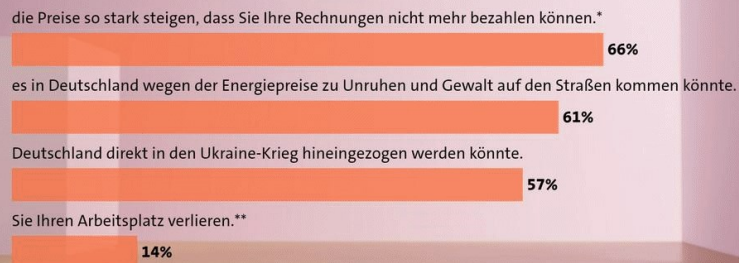


07.11.2022 | Quelle: infratest dimap / ARD

WIRGESUCHT - WAS HÄLT UNS ZUSAMMEN



Sehr große / große Sorgen, dass ...



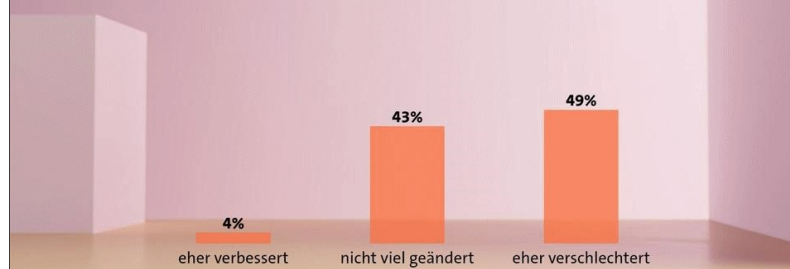
* ARD-DeutschlandTREND November 2022 | ** nur Erwerbstätige

07.11.2022 | Quelle: infratest dimap / ARD

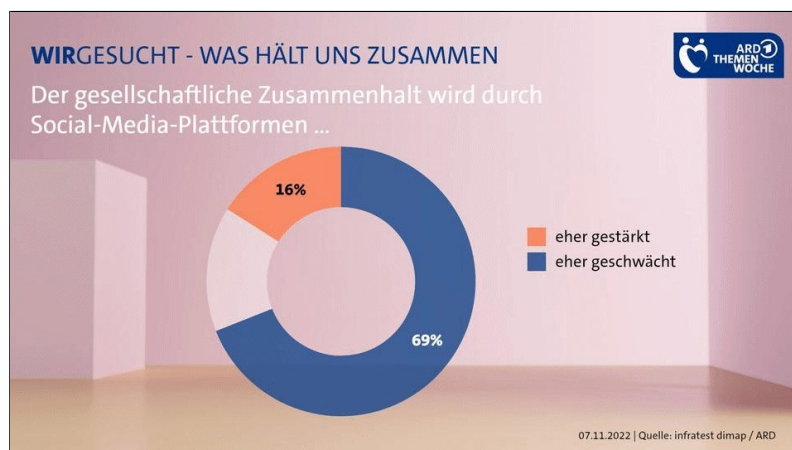
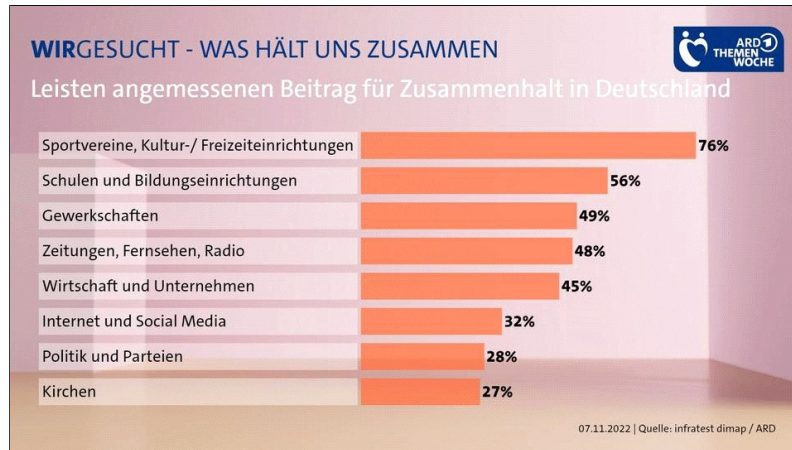
WIRGESUCHT - WAS HÄLT UNS ZUSAMMEN



Zusammenhalt hat sich unter der Ampel-Regierung ...



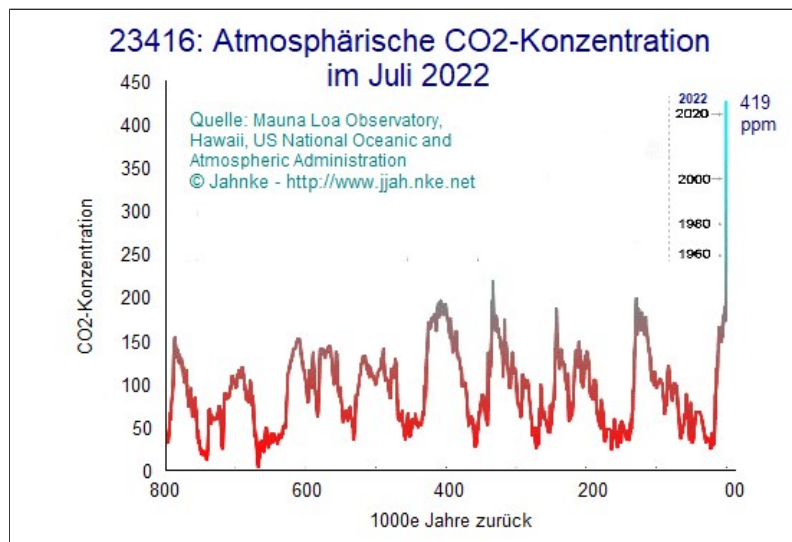
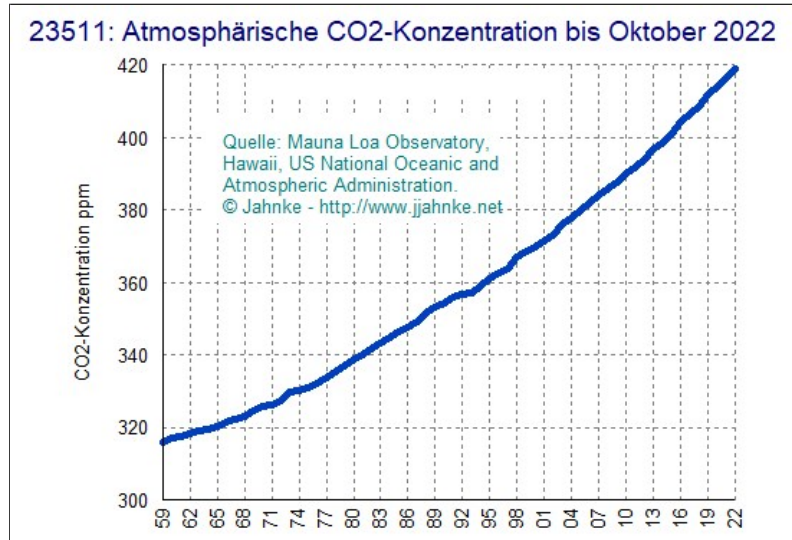
07.11.2022 | Quelle: infratest dimap / ARD

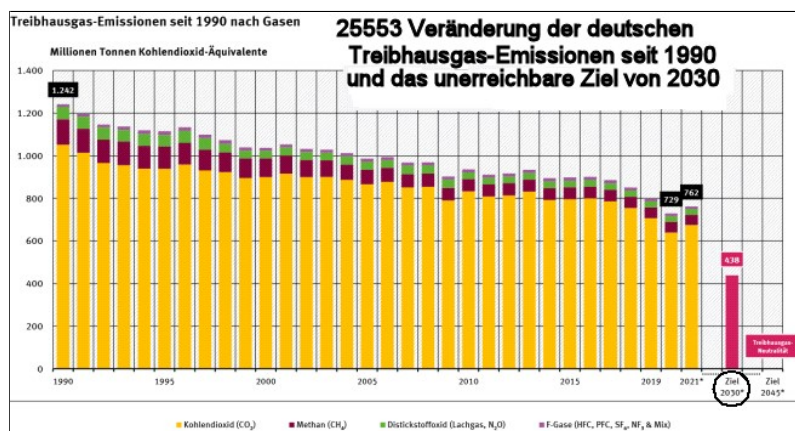
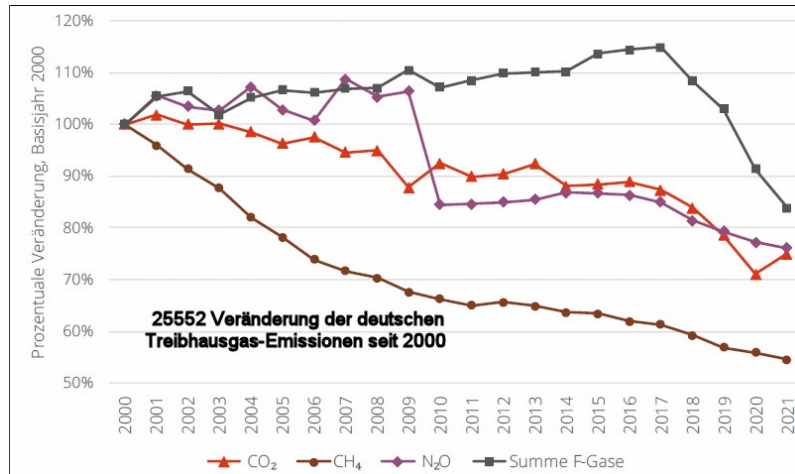


Social Media kann Debatten zuspitzen, verschärfen und polarisieren. Die Anonymität vieler Nutzerinnen und Nutzerinnen erleichtert einen unsachlichen und rüden Umgang miteinander. Was im richtigen Leben Folgen für das Zusammenleben hätte, bleibt im digitalen Raum meist folgenlos. So schrieb mir gerade heute ein Leser des Blogs: "Ich hatte sie bis dato für intelligent gehalten, aber man kann sich halt irren" (Seine Intelligenz hatte nicht ausgereicht, das "Sie" großzuschreiben).

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

Blog 157 07-12-22: Auf dem deutschen Weg in den Treibhaus-Wahnsinn





Die weltweiten Emissionen klimaschädlicher Treibhausgase steigen immer weiter (Abb. 23511, 23416). Sie müssen Forschern zufolge schon bis 2030 um etwa die Hälfte sinken. Anders ist demnach das auf der Uno-Klimakonferenz in Paris 2015 gemeinsam vereinbarte Ziel nicht zu erreichen, die Erderwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf 1,5 Grad zu begrenzen. Nach den gegenwärtig vorgelegten Klimaschutzplänen der Staaten würden sie aber sogar weiter steigen. In dieser Lage wundert man sich, wie Annalena Baerbock bei der Weltklima-Konferenz noch sagen kann: "Die Welt hat alle nötigen Instrumente in der Hand, um die Klimakrise zu begrenzen und auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen".

Wir sind dagegen auf dem direkten Weg in eine große Krise der Menschheit. Jedes der vergangenen acht Jahre war wohl heißer als alle zuvor gemessenen. Das verkündet die Weltorganisation für Meteorologie zum Beginn der Klimakonferenz. Danach hat sich die Erde seit dem Ende des 19. Jahrhunderts bereits um etwa 1,15 Grad erwärmt. Rund die Hälfte des Anstiegs habe sich in den vergangenen 30 Jahren vollzogen. Mit dieser drastischen Erwärmung hätten das Abschmelzen von Gletschern, der Anstieg des Meeresspiegels sowie Extremwetterereignisse wie Starkregen und Hitzewellen zugenommen. "Unser Planet sendet ein Notsignal", sagt Uno-Generalsekretär Guterres.

Politik oder maßgebliche Industriezweige gehen die dringend erforderliche Transformation nicht an. Das gilt auch für Deutschland. Trotz Bemühungen beim Energiesparen stellt der Expertenrat der Bundesregierung in seinem ersten Gutachten ein ernüchterndes Zeugnis aus. Die Klimaziele für das Jahr 2030 dürften deutlich verfehlt werden, insbesondere bei Industrie und Verkehr. "Mit einem ‚Weiter so‘ werden wir die Klimaziele für das Jahr 2030 definitiv nicht erreichen", warnte die stellvertretende Vorsitzende des Expertenrats für Klimafragen Brigitte Knopf. Die Bundesrepublik will ihren Ausstoß an Treibhausgasen bis 2030 um mindestens 65 Prozent senken im Vergleich zum Jahr 1990 (Abb. 25553). "Die jährlich erzielte Minderungsmenge müsste sich im Vergleich zur historischen Entwicklung der letzten 10 Jahre mehr als verdoppeln", erklärte Ratsmitglied Thomas Heimer mit Blick auf den deutschen Ausstoß an Treibhausgasen. **"Im Industriesektor wäre etwa eine zehnfache und beim Verkehr sogar eine 14-fache Erhöhung der durchschnittlichen Minderungsmenge pro Jahr notwendig."**

Warum beschließt die Bundesregierung nicht endlich die Schließung der Kohlekraftwerke, eine Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen, CO2-Steuern auf hochkalibrige PKWs, CO2-Abgaben auf die Landegebühren von privaten Flugzeugen, Zölle auf hoch-CO2-gefertigte chinesische Produkte und vieles mehr? Machen wir einen politischen Bogen um Lindners Porsche?

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 156 06-11-22: Armes Deutschland



Die Tafeln in Deutschland haben einen neuen, traurigen Rekord erreicht: Noch nie haben sie so viele Menschen versorgt. Aber sie können laut ihrem Vorsitzenden nicht auffangen, was der Staat nicht schafft: Seit Jahresbeginn verzeichnen wir einen Anstieg der Kundinnen und Kunden von 50 Prozent", sagte der Vorsitzende des Dachverbands Tafel Deutschland. Insgesamt kämen etwa zwei Millionen Menschen. Die bundesweit rund 960 Tafeln verteilen an Bedürftige Lebensmittel, die nicht mehr verkauft werden können. Zuletzt hatte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Ende September geschätzt, dass knapp 1,1 Millionen Menschen sich über die Tafeln versorgen würden. Es bezog sich dabei auf eine Umfrage aus dem Jahr 2020.

Tafel-Vorstand Brühl sagte, während die Zahl der Tafel-Kunden gestiegen sei, seien die Lebensmittelpenden zurückgegangen. "Rund ein Drittel der Tafeln sind so überlastet, dass sie Aufnahmestopps verhängen mussten", sagte Brühl. Hilfesuchende Menschen wegzuschicken, sei für Helfer aber psychisch enorm belastend. Auffällig seien die Einzelschicksale, so Brühl. "Die Menschen haben große Existenzängste und Sorgen, wie sie Lebensmittel, Wohnen, Heizen zahlen können." Die Tafeln könnten aber nicht auffangen, was der Staat nicht schafft. Die staatlichen Hilfen seien unzureichend und kämen zu spät. Menschen, die zu den Tafeln kommen, haben keine Reserven.

Drei Viertel der Menschen, die Tafeln nutzten, leben nach der DIW-Umfrage von Grundsicherung. Viele seien von Armut bedroht und gesundheitlich beeinträchtigt. Besonders häufig nutzen Alleinerziehende und Paare mit Kindern die Tafeln. Ein Viertel der Menschen, die von den Tafeln profitierten, seien Kinder. "Armutsbetroffene Menschen brauchen jetzt schnelle Hilfen", sagte Brühl und appellierte auch an die Solidarität der Gesellschaft: "Wir sind ein reiches Land, wir können es schaffen, dass alle Menschen gut durch diesen Winter kommen."

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 155 04-12-22: Immer mehr Deutsche glauben russischer Propaganda

Verschwörungserzählungen um den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine in Ost- und Westdeutschland



Es ist fas unglaublich: Nach einer Studie des Centers für Monitoring, Analyse und Strategie (Cemas) glauben immer mehr Menschen in Deutschland an prorussische Verschwörungstheorien. Im Vergleich zur Vorgängeruntersuchung vom April 2022 sind alle Zustimmungswerte noch gestiegen:

- » 40 Prozent der Befragten stimmten der Aussage ganz oder teilweise zu, dass der russische Angriffskrieg eine alternativlose Reaktion Russlands auf die Provokation der Nato war. Das waren elf Prozent mehr als im April.
- » 44 Prozent sind ganz oder teilweise davon überzeugt, dass Putin gegen eine »globale Elite" vorgeht, die "im Hintergrund die Fäden zieht". Das waren zwölf Prozent mehr als im April.
- » Davon, dass die Ukraine "historisch keinen Gebietsanspruch" habe und "eigentlich Teil Russlands" sei, stimmten 14 Prozent ganz zu. Rund ein Fünftel der Befragten glaubt teilweise daran.
- » Mit neun Prozent hat sich die Zahl derer, die voll und ganz glauben, dass der Krieg "notwendig" war, "um die dortige faschistische Regierung zu beseitigen", fast verdoppelt.

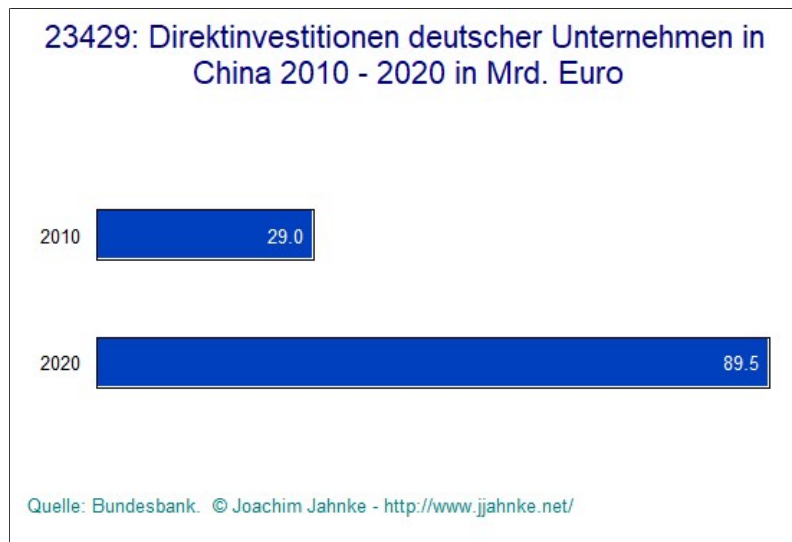
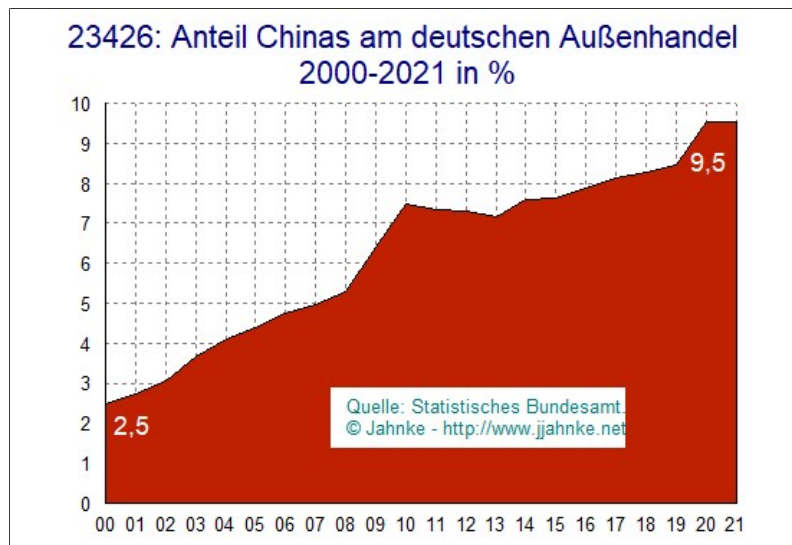
Da fragt man sich, wie dumm ist ein so großer Teil unserer Landsleute eigentlich? Allerdings war schon in der Diskussion um Covid-19 ersichtlich, daß solche Theorien in Deutschland einen fruchtbaren Boden finden. Leider zeigt sich dabei auch, wie schlimm die Situation besonders in Ostdeutschland ist, als sei die Demokratie mit ihren Werten dort noch nicht richtig angekommen und glaubt man dem Diktator und seiner Propaganda mehr als der eigenen demokratisch gewählten Regierung.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 154 03-11-22: **Scholzens Märchenstunde vor seiner Reise nach China**



Scholz hat in den deutschen Medien eine öffentliche Erklärung zu seiner Reise nach China als "Gastbeitrag" abgegeben. Das ist völlig ungewöhnlich und verrät die Enge, in die er sich durch öffentliche Kritik gedrängt fühlt. Eigentlich ist auf deutscher Seite alles wie bisher und nicht viel anders als zu Merkels vielen Reisen ins Reich der Mitte. Wieder reist eine starke Delegation von deutschen Bossen mit und zeigt damit, daß Deutschland unverändert Business meint, und wer dies vorhat, muß Menschenrechte und andere Kritikpunkte kleinschreiben. So war es immer, und so wird es auch diesmal sein. Dabei hat niemand Scholz daran gehindert, die Bosse zu Hause zu lassen. Das gleiche Business-Signal hat Scholz als "Gastgeschenk" im Gepäck, indem er gegen den Widerstand aller beteiligten Ministerien eine Beteiligung des chinesischen Staatskonzerns am Hamburger Container-Terminal durchgesetzt hat. Nie würden die Chinesen umgekehrt eine Beteiligung an kritischer chinesischer Infrastruktur zulassen. Die Zeichen Richtung Business sind also eindeutig.

Doch Scholz spielt für den deutschen Hausgebrauch den China-Kritischen. So heißt es schon im Vorspann seines Beitrags: "China ist und bleibt ein wichtiger Partner. Doch wenn sich China verändert, muss sich auch unser Umgang mit dem Land verändern. Gefragt sind Augenmaß und Pragmatismus." Nun kommt das nicht überraschend, denn "Pragmatismus" ist nun mal Scholzens Hausmarke, was immer das bedeuten soll.

Und dann kommen einige schon recht komische - um nicht zu sagen unehrliche - Feststellungen im Gastbeitrag, wie "Gerade weil business as usual in dieser Lage keine Option ist, reise ich nach Peking."

Dabei ist alles wie "business as usual".

"Es ist klar: Wenn sich China verändert, muss sich auch unser Umgang mit China verändern." Doch wo verändert sich unser Umgang mit China wirklich?

"Parallel zu meinem Besuch in China wird der Bundespräsident in Japan und Korea zu Gast sein." Soll die zufällig gleichzeitige Reise des Bundespräsidenten wirklich ein Alibi sein für seine nach China?

"Wir werden daher einseitige Abhängigkeiten abbauen, im Sinne einer klugen Diversifizierung. Dabei braucht es Augenmaß und Pragmatismus. Ein Großteil des Handels zwischen Deutschland und China betrifft Produkte, bei denen es weder an alternativen Lieferquellen fehlt noch gefährliche Monopole drohen." Die gefährliche Abhängigkeit ist allein schon durch den Umstand gegeben, daß China seit Jahren Deutschlands wichtigster Handelspartner ist und für viele wichtige deutsche Unternehmen der größte Auslandsmarkt. Paßt das in den Scholzens Verstand nicht hinein?

"Wir werden Reziprozität weiter einfordern. Wo China diese Gegenseitigkeit nicht zulässt, kann das aber nicht folgenlos bleiben. Ein solch differenzierter Umgang mit China entspricht den langfristigen, strategischen Interessen Deutschlands und Europas." Diese Aussage ist einfach Unfug, denn seit Jahren hat sich Deutschland damit abgefunden, daß ein großer Teil der chinesischen Wirtschaft als strategisch definiert ist und damit Auslandsinvestitionen ausgeschlossen sind.

"Zugleich gilt es auszuloten, wo Kooperation auch weiterhin im beiderseitigen Interesse liegt. Schließlich braucht die Welt China - etwa im Kampf gegen globale Pandemien wie Covid-19." Muß jetzt auch noch Covid-19 als Alibi für Scholzens business as usual herhalten?

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

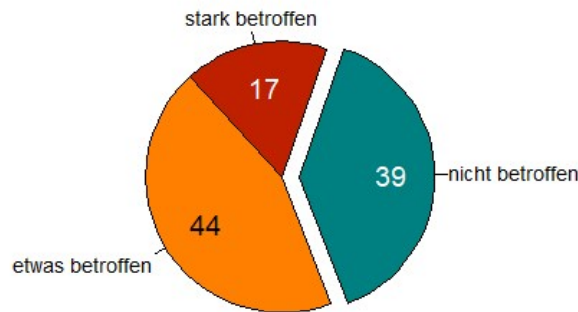


[per Mail verlinken](#)

Blog 153 02-11-22: In schwierigen Zeiten: Wenn die Straße sich meldet

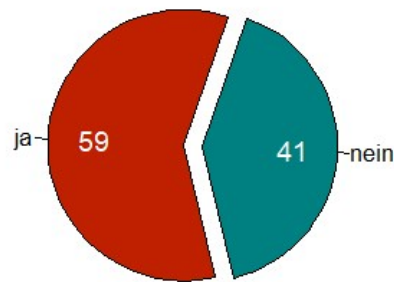


25550: "Wie stark beeinflusst die Krise Ihr Leben?"



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, 2022.
© Jahnke - <http://www.jahnke.net>

25551: "Ich kann die Welt nicht mehr verstehen. Wie empfinden Sie das, geht es Ihnen auch so, oder geht Ihnen das nicht so?"



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, 2022.
© Jahnke - <http://www.jahnke.net>

Wir leben mit mehreren Krisen gleichzeitig. Die Zahl der Corona-Infektionen steigt wieder und läßt dringend benötigtes Personal ausfallen. Die Inflationsrate liegt bei jetzt 10,4 %, der höchste Wert seit 1951 oder mehr als 70 Jahren. Bei Lebensmitteln stieg sie sogar auf 20,3 %. Sie trifft ärmere Menschen besonders stark. Mitten in Europa findet ein von Putin betriebener blutiger Krieg statt. Die globale Erwärmung verläuft ungebremsst.

Das Vertrauen in die Krisenkompetenz der Regierung ist stark geschwunden. Anders als in früheren Krisen gibt es erste Hinweise auf die politische Radikalisierung eines Teils der Bevölkerung. Auf die Frage "Wie stark beeinflusst die Krise Ihr Leben?" antworteten in der aktuellen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach 17 % der Befragten, die Krise betreffe sie stark. 44 % meinten, sie betreffe sie immerhin etwas. Eine klare Mehrheit von 61 % gab also zu Protokoll, selbst betroffen zu sein. Zum Vergleich: Während der Finanzkrise 2008/09 hatte nur rund ein Drittel der Befragten diese Antworten gegeben. Bereits im August dieses Jahres hatten 51 % der Befragten angegeben, sie machten sich große Sorgen, dass sie ihre Heizkosten nicht mehr bezahlen könnten - eine Situation, in die die allermeisten zum ersten Mal in ihrem Leben gekommen sein dürften.

Eine Frage in der neuesten Umfrage lautete: "Neulich sagte jemand: „Nach all diesen Ereignissen der letzten Jahre, Umstürze, Veränderungen und so weiter, muss ich sagen: Ich kann die Welt nicht mehr verstehen.“ Wie empfinden Sie das, geht es Ihnen auch so, oder geht Ihnen das nicht so?" Diese Frage wurde zum ersten Mal 1992 gestellt, damals in erster Linie, um die psychologischen Auswirkungen der Umbrüche in Ostdeutschland nach der politischen Wende 1989/90 messen zu können. 45 % der Befragten sagten damals, sie könnten die Welt nicht mehr verstehen; seitdem schwankte dieser Wert

bei gelegentlichen Wiederholungen der Frage zwischen gut einem Drittel und der Hälfte der Befragten. Noch 2019 lag der Wert bei 43 %. Nun, im Herbst 2022, ist er auf 59 % gestiegen (Abb. 25551).

Gesellschaftliche Krisen, die die Folge einer Bedrohung von außerhalb des eigenen Landes sind, führen meistens dazu, dass sich die Bevölkerung hinter ihrer Regierung versammelt. Man spricht in diesem Zusammenhang von der "Stunde der Exekutive". Zuletzt konnte man diesen Effekt vor zwei Jahren beobachten, als mit Beginn der Corona-Pandemie die Zustimmung zur damaligen Bundesregierung stark zunahm. Doch in der gegenwärtigen Krise ist von einer "Stunde der Exekutive" nichts zu erkennen. Im Gegenteil: **Auf die Frage "Haben Sie das Gefühl, die Regierung hat die Lage im Großen und Ganzen im Griff, oder haben Sie nicht das Gefühl?" antworteten fast zwei Drittel der Befragten (65 %), sie hätten den Eindruck, die Regierung habe die Lage nicht im Griff.** Dabei ist besonders bemerkenswert, daß sich dieses Urteil durch alle politischen Lager zieht. Auch die Anhänger der Regierungsparteien sagten mit klaren Mehrheiten, dass sie glaubten, die Regierung habe die Lage nicht im Griff.

In dieser Situation wäre es naheliegend, wenn sich ein Teil der Bevölkerung politisch radikalisieren würde. Und tatsächlich gibt es Indizien hierfür. Einen ersten Hinweis bieten die Parteistärken: In den letzten Monaten ist der Anteil der Anhänger der AfD in der Bevölkerung langsam, aber beharrlich gestiegen. 70 % der Bevölkerung insgesamt sagen, sie fühlten sich durch die gestiegenen Heizkosten stark oder sehr stark belastet. Von diesen Befragten, die sagten, daß sie sich durch die Heizkosten sehr stark oder stark belastet fühlten, lassen sich sechs Prozent als rechts- oder linksradikal einordnen. Von denen, die sich durch die Heizkosten weniger stark oder gar nicht belastet fühlen, fiel nur ein Prozent in diese Kategorie. Auch der Anteil der ausgeprägt links und rechts Denkenden war unter denen, die sich durch die Heizkosten belastet fühlten, höher als bei denjenigen, die sich weniger stark oder gar nicht belastet fühlen.

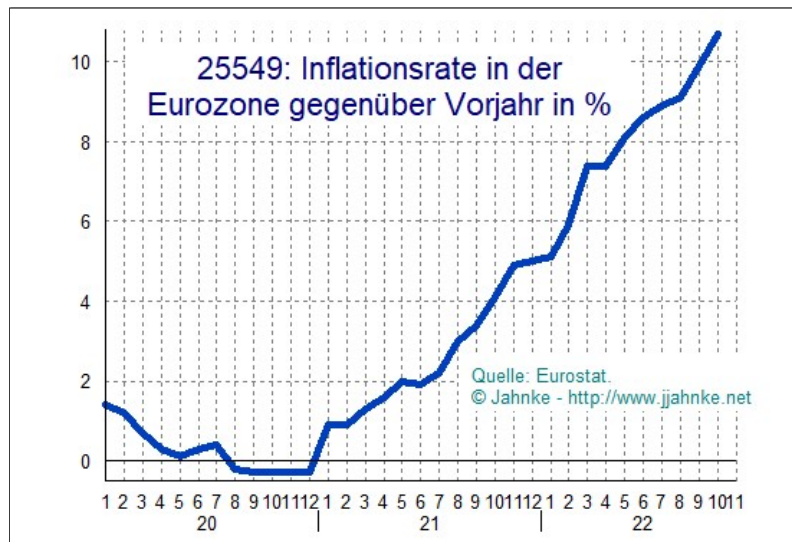
Aktuell mögen die Warnungen vor einer Radikalisierung der Bevölkerung noch übertrieben sein. Doch wir stehen erst am Anfang eines Winters, in dem der soziale Druck auf viele Bürger zunehmen wird. Und soziale Not und politische Radikalisierung können durchaus Hand in Hand gehen.

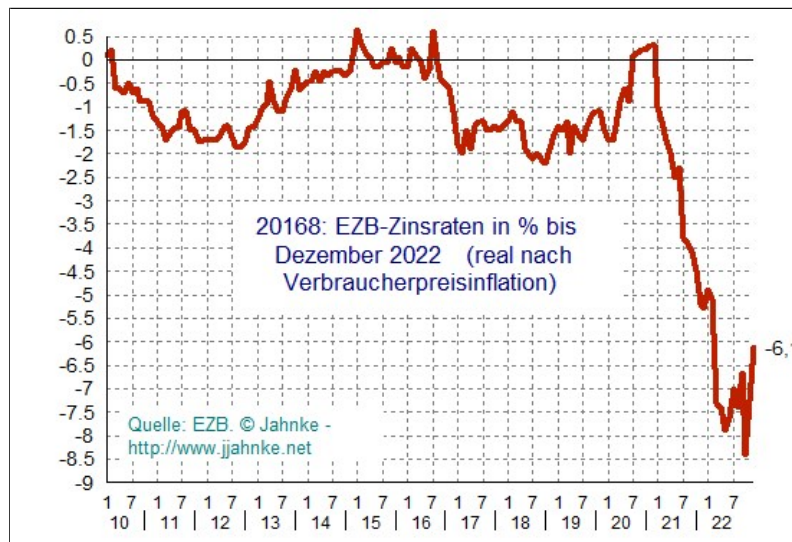
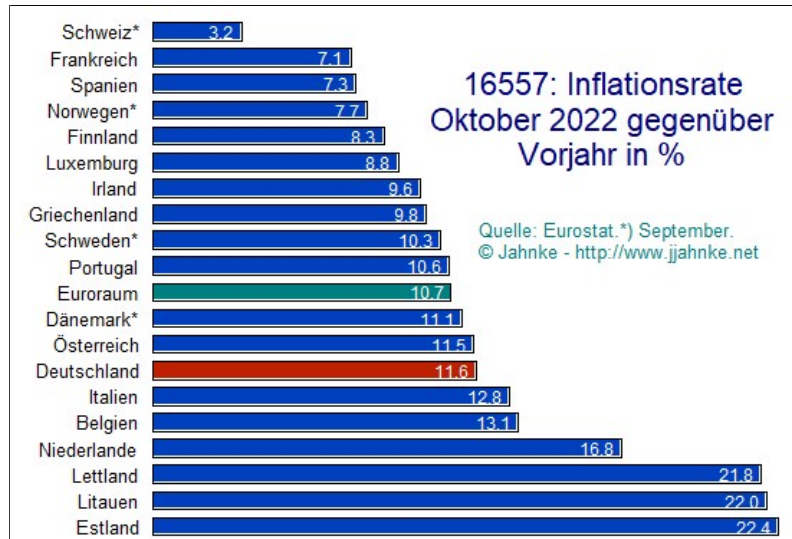
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 152 02-11-22: Die Inflation in der Eurozone und die Ohnmacht der EZB





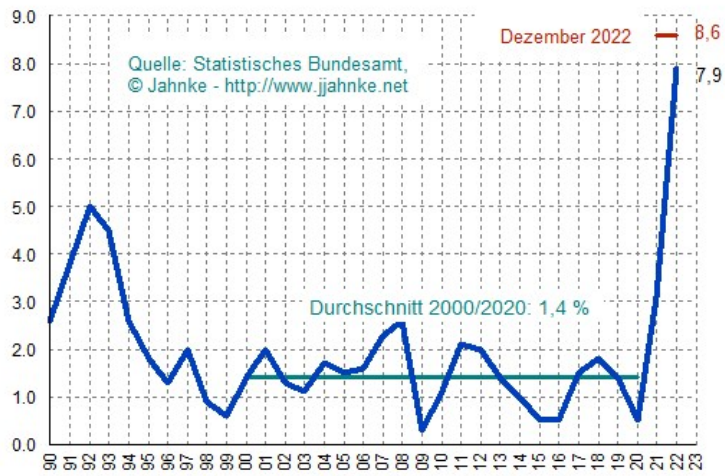
Sie steigt und steigt: die Inflationsrate der Eurozone, im Oktober bis 10,1 % gegenüber Vorjahr (Abb. 25549, 16557), in den baltischen Staaten sogar bis 22,4 %. Der reale, inflationsbereinigte Zentralbankzins stürzte immer tiefer und blies so die Inflation weiter an (Abb. 20168); wer auf Kredit einkauft, kann nur gewinnen. Als die EZB im September 2022 endlich den Zins von 0 % auf 0,75 % anhob, stieg die Inflationsrate schon seit 1 ¼ Jahren. Die EZB hat viel zu spät reagiert und ihr Pulver nun schon verschossen. Denn, wenn sie nicht für einen schweren Wirtschaftseinbruch verantwortlich sein will, kann sie nicht so den Zins erhöhen, wie es jetzt nötig wäre. Dabei steigt die Inflationsrate bereits seit Ende 2020, also längst vor dem russischen Angriff auf die Ukraine, der sonst immer gern für die Inflation verantwortlich gemacht wird.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

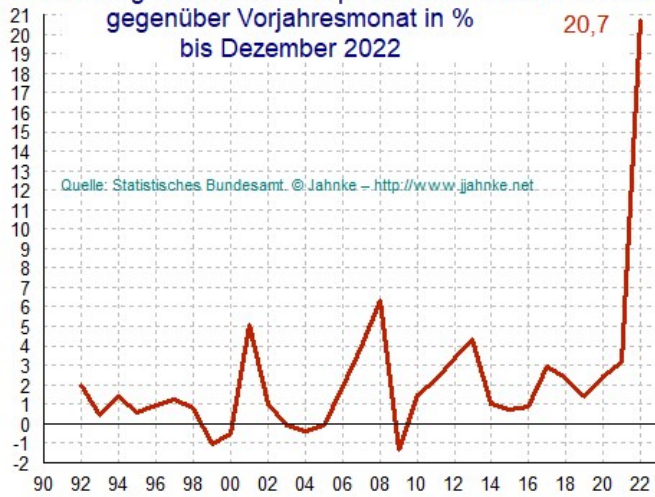
 [per Mail verlinken](#)

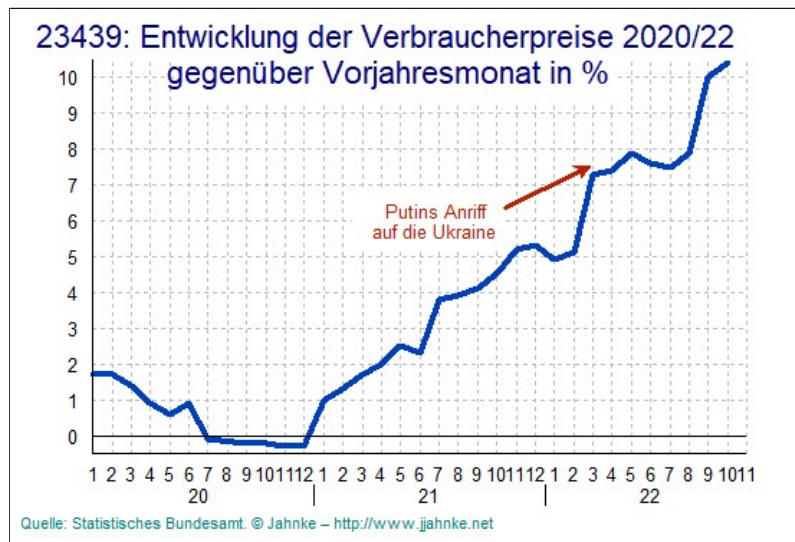
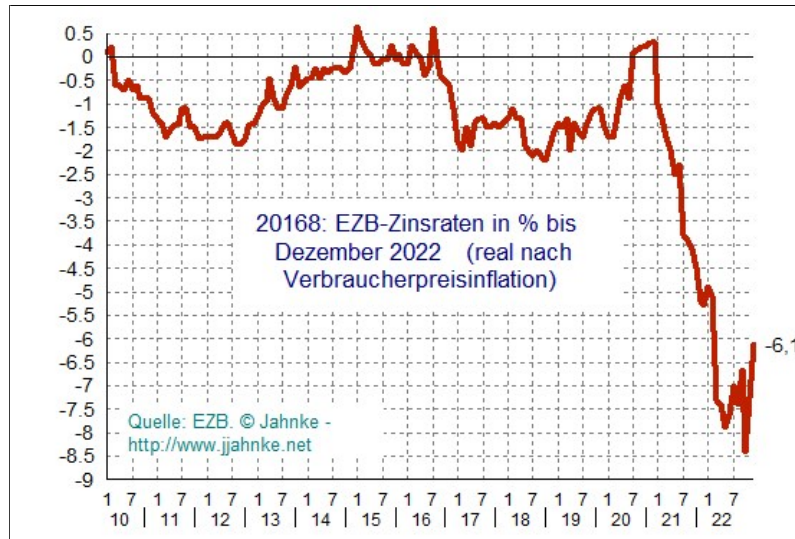
Blog 151 18-10-22: Und weiter steigt die Inflationsrate

23492: Inflationsraten in % gegenüber Vorjahr seit 1990



23532: Entwicklung der Verbraucherpreise Lebensmittel 1992/22 gegenüber Vorjahresmonat in % bis Dezember 2022





25538: Haushaltsspezifische Inflationsraten nach Einkommensgruppen in % Oktober 2022



Quelle: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

Nach der heutigen Meldung des Statistischen Bundesamts lag die Inflationsrate im Oktober bei 10,4 % (Abb. 23492), ein weiterer Anstieg und der höchste Wert seit 1951 oder mehr als 70 Jahren. Bei Lebensmitteln stieg sie sogar auf 20,3 %, was einer Verdoppelung in nur 5 Jahre entspricht (Abb. 23532). Sie trifft ärmere Menschen besonders stark (Abb. 25538).

Es sind also bei Weitem nicht nur die Energiekosten, die die Inflation antreiben, auch nicht nur unterbrochene Lieferketten. Ebenso verhängnisvoll - wenn nicht schlimmer - ist die Politik der EZB, die die Zinsen viel zu lange im real negativen Bereich gehalten hat und außerdem durch den Aufkauf von Staatsanleihen zusätzlich noch die elektronische Druckmaschine betrieben und so massiv Öl ins Inflationsfeuer gegossen hat (Abb. 20168).

Das Statistische Bundesamt täuscht wieder, wenn es als Hauptgrund erneut den Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Energiepreise zitiert. Tatsächlich begann der Anstieg der Inflation schon Ende 2020 und damit lange vor Putins Angriff auf die Ukraine (Abb. 23439). Auch der Ölpreis, des wichtigsten Energieträgers, stieg bereits seit März 2020 und hatte beim Angriff auf die Ukraine bereits seinen Höhepunkt überschritten. Wie kann eine amtliche Stelle nur so lügen und alle Verantwortung für die Inflation auf Putin abschieben, statt die Verantwortung der EZB anzusprechen?

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 150 28-10-22: Das falsche Gastgeschenk des Bundeskanzlers an Peking



Scholz besucht den Diktator in Peking, dessen Macht durch die Entscheidungen des Parteikongresses gerade weitergewachsen ist. Im Gepäck hat er die leicht auf 25 % gekürzte Beteiligung des chinesischen Staatskonzerns an dem Unternehmen, das den Containerterminus verwaltet und damit einen entscheidenden Einfluß auf dessen Geschäfte nimmt. Doch selbst diese gekürzte Beteiligung erweitert "die deutsche Abhängigkeit von China unverhältnismäßig", wie es in einer Protokollnotiz des Auswärtigen Amtes heißt, der sich auch die anderen Ministerien angeschlossen haben, die ebenfalls gänzlich gegen die Cosco-Beteiligung waren. Dennoch hat Scholz mit seiner einsamen Entscheidung die chinesische Staatsbeteiligung durchgesetzt. Seinerseits würde China nie auch nur ein Zipfelchen eines chinesischen Hafens abtreten. Der chinesische Wunsch hätte also leicht abgelehnt werden können. Aber auf das Gastgeschenk vor seiner Reise nach Peking wollte Scholz nicht verzichten.

Doch im Ergebnis handelt Scholz bei China so unverantwortlich, wie es Schröder bei Rußland getan hat. Und er macht alles noch schlimmer mit seiner naiven und täuschenden Begründung: "Es ist eine berechnete Forderung, daß kein falscher Einfluss auf die Infrastruktur genommen werden darf. Das ist in diesem Fall in keiner Weise gegeben." Er gibt sich also zu Unrecht als ein vorsichtiger, die deutschen Interessen wahrer Bundeskanzler aus, und fügt auch noch an: "Grund und Boden des Hamburger Hafens sind Staatseigentum und werden auch niemals privatisiert." Dabei geht es gar nicht um Grund und Boden des Hafens, sondern um die Verwaltung des Containeranteils durch eine privatrechtliche Gesellschaft und die Beteiligung des chinesischen Staates daran.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 149 27-10-22: Zu einem "Marshall-Plan" für die Ukraine



Deutschland braucht eine Vermögenssteuer, um die ständig weiter aufreißende soziale Spaltung zu

dämpfen. Eine solche Vermögenssteuer aber für den Wiederaufbau der Ukraine zu fordern, wie es die SPD-Vorsitzende Esken getan hat, pervertiert eine solche Steuer und ist auch sonst schlicht bekloppt. Kein anderes EU-Land würde auf so eine Idee kommen. Das gilt auch für die deutsche Anmaßung des Bundeskanzlers mit der Forderung nach einem Marshall-Plan für die Ukraine, zumal während dort noch ein blutiger Krieg tobt. Die Hilfe sollte im Übrigen eine Aktion der gesamten EU sein. Warum zieht sich da nur Deutschland den Schuh an?

Haben die da Oben bei uns noch immer nicht begriffen, welche Sorgen die da Unten bei uns haben, vor allem die durch eine zweistellige Inflationsrate und hohe Energiepreise besonders Gebeutelten? Ein Bundeskanzler oder Bundesminister oder Parteivorsitzender hat im wahrsten Sinne des Wortes für sich "ausgesorgt". Darf er deshalb das Schicksal vieler seiner Mitmenschen bei uns vergessen oder - noch böser - verdrängen und von einem Marshall-Plan für die Ukraine schwafeln?

Und schließlich: Hat die politische Oberklasse in Deutschland nicht begriffen, daß auch die Ukraine ihre Kasse an superreichen Oligarchen hat. Allein die sieben reichsten von ihnen haben nach aktuellen Schätzungen (nachlesbar in "Statista") ein Gesamtvermögen von 11.9 Mrd. US\$ oder im Durchschnitt pro Kopf 1,7 Mrd. US\$. Sind das die Leute, für die nach dem Scholz-Rezept die deutschen Steuerzahler einspringen sollen, um der Ukraine zu helfen?

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 148 26-10-22: Deutsches Geldvermögen schrumpft pro Kopf um 4700 Euro

Die Inflation und der schwache Kapitalmarkt reduzieren das deutsche verzinsliche Geldvermögen nach einer Berechnung der DZ Bank in diesem Jahr um voraussichtlich 395 Milliarden Euro oder knapp 13 %. Dabei machen Bankeinlagen und Bargeld mit über 3,1 Billionen Euro mehr als 40 Prozent des Geldvermögens der privaten Haushalte aus. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung sind das über 4700 Euro Verlust pro Kopf. Die Inflation sorgt für einen negativen Durchschnitts-Realzins in Höhe von minus 6,9 %. Das ist ein neuer Negativrekord und liegt um 4,4 Prozentpunkte tiefer als im vergangenen Jahr.

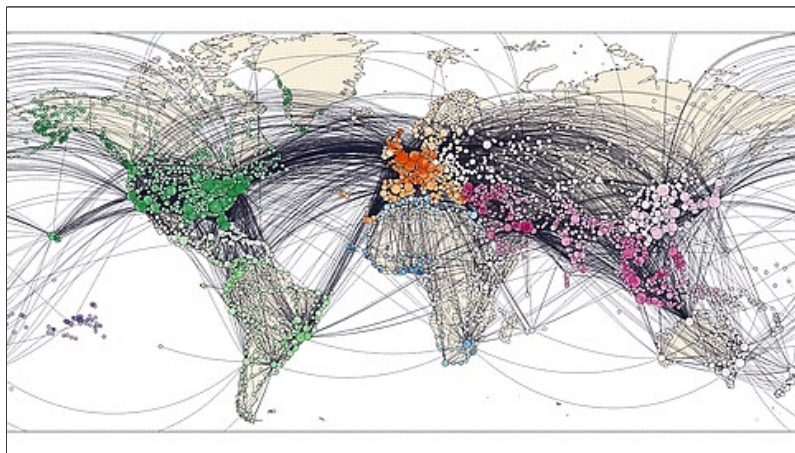
Im vergangenen Jahr gab es für die privaten Haushalte in Deutschland beim Geldvermögen noch einen Wertzuwachs in Höhe von 130 Milliarden Euro durch Aktien und Fonds. Das änderte sich 2022. Allein der Dax brach im laufenden Jahr von über 16.000 auf zwischenzeitlich unter 12.000 Zähler ein. Allein die Kurseinbußen bei Wertpapieren und Fonds bewirkten im ersten Halbjahr deshalb einen Wertverlust von knapp 300 Milliarden Euro.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 147 22-10-22: Im Zeitalter der Pandemien



Globales Mobilitätsnetzwerk am Beispiel des weltweiten Flugverkehrs. Jeder Knotenpunkt stellt einen Flughafenstandort dar, die Verknüpfungen zwischen den Knotenpunkten entsprechen den Flugverbindungen.



Ausgrabungen auf dem Londoner Pest-Friedhof

Die Globalisierung der Weltwirtschaft gepaart mit immer größerer Mobilität der Menschheit, vor allem über den Luftverkehr, und die global immer dichter lebende Bevölkerung, die damit immer mehr auch mit wild lebenden Tieren und deren Bakterien und Viren in Berührung kommt, hat uns ein Zeitalter der Pandemien beschert, dem auch die Medizin kaum noch hinterherkommt. Auch die geschädigte Umwelt fördert die Ausbreitung von Krankheiten. Bei Covid-19 folgt jetzt eine Mutation auf die andere, wobei der Virus lernt, die Immunabwehr wirkungsvoll zu umgehen, und nur die Viren überleben, die dies schaffen. Das globale Flugverkehrsnetz verknüpft beispielsweise weltweit mehr als 4000 Flughäfen durch mehr als 25000 Verbindungen (Abb.). Mehr als 3 Milliarden Passagiere werden jedes Jahr transportiert und legen zusammen mehr als 14 Milliarden km pro Tag zurück. Anders als im 14. Jahrhundert in Europa, einer Zeit in der Mobilität fast ausschließlich lokal war und der "schwarze Tod" sich dadurch als gleichmäßige Wellenfront von Süden nach Norden mit einer Geschwindigkeit von 4-5 km pro Tag ausbreitete, sind moderne Seuchen viel schneller (zwischen 100-400 km pro Tag). Bei Covid-19 reichte ein Flug von Wuhan nach Mailand von 19 Stunden.

Zwar ist noch unklar, unter welchen Bedingungen Viren die Artengrenze überwinden. **Aber fast 70 Prozent aller Infektionskrankheiten werden durch Erreger verursacht, die ursprünglich aus dem Tierreich stammen.**

Covid-19 ist mit bisher ca. 7 Mio. Toten noch eine im historischen Vergleich milde Seuche. Der Pest im 14. Jhd. fielen 25 Mio. Menschen zum Opfer. In den Mittelmeerregionen Europas, Gebieten wie Italien, Südfrankreich und Spanien, wo die Pest vier Jahre lang grassierte, starben wahrscheinlich etwa 75–80 % der Bevölkerung. In Deutschland und England lag die Todesrate wahrscheinlich näher bei 20 %.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 146 21-10-22: Scholz steht zu China wie Schröder zu Rußland



Deutschland ist schon jetzt hochgradig von China abhängig. Nun will die staatliche chinesische Reederei Cosco mit 35 % beim Hamburger Hafen einsteigen. Cosco ist auf dem Weg, die weltgrößte Reederei zu werden, und hat schon den Hafen von Piräus übernommen. China ist an dem Hamburger Hafen umso mehr interessiert, als Hamburg auch ein Endpunkt des von der chinesischen Führung quer durch Asien und Europa betriebenen gigantischen "One Belt, One Road"-Projekts ist. Da es sich beim Hafen um kritische Infrastruktur handelt, prüft das Bundeswirtschaftsministerium. Alle sechs Ministerien, die an der Investitionsprüfung beteiligt sind, haben das Geschäft abgelehnt. Das Kanzleramt will jedoch ebenso wie die Hamburger Landesregierung durchsetzen, dass der Einstieg zustande kommt. Laut NDR und WDR hatte das federführende Wirtschaftsministerium das Thema bereits zur endgültigen Ablehnung im Bundeskabinett angemeldet, weil es sich um kritische Infrastruktur handele. Für Besorgnis sorgt demnach, dass durch die geplante Beteiligung ein "Erpressungspotenzial" entstehen könne. Die Zeit für eine Entscheidung drängt. Ohne einen entsprechenden Regierungsbeschluss käme das Geschäft nach SPIEGEL-Informationen Ende Oktober zustande - kurz vor einem geplanten Chinabesuch von Scholz.

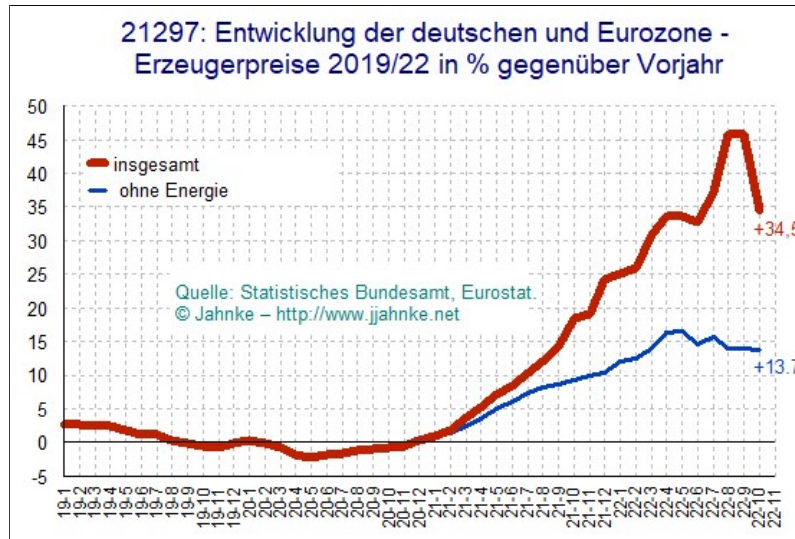
Es ist erstaunlich, wie wenig lernfähig Scholz ist. Scholz und seine SPD treiben Deutschland in die Abhängigkeit von China so, wie es Schröder und seine SPD bereits verhängnisvoll bei Rußland getan haben. Hat Scholz Angst, den Chinesen bei seinem Besuch die deutsche Ablehnung zu erläutern. Nie würde China einen chinesischen Hafen für einen deutschen Käufer freigeben!

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 145 21-10-22: Der Inflationsdruck hält unverändert an



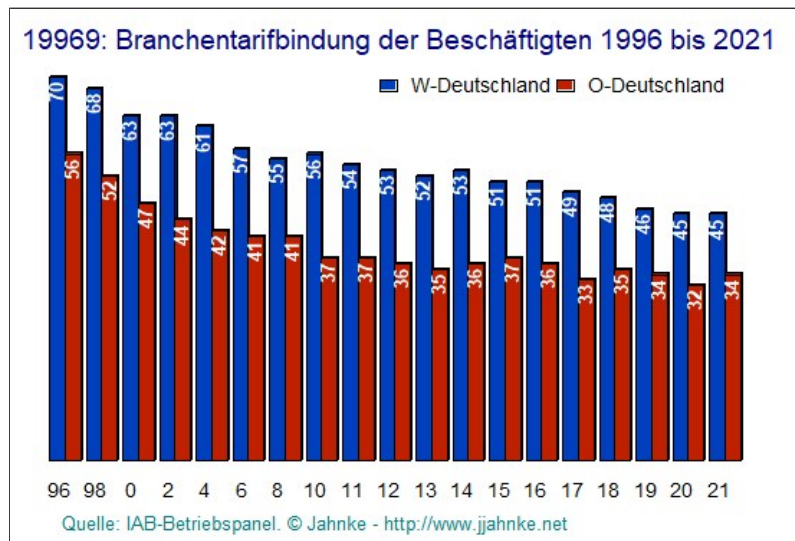
Nach der neuesten Meldung sind die Erzeugerpreise im September erneut um rund 46 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen (Abb. 21297). Da sie mit der Zeit in den Handel weitergegeben werden, ist kein Nachlassen der zweistelligen Verbrauchpreisinfation in Sicht. Die Bundesregierung hat nun jedem Arbeitnehmer, dessen Gewerkschaft eine Einmalzahlung von 3.000 EUR erstreitet, einen Steuer- und Abgabennachlaß im Wert von rund 1.000 EUR zugesagt. Doch die große Mehrheit der Arbeitnehmer und alle Rentner gehen leer aus - eine Ungerechtigkeit und ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz an den sich die Bundesregierung halten müßte.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 144 19-10-22: Noch eine soziale Sauerei



Die Bundesregierung hat den Gewerkschaften angeboten, Lohnerhöhungen bis 3.000 EUR pro Jahr steuer- und abgabenfrei zu belassen. Das sind immerhin bei einer Belastung durch Steuern und Abgaben von 32 % der Bruttolöhne und -gehälter rund 1.000 EUR pro Kopf. Die Gewerkschaften lassen sich gern darauf ein. Jetzt haben sich Gewerkschaft und Arbeitgeber der Chemieindustrie auf ein neues Tarifpaket für die 580.000 Beschäftigten geeinigt. Das sieht Sonderzahlungen von insgesamt

3000 Euro pro Kopf vor. Zudem greifen zum Januar 2023 und 2024 tabellenwirksame Entgelterhöhungen von je 3,25 %. Die Tarifeinigung bedeutet eine Netto-Entlastung von bis zu 15,6 % für die tarifgebundenen Beschäftigten und damit mehr als die erwarteten 15 % Inflation. Aktuell läuft die Tarifrunde für die 3,8 Millionen Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie. Auch dort werden Arbeitgeber und Gewerkschaft auf die 3000-Euro-Regelung der Bundesregierung zurückgreifen.

Sozialpolitisch ist das eine ziemliche Sauerei. Der Staat ermöglicht damit dem kleineren Teil der Bürger mit seiner Unterstützung Vergünstigungen, die andere nicht bekommen. Denn nur noch 43 % der Beschäftigten arbeiten in Betrieben mit Tarifbindung (Abb. 19969), und 25 % der Deutschen gehen überhaupt keiner Erwerbstätigkeit nach; andere arbeiten als Selbständige. Im Ergebnis erreichen die Gewerkschaften mit ihren Lohnabschlüssen nur knapp ein Drittel der Deutschen.

Für die anderen zwei Drittel der Deutschen sieht es dagegen ziemlich düster aus, umso mehr als die Lohnsteigerungen für das begünstigte Drittel die Inflation in Deutschland noch zusätzlich hochtreiben. Dabei prognostiziert die Bundesregierung schon jetzt eine durchschnittliche Inflationsrate von 8,0 Prozent in diesem Jahr und 7,0 Prozent 2023. Nach allen Erfahrungen geben die Unternehmen die Kostensteigerungen aus Lohnverhandlungen weitgehend an die Abnehmer ihrer Waren oder Dienstleistungen weiter. Vor allem ärmere und von den Gewerkschaften nicht geschützte Menschen dürfte der Staat in der Sozialpolitik nicht so alleine lassen. Doch genau das tut er derzeit. Sie baden dann die inflationstreibenden Vergünstigungen aus, die der Staat dem einen Drittel ermöglicht hat. Man kann das nur eine das für die Regierung geltende Gleichheitsgebot verletzende Sauerei nennen.

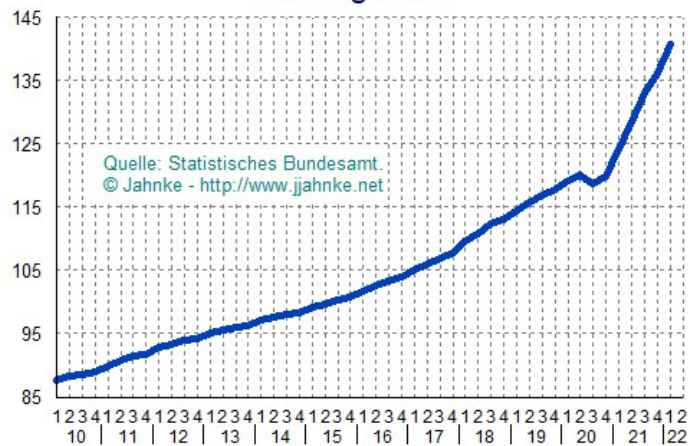
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



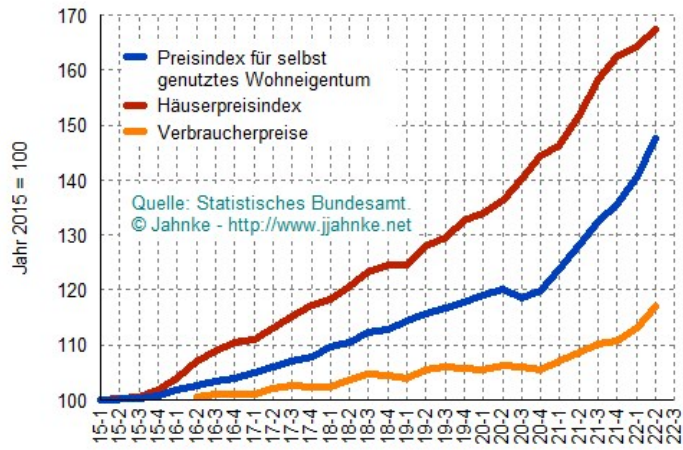
[per Mail verlinken](#)

Blog 143 19-10-22: Die immobile Sauerei

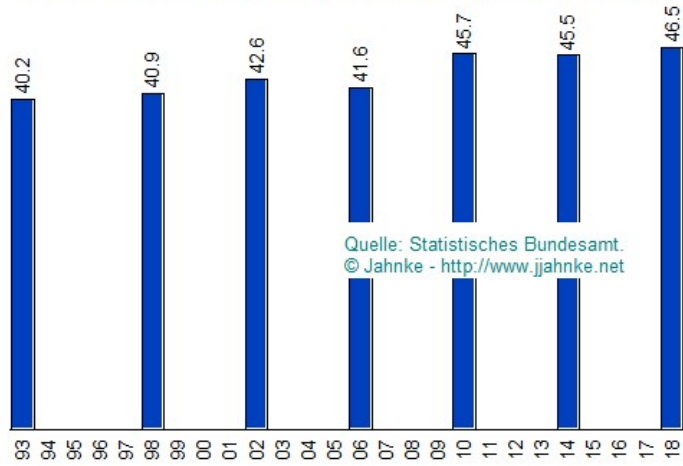
23462: Entwicklung der Preisindizes für selbst genutztes Wohneigentum



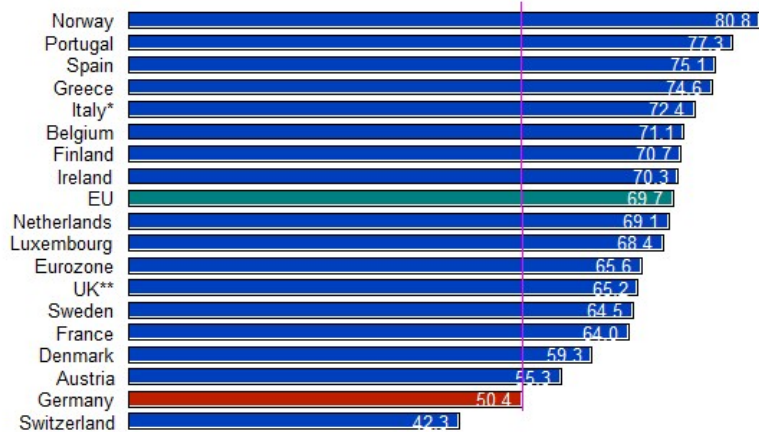
23502: Entwicklung von Immobilienpreisen



25548: Wohneigentumsquote Deutschland in %

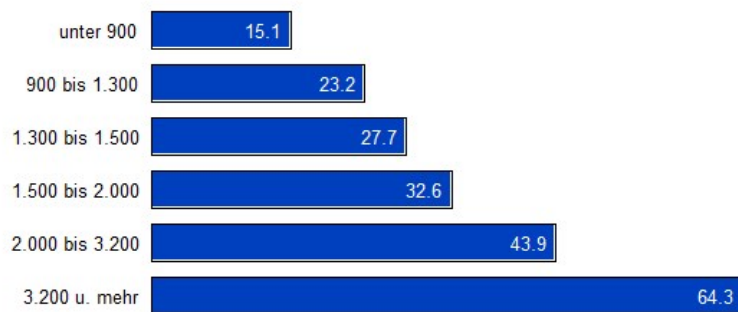


21363: Anteil der Haushalte mit Wohneigentum 2020 in %



Quelle: Eurostat, *) 2019, **) 2018. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

21142: Wohneigentumsquoten nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen 2018



Quelle: „Wohn-Radar“ zum Eigentum in Deutschland. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

Eine besonders wichtige Nahtstelle, an der unsere Gesellschaft zerreißt, ist das Eigentum an der Wohnung. Im zweiten Quartal 2022 lag der Preisindex für selbstgenutztes Wohneigentum um 31 % über dem Vorjahreswert (Abb. 23462, 23502). Das ist ein phantastischer Schutz vor der Inflation, die im selben Zeitraum bei 7,6 % lag. Wer die Wohnung sein Eigen nennen kann, hatte also von der Inflation wenig zu fürchten. Mieter hatten diesen Ausgleich nicht und mußten sogar mit Mietsteigerungen rechnen.

Doch die Wohneigentumsquote in Deutschland stagniert (Abb. 25548) und ist die niedrigste in der EU (Abb. 21363). Außerdem konzentriert sich das Wohneigentum bei den höheren Einkommensstufen (Abb. 21142). Die Bundesregierung tut viel zu wenig, um Wohneigentum zu fördern, auch sind die Transferkosten in Deutschland viel zu hoch.

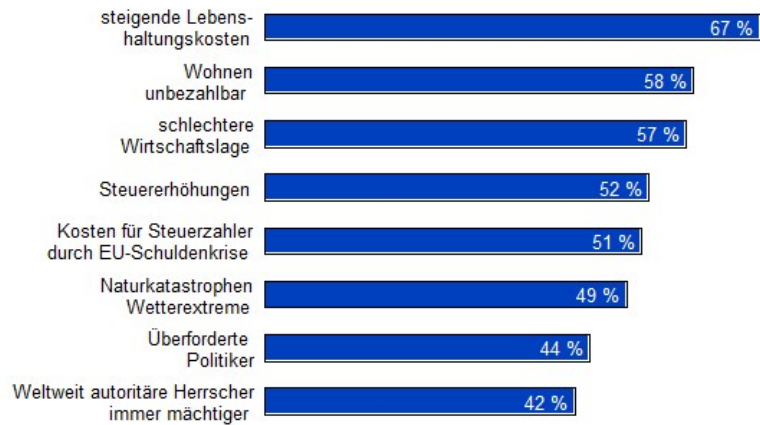
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

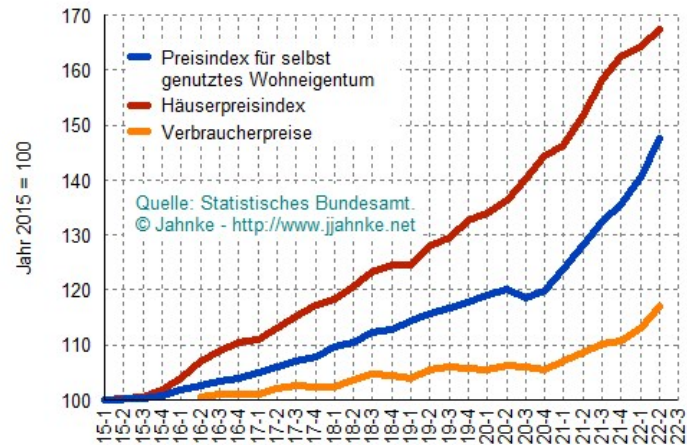
Blog 142 17-10-22: Der deutsche Angstpegel steigt

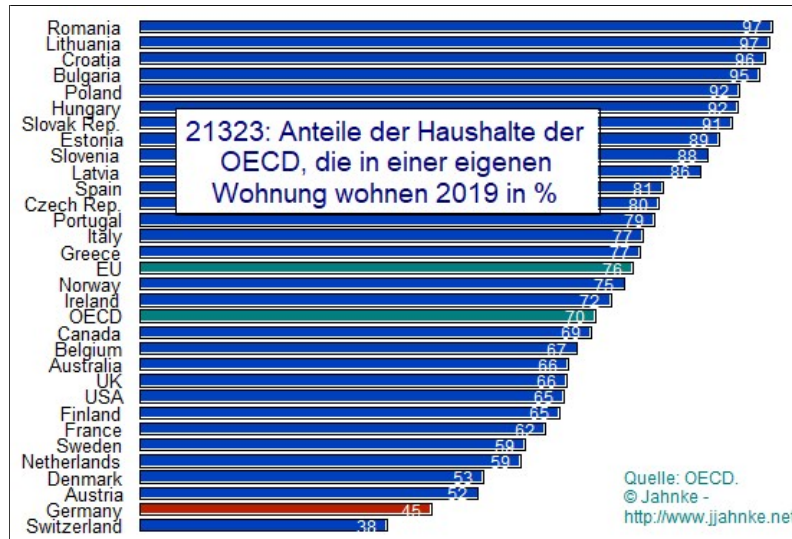
25547: Die größten Ängste der Deutschen 2022



Quelle: R+V-Studie. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

23502: Entwicklung von Immobilienpreisen





Die Deutschen haben derzeit vor allem Angst um ihr Geld. Das geht aus der Studie "Die Ängste der Deutschen" hervor, die am Donnerstag vorgestellt wurde. Themen rund um Geld und Wohlstand belegen die ersten fünf Plätze (Abb. 25547): Angst vor den steigenden Lebenshaltungskosten haben 67 Prozent, davor, daß das Wohnen unbezahlbar wird, 58 Prozent, ausserdem belegen die Angst vor einer schlechteren Wirtschaftslage und hohen Steuern Spitzenplätze. Die Studie wird jährlich schon seit über dreißig Jahren von der R + V Versicherung durchgeführt. Dafür wurden mehr als 2400 Menschen nach ihren grössten Sorgen rund um Politik, Wirtschaft, Umwelt, Familie und Gesundheit befragt. Danach blicken die Deutschen auch insgesamt sorgenvoller in die Zukunft. Der Angstindex - der Durchschnitt aller abgefragten Sorgen - steigt um 6 Prozentpunkte und erreicht mit 42 Prozent das höchste Niveau seit vier Jahren. Die Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten stieg um 17 Prozentpunkte besonders stark.

Die Angst der Deutschen um ihr Vermögen ist berechtigt. Denn der wirksamste Schutz gegen die hohe Inflation ist Wohneigentum, wo die Preise weit stärker steigen als die Inflationsrate, der Häuserpreisindex zum Beispiel seit 2015 fast dreimal stärker (Abb. 23502). Doch die Deutschen haben nur zu 45 % Wohneigentum, der kleinste Anteil aller OECD-Länder, von der Schweiz abgesehen (Abb. 21323). Deutschland ist damit das am stärksten inflationsgeschädigte Land in West-Europa.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



Blog 141 17-10-22: Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird - auch wenn sie keine ist





Alex Jones, der größte Verschwörungshetzer in Amerika

In ihrem Buch "Die vierte Gewalt - : Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird - auch wenn sie keine ist" beschreiben Richard David Precht und Harald Welzer die meinungsmachende Wirkung der Medien. Sie beschreiben es so: "Was Massenmedien berichten, weicht oft von den Ansichten und Eindrücken großer Teile der Bevölkerung ab - gerade, wenn es um brisante Geschehnisse geht. So entsteht häufig der Eindruck, die Massenmedien in Deutschland seien von der Regierung oder "dem Staat" manipuliert. Aber die heutige Selbstantgleichung der Medien hat mit einer gelenkten Manipulation nichts zu tun.

Die Massenmedien in Deutschland sind keine Vollzugsorgane staatlicher Meinungsmache. Sie sind die Vollzugsorgane ihrer eigenen Meinungsmache: mit immer stärkerem Hang zum Einseitigen, Simplifizierenden, Moralisierenden, Empörenden und Diffamierenden. Und sie bilden die ganz eigenen Echokammern einer Szene ab, die stets darauf blickt, was der jeweils andere gerade sagt oder schreibt, ängstlich darauf bedacht, bloß davon nicht abzuweichen. Diese Angst ist der bestmögliche Dünger für den Zerfall der Gesellschaft. Denn Maßlosigkeit und Einseitigkeit des Urteils zerstört den wohlmeinenden Streit, das demokratische Ringen um gute Lösungen.

Wie kann eine liberale Demokratie mit pluraler Medienlandschaft sich selbst so gefährden? Wie ist es in Deutschland, dem Land einer lange vorbildlichen Qualitätspresse und eines im internationalen Vergleich ebenso vorbildlichen öffentlich-rechtlichen Rundfunks dazu gekommen? Wie konnte und kann die Medienlandschaft durch die "vierte Gewalt" selbst unfreier werden? Und was bildet das veröffentlichte Meinungsbild ab, wenn es mit dem öffentlichen so wenig übereinstimmt? Wir müssen verstehen, wie unsere Demokratie nicht durch Willkür und Macht "von oben", sondern aus der Sphäre der Öffentlichkeit selbst unterspült wird - erst dann kann die "vierte Gewalt" ihrer Rolle wieder gerecht werden."

Es ist nicht nur ein deutsches Problem. In den Worten des bekannten Politikwissenschaftler Francis Fukuyama (Stanford University): "Die großen Internetplattformen werden immer mehr zu Schiedsrichtern des demokratischen Diskurses. Das ist eine Funktion, für die sie weder die Kapazität noch die Legitimität haben. Früher bezog man seine Informationen aus einer begrenzten Anzahl von Fernsehsendern und Zeitungen. Aber mit dem Aufkommen des Internets kann jeder alles sagen. Wenn Sie heute nach der Sicherheit von Impfstoffen Googlen oder nach dem Gewinner der letzten Wahlen in den Vereinigten Staaten, werden Sie Tausende von Websites finden, die Ihnen etwas sagen, das nicht wahr ist. Damit ist die empirische Grundlage dafür, daß Bürger über diese Öffentlichkeit debattieren können, unterminiert. Die Tech-Konzerne wurden nicht dazu geschaffen, die Hüter des demokratischen Diskurses zu sein, und dennoch sollen sie diese Rolle spielen.

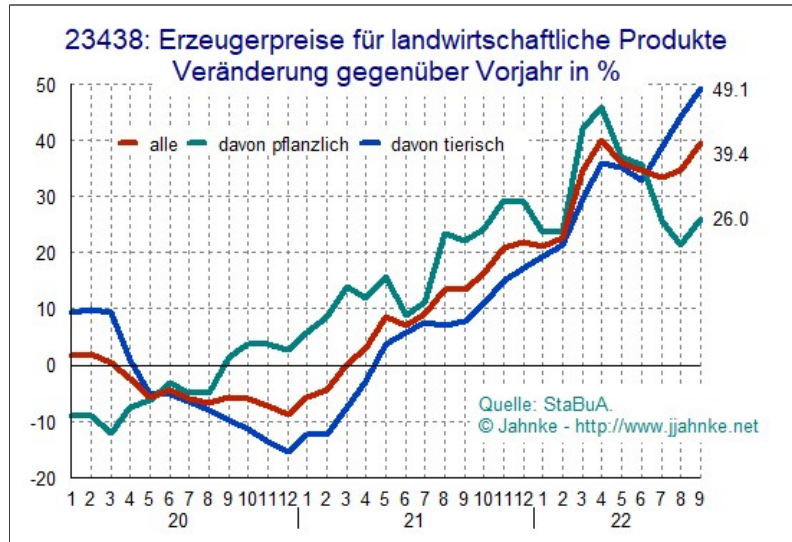
Und unter diesen Webseiten sind vor allem die mit Verschwörungstheorien, wie die von Alex Jones mit seiner Webseite "Infowars" <https://www.infowars.com/>, der größte Verschwörungshetzer in Amerika. Der hat den Massenmord an der Grundschule von Sandy Hook, bei dem zwanzig Kinder und sieben Erwachsene 2012 im Kugelhagel gestorben waren, als erfunden bezeichnet. Man habe das Ganze bloß aufgeführt, um Amerikanern ihr Recht auf Waffen streitig zu machen. Seine Fans verfolgten die Familien der getöteten Kinder im Internet mit Hass. Nun soll er 965 Millionen Dollar Strafe zahlen. Darüber macht er sich aber nur lustig. Bereits vierundzwanzig Stunden nach dem Urteil verzeichnete der "Alex Jones Legal Fund" mehr als 200.000 Dollar an Spenden. Und durch den Verkauf vermeintlicher Covid-Heilmittel, Überlebens-Ausrüstungen und Spenden von Fans soll Jones im vergangenen Jahr 64 Millionen Dollar umgesetzt haben.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 140 15-10-22: Die Inflation bei landwirtschaftlichen Produkten hält sich über 30 %



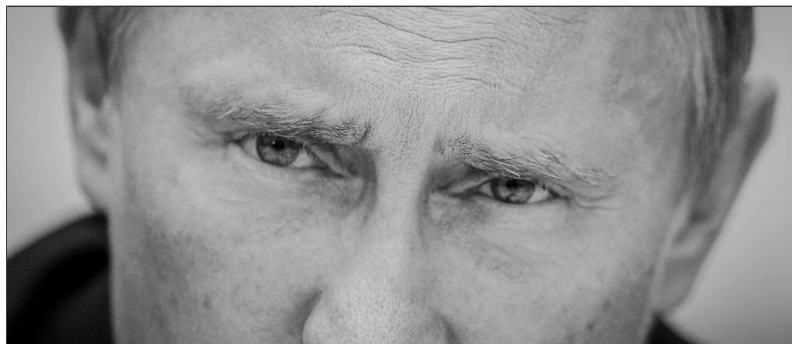
Im August betrug die Inflationsrate bei landwirtschaftlichen Produkten auf der Erzeugerstufe 34,5 % (Abb. 23438). Sie liegt nun schon seit April in dieser Höhe. Bei tierischen Produkten sind es sogar 44,1 %. Das ist ein Haupttreiber der allgemeinen Inflationsrate, die inzwischen mit 10 % zweistellig geworden ist. Für ärmere Bevölkerungsteile, in deren Einkaufskorb Nahrungsmittel schwer wiegen, ist das eine enorme Belastung, für die es kein Entlastungspaket gibt.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 139 15-10-22: Die Augen eines Raubtiers



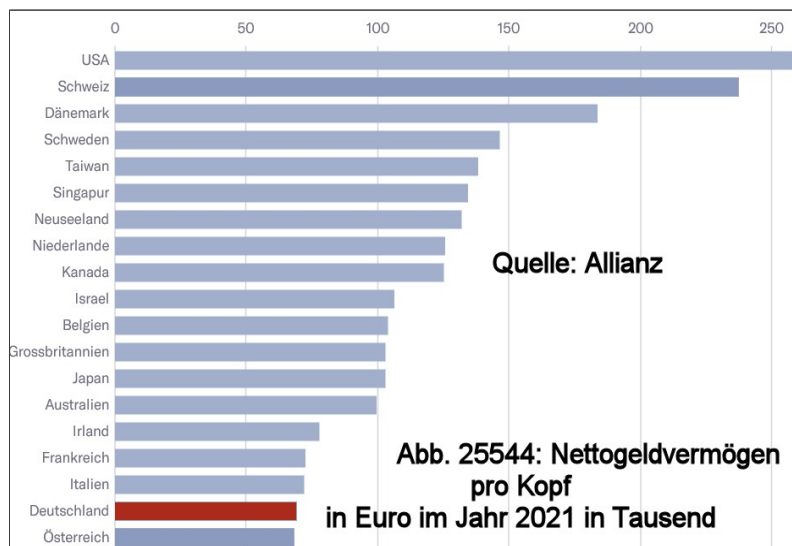
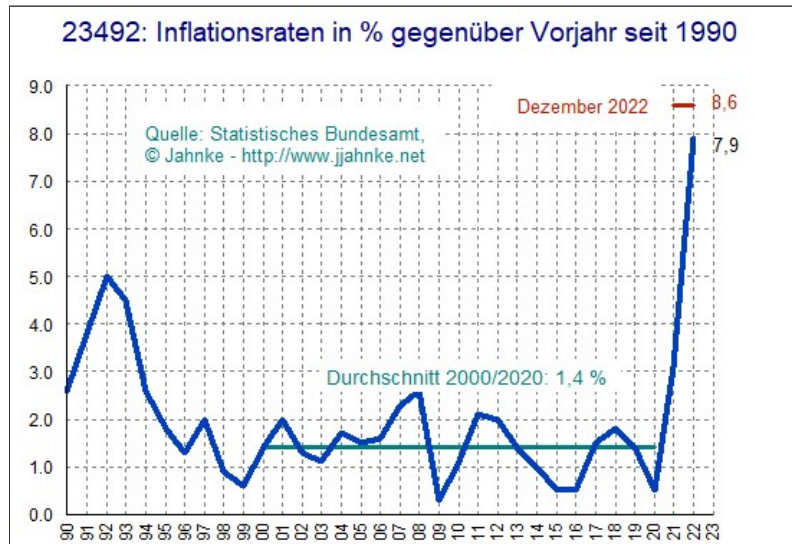
Man muß Putins Augen sehen, um seinen Charakter zu erkennen. Es sind die Augen eines Menschen, der sich um Menschenleben nicht kümmert (außer sein eigenes) und dessen brutales menschenverachtendes Verhalten in der Ukraine diesen Augen entspricht.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

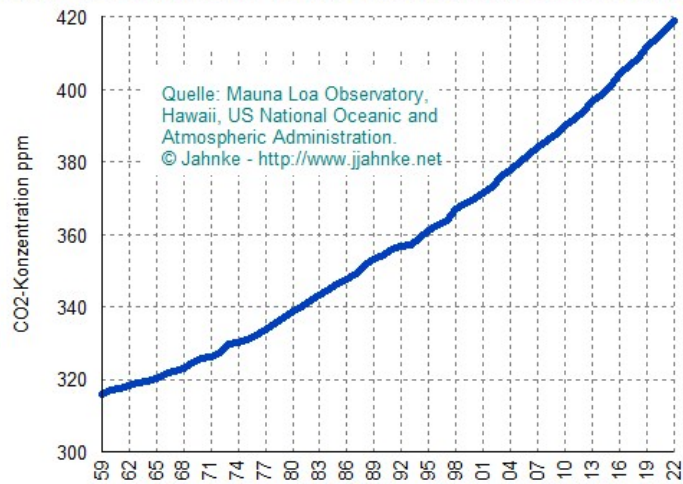


[per Mail verlinken](#)

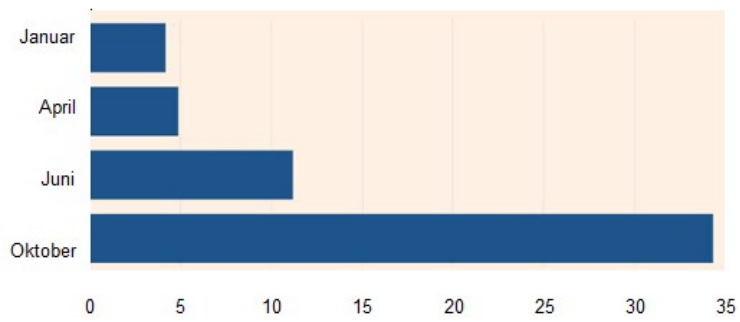
Blog 137 14-10-22: Seuche, Inflation, Krieg und Klima schütteln unsere Welt



23511: Atmosphärische CO2-Konzentration bis Oktober 2022

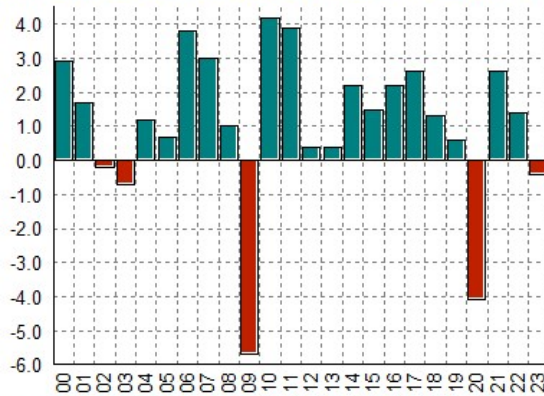


25545: Länder in Rezession 2022 als Anteil an der globalen Wirtschaftsleistung in %



Quelle: IWF. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

20789: Reale Veränderung der deutschen Wirtschaftsleistung gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Statistisches Bundesamt, Prognose 2022/23 Gemeinschaftsdiagnose der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute . © Jahnke- - <http://www.jjahnke.net>

Wir leben in einer schlimmen Zeit, der wohl schlimmsten seit dem Zweiten Weltkrieg. Nie hat es so viele erdrückende Krisen gleichzeitig gegeben: Seuche, Inflation, Krieg und Klima. Jede einzelne wäre schon schlimm genug. Zum ersten Mal gab es seit der Spanischen Grippe, die dem Ersten Weltkrieg folgte, mit Covid-19 wieder eine Seuche, die ihre Opfer in Millionenzahl suchte (weltweit fast 7 Mio.). Zum ersten Mal wieder haben wir eine zweistellige Hyper-Inflation (Abb. 23492), die es bei uns seit den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts nicht mehr gab und die nun die sonst immer steigenden Vermögen schmelzen lässt, bei denen die Deutschen ohnehin nur zur Unterklasse der entwickelten Industrieländer gehören (Abb. 25544). Zum ersten Mal wieder wird in der Mitte Europas ein blutiger Krieg geführt, in dem auch mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht wird. Parallel dazu braut sich eine Klimakrise mit Hitzewellen, Trockenheit und schweren Stürmen zusammen, die nur eine Richtung, nämlich zum Schlimmeren, kennt (Abb. 23511). Ein Drittel der globalen Wirtschaft ist schon in Rezession oder wird es bald sein (Abb. 25545), auch Deutschland nach eigener Einschätzung der Bundesregierung und der Forschungsinstitute im kommenden Jahr (Abb. 20789).

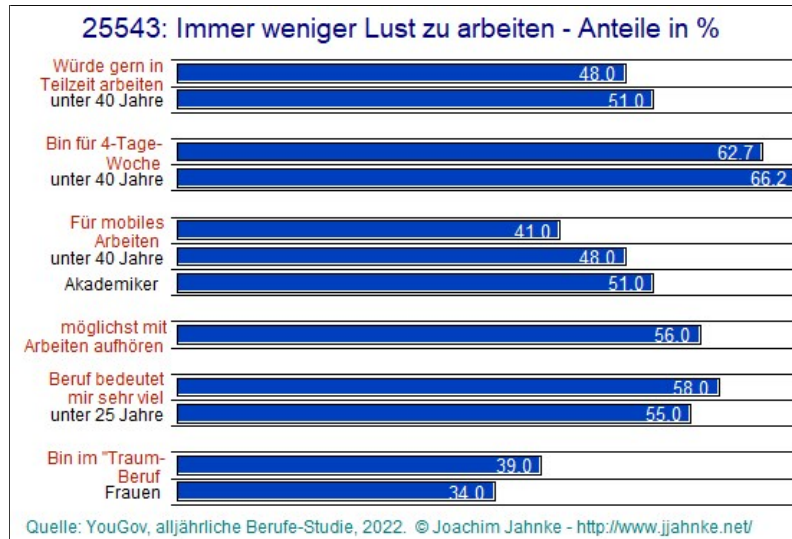
Gleichzeitig wackeln weltweit die demokratischen Strukturen, soweit sie noch vorhanden sind. Ein deutlich nationalistischer Rechtsruck geht durch sehr viele Gesellschaften, die Sehnsucht nach starken Führungsfiguren, was auch mit den Krisen zu erklären ist. Außerdem werden die großen Internetplattformen immer mehr zu Schiedsrichtern des demokratischen Diskurses. In den Worten des bekannten Politikwissenschaftler Francis Fukuyama (Stanford University): Das ist eine Funktion, für die sie weder die Kapazität noch die Legitimität haben. Früher bezog man seine Informationen aus einer begrenzten Anzahl von Fernsehsendern und Zeitungen. Aber mit dem Aufkommen des Internets kann jeder alles sagen. Wenn Sie heute nach der Sicherheit von Impfstoffen googlen oder nach dem Gewinner der letzten Wahlen in den Vereinigten Staaten, werden Sie Tausende von Websites finden, die Ihnen etwas sagen, das nicht wahr ist. Damit ist die empirische Grundlage dafür, daß Bürger über diese Öffentlichkeit debattieren können, unterminiert. Die Tech-Konzerne wurden nicht dazu geschaffen, die Hüter des demokratischen Diskurses zu sein, und dennoch sollen sie diese Rolle spielen.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 136 13-10-22: Work-Life-Balance: Die Deutschen haben immer weniger Lust zu arbeiten



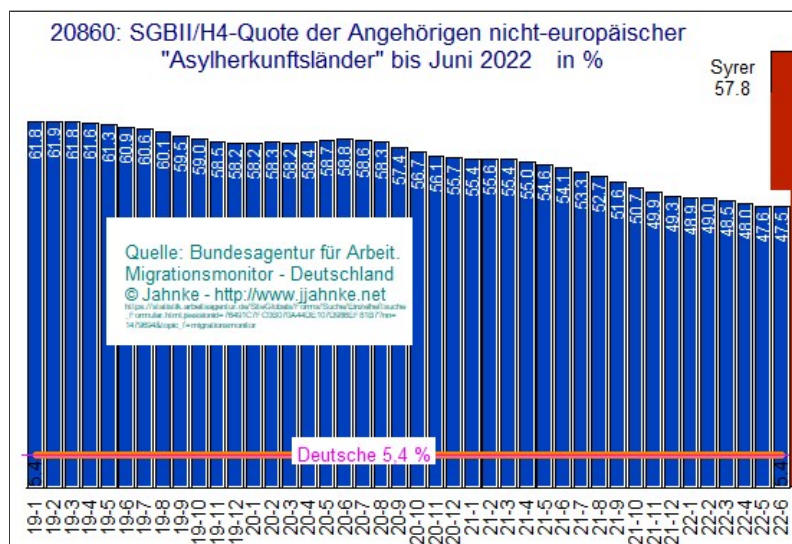
Der Arbeitsstreß hat in Deutschland über die letzten Jahrzehnte immer mehr zugenommen. Überstunden sowie Arbeit an Wochenenden wurden häufiger. Nach einer neuen Umfrage von YouGov vergeht jetzt immer mehr Menschen die Lust am Arbeiten (Abb. 25543). Knapp die Hälfte der Arbeitnehmer (48 %) würde demnach in Teilzeit wechseln, wenn ihr Arbeitgeber das erlaubte. Und 56 % erklärten, daß sie schnellstmöglich die Arbeit an den Nagel hängen würden, wenn sie finanziell nicht auf den Job angewiesen seien. Die Bindung an die Arbeit nimmt der Umfrage zufolge vor allem bei jungen Arbeitnehmern ab.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

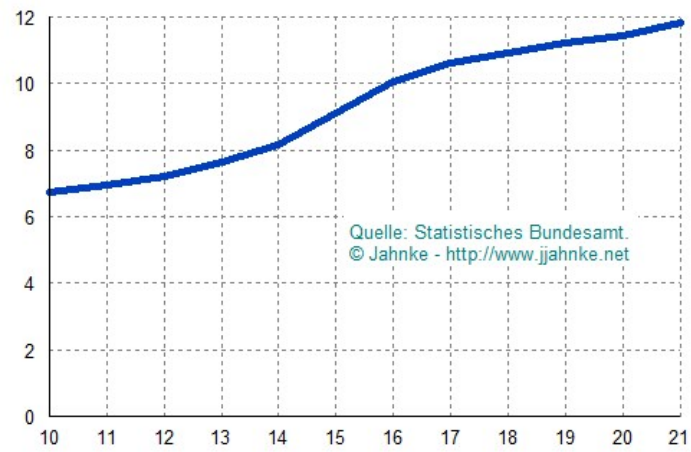


[per Mail verlinken](#)

Blog 135 12-10-22: Immigration: Wiederholt sich 2015?



25541: Zahl der Ausländer in Deutschland in Mio.



25542: Entwicklung der Ausländer in Deutschland

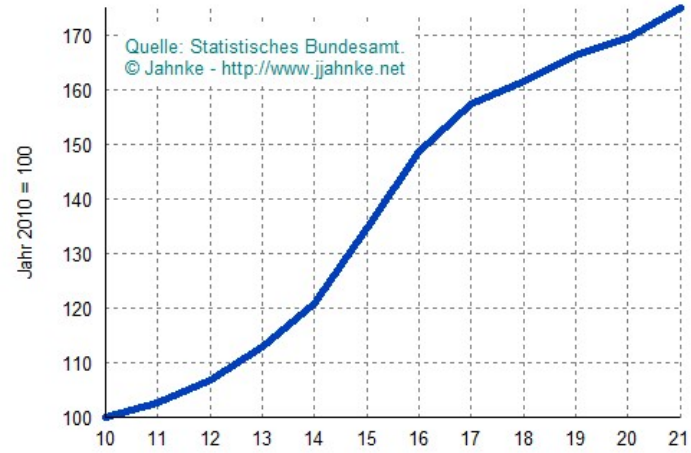
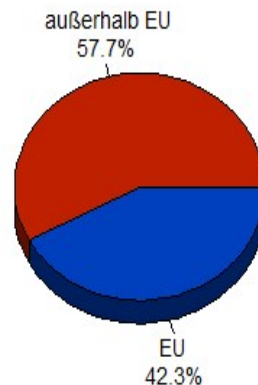


Abb. 25546: Ausländer in Deutschland 2021



2015 ist mit der Migrationskrise in unser Gedächtnis eingegraben, wie auch das verlogene Merkel'sche "Wir schaffen das!". Der deutsche Sozialhaushalt leidet noch immer darunter. Denn noch immer leben fast die Hälfte der Zuwanderer aus sogenannten "Asylherkunftsländern" von öffentlichen Leistungen, darunter 58 % der seinerzeit als Facharbeitersatz heiß angepriesenen Syrer (Abb. 20860).

Doch nun wächst wieder der Zustrom aus den klassischen Herkunftsländern im Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika. Bis Ende August haben die Behörden rund 115.000 Erstanträge registriert, ein Anstieg von über 35 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Daneben wurden zwischen Ende Februar und dem 3. Oktober 2022 bereits mehr als eine Million (1.002.763) Geflüchtete aus der Ukraine im Ausländerzentralregister registriert. Einen Tag nach Kriegsbeginn Ende Februar hatte der Europäische Rat zum ersten Mal in seiner Geschichte die sogenannte Massenzustrom-Richtlinie für ukrainische Kriegsflüchtlinge aktiviert. Ukrainerinnen und Ukrainer müssen so in keinem EU-Staat mehr Asyl beantragen, haben Anspruch auf Sozialleistungen, können arbeiten gehen und sich in der EU frei bewegen. Hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in den vergangenen Jahren jeden Asylantrag einzeln prüfen und gegebenenfalls vor Gericht rechtfertigen müssen, fällt all diese administrative Arbeit im Fall der Ukrainer nun weg - eine riesige Erleichterung für Behörden und Justiz.

Damit wurde ein starker Sog in Richtung Deutschland geschaffen. So weisen Migrationsforscher auf die ungleiche Verteilung der ukrainischen Geflüchteten in Europa hin: Die Hauptlast trügen die Anrainerstaaten Polen, die Slowakei und Moldau; auch Deutschland habe einen großen Anteil der Menschen aufgenommen. Andere finanzstarke europäische Staaten wie Frankreich und Italien hingegen lägen weit unter dem europäischen Aufnahme-Durchschnitt.

Mit 53 % lebte nach den letzten Zahlen vom Juli 2022 die Mehrzahl der Ukrainer von deutschen Sozialleistungen. Nur 18 % hatten eine Beschäftigung (einschließlich geringfügiger) gefunden. Die Quote der arbeitslos gemeldeten Ukrainer stieg auf rund 60 %.

Daß gerade die Erstaufnahmeeinrichtungen derzeit so voll belegt sind, liegt auch daran, dass sich die Zentren in den vergangenen Jahren nie vollständig geleert haben: Menschen, deren Asylanträge zwar abgelehnt wurden, die aber in Deutschland geduldet sind, leben ebenso hier wie manche der 40.000 in Griechenland anerkannten Asylbewerber, die seit 2020 illegal nach Deutschland gekommen sind, die aber laut deutscher Rechtsprechung nicht wieder dorthin abgeschoben werden dürfen. Hinzu kommen nun auch ukrainische Geflüchtete, die bislang nicht auf die Kommunen verteilt werden konnten, sowie die neu eingetroffenen Asylbewerber aus Syrien und Afghanistan.

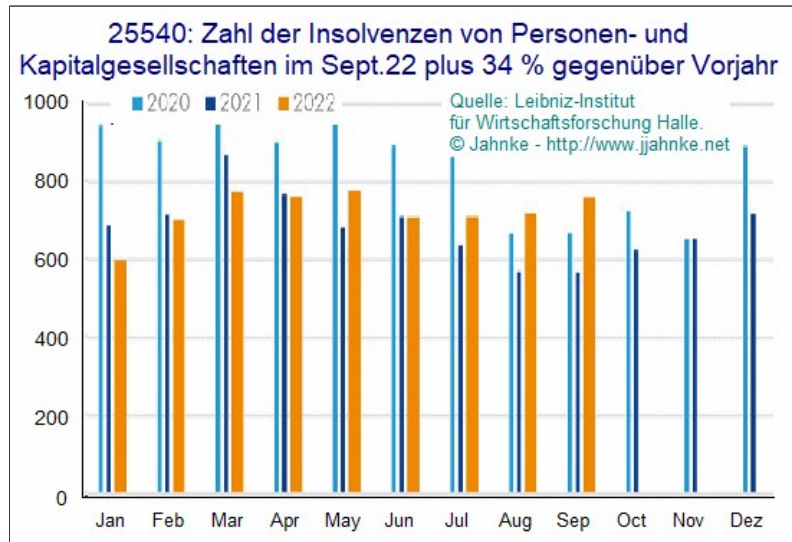
Die Gesamtzahl der Ausländer in Deutschland hat sich seit 2010 auf 12 Mio. nahezu verdoppelt (Abb. 25541, 25542). Jeder Siebente ist jetzt ein Ausländer, und jedes Jahr werden es - auch ohne die Ukrainer - etwa 400.000 mehr. Fast 60 % kommen von außerhalb der EU (Abb. 25546).

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 134 11-10-22: IWH-Insolvenztrend: Die Insolvenzwelle rollt



Die Zahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften liegt im September 34 % über dem Vorjahreswert, zeigt die aktuelle Analyse des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH, Abb. 25540). Für den Herbst ist mit weiter zunehmenden Insolvenzzahlen zu rechnen. Verantwortlich dafür sind den Angaben nach neben der sich eintrübenden konjunkturellen Lage in erster Linie stark steigende Preise bei wichtigen Produktionsfaktoren.

Wegen explodierender Energiekosten haben die Warnungen aus Politik und Wirtschaft vor einer Pleitewelle zuletzt zugenommen. Dem Industrieverband BDI zufolge ist dies für 58 % der Betriebe eine starke Herausforderung, für 34 % geht es um die Existenz. Auch im Handwerk spitzt sich die wirtschaftliche Lage laut dem Branchenverband ZDH dramatisch zu. "Im Handwerk rollt auf uns wegen der Energiekrise eine Insolvenzwelle zu", sagte ZDH-Präsident Hans Peter Wollseifer.

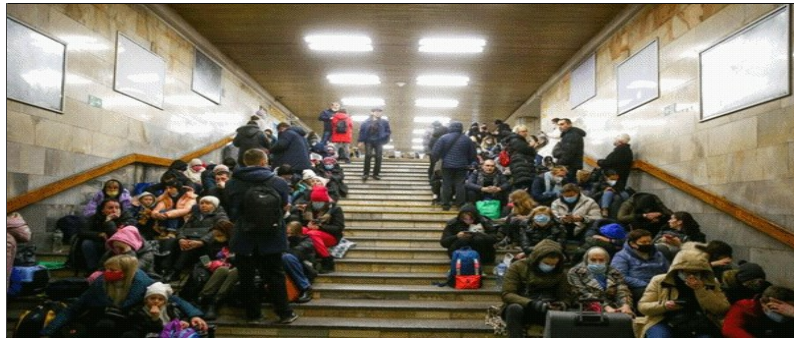
Die Folgen der Krise bekommt vor allem die FDP zu spüren, die sich mit Lindner (Abb.) immer wieder gegen Hilfsprogramme gestellt hat.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 136 12-10-22: Die Ukraine braucht Raketen, um Rußland anzugreifen und Putin für dessen brutale Angriffe heimzuzahlen



Putins menschenverachtend brutaler Raketenkrieg gegen die Zivilbevölkerung in der Ukraine wird immer unerträglicher auch für die, die hier im friedlichen Deutschland nicht direkt betroffen sind. Es wird Zeit, die Ukraine mit Raketen auszurüsten, mit denen sie auch ihrerseits massiv Ziele in Rußland angreifen kann. Das ist wahrscheinlich noch die einzige Sprache, die der Diktator im Kreml versteht. Die Ukraine wird den russischen Angriff sonst nicht lange aushalten können, und wenn dort Putin siegen sollte, wofür er nicht einmal Atomwaffen brauchen wird, hat er schon weitere Ziele vorbereitet, die er dann angreifen wird. Unsere Friedensliebe in Ehren, aber sie wird uns nicht weiterhelfen. Und die in Königsberg stationierten russischen Iskander-Raketen können atomar bestückt werden und mit 6-facher Schallgeschwindigkeit in vier Minuten Berlin erreichen.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Extra-Blog 133 08-10-22: China kauft sich einen Teil der UN für seine Unterdrückung der Uiguren



Ein huldvoller Führer der Kommunistischen Partei Chinas und eine sich tief verneigende Bundeskanzlerin

Die scheidende Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, hat einen Bericht veröffentlicht, in dem sie zu dem Schluß kommt, daß die willkürliche Inhaftierung von Uiguren und anderen Muslimen in Xinjiang "schwere Menschenrechtsverletzungen" darstellt. Hunderttausende Uiguren werden in der Region Xinjiang in Lagern und Gefängnissen weggesperrt, ihre Kinder wachsen in Waisenhäusern auf. Der chinesische Staat drangsaliert die muslimische Minderheit mit Zwangsarbeit und Geburtenkontrolle.

Nun hat Peking eine Mehrheit in der UN organisiert, die eine Xinjiang-Debatte im Uno-Menschenrechtsrat ablehnte. 17 Mitglieder des Rates, darunter Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten stimmten für den Antrag, doch 19 Länder votierten dagegen und elf Staaten enthielten sich. Der diplomatische Sieg ist für China eine Machtdemonstration. Auch viele Staaten der islamischen Welt haben China unterstützt: Die Golfstaaten Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate, genauso wie Indonesien, Pakistan, der Senegal, der Sudan sowie die zentralasiatischen Staaten Kasachstan und Usbekistan, obwohl mit den Uiguren in Xinjiang ausgerechnet eine muslimische Minderheit terrorisiert wird.

Die Abhängigkeit vieler Staaten von China ist eindeutig. Der alte Westen, darunter in vorderster Linie Deutschland, hat China mit offenen Märkten, technologischen und finanziellen Transfers und Duldung von Dumping groß werden lassen. Merkel ist fast jedes Jahr mit Wirtschaftsbossen nach China gereist. Nun werden auch im Fall der unterdrückten Uiguren die Folgen deutlich. Die chinesische Diktatur unter ihrem lebenslänglichen Führer kann sich brutal durchsetzen.

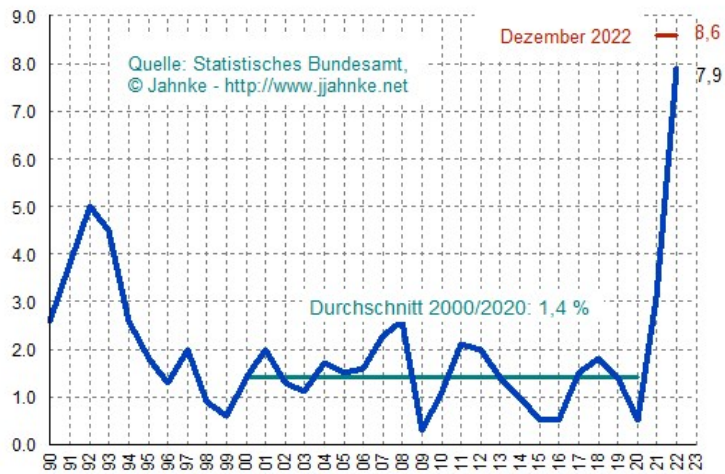
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



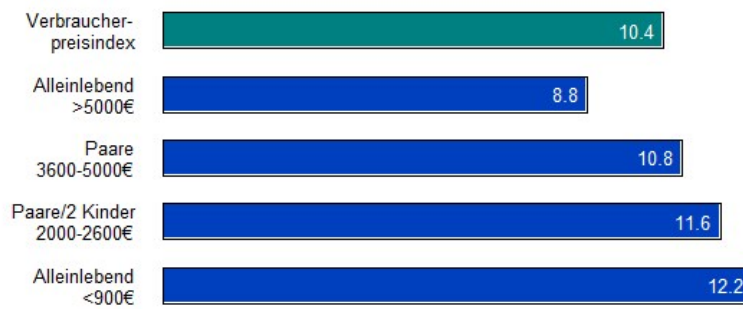
[per Mail verlinken](#)

Extra-Blog 132 07-10-22: Die Inflation ist hoch, und nicht jeden trifft sie gleich

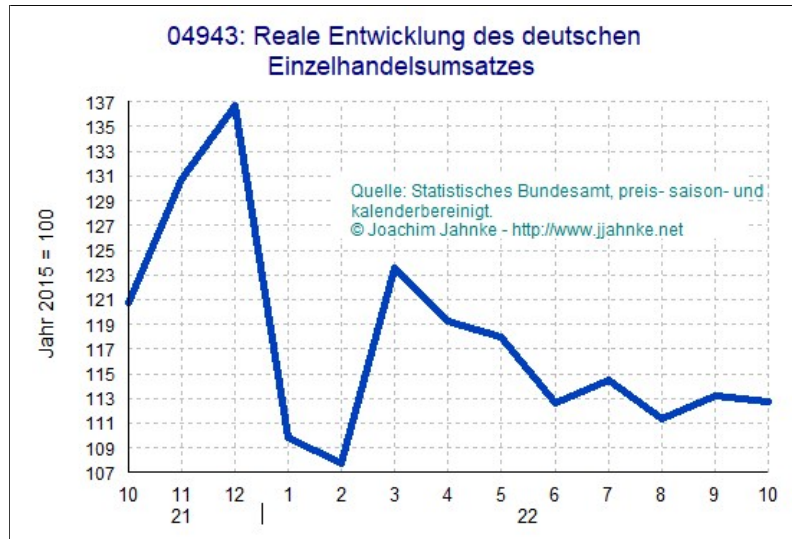
23492: Inflationsraten in % gegenüber Vorjahr seit 1990



25538: Haushaltsspezifische Inflationsraten nach Einkommensgruppen in % Oktober 2022



Quelle: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung. © Joachim Jahnke - <http://www.jahnke.net/>



Die Inflation ist bereits zweistellig hoch (Abb. 23492), und nicht jeden trifft es gleich. Denn die Inflationsrate basiert auf einem durchschnittlichen Warenkorb, von dem der Konsum eines jeden Einzelnen abweicht. Der größte Teil des Einkommens entfällt üblicherweise auf das Wohnen. Lebensmittel, Energie und Kraftstoffe machen meist einen geringeren Anteil aus. Die Preise sind in diesen Kategorien in den vergangenen Monaten aber so stark gestiegen, dass sie am stärksten zur individuellen Inflation beitragen. Wie hoch die Preissteigerungen für verschiedene Haushalte sind, damit beschäftigt sich das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung. Jeden Monat veröffentlichen es einen Inflationsmonitor und zeigt detailliert auf, wie hoch die Inflationsraten für unterschiedliche Personentypen wie etwa Familien oder Alleinstehende sind. Die so errechneten spezifischen Inflationsraten reichen für August 2022 von 6,7 % bis 9,3 %, wobei die kleineren Einkommen höher inflationsbelastet sind (Abb. 25538). Hilfen, die die Bundesregierung unspezifisch mit der Gießkanne für alle gleich verteilt, sind daher äußerst ungerecht.

Kein Wunder auch, daß unter diesen Umständen der Einzelhandelsumsatz erheblich einbricht (Abb. 04943).

Auch zeigt sich unter dem Druck der Inflation, daß die Zustimmung zu den Sanktionen gegen Rußland brüchig werden kann. Gestellt wurde vom Meinungsforschungsinstituts Allensbach die Frage: "Sollte man Russland gegenüber hart bleiben, auch wenn das bedeutet, dass die Preise in Deutschland weiter steigen und wir uns einschränken müssen, oder finden Sie, bevor die Preise bei uns noch weiter steigen und wir uns einschränken müssen, muss man mit Russland verhandeln und unter Umständen auch Zugeständnisse machen?" Nur noch eine Minderheit von 40 % ist bereit, wirtschaftliche Nachteile in Kauf zu nehmen, 36 % vertreten die Gegenposition.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 131 05-10-22: Abschied vom Blog des Infoportals



Liebe Leser/innen meines bisherigen Blogs,

Nachdem Ihre Zahl trotz meiner Bitten leider nicht weiter zugenommen hat, ist der Blog nach 130 Einträgen nun definitiv eingestellt. Die letzten Beiträge werden noch für einige Zeit im Netz stehen bleiben, bis sie auch dort gelöscht sein werden. Dauerhaft verfügbar werden meine zahlreichen Bücher bleiben, die teilweise auch als E-Bücher zu haben sind.

Ich bedanke mich bei allen von Ihnen, die Sie an meiner Arbeit interessiert waren. Es tut mir leid, Sie nun im Stich zu lassen. Das ist auch für mich umso bedauerlicher, als meines Wissens im deutschen Netz kein anderer Anbieter mit seriösen und grafisch verständlich gemachten regelmäßigen Beiträgen zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes unterwegs ist. Es ist auch für mich unbefriedigend, weil gerade jetzt unser Land in einer Ansammlung an schweren und schwersten Krisen steckt, die nach Aufarbeitung verlangen.

Für mich endet so im Alter von 83 Jahren eine Tätigkeit, die ich 2005 - also vor mehr als 17 Jahren - mit ersten regelmäßigen Rundbriefen und einer eigenen Webseite begonnen habe. Ich konnte dabei auf ausgeprägte Erfahrungen in einer Leitungsfunktion des Bundeswirtschaftsministeriums und später für viele Jahre als Vizepräsident im Vorstand einer internationalen Entwicklungsbank in London und einem Leben zwischen Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Irland aufbauen. Parteilich war ich ungebunden und finanziell unabhängig. Die unglückliche Entwicklung Deutschlands weg von der einst so erfolgreichen Sozialen Marktwirtschaft zu einem immer mehr einseitig vom Kapital gesteuerten Wirtschaftssystem war immer eine starke Treibkraft hinter meiner Tätigkeit.

Leben Sie wohl!

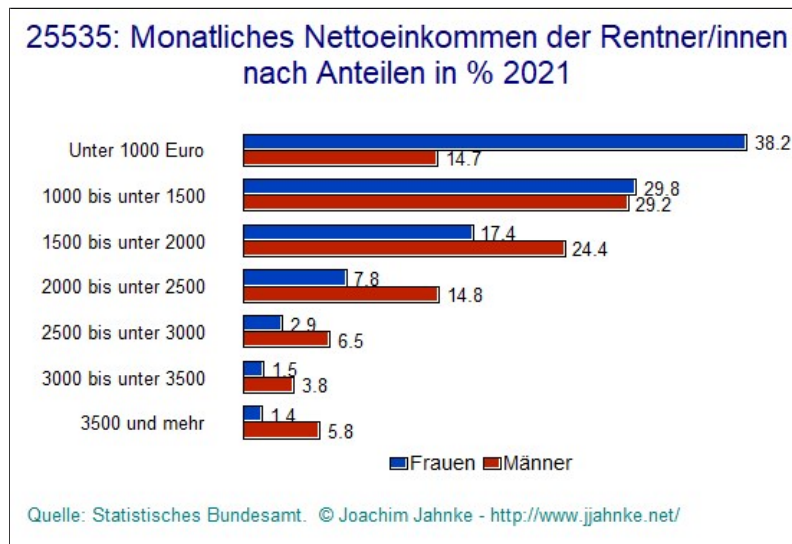
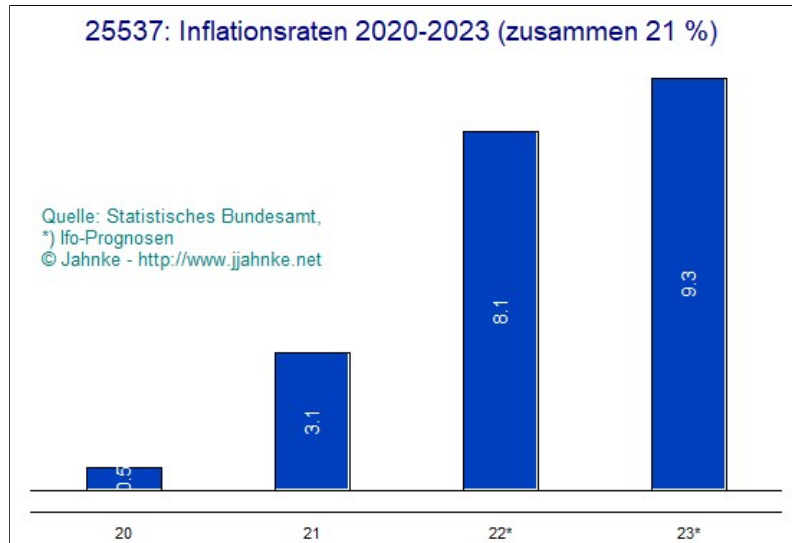
Joachim Jahnke

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 130 03-10-22: Wer sein Geld zinslos halten muß, verliert durch Inflation in den Jahren 2020/23 schon mehr als ein Fünftel seines Kapitals



Die Inflation frißt sich immer tiefer in das Sparkapital der Deutschen. Wer es - wie die meisten Menschen hier - zinslos halten muß, verliert nach den Prognosen des Ifo-Instituts in den vier Jahren 2020/23 durch die Entwicklung der Verbraucherpreise schon mehr als ein Fünftel seines Kapitals (Abb. 25537). Noch weit höher ist die Inflationsrate für Nahrungsmittel. Wer bei kleinem Einkommen einen großen Teil auf Nahrungsmittel ausgeben muß, verliert noch viel mehr.

Besonders schlecht sind die Rentnerinnen dran. Im Jahr 2021 hatten 5 Mio. Rentnerinnen und Rentner ein persönliches monatliches Nettoeinkommen von unter 1000 Euro. Das entspricht einem Anteil von 27,8 % der Rentenbeziehenden. Bei Frauen liegt dieser Anteil deutlich höher: 38,2 % der Rentnerinnen hatten ein Nettoeinkommen von unter 1000 Euro, dagegen nur 14,7 % der Rentner (Abb. 25535).

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 129 02-10-22: Die EU-Sanktionen gegen Putins mordendes Rußland sind lächerlich unzureichend und werden von der Türkei umgangen



Bei einem Raketenangriff auf einen zivilen Fahrzeugkonvoi in der Stadt Saporischschja in der Ostukraine sind nach ukrainischen Angaben mindestens 23 Zivilisten getötet worden. Der Konvoi wurde beschossen, als er die Stadt verlassen wollte. Nach ukrainischen Angaben waren die Fahrzeuge auf dem Weg in das von russischen Truppen besetzte Gebiet, um Hilfsgüter zu liefern und Angehörige abzuholen.



Überlebende des russischen Angriffs auf einen Evakuierungskonvoi werden psychologisch betreut.



Orthodoxer Geistlicher sagt ein Gebet auf für die mehr als 400 Toten, die in Isjum nach der Befreiung entdeckt wurden

Manchmal ist die Politik des Westens gegen Putin schwer zu verstehen. Während Putin einen grausamen Krieg in der Ukraine führt, sich dort ganze Provinzen räuberisch aneignet und immer wieder den Einsatz von Atomwaffen als Möglichkeit andeutet, hat die EU bisher nur sehr zaghafte Sanktionen gegen Russland erlassen. Zuletzt wurde die Einreise von Russen in die EU erschwert, indem die bisherige Vorzugsbehandlung aufgehoben wurde, und selbst das nur gegen deutschen Widerstand. Ein paar Yachten russischer Oligarchen wurden beschlagnahmt.

Ansonsten betreffen alle Sanktionen auf der Ausfuhrseite nach Russland bisher nur 24,8 Mrd. EUR an Warenwerten. Das entspricht lediglich 28 % der EU-Ausfuhren von vor der Invasion (wahrscheinlich ist auch hier die Bundesregierung auf der Bremserseite). Zu den Sanktionen gehört die Verschärfung der bestehenden Ausfuhrbeschränkungen für Güter mit doppeltem Verwendungszweck, um sensible Sektoren der russischen Rüstungsindustrie zu treffen und den Zugriff auf modernste Technologien einzuschränken. Daneben richtet sich ein EU-Ausfuhrverbot für Luxusgüter gegen russische Eliten, als wenn die nicht andere Wege hätten, an solche Güter zu kommen.

Außerdem sieht die EU zu, wie sich das Nato-Land Türkei zur Umgehung der Sanktionen in Stellung bringt. "Was Russland nun wegen der vom Westen verhängten Sanktionen nicht mehr von Deutschland, Italien und Frankreich kaufen kann, kaufen sie nun von uns", sagte Çetin Tecdelioğlu vom Istanbuler Metallexportverband. Viele europäische Firmen hätten bereits Pläne, in Zukunft ihre Produkte via Türkei nach Russland zu verschiffen. Es geht darum, die Türkei als Lagerhaus und Brücke Russlands zu etablieren. Das bietet türkischen Firmen eine historische Gelegenheit".

Was die EU bisher an Gegenmaßnahmen anbietet, ist schlicht lächerlich verglichen mit den enormen Schäden an Menschenleben und Sachwerten, die Putin bisher in der Ukraine angerichtet hat und noch anrichtet. Für einen brutalen Mörder und sein ihm folgendes Land ist das eine total unangemessene Luxusbehandlung.

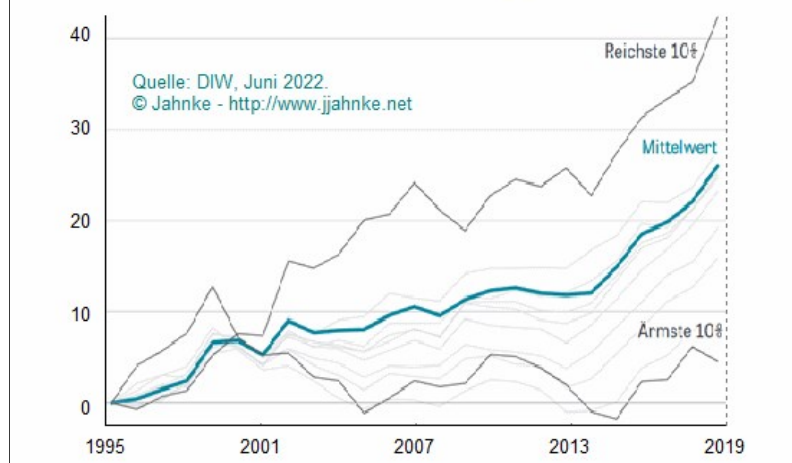
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 128 03-09-20: Ungleichheit bei Einkommen: Die soziale Spaltung eskaliert

25536: Die Einkommensschere geht auseinander



Der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Prof. Fratzscher sorgt sich in einem neuen Kommentar in der "ZEIT" zurecht wegen der fortschreitenden sozialen Spaltung Deutschlands:

"Die Sorgen um die soziale Polarisierung unserer Gesellschaft wachsen. Die zunehmende Ungleichheit bei Bildungschancen und Gesundheit in der Pandemie, die fehlende Generationengerechtigkeit beim Klimaschutz und nun eine hohe Inflation könnten einen immer größeren Keil in die Gesellschaft treiben."

"Von der hohen Inflation und dem Verlust der Kaufkraft sind vor allem Menschen mit geringem Einkommen betroffen. Bei der Analyse, wie sich die Einkommen in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt haben - und auch die Ungleichheit der Einkommen in Krisenzeiten - zeigt sich ein eindeutiges Bild: Krisen verschärfen die Ungleichheit der Einkommen meist weiter. Eine im Juni am DIW Berlin erschienene Studie zeigt eine sehr gesplattene und eher ernüchternde Entwicklung der Einkommen in Deutschland seit 1995 (Abb.25536). Die realen Einkommen der Menschen, die zu den unteren 20 bis 30 Dezilen zählen, sind in den vergangenen beiden Jahrzehnten nicht oder nur kaum gestiegen. Tatsächlich hat sich also die Ungleichheit vergrößert - nie war sie bei den verfügbaren Einkommen der Haushalte größer als 2019. Sie war 2019 sogar noch höher als im Krisenjahr 2005, als es mehr als fünf Millionen Arbeitslose gab. Mit anderen Worten: Menschen mit hohem Einkommen waren die größten Gewinner des Wirtschaftsbooms der Zehnerjahre. Und nur durch den staatlichen Eingriff des Mindestlohns und das Glück einer geringen Inflation konnten Menschen mit geringem Einkommen eine Verbesserung ihrer Einkommenssituation erfahren."

"Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung werden immer mehr Menschen abgehängt, die Polarisierung nimmt zu. Vermutlich werden Pandemie und Inflation sich eher wie diese beiden Finanzkrisen zwischen 2008 und 2012 auf reale Einkommen und Ungleichheit auswirken. Eine Studie von Bertelsmann bestätigt dies und kommt zu dem Ergebnis, dass Menschen mit geringeren Einkommen - vor allem solche mit Minijobs, bei denen es sich häufig um Frauen und Beschäftigte aus Ostdeutschland handelt - relativ stärkere Einkommensverluste und eine höhere Belastung während der Pandemie erfahren haben. Dies setzt sich jetzt durch die hohe Inflation fort. Die Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro und der Arbeitskräftemangel dürften wohl einen Anstieg der Ungleichheit bei den Einkommen in den kommenden Jahren zwar verhindern. Das macht die Lage jedoch nicht weniger gefährlich und polarisierend. Denn einkommensschwache Haushalte leiden viel stärker unter der Inflation, weil sie oft das Vier- oder Fünffache ihres Einkommens für Energie und Nahrungsmittel ausgeben müssen. Diese Haushalte haben oft auch keine Ersparnisse, können sich kein Geld leihen oder mehr arbeiten, um ihren Lebensstandard einigermaßen halten zu können. Somit wird die Inflation die soziale Polarisierung in Deutschland wohl weiter verschärfen."

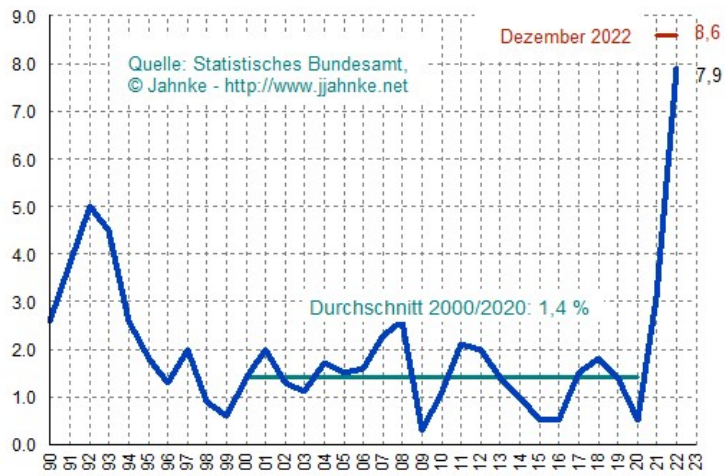
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



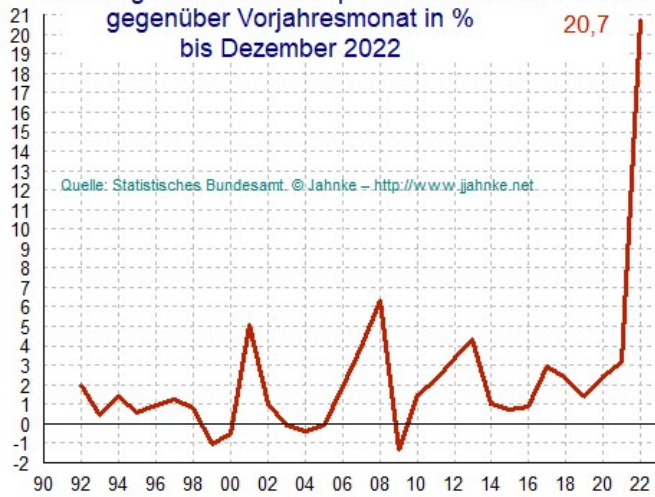
[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 127 29-09-22: Die Inflation steigt im September zu neuen Rekordhöhen

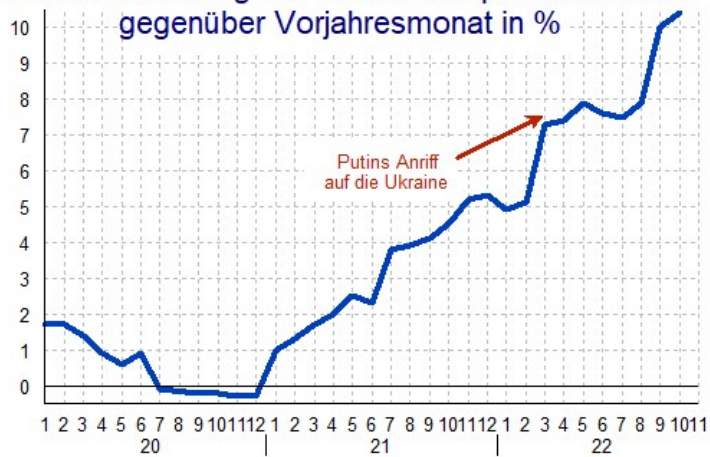
23492: Inflationsraten in % gegenüber Vorjahr seit 1990



23532: Entwicklung der Verbraucherpreise Lebensmittel 1992/22 gegenüber Vorjahresmonat in % bis Dezember 2022

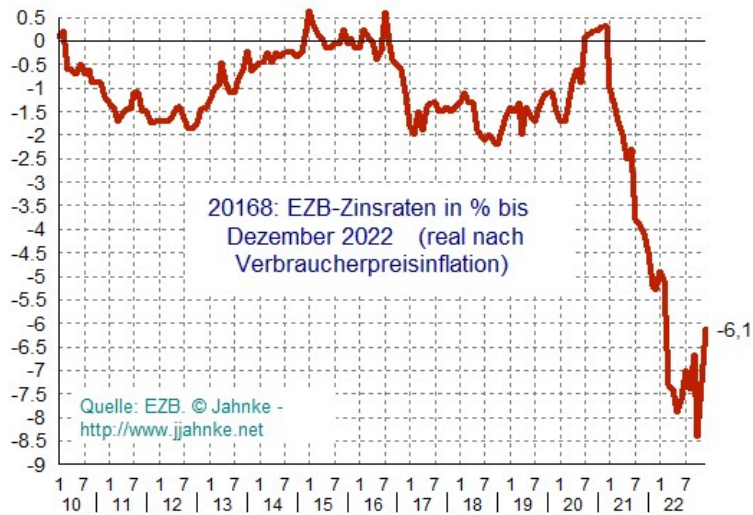


23439: Entwicklung der Verbraucherpreise 2020/22 gegenüber Vorjahresmonat in %

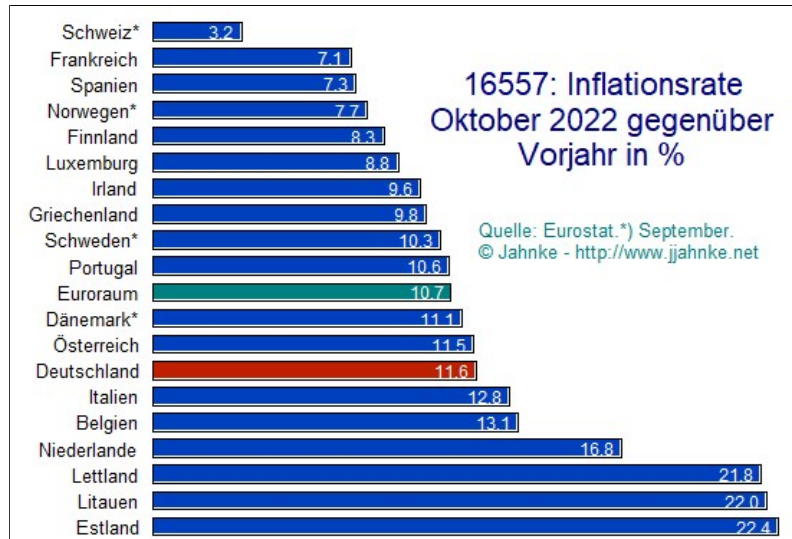


Quelle: Statistisches Bundesamt. © Jahnke - <http://www.jahnke.net>

Abb.23500: Ölpreis (WTI) in Dollar - 3 Jahre



Quelle: EZB. © Jahnke - <http://www.jahnke.net>



Nach der heutigen Meldung des Statistischen Bundesamts lag die Inflationsrate im September erstmals seit Jahrzehnten zweistellig bei 10 % (Abb. 23492), der höchste Wert seit 1951 oder mehr als 70 Jahren. Bei Lebensmitteln stieg sie sogar auf fast 19 % (Abb. 23532).

Es sind also bei Weitem nicht nur die Energiekosten, die die Inflation antreiben, auch nicht nur unterbrochene Lieferketten. Ebenso verhängnisvoll - wenn nicht schlimmer - ist die Politik der EZB, die die Zinsen viel zu lange im real negativen Bereich gehalten hat und durch den Aufkauf von Staatsanleihen zusätzlich noch die elektronische Druckmaschine betrieben und so massiv Öl ins Inflationsfeuer gegossen hat (Abb. 20168).

Das Statistische Bundesamt täuscht, wenn es als Hauptgrund den Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Energiepreise zitiert: "Seit Beginn des Krieges in der Ukraine sind insbesondere die Preise für Energie merklich angestiegen und beeinflussen die hohe Inflationsrate erheblich". Tatsächlich begann der Anstieg der Inflation schon Ende 2020 und damit lange vor Putins Angriff auf die Ukraine (Abb. 23439). Auch der Ölpreis, des wichtigsten Energieträgers, stieg bereits seit März 2020 und hatte beim Angriff auf die Ukraine bereits seinen Höhepunkt überschritten (Abb. 23500). Wie kann eine amtliche Stelle nur so lügen und alle Verantwortung für die Inflation auf Putin abschieben?

In vielen Ländern der EU ist die Inflation noch höher als in Deutschland (Abb. 16557).

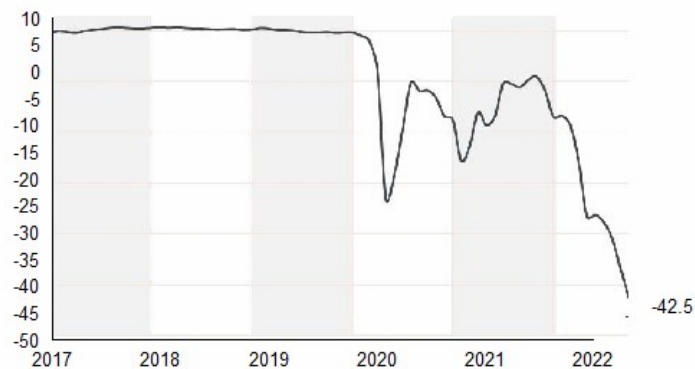
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 126 29-09-22: Konsumklima auf Tiefststand

20905: Entwicklung des Konsumklimas bis September 2022



Quelle: Gesellschaft für Konsumforschung. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

So negativ schauten die Deutschen seit mindestens 30 Jahren nicht auf ihre Einkommen, stellt die GfK in einer aktuellen Analyse fest. Das drücke die Konsumlaune erheblich (Abb. 20905). Mehr Geld werde für Energie reserviert. Der Indikator für die Erwartungen zum Einkommen sank auf ein neues Allzeittief seit Beginn der Erhebungen im Jahr 1991. "Die derzeit sehr hohen Inflationsraten von knapp acht Prozent führen zu großen realen Einkommenseinbußen unter den Verbrauchern und damit zu einer deutlichen geschrumpften Kaufkraft", sagte der GfK-Konsumexperte Rolf Bürkl.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

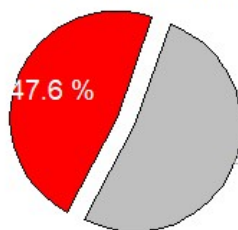


[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

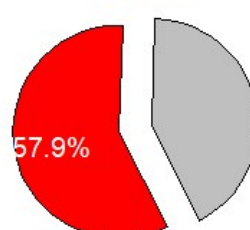
Blog 125 28-09-22: Der durch Zuwanderer ausgebeutete deutsche Sozialstaat

25534: SGBII/H4-Quoten von Zuwanderern aus nicht-europäischen Asylländern Mai 2022 in %

aus allen Asylländern



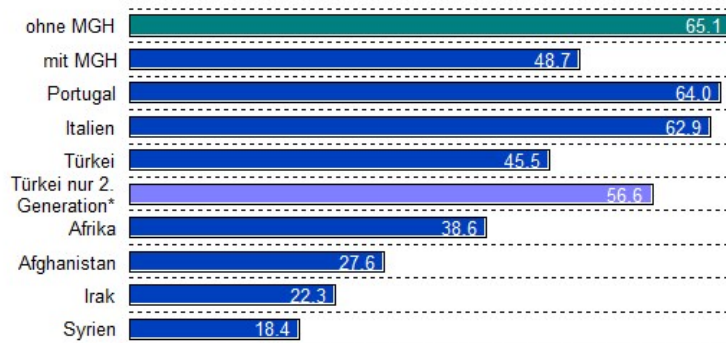
aus Syrien



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

zum Vergleich: Deutsche 5,4 %

21195: Anteil von Personen mit und ohne Migrationshintergrund (MGH) 1. und 2. Generation, deren überwiegender Lebensunterhalt aus Berufstätigkeit kommt (ohne Rentner und Pensionäre) in %



Quelle: Mikrozensus 2019, *) in Deutschland geboren und aufgewachsen.
© Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

Immer noch lebt mit 48 % fast die Hälfte der Zuwanderer aus Asylherkunftsländern von deutschen Sozialleistungen (das sind 890.000 "Regelleistungsberechtigte"), bei den einst verlogenen als "Facharbeiter-Ersatz" gefeierten Syrern sind es sogar 58 % (Abb. 20860). Betrachtet man alle Ausländer in Deutschland, so sind es 1,9 Millionen "Regelleistungsberechtigte".

Nach dem Mikrozensus von 2019 waren die Anteile der Menschen mit Migrationshintergrund, deren Lebensunterhalt überwiegend aus Berufstätigkeit kommt, mit knapp 49 % gering, selbst bei der zweiten Generation derer, deren Eltern aus der Türkei zugewandert sind, waren es nur knapp 57 % (Abb. 21195).

Allein in diesem Jahr haben bisher mehr als 130.000 Asylbewerber hier einen Antrag gestellt, ein deutlicher Anstieg. Immer mehr Flüchtlinge kommen wieder über die Balkanroute und das Mittelmeer. Außerdem gibt es bisher eine Million Ukraine-Flüchtlinge in Deutschland. Nach den letzten amtlichen Zahlen für Juni 2022 waren 54,6 % der Ukrainer in Deutschland als arbeitslos gemeldet, hatten also Anspruch auf Grundsicherung. Anders als zum Beispiel Syrer und Afghanen bekommen sie direkt Zugang zur Grundsicherung und müssen nicht erst ein Asylverfahren durchlaufen - ein Umstand, der Deutschland für sie sehr attraktiv macht. Mancherorts werden die Schlafplätze knapp - und gleichzeitig kratzen Inflation und Gasknappheit an der so oft beschworenen Solidarität.

Eine aktuelle Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung zeigt, dass die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung zwar weiterhin hoch ist, aber seit dem Frühjahr merklich zurückgegangen ist. Der Anteil der Bevölkerung, der sich vorstellen kann, Flüchtlinge in seiner Wohnung aufzunehmen, ist von 27 auf 17 Prozent gefallen. Die Zahl derer, die bereit sind, sich ehrenamtlich für Geflüchtete zu engagieren, fiel seit März von 58 auf 47 Prozent.

Für das deutsche Sozialsystem ist die Zuwanderung von so vielen für unseren Arbeitsmarkt ungeeigneten oder nicht arbeitswilligen Menschen eine gewaltige und dauerhafte Belastung.

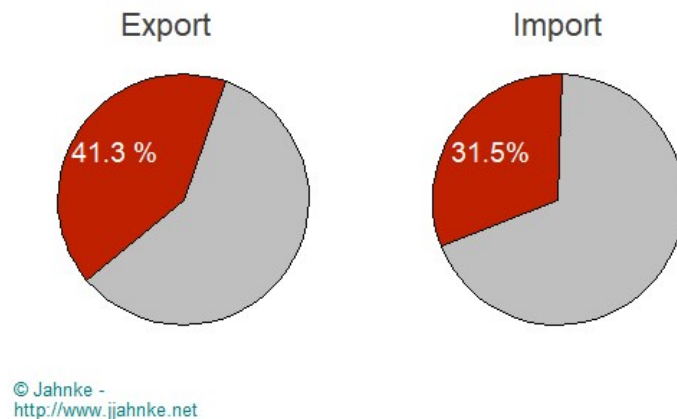
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 124 28-09-22: Die Türkei auf dem Weg in das russisch-chinesische Lager

23527: Anteil der EU am türkischen Außenhandel



Die Türkei strebt nach eigener Erklärung eine Mitgliedschaft in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) um Russland und China an. Außerdem erlaubt sie Rußland, die europäischen Rußland-Sanktionen teilweise zu umgehen. Zudem bremst Erdogan den Beitritt Finnlands und Schwedens zur Nato, den diese Länder seit Putins Griff nach der Ukraine suchen. Alles sind unfreundliche Akte gegenüber der EU, von der die Türkei wirtschaftlich stark abhängig ist. Denn mehr als 41 % der türkischen Exporte und mehr als 31 % der Importe kommen aus dem Handel mit der EU (Abb. 23527). Deutschland ist bei weitem der stärkste Abnehmer türkischer Waren. Aus Deutschland erhält die Türkei ständig erhebliche Zuflüsse von Überweisungen türkischer Arbeitnehmer in Deutschland.

Da wird es Zeit, daß die EU die Beziehungen zur Türkei überprüft und Erdogan vor einem weiteren Abdriften Richtung Putin warnt.

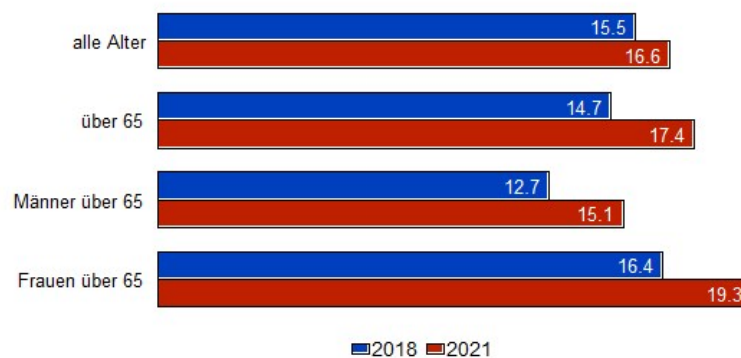
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 123 27-09-22: Immer mehr Armut in Deutschland

25533: Entwicklung der Armutsquote 2018/21



Quelle: Statistisches Bundesamt. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

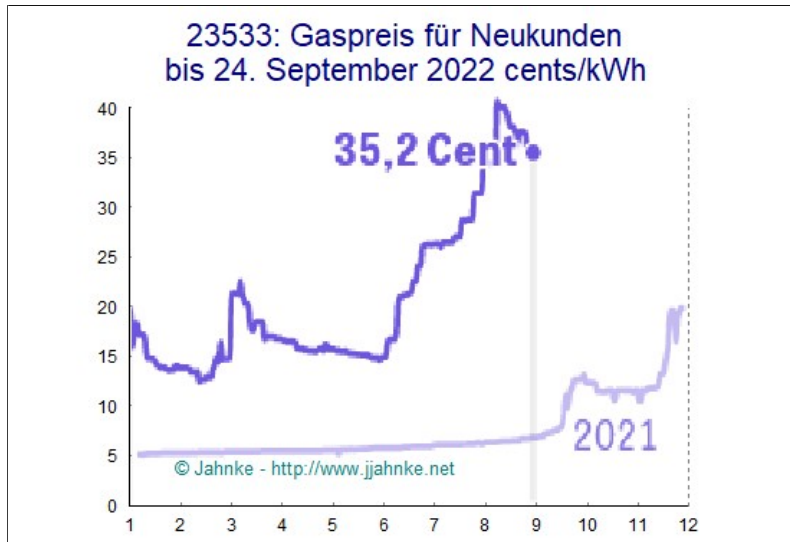
Immer mehr Menschen laufen Gefahr, in Altersarmut abzurutschen. Das geht aus einer Auswertung des Statistischen Bundesamtes hervor (Abb. 25533). Vor allem ältere Frauen sind häufiger von Armut bedroht als noch vor vier Jahren: fast drei Prozentpunkte mehr. Es trifft nun bereits fast jede Fünfte! Das zeigt die Diskriminierung der Frauen in der Altersversorgung und den Abbau des Sozialstaats insgesamt.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 122 26-09-22: Das eigentliche Problem beim Gaspreis ist China



Gasexperte Marco Alverà, ehemals Konzerngeschäftsführer des größten europäischen Gaspipelinebetreibers SNAM, zum europäischen Gasmarkt: "Der Höhenflug der Gaspreise fing schon im November 2021 an und damit vor der Invasion in der Ukraine. Damals begann China, große Mengen von Flüssiggas in Tankschiffen (LNG) zu kaufen. Damals waren die Reservelager für Gas leer, wegen Covid war die Förderung schwach, und gleichzeitig war die Nachfrage aus Asien höher als erwartet. China alleine schließt jedes Jahr rund 15 Millionen Haushalte an das Gasnetz an. Das kräftige Wachstum der Gasnachfrage wird bis etwa 2050 anhalten. China entwickelt oder plant neue LNG-Projekte für 370 Milliarden Kubikmeter Gaskonsum im Jahr - das ist beinahe so viel wie der gesamte Gasverbrauch der EU. Dazu kommen nun noch die Unsicherheiten über russische Liefermengen. Ich befürchte, dass in diesem Winter der Markt enger werden wird. Bisher hat China die Lieferungen an LNG-Gas nach Europa weitergeleitet. Doch China hat wenig Speichermöglichkeiten. Daher werden China und Asien, die bisher große Gewinne mit der Umleitung von LNG-Gas nach Europa gemacht haben, das Gas nicht mehr nach Europa schicken, sondern auf den Märkten Gas kaufen, in Konkurrenz zu Europa."

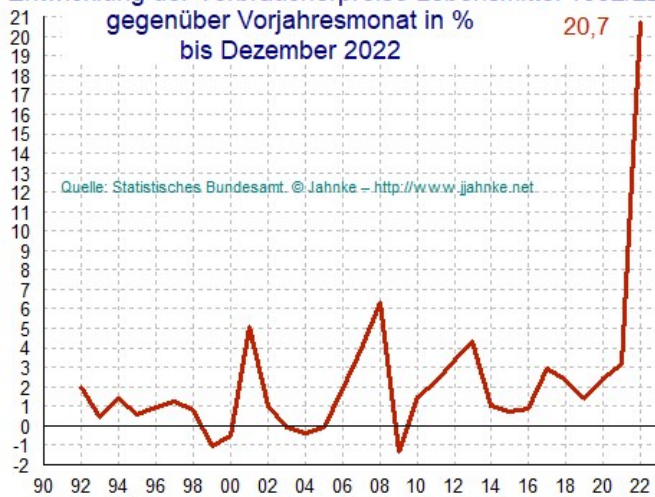
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



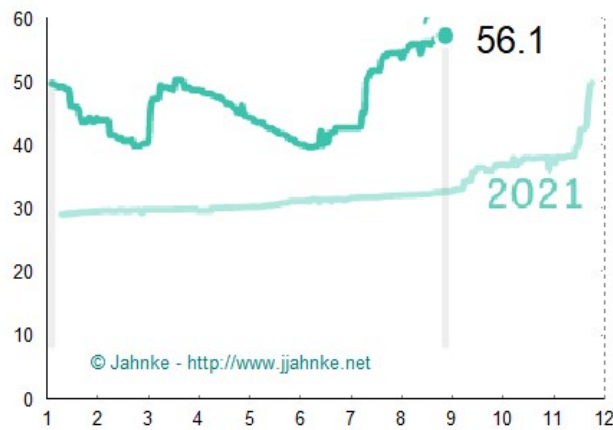
[per Mail verlinken](#)

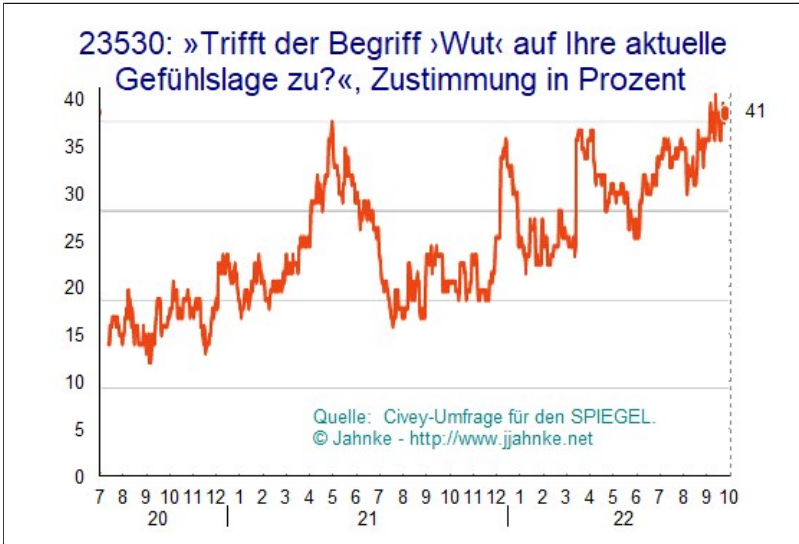
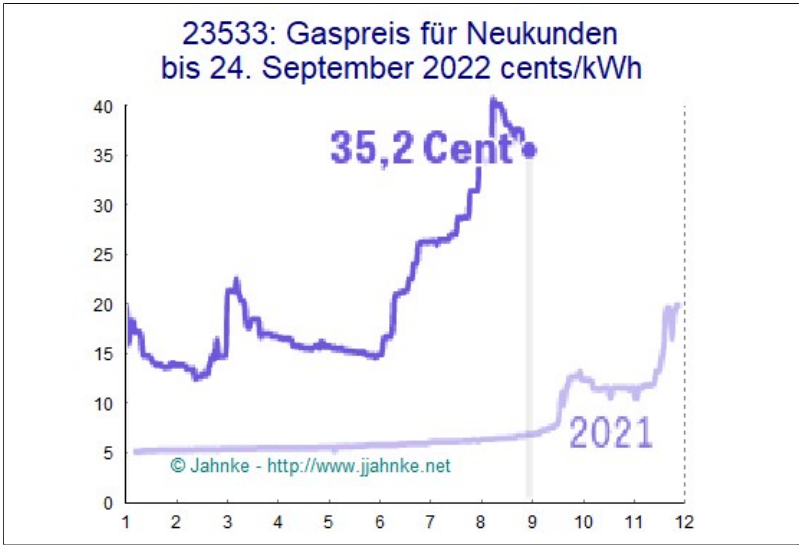
Blog 121 26-09-22: Die Unsicherheit und Wut der Deutschen wächst

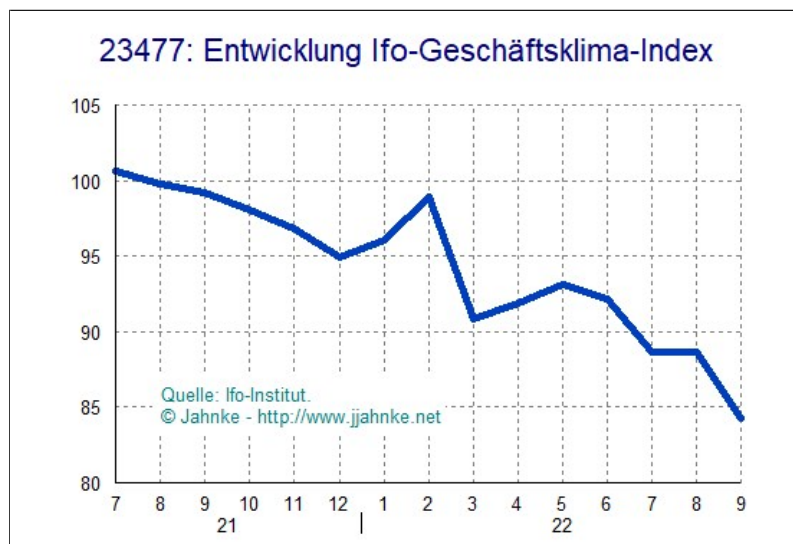
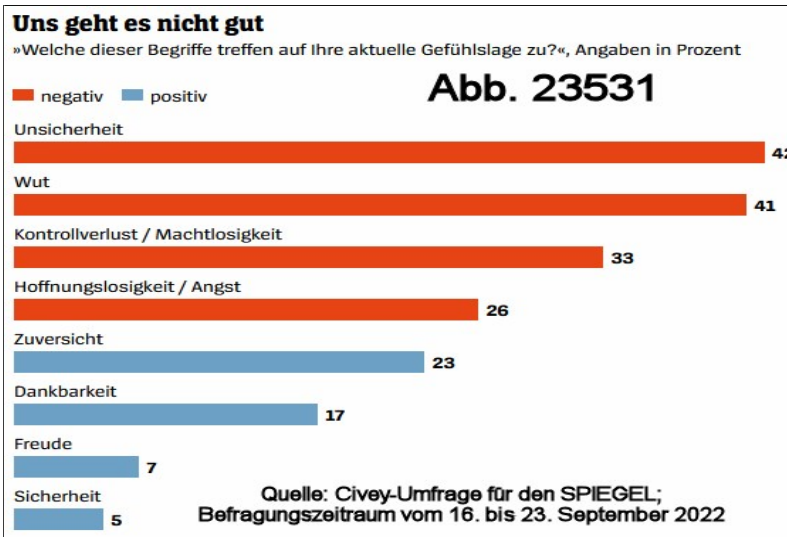
23532: Entwicklung der Verbraucherpreise Lebensmittel 1992/22 gegenüber Vorjahresmonat in % bis Dezember 2022



23525: Strompreis für Neukunden bis 23. September 2022 cents/kWh







Noch ist der anhaltende Druck aus der Inflation (wie 17 % für Lebensmittel, Abb. 23532 und Verdoppelung des Strompreises, Abb. 23525) und vor allem aus steigenden Heizkosten noch weit vom Winterhöhepunkt und sind die Außentemperaturen auch noch spätsommerlich. Die Gemütslage der Deutschen ist jedoch nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey schon zunehmend von Wut, Hoffnungslosigkeit und einem Gefühl der Machtlosigkeit geprägt (Abb. 23530). Dagegen nimmt die Wahrnehmung positiver Emotionen ab. Demnach bejahen 41 Prozent die Frage, ob der Begriff "Wut" auf ihre aktuelle Gefühlslage zutrifft. Zum Vergleich: Im Mai 2020 lag dieser Wert noch bei 15 Prozent, im Mai dieses Jahres noch bei unter 30 Prozent.

Positive Begriffe wurden seltener genannt. So gaben nur 23 Prozent "Zuversicht" an, 17 Prozent spüren "Dankbarkeit", gerade einmal sieben Prozent "Freude", "Sicherheit" sogar nur noch fünf Prozent. Diese Werte liegen alle niedriger als noch vor einem Jahr. Verstärkt tauchen dafür negative Empfindungen wie "Wut" auf. 42 Prozent gaben an, "Unsicherheit" treffe auf ihre Gefühlslage zu, 33 Prozent "Kontrollverlust/Machtlosigkeit" und 26 Prozent "Hoffnungslosigkeit/Angst" (Abb. 23531). Und der Ifo-Geschäftsklima-Index fällt immer tiefer (Abb. 23477).

Es wird ein Wut-Winter werden. Vor allem in Ost-Deutschland fordern Unternehmer und Bürgermeister schon jetzt lautstark das Ende der Rußlandsanktionen, und die Zahl der Demonstranten steigt wöchentlich. Sozial- und Umweltverbände wollen gemeinsam für eine bezahlbare Grundversorgung mit Energie demonstrieren. Am 22. Oktober soll es bundesweit Demonstrationen geben. Das Bundeskriminalamt (BKA) rechnet wegen steigender Energie- und Lebensmittelpreise und möglicher Rationierungen bei der Energieversorgung mit einer verschärften Sicherheitslage und einem heißen

Demonstrationswinter. Eine ähnliche Lage wie bei den Corona-Protesten sei dann zu erwarten, "wenn ein beachtlicher Bevölkerungsanteil gefühlt oder tatsächlich durch politische Entscheidungen in existenzbedrohende Situationen gerät".

Seit Wochen weiß das Land nicht, was geschehen soll, um zwei der wichtigsten innenpolitischen Krisenherde zu entschärfen, die seit Langem bekannt sind: Was wird aus dem Gaspreis und der Gasumlage? Was wird aus dem Strompreis und der Stromversorgung? Die Koalition wirkt, als wolle sie aus Angst, die falsche Entscheidung zu treffen, erst einmal gar nichts tun.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 120 24-09-22: Die Leistungsgesellschaft ist eine Illusion

Soziale Ungleichheit: Das teure Nest Die Leistungsgesellschaft ist eine Illusion: Es reicht nicht mehr, sich anzustrengen. Fast nur Erben können sich noch Eigentum leisten. Demokratisch ist das nicht.

Die ZEIT hat eine hervorragende Analyse geschrieben. Leider nur für Bezahlkunden. Sie finden sie aber hier:

"Vielleicht war die Aufmerksamkeit zuletzt einfach abgelenkt. Vielleicht hat unsere Gesellschaft die Sache mit dem Eigentum für eine Weile kaum bedacht, weil das Wirtschaftswachstum lange beruhigend wirkte. Dann kam Corona. Nun, da die liberale demokratische Ordnung sich vielerorts in ein politisches Erdbebengebiet verwandelt, fällt auf, dass die verbreitete Schwierigkeit, Eigentum zu erwerben, politisch brenzlich werden kann. Die einen besitzen Wohnungen, die meisten mieten sie, das war in Deutschland immer schon so, doch seit ein paar Jahren verschiebt sich etwas. Nun wird es spürbar: Der coronamüde Mittelschichts-Nachwuchs, der nichts besitzt, hat mit seinen frisch zerknickten Biografien allen Grund, nervös zu werden, wenn er an fällige Mietzahlungen denkt. Wer jetzt kein Haus hat, kauft sich keines mehr - wenn er nicht zu den Erben gehört.

Eine unauffällige Studie des Instituts empirica hat gerade ermittelt, die Zahl derer, die in den eigenen vier Wänden leben, sei in Deutschland erstmals rückläufig. Es fehle an jungen Käufern. Der Eigentumserwerb scheitere daran, "dass die Ersparnisse und damit das Eigenkapital" nicht mehr mit den explodierenden Preisen am Immobilienmarkt mithalten. Egal wie man rackert und spart, das Geld reicht nicht, um in einer der begehrten städtischen Wohnlagen, von wo es nicht weit zu guter Arbeit und guten Schulen ist, mit denjenigen konkurrieren zu können, die geerbt haben oder das nötige Eigenkapital von einem freundlichen Großonkel geschenkt bekommen.

Durch das Erben und Schenken entsteht heute ein groteskes Zerrbild jenes demokratischen Ur-Versprechens, dass alle gleichermaßen die Chance hätten, von unten nach oben zu gelangen, ungeachtet ihrer Geburt. Jeder sollte in der Lage sein, Eigentum zu bilden, um ein freier Bürger zu sein. Deshalb verkündete Bundeskanzler Adenauer 1952 den Wählerinnen und Wählern großväterlich, "das Eigenheim" dürfe "kein Reservat kleiner Schichten sein", im Gegenteil, "gerade der Besitzlose" solle "durch Sparen und Selbsthilfe und öffentliche Fördermittel zum Eigentum gelangen". Die Idee der Leistungsgesellschaft in freiheitlichen Demokratien, mit dreifacher Betonung auf Leistung, auf freiheitlich und auf Demokratie, war in ihrer deutschen Variante der Nachkriegszeit auch als Aufgabe für den Staat gedacht.

Heute aber zeichnet sich ab, dass die schöne Idee sich als Phantasma erweist: Die Erben können in den begehrten Lagen wohnen, der Wert der Behausungen dort wächst seit Jahren wie von unsichtbarer Zauberhand über Nacht und so auch die Sicherheit der Altersvorsorge derer, die sie besitzen. Der liberale Philosoph John Stuart Mill hätte das schon im 19. Jahrhundert, als ums Erbrecht gerungen wurde, einen "unverdienten Wertzuwachs" genannt. Zwar ist es zweierlei, ob man bloß reiche Eltern hat oder selbst geerbt hat - auch die Erben werden ja heute alt, bis sie endlich erben. Doch über Schenkungen wie über die Erwartung, später einmal zu erben, wird das Gefühl von Sicherheit bereits früh weitergegeben. Unterdessen werden all die systemrelevanten Krankenschwestern und Polizisten, die ohne Erbe oder Schenkungen auskommen müssen, an die Peripherie der Städte verdrängt und zahlen sich an der Miete wund, anstatt sparen zu können - ohne eine Aussicht auf Erleichterung bis ins Alter, das ja jahrzehntelang anhalten kann, also teuer wird. Das kommt einer unverdienten Entwertung des Lebens der Nicht-Erben gleich.

Ein Gefühl von Ohnmacht verbreitet sich

Der Soziologe Jens Beckert, Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln, hat in Deutschland schon vor Jahren gezeigt, dass Erbschaften dem Leistungsprinzip widersprechen, mit dem in modernen Gesellschaften Ungleichheiten gerechtfertigt werden. Er stellte fest, dass zumindest in den Großstädten junge Leute fast nur noch Wohneigentum erwerben können, wenn sie durch eine

Erbschaft oder Schenkung unterstützt werden. Zweitens aber weitete Beckert den Blick auf die gesamte Biografie, denn heute komme den Erbschaften immer stärker die Aufgabe zu, Bedürfnisse im Alter zu decken. Nur könne eben kaum jemand auf eine Erbschaft zählen, die dazu imstande wäre.

Zwei Drittel des privaten Vermögens in Deutschland sind in der Hand von zehn Prozent der Bevölkerung, so lauten die bekannten Zahlen. Etwas weniger bekannt sind diese: Von den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung leben fast alle in Wohneigentum, nämlich neun von zehn Haushalten. Im unteren Drittel der Bevölkerung hingegen wohnen fast alle als Mieter, nur fünf Prozent leben in den eigenen vier Wänden. Eine Hälfte der Bevölkerung erbt, die andere nicht, und wenn geerbt wird, ist es meist wenig. Zwanzig bis dreißig Prozent der Bevölkerung haben weder Vermögen noch Alterssicherung. Mieterhaushalte besitzen, nach Abzug der Schulden, im Schnitt 28.200 Euro an Vermögen, Eigentümerhaushalte hingegen gut dreimal so viel, 92.700 Euro; dass sie mehr haben, liegt auch daran, dass sie mehr sparen. In den Jahren zwischen 2009 und 2017 allein hat sich der Wert der Immobilien in den deutschen Metropolen verdoppelt. Das Nettovermögen privater deutscher Haushalte liegt insgesamt bei gut zwölf Billionen Euro. Laut dem Deutschen Institut für Altersvorsorge werden in den Jahren 2015 bis 2024 geschätzte drei Billionen vererbt, in Immobilien, Geldguthaben und Wertpapieren.

Diese neue Schieflage lässt sich am Beispiel einer Vierzimmerwohnung illustrieren: Das nette Altbau-Heim von etwa 90 Quadratmetern in einem gesuchten städtischen Wohngebiet wie Hamburg-Eppendorf kostet neuerdings am Markt etwa 800.000 Euro, reiner Kaufbetrag. Allein die Summe aus notwendigem Eigenkapital plus Erwerbsnebenkosten kann sich auf eine Viertelmillion Euro beziffern. Im reichsten Fünftel der Bevölkerung erbt man im Mittel pro Kopf 145.000 Euro. Dem Kauf der netten Wohnung ist für das Erben-Paar damit der Weg bereitet. Wer monatlich aber mit einem Familien-Einkommen von 3000 Euro netto auskommt, bräuhete, selbst wenn sich monatlich 500 Euro zur Seite legen ließen, endlose Ewigkeiten, bis die Summe zusammen ist.

Ein freier Bürger ist erst, wem etwas gehört

Die Immobilien: Durchschnittspreis für eine 100-Quadratmeter-Wohnung (Lage: gut, Ausstattung: gut) in Euro. Die Interessenten: Eine Familie mit einem Nettoeinkommen von 3000 Euro: Wenn sie eine monatliche Rate von 1200 Euro für einen Hauskredit bezahlen kann und ihn nach circa 30 Jahren abbezahlt haben möchte, kann sie einen Kredit über 360.000 Euro aufnehmen und damit nach Abzug aller Nebenkosten einen Kaufpreis von 322.000 Euro finanzieren.

Doch sind dies ja nur leblose Zahlen. Die Frage, wer erbt und wer leider nicht, greift tief in die Fundamente hinein, auf denen der Gesellschaftsvertrag bisher ruhte. Wenn es sich für die junge Generation bis auf ein paar finanzmutige Glückspilze nicht mehr lohnt, zu arbeiten (zumal für Ostdeutsche, denen nach 1989 die Immobilien von Westdeutschen, unterstützt durch staatliche Steuergeschenke, weggekauft wurden und die also deutlich weniger erben, wie es auch die Kinder aus Zuwandererfamilien tun), dann wird das Versprechen von demokratischen Leistungsgesellschaften zur Chimäre. Dann macht sich ein Gefühl von Ohnmacht breit. Dann wächst der Ärger, ohne eigenes Zutun zu den Verlierern zu zählen, während andere unverdient die Erfolgreichen spielen.

Zur Enttäuschung über eine Gesellschaft, die ihr Versprechen nicht hält, und zur Scham, im Wettrennen bei aller systemrelevanten Anstrengung doch ein Verlierer zu sein, kommt leicht die berechtigte Angst vor dem Alter hinzu. Enttäuschung, Scham, Angst: Ein ungutes Gefühls-Gemisch, das politisch leicht entzündlich sein kann. In Großbritannien ist es frisch explodiert. Der Schriftstellergärtner Henry Wismayer hat gerade berichtet, wie sich die Wut anfühlt, Tausende von Blumenzwiebeln in den Gärten Londoner Erben ein- und wieder auszubuddeln, die tagsüber nicht viel mehr zu tun haben, als auf den Brexit zu schimpfen.

Ein freier Bürger ist erst, wem etwas gehört, über das er bestimmen kann

In den Vereinigten Staaten, dem Geburtsort der liberalen Demokratie, hat das tyrannische Trugbild der Leistungsgesellschaft die Demokratie zerrissen, so hat es der Philosoph Michael Sandel in seinem jüngsten Buch Vom Ende des Gemeinwohls dramatisch gezeigt. Was hinter dem Trugbild entstand, war in seinen Augen eine "Erbaristokratie", die bei den Verlierern für Unmut und Selbstzweifel gesorgt hat. Sandel nennt diese Form der Tyrannei eine "Politik der Demütigung" - die tiefer verletze als eine Politik der Ungerechtigkeit. Weil sie die gleiche Freiheit aller ebenso verächtlich mache wie die Idee des Gemeinwohls. Und der US-amerikanische Rechtsphilosoph Jedediah Purdy hat mit seiner jüngsten Kampfschrift Die Welt und wir davor gewarnt, die Bürger eines Landes zu enteignen, indem das Freiheitsversprechen, Eigentum bilden zu können, betrogen wird: Siebzig Prozent der weißen Amerikaner besitzen ein eigenes Haus, hingegen nur vierzig Prozent der schwarzen Amerikaner. "Die Kluft zwischen weißem und schwarzem Wohlstand entsprang der Verfügung über Grund und Boden und entspringt ihr bis jetzt."

Eigentum, das man nicht erbt, sondern erarbeitet, um es zu gestalten: Dieses Herzstück der liberalen Gesellschaft war im 17. Jahrhundert die Idee des Philosophen John Locke. Ein freier Bürger ist erst, wem etwas gehört, über das er selbst bestimmen kann, um die Gesellschaft zu prägen. Eigentum war für ihn ein bürgerliches Freiheitsrecht, das es gegen die feudalen Erbaristokratien, die den Landbesitz über die Generationen hinweg weitergaben, zu erkämpfen galt. In einer US-amerikanischen Variante

des 19. Jahrhunderts bedeutete liberale Freiheit, dass Vermögen in einer Demokratie fair verteilt sein muss, wenn Ungleichheit sich nicht vererben soll. In tagesaktuellen europäischen Varianten kommt das gemeinsame Eigentum hinzu, ob in Bauprojekten oder in Bürgergesellschaften, denen etwa Solaranlagen oder Windräder gehören. So oder so: Freiheit in Demokratien müsste heißen, dass alle als Eigentümer an der Macht partizipieren. Freiheitsdenken im 21. Jahrhundert würde mithin auf Ideen vom gerechten Eigentum ruhen.

Nun könnte man sich politisch anstrengen, das Erben abzuschaffen, oder auch die eigene Restenergie in Enteignungsdebatten verzehren. Doch solange die demokratische Mehrheit um das eigene kleine Familienerbe fürchtet, verspricht dieser Weg kaum Erfolge. Auch Erbschaftsteuern - anders als Steuern auf Eigentum - sind weithin unbeliebt. Das große Wegnehmen zum Lebensende muss auch gar nicht sein, denn das Problem ließe sich wirksam von der anderen Seite aus lösen, indem man rechtzeitig diejenigen stärkt, die nichts erben. Es ist Wahljahr, ein Werkzeugkasten voller politischer Instrumente steht bereit, aus denen sich auswählen lässt, wie Freiheit gesichert werden kann: ob durch staatliche Mietpachtangebote, durch die Stärkung des kommunalen Vorkaufsrechts beim Kauf von Grundstücken oder durch eine wirksame Besteuerung des Bodens.

Doch besonders reizvoll sind in alternden Gesellschaften die Vorschläge, künftig anders zu erben: Denn sie zielen darauf, dass Eigentum in junge Hände gelangt. Der britische Ökonom Anthony Atkinson aus Oxford wurde bis zu seinem Tod vor vier Jahren nicht müde, den demokratischen Staat aufzufordern, dass er allen Bürgerinnen und Bürgern früh in ihrem Leben ermöglichen müsse, Eigentum zu bilden, um es breit durch die gesamte Gesellschaft zu streuen - durch ein "Mindesterbe", wie er es nannte. Er meinte damit etwa eine staatliche Schenkung zur Volljährigkeit oder ein europäisches Grundeinkommen für jedes Kind. Atkinsons Star-Schüler Thomas Piketty hat daraus seine Ideen für eine künftige Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert geschmiedet. Er nennt das Projekt "Erbschaft für alle", finanziert durch progressive Steuern auf das Eigentum, konkret: Die Idee zielt darauf, jeden jungen Erwachsenen zum 25. Geburtstag mit einem Kapital auszustatten, das 60 Prozent des aktuellen Durchschnittsvermögens pro Erwachsenen in seinem Land entspricht. In Deutschland wären das knapp 140.000 Euro, überreicht durch den Staat.

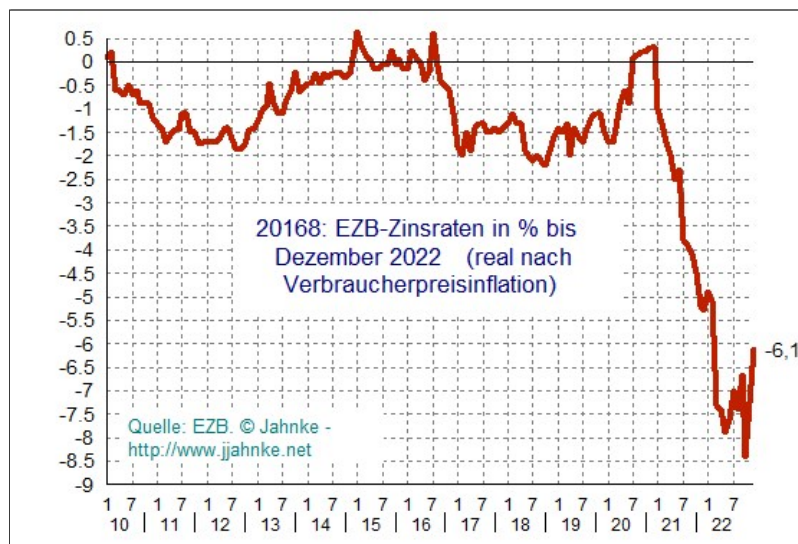
Zurückübersetzt ins demokratische Leben: Wer nichts hat, der hat auch nichts zu entscheiden. Dem bleibt, bis auf Weiteres oder bis der Geduldsfaden reißt, nur die demokratische Wahl. Zur Wahl steht ein Erbe für alle."

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

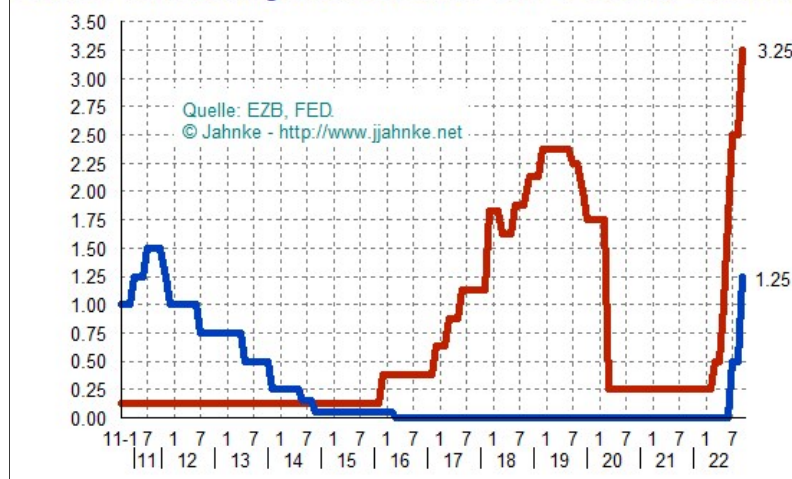


[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 119 23-09-22: **Verkehrte Welt: Wenn man mit Schuldenmachen Geld verdient und mit Sparen verliert**



23529: Entwicklung des Leitzinses von EZB und FED in %



Die reale Zinsrate nach Berücksichtigung der Verbraucherpreisentwicklung liegt bei uns immer noch bei minus 6.65 %. Wer sich zu diesem Zins verschuldet, gewinnt pro Jahr 6.65 % durch die Entwertung seiner Schuld. Wer entsprechend spart verliert 6,65 % (Abb. 20168).

Was das bedeutet, zeigt auch der Unterschied zu den USA. Dort liegt die reale Zinsrate nach Berücksichtigung der Verbraucherpreisentwicklung bei minus 5,05 und damit erheblich höher. Vor allem hat die FED den Zins zuletzt um ganze zwei Prozentpunkte mehr viel energischer angehoben als die EZB (Abb. 23529). Damit sind dort die Sparer viel besser dran als in der Eurozone.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

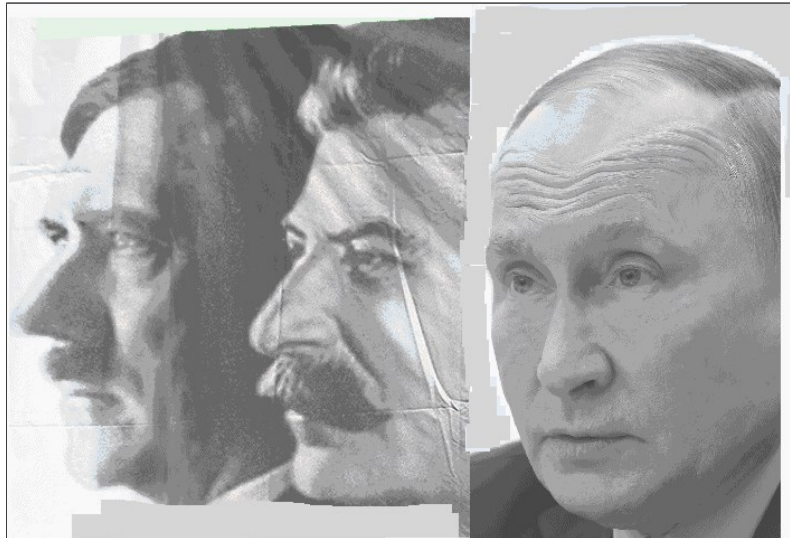


[per Mail verlinken](#)

Blog 118 22-09-22: Schauen Sie diesem Menschen in seine eiskalten Augen und Sie wissen, mit wem Sie es zu tun haben



Mit Teilmobilmachung und nuklearer Drohung zeigt Putin immer mehr sein wahres Gesicht eines Menschen, der zu jeder Form von Massenmord bereit ist und auch vor einem Nuklearkrieg nicht mehr zurückzuschrecken scheint. Russland werde alle Mittel einsetzen, um seine territoriale Unversehrtheit zu schützen, sagte Putin. Er erwähnte dabei auch die Atomwaffen. Dem Westen warf er vor, Rußland atomar zu erpressen. Rußland habe "viele Waffen, um darauf zu antworten", sagte Putin. "Er bluffe nicht". Putin hat das strategische Nukleararsenal bereits in erhöhte Bereitschaft versetzen lassen. Dabei definiert Putin sein Territorium über den Anspruch auf die Ukraine und jetzt die Scheinreferenden im Donbas immer größer. Mit viel Blut an seinen Händen reiht er sich zunehmend neben andere Diktatoren ein.



Die Unterschiede zu Hitler oder Stalin beginnen zu verschwinden. Was für ein Fluch für eine Menschheit, die in Frieden leben will!

Hier Ausschnitte aus Putins Rede vom 21. September. Sie liest sich wie die eines schwer unter Verfolgungswahn Leidenden. Jeder sollte sie lesen und sich eine Meinung bilden:

"Es (...) geht hier um die aggressive Politik einiger westlicher Eliten, die mit allen Mitteln versuchen, ihre Vorherrschaft aufrechtzuerhalten, und zu diesem Zweck versuchen, jegliche souveränen, unabhängigen Zentren der Entwicklung zu blockieren und zu unterdrücken, um auch weiterhin anderen Ländern und Völkern ihren Willen grob aufzuzwingen und ihre Pseudo-Werte einzupflanzen. Das Ziel dieses Westens ist es, unser Land zu schwächen, zu spalten und letztlich zu zerstören. Sie sagen bereits direkt, dass es ihnen 1991 gelungen sei, die Sowjetunion zu spalten, und dass es nun an der Zeit sei, dass Russland selbst in eine Vielzahl von Regionen und Gebieten zerfällt, die tödlich miteinander verfeindet sind. (...). Sie haben die totale Russophobie zu ihrer Waffe gemacht und jahrzehntelang gezielt den Hass auf Russland geschürt, vor allem in der Ukraine, für die sie das Schicksal eines antirussischen Brückenkopfes vorgesehen haben. Und sie haben das ukrainische Volk zu Kanonenfutter gemacht und es in den Krieg mit unserem Land getrieben. (...)

Vor Beginn der Kampfhandlungen lebten mehr als siebeneinhalb Millionen Menschen in den Volksrepubliken Donezk und Luhansk sowie in den Regionen Saporischschja und Cherson. Viele von ihnen waren gezwungen, Flüchtlinge zu werden und ihr Zuhause zu verlassen. Diejenigen, die geblieben sind - etwa fünf Millionen Menschen - sind nun ständigen Artillerie- und Raketenangriffen von neonazistischen Kämpfern ausgesetzt. Sie greifen Krankenhäuser und Schulen an und verüben Terroranschläge gegen Zivilisten. Wir haben kein moralisches Recht, uns nahestehende Menschen den Henkern auszuliefern, damit diese sie zerreißen. Wir können nicht ihren aufrichtigen Wunsch ignorieren, ihr Schicksal selbst zu bestimmen.

In dieser Situation halte ich es für notwendig, folgende Entscheidung zu treffen, die den Bedrohungen, denen wir ausgesetzt sind, voll und ganz gerecht wird: Um unser Heimatland, seine Souveränität und territoriale Integrität zu verteidigen und die Sicherheit unseres Volkes und die der Bevölkerung in den befreiten Gebieten zu gewährleisten, halte ich es für notwendig, den Vorschlag des Verteidigungsministeriums und des Generalstabs zu unterstützen, eine Teilmobilmachung in der Russischen Föderation einzuführen.

Mit seiner aggressiven antirussischen Politik hat der Westen alle Grenzen überschritten. Wir hören ständig Drohungen gegen unser Land, unser Volk. Einige unverantwortliche Politiker im Westen reden nicht nur über Pläne zur Lieferung von Langstrecken-Offensivwaffen an die Ukraine - Systeme, die Angriffe auf der Krim und anderen Regionen Russlands ermöglichen würden (...). In Washington,

London und Brüssel drängt man Kiew direkt dazu, militärische Operationen auf unser Gebiet zu verlegen. Man versteckt sich nicht länger und spricht davon, dass Russland mit allen Mitteln auf dem Schlachtfeld besiegt werden muss. Dem folgen soll die Aberkennung politischer, wirtschaftlicher, kultureller und überhaupt jeglicher Art von Souveränität und die vollständige Ausplünderung unseres Landes.

Auch atomare Erpressung hat jetzt begonnen. Ich spreche nicht nur von dem vom Westen geförderten Beschuss des Atomkraftwerks Saporischschja, durch den eine nukleare Katastrophe droht, sondern auch von den Äußerungen einiger hochrangiger Vertreter führender Nato-Länder, ob es möglich und zulässig ist, Massenvernichtungswaffen - Atomwaffen - gegen Russland einzusetzen. Diejenigen, die sich solche Äußerungen gegenüber Russland erlauben, möchte ich daran erinnern, dass auch unser Land über verschiedene Zerstörungsmittel verfügt, von denen einige Komponenten fortschrittlicher sind als die der Nato-Länder. Wenn die territoriale Integrität unseres Landes bedroht ist, werden wir natürlich alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um Russland und unser Volk zu verteidigen. Dies ist kein Bluff.

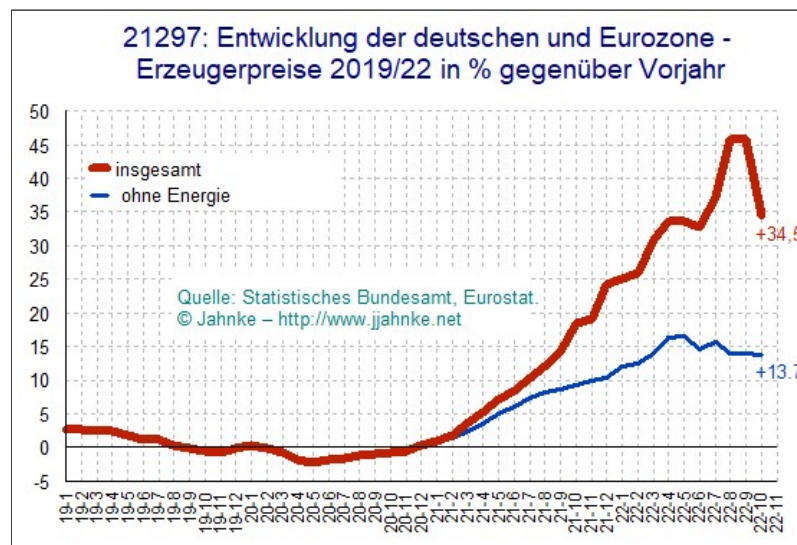
Die Bürger Russlands können sicher sein, dass die territoriale Integrität unseres Heimatlandes, unsere Unabhängigkeit und unsere Freiheit - ich betone das noch einmal - mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gewährleistet werden. Und diejenigen, die versuchen, uns mit Atomwaffen zu erpressen, müssen wissen, dass die Windrose sich auch in ihre Richtung drehen kann. Es liegt in unserer historischen Tradition, in dem Schicksal unseres Volkes, dass wir denjenigen Einhalt gebieten, die nach der Weltherrschaft streben, die damit drohen, unser Vaterland, unser Heimatland zu zerstückeln und zu versklaven. Wir werden das jetzt tun - und so wird es sein. Ich glaube an Ihre Unterstützung."

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 117 21-09-22: Erzeugerpreise im August: höchster Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat seit Beginn der Erhebung im Jahr 1949



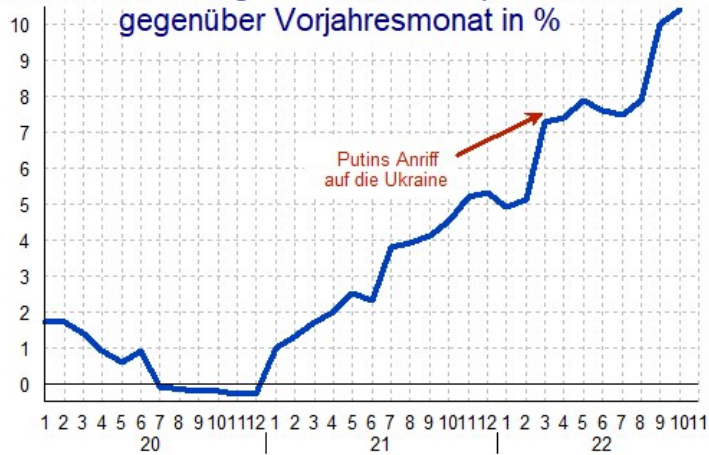
Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte waren im August 2022 um 45,8 % höher als im August 2021 (Abb. 21297). Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, war dies der höchste Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat seit Beginn der Erhebung im Jahr 1949. Im Juli 2022 hatte die Veränderungsrate bei +37,2 % und im Juni bei +32,7 % gelegen. Im Vormonatsvergleich stiegen die Erzeugerpreise im August 2022 um 7,9 %. Das ist ebenfalls der höchste Anstieg gegenüber dem Vormonat seit Beginn der Erhebung.

Wir verdanken das nicht zuletzt der EZB, die jahrelang noch Öl ins Inflationsfeuer gegossen hat, statt ihre gesetzliche Aufgabe der Inflationsbekämpfung zu erfüllen.

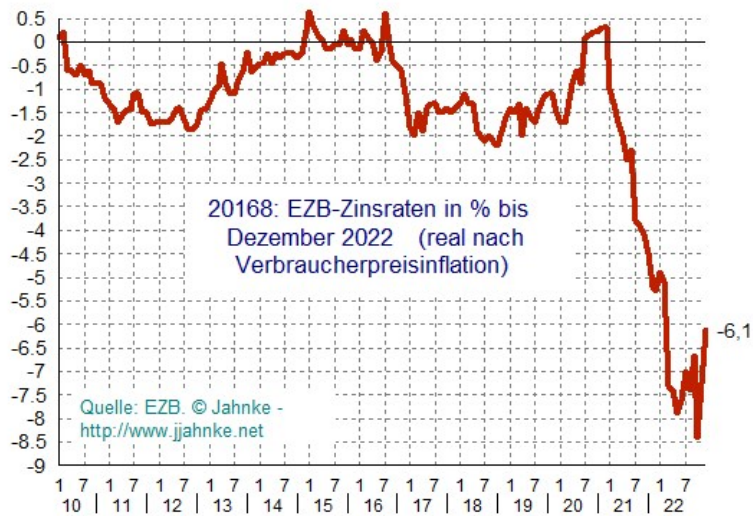
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

Blog 116 20-09-22: Immer mehr Inflation und immer mehr zu Lasten der Geringverdiener

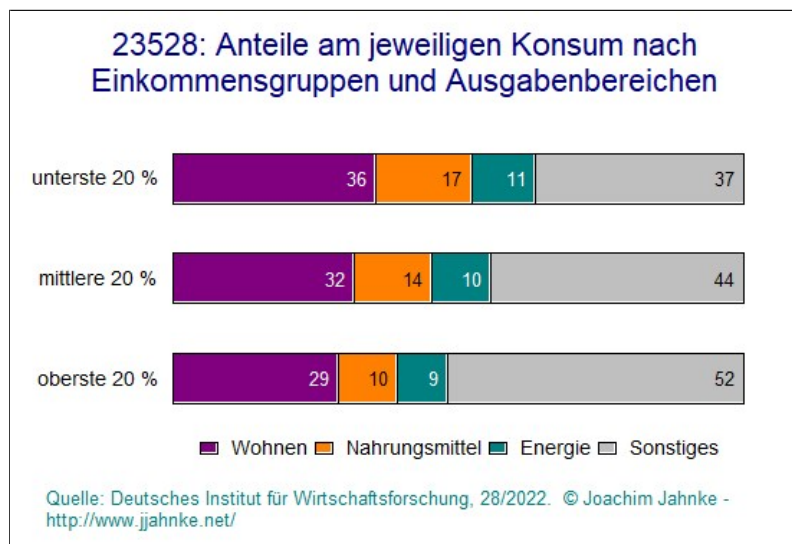
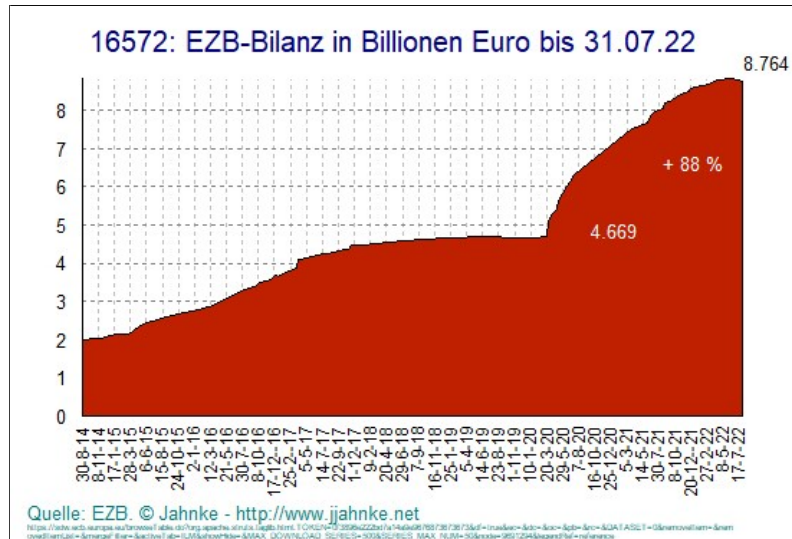
23439: Entwicklung der Verbraucherpreise 2020/22 gegenüber Vorjahresmonat in %



Quelle: Statistisches Bundesamt. © Jahnke - <http://www.jahnke.net>



Quelle: EZB. © Jahnke - <http://www.jahnke.net>



Wegen der Energiekrise rechnet die Bundesbank mit einer spürbaren konjunkturellen Talfahrt und rund zehn Prozent Inflation: "Es mehren sich die Anzeichen für eine Rezession der deutschen Wirtschaft im Sinne eines deutlichen, breit angelegten und länger anhaltenden Rückgangs der Wirtschaftsleistung. Nach dem Mini-Wachstum von 0,1 % im Frühjahr wird das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Sommer-Quartal voraussichtlich etwas schrumpfen. Alles in allem dürfte die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal merklich zurückgehen. Dies dürfte wohl auch für das erste Quartal des kommenden Jahres gelten. Die hohe Inflation und die Unsicherheit in Bezug auf die Energieversorgung und ihre Kosten beeinträchtigen nicht nur die gas- und stromintensive Industrie sowie deren Exportgeschäfte und Investitionen. Denn betroffen sind auch der private Konsum und die davon abhängigen Dienstleister. Mit Auslaufen des 9-Euro-Tickets und des Tankrabatts ist im September mit weiterem Schub zu rechnen. Dies wird im laufenden Monat zu erneuten Preissteigerungen bei Energie und Dienstleistungen führen und die Inflationsrate entsprechend erhöhen. Die angekündigten Maßnahmen des jüngsten Entlastungspakets der Ampel-Koalition, etwa zur Gasumlage oder Strompreisbremse, werden sich dagegen wohl erst Anfang 2023 in den Verbraucherpreisen niederschlagen. Die Inflationsrate dürfte unter dem Strich in den nächsten Monaten in den zweistelligen Bereich vorrücken."

Anders gesagt: Die Kaufkraft der Deutschen wird bald so stark schrumpfen wie zuletzt vor 70 Jahren. Ausgelöst wurde die Inflation schon Ende 2020 (Abb. 23439) und damit längst vor dem die Energiepreise treibenden Angriff Putins auf die Ukraine im Februar 2022. Mit Rücksicht auf Frankreich und vor allem Italien hat die EZB viel zu lange ihren Niedrigzins auf einer real negativen Rate gehalten (Abb. 20168) und durch Kauf von Staatsanleihen (Abb. 16572) noch zusätzlich Öl ins Inflationsfeuer gegossen. Damit kommt jetzt die Zinserhöhung viel zu spät und befördert damit den Wirtschaftseinbruch

noch zusätzlich.

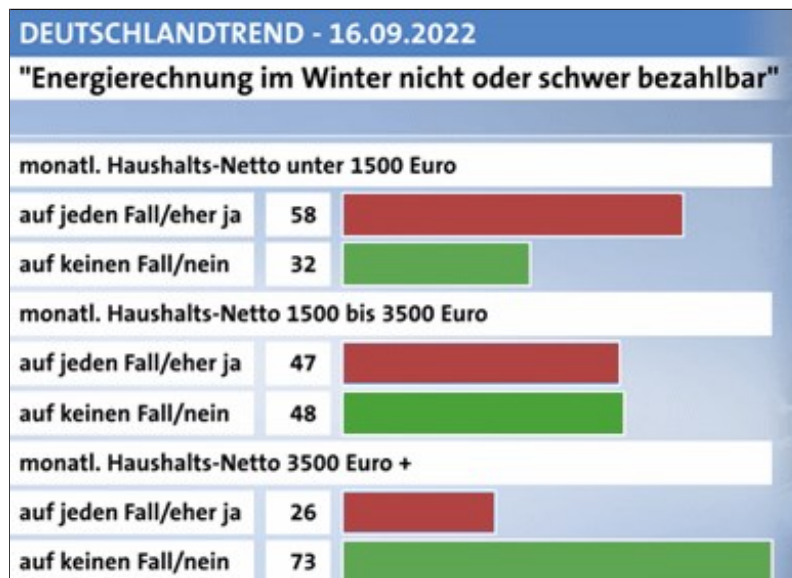
Nach Berechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung treibt die aktuelle Krise nicht etwa Preise für Luxusgüter, sondern für die Dinge, die zum blanken Überleben nötig sind. Daß gerade dieser Grundbedarf teurer wird, wirft ein gravierendes soziales Problem auf: "Die Inflation trifft Haushalte mit geringerem Einkommen härter als jene mit höherem Einkommen. Um diesen Zusammenhang besser zu verstehen, wurden die Konsummuster der Haushalte nach deren Einkommenssituation analysiert. Haushalte, die in der Einkommensverteilung im unteren Fünftel liegen, wenden etwa zwei Drittel ihrer Konsumausgaben für Nahrung, Wohnen und Haushaltsenergie auf. Bei Haushalten im oberen Fünftel der Einkommensverteilung macht dieser Anteil deutlich weniger als die Hälfte der Konsumausgaben aus (Abb. 23528). Die staatlichen Entlastungspakete sind trotzdem bisher auf unsozialen Druck der nur um die Besserverdiener besorgten FDP mit der Gießkanne an alle Einkommensgruppen gleichmäßig verteilt worden und konnten so die ungleiche Auswirkung der Inflation auf die Geringverdiener nicht ausgleichen. Im Ergebnis wird die Staatsverdrossenheit bei den Benachteiligten erheblich zunehmen und das Leben in Deutschland nicht angenehmer machen.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 115 19-09-22: ARD Deutschland-Trend: Angst geht um



Mehr als ein Drittel der Menschen in Deutschland rechnet einer Umfrage zufolge damit, im kommenden Winter die Energierechnung nicht oder nur mit erheblichen Schwierigkeiten bezahlen zu können (Abb.). Im neuen ARD-Deutschlandtrend äußerten 39 Prozent diese Befürchtung. Besonders besorgt sind Geringverdienerinnen und -verdiener sowie jüngere Menschen. 58 Prozent derjenigen, die über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 1.500 Euro verfügen, erwarten laut Deutschlandtrend Zahlungsschwierigkeiten. Bei Haushalten mit monatlichem Nettoeinkommen zwischen 1.500 und 3.500 Euro ist es fast die Hälfte (47 Prozent). Von den Befragten unter 35 Jahren glaubt etwa die Hälfte, dass die Energiekosten des Winters sie vor große Probleme stellen dürften.

83 Prozent der Befragten rechnen damit, dass wegen der hohen Gas- und Strompreise Arbeitsplätze verloren gehen werden. 36 Prozent befürchten in den Wintermonaten Ausfälle in der Strom- und Gasversorgung.

Deutschlands Stadtwerke bestätigen die Sorgen: Sie rechnen im kommenden Jahr nach Angaben des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) mit erheblich höheren Strompreisen. Bisher seien diese zwar weniger gestiegen als die Gaspreise, etwa weil die EEG-Umlage weggefallen sei. Aber auch beim Strom seien weitere Steigerungen zu erwarten, sagte ein Sprecher des VKU der Neuen Osnabrücker Zeitung. Nachdem die Preise bisher um eher 10 Prozent gestiegen seien, werde für das kommende Jahr tendenziell eine Zunahme um die 60 Prozent erwartet. Beim Gas müssten Endkunden der Stadtwerke derzeit häufig zwischen 30 und 60 Prozent mehr zahlen als vor dem Ukraine-Krieg.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

 [per Mail verlinken](#)

Blog 114 17-09-22: **Baerbock drängt mit faulen Argumenten auf Lieferung von Leopard II**



Deutsche Panzer bei Dubno (Ukraine) in Bereitstellung



Deutsche "Tiger"-Panzer warten im Juli 1943 bei Kursk auf den Angriffsbefehl



Leopard 2



Die Grünen waren mal eine Friedenspartei. Die grüne Außenministerin, die sich nicht nur gegenüber Scholz, sondern vor allem auch Habeck profilieren will, drängt nun auf Lieferung von Leopard II Kampfpanzern in die Ukraine - eine Entscheidung, über die der Bundessicherheitsrat unter Federführung von Habeck (nicht Baerbock!) zu entscheiden hätte. Wieder einmal deutsche Kampfpanzer im Schießduell gegen russische zu sehen, was es im 2. Weltkrieg schon einmal sehr blutig auf dem Boden der Ukraine gegeben hat, scheint sie dabei nicht zu schrecken. Bei Kiew kam es 1943 zu einer Schlacht, bei der auf deutscher Seite die 4. Panzerarmee unter von Manstein eingesetzt wurde. Eine weitere Panzerschlacht fand bei dem ukrainischen Dubno statt (Abb.).

Nun kommt sie mit einem besonders böartigen, um nicht zu sagen verlogenen Argument daher. Auf die Frage der FAZ "Würden die Erfolge, die die ukrainischen Streitkräfte gerade erzielen, eine Entscheidung im Blick auf die Lieferung von Panzern beeinflussen?" meint sie: "Natürlich. Unsere Waffenlieferungen helfen offensichtlich sehr deutlich, Menschenleben zu retten. Also sollte sich eine menschenrechtsgeleitete Außenpolitik ständig fragen, wie wir durch weitere Lieferungen helfen können, noch mehr Dörfer zu befreien und damit Leben zu retten."

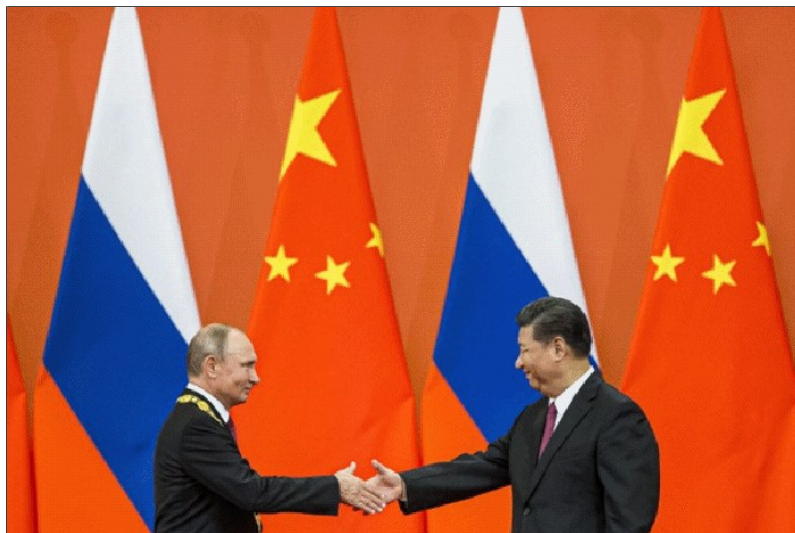
Wenn mit schweren Waffen Menschenleben zu vernichten gleichzeitig bedeuten soll, Menschenleben zu retten, wer soll das begreifen? Dann wären dem deutschen Rüstungsexport Tor und Türen geöffnet. Und das ausgerechnet von einer grünen Außenministerin! Wo immer Krieg stattfindet, könnten mit diesem Argument deutsche Waffen zum Einsatz kommen. Vielleicht denkt die verirrte Außenministerin noch einmal über ihre Logik nach.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

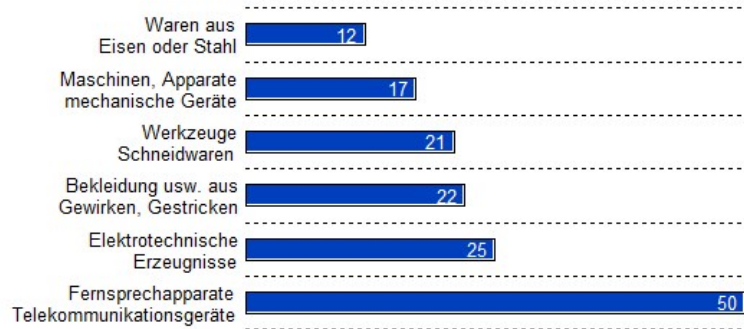


[per Mail verlinken](#)

Blog 113 16-09-22: Zur wirtschaftlichen Abhängigkeit von China

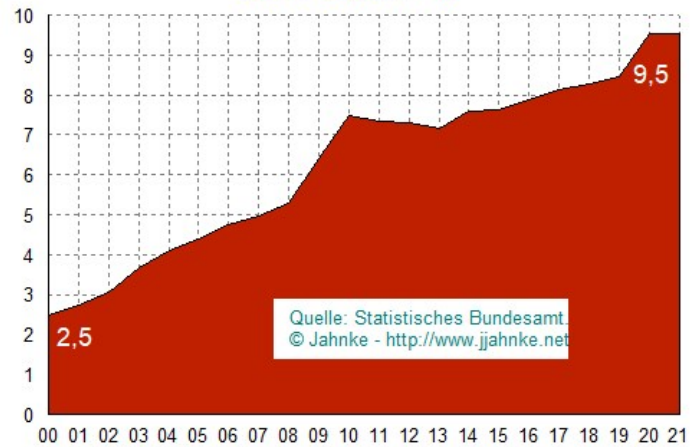


21222: Anteil der deutschen Einfuhren aus China 2019 in %



Quelle: Statistisches Bundesamt. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/n>

23426: Anteil Chinas am deutschen Außenhandel
2000-2021 in %



23429: Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in China 2010 - 2020 in Mrd. Euro



Quelle: Bundesbank. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

23526: Produktion von Silizium 2021 in 1.000 t



Quelle: Statista. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

Die Abhängigkeit von Rußland im Energiebereich hat noch immer zu keinem Umdenken bei China geführt, wo sich eine weit breitere Abhängigkeit aufgebaut hat und immer weiter aufbaut und wo die Politik des diktatorischen Regimes immer robuster wird und ein militärischer Angriff auf Taiwan nicht mehr auszuschließen ist. Auch machen Putin und Xi zunehmend gemeinsame Sache. Sie wollen einen neuen Block bilden, der die Welt verändert. Einige dem westlichen Embargo unterworfenen Waren dürfte Rußland jetzt aus China zu importieren versuchen, auch wenn das von chinesischer Seite bestritten werden wird (wer will kontrollieren, was über die chinesisch-russische Grenze geht?). Der russische Energieminister will die wegfallenden Gas-Lieferungen nach Europa mit einer neuen Pipeline nach China ausgleichen, und Putin dankte Xi für die "ausgeglichene Position", die China im Ukraine-Konflikt einnehme. Im Gegenzug sicherte er Xi auch seine Unterstützung in der Taiwanfrage zu. Peking hat die russische Invasion in der Ukraine zu keinem Zeitpunkt verurteilt und stattdessen die westlichen Sanktionen gegen Moskau sowie Waffenlieferungen an Kiew kritisiert. Auch hat China die russische Argumentation übernommen und stellt die USA und die Nato als die Hauptschuldigen in dem Konflikt dar.

Die Bundesregierung fördert seit vielen Jahren Exporte nach und Investitionen in China mit staatlichen Garantien. Habeck hat jetzt angekündigt, in der Handelspolitik einen schärferen Kurs gegen China fahren zu wollen. Die Volksrepublik sei ein willkommener Handelspartner. "Aber wenn es Staatsprotektionismus gibt, dann muss er mit Gegenmaßnahmen bekämpft werden. Wir können uns nicht erpressen lassen. Die Zeit der Naivität muß vorbei sein."

Doch die deutsche Wirtschaft warnt vor solchen Plänen: "Die staatliche Förderung und Absicherung

des China-Geschäfts deutscher Unternehmen muss grundsätzlich erhalten bleiben", sagte der Hauptgeschäftsführer des Asien-Pazifik-Ausschusses (APA) der deutschen Wirtschaft, Friedolin Strack, "Eine angemessene Präsenz auf dem zentralen Wachstumsmarkt China ist wichtig - nicht nur für einzelne Unternehmen, sondern auch aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive.

Bei vielen wichtigen Importprodukten haben wir schon hohe Abhängigkeiten von China (Abb. 21222, 23426, 23429). Mit 28,2 % kommt fast ein Drittel der deutschen Einfuhren von elektrotechnischen Erzeugnissen aus China. In sehr vielen technischen Produkten in Deutschland stecken billige Komponenten aus China. Im Ergebnis ist die Abhängigkeit von China unvermeidbar hoch. Auf der Exportseite sind vor allem die Unternehmen des Kfz-Sektors, wie VW, hochgradig vom chinesischen Markt abhängig. Besonders groß ist die Abhängigkeit bei Silizium, wo China weltweit der bei Weitem größte Produzent ist (Abb.23526) und bei Seltenen Erden, wo mit 22,4 % fast ein Viertel aus China importiert wird.

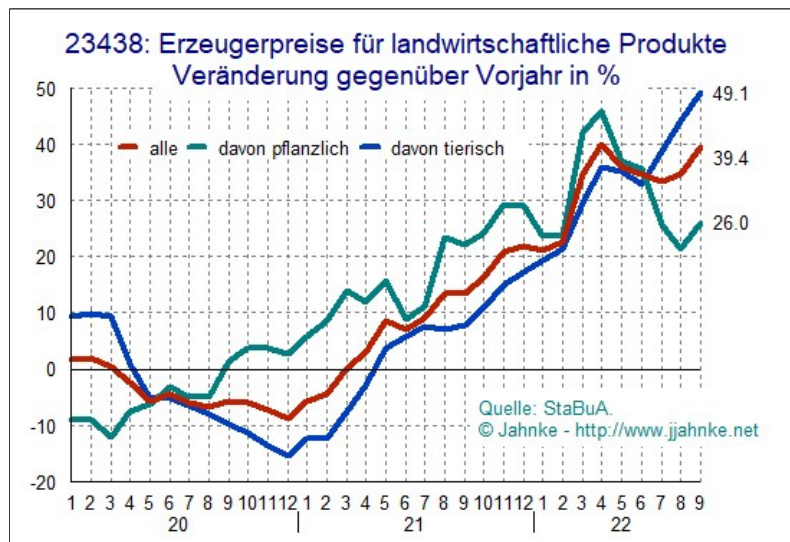
Sollte China Taiwan militärisch angreifen, so wäre die Bundesregierung vor ein schweres Dilemma gestellt: Entweder Sanktionen mit sehr negativen Erfahrungen für Deutschland, die wahrscheinlich schlimmer wären als die bei Rußland, oder wegschauen und den gewaltsamen und wahrscheinlich mörderischen Überfall hinnehmen. Wegen der dominanten Stellung von Taiwan in der Elektronikproduktion, wobei ein Großteil aller Laptops weltweit und viele Computer-Chips von taiwanesischen Unternehmen stammen, wären dann weitere erhebliche wirtschaftliche Schäden für Deutschland zu befürchten.

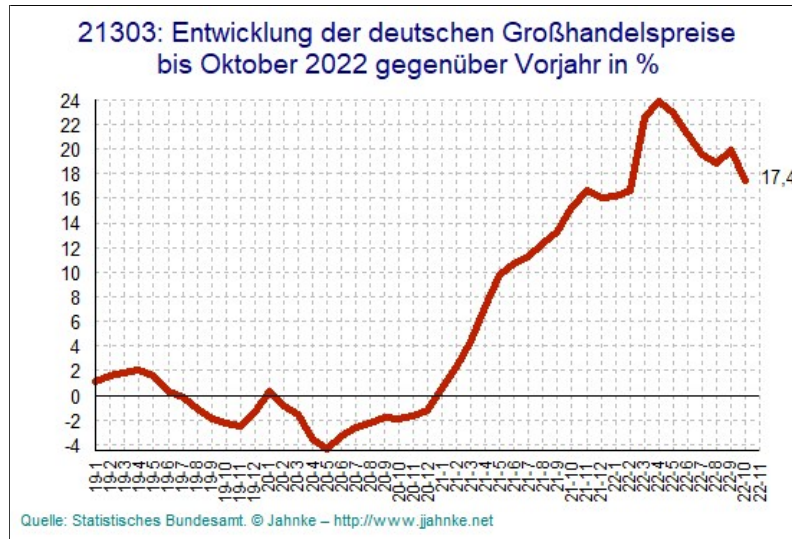
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 112 15-09-22: Die Inflation ist immer noch auf Trab





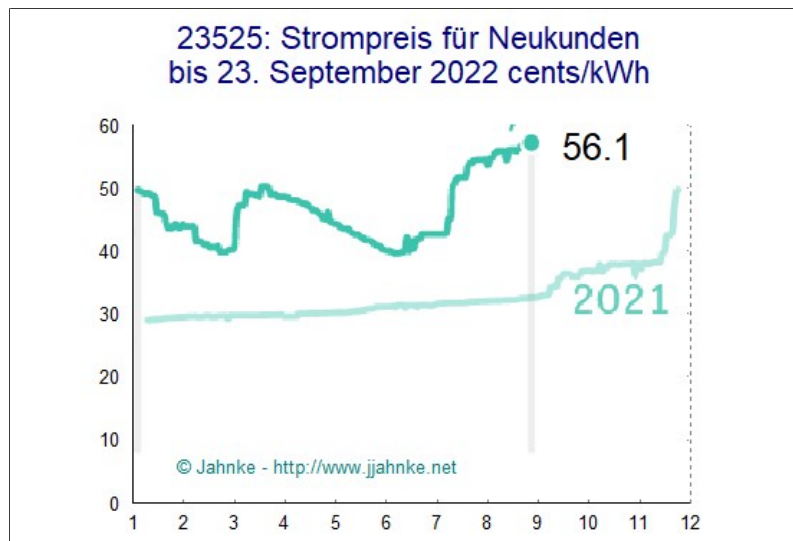
Erste Projektionen zeigen auch noch für das kommende Jahr eine fast zweistellige Inflation an. So erwartet das Ifo-Institut für 2023 9,3 % und im ersten Quartal sogar 11 %. Besonders bei Nahrungsmitteln lag die Inflation schon im August mit 16,8 % gegenüber Vorjahr sehr hoch. Jetzt veröffentlichte das Statistische Bundesamt die Inflationsrate für landwirtschaftliche Produkte im Juli: mit 33,4 % ist sie weiterhin sehr hoch, auch wenn sie gegenüber Juni leicht zurückgegangen ist (Abb. 23438). Auch die Großhandelspreise haben immer noch eine Steigerungsrate von fast 20 %, was auf eine anhaltend hohe Inflation hindeutet (Abb. 21303). Das jetzt mit viel Fanfare beschlossene "Bürgergeld" von nur 502 EUR pro Monat wird dieser Entwicklung längst nicht gerecht.

Zu diesem derzeit für die meisten Menschen in Deutschland wichtigsten Thema ist jetzt meine neue Broschüre "Inflation: Wo sie herkommt, was sie bewirkt, wie man sich dagegen schützt" erschienen (Abb.). Sie kann portofrei beim Verlag für 4 EUR bestellt werden mit Zugang über diesen Link: [BoD](#). Außerdem im Buchhandel unter ISBN-13: 9783756820955 sowie im Versandhandel erhältlich, z.B. [Amazon](#), [Thalia](#), [ebook](#).

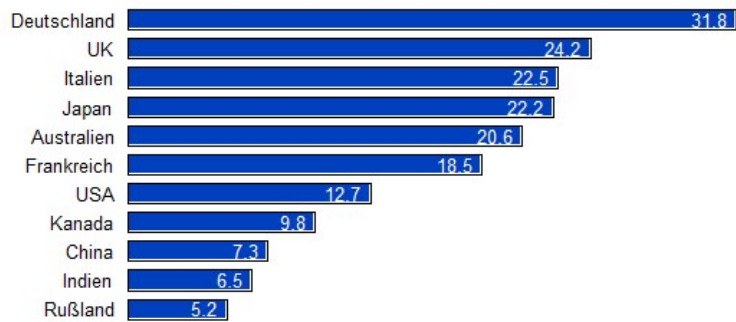
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



Blog 111 13-09-22: Wo die Bundesregierung versagt

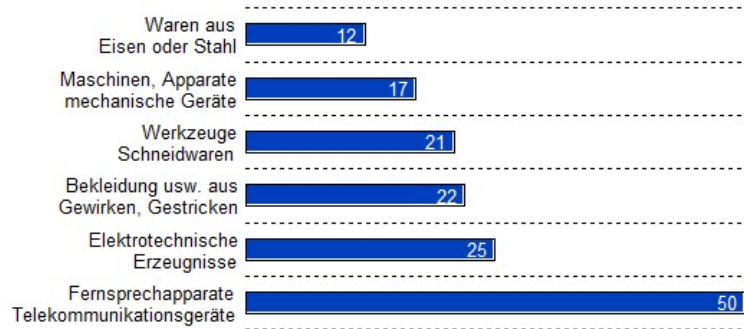


23524: Strompreise in Euro-Cent/kWh Juni 2022



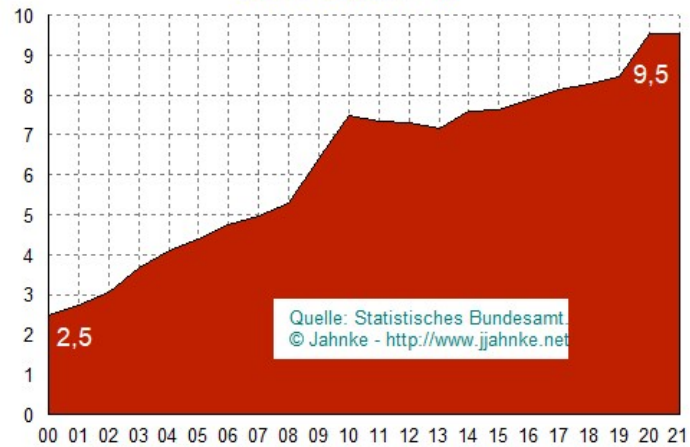
Quelle: Globalpetrolprices. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

21222: Anteil der deutschen Einfuhren aus China 2019 in %



Quelle: Statistisches Bundesamt. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/n>

23426: Anteil Chinas am deutschen Außenhandel 2000-2021 in %



Quelle: Statistisches Bundesamt
© Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

23429: Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in China 2010 - 2020 in Mrd. Euro



Quelle: Bundesbank. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

Es ist eine lange Liste von Versagen der Bundesregierung, die ständig länger wird. Hier einige besonders eklatante Beispiele.

1. Energiepolitik

Wir haben zurzeit die höchsten Strompreise aller vergleichbaren Länder. Sie sind aktuell so hoch wie nie, seit Beginn des letzten Jahres mit einem Anstieg um 128 % weit mehr als verdoppelt (Abb. 23525). Zu diesem Ergebnis kommt eine Preisanalyse von 145 Ländern, die das Vergleichsportal Verivox mit den Daten des Energiedienstes Global Petrol Prices durchgeführt hat (Abb. 23524): In keinem anderen G20-Staat ist Strom teurer. Es folgen in der Gruppe der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer mit Abstand Italien und das Vereinigte Königreich. Wie stark die Einbeziehung der Kaufkraft den Strompreis verändert, zeigt folgendes Beispiel: Beträgt der nominelle Preisunterschied zwischen Deutschland (Platz 1) und Dänemark (Platz 2) rund 8 Prozent, sind es kaufkraftbereinigt rund 28 Prozent.

In der Folge leiden mittelständische Unternehmen und müssen schließen, da hier noch keine Rettungsprogramme zur Abfederung der Energiekosten beschlossen sind. Die ärmeren Bevölkerungskreise wurden mit der einmaligen Gießkanne von 300 Euro abgefunden, der gleiche Betrag wie auch für die Bestverdiener, statt eine spezifische und dementsprechend höhere Hilfe zu bekommen. Zu allem Überfluß sollen die noch vorhandenen Kernkraftwerke zum Jahresende vom Netz genommen werden, um der grünen Ideologie zu gehorchen. Eine Übergewinnsteuer für Unternehmen, die derzeit an den hohen Energiepreisen Mega-Gewinne machen, gibt es bisher nicht.

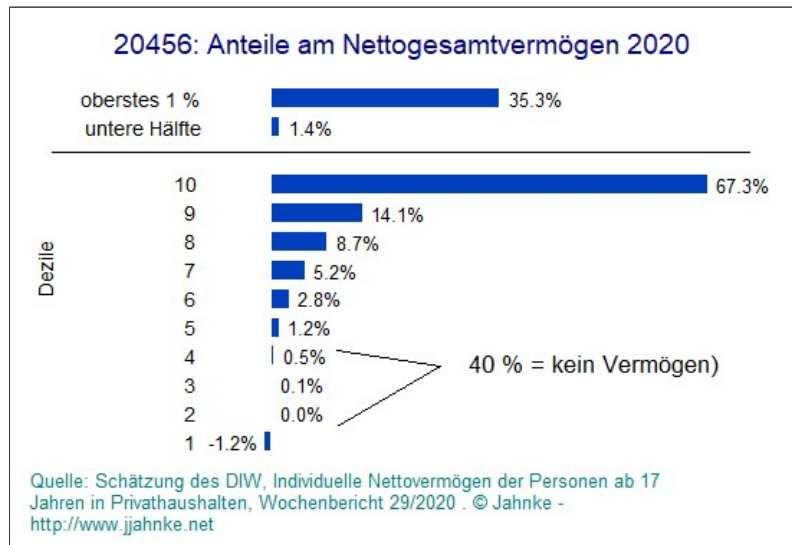
Auch die Benzinpreise sind teurer als in allen direkten EU-Nachbarstaaten, nachdem die Bundesregierung auf Druck der FDP den Tankrabatt hat ersatzlos auslaufen lassen.

2. Sozialpolitik

Die IG-Metall fordert jetzt Lohnerhöhungen von 8 % und wird einen guten Teil davon durchsetzen. Unterstellt, daß sich die anderen Gewerkschaften genauso verhalten, so kommen alle Beschäftigten der tarifgebundenen Unternehmen in den Genuß eines weitgehenden oder mindestens teilweisen Inflationsausgleichs. Aber nur noch 43 % der Beschäftigten arbeiten in Betrieben mit Tarifbindung, und 25 % der Deutschen gehen überhaupt keiner Erwerbstätigkeit nach. Im Ergebnis erreichen die Gewerkschaften mit ihrem teilweisen Inflationsausgleich nur knapp ein Drittel der Deutschen. **Für zwei Drittel der Deutschen sieht es dagegen ziemlich düster aus**, umso mehr als die Lohnsteigerungen bei dem begünstigten Drittel die Inflation in Deutschland noch zusätzlich hochtreiben und schon jetzt Experten eine fast zweistellige Inflation im kommenden Jahr erwarten. Denn nach allen Erfahrungen geben die Unternehmen die Kostensteigerungen aus Lohnverhandlungen weitgehend an die Abnehmer ihrer Waren oder Dienstleistungen weiter. Vor allem ärmere und von den Gewerkschaften nicht geschützte Menschen dürfte der Staat in der Sozialpolitik nicht alleine lassen. Doch genau das tut der derzeit.

Dabei haben fast 40 Prozent der Menschen in Deutschland kein nennenswertes Vermögen, konnten also auch in der Vergangenheit nie systematisch sparen (Abb. 20456), und sind schutzlos der Inflation ausgeliefert. Die Sparkassen warnen vor den verheerenden Folgen, welche die stark steigenden Preise schon jetzt in Deutschland haben. Bei den aktuellen Preissprüngen vor allem für Energie und Nahrungsmittel benötigten 60 Prozent der privaten Haushalte ihre gesamten monatlichen Einkünfte und mehr, um die laufenden Ausgaben zu decken, sagte Helmut Schleweis, der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes am Dienstag auf einer Pressekonferenz. Nach Berechnungen der

Sparkassen hätten Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 3600 Euro derzeit am Monatsende kein Geld mehr übrig und müssten Lücken dann teilweise durch ihre eigenen Ersparnisse schließen.



3. Verteidigungspolitik

Trotz der schlimmen Erfahrungen mit Putins brutalem Angriff auf die Ukraine und obwohl die Bundesregierung ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr beschlossen hat, bleibt Deutschland weiter unter dem Nato-Ziel von 2 % des Verteidigungshaushalts am Gesamthaushalt. Allein für die Jahre 2022 und 2023 fehlen fast 18 Milliarden Euro.

4. Außen- und Außenhandelspolitik

Die Abhängigkeit von Rußland im Energiebereich hat noch immer zu keinem Umdenken bei China geführt, wo sich eine weit breitere Abhängigkeit aufgebaut hat und immer weiter aufbaut und wo die Politik des diktatorischen Regimes immer robuster wird und ein militärischer Angriff auf Taiwan nicht mehr auszuschließen ist. Bei vielen wichtigen Importprodukten haben wir schon hohe Abhängigkeiten auf der Importseite (Abb. 21222, 23426, 23429). Auf der Exportseite sind vor allem die Unternehmen des Kfz-Sektors, wie VW, hochgradig vom chinesischen Markt abhängig. Die von einer exportgetriebenen deutschen Industrie unterstützte These, mit Wirtschaft zu mehr Demokratie in der Welt zu kommen, war immer schon selbstsüchtig verlogen.



Beispielhaft ist die derzeitige Diskussion um einen Einstieg der staatlichen chinesischen Reederei Cosco mit 35 % beim Hamburger Hafen. Cosco ist auf dem Weg, die weltgrößte Reederei zu werden, und hat schon den Hafen von Piräus übernommen. China ist an dem Hamburger Hafen umso mehr interessiert, als Hamburg auch ein Endpunkt des von der chinesischen Führung quer durch Asien und Europa betriebenen gigantischen "One Belt, One Road"-Projekts ist. Da es sich beim Hafen um

kritische Infrastruktur handelt, prüft das Bundeswirtschaftsministerium. Der Hamburger Hafen hat die Bundesregierung davor gewarnt, den Einstieg zu untersagen: "Ein Einstieg der Chinesen in die Betriebsgesellschaft wäre ein Riesengewinn für den Hafen und keine Gefahr. Eine Absage an die Chinesen wäre eine Katastrophe nicht nur für den Hafen, sondern wegen möglicher chinesischer Reaktionen für Deutschland". Auch beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag warnte man vor negativen Konsequenzen im Falle einer Ablehnung: "Wenn keine klaren Sicherheitskriterien nachvollziehbar sind, hat die Untersagung von Investitionen des für unsere Wirtschaft so wichtigen Handelspartners China negative Auswirkungen auf die Investitionsattraktivität unserer Standorte". Da sind wir also wieder einmal: Weil wir uns schon so abhängig von China gemacht haben, will man sich wegen chinesischer Reaktionen lieber noch abhängiger machen. In den von den Grünen geführten Außen- und Wirtschaftsministerien soll es eine klare Tendenz zu einer Ablehnung geben, im Kanzleramt dagegen Vorbehalte gegen die Ablehnung. Scholz und seine SPD treiben Deutschland in die Abhängigkeit von China so, wie sie es bereits verhängnisvoll bei Rußland getan haben.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



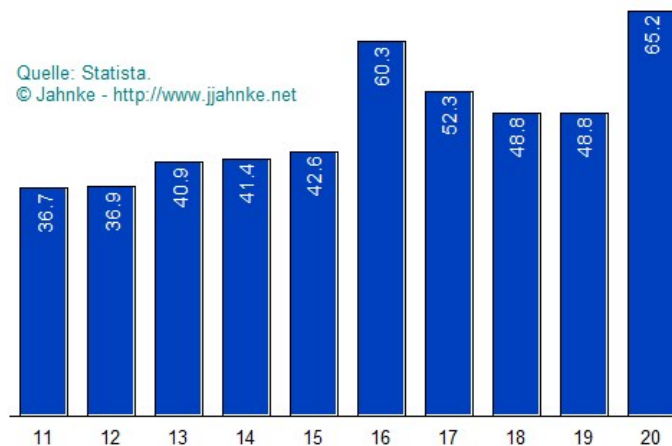
[per Mail verlinken](#)

Blog 110 12-09-22: Die Frau, die uns an Putin "verkauft" hat

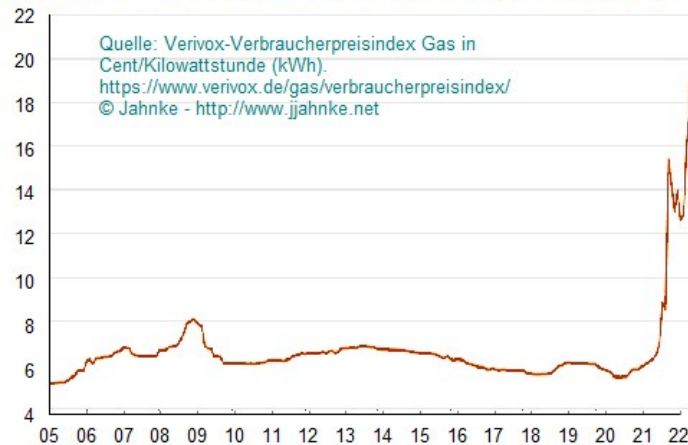


23521: Anteil Rußlands am deutschen Gasimport in %

Quelle: Statista.
© Jahnke - <http://www.jjahnke.net>



23474: Entwicklung des durchschnittlichen Gaspreises für Neukunden bei Jahresverbrauch von 20.000 kWh 2005/22



Wenn Heizung und Strom im Winter ausfallen sollten oder für viele Menschen unbezahlbar würden (schon jetzt steigt der Gaspreis fast senkrecht immer höher und hat sich über ein einziges Jahr schon fast vervierfacht, Abb. 23474), müssen wir an Merkel und deren ziemlich grenzenloses Verständnis für Putin denken. In ihren langen Regierungsjahren wurde die Gasleitung durch die Ostsee gebaut, die uns noch mehr von russischem Gas abhängig machte, von 37 % auf 65 % des deutschen Gasimports (Abb. 23521), und gleichzeitig der Ukraine die Möglichkeit nahm, das bis dahin allein durch die Ukraine fließende russische Gas zu kontrollieren. Sie war es, die sich gegen die Aufnahme der Ukraine in die Nato sperrte, was Putins grausamen Krieg gegen die Ukraine verhindert hätte. Sie war es auch, die mit Rücksicht auf Putin nach der Besetzung der Krim die westliche Reaktion schwächte und damit Putins Krieg herausforderte.

Sie ist nun mit einer staatlichen Pension von rund 15.000 Euro brutto pro Monat gut versorgt. Davon kann jeder Normalo wohl nur träumen; denn ein Durchschnittsverdiener müsste dafür rund 468 Jahre arbeiten. Die Memoiren, an denen sie jetzt schreibt, werden noch einmal sehr viel Geld einbringen. Sorgen um hohe Heiz- und Stromkosten, die sie uns mit ihrer Rücksicht auf Putin eingebrockt hat, braucht sie nicht zu haben.

In ihren Memoiren wird sie uns nächstens mitteilen, daß sie und warum sie immer alles richtig und zu unserem Wohl und Nutzen gemacht hat.

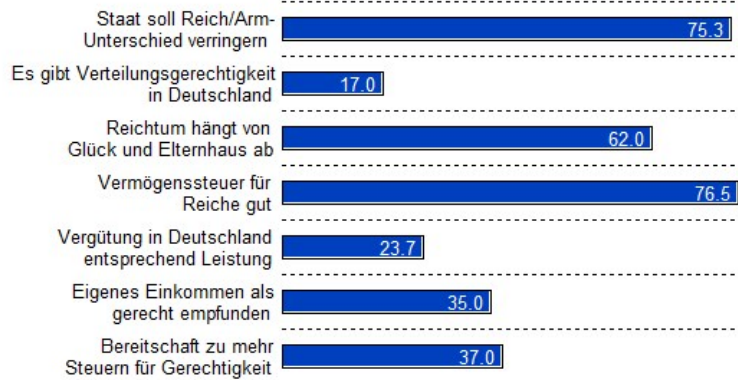
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 109 10-09-22: Keine Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland

23520: Umfrage Bertelsmann-Stiftung/Ifo-Institut zur sozialen Gerechtigkeit in Deutschland - Antworten in %



Quelle: Bertelsmann-Stiftung . © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/n>

Nach einer neuen Studie der Bertelsmann Stiftung zum Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland auf der Basis einer Umfrage, die gemeinsam mit dem Münchner IFO-Institut erfolgte, stimmen drei von vier Erwachsenen (75,3 Prozent) der Aussage zu, der Staat solle "für eine Verringerung des Unterschieds zwischen Arm und Reich sorgen". 83 % sehen keine Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland. Menschen mit höherem Einkommen und höherer formaler Bildung, Männer sowie Bildungsaufsteiger/innen empfinden die Gesellschaft als deutlich gerechter als Menschen mit niedrigerem Einkommen und Bildungsstand sowie Frauen. 77 % treten für eine Vermögenssteuer ein. Zu den Ergebnissen siehe Abb. 23520.

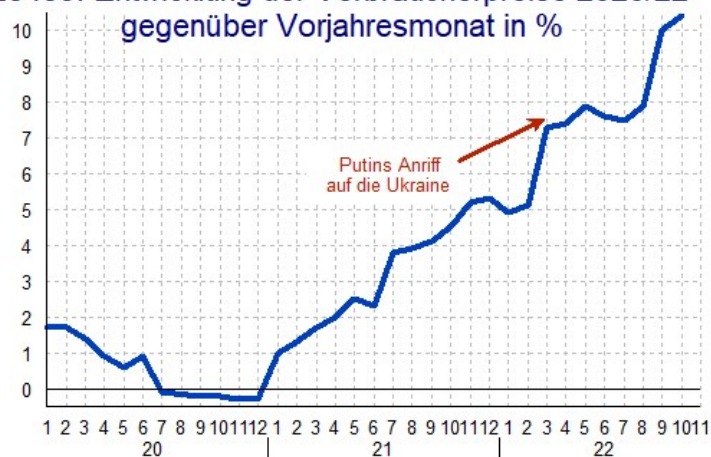
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



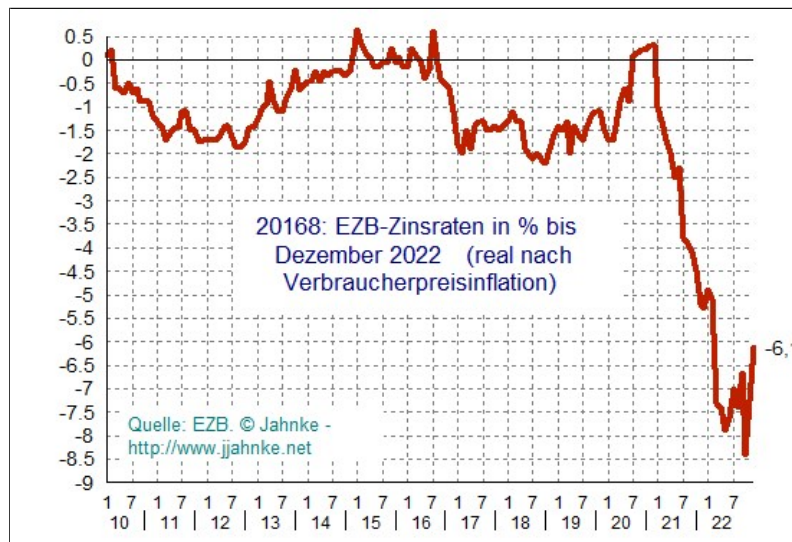
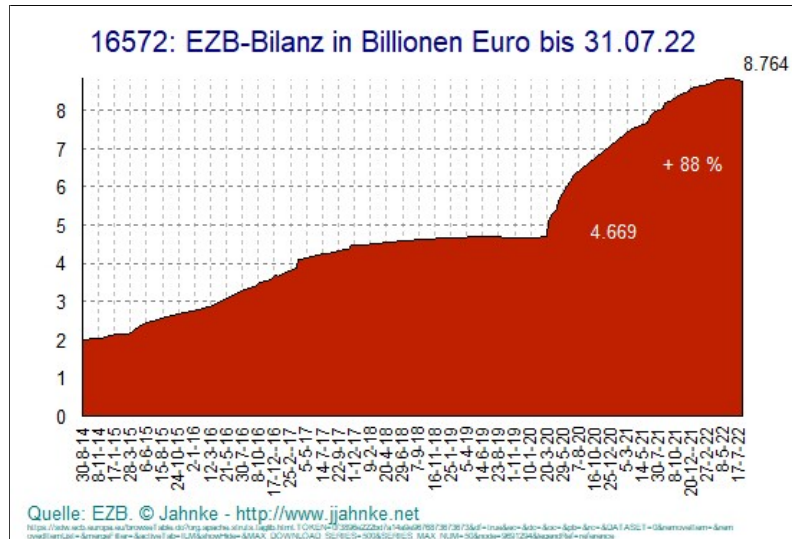
[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 108 09-09-22: EZB: Zu wenig, zu spät

23439: Entwicklung der Verbraucherpreise 2020/22 gegenüber Vorjahresmonat in %



Quelle: Statistisches Bundesamt. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>



Das Unglück wollte es, daß eine Französin, die als Juristin nichts von dem Zentralbankgeschäft verstand, auf französischen Druck Präsidentin der EZB werden mußte. Sie wurde in ununterbrochener Reihenfolge nach Trichet und Draghi die dritte aus den Mittelmeerländern im Vorsitz der EZB. Deutschland war nie dran und hat im Vorstand nur das gleiche Stimmrecht wie der Mini-Stimmhalter Malta. Der deutsche Vertreter wurde so immer wieder überstimmt, mit Jens Weidmann trat einer total frustriert 2021 zurück.

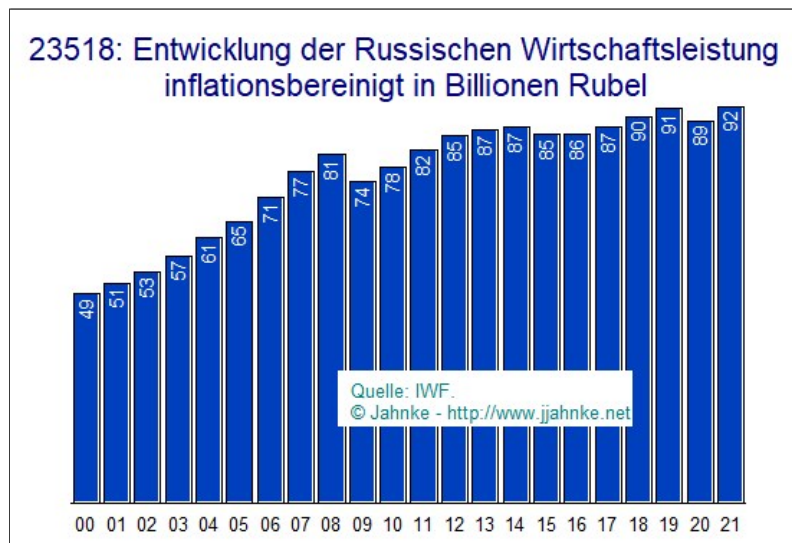
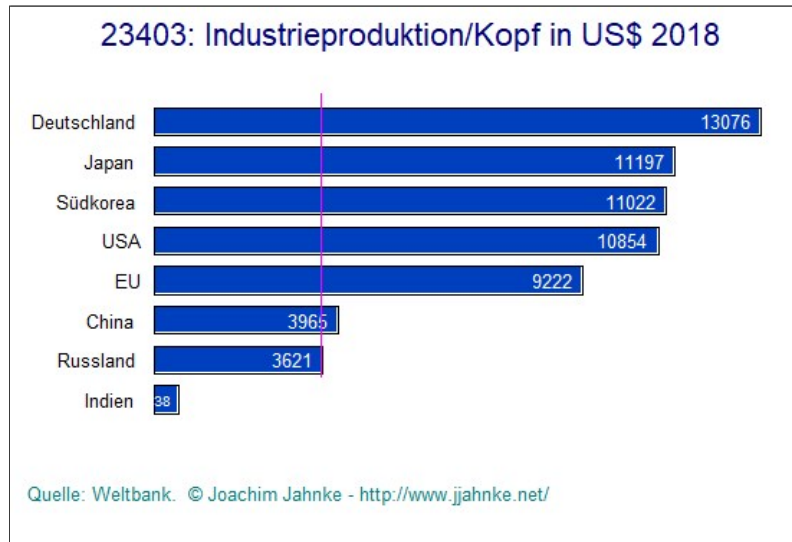
Längst sahen alle Experten die Inflation anrollen, die sich bereits Ende 2020 und damit längst vor dem Krieg in der Ukraine in Bewegung gesetzt hatte (Abb. 23439). Doch die EZB ruhte sanft und befürchtete Folgen für das hoch verschuldete Italien, sollte sie die Zinsen aus dem real negativen Bereich wenigstens in kleinsten Schritten holen. Sie goß auch noch kräftig Öl in Feuer, indem sie Anleihen der Eurostaaten, besonders Italiens, massenhaft aufkaufte und damit ihre Bilanz aufblies, zugleich aber den Geldumlauf inflationsträchtig erhöhte (Abb. 16572). Mit ihrem stattlichen Eurozonen-Wertpapierportfolio im Volumen von rund 5 Billionen Euro ist die EZB nun der mächtigste Spieler am Markt für europäische Staatsanleihen. So stellten sich alle Akteure vom Handel bis zu den Gewerkschaften auf eine untätige EZB und demensprechend hohe Inflation ein und erhöhten vorsorglich Preise und Löhne, was nun der Inflation einen weiteren Schub gibt.

Auch nach der viel zu zaghafte Erhöhung um 0,75 % ist der Zentralbankzins nach Inflation mit minus 6,65 % noch weit im real negativen Bereich (Abb. 20168) und weit davon entfernt, die Inflation zu stoppen. Da er so spät kommt, fällt er jetzt ausgerechnet in den Beginn einer Wirtschaftskrise, die er noch verstärken kann.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



Blog 107 08-09-22: Putin und sein eingebildeter Größenwahn



23519: Wirtschaftsleistung/Kopf in 1.000 US\$ Kaufkraftseinheiten 2021



Quelle: IWF. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>



"Ruhm den Helden Russlands": Straßenszene Ende August in Moskau

Putin hält sich eh schon für den Größten. Aber die Überheblichkeit scheint keine Grenzen mehr zu kennen und ist schon krankhaft. Sie paßt auch gar nicht zu der vergleichsweise traurig-schlechten Wirtschaftslage seines Landes. Die Industrieproduktion pro Kopf ist nur wenig mehr als ein Drittel der

deutschen (Abb. 23403), und ein großer Teil davon sind Waffen, die jetzt weiter in den blutigen Krieg gegen die Ukraine gehen. Seit 10 Jahren wächst die russische Wirtschaft bei einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 0,9 % kaum noch (Abb. 23518). Derzeit ist sie selbst in Kaufkräfteinheiten nur die Hälfte der deutschen (Abb. 23519). Die westlichen Sanktionen wegen des Angriffs auf die Ukraine werden die russische Wirtschaft nun weiter drücken.

Jetzt droht Putin in seiner Propaganda-Rede auf dem Wirtschaftsforum in Wladiwostok (Abb.) in seinem Größenwahn als Weltenlenker mit dem Ende des Getreideabkommens, das mit der Ukraine, der Uno und der Türkei abgeschlossen wurde.

Wegen dieses Größenwahns ihres selbsternannten Führers geht es normalen Menschen in Putins Reich nicht besonders gut. Und Putins Krieg in der Ukraine hat auch schon viele tausend russische Menschenleben gekostet, um die die Familien trauern, wie die Familien in der Ukraine. Dabei hat Putin nicht die geringste Absicht, diesen Krieg bald zu beenden. Er ist auch schuld, wenn deutsche Waffen wieder Russen töten, obwohl wir das nie wieder wollten.

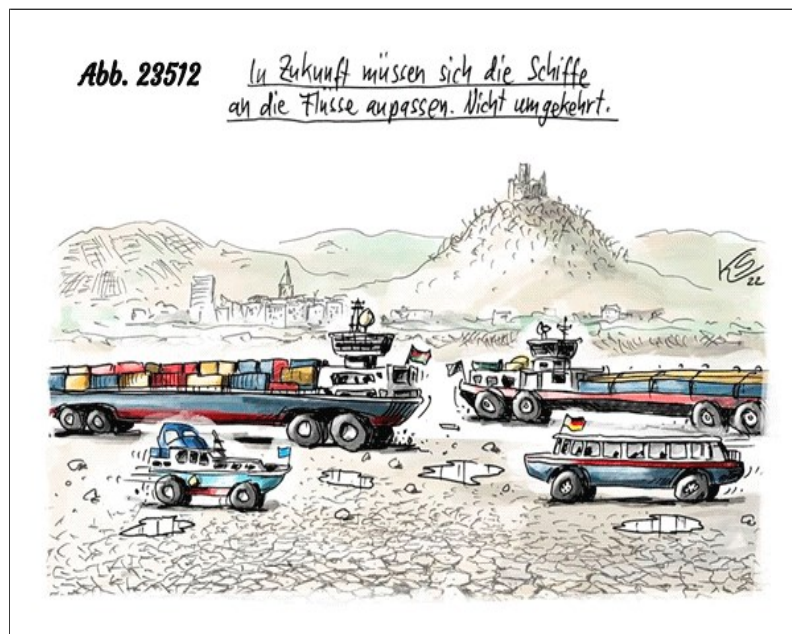
Nach den Umfragen des einzigen unabhängigen Meinungsforschungsinstituts Rußlands, des Lewada-Zentrums, ist die Masse der Bevölkerung immer noch stolz auf die Aktionen der russischen Armee in der Ukraine (Abb.). Zugleich ist sie aber nicht bereit, etwas dafür zu bezahlen oder dazu beizutragen, geschweige denn daran teilzunehmen. Sie sorgt sich, dass sich der Krieg zu einem großen Krieg auswachsen könnte, zu einer Konfrontation mit der NATO, der dann auch russisches Gebiet erreichen könnte. Rund 40 Prozent sind richtiggehend schockiert und empört.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

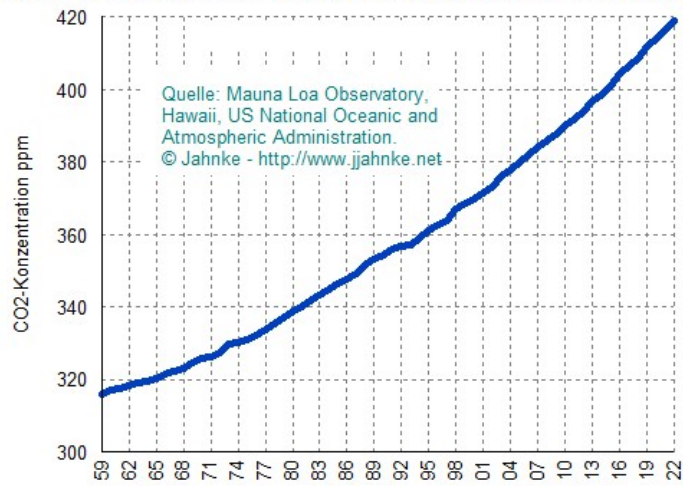


[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 106 06-09-22: Immer mehr CO2 in der Atmosphäre, immer mehr Hitze und Waldbrände



23511: Atmosphärische CO₂-Konzentration bis Oktober 2022



23416: Atmosphärische CO₂-Konzentration im Juli 2022

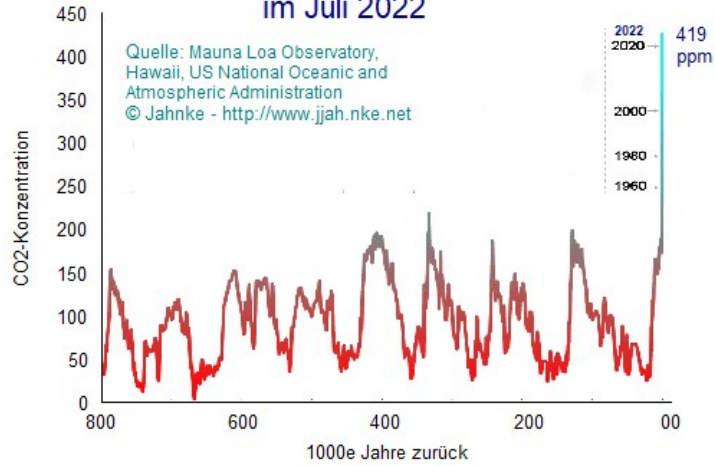


Abb. 23513

EUROPE

Temperature Anomaly (C)
July 2022

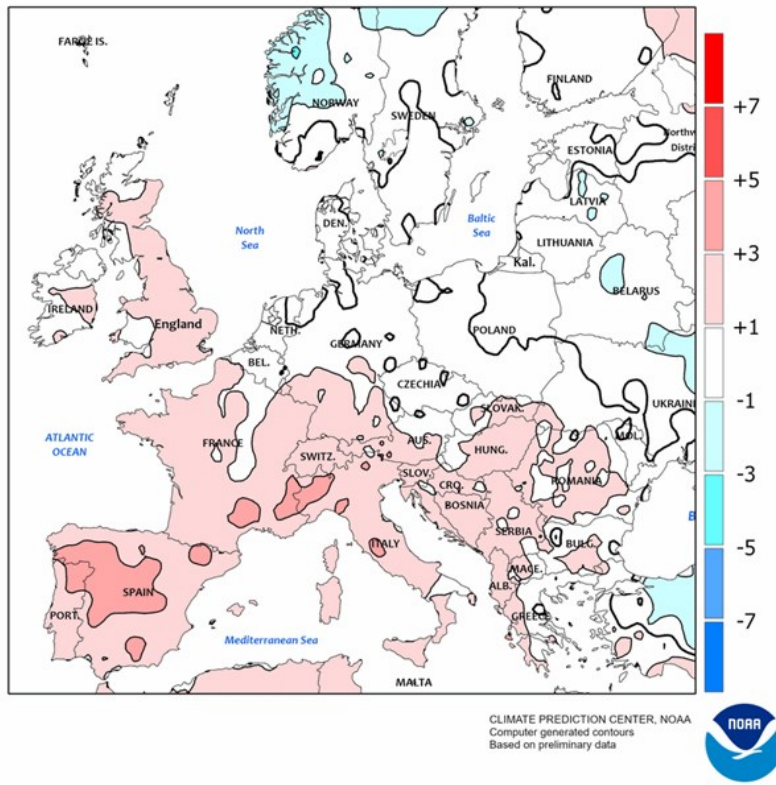
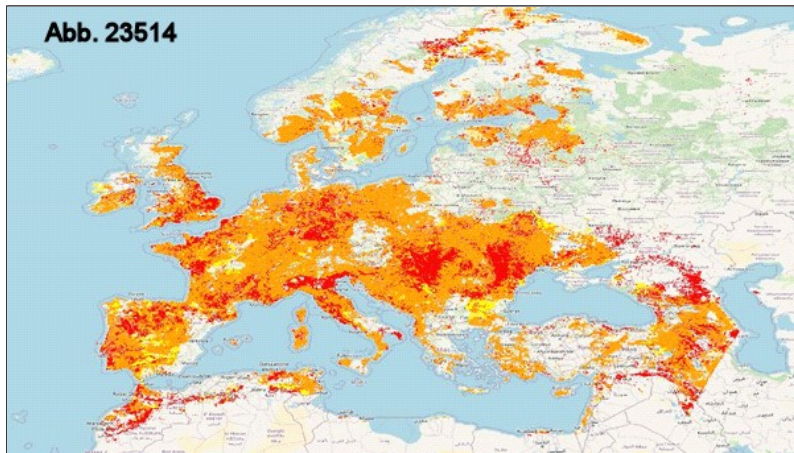
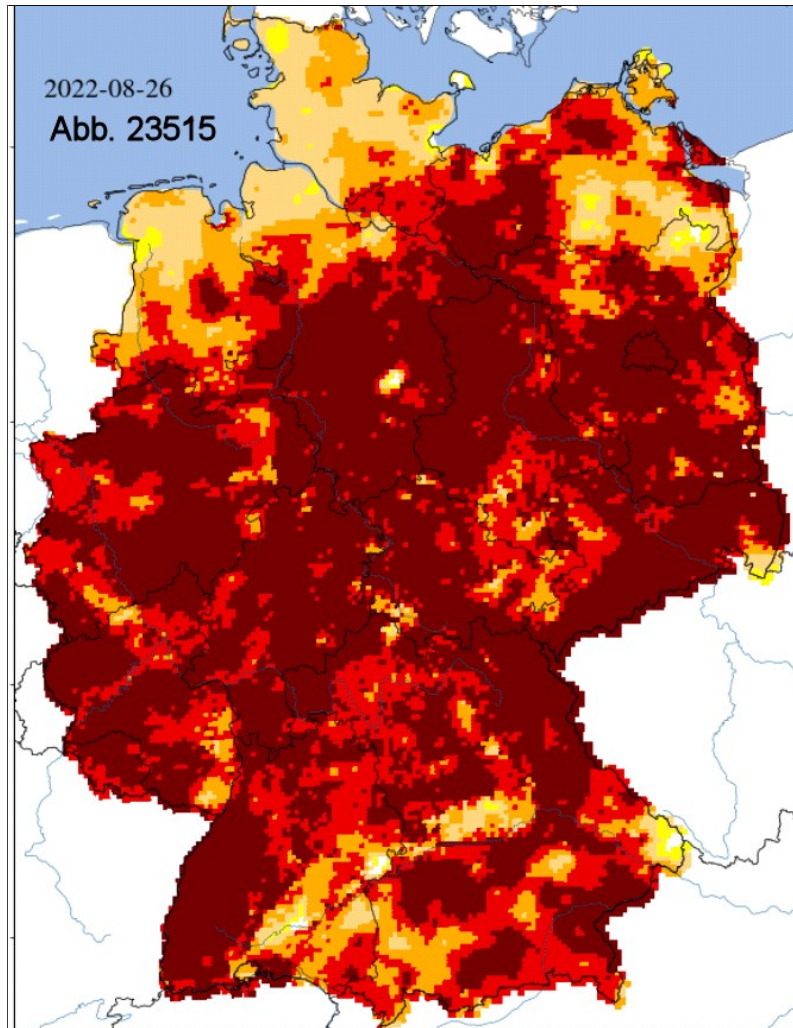


Abb. 23514





Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre steigt und steigt und liegt bereits um mehr als 13 % über dem Wert von 2000 (Abb. 23511, 23416). Bei uns nehmen Dürre und Hitze zu. Das Wetter des Jahres 2022 ist in Europa von unterdurchschnittlichen Regenmengen und überdurchschnittlichen Temperaturen geprägt (Abb. 23513). Betroffen sind weite Teile Europas, insbesondere Süd-, West- und Mitteleuropa. Bereits Mitte Juli galt auf der Hälfte der Fläche der EU eine Dürrewarnung, für 15 % der EU-Fläche galt die rote Alarmstufe (Abb. 23514, 23515). Anschließend verschlechterte sich die Situation weiter. In zahlreichen Regionen wurden neue Hitzerekorde aufgestellt, zudem kam es in verschiedenen Staaten zu schweren Waldbränden, u. a. in Portugal, Frankreich, Italien, Deutschland und Tschechien, besonders aber in Spanien. Bereits Mitte August waren in Europa 660.000 Hektar Fläche verbrannt (6600 km²), die höchste Zahl seit Beginn der Aufzeichnungen; bis zum 20. August stieg die Fläche auf mehr als 750.000 Hektar (7500 km² - die dreifache Fläche des Saarlandes) an.

"40 Grad in Deutschland werden zur Regel", verdeutlicht Peter Hoffmann vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung: "Heutige Extremjahre mit 20 Hitzetagen werden Durchschnittssommer zum Ende des Jahrhunderts, wenn wir in den kommenden Jahren nicht massiv gegensteuern." Berechnungen des Expertennetzwerks des Bundesverkehrsministeriums verdeutlichen die erschreckenden Prognosen: Demnach könnte das 30-jährige Mittel der Temperatur in den Sommermonaten in Deutschland im Zeitraum 2071 bis 2100 um drei bis fünf Grad höher sein als im Vergleichszeitraum 1971 bis 2000. Dadurch würden dann Tageshöchstwerte von über 45 Grad mindestens so häufig erreicht, wie das aktuell schon für die 40-Grad-Marke der Fall ist. Die Zahl der heißen Tage mit 30 Grad und mehr könnte diesen Daten zufolge im deutschlandweiten Mittel mit hoher Wahrscheinlichkeit in einer Spanne von 9,4 bis 23,0 pro Jahr liegen. Zum Vergleich: Von 1971 bis 2000 gab es im Mittel nur 4,6 solcher Tage im bundesweiten Durchschnitt. Bei Tropennächten, in denen das Thermometer nicht weniger als 20 Grad anzeigt, sind 0,8 bis 7,8 im Jahr möglich. Im Vergleichszeitraum 1971 bis 2000 lag der Wert bei 0,1.

"Verglichen mit anderen Regionen der nördlichen mittleren Breitengrade, etwa den USA oder Ostasien,

hat die Zahl der Hitzewellen über Europa drei- bis viermal schneller zugenommen" heißt es in einer Anfang Juli erschienenen Studie in der Fachzeitschrift "Nature Communications". "Mit jedem weiteren Zehntelgrad globalen Temperaturanstiegs erhöht sich die Wahrscheinlichkeit für noch heißere Sommer", mahnt Klimaforscher Peter Hoffmann.

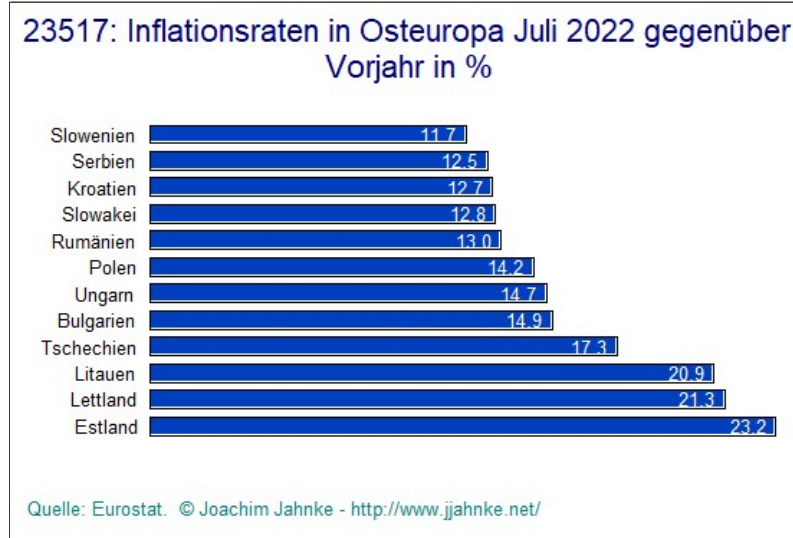
Der vergangene Juli mit seinen extremen Hitzewellen ist weltweit einer der drei wärmsten seit Beginn der Aufzeichnungen gewesen. Der Monat sei nur wenig kühler als der Juli 2019 und marginal wärmer als der Juli 2016 gewesen, teilte der EU-Klimawandeldienst Copernicus mit. Nach den Daten des Copernicus-Diensts lag die Ausdehnung des Meereises in der Antarktis im Juli sieben Prozent unter dem Durchschnitt - und damit auf dem niedrigsten Stand seit Beginn der Aufzeichnungen vor 44 Jahren. Die Copernicus-Aufzeichnungen gehen bis 1979 zurück.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 105 06-09-22: "Mourir pour Dantzig?"



"Mourir pour Dantzig?" (Für Danzig sterben?), hatte 1939 der französische Nazi Marcel Deat in seinem Kampfblatt "l'Oeuvre" ablehnend gefragt. Heute fragen sich viele Menschen, vor allem in Osteuropa, ob sie für die Ukraine frieren und unter hohen Inflationsraten leiden sollen. Viele Länder Osteuropas hängen an russischen Energielieferungen und haben nicht die finanziellen Ressourcen, wie Deutschland, um Gas zu dramatisch gestiegenen Preisen woanders einzukaufen. Mangels Alternativen droht die Lage noch kritischer zu werden. Die steigenden Preise machen die Bevölkerung bereits jetzt unruhig, zumal die Inflationsraten mit bis zu 23 % weit über den deutschen liegen (Abb. 23517).

In der Tschechischen Republik mit mehr als 17 % Inflation versammelten sich am Wochenende 70.000 Menschen zu einer Kundgebung auf dem Prager Wenzelsplatz unter dem Slogan "Die Tschechische Republik zuerst." Sie brüllten drei Stunden lang ihre Wut über hohe Energiepreise und gegen die westliche Ukraine-Politik heraus. Der sofortige Rücktritt der Regierung wurde verlangt. Dabei hatte die Fünf-Parteien-Koalition gerade erst nach 22 Stunden Parlamentsdebatte ein Mißtrauensvotum überstanden. Dies zeigt die wachsenden Instabilitäten in Zentral- und Südosteuropa mit seinen schwachen Koalitionsregierungen, steigender Inflation bei abflachendem Wirtschaftswachstum, zunehmenden pro-russischen Stimmungen und der großen Abhängigkeit von russischen Energielieferungen.

Die Bulgaren (14,9 % Inflation) wählen im Oktober zum vierten Mal binnen zwei Jahren ihr Parlament und die Übergangsregierung bringt Gazprom als Gaslieferanten wieder ins Spiel. In der Slowakei (12,8 % Inflation) ist Ministerpräsident Eduard Heger fast täglich mit dem Überleben seiner Koalition befaßt. In Montenegro stürzte die Regierung Mitte August. In Polen (14,2 % Inflation) versuchen die Regierenden, mit Zuschüssen zur teuer gewordenen Heizkohle die Stimmung vor den Wahlen 2023 nicht umkippen zu lassen. Selbst im mit harter Hand von Viktor Orbán regierten Ungarn (14,7 % Inflation) kam es wegen der angespannten Wirtschaftslage zu Protesten gegen die Regierung.

Die Ratingagentur Fitch hat dieser Tage die große Abhängigkeit der Region von russischen Energielieferungen hervorgehoben. Bis auf Rumänien, das sich weitgehend selbst versorgt, sei die Lage überall "noch kritischer geworden". Alle Staaten bemühten sich um alternative Lieferanten. Allerdings, so schreiben die Fitch-Fachleute: "Für die Slowakei, die Tschechische Republik und Ungarn sehen wir noch erhebliche Unsicherheiten hinsichtlich langfristiger Alternativen, einschließlich der potentiellen Kosten für zusätzliche Infrastruktur und Finanzierungsquellen." Die meisten professionellen Beobachter erwarten in den kommenden Quartalen sinkende Werte des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

In Polen, die mit großem Abstand größte Volkswirtschaft, lag im zweiten Quartal das BIP bereits um 2,3 % unter dem Wert von Januar bis März 2022. Negativ überrascht hat vergangene Woche die Inflationsrate mit 16,1 %. Dabei stehe den Polen der Höhepunkt der Inflation erst noch bevor, analysiert die ING-Bank und erwartet knapp unter 20 Prozent Anfang 2023. Die Regierung bereite zwar Ausgleichsmaßnahmen gegen den Energiepreisschock vor, aber: "Diese aufrechtzuerhalten ist vielleicht unerschwinglich teuer."

Auch Ungarn kämpft mit hohen Ausgleichskosten. Vor der Wahl hatte die Regierung Renten erhöht, Preisdeckel auf Sprit und Hypothekenzinsen verordnet, Lebensmittel subventioniert. Zunächst bis Oktober. Bald nach der Wahl wurden zur Finanzierung Steuern für kleine und mittlere Betriebe erhöht, was Proteste auslöste. Jetzt kündigte Wirtschaftsminister Martin Nagy weitere Unannehmlichkeiten an: "Früher oder später müssen Preisobergrenzen auslaufen, da es sich nicht um marktfreundliche, sondern um marktfeindliche Schritte handelt." Die Frage sei nur "wie schnell und wie man die Marktpreise wieder einführen kann". Überdies trüben sich die Wachstumsperspektiven bei 13,7 Prozent Inflation ein. "Die Rezession pocht an die Tür", schreibt die Erste Bank aus Wien.

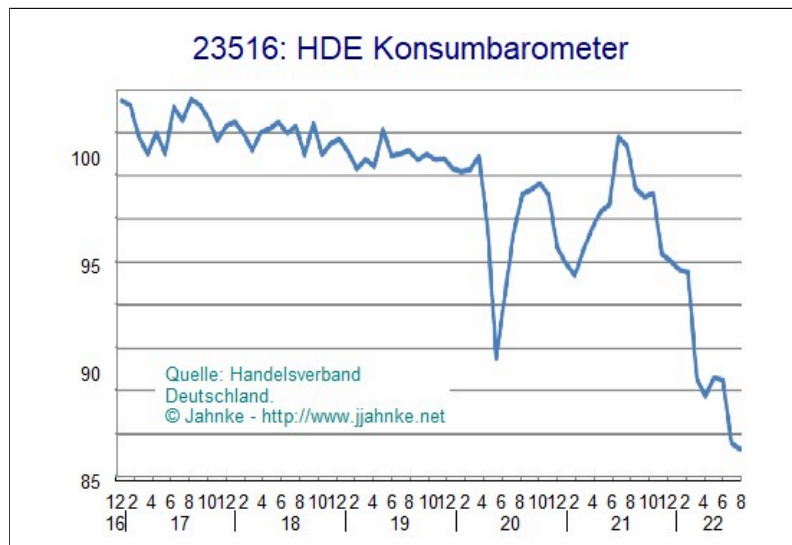
Nicht zu Ende sind die Proteste gegen die Wirtschaftsmisere. Für den 28. September haben sich die Demonstranten auf dem Prager Wenzelsplatz zurückgemeldet. Vielleicht kommt am Ende die Frage, "Tür die Ukraine frieren und hungern?" und wird Putin zum lachenden Dritten bei einer blamierten EU.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

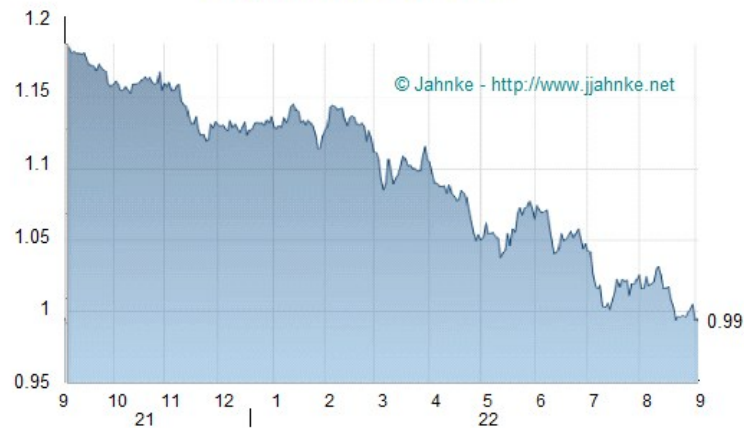


[per Mail verlinken](#)

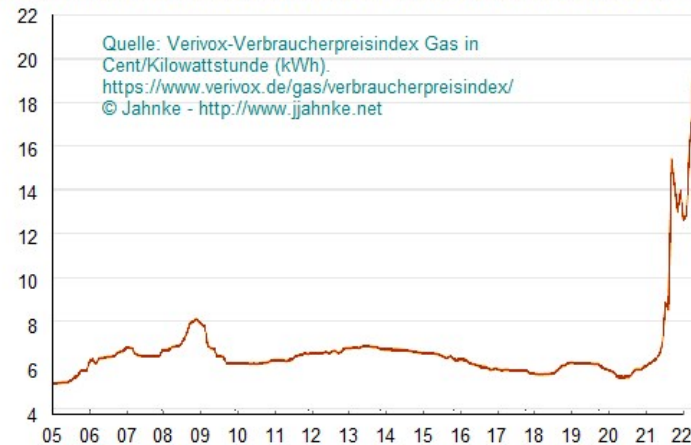
Blog 103 06-09-22: **Schlechte Stimmung bei Verbrauchern**



19641: Wechselkurs des US\$ gegenüber dem Euro September 2021/2022



23474: Entwicklung des durchschnittlichen Gaspreises für Neukunden bei Jahresverbrauch von 20.000 kWh 2005/22



Schon jetzt drücken die hohen Preise enorm auf die Verbraucherstimmung im Land. Das vom Handelsverband Deutschland (HDE) ermittelte Konsumbarometer erreicht im September "einen neuen Allzeit-Tiefstand", nachdem es im August schon auf ein Rekordtief gefallen war, wie der Verband mitteilte (Abb. 23516). Das Barometer bildet nicht das aktuelle Kaufverhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher ab, sondern die erwartete Stimmung in den kommenden drei Monaten. Abgefragt wurden von 1600 Menschen unter anderem die Anschaffungsneigung, die Sparneigung und die finanzielle Situation.

Eine Trendumkehr sei "nicht in Sicht" - sodaß die kommenden Monate wohl von Konsumzurückhaltung geprägt sein würden. Da der private Konsum bisher die Wirtschaftsentwicklung stützte, rechnen Experten immer mehr mit einer allgemeinen Wirtschaftskrise. Diese Erwartung drückt sich auch in dem gegenüber dem Dollar abstürzenden Kurs des Euros aus, bisher im Laufe eines Jahres schon um 16,5 % (Abb. 19641). Hinzu kommt, daß der Gaspreis fast senkrecht immer höher steigt und sich über ein einziges Jahr schon fast vervierfacht hat (Abb. 23474).

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 103 04-09-22: Mit der unsozialsten Regierung in die größte soziale Krise

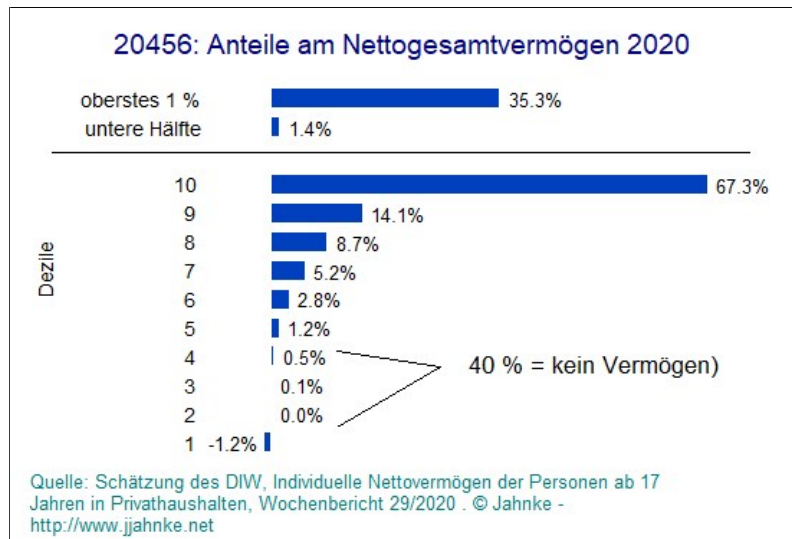
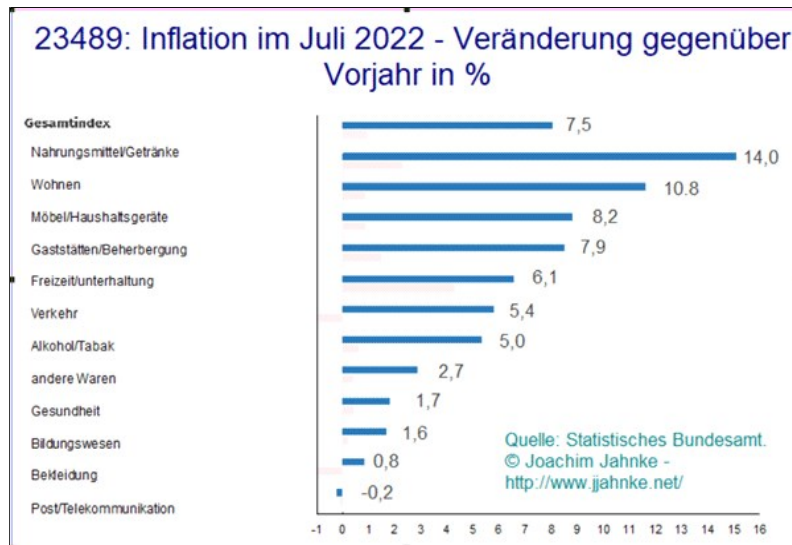







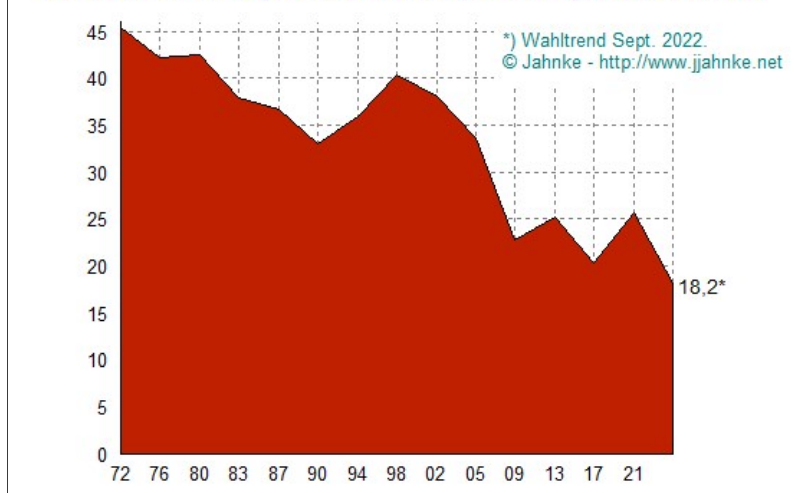


Abb. 23510 Wahltrend vom 01.09.2022

			Letzte BT-Wahl	
CDU/CSU		26,7%	24,1 %	+2,6
Grüne		23,0%	14,8 %	+8,2
SPD		18,2%	25,7 %	-7,5
AfD		12,4%	10,3 %	+2,1
FDP		7,4%	11,5 %	-4,1
Linke		4,8%	4,9 %	-0,1
Sonstige		8,2%		

2004: SPD-Ergebnisse bei Bundestagswahlen in %



Mit auf breiter Front gerade bei Lebensmitteln und Wohnen stark steigenden Preisen (Abb. 23489), noch mehr steigenden Energiepreisen und einem großen Teil der Bevölkerung ohne finanzielle Rücklagen für solche Zeiten (Abb. 20456) wird der kommende Winter zur größten sozialen Krise seit Bestehen der Bundesrepublik werden können.

Gleichzeitig haben wir eine Regierung, in der mit der FDP egoistisch nur an sich selbst interessierte Best- und Besser-Verdiener den Ton angeben, wobei Scholz offensichtlich damit zufrieden ist. Denn er hat sich in der Vergangenheit schon als SPD-Generalsekretär unter Schröder und Schöpfer von Hartz-IV als ein Politiker vom rechtesten Rand der SPD ausgezeichnet. Kein Wunder, daß seine SPD nun in der Wählermeinung mit nur 18 % auf den dritten Platz abgestürzt ist, um 7,5 Prozentpunkte noch unter ihr schon schlechtes letztes Bundestagsergebnis; in ihren besten Zeiten war die SPD bei den Wählern zweieinhalbmal so beliebt (Abb. 23510). Die Scholz-Regierung hat selbst den Bestverdienern die 300 EUR Energiegeld noch hinterhergeworfen, diese den ärmsten Rentnern und Studenten aber zunächst total willkürlich verweigert. Sie hat jetzt Tankrabatt und 9-EUR-Ticket ersatzlos auslaufen lassen, obwohl gerade ärmere Pendler darauf angewiesen waren und die Preise von Benzin und öffentlichem Nahverkehr noch weiter steigen. Eine einzige Fahrt z.B. in Bonn kostet jetzt 3 EUR! Was ist da noch sozial??

Scholz im ZDF-Sommerinterview: "Wir sind in einer Zeit, in der viele sehr aufgeregt sind, ich zähle nicht zu diesen". Die Menschen sorgen sich unruhig schon wegen der hohen Inflation, zumal wenn sie keine finanziellen Reserven haben. Da ist eine solche Bemerkung des gut verdienenden Bundeskanzlers ziemlich kalt und herzlos.

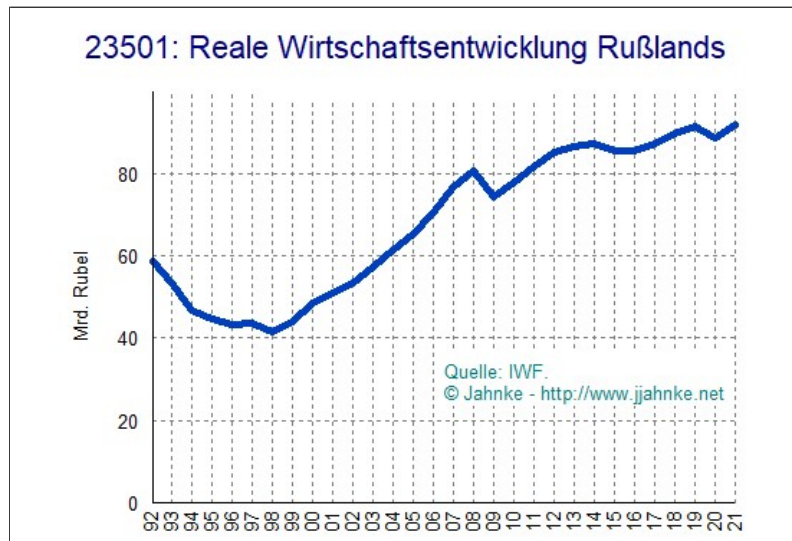
Man darf nicht vergessen: Der Bundesfinanzminister bekommt durch die Inflation um 10 % dementsprechend erhebliche Mehreinnahmen an Mehrwert- und Einkommenssteuern, wenn die Gewerkschaften höhere Löhne durchsetzen. 10 % dieser Steuereinnahmen wären bereits 41 Mrd. EUR. Er hat also durchaus die Mittel, um den schwächeren Einkommensschichten wirkungsvoll zu helfen. Daran gemessen, ist das, was nun die Ampelkoalition nach langem Streit im Betrag von angeblich 65 Mrd. EUR an Entlastung mühsam vereinbart hat, ziemlich bescheiden. Auch kann die Bundesregierung nicht einmal sagen, was wieviel zu den 65 Mrd. EUR beiträgt. Dazu gehört: Die Einmal-Zahlung von 300 EUR an Rentner/innen und 200 EUR an Studenten/innen ist nur die Korrektur des bisherigen Fehlers. Und die Zuzahlung zum Ersatz des bisherigen 9-EUR-Tickets erlaubt nur mit 49 bis 69 EUR ein sehr viel teureres Ticket. Und die Wohngeldanpassung ist eine Selbstverständlichkeit. Um die dringend nötige Übergewinnsteuer hat die Koalition auf Druck der FDP einen großen Bogen gemacht: Sie soll nur bei Stromanbietern zum Einsatz kommen und zunächst als europäische Lösung gefunden werden. Auf Druck der FDP wird die "kalte Progression" bei der Einkommenssteuer abgebaut, was vor allem den "Besserverdienenden" nützt. Die von der FDP seinerzeit durchgesetzte Absenkung der Umsatzsteuer für Speisen in der Gastronomie auf 7 % wird verlängert. Wieder einmal hat sich auf der ganzen Linie die FDP durchgesetzt!

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 102 01-09-22: Zum Tod von Michail Gorbatschow - ein persönlicher Nachruf



Michail Gorbatschow war in meiner Beobachtung einer der ehrlichsten und revolutionärsten Führer der UdSSR und sicher auch des späteren Rußlands. Wir Deutschen verdanken ihm besonders viel, weil er ein unblutiges Ende der deutschen Teilung mitherbeigeführt hat und auch die nukleare Bedrohung aus dem "Kalten Krieg" beseitigte. Daß er dann in der UdSSR scheiterte, war nicht zuletzt die Schuld des Westens und auch Deutschlands. Ich arbeitete damals bei der Osteuropa-Bank in London und konnte die Entwicklung als Insider mitverfolgen.

Die von Gorbatschow ausgelöste Abdankung des sowjetischen Systems von Staatskapitalismus führte zu enormen wirtschaftlichen und finanziellen Belastungen für die noch bestehende UdSSR, die auch danach noch mit einem Rückgang um 30 % der Wirtschaftsleistung einige Jahre anhielten (Abb. 23501). Gorbatschow hätte nur mit westlicher Hilfe Erfolg haben können. Aber die wurde ihm verweigert, weil der Westen zuerst den Untergang der UdSSR sehen wollte. Der kam dann mit dem korrupten und versoffenen Jelzin. Dem machte der Westen sofort die Finanzschleusen auf. Die Folge war eine Privatisierung wertvollen Staatseigentums gegen Kredite der Oligarchen, die sich so das Staatseigentum, darunter die wertvollen Öl-, Gas- und Metallvorkommen zu Billigpreisen unter die Nägel reißen konnten. Dabei waren die meisten Oligarchen, z.B. Boris Beresowski, Michail Chodorkowski, Michail Fridman, Wladimir Gussinski, Witali Malkin und Wladimir Potanin, eng mit Partnern und Glaubensbrüdern in den USA vernetzt. Die Weltbank und der IWF waren maßgebliche Fürsprecher und Sponsoren dieses Prozesses.

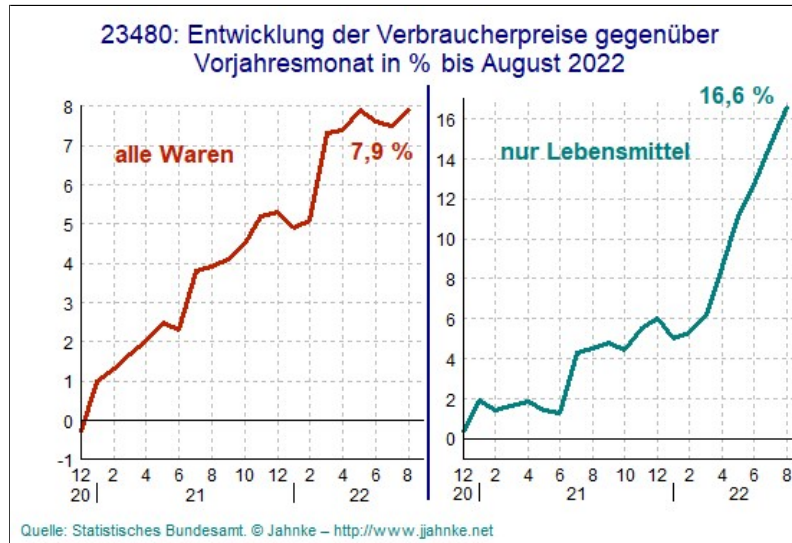
Im Ergebnis war diese höchst korrupte Entwicklung genau das, was Putin mit seinem KGB als neuer Saubermann brauchte, um an die Macht zu kommen. Und heute wissen wir bis zu Putins grausamem Krieg in der Ukraine, was das Versagen des Westens gegenüber Gorbatschow gebracht hat. Und Gorbatschow war seitdem im neuen Rußland zu einer Haßfigur geworden.

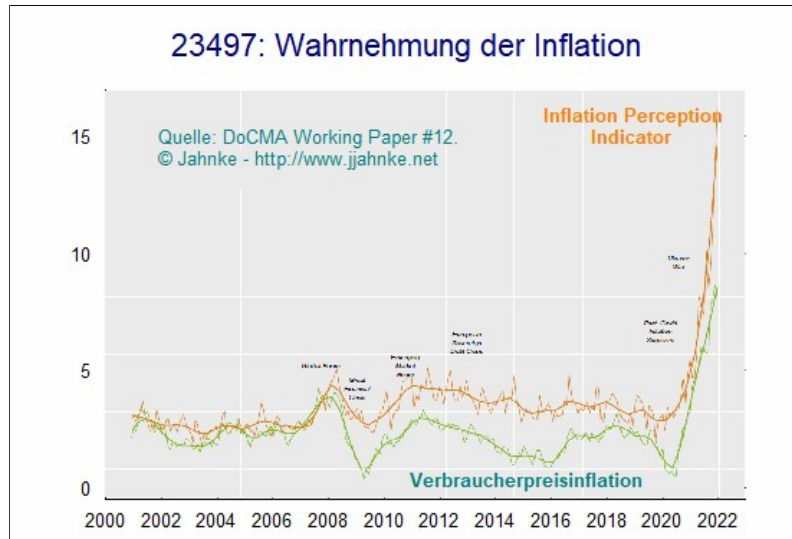
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 101 30-08-22: Wenn sich die Inflation als Erwartungshaltung verselbstständigt und so noch mehr Fahrt aufnimmt





Die Inflationsrate ist im August auf 7,9 % gestiegen (Abb. 23480), bei Nahrungsmitteln sogar auf 16,6 %. Dagegen waren die Löhne einschließlich Sonderzahlungen im zweiten Quartal 2022 nur um 2,9 Prozent höher als ein Jahr zuvor, unter dem Strich ein deutlicher Reallohnverlust. Wenn nun in diesem Monat 9-Euro-Ticket und Tankrabatt auslaufen, wird die Inflation zweistellig werden. Längst sind es nicht mehr nur Energie und Rohstoffe, die die Inflation treiben. Die Preise steigen in der ganzen Breite. Im Euroraum machen diese heimischen Faktoren immerhin die Hälfte des Preisanstiegs aus. Ausländische Faktoren werden durch die zunehmende Schwäche des Euro gegenüber dem US\$ (Abb. 23498), die Importe verteuert (besonders Energie!), angeheizt, wobei auch die EUR-Schwäche an der auf Italien ausgerichteten Niedrig-Zins-Politik der EZB liegt. Bei den inländischen Faktoren ist zu berücksichtigen, daß zwar einerseits die Ärmeren beim Einkauf sparen und damit die Inflation drücken müßten, aber andererseits die Reichen diesen Effekt durch weiter starken Konsum mindestens teilweise neutralisieren. So führt auch die ungleiche Vermögens- und Einkommensverteilung zu mehr Inflation.

Nie in der deutschen Nachkriegsgeschichte hat es eine solche massive Geldentwertung gegeben. Sie wurde und wird von einer EZB unterstützt, die sich vor allem an den Interessen Italiens orientiert und deshalb noch zusätzlich mit ihrer Zins- und Liquiditätspolitik viel Öl ins Feuer schüttet. Gemessen an den Verbraucherpreisen unter DM und Bundesbank ist das ein totaler Zeitenwechsel, und angesichts der Folgen besonders für ärmere Bevölkerungskreise in Deutschland absolut unverantwortlich.

Besonders schlimm: Die Inflation nimmt jetzt weitere Fahrt auf, weil die Menschen eine länger anhaltende Inflation erwarten und dementsprechend als Unternehmer oder Händler vorsorglich die Preise oder als Gewerkschaften die Löhne hochziehen. Für die kommenden zwölf Monate rechnen die Bürger im Mittel mit Raten von acht Prozent, wie die Bundesbank ermittelt hat. Auch auf Fünf-Jahres-Sicht sehen sie immer noch fünf Prozent Inflation voraus; Sparkapital würde dann mehr als ein Viertel seines Wertes verlieren.

Wie sich die öffentliche Wahrnehmung der Inflation in Deutschland entwickelt, mißt seit einiger Zeit das Dortmunder Forschungszentrum DoCMA. Mittels eines Big-Data-basierten Verfahrens berechnet es einen Indikator, den "Inflation Perception Indicator" oder IPI, der Aussagen darüber erlaubt, wie intensiv sich die Öffentlichkeit mit Inflation befaßt und welche Aspekte dabei im Vordergrund stehen. Die aktuellen Resultate sind ziemlich erschreckend: Noch nie in diesem Jahrtausend stand die Inflation derart im Zentrum der Aufmerksamkeit (Abb. 23497). Die Diskussion über die Folgen berührt inzwischen das politische Themenspektrum in seiner ganzen Breite. Bei der Frage nach den Schuldigen steht die EZB zurecht im Zentrum der Anklage.

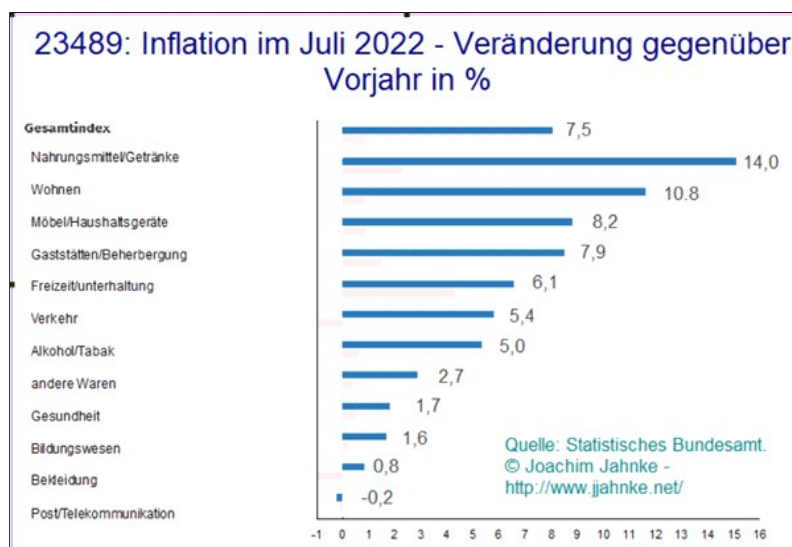
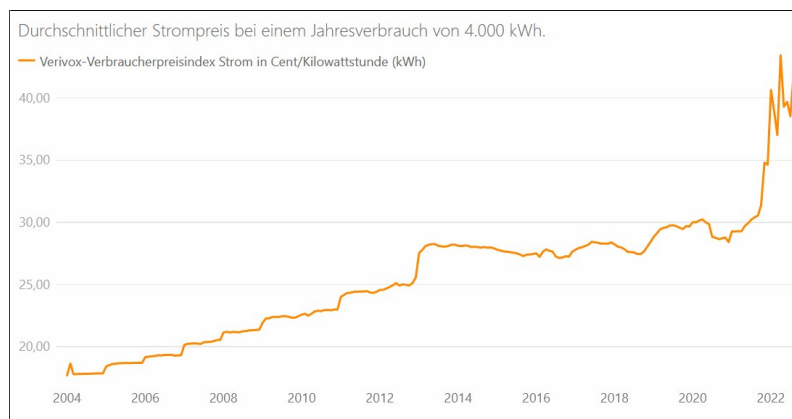
Höchste Zeit, eine Übergewinnsteuer auf die hohen Krisengewinne (siehe [hier](#)) einzuführen und aus deren Aufkommen die ärmeren Bevölkerungskreise zu stützen! Denn deren Ersparnisse, die den notwendigsten Bedarf, vor allem bei Lebensmitteln, sichern sollen, schmelzen derzeit wie Eis an der Sonne.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

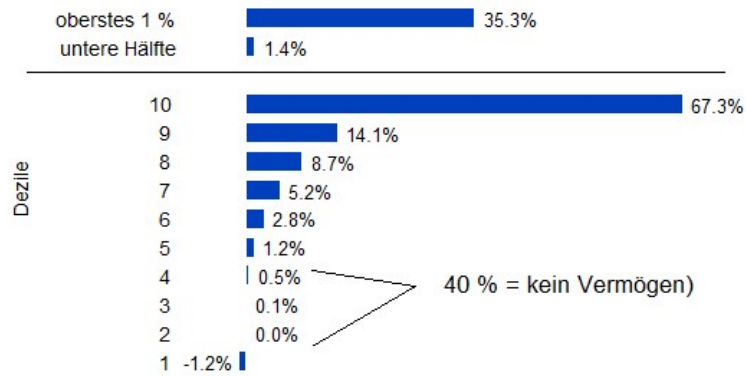


[per Mail verlinken](#)

Blog 100 03-09-20: Inflation: Die soziale Notlage trifft schon längst die breite Masse

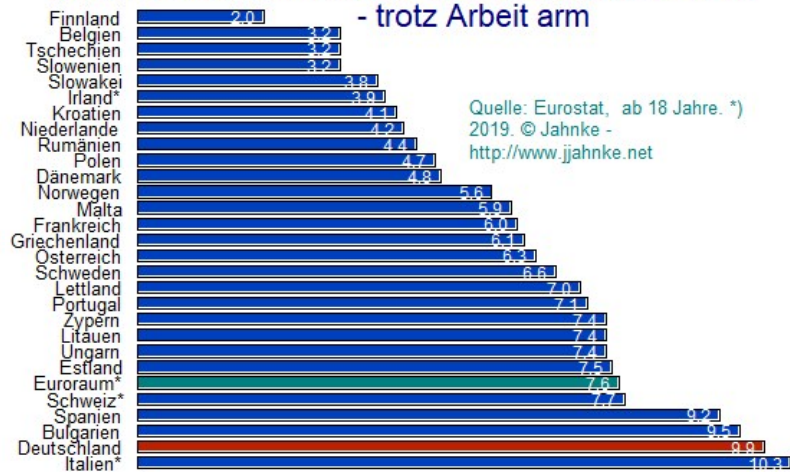


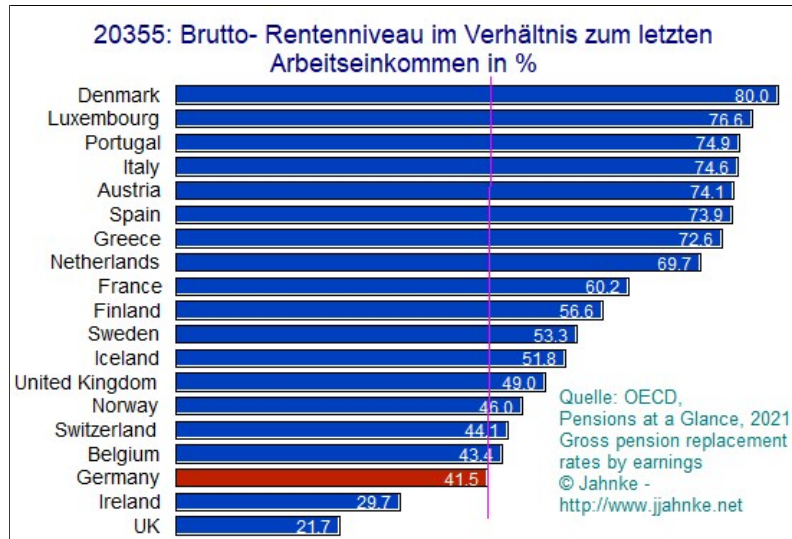
20456: Anteile am Nettogesamtvermögen 2020



Quelle: Schätzung des DIW, Individuelle Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten, Wochenbericht 29/2020 . © Jahnke - <http://www.jahnke.net>

20141: Arbeits-Armutgefährdungsquote 2020 in % - trotz Arbeit arm





Die Inflation wird wahrscheinlich schon im September nach Auslaufen der 9-Euro-Tickets und der Tankzulage auf über 10 % im Vorjahresvergleich steigen. Besonders stark steigen die Preise der Energieträger, vor allem Gas und Strom (Abb.), aber auch Nahrungsmittel mit 14 % (Abb. 23489). Dabei haben fast 40 Prozent der Menschen in Deutschland kein nennenswertes Vermögen, konnten also auch in der Vergangenheit nie systematisch sparen (Abb. 20456). 60 Prozent der Deutschen können nun in dieser Krise nicht sparen. Das Besorgniserregende ist, daß mit den erwähnten 40 Prozent ungewöhnlich viele der Menschen in Deutschland so gut wie keine Ersparnisse haben. Sie haben somit privat keine Absicherung für Notfälle, für Krisen, für die Familie oder im Alter.

Im internationalen W-Europa-Vergleich hat Deutschland wegen des großen Anteils an Niedriglöhnern (vor Italien) den höchsten Anteil an trotz Arbeit Armen (Abb. 20141) und eines der niedrigsten Rentenniveaus (Abb. 20355). In der derzeitigen Krise, die sich noch verschärfen wird, verweigert der Staat Menschen mit mittleren und geringen Einkommen die notwendige Unterstützung. Stattdessen sieht der Bundesfinanzminister es als Gebot von Gerechtigkeit und Solidarität, Menschen mit besseren Einkommen durch den Ausgleich der kalten Progression zu unterstützen.

Inzwischen stellt sich die CDU/CSU sozialer als die Ampel auf. Friedrich Merz fordert wegen der Energiekrise und der Inflation Entlastungen für Geringverdiener: "1000 Euro Energiegeld für die Einkommen im unteren Drittel wäre sinnvoller als 300 Euro für alle." Dagegen wirft Lindner den Deutschen mit ihren berechtigten Sorgen gefühlslos eine „Gratismentalität“ vor (man möchte seine Haltung ein "Brechmittel zum Kotzen" nennen).

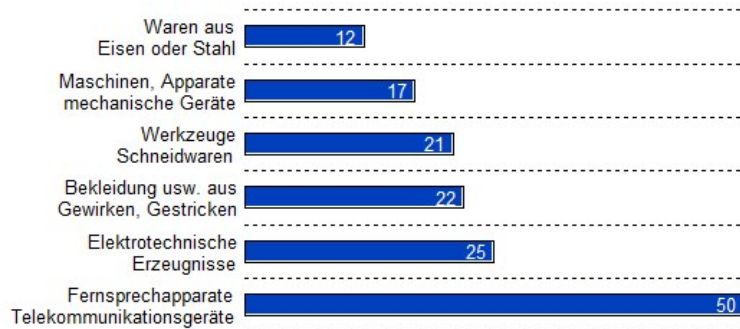
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

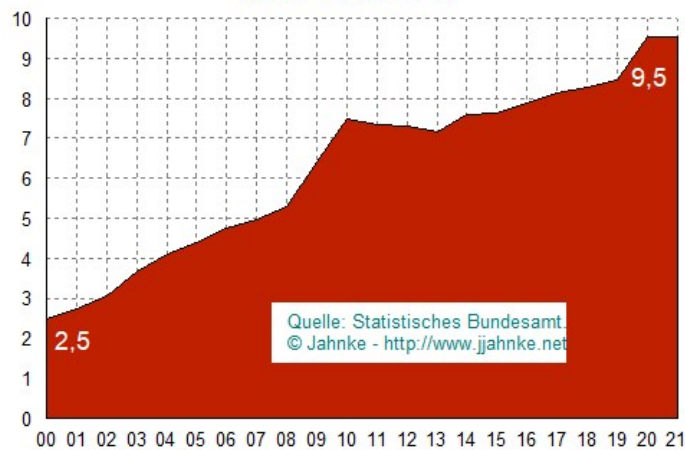
Blog 99 27-08-22: Aus Anlaß der Affäre Bachelet: Die Politik offener Wirtschaftsgrenzen gegenüber autoritären Regimen hat sich längst als eindeutig falsch erwiesen

21222: Anteil der deutschen Einfuhren aus China 2019 in %



Quelle: Statistisches Bundesamt. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/n>

23426: Anteil Chinas am deutschen Außenhandel 2000-2021 in %



Quelle: Statistisches Bundesamt.
© Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

23429: Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in China 2010 - 2020 in Mrd. Euro



Quelle: Bundesbank. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

Mit offenen Grenzen für den Waren- und Technologieverkehr und Investitionen haben wir und andere Länder des ehemaligen Westens die rasche Wirtschaftsentwicklung autoritärer Regime ermöglicht und uns besonders von gefährlichen Partnern, wie Rußland und China, immer abhängiger gemacht. Bei Rußland büßen wir jetzt im Energiebereich, bei China werden wir es demnächst bei vielen wichtigen Importprodukten tun, vor allem nach einem chinesischen Angriff auf Taiwan (Abb. 21222, 23426, 23429). Ohne die Hilfe der fortgeschrittenen Industrieländer wäre China längst nicht so weit gekommen, hätte längst nicht so viel wertvolle Technologie erwerben oder klauen können. Die von einer exportgetriebenen deutschen Industrie unterstützte These, mit Wirtschaft zu mehr Demokratie in der Welt zu kommen, war immer schon selbstsüchtig verlogen.

Jetzt zerstören autoritäre Länder auch noch das UN-System. Rußland führt einen blutigen Krieg mitten in Europa, ohne Sanktionen des UN-Sicherheitsrates befürchten zu müssen, da es diese mit seiner eigenen Vetomacht und dem chinesischen Partner blockiert. China kann jetzt die Veröffentlichung des Berichts der Kommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen Bachelet zur völkerrechtswidrigen Behandlung der Uiguren blockieren, weil sein "langer Arm" als Geldgeber für viele Länder der Dritten Welt lang genug reicht, um dafür eine blockierende Mehrheit in der UN zu haben. Dazu Bachelet: "Wir haben noch beträchtliche Einwände von Chinas Regierung erhalten". Bei einer Pressekonferenz in Genf bestätigte Bachelet den Erhalt eines Briefs von rund 40 Regierungen, die sie von der Veröffentlichung des Berichts über die Lage der Uiguren und anderer Minderheiten in der nordwestchinesischen Provinz abhalten wollen.

Lernen wir nie?

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

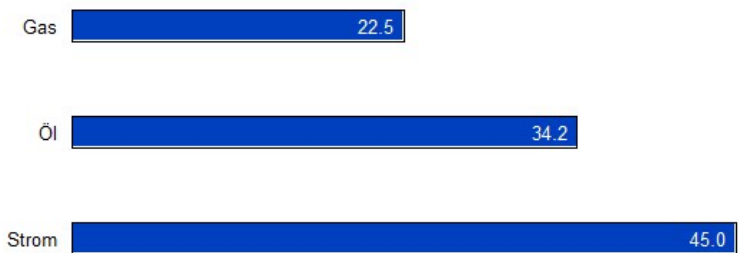
Blog 98 26-08-22: Zur Diskussion über eine "Übergewinnsteuer"

23495: Die Gewinne ausgewählter Öl- und Gaskonzerne – 1. Halbjahr 2021 und 2022 im Vergleich. Angaben in Mrd. US\$
Übergewinn-Prognose 2022: zusammen 174 Mrd. US\$



Quelle: Netzwerk Steuergerechtigkeit. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

23496: Deutsche Einnahmen aus einer
Übergewinnsteuer von 90 % in Mrd. Euro
(zusammen ca. 102 Mrd. Euro)



Quelle: Netzwerk Steuergerechtigkeit. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

Während auf Millionen Deutsche massiv steigende Energiekosten zukommen, machen Konzerne durch die im Zuge des Ukrainekriegs gestiegenen Preise Milliarden Gewinne. Seit Monaten läuft nun in Deutschland eine bisher ergebnislose Diskussion zu einer Übergewinnsteuer, zur Abschöpfung von Gewinnen im Energiebereich aus den wegen der Ukraine Krise gestiegenen Energiepreisen. Große Unternehmen haben enorme Gewinne angehäuft (Abb. 23494). Bei einer Abschöpfung zur 90 % könnte eine solche Steuer in Deutschland mehr als 100 Mrd. Euro einbringen (Abb. 23495). Das entspräche immerhin fast 10 % der Netto-Löhne und -Gehälter aller deutscher Arbeitnehmer in einem Jahr. Inzwischen haben einige der sehr profitablen Gas-Unternehmen in Deutschland auch noch die Stirn, eine Beteiligung an der Gas-Umlage zu verlangen, die von den Gasverbrauchern eingetrieben werden soll.

In Italien (zu 25 %), Griechenland (zu 90 %), Großbritannien (zu 65 %), Spanien (zu 90%) und Rumänien (zu 80 %) wurde Übergewinnsteuern bereits eingeführt. Die EU-Kommission gab für ihre Ausgestaltung sogar bereits eine Leitlinie heraus. Doch in Deutschland stößt die Übergewinnsteuer vor allem auf die erbitterte Opposition des Bundesfinanzministers Lindner und seiner FDP. Lindner nennt die ganze Diskussion abwertend "Stammtisch-Steuerrecht". Und auch Bundeskanzler Olaf Scholz bremste bei seiner Sommer-Presskonferenz die Erwartungen an eine solche Steuer, die "technisch sehr herausfordernd" wäre. Rein rechtlich wäre eine Übergewinnsteuer auch in Deutschland möglich, zu diesem Schluss kamen die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) spricht sich ebenso für eine Übergewinnsteuer aus. Auch erachten laut einer Umfrage von Infratest dimap 76 % der Bevölkerung eine Übergewinnsteuer für richtig.

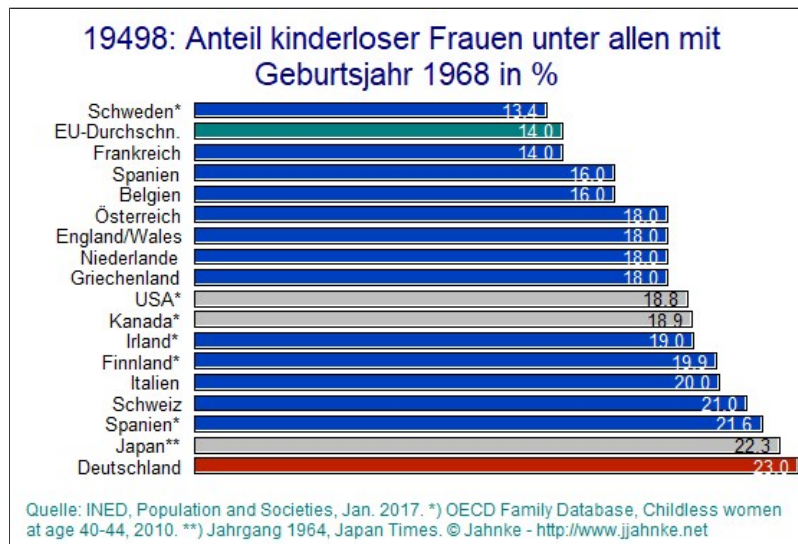
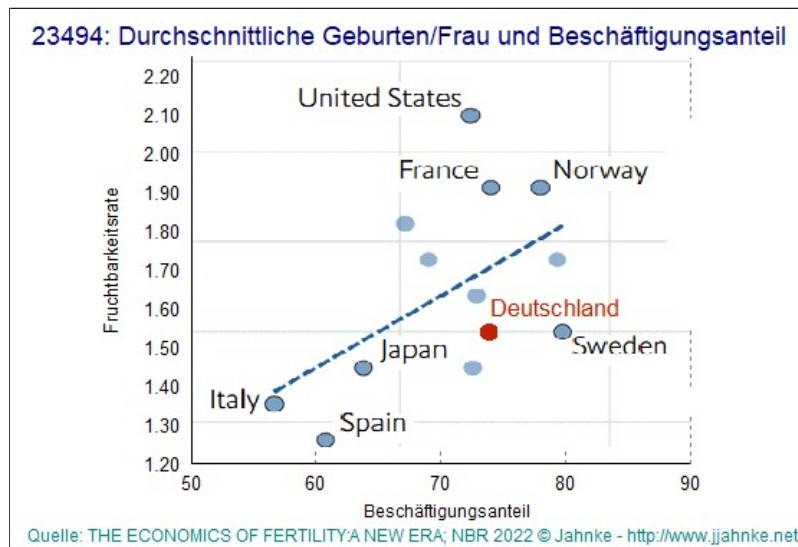
Gegner einer Übergewinnsteuer kritisieren diese häufig als wenig ergiebig. Denn in Deutschland wird kaum Öl oder Gas gefördert, ihre Tankstellen betreiben Mineralölkonzerne über Tochterunternehmen. Entsprechend schwer könnte es sein, überhaupt an die Gewinne der Multis heranzukommen. Besonders Mineralölkonzerne verschieben einen beträchtlichen Teil ihrer Gewinne in Steueroasen, wie Singapur oder die Schweiz. Daher müsste eine Übergewinnsteuer vom deutschen Anteil am Umsatz aus den Konzerngewinnen abgeleitet werden, was aber möglich wäre.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 97 25-08-22: Ein höherer Anteil an Frauen-Beschäftigung bedeutet mehr Kinder/Frau



Man würde es umgekehrt erwarten: mehr Frauenbeschäftigung gleich weniger Kinder, und so war es auch früher. Doch nach neuen Untersuchungen hat sich das Verhältnis umgekehrt (Abb. 23494). Ein hoher Beschäftigungsanteil bedeutet in vielen Ländern mehr Kinder. Das hängt wahrscheinlich auch damit zusammen, daß sich Doppelverdiener eher Kinder leisten können. Deutschland fällt trotzdem mit

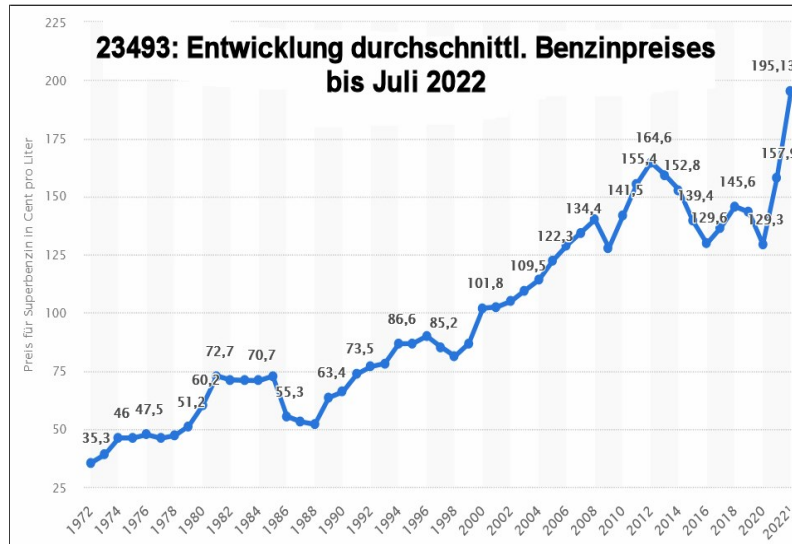
einer vergleichsweise geringen Fruchtbarkeitsrate auf. Der Anteil völlig kinderloser Frauen ist einfach zu hoch (Abb. 19498).

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 96 24-08-22: Die Pendler, die FDP und das 9-Euro-Ticket



Pendler sind wahrscheinlich diejenigen, die bei hohen Benzinpreisen am meisten auf das 9-Euro-Ticket für die tägliche Verwendung angewiesen sind. Der Preis für Superbenzin hat sich seit 2020 bis Juli dieses Jahres um die Hälfte erhöht (Abb. 23493). Wie das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung mitteilte, haben Pendler im vergangenen Jahr auf dem Weg zur Arbeit durchschnittlich fast 17 Kilometer zurückgelegt. Dabei haben 19,6 Millionen Menschen und damit fast 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nicht an ihrem Wohnort gearbeitet. Für 3,6 Millionen Pendler war der einfache Arbeitsweg länger als 50 Kilometer.

Gerade gegenüber diesem Personenkreis, der unter der Entwicklung des Benzinpreises besonders leidet, ist der Widerstand der FDP gegen eine Verlängerung des 9-Euro-Tickets besonders unsozial, wenn auch bei der starken ideologischen Ausprägung dieser Partei zugunsten der Besserverdiener keine Überraschung.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 95 23-08-22: Die Rechnung für den versagenden Scholz und seine SPD: Zwei Drittel unzufrieden



Nach der letzten Sonntagsumfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa verzeichnet Scholz und seine Ampelkoalition die schlechtesten Beliebtheitswerte seit Amtsantritt Anfang Dezember. 62 % der Deutschen sind mit der Arbeit von Scholz unzufrieden, nur 25 % bewerten sie positiv. Anfang März waren nur 39 % unzufrieden, 46 % zufrieden. Auch die Werte für die Ampelkoalition sind auf einem Tiefpunkt. 65 % sind mit der Arbeit der Bundesregierung unzufrieden, nur 27 % zufrieden. Im März waren es noch 43 beziehungsweise 44 % gewesen.

Die Unionsparteien können dagegen in der Wählergunst weiter zulegen. CDU/CSU kommen laut Insa auf 28 %. Damit liegt die Union sieben Punkte vor den Grünen, die 21 % erreichen. Die SPD steht unverändert bei 19 %, die FDP verliert einen Punkt auf acht Prozent. Damit kommt die Ampel zusammen nur noch auf 48 Prozent.

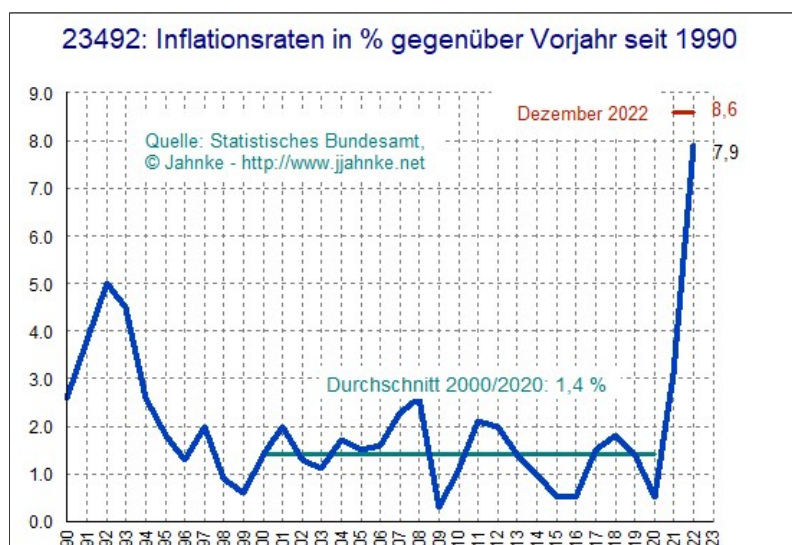
Gäbe es eine Direktwahl des Bundeskanzlers, würde Scholz derzeit nur auf Platz drei landen. Laut Umfrage würden sich 25 % für Habeck entscheiden, 19 % für den CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz und nur 18 % für Scholz.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 94 22-08-22: Ein Finanzminister ohne jede Spur von Empathie mit den Opfern der Krise







Die Verbraucherpreise werden in diesem Jahr noch zweistellig steigen (Abb. 23492). Haupttreiber sind die Energiepreise. Insgesamt haben sich Energieprodukte von Juli 2021 bis Juli 2022 um 35,5 % verteuert, dabei Heizöl 102,6 %, Erdgas 75,1 % und Strom 18,1 %. Auch die Preise für Nahrungsmittel und Wohnen, die zahlungsschwache Rentner und Studenten besonders stark treffen, liegen schon jetzt bei 14 bzw. 11 %. Doch gerade dieser Personenkreis wurde auf Einspruch des FDP-Finanzministers von der Zahlung des 300 Euro Energiegeldes ausgeschlossen.

Dabei besteht der "Porsche-Minister" (Abbildung) auch jetzt noch mit faulsten Argumenten auf dem Ausschluß: Die Renten seien in diesem Jahr deutlich erhöht worden. Zudem gebe es beim Wohngeld einen Heizkostenzuschuss. Auch profitierten Rentner von der Abschaffung der EEG-Umlage auf die Stromrechnung. Doch die Renten wurden nur in Anpassung an die Löhne erhöht, wie das seit vielen Jahren geschieht. Das Wohngeld bekommt nur ein kleiner Teil der Rentner (und Studenten). Und die Abschaffung der EEG-Umlage gilt auch für alle unabhängig vom Energiegeld, weil sie nicht mehr nötig ist. Alles also total verlogene Argumente.

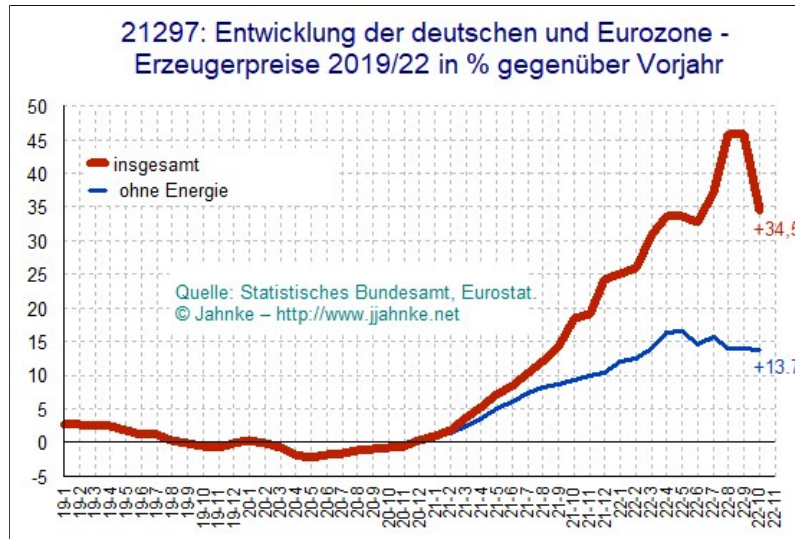
Ebenso wenig überzeugend schließt Lindner eine Fortsetzung des 9-Euro-Tickets, auf das besonders ärmere Bevölkerungskreise und Pendler, denen das Auto wegen der hohen Benzinpreise zu teuer geworden ist, angewiesen sind, aus: »Es wurde vor der FDP-Parteizentrale demonstriert. Das waren viele linke Gruppen, Antifa zum Beispiel und andere. Und die setzen sich dafür ein, dass das 9-Euro-Ticket verlängert wird. Das würde 14 Milliarden Euro kosten. Geld, das uns fehlt für die Bildung. Geld, das uns fehlen würde für das Schienennetz, also die Modernisierung.« Was für ein Unfug, Antifaschisten als die treibenden Kräfte für das 9-Euro-Ticket zu identifizieren, nur um die FDP davon abzugrenzen!

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 93 19-08-22: Rekordanstieg der deutschen Erzeugerpreise



Nach der heutigen Meldung des Statistischen Bundesamts waren die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Juli 2022 um 37,2 % höher als im Juli 2021 (Abb. 21297). Das war er höchste Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat seit Beginn der Erhebung im Jahr 1949. Im Juni 2022 hatte die Veränderungsrate noch bei +32,7 % und im Mai bei +33,6 % gelegen. Im Vormonatsvergleich stiegen die Erzeugerpreise im Juli 2022 um 5,3 %. Das ist ebenfalls der höchste Anstieg gegenüber dem Vormonat seit Beginn der Erhebung.

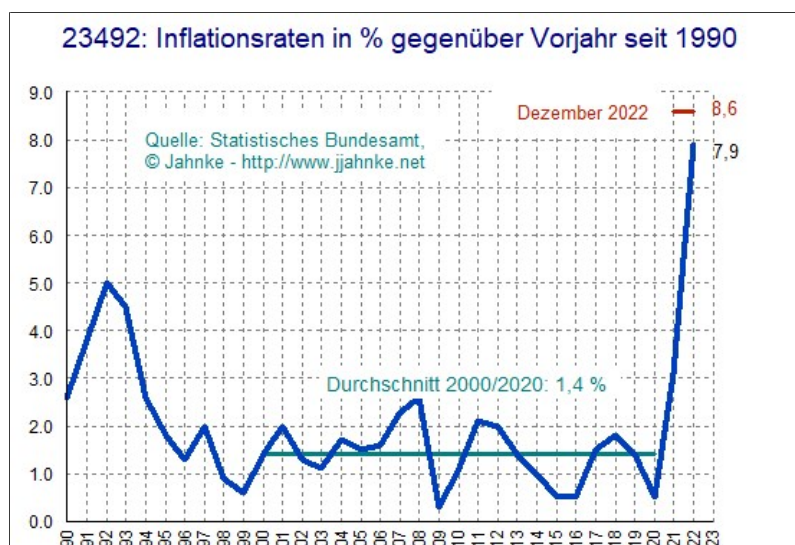
Die Erzeugerpreise sind Teil der Verbraucherpreise, soweit sie über den Handel an diese weitergegeben werden; dazu kommen noch die Preise für importierte Erzeugnisse und für Dienstleistungen. Auch der Bundesbankpräsident hält jetzt einen Anstieg der Inflation auf über 10 % für möglich. Zweistellige Inflationsraten wurden in Deutschland das letzte Mal vor über siebzig Jahren gemessen.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 16 08-09-22: Warum die Inflation auf weit über 10 % gegenüber Vorjahr steigen wird



Zuletzt lag die Inflation für Juli bei 7,5 % gegenüber Vorjahr - ein Rekord seit Beginn der deutschen Messungen vor 60 Jahren. Wenn nun Ende August die 9-Euro-Tickets und der Tankrabatt auslaufen, könnte schon das die Inflationsrate über die 10 % heben. Doch nun kommt auch noch die Gasumlage zur Unterstützung systemrelevanter Importeure, die von Verbrauchern bezahlt werden muß, hinzu. Sie wurde gerade auf 2,419 Cent pro Kilowattstunde festgelegt. Für einen vierköpfigen Durchschnittshaushalt ergibt sich dadurch eine Zusatzbelastung von etwa 480 Euro im Jahr und mit der Mehrwertsteuer knapp 580 Euro; die von Lindner von der EU erbetene Ausnahme wurde abgelehnt, was er hat wissen können (doch vielleicht wollte er nur von seiner eigenen Hartherzigkeit ablenken und nun auf die EU schimpfen!). Laut Berechnungen von Wirtschaftsforschern des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung könnte allein die Umlage die Inflation von derzeit 7,5 Prozent auf rund zehn Prozent anheben. Nimmt man alles zusammen, so wird die Inflationsrate bei weit mehr als 10 % liegen (Abb. 23492).

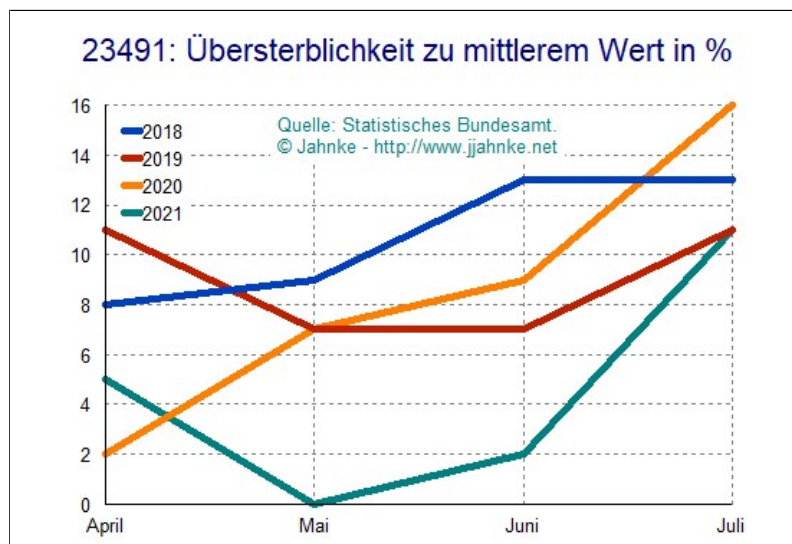
Und die besonders ärmere Bevölkerungskreise treffenden Inflationsraten für Nahrungsmittel und Wohnen liegen schon jetzt bei 14 bzw. 11 %. Für diese Menschen wird die Situation unerträglich werden. Doch Lindner und seine FDP verweigern ihnen einen Ausgleich und schließen sie mangels Arbeitseinkommen und Lohnsteuer sogar von dem Plan für eine allgemeine Steuersenkung aus, so wie sie schon die Rentner von dem 300 EUR Energie-Bonus ausgeschlossen hatten. Wollen die wirklich eine Antwort von der Straße herausfordern?

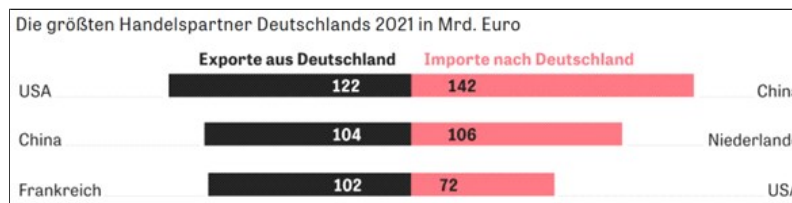
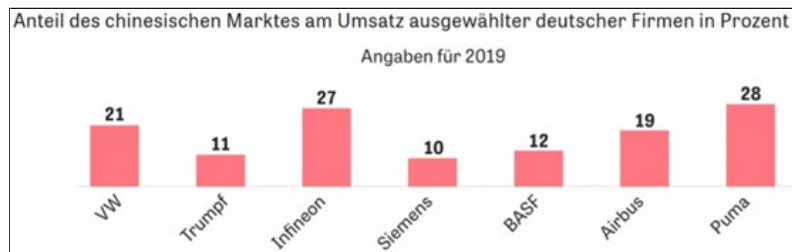
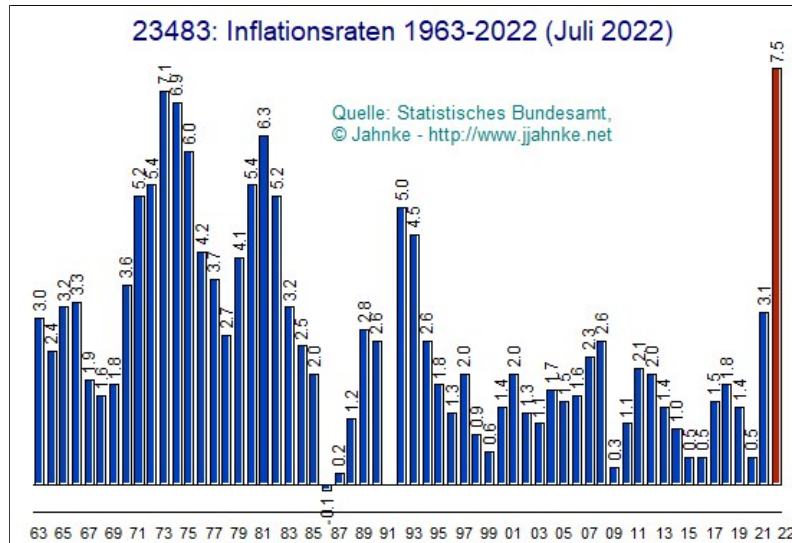
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 91 15-08-28: Im Zeitalter dramatischer Umbrüche





Unsere Welt ist schon über die letzten Jahrzehnte erheblich ungemütlicher geworden. Das gilt nicht nur für den schrecklichen **Krieg in der Ukraine**, mitten in Europa, und damit verbunden für den Abschied von der als sicher geglaubten Gasversorgung aus Rußland.

Langfristig noch weit gefährlicher und ein riesiger Umbruch ist die **Klima-Entwicklung**, die sich jetzt auch in Deutschland mit Hitzeperioden und Übersterblichkeit in den Sommermonaten (Abb. 23491), Trockenheit und Waldbränden selbst einfachen Gemütern erschließt. Bisher ist in diesem Jahr in Europa schon Wald in der zweieinhalbfachen Größe des Saarlandes verbrannt, obwohl wir uns erst in der Mitte der jährlichen Waldbrandperiode befinden. Sehr vielen Menschen scheint noch immer nicht bewußt zu sein, in welcher klimatisch friedlichen, außergewöhnlich menschenfreundlichen Zeit die menschliche Zivilisation entstanden ist und daß sie - verursacht durch uns - gerade endet. Noch immer leben wir auf einer "Kühlhaus-Erde" mit gefrorenen Polkappen. Das andere Ende des Spektrums ist

eine "Treibhaus-Welt", ohne Eis, wärmer und natürlich viel nasser. Die Erde schwankt, normalerweise sehr langsam, zwischen diesen beiden dann jeweils relativ stabilen Extremen. Schon längst in Sicht ist ein stets Teile des Jahres eisfreier Nordpol, und auch das antarktische Meereis schmilzt schneller als erwartet. In einer dramatisch veränderlichen Umwelt ist Mobilität entscheidend für das Überleben, und irgendwo auf dem Kontinent wird es immer eine Zuflucht geben. Wir haben die Welt in einen Zustand der ständigen Instabilität und damit **gewaltiger Fluchtbewegungen** versetzt. Auch das ist ein dramatischer Umbruch.

Die **demographische Entwicklung** mit der enormen Alterung unserer Gesellschaft und der davon ausgehenden Belastung unserer Sicherungssysteme für das Alter bereitet uns einen weiteren tiefen Umbruch, der unseren Gesellschaftsvertrag fundamental infrage stellt. Die anhaltende **Pandemie** zeigt uns, wie gefährdet unser Gesundheitssystem ist - auch das ein tiefer Umbruch. In der Wirtschaft erleben wir mit zuletzt 7,5 % die **höchste Inflationsrate** seit Beginn der deutschen Messungen vor 60 Jahren (Abb. 23483). Bei den davon ausgehenden tiefen sozialen Verwerfungen (und der Ohnmacht der EZB im Kampf gegen die Inflation) ist der Begriff "Umbruch" wahrscheinlich noch zu harmlos.

Im **Außenpolitischen** erleben wir zum ersten Mal ein Zusammengehen der beiden autoritären Systeme von Rußland und China. Dabei wird ein chinesischer Militärschlag gegen Taiwan wahrscheinlicher und damit auch ein Krieg zwischen den USA und China. Das ist umso mehr ein gewaltiger Umbruch für Deutschland, als ein Abnabeln von der bereits entstandenen enormen wirtschaftlichen Abhängigkeit von China nur mit langem Zeitverzug und unter Inkaufnahme hoher Belastungen möglich ist. China ist Deutschlands wichtigster Handelspartner. Fast die Hälfte aller Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes sind einer Befragung des Ifo-Instituts zufolge auf Vorleistungen aus China angewiesen (Abb.). Das Auswärtige Amt schreibt bereits an der von der Ampel-Koalition versprochenen neuen China-Strategie, die Anfang 2023 vorgestellt werden soll. Die Autoren sind nach Medienberichten davon überzeugt, daß Rußland und China eine gemeinsame antiwestliche Politik verfolgen.

Die Weltordnung ist im Umbruch, ein Abgleiten ins Chaos möglich - so reflektiert zurecht kürzlich ein Kommentator im SPIEGEL.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 90 14-08-22: Warum hat die SPD immer noch Illusionen beim Tourismus aus Rußland?

Die SPD hat ein besonderes Problem mit Rußland, nicht nur ihr ehemaliger Chef Schröder. Das zeigt sich jetzt wieder bei der Frage, ob es weiter Touristenvisa für Russen, die in die EU reisen wollen, geben soll. Vor allem die Oligarchen haben wertvolle Feriensitze in der EU. Aber auch die meisten Russen unterstützen nach Umfragen Putins mörderischen Krieg gegen die Ukraine. Gleichzeitig reisen viele gern als Touristen in die EU, auch nach Deutschland.

Direkte Flugreisen von Rußland in die EU sind bereits verboten. Doch können Russen weiter über die Türkei in die EU fliegen oder aus den direkten Nachbarländern, nämlich Estland, Lettland und Finnland, auf dem Landweg in die EU einreisen. Die Forderung nach Reisebeschränkungen für Russen kommt vor allem aus diesen Ländern. Die stellen zwar kaum noch Schengen-Visa für Russen aus, müssen aber die Schengen-Visa akzeptieren, die Deutschland und andere EU-Länder für russische Touristen ausgestellt haben. Die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas verweist auf die heftigen Reaktionen in Moskau auf die Visa-Diskussion. Dies zeige, daß ein Einreiseverbot ein wirksames Sanktionsinstrument sein könne. Für Russen, die wirklich Schutz in der EU brauchen, gebe es dagegen erprobte juristische Mechanismen wie Asyl. Jetzt plant auch Polen, die Regeln bei der Visavergabe für russische Staatsbürger zu verschärfen. Vizeaußenminister Piotr Wawrzyk sagte: "Polen arbeitet an der Entwicklung eines Konzepts, das es ermöglicht, keine Visa für Russen zu erteilen. Polen ist dafür, daß die EU wegen des weiteren Sanktionen gegen Rußland verhängt. Dazu zählt auch die Aussetzung des Vertrags über die erleichterte Visavergabe für russische Staatsbürger."

Auch die ukrainische Regierung hält es für unerträglich, daß sich Russen ein schönes Urlaubsleben in der EU einrichten können, während russisches Militär einen grausamen Krieg in der Ukraine führt.

Doch Deutschland und auch die EU-Kommission lehnen einen grundsätzlichen Stopp von Touristenvisa für Russinnen und Russen ab. Dazu der Obmann der SPD im Auswärtigen Ausschuss, Nils Schmid: "Man sollte die russische Gesellschaft nicht unter Generalverdacht stellen. Eine pauschale Visaverweigerung für russische Staatsangehörige ist weder zu rechtfertigen noch in unserem langfristigen strategischen Interesse, da ein politischer Wandel in Rußland letztendlich von der dortigen Zivilgesellschaft mitgetragen werden muß". Was für Illusionen! Oder hat Scholz Mitleid mit Rußland? Wollen wir wirklich russische Touristen bei uns haben, die mindestens zum Teil den mörderischen Krieg in der Ukraine unterstützen? Statt Solidarität mit der überfallenen Ukraine zu

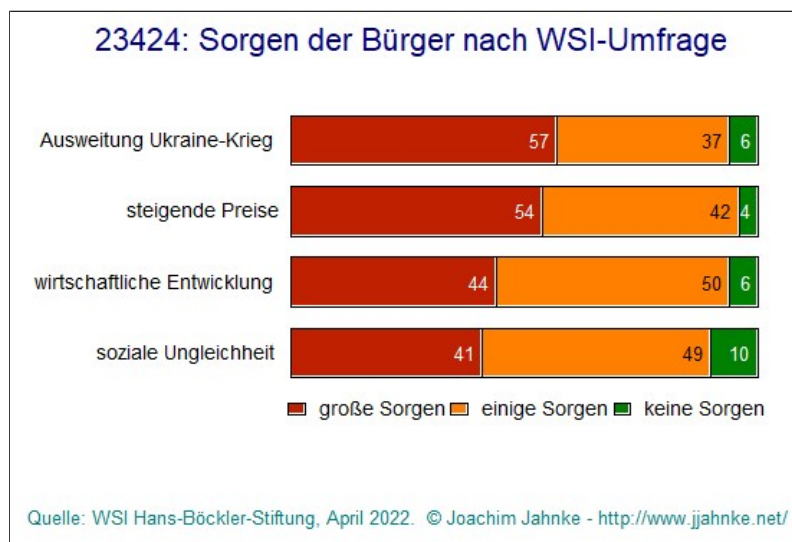
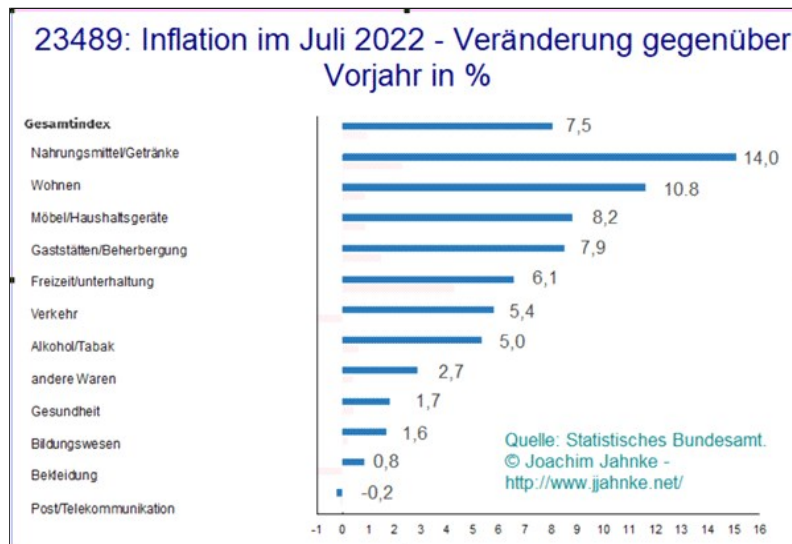
zeigen?

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 89 13-08-22: Der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) enttarnt Lindners Lügen





Linders Rechtfertigungen für die unsoziale Form der von ihm angestrebten Steuerpläne zum Inflationsausgleich sind voller Lügen und Ungerechtigkeiten. Die Pläne sind umso unsozialer, als die Inflation besonders hoch auf Nahrungsmittel und Wohnen mit 14,0 bzw. 10,8 % entfällt (Abb. 23489) und besonders ärmere Bevölkerungskreise hier das meiste ihres Einkommens ausgeben müssen. Jetzt widerlegt Prof. Marcel Fratzscher, der Präsident des DIW, die Lügen in den Steuerplänen.

Lüge 1: Fast alle, nämlich 48 Millionen Menschen in Deutschland profitieren.

Doch das heißt im Umkehrschluß, daß etwa 35 Millionen Menschen von der Entlastung nichts haben werden - dies sind zum größten Teil Menschen mit geringen Einkommen.

Lüge 2: Es sei ein Gebot von Gerechtigkeit und Solidarität, nun die starken Schultern derer, die die Einkommensteuer zahlen, zu entlasten.

Doch Menschen mit wenig Einkommen zahlen sehr wohl und sogar einen recht hohen Anteil ihres monatlichen Einkommens als Steuern an den Staat. Denn 40 Prozent der gesamten Steuereinnahmen des Staates sind sogenannte indirekte Steuern, allen voran die Mehrwertsteuer, die jeder und jede bei jedem Einkauf im Supermarkt oder im Café entrichten muss. Wenn der Staat nicht Gewinner der Inflation sein soll, wieso gibt er die steuerlichen Mehreinnahmen dieser indirekten Steuern nicht auch jetzt an die Menschen zurück? Dies wäre konsequent. Mehr noch, eine Entlastung bei den indirekten Steuern würde Menschen mit geringen Einkommen proportional zu ihren Einkommen deutlich stärker helfen als Menschen mit hohen Einkommen.

Lüge 3: Auch Menschen mit geringen Einkommen würden durch Einmalzahlungen und temporäre Entlastungen wie dem Tankrabatt bessergestellt.

Doch dies ist eine Mogelpackung, vor allem, weil die temporären Entlastungen eben nur für drei Monate gelten und dann die Menschen wieder die permanent höheren Kosten stemmen müssen.

Lüge 4: Spitzenverdiener profitierten kaum von den Plänen, da der Schwellenwert für den Spitzensteuersatz nicht erhöht werden soll.

Doch auch dies ist so nicht richtig, denn Spitzenverdiener zahlen ja den Spitzensteuersatz nicht auf ihr gesamtes Einkommen, sondern nur auf das Einkommen über dem relevanten Schwellenwert. Konkret bedeutet der Plan des Finanzministers eine Entlastung der Spitzenverdiener von 958 Euro für Paare mit einem Jahreseinkommen von 130.000 Euro. Ein Paar mit einem Einkommen von 40.000 Euro erhält lediglich 230 Euro und viele darunter gar nichts.

Lüge 5: Arbeit und Anstrengung, die zu Einkommenssteigerungen führen, sollten steuerlich nicht zusätzlich belastet werden, wenn diese lediglich die Inflation ausgleichen.

Doch die steuerliche Entlastung entsteht nicht nur für Menschen mit Gehaltssteigerungen, sondern auch für die, die keinen einzigen Euro mehr verdienen, aber entsprechend hohe Einkommen haben.

Lüge 6: Höhere Einkommen bedeuten mehr Leistung und daher sollten Menschen mit höheren Einkommen auch stärker steuerlich entlastet werden.

Lindner vergißt die Lehren der Pandemie, daß nämlich gerade Menschen in systemrelevanten Berufen meist wenig verdienen, aber eine weit überdurchschnittliche Leistung für die Gesellschaft erbringen. Die Rechtfertigung der Steuerentlastung jetzt ist also ein Schlag ins Gesicht all derer, die viel Leistung erbringen - im Gesundheitssystem, in der Pflege oder im Bildungsbereich - und dafür finanziell nur mäßig entlohnt werden.

Lüge 7: Alternativen zum Inflationsausgleich kommen nicht infrage.

Doch es gibt sie. So schlägt beispielweise die Diakonie auf Grundlage von Berechnungen des DIW Berlin eine Erhöhung der Sozialleistungen der Empfänger von SGB II und SGB XII um 100 Euro pro Person und pro Monat vor. Dieses Geld würde ausreichen, um für die meisten Menschen mit wenig Einkommen zumindest die größten Härten abzufedern. Kosten würde dies 5,4 Milliarden Euro. Das ist nicht wenig Geld, aber wenig mehr als die Hälfte der knapp zehn Milliarden Euro des sogenannten Inflationsausgleichsgesetzes.

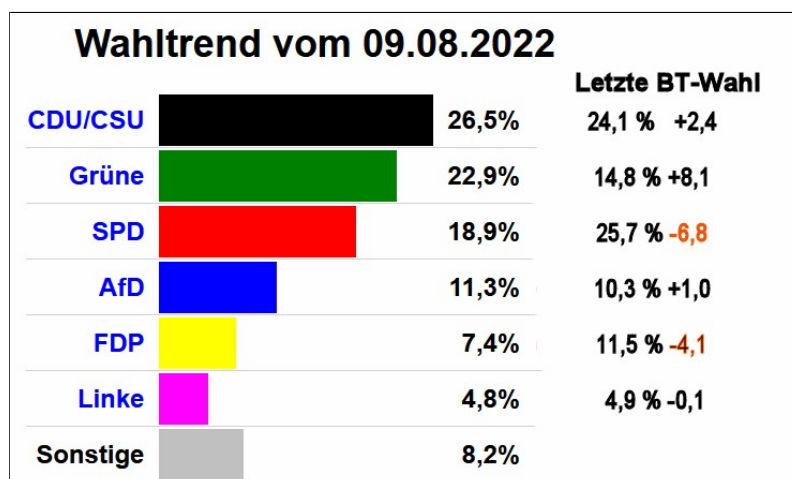
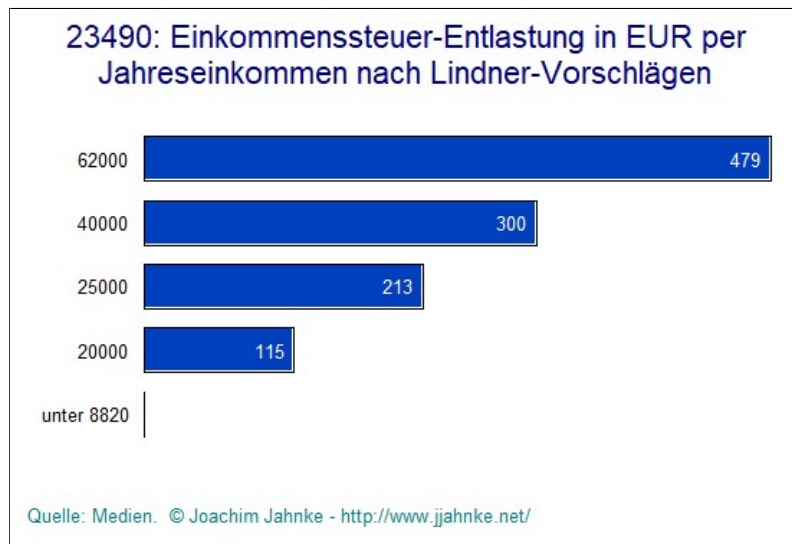
Ergebnis: Mit seinen Verdrehungen und Lügen heizt Lindner den zunehmenden Verteilungskampf in Deutschland böswillig weiter an. Die paar Prozent für die FDP, die er damit erreicht, sind in keinem Verhältnis zu dem gesellschaftspolitischen Schaden. Nach einer neuen Umfrage machen sich immerhin 90 % der Bevölkerung wegen der sozialen Ungleichheit Sorgen (Abb. 23424) und eine Mehrheit von 58 % ist nach dem neuesten Politbarometer der Meinung, daß die Bundesregierung zu wenig an Entlastung gegen die Inflation tut (Abb.).

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 88 11-08-22: Wer rettet uns vor Lindner?



Der Bundesfinanzminister ist mit seinen Steuerplänen mit Vorrang für die Besserverdienenden, die sehr

oft - meist aus purem Egoismus - FDP-Wähler sind, zu einem Asozialen verkommen, zu einem Menschen mit hohem politischem Amt, der die Sozialstaatsklausel unserer Verfassung verdrängt hat. Eine Minipartei, die nach Emnid bei nahe 5 % liegt, bläst sich auf, um über das Schicksal der 95 % zu entscheiden. Nach diesen Plänen wird der Entlastungseffekt auf die hohen Einkommen konzentriert (Abb. 23490). Von den zehn Milliarden Gesamtentlastung würden 90 Prozent auf die oberen 30 Prozent bei den Einkommen entfallen; die unteren 70 Prozent erhalten demnach kaum etwas.

Diese Pläne kommen auch nach Einschätzung der Wirtschaftsweisen Veronika Grimm jetzt zum falschen Zeitpunkt: "Eine Reform, bei der nominal die Besserverdienenden mehr gewinnen, kommt einfach zum falschen Zeitpunkt. Einerseits macht es Sinn, die Mitte der Gesellschaft angesichts der hohen Inflation zu entlasten. Andererseits brauchen wir zurzeit eine Entlastung vorwiegend der unteren und mittleren Einkommen, die die Härten durch die Preissteigerungen nicht allein tragen können. Man sollte versuchen, zielgerichtet untere und mittlere Einkommensgruppen zu entlasten, bis in die Mitte der Gesellschaft. Entlastungen mit der Gießkanne, wie etwa beim Tankrabatt oder einer Mehrwertsteuersenkung, sind nicht angezeigt."

Und doch schwafelt Scholz im Sommerinterview wieder: "Deutschland hat alle Chancen, gut durch diese Zeit zu kommen. Man wird alles dafür tun, daß die Bürgerinnen und Bürger durch diese schwierige Zeit kommen. Ich rechne trotz der wirtschaftlichen Verwerfungen durch Russlands Krieg gegen die Ukraine nicht mit sozialen Spannungen. Ich glaube nicht, daß es in diesem Land zu Unruhen kommen wird. Der Sozialstaat muß zeigen, dass er niemanden allein lassen wird." Na, dann zeig mal schön, wie das geht. Bisher wird nichts getan, jedenfalls nicht für die sozial Benachteiligten. Denn immer setzt sich die FDP durch, oder macht Scholz gar gemeinsame Sache? (immerhin hat er schon H4 geschaffen!). Jedenfalls bezeichnete Scholz Lindners Vorschlag bereits als "sehr hilfreich".

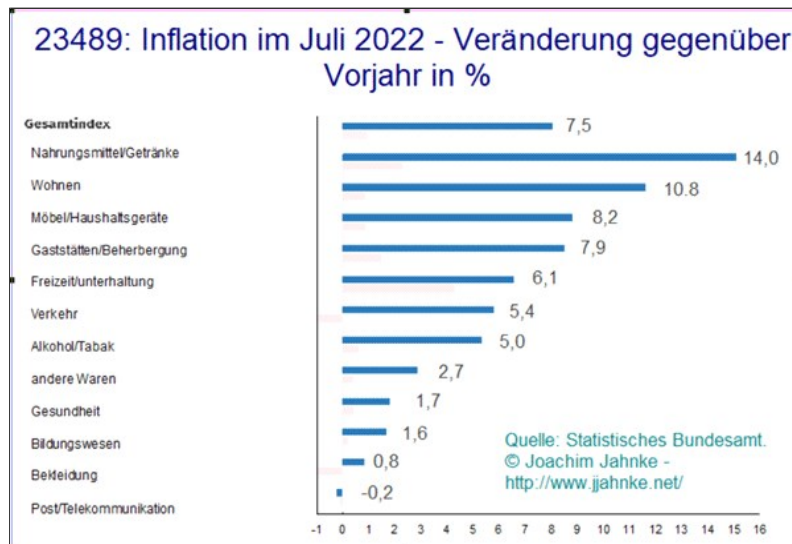
Und so sind SPD und FDP seit der Bundestagswahl in den Wahlumfragen tief eingebrochen (Abb.), die FDP nach Emnid sogar auf nur noch 6 %.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 87 11-08-22: Die schlimmsten Inflationsraten sind bei den beiden wichtigsten Gruppen: Nahrungsmittel und Wohnen



Nach der heutigen Mitteilung des Statistischen Bundesamts für Juli 2022 konzentrierte sich die Inflation besonders auf Nahrungsmittel und Wohnen mit 14,0 bzw. 10,8 % (Abb. 23489). Besonders ärmere Bevölkerungskreise müssen hier das meiste ihres Einkommens ausgeben. Verkehr kam Dank des 9-Euro-Tickets auf nur 5,4 %, doch läuft dieses nun im August ersatzlos aus, da sich die FDP gegen eine Verlängerung entschieden hat.

Bisher tut die Bundesregierung nichts, um für einen wirkungsvollen Ausgleich zu sorgen. Die FDP mit Lindner will stattdessen eine Senkung der Einkommenssteuer, von der die oberen Einkommensgruppen

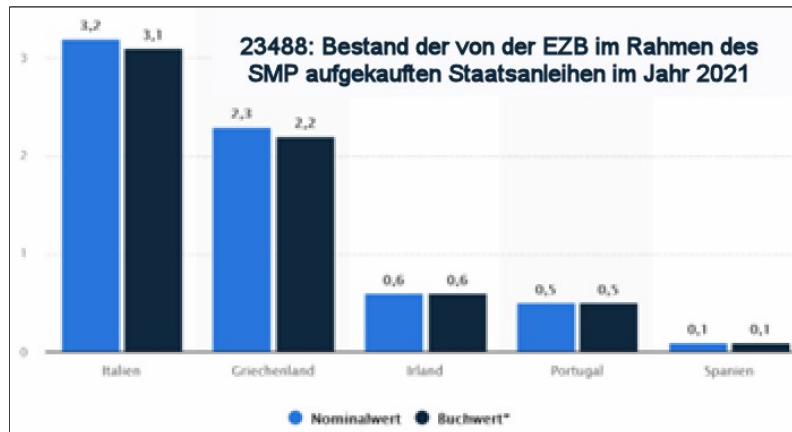
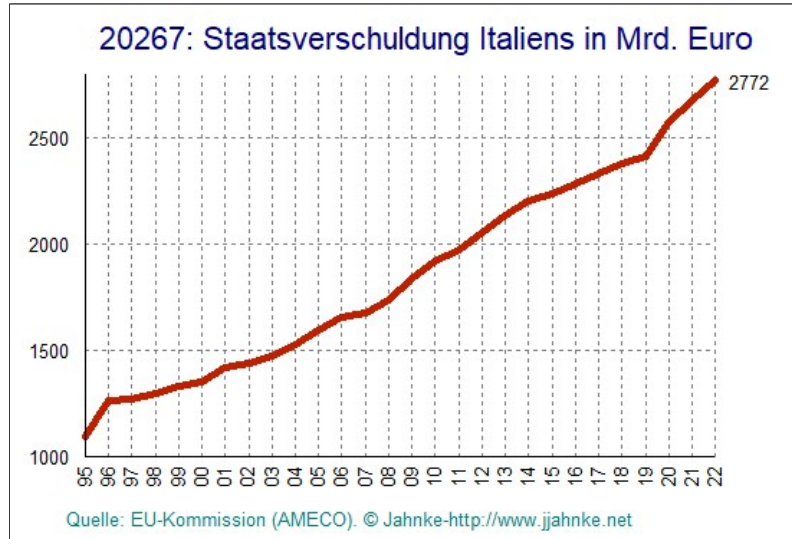
am meisten profitieren würden und die untersten gar nicht. So wird das Versprechen von Scholz "Wir lassen niemand alleine" zu einer nackten Lüge. Merkt er das gar nicht oder lügt auch er? So sammelt sich immer mehr Sprengstoff für einen Wut-Winter an.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

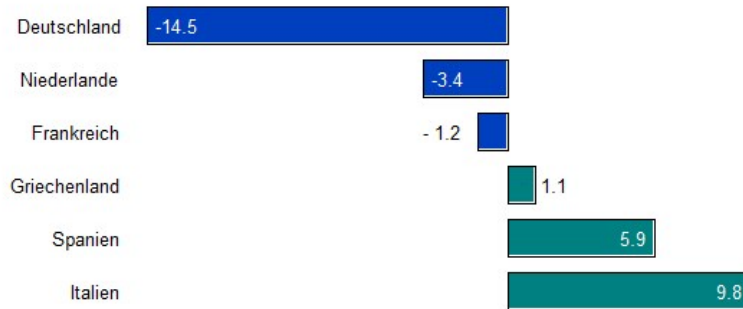


[per Mail verlinken](#)

Blog 86 10-08-22: Die EZB gerät auf die schiefe Bahn, wenn sie Ländern wie Italien bevorzugt mit Anleihekäufen hilft



23486: Anleihekäufe und-verkäufe Juni/Juli 2022 in Mrd. EUR



Quelle: EZB. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

Italien ist das bei weitem am meisten verschuldete Land der Eurozone. Seit 2000 verdoppelte sich der Euro-Wert, in den letzten vier Jahren stieg er besonders schnell (Abb. 20267). Die EZB hat das durch massiven und einseitigen Kauf italienischer Staatsanleihen entscheidend unterstützt. Allein im Rahmen des 2010 gestarteten Securities Markets Programme hat sie für 3,2 Mrd. EUR italienische Staatsanleihen in die Bücher genommen, der größte Einzelposten des Programms (Abb. 23488). Auch zeigen Daten aus der Wiederanlage fällig gewordener Anleihen, die von der Zentralbank ursprünglich im Rahmen ihres Hilfsprogramms gegen die Folgen der Pandemie erworben wurden, einen starken Aufbau des Bestands italienischer Papiere, während der Bestand an deutschen Anleihen abgebaut wurde (Abb. 23486).

Diese Bevorzugung einzelner geschieht ohne jegliche Auflagen für eine angemessene Wirtschaftspolitik. So kauft die EZB schon seit mehreren Jahren die gesamte Neuverschuldung Italiens auf, weil private Anleger im In- und Ausland angesichts der niedrigen Verzinsung für Papiere mit wenig beeindruckender Bonität kein Interesse zeigen. Damit aus Sicht privater Investoren Rendite und Risiko passen, müssten die Anleihen entweder höher rentieren - oder aber Italien müsste eine stärker an Wirtschaftswachstum und soliden Staatsfinanzen ausgerichtete Politik betreiben. So gerät die EZB zunehmend auf die schiefe Bahn und verletzt die ihr vorgeschriebenen Regeln.

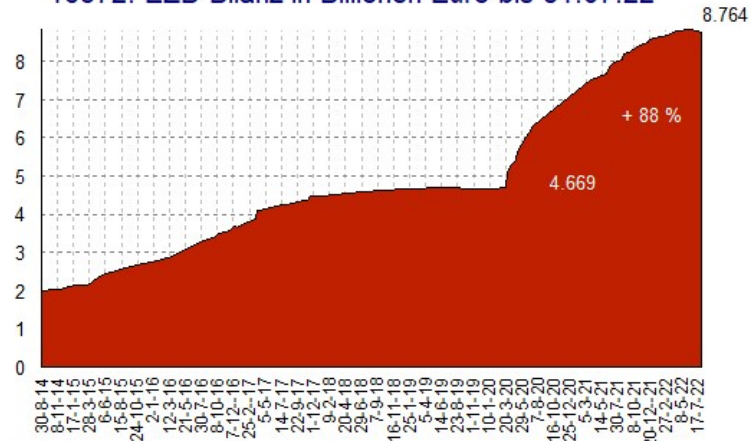
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



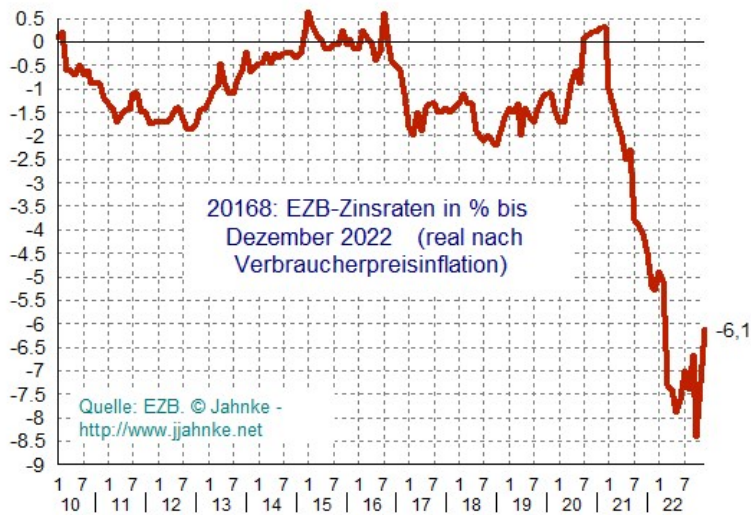
[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 85 09-08-22: Die EZB betreibt eine neue Form von "Münzbeschneidung"

16572: EZB-Bilanz in Billionen Euro bis 31.07.22



Quelle: EZB © Jahnke - <http://www.jahnke.net>



Quelle: EZB © Jahnke - <http://www.jahnke.net>



Im Altertum machte das "coin clipping" Schule. Silbermünzen wurden an den Rändern beschnitten, so daß sie einen geringeren Silbergehalt hatten und mehr von ihnen ausgegeben werden konnten (Abb.).

Das war eine einfache Form der Inflationierung. Schon im alten Rom sammelten Römische Kaiser die Münzen ein und gaben neue mit weniger Metallgehalt aus. Der Silbergehalt in der Denar-Münze nahm ab. Die Inflation wird für den Untergang des römischen Reiches mitverantwortlich gemacht.

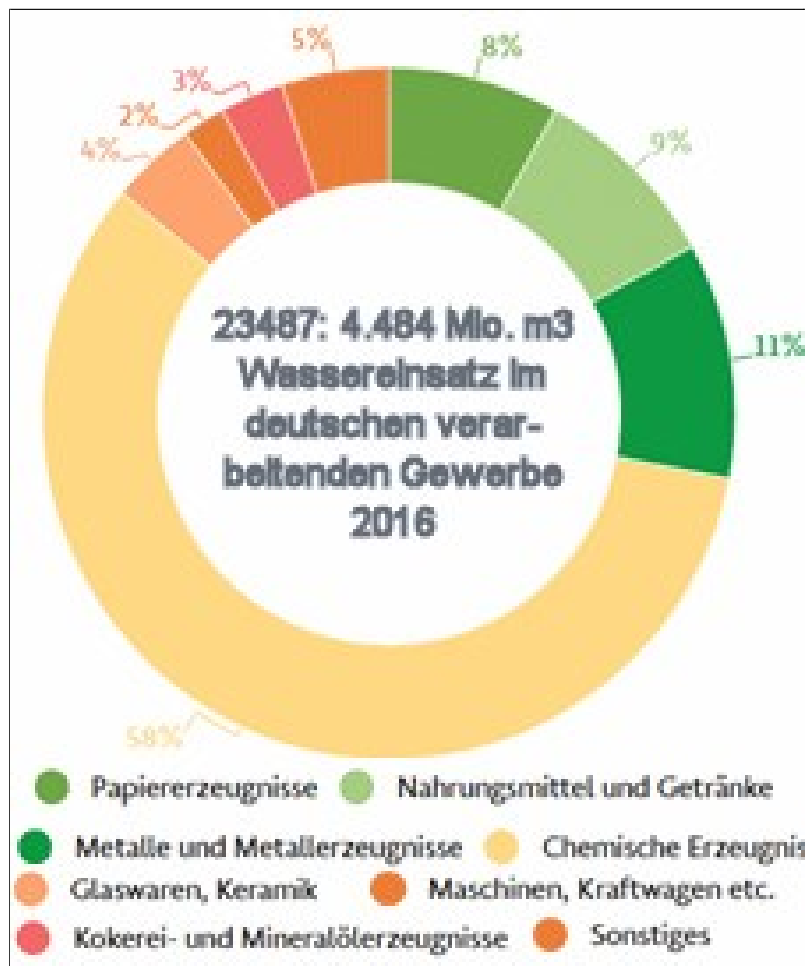
Doch die Inflationierung durch die EZB ist eine ähnliche Beschneidung des Euros, auch wenn niemand die Schere genommen hat. Die elektronische Druckmaschine schaffte das mit einem Liquiditätsaufbau der EZB von 4,7 auf 8,8 Billionen EUR in nur drei Jahren (Abb. 16572), wobei ein erheblicher Teil durch Ankauf von Staatsanleihen und anderen Wertpapieren gegen Auszahlung von Euros erfolgte. Mehr Euro ohne mehr Wirtschaftsleistung bedeutet zwangsläufig Inflation. Außerdem wurde der Zins schon mehr als 6 Jahre lang im real negativen Bereich gehalten, was den Geldumlauf beschleunigt und damit ebenfalls zu Inflation geführt hat (Abb.20168). Zuletzt lag die Inflationsrate der Eurozone im Juli bei hohen 8,9 %. Andere Notenbanken wie die der USA oder Großbritanniens haben den gleichen Fehler begangen und ebenfalls hohe Inflationsraten kassiert. Doch einige Notenbanken kleinerer Länder haben weniger Inflation zugelassen, z.B. im Juni gegenüber Vorjahr in % die Schweiz 3,2 %, Island 5,4 % und Norwegen 7,0 %.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 84 09-08-22: Droht auch in Deutschland: Kampf ums Wasser



Die Erde ist zu zwei Dritteln mit dem kostbaren Nass bedeckt und sollte eigentlich genug Wasser haben. Doch - wie die FAZ berichtet - sind 97 % salzig und nur 3 % für den Menschen genießbar. Rund zwei Drittel des Süßwassers jedoch liegen tiefgefroren an den Polen. So steht dem Menschen nur ein Drittel des globalen Süßwasservorrats für die täglichen Bedürfnisse zur Verfügung. Diese Menge gilt

zwar als ausreichend, um 7 bis 9 Mrd. Menschen gut über die Runden zu bringen. Doch diese Vorräte sind auf der Welt ungleich verteilt: Rund 2,2 Mrd. Menschen haben laut UNICEF keinen regelmäßigen Zugang zu sauberem Wasser, rund 785 Mio. Menschen fehlt eine Grundversorgung mit Trinkwasser - und der Bedarf wächst.

Deutschland zählt zu den wasserreichen Ländern der Welt. Doch schon heute wird die Bundesrepublik von Ernteausfällen in der Landwirtschaft, zu niedrigen Wasserständen in den Seen und Flüssen oder Schäden in den Wäldern geplagt. Die Industrie zählt zu den größten Wasserverbrauchern (Wassereinsatz im deutschen verarbeitenden Gewerbe in Prozent, 2016, Abb. 23487). Die Baumwolle einer einzigen Jeans verbraucht rund 2000 Liter. Für eine Tasse Kaffee braucht es für Anbau, Verarbeitung, Transport und Veredlung der dazu nötigen Kaffeebohnen bis zu 140 Liter Wasser. Eine Tonne Rohstahl erfordert um die acht Kubikmeter Wasser. Die industrielle Herstellung von Nahrungsmitteln erfordert in einem besonders hohen Maße den Einsatz von Wasser: Um einen Liter Kuhmilch melken und verarbeiten zu können, sind bis zu 1000 Liter Wasser nötig. Eine Packung Frühstückseier brauche in Gestalt von Futter für die Hühner rund 3000, die Herstellung eines Kilogramms Käse 4900 Liter Wasser. Für die Herstellung eines Autos sind bis zu 3700 Liter Wasser nötig. Die chemische Industrie ist der mit Abstand größte industrielle Wasserverbraucher in Deutschland: 3,4 Mrd. Kubikmeter im Jahr 2018. Vier Fünftel des Wassers benötigen die Unternehmen zum Kühlen. Ein Fünftel wird als "Prozesswasser" eingesetzt, also etwa als Lösemittel oder Reaktionsmedium. Die Halbleiterbranche braucht zur Herstellung eines einzigen Chips durchschnittlich bis zu 34 Liter Wasser, insgesamt mit rund 20 Mrd. Kubikmeter Wasser im Jahr - hundertmal mehr als ganz Berlin. Die Zellstoff- und Papierindustrie verbraucht auf ein Kilogramm Papier 9,3 Liter Wasser.

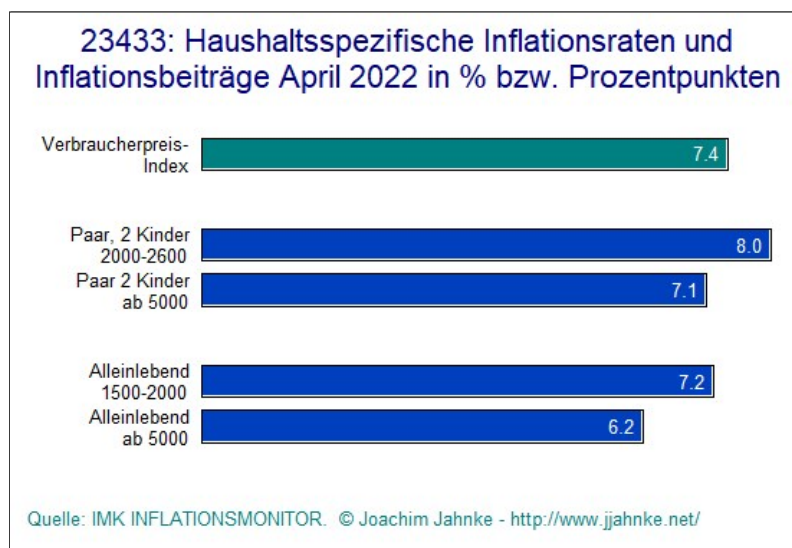
Bei so viel Nachfrage droht auch Deutschland ein Kampf ums Wasser, zumal wenn die Trockenzeiten weiter zunehmen.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 83 08-08-22: Der "wackere" Lindner wieder ohne Mitgefühl für die Opfer der Inflation



Die Inflation trifft vor allem die sozial Schwachen (Abb. 23433). Das 9-Euro-Ticket wurde als Teil des Entlastungspakets der Bundesregierung für die Monate Juni, Juli und August beschlossen, um Verbrauchern angesichts der hohen Inflation zu helfen. Nun meint Lindner kaltherzig, er sehe im Bundeshaushalt keinen Spielraum für weitere Rabattaktionen im Nahverkehr: "Generell bin ich von einer Gratismentalität à la bedingungsloses Grundeinkommen auch im öffentlichen Nahverkehr nicht überzeugt. Jeder Steuerzuschuss für ein Ticket, das nicht die Kosten deckt, bedeutet Umverteilung. Die Menschen auf dem Land, die keinen Bahnhof in der Nähe haben und auf das Auto angewiesen sind, würden den günstigen Nahverkehr subventionieren. Das halte ich für nicht fair."

Das ist wieder eines der verlogenen Lindner-Argumente. Warum hat er dann den jetzt auslaufenden 9-

Euro-Tickets zugestimmt? Was soll das Gerede von der angeblichen Umverteilung, wenn es um Sozialschutz, der eine staatliche Aufgabe ist, geht? Kann Lindner nicht das Grundgesetz lesen, in dessen Art. 20 Abs. 1 das Sozialstaatsprinzip festgeschrieben ist ("Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat")? Und die verhältnismäßig wenigen Menschen auf dem Lande, die keinen Bahnhof benutzen können, sind doch kein Argument gegen Millionen von Pendlern, die bisher mit den 9-Euro-Tickets zur Arbeit fahren. Kältherzigkeit ist schlimm, doch gepaart mit verlogenen Argumenten, wie der angeblichen Subventionierung der 9-Euro-Tickets durch Menschen vom Lande, wird sie unerträglich.

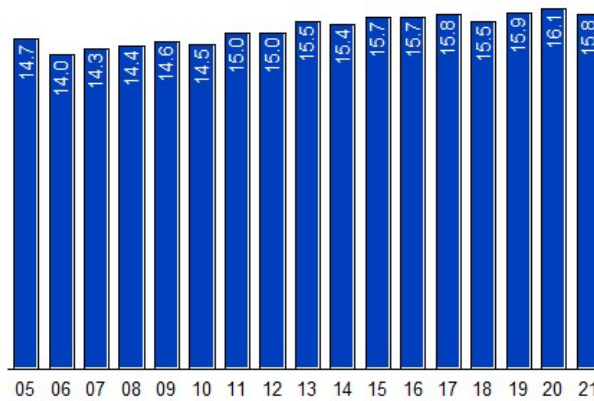
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

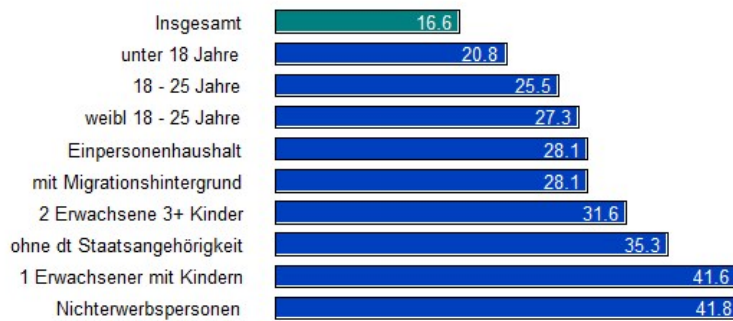
Blog 82 08-08-22: Weiter erhebliches Armutsrisiko in Deutschland

20514: Armutsentwicklung 2005-2021 in %



Quelle: Statista, Statistisches Bundesamt für 2021 © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

23458: Hohe Armutsanteile nach Gruppen in %
(soweit über 20 %)



Quelle: Paritätischer Wohlfahrtsverband 2022. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>



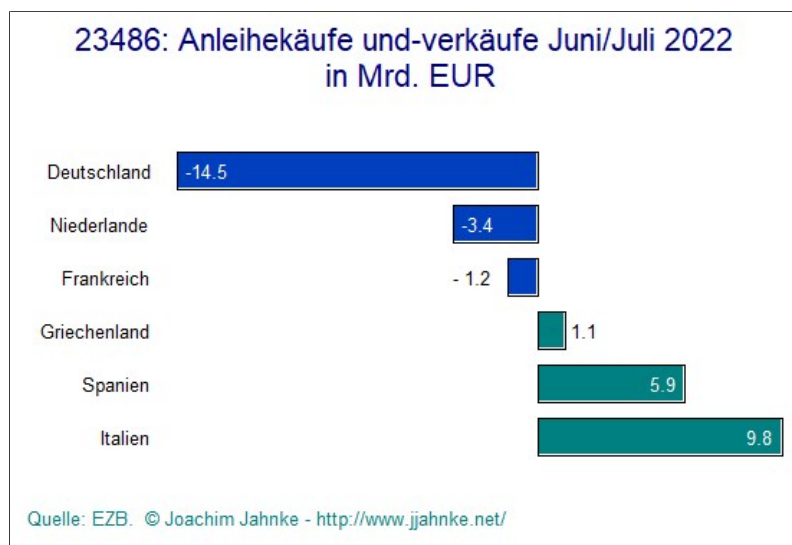
Nach Angaben des Statistischen Bundesamts blieb das Armutsrisiko in Deutschland mit rund 13 Millionen Menschen und einem Anteil von fast 16 % auch 2021 hoch (Abb. 20514). Eine Person gilt nach der EU-Definition für EU-SILC als armutsgefährdet, wenn sie über weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung verfügt. Bei den Frauen ab 65 Jahren fiel das Armutsgefährdungsrisiko im Jahr 2021 mit 21,0 % deutlich höher aus als bei den Männern derselben Altersklasse mit 17,4 %. Besonders hoch ist nach Angaben des Paritätischen Wohlfahrtsverbands mit fast 42 % der Anteil bei alleinerziehenden Haushalten (Abb. 23458). Auch im W-Europa-Vergleich ist das Armutsrisiko in Deutschland relativ hoch und wird nur von den armen Ländern Portugal, Griechenland, Italien und Spanien übertroffen (Abb. 19300).

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 81 07-09-20: Die EZB spielt falsch und schiebt zugunsten Italiens um



Nach Ihrer Satzung darf die EZB nicht einzelne Euro-Staaten finanzieren. Doch genau das tut sie derzeit. Sie hat im Zeitraum Juni/Juli massiv Staatsanleihen aus Italien gekauft und dafür solche aus Deutschland verkauft (Abb. 23486). Das hat den Zins für italienische Anleihen gedrückt und damit der

italienischen Regierung eine höhere Verschuldung ermöglicht. Auch in andere südeuropäische Staatsanleihen wurde umgeschichtet. Dabei hat die EZB Gelder aus fällig werdenden Anleihen aus dem Corona-Krisenprogramm PEPP und dem älteren Anleihekaufprogramm APP benutzt.

Das ziemlich faule Argument der Christine Lagarde: Die EZB müsse die "Transmission", also die Übertragung ihrer Geldpolitik in alle Euroländer, sicherstellen - und die könnte gefährdet sein, wenn es zu einer "Fragmentierung", also Zersplitterung des Euroraums, durch sehr unterschiedliche Anleiherenditen in den Einzelstaaten komme. Dazu der Ökonom der Bank Sarasin Junius: "Bei Zinsaufschlägen, die auf klare hausgemachte politische Probleme eines Landes zurückgehen, wie das in Italien zuletzt der Fall war, sehe ich eigentlich keinen Interventionsbedarf. Insofern finde ich, daß die EZB mit vorschnellen Interventionen nun unnötig Begehrlichkeiten und Ansprüche bei zukünftigen Marktschwankungen geweckt hat."

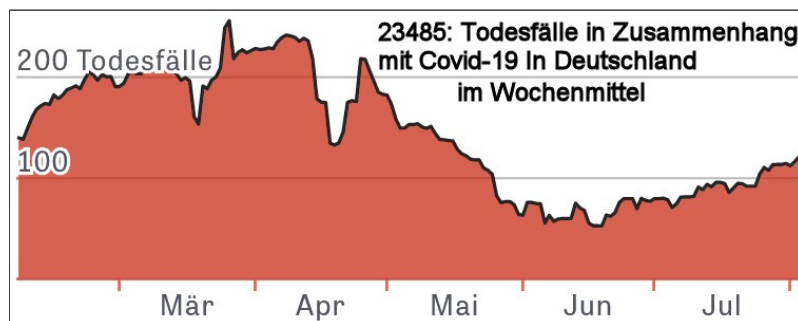
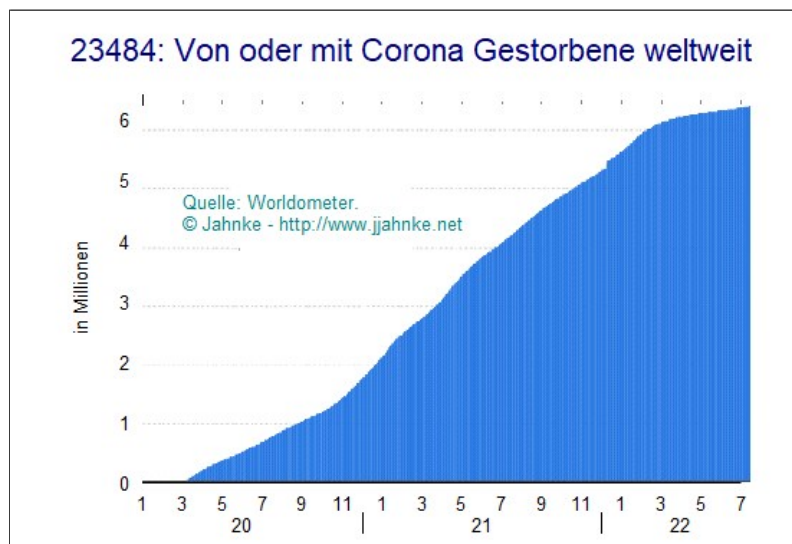
Wenn die EZB in diesem Tempo ein ganzes Jahr lang italienische Staatsanleihen kaufen würde, dann entspräche das etwa 50 Prozent des aktuell noch sehr hohen italienischen Staatsdefizits, rechnet Ökonom Heinemann vor. Problematisch sei, dass die EZB nicht ausreichend berücksichtige, daß der Anstieg der Italien-Spreads zum Teil von der italienischen Politik hausgemacht sei. Damit setze die EZB die falschen Anreize: "Verantwortungslose Politik wird an den Anleihemärkten nicht mehr bestraft, weil Europas Zentralbank eine bedingungslose Niedrigzinsgarantie abgegeben hat."

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 80 06-08-22: Wie führende Verschwörungstheoretiker Millionen verdienen können



Sie geben sich als seriöse Überbringer von Wahrheiten aus. Doch meist geht es ihnen um Kasse. So

hat der Mikrobiologe Sucharit Bhakdi und wohl bekannteste deutsche Covid-19-Leugner mit seinen drei Bestsellern "Schreckgespenst Infektionen. Mythen, Wahn und Wirklichkeit", "Corona Fehlalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe" und "Corona unmasked. Neue Daten, Zahlen, Hintergründe" sicher Millionen verdient.

Im Prozess gegen den in USA bekanntesten rechten Moderator und Verschwörungstheoretiker Alex Jones ist aus Textnachrichten hervorgegangen, daß das von dem Medienmann gegründete verschwörungstheoretische Online-Portal an mehreren Tagen im Jahr 2018 jeweils mehr als 800.000 Dollar eingenommen hat. Außerdem behauptete er, mehrere Millionen Dollar durch die Sperrung auf YouTube, Facebook, Twitter und Apple verloren zu haben. Die Unternehmen hatten ihn 2018 wegen Verstößen gegen ihre Regeln von ihren jeweiligen Plattformen geworfen. Jones hat in Allianz mit Donald Trump über das von ihm gegründete Portal "Infowars" in der Vergangenheit immer wieder zu diversen Themen Verschwörungstheorien Position bezogen - etwa, daß die US-Regierung an den Anschlägen am 11. September 2001 in New York beteiligt gewesen sei. Gleichzeitig bewirbt er vermeintliche Wunderheilmittel, die er über einen von ihm betriebenen Online-Shop verkauft. Vor Gericht steht Jones aktuell, weil die hinterbliebenen Eltern eines Sandy-Hook-Opfers von ihm eine Entschädigung von 150 Millionen Dollar wegen der Folgen seiner Falschmeldungen fordern. Jones hatte den Amoklauf im Jahr 2012, bei dem ein 20-Jähriger 20 Kinder getötet hatte, als "Ente" bezeichnet.

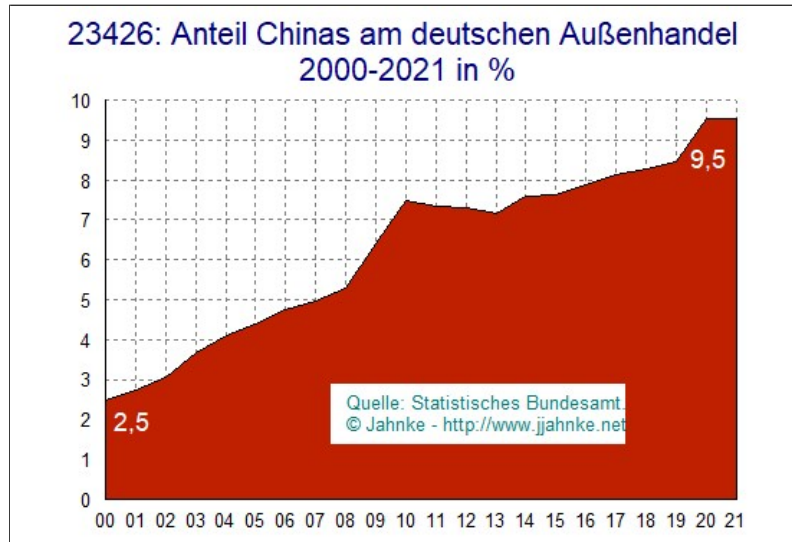
Bis zum 4. August 2022 beläuft sich die weltweite kumulative Zahl bestätigter SARS-CoV-2-Infektionen auf mehr als 585 Millionen. Die Zahl der Todesopfer in Zusammenhang mit dem Coronavirus stieg bis zu diesem Tag auf mehr als 6,4 Millionen Fälle (Abb. 23484); auch in Deutschland steigt die wöchentliche Zahl der Toten wieder (Abb. 23485). Damit beträgt die durchschnittliche Letalitätsweltweit rund 1,1 Prozent. Die Leugner von Covid-19 sind doppelt dumm: Sie glauben den ihnen aufgetischten Blödsinn und sie zahlen oft auch noch dafür. In Deutschland halten nach einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung 30 Prozent der Bevölkerung die Behauptung, die Welt werde durch geheime Mächte gesteuert, für wahrscheinlich richtig oder sicher richtig (11 Prozent halten die Aussage für sicher richtig und sind damit überzeugte Verschwörungstheoretiker).

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 79 05-08-22: Putin-Xi, die Allianz der Autokraten, die den Krieg suchen





Nicht viel unterscheidet Xi und Putin. Beide sind demokratiefeindliche Autokraten und wollen noch zu Lebzeiten ihre Reiche weiter vergrößern, wenn nötig mit Krieg und Gewalt. Putin tut es derzeit mit grausamer Brutalität in der Ukraine auf der Suche nach der alten UdSSR. Xi will noch zu seinen Lebzeiten Taiwan und seine 24 Mio. Menschen ins Reich zurückholen, was nur mit Gewalt möglich sein wird, nachdem er schon das einst demokratische Hongkong seinem Regime unterworfen hat. Derzeit läßt er seine Truppen zu Luft und zu Wasser schon mal Taiwan blockieren und dabei auch ballistische Raketen abfeuern, ein klarer Bruch von Völkerrecht.

Auf einen Krieg um Taiwan ist Deutschland genauso wenig vorbereitet, wie es dies bei der Ukraine war. Die Abhängigkeit von China ist noch weit größer. China war 2021 erneut Deutschlands wichtigster Außenhandelspartner. Auch wenn der Anteil nur bei 10 % lag (Abb. 23426), so ist die Abhängigkeit von chinesischen Lieferungen doch sehr komplex. So bekommt die ganze Elektronikbranche Komponenten, Teile, Leiterplatten aus China. Das fängt beim Kinderwagen an und hört beim Mobiltelefon auf. Es erreicht direkt oder indirekt fast alle Produkte, wenn man sich mal in einem Laden umsieht. Aus China werden in erster Linie Datenverarbeitungsgeräte, elektrische und optische Erzeugnisse (42,9 Milliarden Euro), elektrische Ausrüstungen (18,6 Milliarden Euro) sowie Maschinen (11,2 Milliarden Euro) nach Deutschland eingeführt.

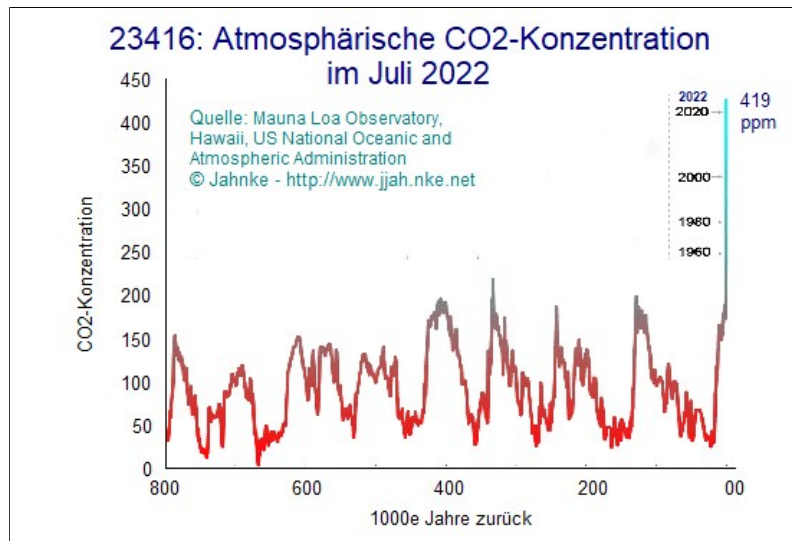
Auch wichtige, schwer ersetzbare Rohstoffe kommen aus China. In großen Mengen werden dort Eisenerz, Bauxit, Molybdän, Zinnkonzentrat, Bleierz, Quecksilber, Phosphat oder Gold aus der Erde geholt. China ist eines der bedeutendsten Länder für die Produktion mineralischer Rohstoffe weltweit. Sowohl bei der Bergwerksförderung, als auch bei der Raffinadeproduktion führt China die Weltrangliste bei vielen Rohstoffen an. So gehen 41% der wertmäßigen globalen Raffinadeproduktion auf China zurück. Bei Rohstoffen wie Seltenen Erden, Antimon, Wolfram ist die Länderkonzentration der Produktion aufgrund des großen Anteils der Volksrepublik besonders hoch. Für die Versorgung der deutschen Industrie mit mineralischen Rohstoffen nimmt China daher bereits heute eine wichtige Rolle ein.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 78 04-08-22: Wer noch an den Umweltproblemen zweifelt, sollte von der Hypothese des jetzt verstorbenen Wissenschaftlers James Lovelock lernen



Ich wurde schon Ende der 70er Jahre ein begeisterter Anhänger der von Lovelock und der Mikrobiologin Margulis entwickelten Gaia-Hypothese. Sie besagt, daß die Erde und ihre Biosphäre wie ein Lebewesen betrachtet werden könne, da die Biosphäre - die Gesamtheit aller Organismen - Bedingungen schafft und erhält, die nicht nur Leben, sondern auch eine Evolution komplexerer Organismen ermöglichen. Die Erdoberfläche bildet demnach ein dynamisches System, das die gesamte Biosphäre stabilisiert. Diese Hypothese setzt eine bestimmte Definition von Leben voraus, wonach sich Lebewesen insbesondere durch die Fähigkeit zur Selbstorganisation auszeichnen. Gaia ist der griechische Begriff für die Erde und war eine der ersten Gottheiten.

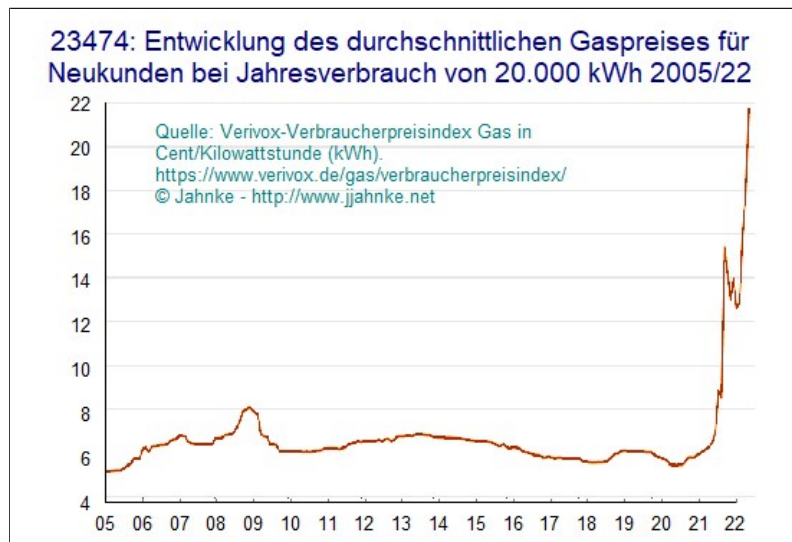
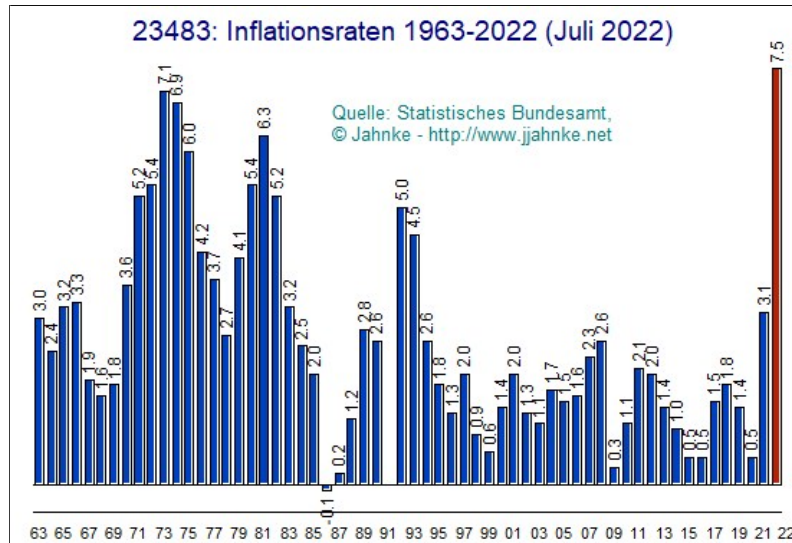
Im Angesicht der drohenden Klimakatastrophe sagte Lovelock: "Die Erde kann auch ohne den Menschen weiterexistieren: Wenn er nicht Vernunft annimmt, wirft sie ihn ab. Bei einer Klimakatastrophe wird die Erde mal eben einen Teil der Menschheit abwerfen und vielleicht mit einem Drittel weitermachen." Wie wahr und wie wahrscheinlich, wenn man sich die Entwicklung der CO₂-Emissionen und die nun beständig auf uns hereinstürzenden Hitzewellen vor Augen führt (Abb. 23416).

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 77 03-08-22: Immer mehr eine Mega-Inflation - und alles noch am Anfang





Schon jetzt verzeichnen wir mit dem Ergebnis für Juli von 7,5 % die höchste Inflationsrate gegenüber dem Vorjahresmonat, die seit 1963 - dem Beginn der Aufzeichnungen - vom Statistischen Bundesamt im Vorjahresvergleich gemessen wurde (Abb. 23483), und die Lebensmittelpreise sind doppelt so stark gestiegen. Doch damit wird nicht Schluß dieser bedrohlichen Entwicklung sein. Denn im August laufen das 9-Euro-Ticket und der Tank-Rabatt aus, die die Inflation bisher gedämpft haben. Lieferketten werden weiter unterbrochen sein und der Krieg in der Ukraine wird noch immer wüten. Außerdem gehen die Gewerkschaften jetzt mit hohen Lohnforderungen energisch vor und heizen die Inflation mit einer Lohn-Preis-Spirale weiter an. So hat die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di gerade für die Flughafenbodendienste eine Einigung für Lohnanhebungen um 19 % (!) erreicht. Und die EZB wagt nicht, den Zentralbankzins so anzuheben, daß er die Inflation bremsen könnte.

Vor allem stehen nun die Zahlungen auf die erheblich gestiegenen Gaspreise bevor, und wenn Putin den Gashahn voll zudrehen sollte, würde es noch viel schlimmer werden. Die Gaspreise sind seit September 2021 bereits von 5 auf 16 Cents gestiegen, also fast eine Verdreifachung (Abb. 23474). Das Energiepreis-Vergleichsportal Verivox rechnet damit, daß sich die Gaspreise mit der von Scholz angekündigten Umlage im Vergleich zum Vorjahr verdreifachen werden. Einem durchschnittlichen Haushalt mit vier Menschen, der etwa 20.000 Kilowattstunden verbraucht, drohe durch den Aufschlag in diesem Jahr eine Mehrbelastung von über 2.300 Euro.

So müssen Kunden von RheinEnergie ab Herbst mit einer Steigerung um 133 % mehr als doppelt so viel zahlen als bisher. Das Unternehmen macht für den Schritt die gesteigerten Beschaffungskosten für Erdgas auf den Rohstoffmärkten verantwortlich. In einer Pressemitteilung heißt es, die Beschaffungskosten von RheinEnergie hätten sich binnen einem Jahr um 450 % erhöht. Laut RheinEnergie sind die Preiserhöhungen gleichbedeutend mit einer Verdoppelung der Gesamtkosten, die ein Durchschnittshaushalt für Gas stemmen muss. Bei einem Verbrauch von 10.000 Kilowattstunden pro Jahr (das entspricht in etwa einer Eigentumswohnung) würden die Jahreskosten von bislang 960 Euro auf 2002 Euro steigen. In einer größeren Wohnung oder einem Einfamilienhaus (15.000 Kilowattstunden) falle die Steigerung höher aus: von 1353 Euro auf 2918 Euro). Die tatsächliche Belastung vieler Gaskundinnen und Gaskunden wird allerdings noch deutlich höher ausfallen. Denn in den Kosten ist die neue Gasumlage, mit der die Bundesregierung Gasverbraucher an der Rettung des Gasversorgers Uniper beteiligen will, noch nicht berücksichtigt. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hatte angekündigt, die Umlage werde einen Betrag von 1,5 bis 5 Cent pro Kilowattstunde ausmachen. Im Falle eines Vierpersonenhaushalts würde das einer zusätzlichen Belastung von bis zu tausend Euro entsprechen.

Und von der FDP und ihrem schwarze-Null-gedrugten Lindner ist nur wenig an sozialem Ausgleich zu erwarten. Das kann also noch heiter werden in Deutschland und auf seinen Straßen. Ein Wut-Winter wird kaum zu vermeiden sein (und Putin wird sich die blutigen Hände reiben).

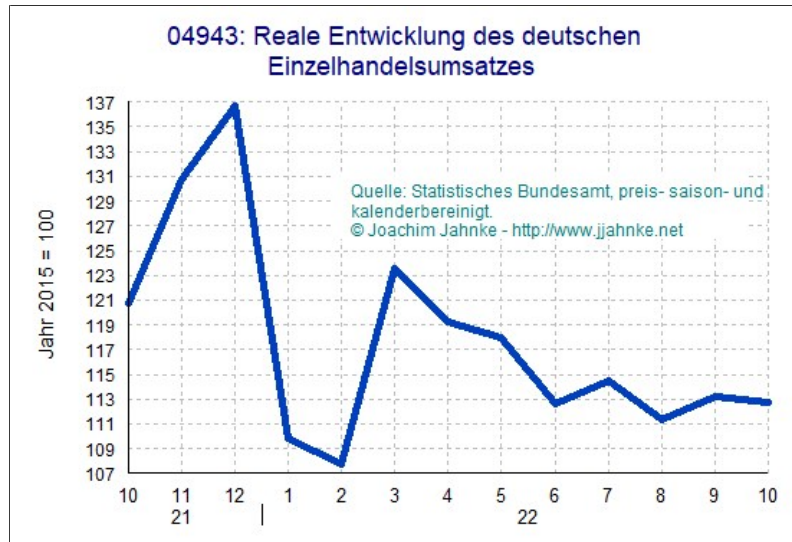
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 76 02-08-22: Die Inflation schlägt auf den Einzelhandel durch: -8,8 %

Umsatz real gegenüber Vorjahr



Wie bei der hohen Inflation nicht anders zu erwarten verzeichnete der Einzelhandel im Juni 2022 im Vergleich zum Vorjahresmonat ein Umsatzminus von real 8,8 % (Abb. 04943). Das ist der größte Rückgang zum Vorjahresmonat seit Beginn der Zeitreihe 1994. Der Umsatz im Einzelhandel mit Lebensmitteln stürzte dabei auf dem tiefsten Stand seit Juni 2016; bei Lebensmitteln betrug die Inflation zuletzt rund 15 %. Auch nach der jüngsten Meldung der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) hat die Konsumflaute in Deutschland einen neuen Höhepunkt erreicht und wurde seit Beginn der Erhebung der Verbraucherstimmung für Gesamtdeutschland im Jahr 1991 kein schlechterer Wert gemessen.

Wenn die private Nachfrage in Deutschland so leidet, so wird auch eine negative Entwicklung der gesamten Wirtschaftsleistung wahrscheinlich. Denn zuletzt wurde die Wirtschaft vor allem von den privaten und staatlichen Konsumausgaben gestützt, während der Außenbeitrag das Wirtschaftswachstum bereits dämpfte.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

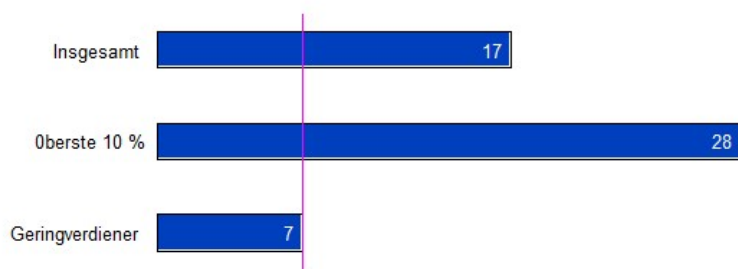
Blog 75 01-08-22: Armes Deutschland: Wenn der Finanzminister im Verteilungskampf gegen die Schwachen antritt, um eine angebliche "Linksverschiebung in der Regierungspolitik" abzuwehren

23433: Haushaltsspezifische Inflationsraten und Inflationsbeiträge April 2022 in % bzw. Prozentpunkten



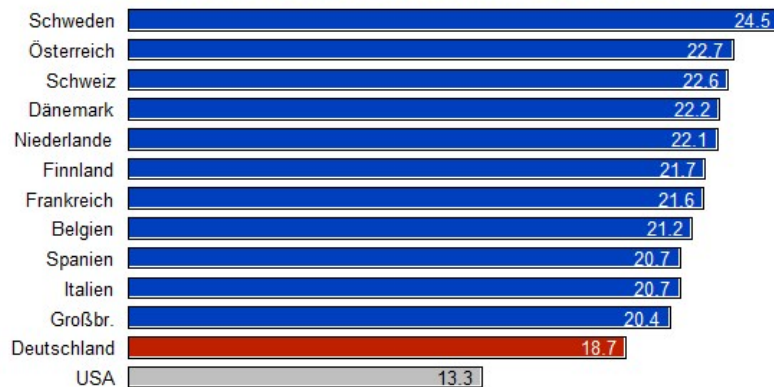
Quelle: IMK INFLATIONSMONITOR. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

21347: Entwicklung der real verfügbaren Einkommen 1995 bis 2018 in %



Quelle: OECD, Is the German Middle Class Crumbling? 2021.
© Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

21264: Anteil der unteren 50 % am Volkseinkommen in % vor Steuern und staatlichen Transferleistungen 2019



Quelle: World Inequality Database. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

Der Verteilungskampf wird mit hoher Inflationsrate und Unsicherheiten in der Gasversorgung auch in Deutschland immer härter. Dabei werden vor allem Arme gegen Reiche ausgespielt. Einkommensschwächere sind von der Inflation besonders stark betroffen (Abb. 23433). Auch haben sich ihre Einkommen besonders schlecht entwickelt (Abb. 21347). Im internationalen Vergleich ist die Verteilung in Deutschland die - nach den USA - extremste (Abb. 21264). Nach einer neuen Umfrage des Instituts "Policy Matters" im Auftrag der ZEIT geben auf die Frage, welche Krisen sie persönlich als am bedrohlichsten empfinden, 61 Prozent die steigenden Lebenshaltungskosten an, 21 Prozent den Klimawandel und 18 Prozent den Ukraine-Krieg. 64 Prozent der Befragten blicken mit Sorge auf die Entwicklung ihrer finanziellen Situation - und nur 36 Prozent mit Zuversicht.

Es ist klar, daß der Staat mit Entlastungspaketen dämpfend eingreifen muß. Doch in der Bundesregierung wächst der Streit darüber, welche Gruppen von einem Entlastungspaket profitieren sollten. Der Bundesfinanzminister möchte die Ausgaben des Bundes so kürzen oder begrenzen, daß die Einhaltung der Schuldenbremse zur obersten Priorität im kommenden Jahr wird. Zudem möchte er die Einkommensteuer, vor allem bei der kalten Progression, absenken. **Allein diese Maßnahme würde nach Berechnungen des Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Frazscher den Bund knapp zehn Milliarden Euro im Jahr kosten, wovon acht Milliarden Euro den oberen 30 Prozent der Gutverdienenden zugutekommen, zwei Milliarden Euro für die "arbeitende Mitte" und so gut wie gar nichts für die 30 Prozent der Einkommensschwächsten.** Eine Erhöhung des Grundfreibetrags wäre wohl ähnlich teuer und würde den einkommensschwächsten 30 Prozent auch so gut wie nichts bringen.

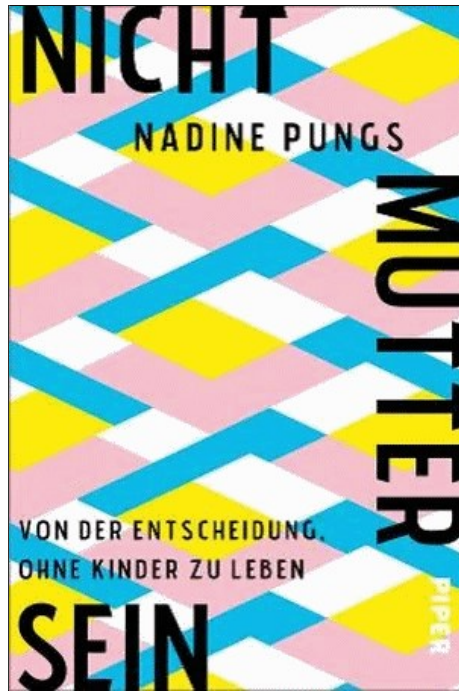
Eine Erhöhung der Sozialleistungen um 100 Euro pro Person und Monat für die kommenden sechs Monate, so wie von der Diakonie vorgeschlagen, würde dagegen fast ausschließlich den einkommensschwächsten zehn Prozent der Menschen zugutekommen und sie gegen die höheren Kosten für Energie und Lebensmittel absichern. Dies würde die Bundesregierung nur 5,4 Milliarden Euro kosten. Warum kann oder will Lindner das nicht begreifen? In einem Interview in der "WELT" erklärt er nun: Die FDP ist die Garantin gegen eine Linksverschiebung in der Regierungspolitik. Die wichtige Rolle der FDP ergibt sich ja daraus, dafür zu sorgen, daß Deutschland aus der Mitte regiert wird und nicht nach links driftet". Was für ein Unfug, da schon Scholz und seine SPD bestenfalls Mitten sind, doch längst nicht mehr "links"!

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

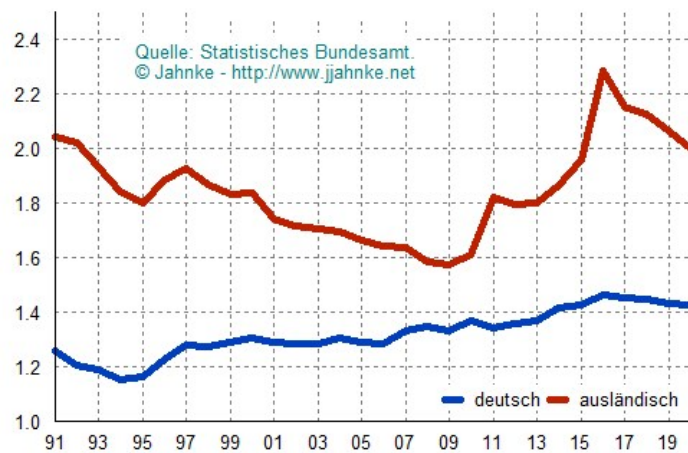


[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

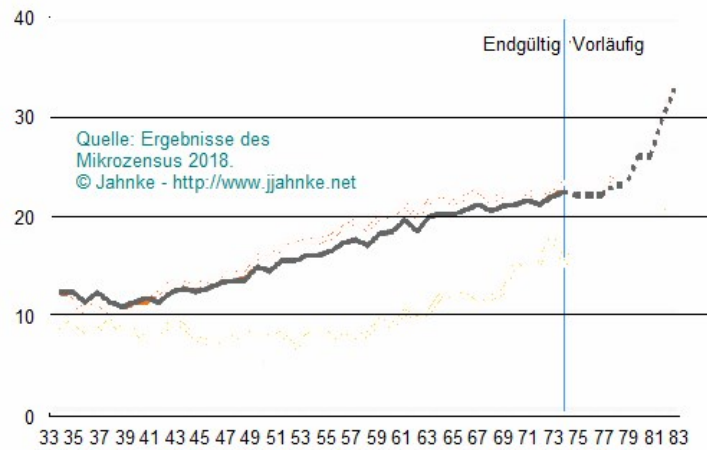
Blog 74 01-08-22: Nadine Pungs: "Menschen, die ich nicht kenne, klammern sich an meinen Eierstöcken fest"



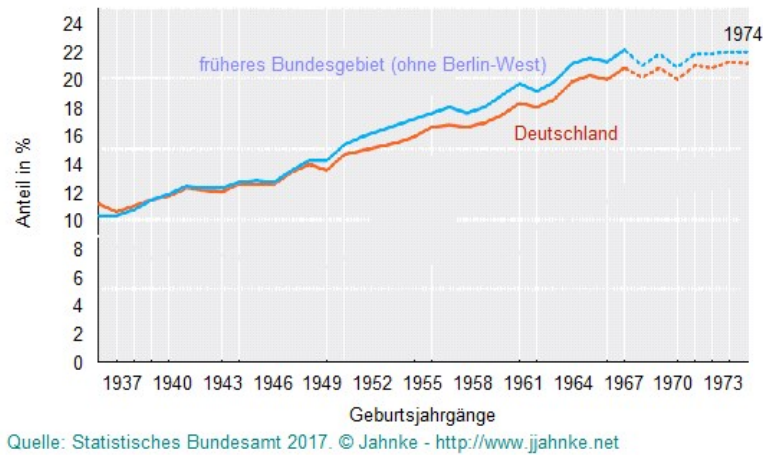
23481: Geburtenziffer nach Staatsangehörigkeit der Mutter



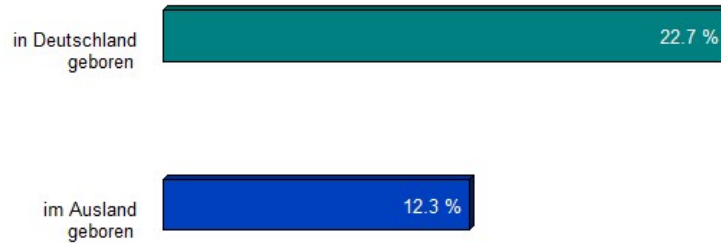
21342: Anteil der Frauen ohne Kind an allen Frauen des jeweiligen Jahrgangs (Kinderlosenquote) Jahrgänge 1933-83 in %



20140: Entwicklung des Anteils kinderloser Frauen ab 45 Jahre

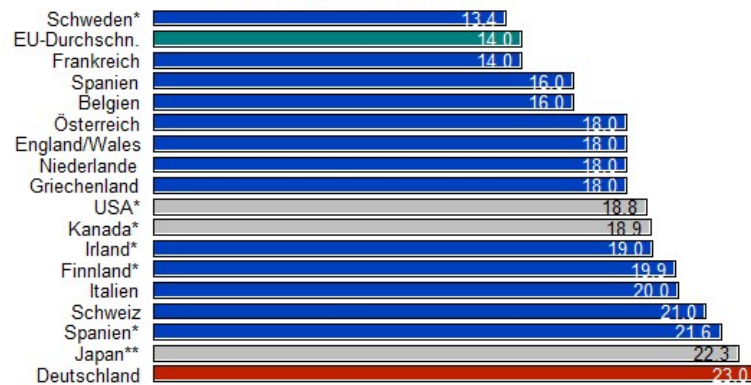


1975: Anteil kinderloser Frauen im Alter von 45-54 Jahren nach Geburtsland 2018



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2018. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

19498: Anteil kinderloser Frauen unter allen mit Geburtsjahr 1968 in %



Quelle: INED, Population and Societies, Jan. 2017. *) OECD Family Database, Childless women at age 40-44, 2010. **) Jahrgang 1964, Japan Times. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Nadine Pungs ist Schriftstellerin und hat gerade ein Buch geschrieben, in dem sie die Entscheidung, ohne Kinder zu leben, begründet und gleichzeitig dafür wirbt. Um den Absatz zu fördern, hat sie dem SPIEGEL ein Interview gegeben. Darin sagt sie: "Mein Entschluß gegen Mutterschaft wird mir nicht zugetraut. Ich muss belehrt werden. Bekehrt. Menschen, die ich nicht kenne, klammern sich an meinen Eierstöcken fest." Nun dürfte sich niemand, den sie nicht kennt, für die Eierstöcke der Nadine Pungs interessieren. Eine andere Frage ist, ob man für Kinderlosigkeit werben sollte und was die demographischen Folgen der Kinderlosigkeit sind. Die Statistik zeigt, daß deutsche Frauen mit einer Geburtenziffer von nur 1,4 viel zu wenig Kinder haben, als die zur Erhaltung der Bevölkerung notwendigen 2,1 und daß nur ausländische Frauen in Deutschland auf dieses Niveau kommen (Abb. 23481). Die Folge ist eine erhebliche Überalterung gerade der deutschstämmigen Bevölkerung mit vielen negativen Konsequenzen.

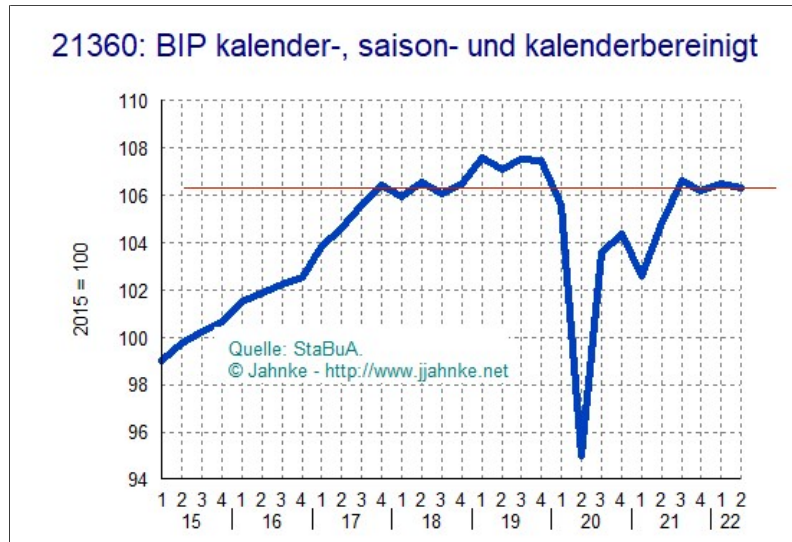
Statistisch klar ist auch, daß Frauen, die Kinder zur Welt bringen, durchschnittlich nicht viel weniger Kinder als früher haben. Es ist aber genauso klar, daß dagegen die Zahl total kinderloser Frauen erheblich zugenommen hat und hier der eigentliche Grund für den Bevölkerungsrückgang in der deutschen Bevölkerung liegt (Abb. 21342, 20140). Der Anteil der Kinderlosigkeit ist unter in Deutschland geborenen Frauen etwa doppelt so hoch wie unter den im Ausland geborenen (Abb. 19750). Im Ergebnis hat Deutschland den international höchsten Anteil an Kinderlosigkeit (Abb. 19498). Warum glaubt da bei dieser Situation Nadine Pungs für Kinderlosigkeit werben zu müssen?

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 73 30-07-22: Konjunktur: Deutsche Wirtschaft stagniert schon im 5. Jahr



Das deutsche Bruttoinlandsprodukt blieb im 2. Quartal 2022 im Vergleich zum Vorquartal unverändert (Abb. 21360). Praktisch stagniert es aber schon seit 5 Jahren. "Die schwierigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit anhaltender Corona-Pandemie, gestörten Lieferketten, steigenden Preisen und dem Krieg in der Ukraine schlagen sich deutlich in der konjunkturellen Entwicklung nieder", teilte das Statistische Bundesamt mit.

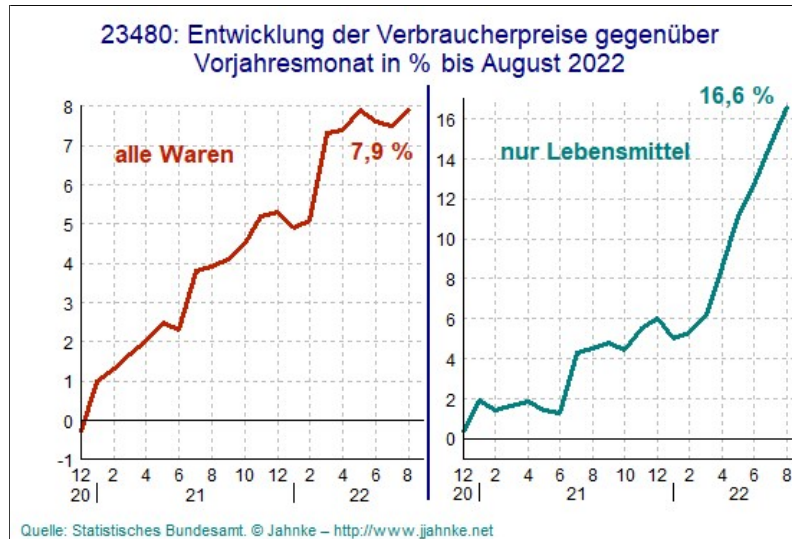
Sollte es nun auch noch zu Problemen mit der Gasversorgung kommen, so wird Deutschland in eine Rezession fallen. Da das in einer Situation mit starker sozialer Spaltung bei extrem hoher Inflation geschehen würde und die FDP hartnäckig gegen höhere Sozialleistungen für die "schwarze Null" im Haushalt kämpft, wird mit unruhigen Zeiten auch in Deutschland zu rechnen sein.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 72 29-07-22: Die Inflation steigt weiter



Die Inflation hat im Juli 2022 gegenüber dem Vormonat um weitere 0,9 % zugenommen. Gegenüber dem Vorjahr ging sie zwar von 7,6 % auf 7,5 % sehr leicht zurück (Abb. 23480), jedoch wirken sich hier der Anfang Juni eingeführte Tankrabatt und das 9-Euro-Ticket aus; beide Maßnahmen enden im August und sind daher nur vorübergehend. In welchem Ausmaß sie sich genau ausgewirkt haben, läßt sich nach Angaben des Statistischen Bundesamts mit den vorläufigen Ergebnissen noch nicht darstellen. Doch dürfte die künstlich inflationsenkende Auswirkung erheblich sein, da sich die Teuerungsrate im Bereich Verkehr im Juni auf 8,3 % halbierte, während es im Mai noch 16,3 % gewesen waren. Auch die Bundesbank schreibt: "In den nächsten Monaten dürfte die Inflationsrate weiter hoch bleiben. Im September könnte sie sogar wieder ansteigen, weil dann die temporären Entlastungsmaßnahmen entfallen".

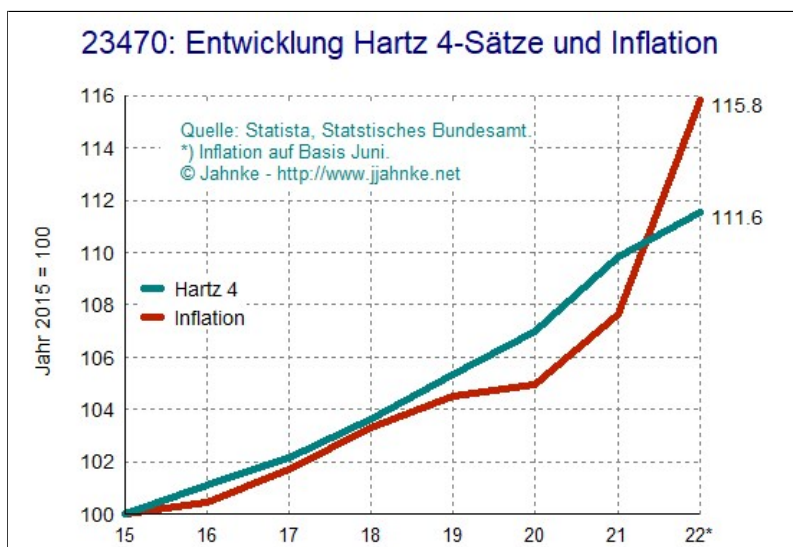
Besonders beunruhigend ist der starke Anstieg der Preise für Nahrungsmittel von 14,8 % gegenüber Vorjahr. Diese für die meisten Menschen besonders wichtige Rate hatte im Juni noch bei 12,7 % erheblich niedriger gelegen. Wer von seinen Ersparnissen leben muß und die vor allem für Lebensmittel ausgibt, verliert allein in vier Jahren fast die Hälfte an die Inflation. Und nun kommt auch noch die Umlage für den gestiegenen Gaspreis hinzu. Einem durchschnittlichen Haushalt mit vier Menschen, der etwa 20.000 Kilowattstunden verbraucht, droht durch den Aufschlag in diesem Jahr eine Mehrbelastung von über 2.300 Euro. Die Überschrift im SPIEGEL "Inflationsrate sinkt im Juli erneut leicht" ist daher sehr irreführend.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 71 29-07-22: Lindner trickst wieder einmal: hartherzig und antisozial



In seinem paranoiden Kampf für die "schwarze Null" und gegen höhere Sozialleistungen zum Ausgleich dieser extremen Inflation, besonders auch gegen eine überfällige Anpassung von H4-Leistungen, die in diesem Jahr nur um 1,6 % steigen (Abb. 23470), hat Lindner nun ein durchsichtig verlogenes Argument entwickelt. In seinem Interview mit der FAZ sagt er: "Wir befinden uns in einer massiven Inflation. Wir sind eine alternde Gesellschaft. Unsere Wachstumsdynamik ist für die weitere Zukunft nicht gesichert. Das heißt, Staatsverschuldung wiegt immer schwerer. **Expansive Staatsausgaben befeuern die Inflation.** Aus diesem Grund müssen wir zurück zu soliden öffentlichen Finanzen, also der Schuldenbremse."

Das ist ziemlich grober Unfug. Die hohe Inflation hat sehr viele Gründe, vor allem eine langjährig stark inflationsbefördernde Zinspolitik der EZB, wegen Covid-19 unterbrochene Lieferketten aus China und von anderswo, seit längerer Zeit international steigende Energie- und Rohstoffpreise und seit diesem Jahr vor allem der Krieg in der Ukraine sowie neuerdings eine Lohn-Preisspirale aus überzogenen Forderungen der Gewerkschaften. Ausufernde Ausgaben des deutschen Staates gehören wirklich nicht zu den Inflationstreibern. Denn einerseits hängt die Wirkung von Staatsausgaben auf die Inflation von der Art dieser Ausgaben ab. Ausgaben in Bildung und Infrastruktur beispielsweise senken längerfristig die Kosten einer Volkswirtschaft und damit auch das Inflationspotenzial. Direkt dämpfend auf die Gesamtteuerung wirken sich z.B. das staatlich finanzierte 9-Euro-Ticket und der Tankrabatt aus; so halbierte sich die Teuerungsrate im Bereich Verkehr im Juni auf 8,3 %, während es im Mai noch 16,3 % gewesen waren. Schon das stempelt Lindners Behauptung als dumm-bösartige Lüge.

Zweitens müssen gerade bei einer extremen Inflation abfedernde Staatsausgaben für ärmere Bevölkerungskreise möglich sein und nicht als Inflationstreiber verketzert werden. Sonst würde der Staat mit der Zurückhaltung dieser Ausgaben die ärmeren Mitbürger besonders einseitig unter der Inflation leiden lassen und die staatliche Einschränkung gerade deren Konsums noch als Inflationbremse verkaufen. Verlogener geht es wirklich nicht! Eigentlich zeigt dieses Lügenargument

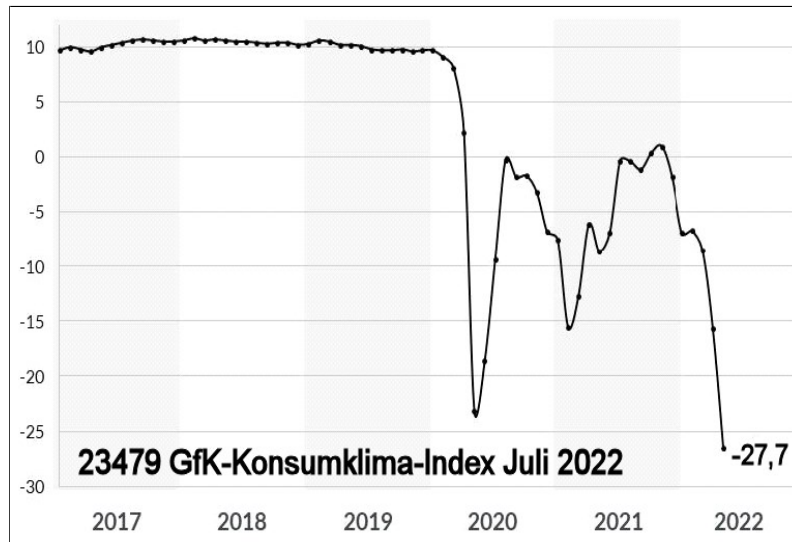
nur, wie hartherzig der Bundesfinanzminister ist, oder wie borniert antisozial seine FDP.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 70 28-07-22: **Wie zu erwarten: Jetzt kommt die Konsumflaute**



Nach der jüngsten Meldung der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) hat die Konsumflaute in Deutschland wegen der hohen Inflation und der Unsicherheiten in Folge des Ukrainekriegs einen neuen Höhepunkt erreicht: "Seit Beginn der Erhebung der Verbraucherstimmung für Gesamtdeutschland im Jahr 1991 wurde kein schlechterer Wert gemessen. Selbst in den Lockdown-Phasen der Coronapandemie war die Stimmung besser. In normalen Zeiten bewegt sich die Kurve der Konsumstimmung stabil um einen Wert von 10. Im ersten Corona-Lockdown fiel sie auf einen Tiefpunkt von etwa minus 24, jetzt auf minus 27,7 (Abb. 23479). Zu den Sorgen um unterbrochene Lieferketten, den Ukrainekrieg und stark steigende Energie- und Lebensmittelpreise, kommen nun Befürchtungen um eine ausreichende Gasversorgung von Wirtschaft und privaten Haushalten im nächsten Winter. Dies drückt derzeit die Stimmung der Verbraucher in den Keller."

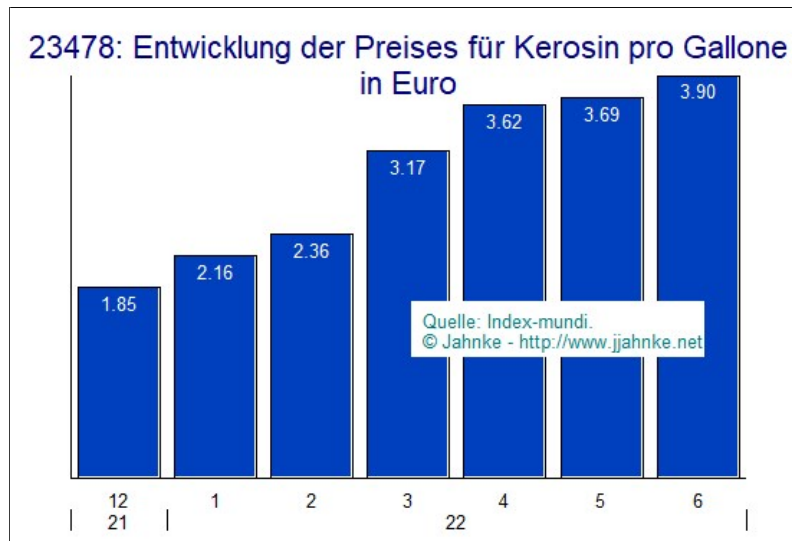
Vor allem, was ihr Einkommen angeht, machen sich die Menschen erhebliche Sorgen. Ausgelöst werden die Ängste durch die hohen Energiekosten, aber auch durch die Schwäche des Euros gegenüber dem Dollar. Dies verteuert deutsche Importe, die in Dollar zu bezahlen sind, und treibt die Inflation im Euroraum nach oben. Die GfK befragt im Auftrag der EU-Kommission jeden Monat rund 2000 Menschen in Deutschland zum Konsumklima. Dabei geht es nicht nur um Ausgaben im Einzelhandel, sondern vor allem auch um Ausgaben für Reisen, Dienstleistungen, Gesundheit und Wellness.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 69 27-07-22: **Ver.di, die "Rabauken-Gewerkschaft", kennt selbst in der Krise keine Solidarität**



Der Bundeskanzler glaubt, in der Krise die "konzertierte Aktion" wiederbeleben zu können, um eine Lohn-Preis-Spirale und noch mehr Inflation zu vermeiden. Die Dienstleistungs-Gewerkschaft Ver.di zeigt jetzt jedoch mit einem sehr kurzfristig anberaumten Warnstreik bei der Lufthansa mitten in der Ferienzeit, wie naiv die Kanzler-Hoffnung auf Solidarität ist. Die Lufthansa muß morgen fast alle Flüge an ihren deutschen Drehkreuzen Frankfurt und München ausfallen lassen. Betroffen sind fast 1000 Verbindungen und rund 134.000 Passagiere. Aufgerufen sind ganz unterschiedliche Beschäftigtengruppen wie das Schalterpersonal, Flugzeugtechniker oder die Fahrer der riesigen Schlepper, die Flugzeuge am Flughafen auf die richtigen Positionen schieben. Ohne diese Dienstleistungen können die Jets ebenso wenig abheben wie ohne Piloten oder Kabinenpersonal. Die frühe Eskalation nach nur zwei Verhandlungstagen in einer bislang konstruktiv verlaufenden Tarifrunde ist ungewöhnlich und richtet enorme Schäden an.

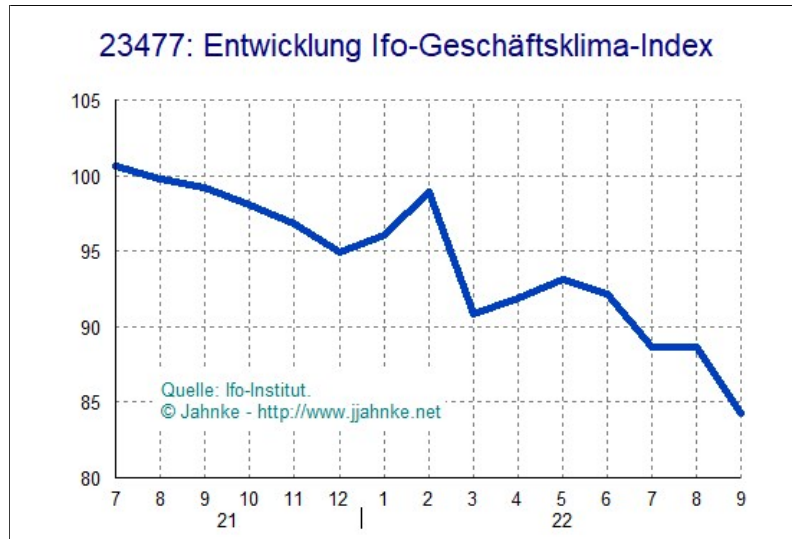
Die Gewerkschaft fordert bei 12 Monaten Laufzeit 9,5 % mehr Geld in den Lohntabellen, mindestens aber 350 Euro. Einen vollen Inflationsausgleich zu fordern, ist eigentlich Wahnsinn, weil das Einkommen der Arbeitgeber nicht um die Inflationsrate steigt, zumal ein großer Teil der Inflation von den Weltmärkten kommt, besonders bei Energie und Rohstoffen, und gerade die LH von diesen äußeren Einflüssen besonders betroffen ist, denn der Kerosin-Preis ist z.B. seit Dezember 2021 um schon 111 % explodiert, mehr als eine Verdoppelung (Abb. 23478). Ver.di betreibt damit puren Egoismus oder Rabaukentum in einer Situation, in der eigentlich ein Maximum an Solidarität aller Beteiligten nötig wäre. Würden sich alle Gewerkschaften so verhalten, so wäre ein weiterer zusätzlicher Inflationsschub um rund 10 % garantiert und der größere Teil der Bevölkerung ohne Gewerkschaftsschutz wäre auf der Verliererseite.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 68 27-07-22: Der Gaskrieg, den Deutschland so nicht gewinnen kann



Und wieder zeigt sich, daß Putin am längeren Hebel sitzt. Wie er schon beim Treffen in Teheran mit den Staatschefs von Iran und Türkei angekündigt hatte, senkt er jetzt die Lieferungen durch die Hauptleitung Nord Stream 1 weiter. Es sind dann nur noch 20 % der Kapazität und damit eindeutig zu wenig, um Deutschland durch den Winter zu bringen. Prompt schoss der Gaspreis am niederländischen Großhandels-Referenzmarkt TTF um 12 % hoch. Immer wieder erfindet Gazprom Probleme mit der Wartung von Turbinen und gibt den westlichen Sanktionen dafür die Schuld. Gleichzeitig verweist Rußland auf die Möglichkeit, Gas durch die vorhandenen Nord Stream 2 zu liefern, die jedoch von einem westlichen Embargo betroffen ist.

Die Gaspreise sind seit September 2021 bereits von 5 auf 16 Cents gestiegen, also fast eine Verdreifachung. Das Energiepreis-Vergleichsportal Verivox rechnet damit, daß sich die Gaspreise mit der von Scholz angekündigten Umlage im Vergleich zum Vorjahr verdreifachen werden. Einem durchschnittlichen Haushalt mit vier Menschen, der etwa 20.000 Kilowattstunden verbraucht, drohe durch den Aufschlag in diesem Jahr eine Mehrbelastung von über 2.300 Euro. Auch Unternehmen haben schon begonnen, einige Produktionen wegen der hohen Energiepreise einzuschränken. Ebenso gehen die deutschen Verbraucher zunehmend auf die Bremse. Der Ifo-Geschäftsklima-Index fiel jetzt auf den niedrigsten Stand seit Juni 2020 (Abb. 23477). Man kann mit Spannung der Bekanntgabe der Inflationsrate für Juli entgegensehen.

Zunehmend werden die Deutschen, die ohnehin unter dem starken Druck einer sehr hohen Inflation leiden, zusätzlich von der eigenen Regierung und von privaten Unternehmen mit düsteren Prognosen, die zum Gassparen zwingen sollen, genervt. Der Marktführer unter den Wohnungskonzernen Vonovia hatte bereits Anfang des Monats angekündigt, Gas sparen und dazu nachts die Heizungsleistungen in zahlreichen seiner Wohnungen reduzieren zu wollen. Nun meldet sich heute der Chef von Deutschlands zweitgrößtem Wohnungskonzern LEG: "Ich glaube, daß in der derzeitigen Kriegssituation der Bevölkerung in Deutschland klargemacht werden muß, daß jetzt Verzicht angesagt ist. Ein Pullover wird nicht ausreichen, es wird wohl noch eine warme Wolldecke vonnöten sein." Dieser Hochverdiener wird sicher nicht frieren!

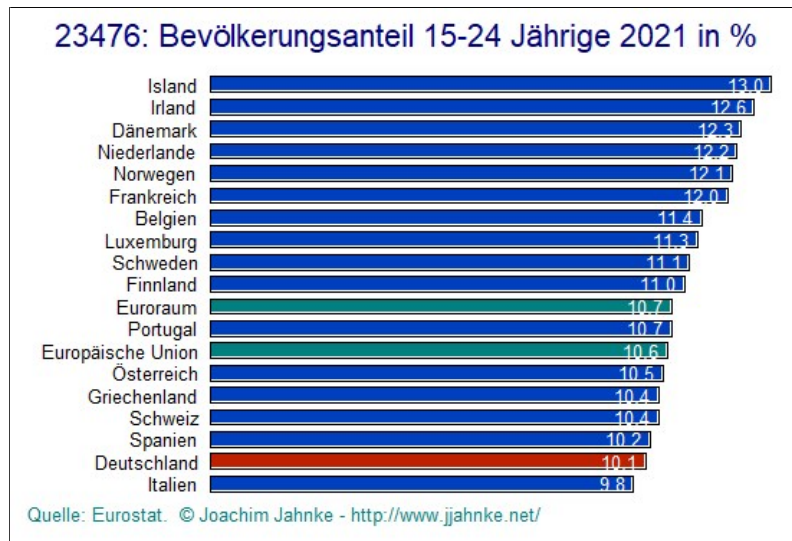
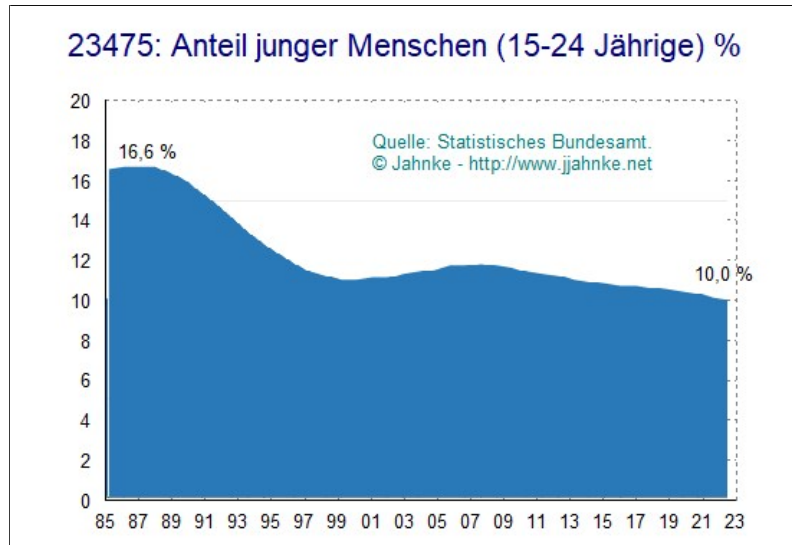
Wie lange werden die Deutschen dieses Doppelfeuer ohne Murren aushalten, wenn sie gleichzeitig von Putin und aus dem eigenen Lande genervt werden? Und wenn es zu einer Wirtschaftskrise kommen sollte, die immer wahrscheinlicher wird? Hat man bei den Embargobeschlüssen in einer verständlichen emotionalen Erregung über den grausam-blutigen Krieg gegen die Ukraine vielleicht Putins langen Hebel unterschätzt, die Leidensfähigkeit der eigenen Bevölkerung, vor allem in ihrem ärmeren Teil, aber überschätzt? Müßten jetzt nicht dringendst ausreichend bemessene soziale Zusagen her, auch wenn sich der in die "schwarze Null" vernarrte Lindner dagegen sperren sollte? Vor allem das Wohngeld für die sozial Schwachen, das normalerweise nur alle zwei Jahre angepaßt wird, müßte sofort die steigenden Heizkosten auffangen. Noch steht aber nicht fest, wie teuer Anhebung und Ausweitung des Wohngelds im kommenden Jahr ausfallen werden.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 67 26-07-22: Die Rentner-Republik: So wenig junge Menschen wie noch nie



In Deutschland leben so wenig junge Menschen wie noch nie: Zum Ende des Jahres 2021 waren gut 8,3 Millionen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren. Das entspricht einem Anteil von 10,0 % an der Gesamtbevölkerung. Die Zahl der jungen Menschen ist somit sowohl absolut als auch anteilig so klein wie nie zuvor seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1950 (Abb. 23475).

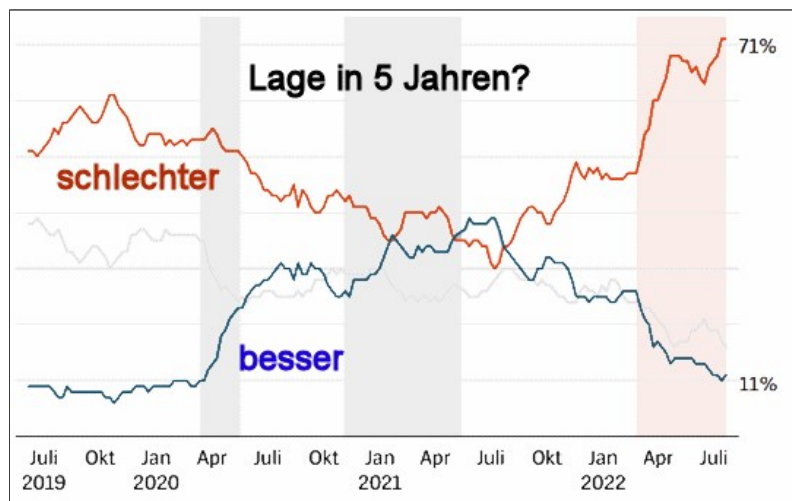
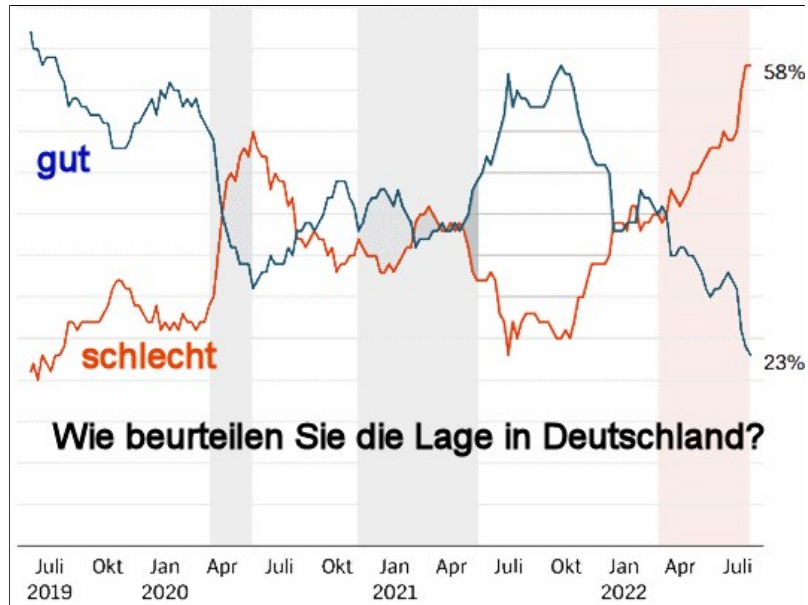
Laut EU-Statistikbehörde Eurostat war zum Jahresbeginn 2021 der Anteil der jungen Menschen in Deutschland nach Italien der geringste in W-Europa (Abb. 23476).

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 66 26-07-22: Deutschland vor einem Wut-Winter? - Die Stimmung sinkt



Steinmeier scheint den Stimmungswandel zu registrieren. Er fordert Bereitschaft, "empfindliche Nachteile in Kauf zu nehmen" und fragt: "Sind wir dazu bereit? Vor dieser Frage stehen wir alle - heute und in den kommenden Tagen, Wochen und Monaten." Nach der neuesten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey schätzen die aktuelle Wirtschaftslage mit 58 % so viele Befragte als schlecht ein wie noch nie seit Beginn der Erhebung im Mai 2017 (Abb.). Ihre aktuelle persönliche Lage schätzen deutlich mehr Menschen negativ ein als jemals zuvor seit Beginn des Wirtschaftsmonitors 2019. Nur noch 25 % geben an, ihre persönliche Lage sei besser als vor fünf Jahren, 36 % empfinden sie als schlechter.

Zugleich stellen sich die Deutschen auf eine Krise von langer Dauer ein. 71 % der Befragten erwarten, dass sich die wirtschaftliche Lage in den kommenden fünf Jahren weiter verschlechtern wird, nur 11 % glauben an eine langfristige Erholung. So pessimistisch zeigten sich die Befragten noch nie seit Beginn des Wirtschaftsmonitors (Abb.). Den größten Handlungsbedarf sehen die Befragten bei Altersvorsorge & Rente mit 22 % und bei Ungleichheit bei Einkommen & Vermögen mit 20 %. Deutlich häufiger als in den Vorjahren nannten die Befragten nun die Wohnkosten, nicht zuletzt aufgrund der extremen Preissteigerungen für Heizen, Warmwasser und Strom.

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich im Juli deutlich verschlechtert. Das Ifo-Geschäftsklima fiel im Monatsvergleich um 3,6 Punkte auf 88,6 Zähler, wie das Institut am Montag mitteilte. Das ist der niedrigste Stand seit Juni 2020. "Deutschland steht an der Schwelle zur Rezession", kommentierte Ifo-Präsident Clemens Fuest das Ergebnis der Umfrage. "Hohe

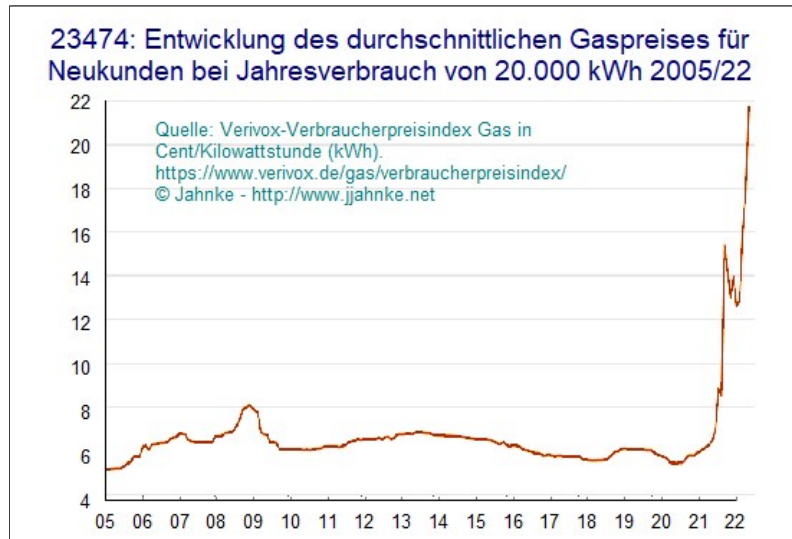
Energiepreise und drohende Gasknappheit belasten die Konjunktur." Im Detail verschlechterte sich das Geschäftsklima in allen betrachteten Wirtschaftsbereichen deutlich. Das Ifo-Geschäftsklima gilt als Deutschlands wichtigster konjunktureller Frühindikator.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 65 25-07-22: Gaspreise: Wenn die Leichen die Krematorien beheizen müssen



Den Verbandsangaben zufolge gibt es in Deutschland rund 160 Krematorien, von denen etwa zwei Drittel kommunal und ein Drittel privatwirtschaftlich betrieben werden. Bundesweit werde bereits für etwa drei Viertel aller Verstorbenen eine Einäscherung gewählt. Die Preisexplosion bei den Gaspreisen wirkt sich auch auf sie aus. Laut der Gütegemeinschaft Feuerbestattungsanlagen könnten sich Einäscherungen für Angehörige von Verstorbenen verteuern. Daher planen einige Krematorien den Umstieg auf Elektroanlagen, andere auf Flüssigerdgas.

In Augsburg wird erwogen, mit städtischer Sondergenehmigung die gesetzlich vorgeschriebene Mindesttemperatur für Feuerbestattungen um 100 auf 750 Grad Celsius zu drosseln. Das nach eigenen Angaben bundesweit größte Unternehmen dieser Art bei Dachsenhausen nahe Koblenz will künftig zwei Einäscherungsanlagen rund um die Uhr ohne Erdgas betreiben. Einmal auf Betriebstemperatur speist

sich die Feuerbestattung in diesen speziellen Anlagen aus der Energie des Verstorbenen beziehungsweise des Sarges".

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 64 25-07-22: Die FDP und ihre Perversionen von Freiheit: Vorfahrt für den Virus



In deutschen Krankenhäusern liegen derzeit doppelt so viele Corona-Patienten wie im vergangenen Sommer. Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), Gerald Gaß, warnt daher: "Die Zahlen verdeutlichen, daß der Herbst für die Kliniken erneut eine extreme Belastungsprobe werden kann". Auch der Vorsitzende des Weltärztebundes, Frank Ulrich Montgomery, appelliert an die Politik, daß das Infektionsschutzgesetz wieder weitreichende Maßnahmen zum Schutz vor Corona ermöglichen solle. Und Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach warnt vor einer "katastrophalen" Corona-Entwicklung, sollten vor dem Herbst keine tauglichen Maßnahmen beschlossen werden: "Wenn wir so wie jetzt in den Herbst hineingehen, also ohne weitere Schutzmaßnahmen, ohne Masken, ohne alles, dann würde das bedeuten, daß die Fallzahlen stark steigen würden, aber auch die Intensivstationen überlastet würden."

Doch für die FDP scheint die Freiheit unendlich zu sein und nicht mehr als pure anmaßende Ideologie. So wies Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) Forderungen nach weitergehenden Corona-Schutzmaßnahmen zurück: "Es darf in Zukunft nicht mehr flächendeckende, pauschale Freiheitseinschränkungen für alle geben. Wir brauchen gezielte Maßnahmen, die möglichst viel gesellschaftliches Leben garantieren und den Menschen möglichst viel Eigenverantwortung belassen." Auch die Einschränkungen bei den kostenlosen Corona-Tests verteidigte Lindner: "Um die Bürgertests zu finanzieren, verwenden wir weiterhin sehr viel Steuergeld. Ein Eigenanteil aber ist zwingend nötig, damit mit dem Steuergeld vernünftig umgegangen wird." Hat der Mensch nicht begriffen, daß der Bürgertest vor allem andere Menschen schützt, mit denen Infizierte in Berührung kommen können, und daß weniger Bürgertests daher mehr Freiheit für den Virus bedeutet?

Diese FDP-Interpretation von Freiheit ist einfach nur noch widerlich und zeigt die Arroganz dieser 5 %-Partei.

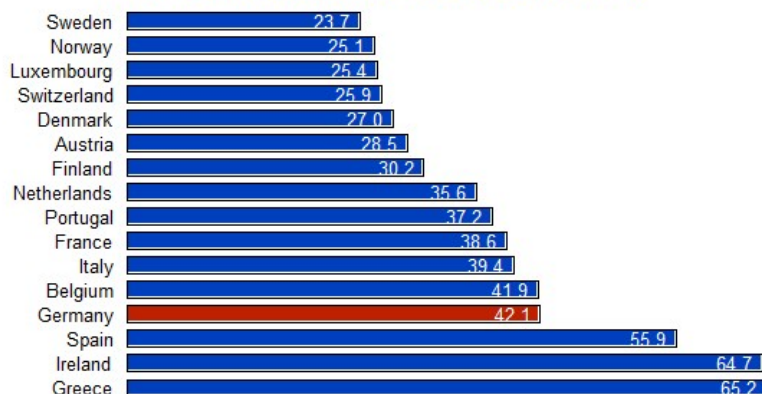
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 63 24-07-22: Die Scholz-Lüge: "Keine Bürgerin, kein Bürger wird mit seinen Problemen alleingelassen"

23472: Alleinerziehende mit Kindern, die sich keine Woche Urlaub leisten können 2020 in %



Quelle: Eurostat. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

Es ist eine schlimme Lüge, die sich der Bundeskanzler - medienträftig seinen Urlaub unterbrechend - geleistet hat und dabei den populären britischen Fußballslogan "You'll never walk alone" mißbrauchend. Das ist der Refrain der berühmtesten Fußballhymne der Welt, die im Stadion des FC Liverpool gesungen wird und sich von dort über andere Stadien Großbritanniens und Arenen außerhalb der Britischen Inseln verbreitete. Doch im immer unsozialer werdenden Deutschland, dessen FDP-Finanzminister dabei den negativen Ton angibt, müssen immer mehr Menschen mit ihren sozialen Problemen alleinbleiben.

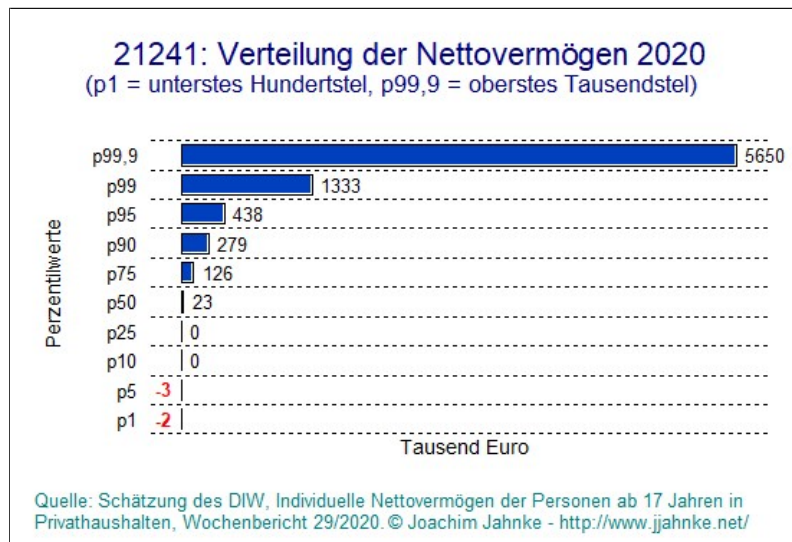
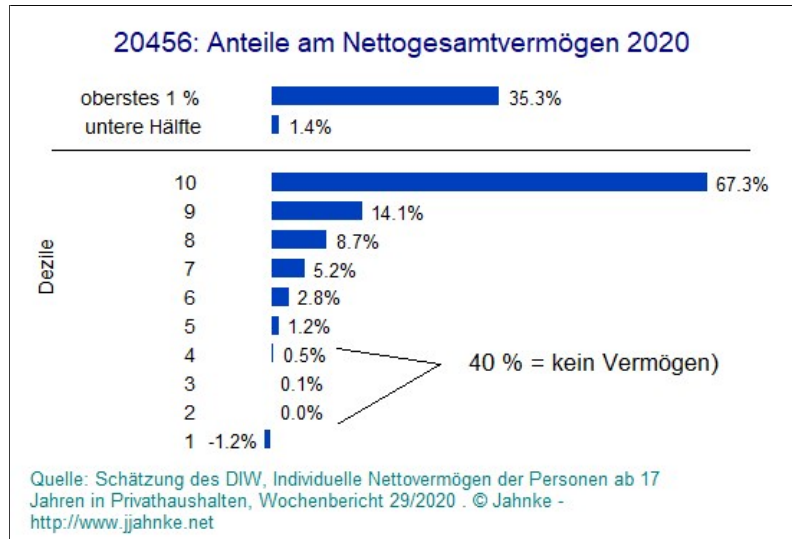
Mehr als jeder fünfte Mensch in Deutschland (22,4 %) hat nach neuen Zahlen von Eurostat zu wenig Geld, um sich einmal im Jahr einen einwöchigen Urlaub von zu Hause weg zu leisten. Besonders bei vier von zehn Alleinerziehenden (42,1 %) reicht das Geld für Urlaub nicht aus. Das ist eine der höchsten Quoten in W-Europa und fast doppelt so hoch wie in den skandinavischen Ländern und nur von den Armenhäusern Spanien, Irland und Griechenland überboten (Abb. 23472). Bei Paaren wächst das Armutsrisiko mit der Zahl der Kinder. Von Paaren mit einem Kind könnten sich 18,1 % keinen siebentägigen Urlaub leisten. Bei drei Kindern und mehr steige die Quote auf 29,4 %. Die Inflation wird diesen für 2020 aufgezeichneten sozialen Skandal noch einmal vergrößern.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 62 23-07-22: Wir leben in der krisenhaftesten Zeit aller Zeiten



Vom amerikanischen Evolutionsbiologen Jared Diamond stammt die Feststellung: "Wir leben in der krisenhaftesten Zeit aller Zeiten". Tatsächlich fühlt sich Krieg, Klima und soziale Polarisierung nach Untergang an. Jared Diamond sieht vier Gefahren, die er für entscheidend hält: die nukleare Bedrohung, der Klimawandel, Ressourcenerschöpfung und soziale Ungleichheit. Wenn unsere Gesellschaft zusammenbrechen sollte, würde es daran liegen, was wir uns selbst angetan haben, etwa durch diese extreme soziale Polarisierung.

Derzeit ist die Bundesregierung ein gutes Beispiel für regierungsamtliche soziale Polarisierung, und das Dank der extrem unsozialen FDP, die mit dem Finanzminister das große Sagen hat. Der lehnt die 300 Eurozahlung zum sozialen Ausgleich bei Rentnern ab, will an den unsäglichen H4-Strafen festhalten und dort keine Erhöhung der Unterstützung zulassen, ist in die "schwarze Null" vernarrt und auch sonst überall auf der Bremse, wo die Regierung einen sozialen Ausgleich in diesen schweren Zeiten extremer Inflation sucht. Auch der höhere Gaspreis für Alternativen zu Putins Gas soll weitgehend ohne sozialen Ausgleich über höhere Preise durchgesetzt werden. So ermöglicht die Bundesregierung es Gashändlern wie Uniper, die stark gestiegenen Preise weiterzugeben, wobei über ein Umlage-Verfahren bis zu 90 % der Mehrkosten auf alle Verbraucher verteilt werden. Laut Scholz belastet diese Umlage eine vierköpfige Familie mit etwa 200 bis 300 Euro pro Jahr. **Das Energiepreis-Vergleichsportal Verivox rechnet jedoch damit, daß sich die Gaspreise mit der von Scholz angekündigten Umlage im Vergleich zum Vorjahr verdreifachen werden; ohne Umlage seien sie jetzt schon um 159 % im Vorjahresvergleich gestiegen. Einem durchschnittlichen Haushalt mit vier Menschen, der etwa 20.000 Kilowattstunden verbraucht, drohe durch den Aufschlag in diesem Jahr eine Mehrbelastung von über 2.300 Euro. Wer lügt hier?**

Die soziale Polarisierung ist in Deutschland bereits weit fortgeschritten. Die ganze untere Hälfte der Bevölkerung verfügt nur noch über 1,4 % des Netto-Gesamtvermögens (Abb. 20456); das unterste Viertel hat nur Schulden (Abb. 21241). Und in dieser Situation kommt es nun zu unerträglich hoher Inflation und einem drohenden Gasmangel mit kaltem Winter sowie einer sich wieder verschärfenden Pandemie. Dazu Thüringens Verfassungsschutzchef Stephan Kramer: "Sollte es wegen einer Gasnotlage zum Zusammenbruch der Industrieproduktion kommen, dann könnten die Coronaproteste ein Kindergeburtstag gewesen sein." Und Innenministerin Nancy Faeser: "Wenn die Preissteigerungen viele Menschen hart treffen und wir zusätzlich im Herbst noch eine starke Coronawelle erleben, dann ist das Potenzial für Mobilisierung und Radikalisierung da. Dann werden Populisten und Extremisten ihre Chance wittern, ähnlich wie in der Hochphase der Coronaproteste." Grünen-Außenministerin Annalena Baerbock rutschte in einem Livegespräch mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland die Bemerkung raus, wenn das Gas versiege, "dann sind wir mit Volksaufständen beschäftigt". Und Brandenburgs Verfassungsschutzchef Jörg Müller warnt: "Extremisten träumen von einem deutschen Wutwinter. Sie hoffen, dass Energiekrise und Preissteigerungen die Menschen besonders hart treffen, um die Stimmung aufzugreifen und Werbung für ihre staatsfeindlichen Bestrebungen zu machen."

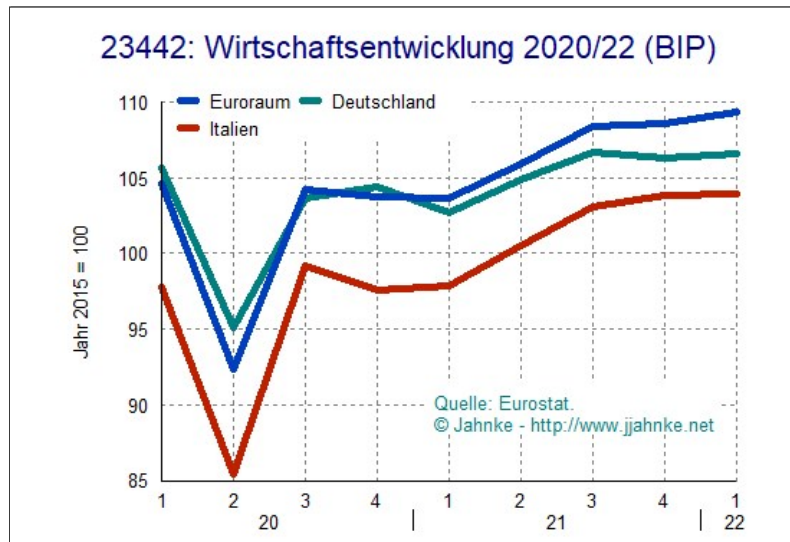
Es ist höchste Zeit, die 5 %-Partei aus dem Bundestag zu wählen. Deutschland wäre mit einer CDU/CSU-Regierung derzeit weit besser dran als mit dieser FDP-vergifteten Ampel.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.

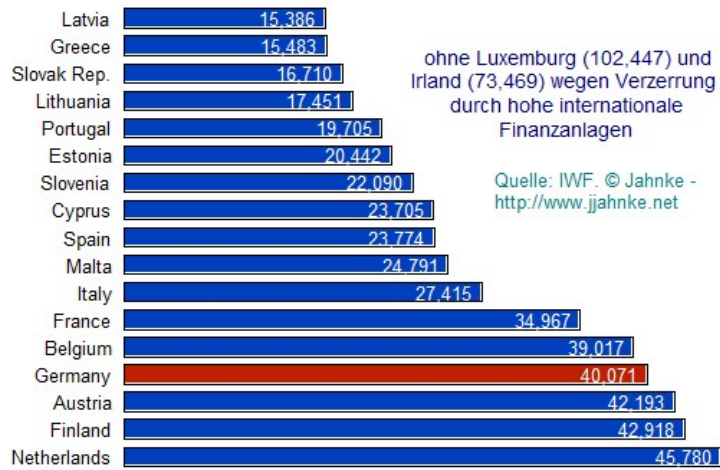


[per Mail verlinken](#)

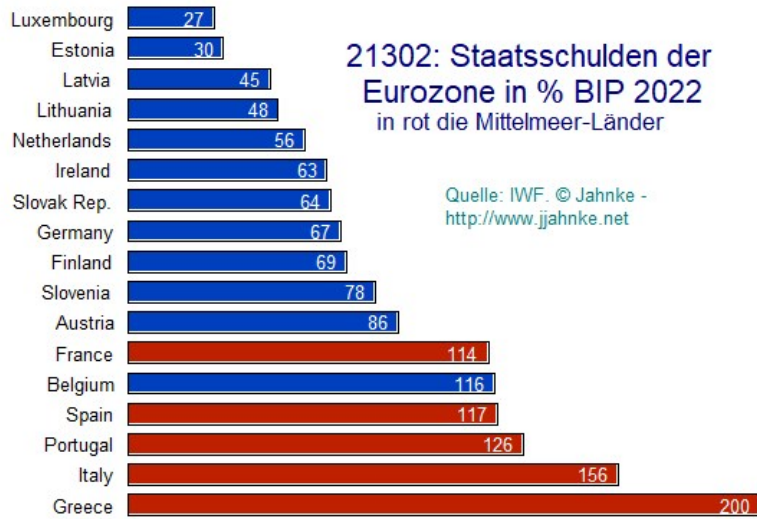
Blog 61 22-07-22: **Wie weiter mit Italien?**



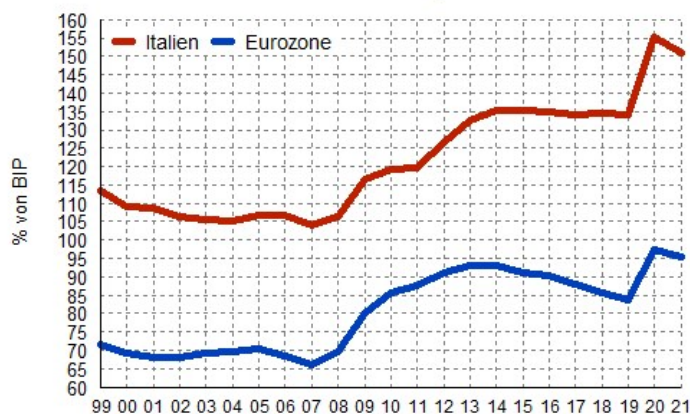
18600: BIP pro Kopf 2020 Euro



21302: Staatsschulden der Eurozone in % BIP 2022 in rot die Mittelmeer-Länder

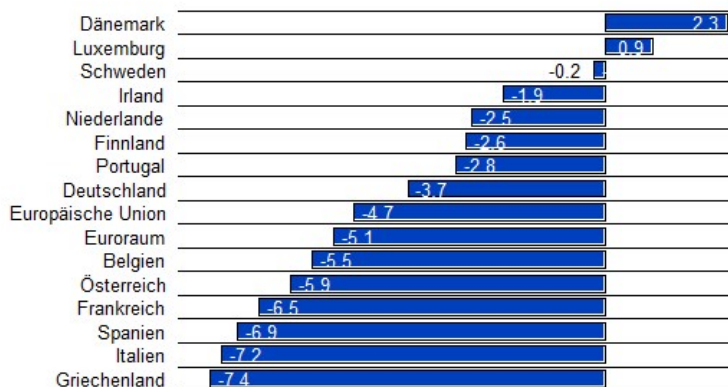


20502: Staatsverschuldung Italien/Eurozone



Quelle: Eurostat. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

19376: Staatsdefizite 2021 in % von BIP



Quelle: Eurostat. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>



Italien wird im Herbst eine neue Regierung aus dem rechtspopulistischen Lager bekommen, die Wirtschaftsreformen ablehnt und soziale Wohltaten verspricht. Sie wird damit großzügige Milliardenhilfen der EU und die bisherigen Reformvorhaben aufs Spiel setzen. Dabei hinkt die Wirtschaftsentwicklung Italiens hinter der des Euroraums deutlich hinterher (Abb. 23442). Die Wirtschaftsleistung in Kaufkraft gemessen ist um fast ein Dritte niedriger als die deutsche (Abb. 18600).

Nach Griechenland hat Italien die gemessen an seiner Wirtschaftsleistung höchste Staatsschuldenquote (Abb. 21302, 20502). Das Haushaltsdefizit ist nach Griechenland das höchste der EU (Abb. 19376).

Jetzt steigen nach Rücktritt der Regierung die Zinslasten weiter. Italien zahlt auf seine zehn Jahre laufenden Staatsanleihen heute mit 3,3 % mehr als viermal so hohe Zinsen wie vor einem Jahr.

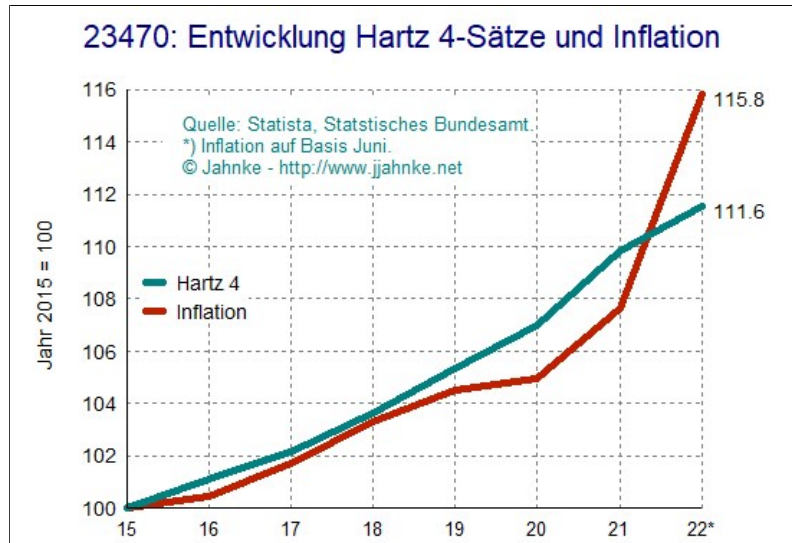
Der EZB wird es in dieser Lage schwerfallen, Italien zu helfen. Tut sie es trotzdem, so müsste sie einen Pakt mit den EU-feindlichen populistischen Kräften riskieren und mit dem eigens geschaffenen neuen Instrument speziell italienische Staatsanleihen kaufen. Damit ginge die gesamte Eurozone schwierigen Zeiten entgegen. Über das vergangene Jahr hat der Euro gemessen am US\$ schon mehr als 20 % seines Wertes verloren (Abb. 23471).

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 60 21-07-22: Bürgergeld statt Hartz IV: Reform geht anders



Arbeitsminister Heil nennt seinen Gesetzesentwurf, der ein Bürgergeld an die Stelle des verhaßten H4-Geldes stellen soll, ganz unbescheiden, aber genauso verlogen die "größte Arbeitsmarktreform seit 20 Jahren". In der Tat gibt es einige verfahrensmäßige Erleichterungen, doch die beiden schlimmsten Mängel bleiben. So soll der Zwang, nach nur einem Jahr Arbeitslosigkeit einen vorgeschriebenen Job anzunehmen, in Watte gepackt werden, aber in der Form eines "Kooperationsplans" zwischen Jobcenter und Bürgergeld-Empfänger bleiben, wobei bei Streit ein Schlichtungsmechanismus geplant ist, dessen konkrete Ausgestaltung bisher Heims Geheimnis bleibt. Auch sollen zwar die - schon wegen der starken Inflation - längst unzureichenden Regelsätze erhöht werden. Bei diesem wichtigen Punkt seiner Reform legt Heil jedoch noch keine konkreten Zahlen vor, und der alles entscheidende Finanzminister Christian Lindner tritt sofort auf die Bremse. Eine Erhöhung der Regelsätze lehne er ab, sagte Lindner der Nachrichtenseite ntv.de. Aus dem Bürgergeld dürfe kein bedingungsloses Grundeinkommen werden.

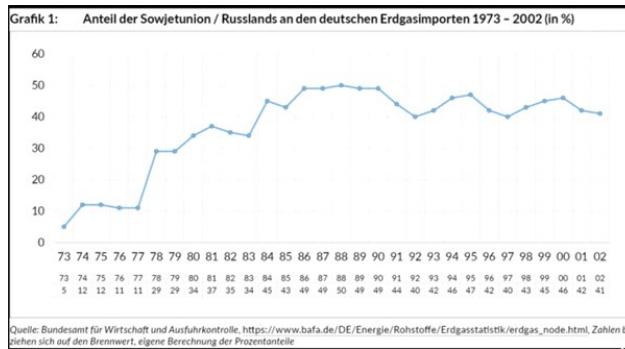
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 59 21-07-22: Gasimporte aus der UdSSR - Zeitzeuge: Wie alles anfing und ein Blick auf heute





Ich bin wahrscheinlich einer der wenigen noch lebenden Zeitzeugen aus den Anfängen des deutschen Erdgas-Geschäfts mit der damaligen UdSSR. Elf Jahre lang betreute ich ab 1971 im Bundeswirtschaftsministerium als Ministerialrat die sich im Zeichen der Brandt'schen Ostpolitik stürmisch entwickelnden Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten Europas. So organisierte ich die Deutsch-Sowjetische Wirtschaftskommission mit deren jährlichen Tagungen. Hier ging es vor allem unter Vorsitz auf Ministeriebene und mit zahlreichen Wirtschaftsbossen beider Seiten um sehr große Wirtschaftsprojekte, wie das Geschäft mit deutschen Stahlröhren gegen sowjetisches Erdgas.

An russischem Erdgas war Deutschland vor allem aus drei Gründen sehr interessiert. Erstens gab es wegen der noch verbreiteten Kohle-Verheizung und -Verstromung ein riesiges Problem mit starker Luftverschmutzung und schwefelsaurem Regen, der auch die Wälder zu vernichten begann. Russisches Erdgas wurde dagegen schon an den Gasfeldern vor Einleitung in die Gasröhren von Schwefel befreit und war daher bei Ankunft in Deutschland sehr umweltfreundlich. Außerdem hat Erdgas einen vergleichsweise geringen CO₂-Gehalt. Zweitens sollten die Röhren von der deutschen Stahlindustrie (Mannesmann) geliefert werden, die damals in einer Flaute steckte und dringend auf Aufträge angewiesen war. Drittens begannen die Gasreserven in den Niederlanden, aus denen auch nach Deutschland exportiert wurde, abzusinken.

Auch das Interesse der UdSSR an dem Gasgeschäft mit Deutschland war mangels Devisenquellen außerhalb des Energie- und Rohstoffbereichs sehr groß. Dabei verfügte Russland schon damals über die größten Erdgasreserven der Welt. Das russische Interesse war auch groß genug, um die DDR zu bewegen, ausnahmsweise die Anbindung von Westberlin an einen Abzweiger der Gasleitung zuzulassen, und diese Anbindung der sonst nur über lange Transportwege mit Energie zu versorgende Stadt entsprach wiederum starken deutschen Interessen.

Es gab aber damals schon starke Bedenken aus USA gegen dieses Geschäft. Vor dem G6-Gipfel vom November 1975 auf Schloss Rambouillet mußte ich das Projekt im Nato-Wirtschaftsausschuss verteidigen. Vorher hatte Präsident Ford an Bundeskanzler Schmidt geschrieben und seiner Erwartung Ausdruck gegeben, daß der deutsche Vertreter mit einer den amerikanischen Bedenken Rechnung tragenden Weisung ausgestattet würde. Das war aber nicht der Fall, wie sich auch der amerikanische Nato-Botschafter noch vor der Sitzung überzeugen konnte. Er hatte mich einbestellt und war mit dem Treffen sehr unzufrieden. Fast wäre der ganze Gipfel an dieser Frage gescheitert. Doch konnte sich Schmidt am Ende in Rambouillet ohne offenen Streit durchsetzen.

So unterzeichnete die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt 1980 mit der sowjetischen Regierung ein Abkommen über eine langfristige wirtschaftliche deutsch-sowjetische Zusammenarbeit, die das Gasgeschäft einschloß. Obwohl sich später auch US-Präsident Reagan unter Androhung eines US-Embargos gegen Technologielieferungen gegen die Pipeline stellte, gab es nach langen Verhandlungen schließlich auch mit ihm eine Einigung. Die westeuropäischen Regierungen, die sich an dem Projekt beteiligen wollten, hatten Kompromissbereitschaft gezeigt, indem sie beispielsweise die Reduktion der Rohrleistung und eine restriktivere Kreditpolitik gegenüber der Sowjetunion zusagten. Ende der 1980er-Jahre deckten sowjetische Importe bereits etwa die Hälfte des

Gasbedarfs der BRD.

Die erste Gasleitung aus Rußland wurde damals durch die noch zur UdSSR gehörende Ukraine und dann die CSSR verlegt, bis sie in Waidhaus Deutschland erreichte (Abb.). Später konnte ich in meiner Heimatstadt Westberlin mit viel Genugtuung ob meiner eigenen, wenn auch bescheidenen Rolle beobachten, wie die Straßen aufgerissen wurden, um dort die Leitung zu verlegen.

Erdgas hat als Energieträger in Deutschland mit den Lieferungen aus der UdSSR zunehmend an Bedeutung gewonnen. Sein Anteil am Primärenergieverbrauch hat sich von 15 % im Jahr 1990 mittlerweile fast verdoppelt. Da die eigene deutsche Förderung von Erdgas von geringem Umfang ist und außerdem abnimmt, wird der größte Teil des Erdgasverbrauchs durch Importe gedeckt. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 ging der Anteil der russischen Erdgasexporte leicht zurück. Stattdessen stiegen die Anteile von Norwegen und den Niederlanden. 2009 sank der russische Anteil erstmals seit 1983 wieder unter 40 %. Da die Erdgasvorkommen in der Nordsee mittlerweile zunehmend erschöpft sind, profitierte anschließend vor allem Russland vom Anstieg des deutschen Erdgasverbrauchs. Seit 2017 lieferte das Land erstmals über die Hälfte der deutschen Importe (Abb.).

Eigentlich hat sich an den Interessenlagen seit 1980 wenig verändert. Putin muß weiter an den erheblichen Deviseneinnahmen interessiert sein, und Deutschland braucht russisches Gas. Allerdings ist das Projekt mit Putins Krieg gegen die Ukraine in den Mittelpunkt einer heftigen politischen Diskussion geraten, die zu einem westlichen Embargo gegen Lieferungen an Rußland geführt hat. Dem Embargo ist auch eine Turbine unterworfen, die Siemens nach Reparatur in Kanada nun an Rußland liefern müßte und ohne die nach russischer Ansicht die Leistung der Pipeline Nord Stream 1 erheblich reduziert wäre. Damit sind russische Gaslieferungen zum ersten Mal seit 1990 ernsthaft unsicher geworden.

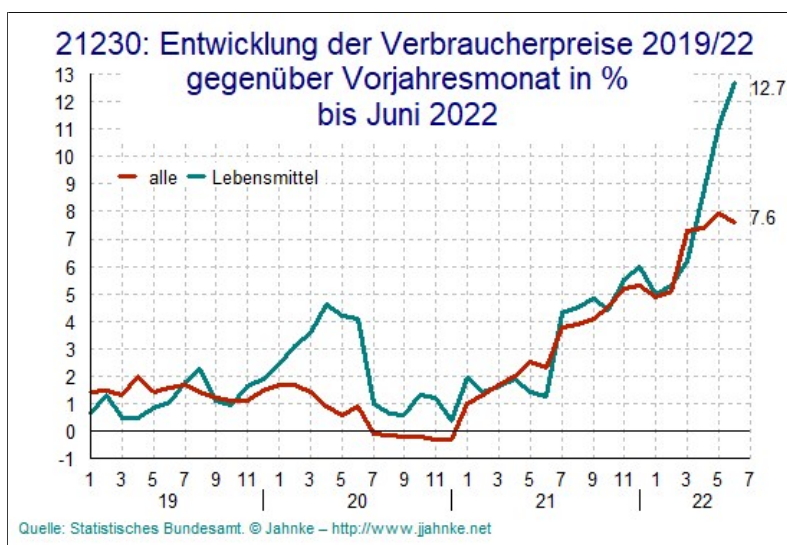
Volkswirtschaftlich gesehen ist es eigentlich Wahnsinn, ein vorhandenes von den Kosten her weitgehend abgeschriebenes und kostenoptimiertes Pipeline-System durch wesentlich teureren Einkauf von Flüssiggas mit entsprechendem Neubau von Terminals ersetzen zu wollen, zumal neue Bezugsquellen auf knappen Märkten ohnehin sehr teuer sind. Das werden nun die deutschen Verbraucher schmerzhaft zu spüren bekommen, zumal sich die FDP gegen einen ausreichenden sozialen Schutz ärmerer Bevölkerungskreise wendet. Dieses Spiel kann nur Putin gewinnen, der auch dabei am wesentlich längeren Hebel sitzt. Leider wird in den deutschen Medien derzeit viel gegen den Erdgasbezug aus Rußland polemisiert. So schreibt SPIEGEL-online: "Klar ist: Auf Dauer müssen die Russen ohne Turbinen von Siemens Energy zurechtkommen. Neue Maschinen will der Konzern nicht an Rußland liefern. Und auch die Wartung weiterer Turbinen könnte Probleme aufwerfen, sofern für die Instandsetzung Teile benötigt werden, die auch in Deutschland auf Sanktionslisten stehen." Will man den Deutschen wirklich einreden, daß sie auf die kostengünstige Energie verzichten sollten? Auch wenn das Gas jetzt wieder fließt? Man konnte den Eindruck gewinnen, daß sich viele Medien schon auf einen kalten Winter freuten, um dafür Putin die Schuld zu geben. So titelt die ZEIT heute "Die Krise bleibt, auch wenn das Gas wieder fließt". Nein, Vernunft geht anders!

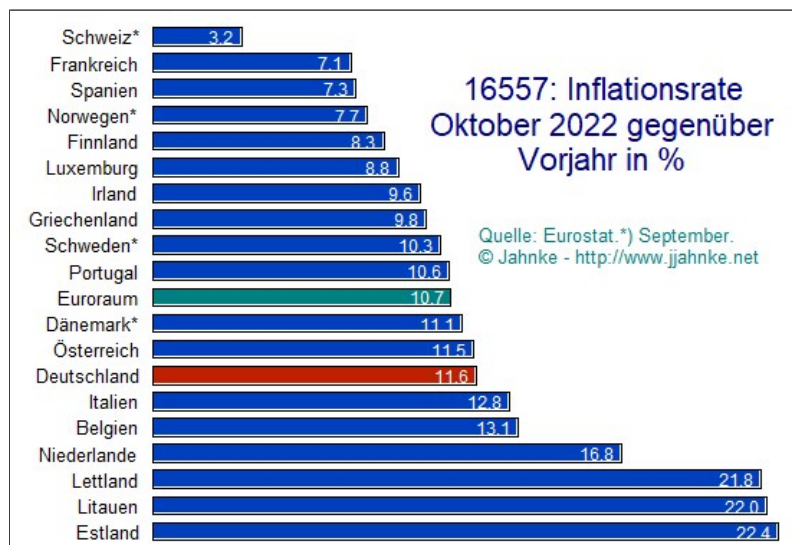
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](mailto:jjahnke@fn.de)

Blog 58 20-07-22: **Wieviel Inflation vertragen unsere Gesellschaften?**





Seit rund 18 Monaten leben wir mit einer Inflationsrate, die in die Größenordnung von 8 % pro Jahr angestiegen ist, bei Nahrungsmitteln sogar fast 13 % (Abb. 21230). Ein Ende ist nicht in Sicht, zumal die Unsicherheit über die Gasversorgung hinzugekommen ist und die EZB bisher im Kampf gegen die Geldentwertung nicht nur zaudert, sondern mit einem negativen Zins und extremer Liquidität von der elektronischen Druckmaschine noch sehr zu dieser Entwicklung beigetragen hat. Auf der Regierungsseite bremst in Deutschland die FDP soziale Maßnahmen zur Minderung der Inflationseffekte brutal aus.

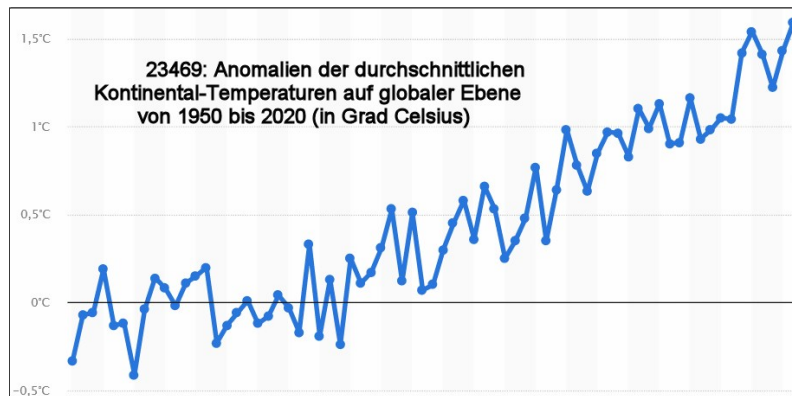
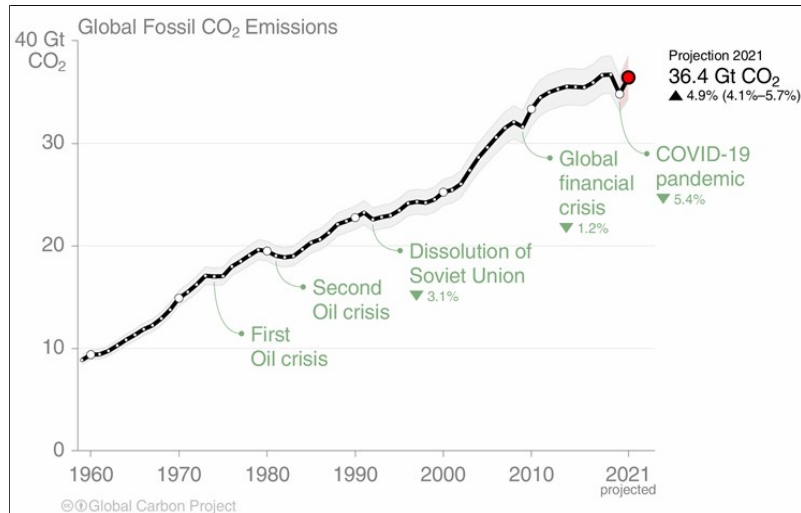
Das Problem bedroht allerdings nicht nur Deutschland. Mit noch höheren Inflationsraten kämpfen viele Länder (Abb. 16557) und laufen Gefahr in die Hände populistischer Bewegungen zu fallen. Das Problem spitzt sich derzeit vor allem in Italien zu, wo sich die populistischen Parteien den notwendigen Reformen verweigern und Draghi nicht weiterregieren kann. Nach Ansicht des IWF braucht Italien eine glaubwürdige Doppelstrategie, um die hohen Defizit- und Schuldenquoten in den Griff zu bekommen. Doch genau an dieser Stelle blockieren die populistischen Parteien.

Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 57 19-07-22: Klima-Selbstmord?



Europa erwartet in diesen Tagen die höchsten Temperaturen seit Aufzeichnungsbeginn. Die globalen CO₂-Emissionen verzeichnen einen immer weiteren Anstieg, ebenso die globalen von NASA berechneten Temperaturanomalien (Abb.). Kurz vor dem Ende der Weltklimakonferenz hat UN-Generalsekretär Antonio Guterres die Vertreter aus fast 200 Staaten eindringlich ermahnt, im Interesse künftiger Generationen mehr gegen die von Treibhausgasen verursachte Erderwärmung zu tun. Der Gipfel sei ein "Moment der Wahrheit", doch bedauerlicherweise seien auch nach zehntägigen Beratungen die wesentlichen politischen Streitpunkte ungelöst: "Diese Gelegenheit zu verschleudern würde unsere letzte gute Chance zunichtemachen, einen ungebremsten Klimawandel zu stoppen. Das wäre nicht nur unmoralisch, das wäre selbstmörderisch. Dies klingt vielleicht wie ein dramatischer Aufruf, aber genau das ist es: ein dramatischer Aufruf."

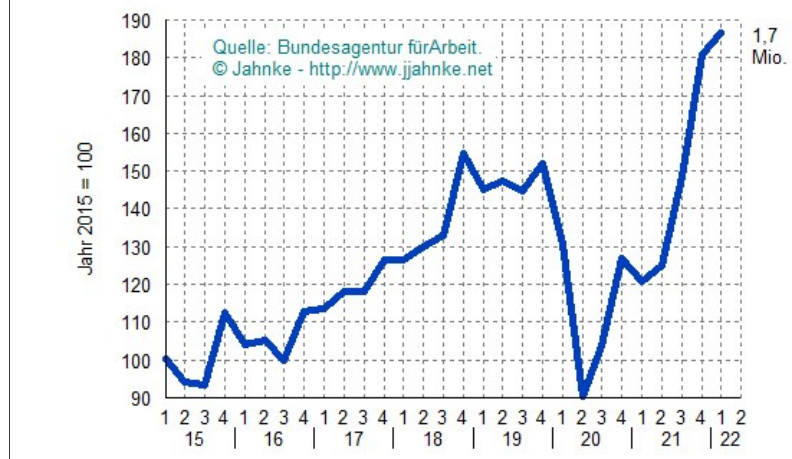
Sie können gerne per Mail an jjahnke@fn.de antworten.



[per Mail verlinken](#)

Blog 56 18-07-22: Facharbeitermangel: Noch eine Krise

23468: Entwicklung der offenen Stellen seit 2015



Fast acht Monate, so hat die Bundesagentur für Arbeit ermittelt, dauert es im Schnitt, bis ein Seniorenheim eine Pflegekraft findet; etwa sieben Monate, bis ein Handwerksbetrieb eine neue Klimatechnikerin einstellen kann. Mehr als sechs für einen Tiefbauarbeiter, mehr als fünf für eine Luftfahrttechnikerin. Noch nie waren hierzulande so viele Arbeitsplätze verwaist wie heute. Offiziell zählt die Statistik 1,74 Millionen offene Stellen, fast eine Verdoppelung seit 2015 von 0,9 Mio. Stellen (Abb.23468). In Wahrheit dürfte die Zahl noch weit höher liegen. Allein das Handwerk meldet eine Viertelmillion fehlende Kräfte. Die Belegschaft in der Branche ist überdurchschnittlich alt. In allen Gewerken, die mit Gebäudetechnik zu tun haben - Klempner, Sanitär, Heizungstechnik -, waren im Jahr 2020 mehr als 44 Prozent der Beschäftigten 50 Jahre oder älter, im Hoch- und Tiefbau sind es sogar mehr als 47 Prozent. Und wie in jeder anderen Branche lässt die demografische Entwicklung die Bewerberzahlen schmelzen.

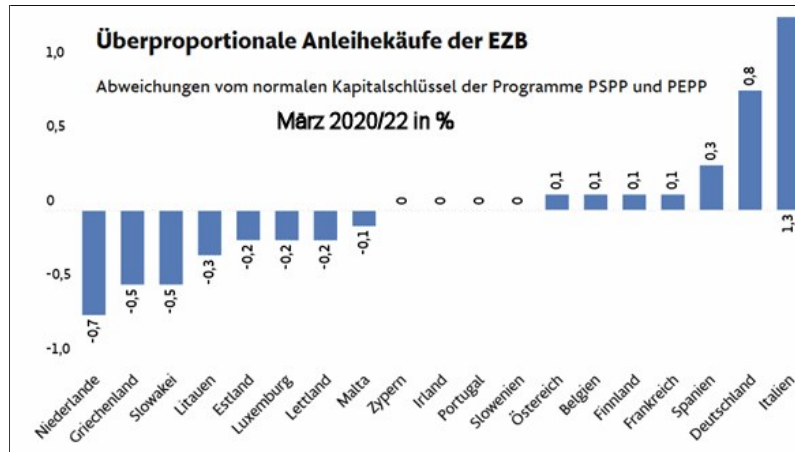
Und das ist erst der Anfang, ein Vorgeschmack auf das, was dem Land droht, wenn in wenigen Jahren immer mehr Ältere in Rente gehen, weil die Generation der Babyboomer aus dem Erwerbsleben scheidet, und immer weniger Jüngere nachrücken. Bis 2035, so rechnen Experten vor, stehen dem Jobmarkt allein wegen der Demografie etwa sieben Millionen Menschen weniger zur Verfügung. Seit der Wiedervereinigung hat das sogenannte Potenzialwachstum, nämlich die Zunahme der Wirtschaftsleistung, die bei normal ausgelasteten Kapazitäten möglich ist, im Schnitt bei 1,4 % pro Jahr gelegen. Am Ende dieses Jahrzehnts könnten es nur noch 0,5 % sein.

Der Mangel zeigt sich nicht zuletzt im öffentlichen Dienst. Fünf Millionen Menschen arbeiten hier, in den vergangenen Jahren ist der Bedarf noch gewachsen, vom Anspruch auf die Ganztagsbetreuung im Kindergarten über die Überprüfung von Corona-Schutzmaßnahmen bis hin zur Übernahme einer Treuhänderschaft über russische Energieunternehmen. Die Beratung PwC schätzt, dass im Jahr 2030 eine Million Fachkräfte fehlen könnten, mehr also als in vielen anderen Branchen. Dieser Mangel berührt eine zentrale Legitimation des Staates: die Daseinsvorsorge für seine Bürgerinnen und Bürger.



[per Mail verlinken](#)

Blog 55 17-07-22: Wie die EZB den italienischen Staat füttert und zusätzliche Schulden ermöglicht



Der italienische Staat ist seit vielen Jahren stark überschuldet, und in jeder Krise steigen die Zinsen auf italienische Schulden besonders stark, was jeweils die EZB besorgt. Jetzt ist wieder eine besondere Staatskrise in Italien angesagt. Die EZB hat bereits vorsorglich ein Instrument angedacht, mit dem sie gezielt einzelne Euro-Staaten finanzieren würde, und zwar in Abweichung vom Kapitalschlüssel der beiden Standard-Programme "Public Sector Purchase Programme (PSPP)" und "Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP)". Allerdings hat sie bereits in der Vergangenheit vor allem italienische Anleihen weit stärker gekauft, als nach dem Kapitalschlüssel berechtigt gewesen wäre (Abb. 23467).

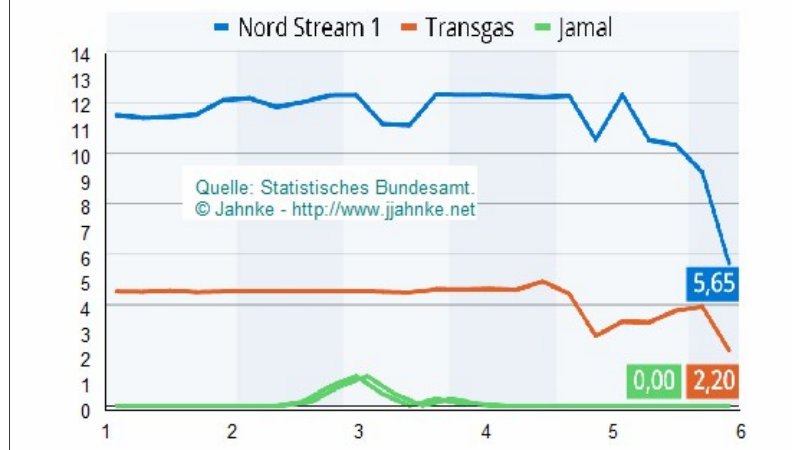
Vieles von dem Geld, was die EZB einseitig nach Italien pumpt, wird in einer schweren Krise verloren gehen. Die Belastungen werden dann vor allem Deutschland als stärksten Kapitaleigner der EZB treffen. Außerdem ist nun damit zu rechnen, daß die EZB die zur Inflationsbekämpfung angekündigten Zinserhöhungen kleinschreiben oder ganz aufschieben wird.



[per Mail verlinken](#)

Blog 54 16-07-22: Der Gas-Krieger

23466: Entwicklung russischen Gaslieferungen in 2022





Der Brutalität Putins ist sehr vielseitig. Sie zeigt sich im Krieg gegen die Ukraine, aber auch in den Behinderungen des Getreideexports ohne Rücksicht auf den Hunger der Welt oder in seinem längst erklärten Gaskrieg ohne Rücksicht auf wahrscheinlich nicht ausreichend mit Wärme versorgten Menschen im kommenden Winter. Ein böstiger und vielleicht schon leicht senil gewordener demnächst Siebzjähriger will es der Welt noch einmal zeigen.

Dazu die ZEIT: "Die Annahme deutscher und europäischer Politiker, Russland und die Sowjetunion hätten seit 50 Jahren zuverlässig geliefert, stimmte schon seit über einem Jahrzehnt nicht mehr - und sie stimmte nie für Putin. Der Geheimdienstmann sah Gas schon in seinen frühen Jahren an der Macht als Waffe. Er hat diese bereits in den Nullerjahren gegen die Ukraine eingesetzt, er hat damit Preiskriege gegen die baltischen Staaten geführt." In diesem Jahr setzt Putin seine Gas-Waffe gegen Deutschland und W-Europa ein (Abb. 23466).



[per Mail verlinken](#)

Blog 53 14-07-22: Die EZB hat es geschafft: Erstmals seit 20 Jahren Euro fällt unter einen Dollar: Wer sind die Opfer?



Mit einer real seit vielen Jahren besonders negativen Zinspolitik und einer die Inflation unterstützenden Liquiditätsflut hat es die EZB geschafft. Der Euro wurde geschwächt und verliert gegenüber dem US\$ laufend an Wert: schon jetzt um 29 % (Abb. 19641). Das nützt zwar dem Export, den die EZB im Auge

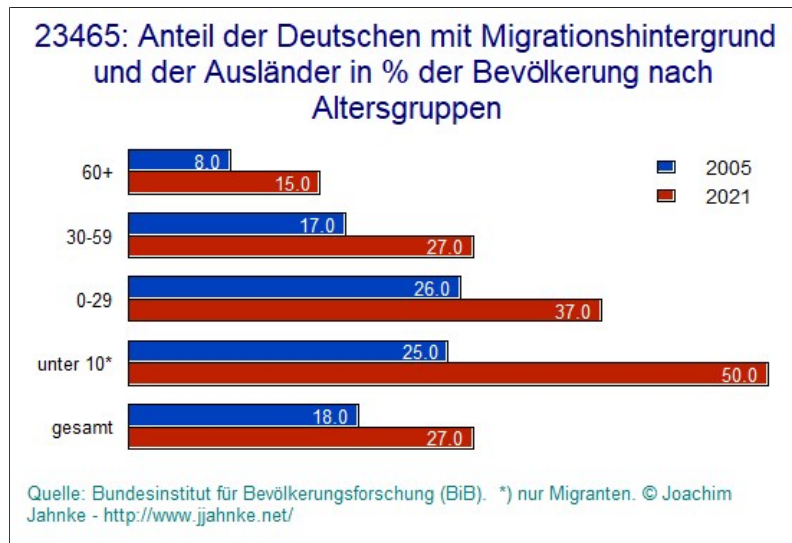
hat, schadet aber mit höheren Euro-Preisen den Importen und kurbelt damit die Inflation weiter an. Deutsche Sparer und arme Haushalte sind die Opfer. Was für ein Wahnsinn!

Bei einer Jahreststeuerung von rund 7,1 Prozent im Jahresschnitt 2022 liegt nach einer neuen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung die relative Belastung der untersten zehn Prozent der Haushalte fast fünfmal höher als die der einkommensstärksten zehn Prozent.



[per Mail verlinken](#)

Blog 52 14-07-22: Demografischer Wandel: Immer mehr Migranten und Ausländer auf dem Weg in die Mehrheit



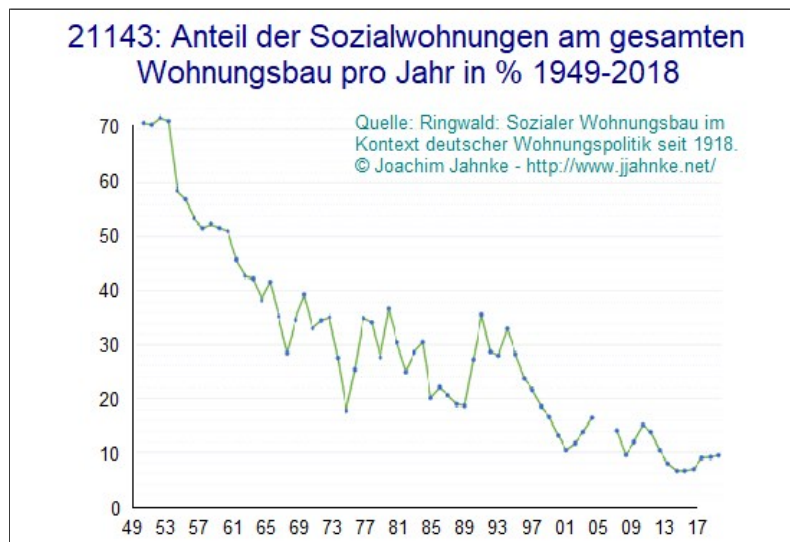
Der Migranten- und Ausländer-Anteil in der Altersgruppe bis 29 Jahre ist schon von 26 % 2005 auf 37 % 2021 gestiegen und wird weiter zunehmen. Nach Feststellungen des Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) ist in dieser Altersgruppe damit schon weit mehr als ein Drittel ohne deutschen Hintergrund. Während 2005 etwas mehr als jedes vierte Kind unter zehn Jahren einen Migrationshintergrund hatte, trifft dies aktuell auf fast jedes zweite Kind dieser Altersgruppe zu. Wenn die in einigen Jahren erwachsen sein werden, werden sie zusammen mit Ausländern eine solide

Mehrheit von sehr oft schlecht ausgebildeten und schlecht integrierten und von öffentlichen Leistungen abhängigen Menschen stellen. Merkel, die uns das mit ihrer leichtsinnigen "grenzenlosen" Einladung an die muslimische Welt 2015 eingebrockt hat und sich davon einen parteipolitischen Gewinn bei deutschen "Gutmenschen" versprach, wird dann aus ihrer fürstlich bezahlten Pension grüßen und immer noch behaupten, sie hätte nie etwas falsch gemacht.



[per Mail verlinken](#)

Blog 51 13-07-22: Sag mir, wo die Sozialwohnungen sind, wo sind sie geblieben



In die deutsche Soziallandschaft werden immer tiefere Spalten geschlagen: Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer (siehe Blog 49). Die Inflation trifft die Reichen weit weniger stark als die Armen (siehe Blog 48). Ein sich abzeichnender Energienotstand mit besonders steil steigenden Preisen trifft die Armen weit härter als die Reichen (siehe Blog 47), zumal Habeck seine Meinung geändert hat und im Gasnotfall auch von privaten Haushalten einen Einsparbeitrag verlangt, dem aber die Reichen über zusätzliche Wärmepumpen, Photovoltaik und notfalls zusätzliche Öl-Boiler ausweichen können. Bauen und Kaufen von Wohnraum wird besonders für die weniger Betuchten zunehmen unerschwinglich

(siehe Blog 46). Spanien plant wegen Kriegsgewinnen eine befristete Sondersteuer für Banken und Energiekonzerne; in Deutschland ginge das nur über Lindners Leiche.

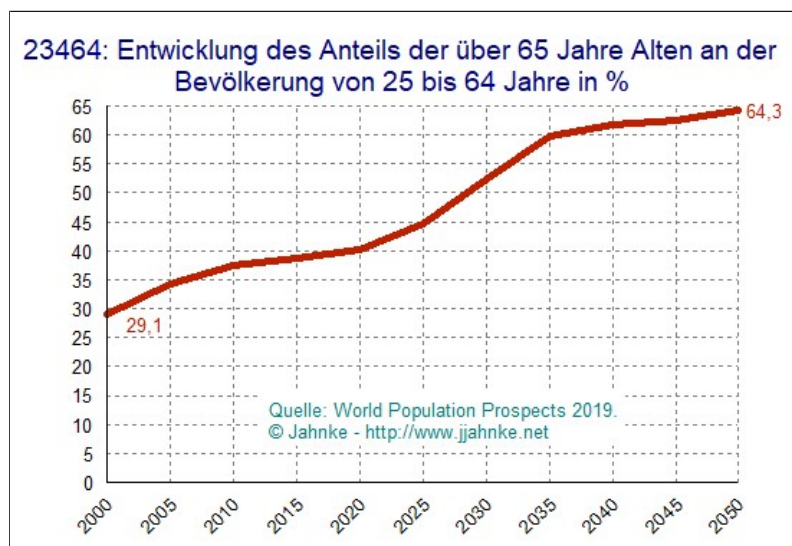
Nun geht auch noch die Zahl der Sozialwohnungen immer weiter zurück (Abb. 19676, 21143). Die Bundesregierung will 100.000 Sozialwohnungen pro Jahr bauen - davon ist sie weit entfernt. In mehr als der Hälfte der Bundesländer ging der Bestand 2021 weiter zurück. Nach der Antwort der Bundesregierung auf eine Frage der Bundestagsfraktion der Linken schrumpfte der Bestand im vergangenen Jahr in zehn von 16 Bundesländern: in Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Thüringen. Die in Aussicht gestellte Verdreifachung der Bundesförderung reicht nicht, um bei steigenden Kosten eine Verfünfachung des Neubaus zu stemmen.

Bei Sozialwohnungen sind die Mieten staatlich reguliert. Nur Menschen, bei denen die Behörden einen besonderen Bedarf sehen, dürfen dort wohnen. Das gilt allerdings nur für eine bestimmte Zeit, danach können die Wohnungen normal am Markt vermietet werden. Die Dauer dieser Bindung ist in den Ländern unterschiedlich geregelt. Oft sind es 12, 15, 20 oder 30 Jahre. Ende 2020 gab es nur noch etwa 1,13 Millionen Sozialwohnungen; 2004 waren es noch mehr als doppelt so viele.



[per Mail verlinken](#)

Blog 50 12-07-22: Aus einem deutschen Altenheim



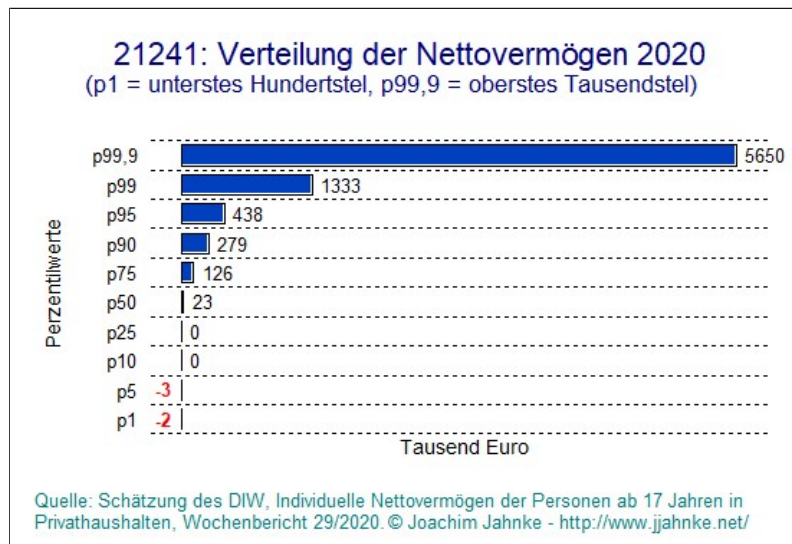
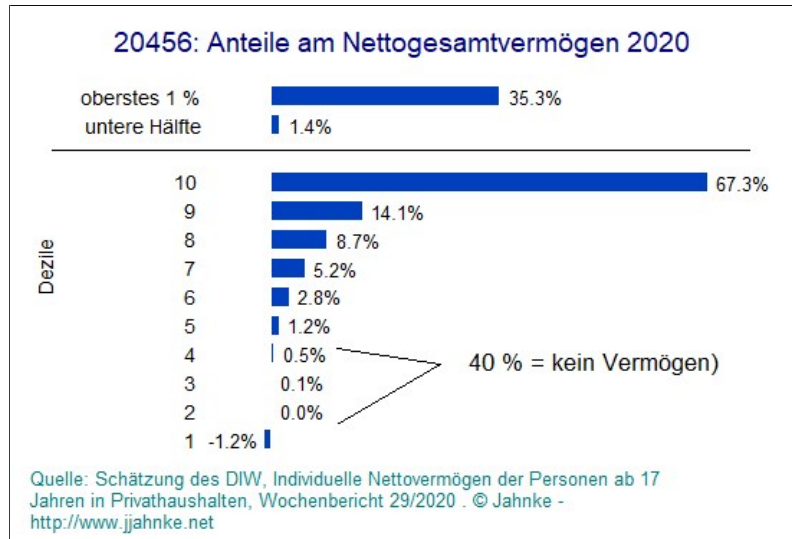
Der Anteil alter Menschen gemessen an denen im arbeitsfähigen Alter steigt immer mehr und wird nach Vorausberechnungen von 40 % 2020 auf über 64 % 2050 steigen (Abb. 23405). Mit Altersfortschritt brauchen immer mehr Menschen einen Platz in einem Alters- oder Pflegeheim. Dieser Eintrag erreicht Sie aus einem Heim für betreutes Wohnen, wo man relativ komfortabel in seinem eigenen Mobiliar wohnen kann und gut versorgt wird.

2020 gab es insgesamt 11.712 Altenheime und Pflegeheime von sehr unterschiedlichem Standard in Deutschland. Angesichts des sich verschärfenden Mangels an Plätzen müssen sich alte Menschen immer früher bewerben, weil sie sonst keinen geeigneten Platz mehr finden. Eine typische Frage unter Bewohnern ist daher: "Wie lange sind Sie schon hier?" Darauf eine Antwort: "15 Jahre" und eine typische Bemerkung: "Da haben Sie schon viele kennengelernt, die nicht mehr sind!".



[per Mail verlinken](#)

Blog 49 12-07-22: Wann kommt die deutsche Gesellschaft an einen Bruchpunkt?



Die Inflation wirkt sozial sehr ungleich (siehe Blog 48). Die Wirtschaftssanktionen gegen Rußland drohen jetzt mit der ungleichen Verteilung der viel geringer verfügbaren Erdgasversorgung einen weiteren starken Riß durch die Bevölkerung zu verursachen. Die Medien spekulieren mit immer schrilleren Schlagzeilen, ob russisches Gas nach der Reparatur an der Pipeline wieder fließen wird. Große Unternehmen sagen eine Wirtschaftskrise voraus, falls sie nicht bevorzugt mit Gas beliefert werden. Putin dürfte seine Freude an diesen deutschen Ängsten haben.

Die Bundesregierung wird - so Außenministerin Annalena Baerbock - alles dafür tun, dass eine weitere Verknappung russischer Gaslieferungen nicht zu einer Spaltung der Gesellschaft führt: "Wenn wir weniger Energie haben, wenn wir weniger Wärmeversorgung haben, dann werden wir dafür sorgen, dass es gerecht zugehen wird". Doch vergißt sie dabei, daß die Spaltung schon lange da ist, wobei die untere Hälfte der Bevölkerung nur noch 1,4 % des Nettogesamtvermögens (Abb. 20456) und das unterste Viertel praktisch kein Vermögen oder nur Schulden besitzt (Abb. 21241). Baerbock vergißt auch, daß die Spaltung derzeit bereits mit nächtlicher Temperaturabsenkung und Drosselung der Warmwasserversorgung durch Wohnungsgesellschaften weiter vertieft wird. Schon jetzt ist klar, daß größere Bevölkerungsteile die höheren Gaspreise neben den Belastungen durch die allgemein sehr hohe Inflation nicht mehr tragen können und daß dies mit kleinen Einmalzahlungen der Bundesregierung nicht aufgefangen werden kann. Auch ist Deutschland auf eine Planwirtschaft mit Gaszuteilung weder technisch, noch administrativ vorbereitet. Baerbocks Sprüche sind daher nur wie Pfeifen im finsternen Wald.

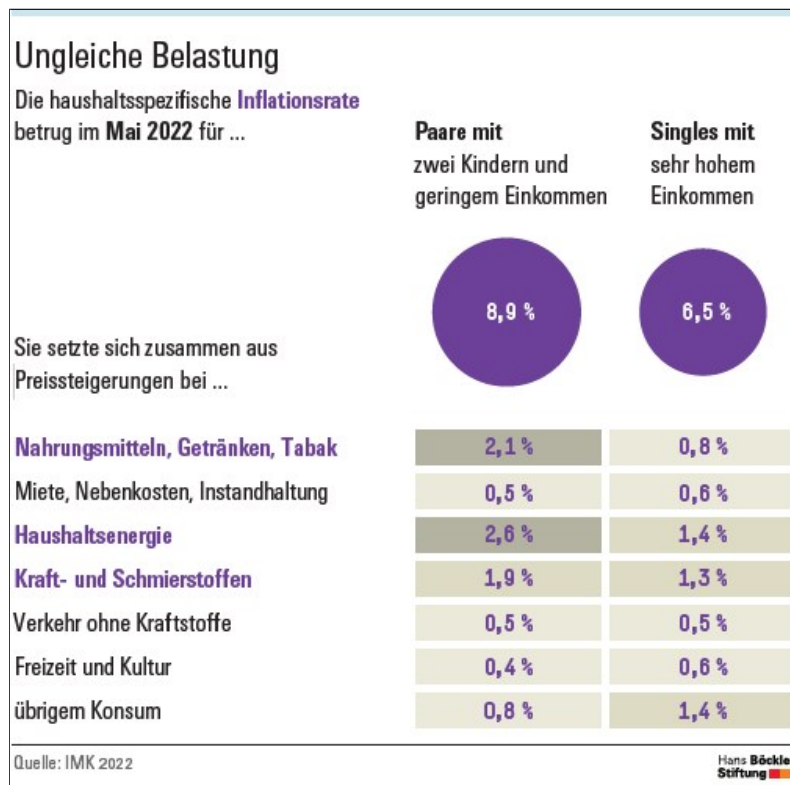
Der Streit über die Verteilung hat schon begonnen. Die chemische Industrie zieht den Vorrang privater

Haushalte bei der Zuteilung von Gas im Notfall in Zweifel. Auf die Frage, ob Firmen gegenüber Privathaushalten bevorzugt werden müssten, antwortete der Chef des Chemieindustrieverbands VCI Kullmann so: "Die Sicherung der Arbeitsplätze und damit des Einkommens sei für die Familien wichtig und steht für die Gesellschaft höher als die vollständige Sicherstellung der privaten Gasversorgung". Dabei verbrauchen Industrie und Gewerbe 50 % des Gases, die privaten Haushalte dagegen nur 31 %.



[per Mail verlinken](#)

Blog 48 11-07-22: Warum die Inflation eine mehrfache soziale Sauerei ist



Erstens hat die EZB längst vor Putins Krieg gegen die Ukraine mit negativen Zinsen und einer Liquiditätsflut aus der elektronischen Druckmaschine die Inflation hochgetrieben und damit sehr einseitig die Wohlhabenden mit einem langen Börsen- und Immobilienboom total einseitig bereichert. Zweitens leiden die ärmeren Bevölkerungskreise weit stärker unter der Inflation als die reicheren (Abb.).

Familien mit niedrigem Einkommen tragen die höchste Inflationsbelastung, Alleinlebende mit hohem Einkommen die geringste. Gemessen an den für diese Haushaltstypen repräsentativen Warenkörben sind die Preise im Mai 2022 um 8,9 Prozent beziehungsweise 6,5 Prozent gestiegen. Mit 2,4 Prozentpunkten war die Differenz zwischen ärmeren Familien und wohlhabenden Alleinlebenden im Mai deutlich größer als in den Vormonaten und dreimal so hoch wie im Februar. Das liegt daran, dass die stärksten Preistreiber - Haushaltsenergie, Kraftstoffe und zunehmend Lebensmittel - unterschiedlich stark durchschlagen: Bei Familien mit zwei Kindern und niedrigem Einkommen machen diese drei Komponenten nach den Berechnungen des IMK 6,6 Prozentpunkte der haushaltsspezifischen Inflationsrate aus. Bei Alleinstehenden mit hohem Einkommen entfallen darauf hingegen nur 3,5 Prozentpunkte.

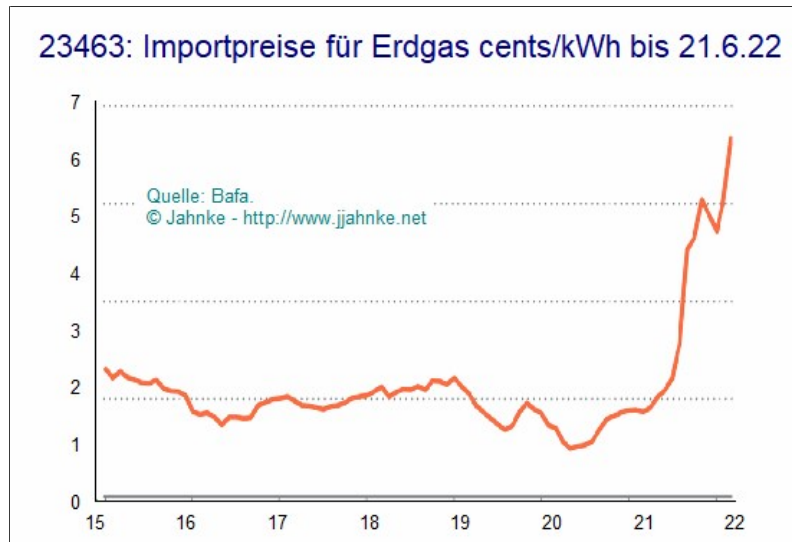
Nach einer repräsentativen Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung empfindet fast ein Viertel aller Erwerbstätigen und Arbeitsuchenden die eigene finanzielle Lage als "äußerst stark" oder "stark" belastend und hat große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation. Unter Erwerbspersonen mit niedrigem Haushaltseinkommen unter 1300 Euro netto im Monat gilt dies sogar für mehr als die Hälfte, in der nächsthöheren Einkommensgruppe zwischen 1301 und 2000 Euro sind es fast 40 Prozent. Die Sorge um die soziale Ungleichheit in Deutschland ist ebenfalls ausgeprägter als zu früheren Zeitpunkten in der Pandemie: Zwei Drittel der Befragten fürchten, dass die Gesellschaft so

weit auseinanderdriftet, „dass sie Gefahr läuft, daran zu zerbrechen“. 70 Prozent der befragten Erwerbspersonen sind aktuell unzufrieden mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung in der Russland-Krise.



[per Mail verlinken](#)

Blog 47 10-07-22: Der Erdgaspreis steigt und steigt: Quo vadis?



Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Importpreis für Erdgas schon mehr als verdreifacht (Abb. 23463). Und die Regierung warnt davor, daß diese Entwicklung weitergehen wird. Wirtschaftsminister Habeck: "Die Bürger müssen sich auf stark steigende Preise einstellen. Dies wird hart und für einige zu hart. Ohne politische Flankierung wird die soziale Spaltung zu stark befördert. Die Preise werden weitergegeben, und wir müssen das sozialpolitisch auffangen. Ich befürchte angesichts des drohenden Ausfalls von Gaslieferungen aus Russland ein politisches Albtraumszenario. Dieses würde eintreten, wenn der Staat im akuten Krisenfall die Zuteilung von Gas steuern müßte. Ich mache mir keine Illusion, was dann passieren würde. Das wird Deutschland vor eine Zerreißprobe stellen, die wir lange so nicht hatten." Und Bundeskanzler Scholz: "In diesen Tagen beschäftigt uns die Sicherheit unserer Energieversorgung. Sie wird es noch die nächsten Wochen, Monate und auch Jahre."

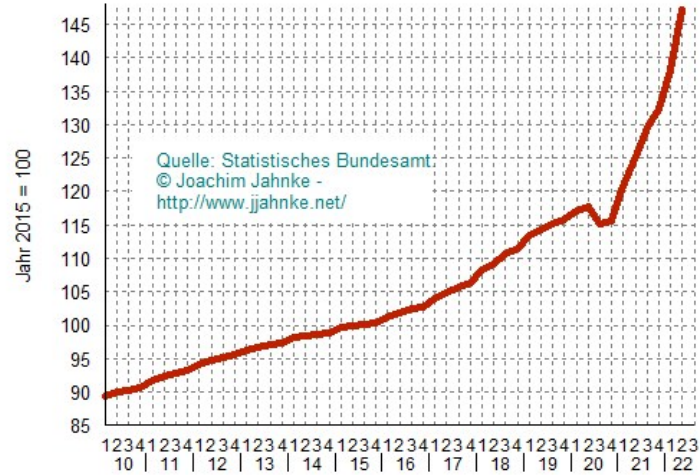
Hoffentlich kann sich nicht wieder die FDP durchsetzen, die die Rentner und Studierenden von der 300 EUR Einmalzahlung ausgeschlossen hat, wobei 300 EUR lächerlich ungemessen sind, zumal nach Steuer im Durchschnitt nur noch 193 Euro netto bei den Beschäftigten ankommen. Lindners Politik der "Schwarzen Null", führt bei solchen Energiepreisen und einer insgesamt sehr hohen Inflationsrate direkt in ein soziales Chaos.



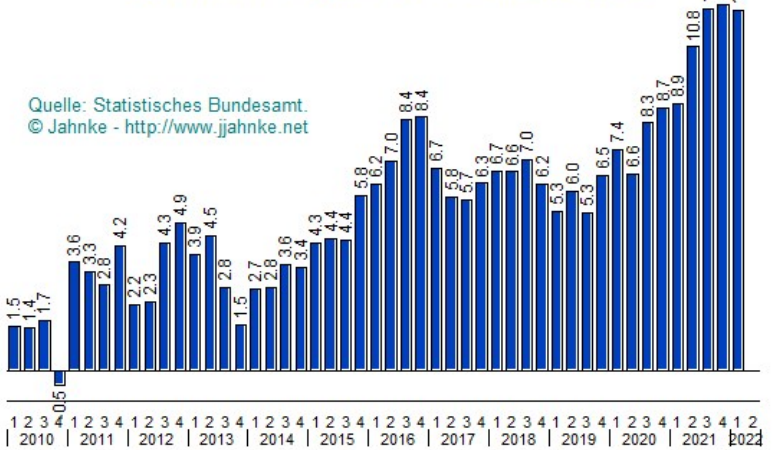
[per Mail verlinken](#)

Blog 46 09-07-22: Wenn das Bauen oder Kaufen von Wohnraum für sehr viele Haushalte unerschwinglich wird

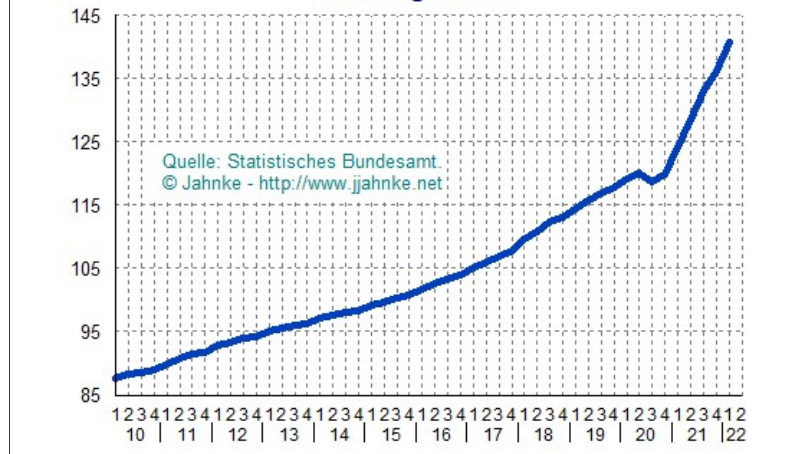
23461: Entwicklung des Baupreis-Index Wohngebäude



21355: Preissteigerungen für Wohnimmobilien in % gegenüber Vorjahr bis 1. Quartal 2022



23462: Entwicklung der Preisindizes für selbst genutztes Wohneigentum



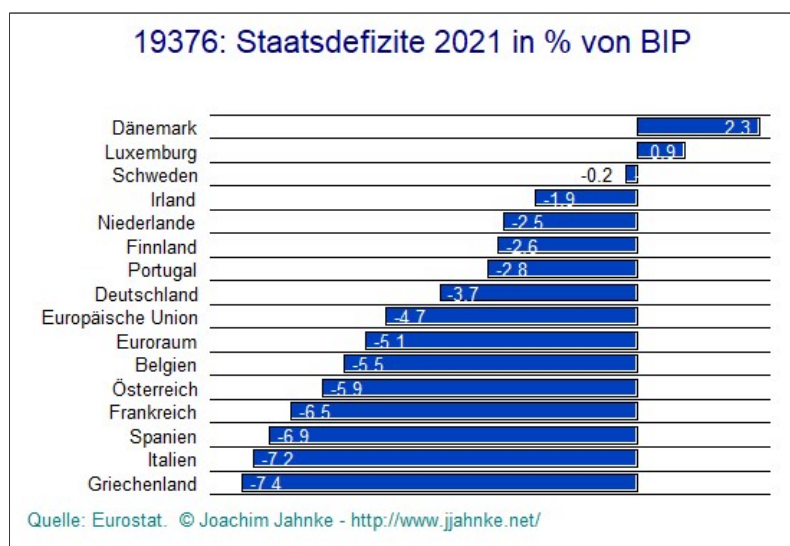
Die Preise für den Neubau konventionell gefertigter Wohngebäude in Deutschland sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Mai 2022 um 17,6 % gegenüber Mai 2021 gestiegen (Abb. 23461). Dies ist der höchste Anstieg der Baupreise gegenüber einem Vorjahr seit Mai 1970, also seit 52 Jahren. Im Februar 2022, dem vorherigen Berichtsmonat der Statistik, waren die Preise im Vorjahresvergleich noch um 14,3 % gestiegen. Die Preisangaben beziehen sich auf Bauleistungen am Bauwerk einschließlich Mehrwertsteuer. Ähnlich gestiegen sind die Preise für Wohnimmobilien (Abb. 21355, 23662)

Der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie Müller befürchtet, daß neue Wohnungsbauprojekte aufgrund der gestiegenen Baukosten und der wieder anziehenden Zinsen erst einmal zurückgestellt werden: "Der Traum vom Eigenheim wird für einige Haushalte wohl erst einmal ein Traum bleiben, wenn das ursprünglich eingeplante Budget - auch angesichts gleichzeitig steigender Energie- und Lebenshaltungskosten - nicht mehr ausreicht." So versagt auch immer häufiger dieser Rettungsweg aus der Inflation.

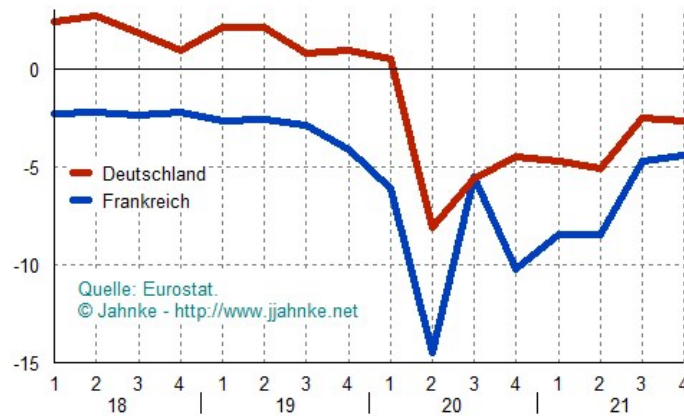


[per Mail verlinken](#)

Blog 45 09-07-22: Frankreich will die Verschuldungsgrenzen in der Eurozone schleifen und arbeitet dabei mit Lügen



23460: Entwicklung der vierteljährlichen nichtfinanziellen Staatskonten Deutschland - Frankreich in % BIP



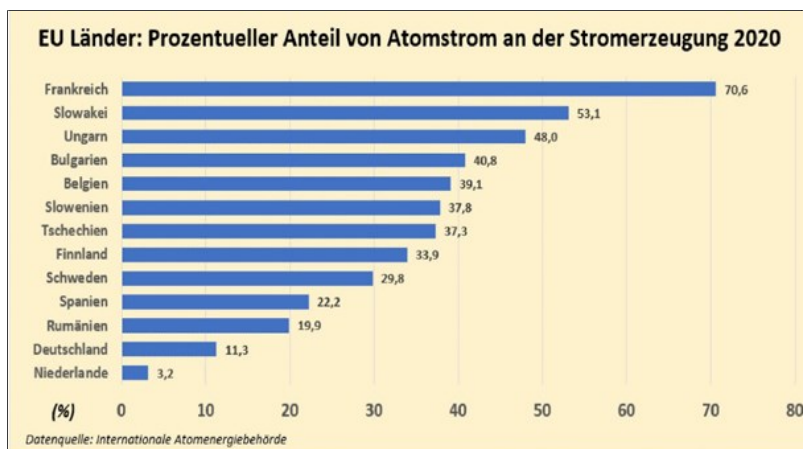
Der französische Finanzminister ist schon lange dabei, ein definitives Begräbnis der wegen der Pandemie nur ausgesetzten Maastricht Regeln über die Grenzen der Staatsverschuldung zu verlangen, die seinerzeit Voraussetzung der Aufgabe der DM durch Deutschland waren. Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit im französischen Parlament und der Notwendigkeit höherer Sozial-Ausgaben wird er nun noch aggressiver. So bezeichnete er die Verschuldungsregeln als "obsolet", weil sich in der Eurozone überall ein neues Modell mit stärkeren Staatsschulden entwickelt habe. Der Unterschied zwischen "frugalen" (sparsamen) Nord-Ländern, geführt von Deutschland, und ausgabenfreudigen Süd-Ländern sei nicht mehr relevant.

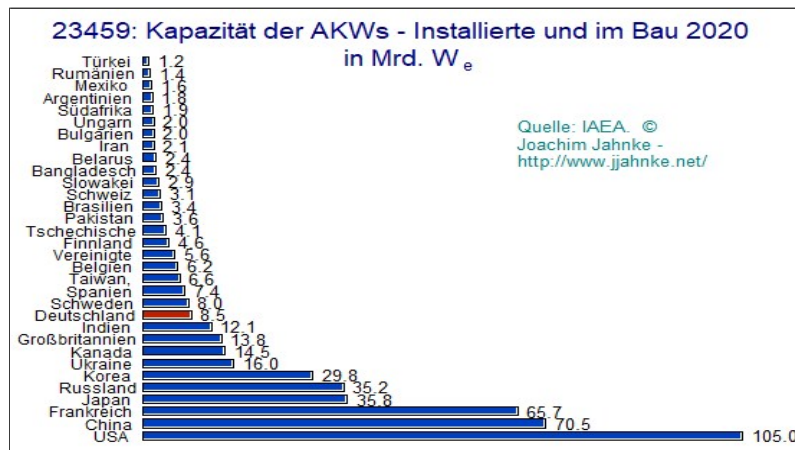
Doch das ist Unsinn und Lüge gleichzeitig. Frankreich hatte im vergangenen Jahr ein Haushaltsdefizit von hohen 6,5 % seiner Wirtschaftsleistung, während es in Deutschland nur 3,7 % waren (Abb. 19376). Der Unterschied zwischen 2,5 % in den Niederlanden und 7,2 % in Italien war sogar noch viel größer. Die "nichtfinanziellen" Staatskonten lagen in fast allen Quartalen im Zeitraum seit 2018 für Frankreich erheblich mehr im Defizit als für Deutschland (Abb. 23460). Der Unterschied zwischen Nord und Süd in der Eurozone ist trotz der zwischenzeitlichen Annäherung in der Pandemie immer noch gewaltig und dürfte nach Abklingen der Pandemie eher zunehmen.



[per Mail verlinken](#)

Blog 44 08-07-22: Warum wir jetzt wegen des drohenden Gasausfalls auch noch Atomstrom brauchen





Deutschland hat mit nur noch 11,3 % - vor den Niederlanden - den in der EU kleinsten Anteil an Atomstrom an der Stromerzeugung (Abb.). Ende des Jahres wird er mit der Abschaltung der letzten drei AKWs auf null fallen. Dagegen sind es z.B. in Frankreich 71 %, Belgien 39 %, Finnland 34 % und Schweden 30 %. In Frankreich, das große Ausbaupläne hat, wird die Kernkraftindustrie gerade nationalisiert.

Sollte, was befürchtet wird, Rußland die Gaslieferungen abschalten, so droht Deutschland nach Ansicht der Bundesregierung in eine schwere Wirtschaftskrise zu stürzen. Strom, der teilweise in Gaskraftwerken erzeugt wird, dürfte sehr teuer werden. Zum Heizen dürften viele Bürger kurzzeitig auf Stromheizkörper ausweichen und die Nachfrage nach Strom weiter hochtreiben. Der nach dem Unfall von Fukushima plötzlich von Merkel verhängte Ausstieg aus der Kernenergie war ein populistisches Manöver, bei dem sie auf die Wählerstimmung setzte. Heute hat sich die Stimmung jedoch - auch unter dem Eindruck der Gasabhängigkeit von Rußland - geändert, und mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger signalisieren in Umfragen Zustimmung zu einer Laufzeitverlängerung.

Um Energie zu sparen, hat Deutschlands größter Wohnungskonzern schon jetzt angekündigt, während der Nachtstunden die Vorlauftemperatur der Heizungsanlage absenken. Die Räume werden dann allenfalls noch rund 17 Grad warm. Wegen der hohen Energiepreise will eine Wohnungsgenossenschaft in Sachsen ihren Mietern zeitweise das warme Wasser abdrehen. Die Chefin des Verbands Sächsischer Wohnungsgenossenschaften (VSWG): "Aktuell haben die meisten sächsischen Wohnungsgenossenschaften Festpreisvereinbarungen für Erdgas mit Preisen zwischen 1,5 und 5 Cent netto pro Kilowattstunde. Mit Wegfall der Festpreisbindung würde der Preis auf 15 Cent netto und mehr steigen. Das bedeutet in einigen Fällen eine Verzehnfachung der Bezugspreise für Gas. Es gibt bereits jetzt erste Fälle - vor allem in Ostdeutschland - in denen allein die Kosten für Heizung und Warmwasser über den Nettokaltmieten liegen. Faktisch ist hier bereits eine Verdoppelung der bisherigen Mieten erfolgt."

Neben den drei Ende des Jahres stillzulegenden AKWs gibt es noch drei weitere, die Ende vergangenen Jahres stillgelegt wurden, aber noch Betriebsgenehmigungen haben. 2021 produzierten die damals noch sechs deutschen AKWs genauso viel Strom wie die gesamte Fotovoltaik. In der jetzigen Energiekrise könnten AKWs Anteile an Gas- und Kohlestrom ersetzen, die sonst mit russischen Energieträgern produziert würden.

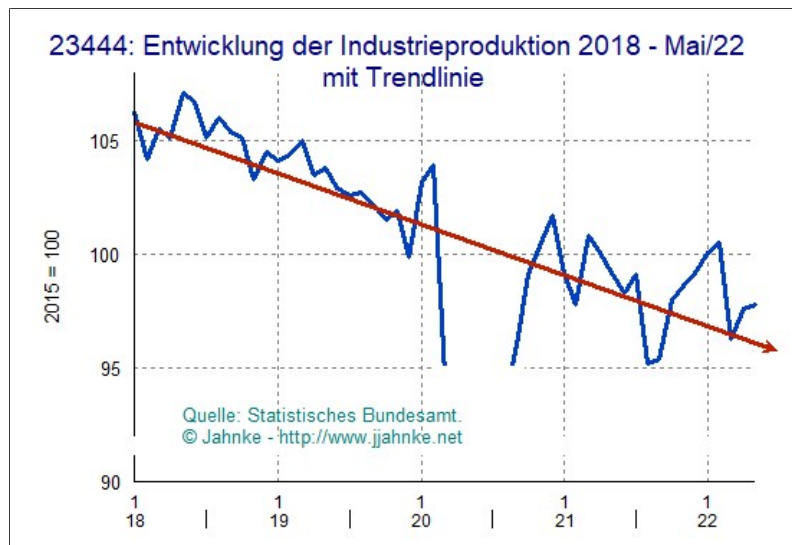
Fachleute gehen von rund fünf Milliarden Kilowattstunden pro Anlage aus, die bis zum Sommer 2023 noch drin wären. Der gesamte deutsche Stromverbrauch lag im vergangenen Jahr bei 557 Mrd. Kilowattstunden. 30 Mrd. zusätzlich wären also nicht unbedeutend, schon gar nicht in einer schweren Krise. Die notwendigen Sicherheitsanalysen könnten ohne Abschaltung betriebsbegleitend durchgeführt werden. AKWs durchlaufen ohnehin bis zu ihrem letzten Betriebstag und weit darüber hinaus die sicherheitsgarantierenden Testzyklen und Wartungsprozeduren, die vom Regelwerk vorgeschrieben sind.

Außerdem war es immer schon klima-politischer Wahnsinn, AKWs abzuschalten und dafür die deutschen CO₂-Dreckschleudern auf Kohlebasis weiterlaufen zu lassen, wie es jetzt von der Bundesregierung unter einem grünen Wirtschafts- und Umweltminister betrieben wird!



[per Mail verlinken](#)

Blog 43 08-07-22: Deutsche Industrieproduktion: Im Rückzug seit 2018



Die deutsche Industrieproduktion geht seit 2018 laufend zurück (Abb. 23444). Nach Ansicht des Statistischen Bundesamts dürfte die Produktion nach wie vor durch die hohe Knappheit an Vorprodukten beeinträchtigt sein. Gestörte Lieferketten infolge des Kriegs in der Ukraine und anhaltender Verwerfungen durch die Corona-Krise wie Schließungen von Häfen in China führen nach wie vor zu Problemen beim Abarbeiten der Aufträge. Laut dem ifo Institut für Wirtschaftsforschung gaben 77,2 % der befragten Industrieunternehmen im Mai 2022 an, von Engpässen und Problemen bei der Beschaffung von Vorprodukten und Rohstoffen betroffen zu sein. Man muß damit rechnen, daß diese Entwicklung auch zu der hohen Inflationsrate beiträgt.



[per Mail verlinken](#)

Blog 42 07-02-22: Wer ist Ferda Ataman?



Ferda Ataman ist eine Deutsch-Türkin, die von der Bundesregierung als Leiterin des Antidiskriminierungsstelle (ADS) des Bundes eingesetzt werden soll und um die es jetzt Streit gibt, weil sie in der Vergangenheit den Deutschen öffentlich und pauschal ein "Blut-und-Boden-Denken", Rassismus, Nähe zum Nationalsozialismus und Ähnliches vorgeworfen und den Begriff "Heimat"

verunglimpft hat. Hier einige Zitate:

"Wir reden erst über Heimatsehnsucht, seit viele Geflüchtete gekommen sind. Politiker, die derzeit über Heimat reden, suchen in der Regel eine Antwort auf die grassierende 'Fremdenangst'. Doch das ist brandgefährlich. Denn in diesem Kontext kann Heimat nur bedeuten, daß es um Blut und Boden geht: Deutschland als Heimat der Menschen, die zuerst hier waren. Und also auch bestimmte Vorrechte haben. Hier wird Heimat zum weniger verpönten Begriff für "Volk" und "Nation". Heimat ist nicht länger hybrid und erwerbbar, sondern ein Code für "Deutschland den Deutschen"."

"Seit 2015 hat das Land ein Heimatfieber erfasst, das 2018 seinen Siedepunkt erreichte."

"Für Seehofer und viele Menschen in Deutschland hat Blut-und-Boden-Denke offenbar ausschließlich mit den Jahren 1933 bis 1945 zu tun. Aus meiner Sicht - und der vieler Menschen mit erkennbarem Migrationshintergrund - nicht. Wir erleben, dass es die damals fantasierte "Einheit von Rasse und Raum" - oder wie man heute wohl eher sagen würde: "von Volk und Nation" - weiterhin gibt."

"Es ist höchste Zeit für eine breite politische Debatte darüber, was in Deutschland Zugehörigkeit ausmacht und welche Rolle die Vorfahren dabei spielen. Wann werden aus Migranten Einheimische? Und wir müssen uns fragen: Sind Privilegien für Menschen, die qua Abstammung länger hier sind, im 21. Jahrhundert noch angemessen?"

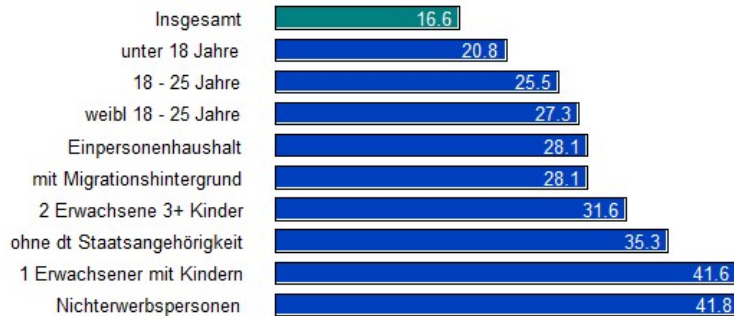
"Sie kennen bestimmt den Satz: "Immer mehr Deutsche fühlen sich fremd im eigenen Land". Der Neonazi-Spruch ist längst nicht mehr verpönt, sondern taugt zur Befindlichkeitserfassung durch seriöse Umfrageinstitute. Kaum jemand spricht darüber, dass damit Rassismus und Antisemitismus zur berechtigten "Heimatsehnsucht" erklärt werden.



[per Mail verlinken](#)

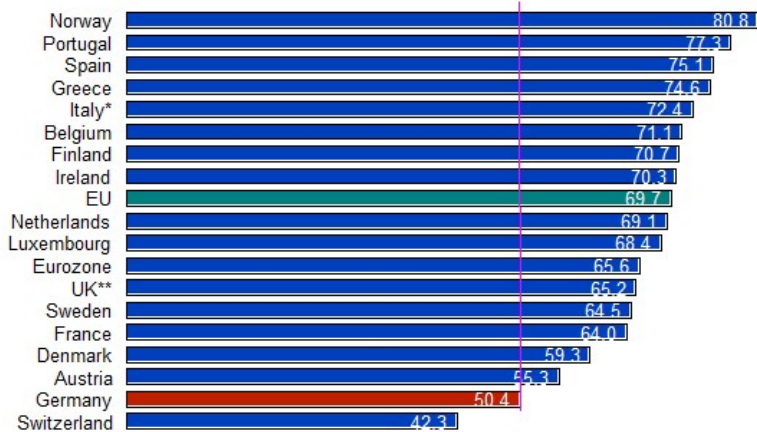
Blog 41 05-07-22: **Scholz' Kampf gegen die Inflation: Außer Spesen nichts gewesen**

23458: Hohe Armutsanteile nach Gruppen in % (soweit über 20 %)



Quelle: Paritätischer Wohlfahrtsverband 2022. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

21363: Anteil der Haushalte mit Wohneigentum 2020 in %



Quelle: Eurostat, *) 2019, **) 2018. © Joachim Jahnke - <http://www.jahnke.net/>

Scholz verdeckt seine Ohnmacht und die FDP-gesteuerte Verweigerung zusätzlicher Sozialleistungen mit warnenden Worten vor der zunehmenden Krise: "Die aktuelle Krise wird nicht in wenigen Monaten vorübergehen. Russlands Krieg in der Ukraine und die durch die Pandemie gestörten Lieferketten sorgen für eine generelle Unsicherheit. Wir müssen uns darauf einstellen, dass sich diese Lage auf absehbare Zeit nicht ändern wird. Wir stehen vor einer historischen Herausforderung. Durch diese Phase werden wir nur gut hindurchkommen, wenn wir uns unterhaken und uns auf gemeinsame Lösungen einigen. Wichtig ist mir die Botschaft: Wir stehen zusammen."

Doch wie können wir zusammenstehen, wenn in der Regierung der 5 %-Partner FDP ständig von der "schwarzen Null" träumt und ausgleichende Sozialleistungen strikt ablehnt? Und so mußte Scholz auf die bisherigen Entlastungen wie den Heizkostenzuschuss, den Wegfall der EEG-Umlage, den Tankrabatt oder das 9-Euro-Ticket, hinweisen, die alle von gestern sind. Wo war die Solidarität, als die FDP die Rentner von der 300 EUR Ausgleichszahlung kaltherzig ausschloß? Seit Scholz diese Partei in die Regierung holte, ist auch sein Eintreten für Solidarität nicht mehr als hohle Sprüche.

Es ist ein trauriges Bild. Lösungen sind nicht in Sicht. Soviel scheint sicher: Putin wird den längeren Atem haben, im Krieg der Sanktionen, aber auch in der Ukraine. Jetzt von einem Wiederaufbau zu sprechen, wenn immer mehr in Schutt und Asche fällt, ist eigentlich nicht nachvollziehbar.

Wenn demnächst in den kalten Monaten bei uns die Gasheizungen versagen, wird der große Streit ausbrechen, wer dann abzuschalten ist. Die Solidarität wird auch dort brüchig sein. Man darf nicht vergessen: Viele soziale Gruppen der deutschen Bevölkerung weisen schon jetzt hohe Armutsanteile bis zu 42 % auf (Abb. 23458). Bei einem Erwachsenen mit Kindern, und das sind meist alleinerziehende Frauen fast 42 %! Weiß Scholz das eigentlich? Lindner weiß es bestimmt nicht.

Bei Inflationsraten um derzeit 8 % und 13 % für Lebensmittel schmilzt das Sparkapital weg wie Schnee in der Sonne und breitet sich entsprechend weitere Armut aus. Immobilienbesitz sichert zwar gegen die Inflation, aber in Deutschland wohnt nur die Hälfte der Haushalte in einer eigenen Wohnung zu vergleichen mit 75 % in Spanien und Griechenland oder 72 % in Italien (Abb. 21363), und nur die meist ohnehin Wohlhabenden haben eine eigene Wohnung; unter 2.500 EUR Monatseinkommen haben nur 34 % Wohneigentum.

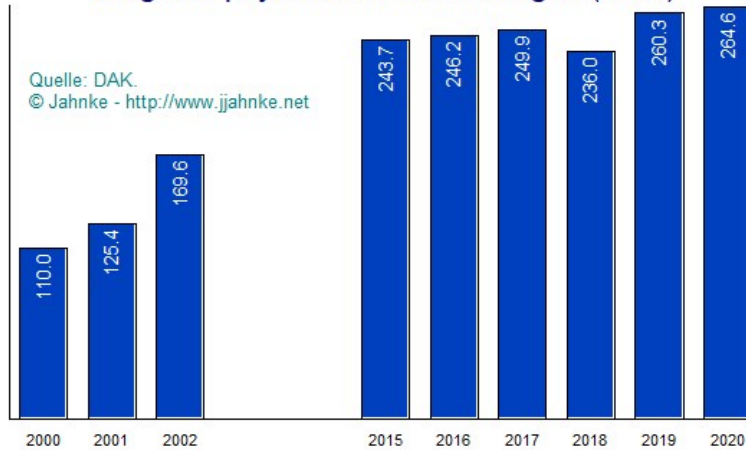


[per Mail verlinken](#)

Blog 40 05-07-22: Ausgebrannt und kranke Psyche

23457: Arbeitsunfähigkeitstage je 100 Versicherte aufgrund psychischer Erkrankungen (DAK)

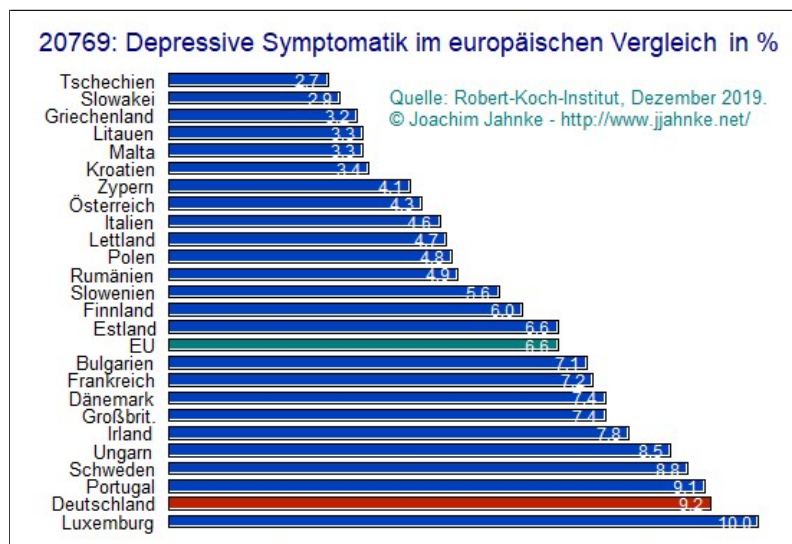
Quelle: DAK.
© Jahnke - <http://www.jjahnke.net>



14792: Entwicklung der Arbeitsunfähigkeitstage durch psychische Erkrankungen, AOK-Mitglieder - 2010 = 100

Quelle: Zahlen und Fakten im Gesundheitswesen 2021. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>





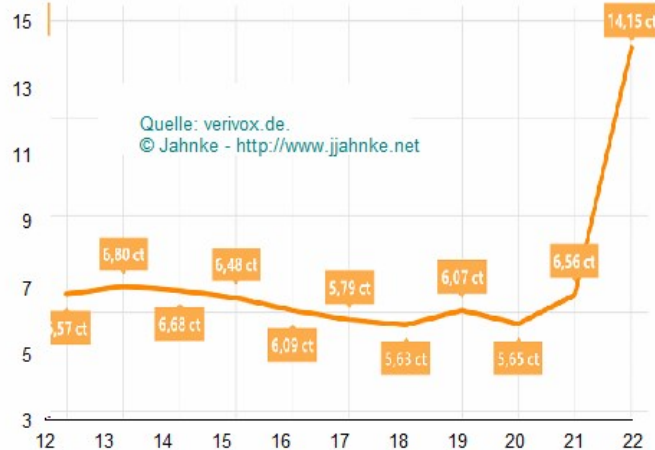
Nach einem neuen Artikel in der ZEIT leiden aktuell etwa 15 Prozent der Arbeitnehmer in Deutschland an einem Burn-out oder einer Depression. Betroffene melden sich im Schnitt 30 bis 35 Tage krank und fehlen damit bis zu vier Wochen länger als jemand, der eine Atemwegserkrankung hat oder Rückenbeschwerden. Psychische Erkrankungen verzeichnen immer neue Höchststände: 2020 waren es nach AOK 265 Arbeitsunfähigkeitstage je 100 Versicherte (Abb. 23457). Seit 2010 sind die Arbeitsunfähigkeitstage um 65 % gestiegen (Abb. 14792).

Im internationalen Vergleich der Krankenhausentlassungen mit der Diagnose psychische und Verhaltensstörungen je Einwohner lag Deutschland nach Eurostat 2018 an der Spitze (Abb. 19732). Ähnlich sieht es bei der depressiven Symptomatik nach einer Studie des Robert-Koch-Instituts aus (Abb. 20769).



Blog 39 04-07-22: Sich hinter einem total überholten Koalitionsvertrag oder der Ideologie des kleinsten Koalitionspartners zu verschanzen, ist Wahnsinn

23456: Entwicklung des Gaspreises 2012-22 in ct/kWh



23455: Entwicklung der Ölpreise (Light Crude Oil Futures) in US\$



Auf Deutschland kommt eine riesige Energiekrise zu. Vor allem die Gaspreise steigen, seit 2021 schon weit mehr als eine Verdoppelung (Abb. 23456). Aber auch die Strompreise ziehen an: Laut dem Vergleichsportal Verivox kostete eine Kilowattstunde für einen Durchschnittshaushalt im Juni 39,68 Cent und damit gut ein Drittel mehr als ein Jahr zuvor. Ebenso sind die Ölpreise seit Beginn des letzten Jahres gewaltig gestiegen (Abb. 23455). Damit sind starke soziale Spannungen vorprogrammiert, die sozial abgefedert werden müssen.

Doch Lindner und seine FDP sind in ihrer Ideologie gefangen und bestehen auf der "schwarzen Null" im Haushalt. Auch ein Tempolimit auf Autobahnen, daß die Spritpreise etwas dämpfen könnte, lehnt die FDP ab und verweist auf den total überholten Koalitionsvertrag. Ebenso stellt sie sich gegen eine für die Bundesländer wichtige gesetzliche Vorbereitung auf die neue Corona-Welle im Herbst. Und natürlich lehnt Lindner auch eine "Übergewinn-Steuer" für exorbitante Krisengewinne von Unternehmen ab; sein Generalsekretär tut das als "finanzpolitischen Populismus" ab; die Meinung der Bürger scheint ihm nichts wert zu sein. Das kann mit dieser FDP noch heiter werden!



[per Mail verlinken](#)

Blog 38 03-07-22: Keine Putin-Blumen auf den Särgen russischer Soldaten

im Ukrainekrieg



Die Plünderer aus dem angeblichen Kulturvolk

Nach Angaben des ukrainischen Generalstabes sind seit Beginn der Invasion am 24. Februar inzwischen fast 36.000 russische Soldaten gefallen. Das mag nicht genau sein, aber die Zahl der Toten dürfte ausreichend hoch sein, um von Putin zur Kenntnis genommen zu werden. Doch es soll kein "Krieg" sein, und so legt er keine Blumen auf die Särge seiner toten Soldaten. Das Photo zeigt stattdessen, wie er Blumen am Grabmal des unbekanntes Soldaten im Alexandergarten am Kreml am

22. Juni 2022, dem 81. Jahrestag des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion, ablegt.

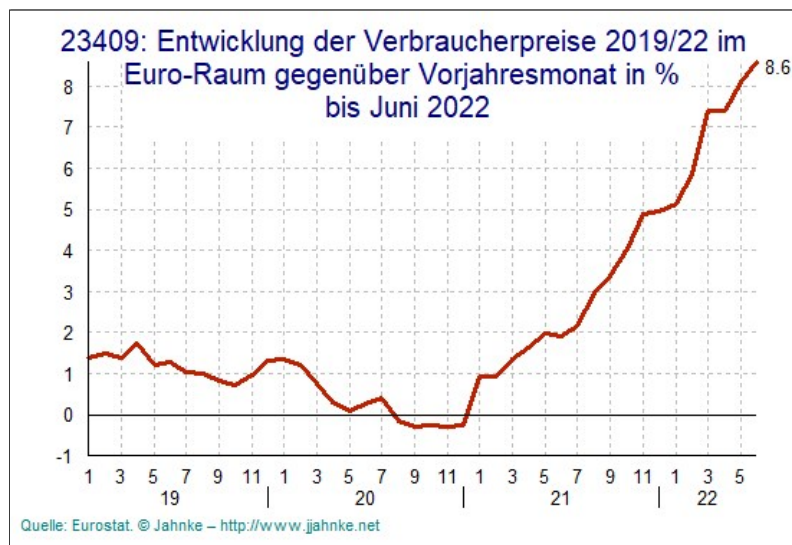
Und dieser "Nicht-Krieg" ist voller russischer Mythen. Auf die Frage der ZEIT an den ukrainischen Schriftsteller Prochasko, was heute, 300 Jahre nach der europäischen Aufklärung, die neuen Mythen, die im Krieg in der Ukraine wirksam seien, sind, antwortet dieser: "Es gibt mehrere, die miteinander zusammenhängen: Da ist der Mythos von der Überlegenheit, er handelt von der besonderen Auserwähltheit der großrussischen Zivilisation. Da ist der Mythos von der russischen Seele, die immer ein Anrecht auf Expansion hat und auf Unterwerfung der anderen. Sie ist diesem Mythos zufolge immer im Recht, sie ist das Gute und Böses kann man ihr nicht unterstellen. Ferner ist da der Mythos von der ewigen Benachteiligung Russlands durch den Westen. Es gibt außerdem jene Mythologie von der fälligen Befreiung der westlichen Zivilisation durch Russland, die sich nach dem sogenannten Großen Vaterländischen Krieg seit 1945 gebildet hat. Der Mythos vom Dritten Rom gibt der russischen Zivilisation exklusive Rechte. Und da ist auch der Mythos vom gemeinsamen Ursprung in der Kiewer Rus und dem moskowitzischen, also großrussischen Volk, das als einziges staatsfähig, staatstragend und staatstradierend war und daher in dieser Brüderlichkeit das unumstrittene Recht auf die Rolle des großen Bruders hat.

Der größte Mythenschöpfer ist derzeit Putin selbst, an dem die europäische Aufklärung völlig vorbeigegangen zu sein scheint, und der sich nun schon mit Peter dem Großen vergleicht. Dagegen dürften seine Soldaten in der Ukraine weniger Mythen von Rußlands Größe folgen, sondern in der Brutalität handeln, die sie in den heruntergekommenen Landstrichen fern der Stadtbevölkerung von Sankt Petersburg oder Moskau gewöhnt sind, und daher werden viele so brutal gewalttätig, wie sie es auch früher gewesen sind.



[per Mail verlinken](#)

Blog 37 03-07-22: Die Eurozone ächzt unter der Inflation: 8,6 %, 8,9 % für Nahrungsmittel



23453: Entwicklung der Verbraucherpreise Nahrungsmittel
2019/22 im Euro-Raum gegenüber Vorjahresmonat in %
bis Juni 2022



Quelle: Eurostat. © Jahnke – <http://www.jahnke.net>



Nach den neuesten Zahlen ist die Inflationsrate in der Eurozone ungebrochen weiter angestiegen: von 0 % vor einem Jahr auf jetzt schon 8,6 %, und kein Ende ist in Sicht (Abb. 23409, 23453). Die EZE war und ist der Haupttreiber der Inflation, indem sie die Eurozone mit einer Sintflut an Liquidität von der elektronischen Notenpresse geflutet hat, der keine entsprechende Wirtschaftsleistung gegenüberstand: für jeden Bürger der Eurozone umgerechnet mehr als 25.000 EUR.

Wenn in Deutschland Tankrabatt und 9-Euro-Ticket auslaufen und demnächst die Gaspreise kräftig steigen, wird es einen besonders starken Inflationssprung geben.

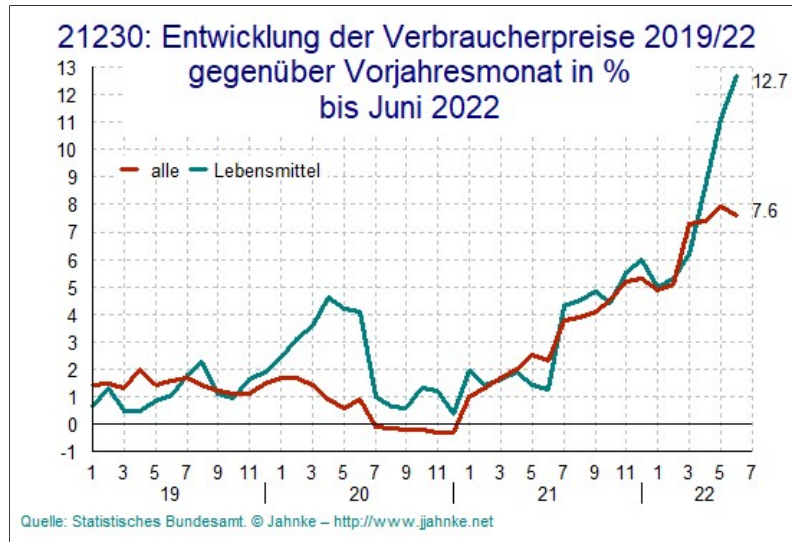
Doch der Haushaltsentwurf für 2023 trägt klar die Handschrift von Lindner. Die staatlichen Ausgaben sollen um etwas über 10 % fallen. Dabei dürfte Lindner auch bei den Sozialausgaben bremsen. So sollen die Leistungen an die Rentenversicherung, die wegen der starken Alterung der Bevölkerung notwendig werden, nur noch um knapp 2 % steigen, während sie für 2022 noch um 4,3 % gestiegen sind. Die Sozialausgaben insgesamt dürften kaum mehr steigen, obwohl die sozialen Nöte mit der hohen Inflation stark zunehmen werden.



[per Mail verlinken](#)

Blog 36 01-07-22: Wieviel Power haben die Notenbanken noch in der

Bekämpfung der Inflation?



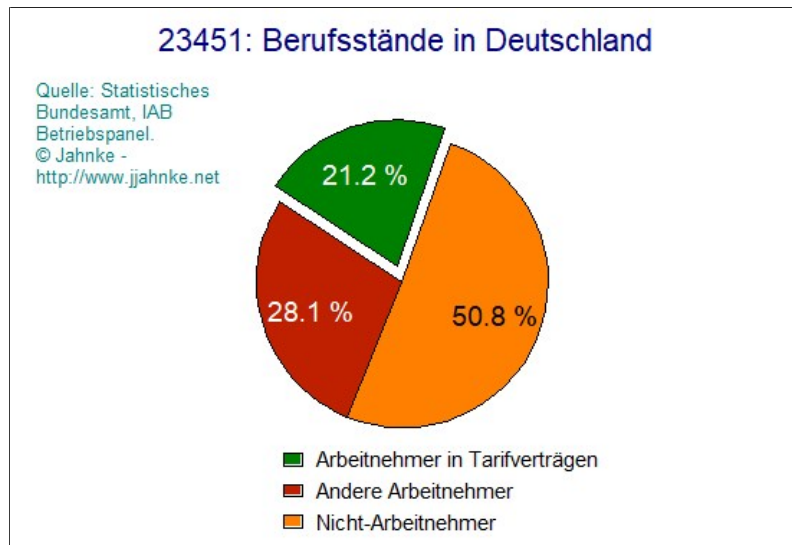
Die Inflation wütet fast überall in Rekordhöhen. In Deutschland ist die Rate für Juni zwar von 7,9 % auf 7,6 % zurückgegangen, was auf Tankrabatt und 9-Euro-Ticket zurückzuführen ist, dabei ist aber die Rate für Nahrungsmittel von 11,1 % auf 12,7 % weiter stark angestiegen (Abb. 21230). Die Notenbanken werden jetzt bei drohender Stagflation höllisch aufpassen, daß mit höheren Zinsen im Kampf gegen die Inflation nicht zu viele Schuldner den Bach hinuntergehen, nachdem sie von den Notbanken mit Niedrigstzinsen in die hohe und leichtsinnige Verschuldung verführt wurden. So ist die Verschuldung der Welt immer weiter auf fast 300 Billionen US\$ angestiegen, allein seit 2014 ein Anstieg um 36 % (Abb. 23452). Der deutsche Aktienindex ist seit einem Jahr schon um 18 % gefallen und sendet deutliche Warnsignale aus.

Sollten aber die Notenbanken vor weiteren Zinsanhebungen zurückschrecken, würde die Inflation umso mehr auf hohem Niveau bleiben und vor allem die treffen, die sich nicht verschuldet haben, aber für ihr Alter und andere Bedürfnisse sparen müssen. Man muß befürchten, daß sich die EZB wie bisher auch weiterhin wenig um deren Probleme kümmert, sondern nur auf die stark verschuldeten Länder um das Mittelmeer achtet.



[per Mail verlinken](#)

Blog 35 29-06-22: "Scholz-Bonus" - und wieder versagt sein soziales Gewissen



Scholz hofft, die Gewerkschaften von hohen Lohnforderungen abhalten zu können, indem er bei tariflichen Einmalzahlungen der Arbeitgeber auf die Steuer verzichtet, wenn die Gewerkschaften im Gegenzug nur niedrige Tarifabschlüsse anstreben. Darauf werden sich schon die Gewerkschaften nicht einlassen.

Schlimmer aber ist, daß wieder einmal Scholz kein soziales Gewissen zeigt, das ihm schon als SPD-Generalsekretär unter Schröder mit den auch von ihm betriebenen unseligen Hartz-Gesetzen verloren gegangen ist. Er vergißt nämlich bewußt, daß den andauernden negativen Auswirkungen der hohen Inflationsrate nicht mit einer Einmalzahlung beizukommen ist. Und er vergißt, daß die Branchentarifbindung der Unternehmen auf nur noch 43 % abgesunken ist und nur die dort Beschäftigten noch von Tarifverträgen erreicht werden. Außerdem vergißt der die Hälfte der Bevölkerung, die nicht zu den Arbeitnehmern zählt, darunter vor allem die Rentner/innen, die noch nicht berufstätigen Jüngeren und Freiberufler. Sein Vorschlag kann also nur etwa 21 % der Menschen in Deutschland erreichen (Abb. 23451), und nur die kämen in den Vorteil eines Steuerverzichts und einer Einmalzahlung. Die übrigen 79 % vergißt er schlicht. Weit vernünftiger wäre eine allgemeine Senkung von Umsatz- und Einkommenssteuern, deren Einkommen wegen der Inflation ständig steigt.

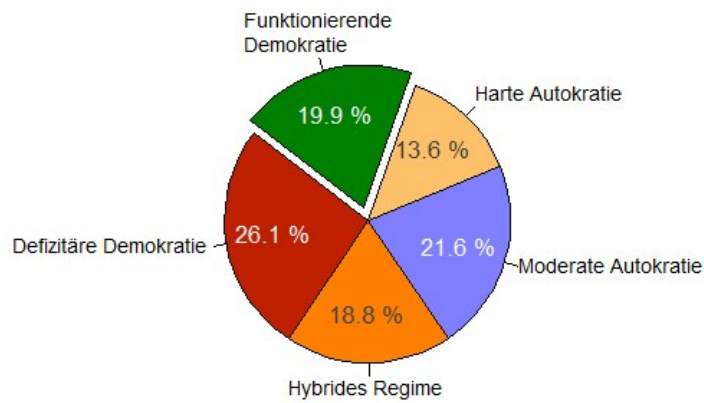
Das erinnert an die 300 EUR Zahlung des Bundes zum Ausgleich der höheren Energiepreise, von der Scholz und seine Regierung die Rentner, die eigentlich wegen der hier relativ stark verbreiteten Armut besonders unterstützungsbedürftig sind, einfach ausgeschlossen haben.



[per Mail verlinken](#)

Blog 34 29-06-22: Die Moderne ist zu einem Pfuhl staatlich lizenzierten Mordens verkommen

23445: Datensatz der Demokratiematrix



Quelle: Universität Würzburg. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Ob Putin in Rußland oder Xi in China, deren Mörder verstehen ihr staatlich verordnetes Morden und Quälen im Mega-Stil. Schlimmer noch: Die Hälfte der Weltbevölkerung lebt unter Regimen, die sich von diesem Morden oder Quälen nicht distanzieren wollen und es damit praktisch unterstützen. Von Indien über Indonesien, Südafrika bis zur Türkei machen sich gewissenlose Regierungen kritiklos mitschuldig. Putin, der grausame Obermörder dieser Tage und einer der schlimmsten der Weltgeschichte, kann getrost zum G20-Gipfel der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer der Welt nach Indonesien reisen, weil eine Mehrheit dort ihm keine Vorwürfe machen und China an seiner Seite stehen wird.

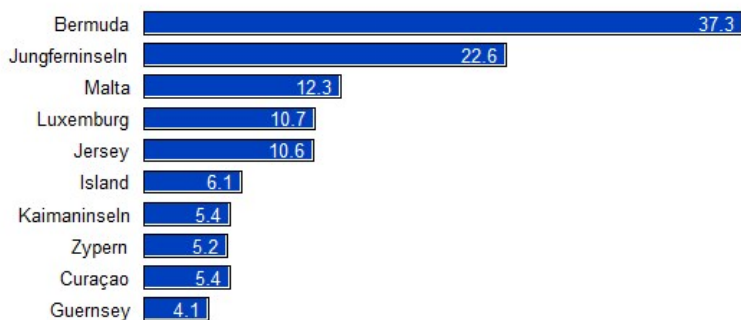
Nie war die Moderne um den Globus herum in einem so prekären Zustand. Nur noch knapp 20 % von 176 Ländern, die in der Demokratiematrix der Universität Würzburg erfaßt sind, können als funktionierende Demokratien eingestuft werden und mit 35 % gelten fast doppelt so viele als Autokratien, mehr als ein Drittel davon als "harte" Autokratien (Abb. 23445).



[per Mail verlinken](#)

Blog .. 03-09-20: Deutsche Unternehmen in Steueroasen: bis zu 37 Mio. Eigenkapital pro dort Beschäftigten

23450: Eigenkapital deutscher Unternehmen im Ausland pro dort Beschäftigten in Mio. EUR



Quelle: Statistisches Bundesamt. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

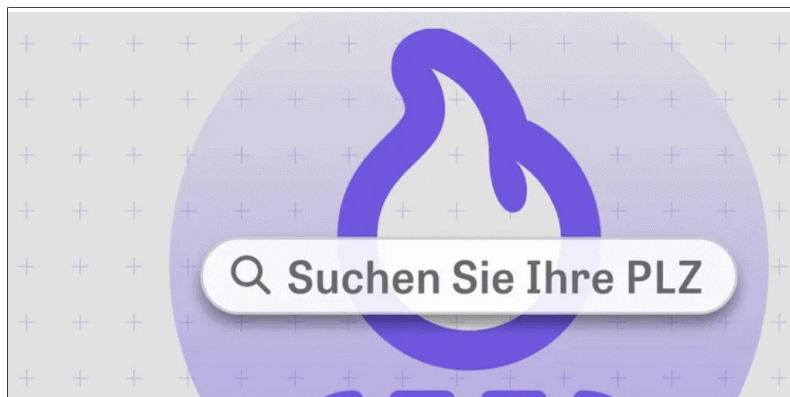
In 10 von dem Statistischen Bundesamt erfaßt Steueroasen haben deutsche Unternehmen hohe Millionen-Beträge an Eigenkapital für jeden dort von ihnen Beschäftigten angelegt (Abb. 23450). Es sind also meist Briefkastenfirmen zur Steuerhinterziehung. Die Bundesregierung kann nicht oder will nicht dagegen vorgehen.

Multinational tätige Unternehmen erstellen länderbezogene Berichte für die Finanzbehörden, die diese nutzen, um grenzüberschreitende Konzernstrukturen zu prüfen. Die Erstellung länderbezogener Berichte geht auf die Ende 2015 von der OECD veröffentlichten Ergebnisse des Projekts "Base Erosion and Profit Shifting" (BEPS) zurück, welches ein Maßnahmenpaket gegen Gewinnkürzungen und -verlagerungen vorschlägt. Für die Statistik zu den länderbezogenen Berichten multinationaler Unternehmensgruppen werden die Angaben nach § 138a Abs. 2 Abgabenordnung erfasst. Die Aufbereitung dieser Angaben wird zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführt.



[per Mail verlinken](#)

Blog 32 28-06-22: Putin wird diesen Krieg gewinnen, aber er wird im Konflikt mit dem Westen langfristig verlieren



Gaspreisrechner

So teuer könnte Ihre Gasrechnung bald werden

Nach Aktivierung der Gas-Alarmstufe könnten Versorger bald steigende Preise weitergeben. Unser interaktiver Rechner zeigt, wie viel es dann etwa für Sie kosten könnte.



Der Winterpalast - Prachtstück europäischer Kultur

Wenn Putin seine ganze Kriegsmaschine auf die Ukraine konzentriert und das Land immer mehr verwüstet, wird er einen Waffenstillstand zu seinen Gunsten erzwingen können, zumal auch in der

Ukraine der Widerstand gegen eine Fortführung des Krieges mit hohen Verlusten an Menschenleben wächst. Westliche Waffenlieferungen werden das nicht verhindern können. Putin wird auch gegenüber den westlichen Wirtschafts-Sanktionen gewinnen, weil die Rückwirkungen, mit der Energieversorgung (Abb.) und den inflationären Wirkungen des Krieges angefangen, große Teile der westlichen, auch der deutschen Bevölkerung zermürben werden und weil andererseits Rußland als undemokratisches Land mit harten Zeiten (und von Chinas unterstützt) weit besser klarkommen wird, und zudem weiterhin hohe Einnahmen aus Energieexporten erzielt. Das ist eine für die Gegner Putins traurige, aber doch ehrliche Bilanz. Die hier nur angedeuteten Entwicklungen werden nicht lange auf sich warten lassen. Ein G7-Gipfel wird sie nicht verhindern.

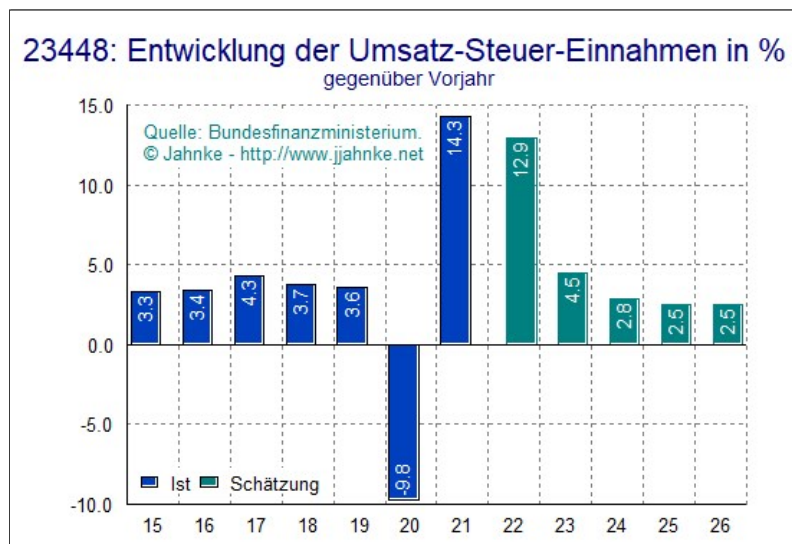
Putin macht allerdings einen Fehler, der sich längerfristig bitter rächen wird. Sein Land ist immer groß gewesen, wenn es sich zu Europa und seiner Kultur bekannt hat und Teil davon war. Es hat immer vom kulturellen Austausch mit W-Europa gelebt. Peter der Große, auf den sich jetzt Putin beruft, war ein Reformler, der sich kulturell an westmitteleuropäischen Zuständen orientierte. Für seine neue Hauptstadt Sankt Petersburg ließ er Handwerker und Ingenieure aus ganz Europa, insbesondere aus Deutschland und den Niederlanden, kommen, die die neue Hauptstadt von Anfang an zu einem Zentrum europäischer Technik und Wissenschaft machen sollten (Abb.). Auch heute schaut Rußlands Intelligenzia nach Europa, nicht nach China. Putin läuft daher Gefahr, mental oder auch physisch erhebliche Teile der russischen Intelligenzia zu verlieren, so wie es einst der DDR ergangen ist. Schon jetzt ist Rußland technologisch, vom Rüstungsbereich abgesehen, absolut rückständig. Der Wirtschaftsaustausch konzentriert sich, neben Rüstungsgütern, auf Rohstoffe der verschiedensten Arten. Auch Rußlands noch florierender Energieexport wird leiden, je mehr sich die Welt wegen der Erderwärmung von konventionellen Energieträgern wird verabschieden müssen. Der Ukrainekrieg wird diese Entwicklung noch beschleunigen, weil bestehende Abhängigkeiten von Rußland immer weiter zurückgebaut werden.

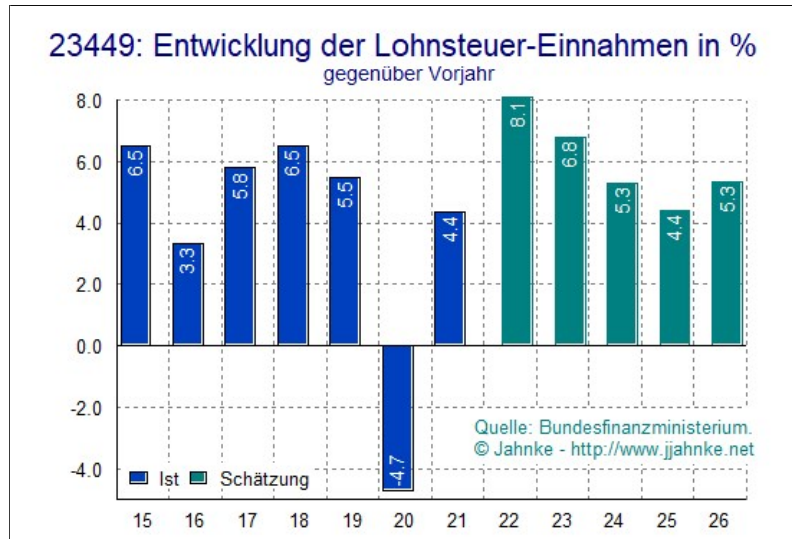
Um diese Gefahr für Rußland zu begrenzen, wird Putin (oder sein Nachfolger) längerfristig einlenken müssen. Auch wird der Druck im Lande wachsen, der ihn zum Einlenken zwingen kann. Allein der enorme Verlust an russischen Menschenleben im Krieg gegen die Ukraine (nach nicht überprüfbaren ukrainischen Angaben schon 35.000), wird lange Nachwirkungen haben, je mehr sich die Bevölkerung dessen bewußt wird. Russische Mütter trauern um verlorene Söhne nicht anders als ukrainische, und um Söhne, die von Putin ins Militär und seine "militärische Spezialoperation" gezwungen oder mit Geld verführt wurden, mit besonderer Bitterkeit.



[per Mail verlinken](#)

Blog 31 27-06-26: Der Staat als Inflationsgewinner - Doch kein Mitleid mit den Armen





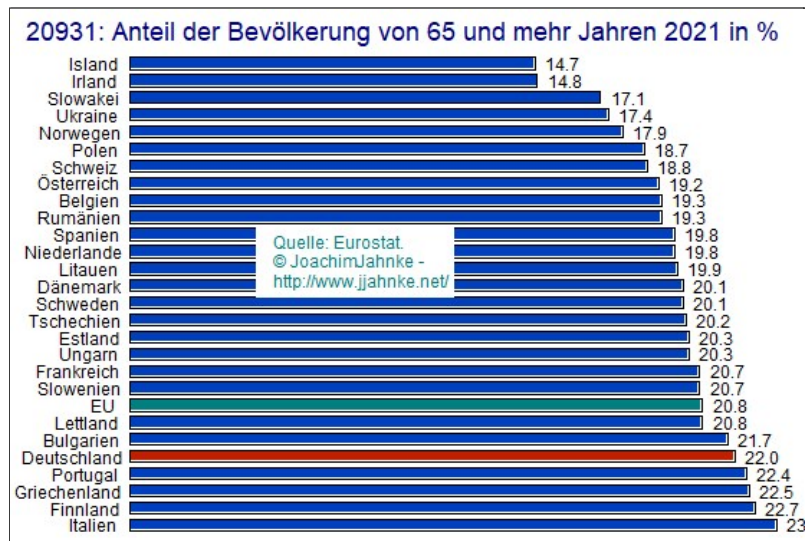
Der Staat gewinnt an mehreren Fronten mit der hohen Inflation. Das Aufkommen aus der Umsatzsteuer steigt entsprechend: nach der Steuerschätzung in 2021 und 2022 um 14,3 und 12,9 % (Abb. 23448). Wenn mit der nun zu erwartenden Lohn-Preis-Spirale die Arbeitseinkommen steigen, ist der Staat wieder unter den Gewinnern und erwartet für dieses Jahr einen Anstieg des Einkommens aus der Lohnsteuer um 8,1 % und im folgenden Jahr noch einmal um fast 7 % (Abb. 23449). Überhaupt tragen sich die hohen Schulden mit der Geldentwertung entsprechend ab. Wer als Staat so viel gewinnt, sollte mindestens den sozial benachteiligten Bürgern einen Ausgleich geben. Doch das tut er unter dem FDP-Finanzminister bisher nicht, abgesehen von den einmaligen 300 EUR, die Lindner allerdings den Rentnern verweigert, unter den besonders viele Arme sind und die von der Inflation besonders betroffen sind, weil sie einen besonders hohen Anteil ihres Einkommens auf den Lebensunterhalt ausgeben müssen. Leider plant nun auch Scholz einen von ihm vorgeschlagenen Zuschuß der Arbeitgeber steuerfrei zu machen, obwohl davon die nicht tarifvertragsgebundenen Arbeitnehmer und die Rentner ausgeschlossen wären, also auch das sozial ungerecht.

Mit solcher sozialer Sauerei zerstört sich die Demokratie selbst.

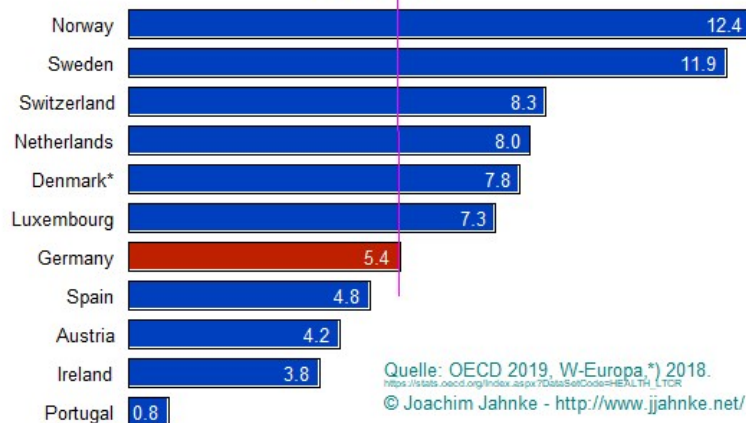


[per Mail verlinken](#)

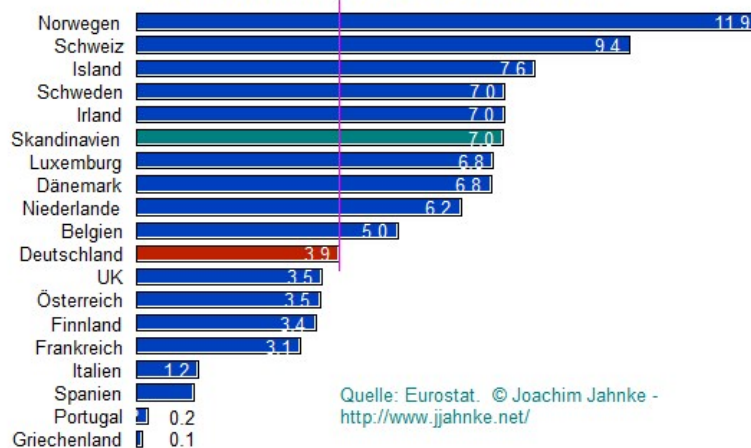
Blog 30 26-06-22: Deutschlands Weg in den Pflagenotstand betrifft uns alle



20056: Langzeit-Pflegepersonal pro 100 Bevölkerung 65+Jahre



20929: Ausgaben für Langzeitpflege in 1.000 Euro/Jahr pro Bevölkerung ab 65 Jahre 2017



Die meisten von uns werden einmal auf Pflege angewiesen sein. Fast ein Viertel der Bevölkerung sind schon über 65 Jahre alt, und in 2050 werden es etwa ein Drittel sein. Deutschland hat einen der höchsten Anteile an Menschen über 65 Jahre (Abb. 20931). Mit 65 Jahren sind natürlich noch wenige der Rentner und Pensionäre pflegebedürftig.

Doch für die Zukunft wird ein starker Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen um 50 % von 4 Mio. 2020 auf fast 6 Mio. 2050 erwartet, was mit dem starken demografischen Alterungsprozeß zusammenhängt. Dabei hat Deutschland im internationalen Vergleich schon jetzt viel zu wenig Langzeit-Pflegepersonal für diese Altersgruppe (Abb. 20056) und gibt auch viel zu wenig Geld dafür aus, vor allem im Vergleich zu den skandinavischen Ländern und vielen anderen (Abb. 20929). Im Vergleich zu den skandinavischen Ländern müßte Deutschland mehr als doppelt so viel Personal haben und fast doppelt so viel an Finanzmitteln für die Langzeitpflege derer von 65 Jahren und älter aufwenden. Schon dieses Minus ist ein sozialer Skandal auf dem Rücken der alten und gesundheitlich angeschlagenen und oft von Armut geplagten Menschen.

Ein besonders häufiger Zugang zur Pflegebedürftigkeit kommt über Demenz, Parkinson oder Schlaganfall. In Deutschland gelten heute schon etwa 1,7 Millionen Menschen als demenzkrank; ungefähr zwei Drittel davon haben Alzheimer, die häufigste Form der Demenz. Nach einer Studie des University Medical Center Rotterdam von 2018 erkrankt die Hälfte aller Frauen und ein Drittel aller Männer über 45 Jahre irgendwann an Demenz, Parkinson oder Schlaganfall.

Der Personalmangel führt derzeit dazu, daß Anforderungen an die persönliche Qualifikation von

Bewerbern immer weiter heruntergeschraubt werden. Das geht aber nur, weil Behörden und Verbände immer großzügiger bei der Anerkennung von Abschlüssen vorgehen. Allein 2019 wurden 15.500 im Ausland erworbene Examina akzeptiert. Die selbst zu tragenden Pflegekosten steigen und bringen viele Menschen und ihre Angehörigen in Not. Von 1998 bis 2020 hat sich die Zahl der Empfänger/innen von Hilfe zur Pflege um mehr als ein Drittel auf über 400.000 erhöht.

Viele Pflegeheime in Deutschland sind in der Hand von privaten Investoren (statt der Gemeinden) - und haben dann besonders hohe Kosten für die Bewohner. Daß es so weit kommen konnte, hält Gesundheitsminister Lauterbach für ein Versagen der Politik: "Wir wissen gar nicht genau, wem gehören diese Pflegeeinrichtungen überhaupt, wer macht mit diesen Pflegeeinrichtungen überhaupt im Moment Gewinn". Laut Statistischem Bundesamt gab es 2019 in Deutschland 15.380 Pflegeheime mit 969.553 Plätzen. Davon waren 6.570 oder 43 % der Heime in privater Trägerschaft, doppelt so viele wie vor 20 Jahren.

Die Übernahme durch Investoren hat nach einer Studie der Heinrich-Böll-Stiftung oft zur Folge, daß die Schuldenlast der Pflegeanbieter nach einer Übernahme steigt, schon weil die neuen Eigentümer die Kosten für die Übernahme den Betreibern aufbürden. Zudem würden die Unternehmen gezwungen, eigene Immobilien zu verkaufen, worauf sie diese teuer mieten müssten. Pflegeheime sind für die privaten Geldgeber ein lukratives Investment, denn die durchschnittliche Netto-Umsatz-Rendite eines Heims liegt bei 3 %. Im ersten Quartal 2021 lagen die mit Pflegeheim-Transaktionen erzielten Spitzenrenditen bei 4 %, das vergleicht sich mit nur 2,85 % durchschnittlicher Spitzenrendite für Büroimmobilien in den Top-7-Großstädten. Nach einer neuen Studie braucht Deutschland bis zum Ende dieses Jahrzehnts jährlich zwischen 210 und 390 zusätzliche Pflegeheime. Das große Interesse am Pflegemarkt spiegelt sich auch in den Bauaktivitäten. Für den Zeitraum November 2017 bis April dieses Jahres werden 210 aktuelle Pflegeheimprojekte gezählt, mit 16 564 Betten. In privater Hand sollen davon 63 % sein.

Bezeichnend ist die Situation bei "Alloheim", dem zweitgrößten Betreiber von Pflegeheimen. Das Unternehmen wurde 1973 von Alois Mollik gegründet. Heute hat es in Deutschland mehr als 155 Pflegeheime, 27 Einrichtungen mit betreutem Wohnen und 13 ambulante Pflegedienste mit insgesamt 19.700 Pflegebetten. 2008 wurde es in die "Alloheim Senioren-Residenzen GmbH" umgewandelt und erhielt 2008 mit dem Kauf durch den Private-Equity-Investor Star Capital Partners eine neue Trägerschaft. Das ist ein britischer Private-Equity-Investor mit Sitz in London, der nach eigenen Angaben ein Vermögen von mehr als einer Milliarde Euro verwaltet. Fünf Jahre später wurde Alloheim an den US-Finanzinvestor Carlyle mit Sitz in Washington weiterverkauft, eine der größten privaten Beteiligungsgesellschaften weltweit, der 293 Milliarden US-Dollar in 433 Fonds und Dachfonds verwaltet und weltweit rund 1800 Angestellte in 26 Büros beschäftigt. Im Ergebnis stiegen die Mietkosten bei Alloheim allein von 2018 bis 2019 um rund 50 Prozent.

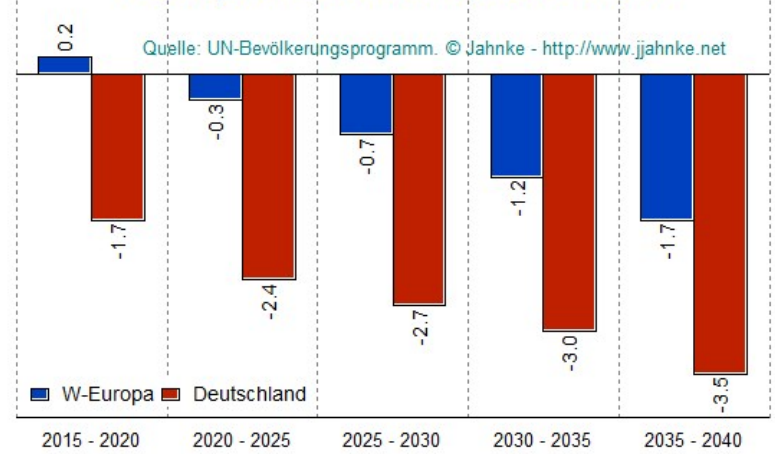
Besonders schlimm: Nur sechs Bundesländer informieren über Qualität von Pflegeheimen. Bezeichnend auch: Es gab rund 30.000 Corona-Tote in Pflegeheimen. Das heißt: Etwa jeder Dritte der bislang mehr als 90.000 Menschen, die an Corona oder mit einer Infektion starben, war Bewohner eines Heims. Mitverantwortlich ist die Bundesregierung, die es nicht geschafft hatte, rechtzeitig eine Impfpflicht für das Pflegepersonal durchzusetzen. Die jetzt beschlossene sieht den Nachweis der Impfung erst ab zum 15. März 2022 vor. Doch das Gesetz wird trotz hoher Zahlen an ungeimpftem Pflegepersonal nicht mit Strafen durchgesetzt.



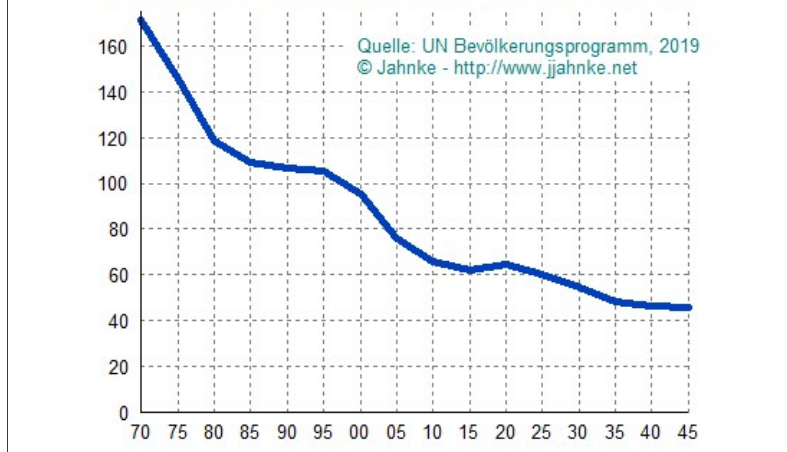
[per Mail verlinken](#)

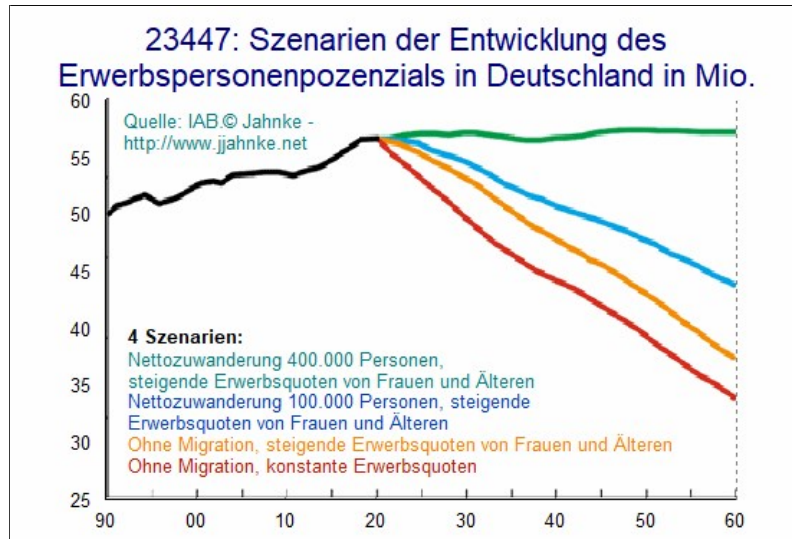
Blog 29 24-06-22: Und nun auch noch der Fachkräftemangel

23446: Entwicklung der Bevölkerung Deutschlands und W-Europas in 5-Jahres-Intervallen und %



21180: Jüngere bis 14 Jahre als Anteil an den Älteren ab 65 Jahre in Deutschland 1970-2045 in %





Es sollte niemanden überraschen, wenn jetzt der deutschen Wirtschaft auch noch ein schwerer Fachkräftemangel droht, der kosten- und damit inflationstreibend wirken wird. Davon sind so gut wie alle Branchen betroffen.

Der Hauptgrund ist demographisch: Die großen Generationen der Babyboomer scheiden aus dem Arbeitsmarkt aus und der Zustrom jüngerer Arbeitskräfte wird durch die in Deutschland relativ niedrige Zahl an Kindern pro Frau gedrückt. Der geburtenstärkste Jahrgang von 1964 mit knapp 1,4 Millionen Menschen geht überwiegend in 2031 in die Rente. Der spätere Jahrgang von 2011 ist etwa nur knapp halb so groß.

In der Vorausberechnung des UN-Bevölkerungsprogramms zeichnet sich auch für die Zukunft ein weiterer erheblicher Rückgang ab: Dabei geht die Bevölkerung innerhalb von jeweils 5 Jahren von minus 1,7 % in 2015/20 auf minus 3,5 % in 2035/40 immer stärker zurück. Das vergleicht sich sehr ungünstig mit den Durchschnitts W-Europas (Abb. 23446). Gleichzeitig fällt der Anteil der Jüngeren bis 14 Jahren an den Älteren ab 65 Jahren immer weiter: von einst über 160 % 1970 über etwas über 60 % 2020 auf nur noch etwas über 40 % 2045 (Abb. 21180) und drückt so auch den Anteil an Facharbeitern an der Gesamtbevölkerung.

Das Erwerbspersonenpotenzial in Deutschland würde nach Berechnungen des bundeseigenen Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bis zum Jahr 2060 ohne jegliche Migration selbst dann kräftig schrumpfen, wenn Frauen und Ältere deutlich mehr arbeiten würden. Nur bei einer wenig wahrscheinlichen Nettozuwanderung von rund 400.000 Menschen im Jahr würde es gelingen, die Zahl

konstant zu halten (Abb. 23447).

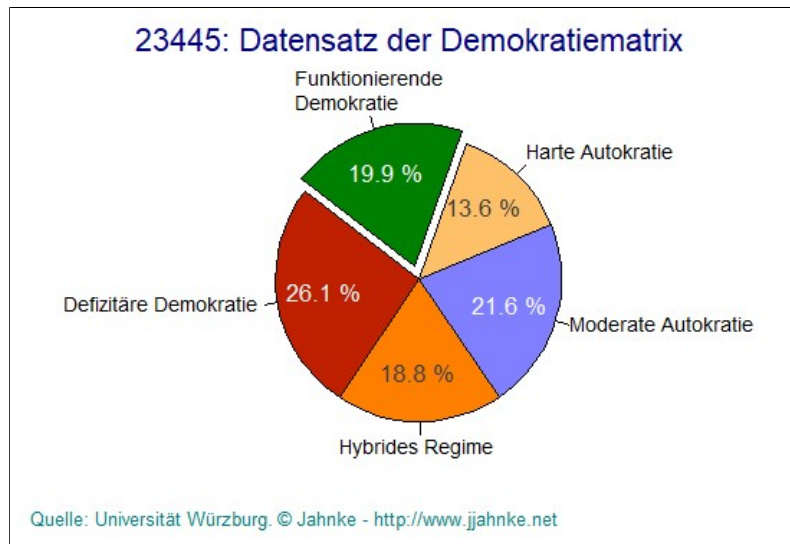
Doch das IAB hält langfristig eine Nettozuwanderung von nur rund 100.000 Menschen im Jahr für realistisch - vor allem, weil aus EU-Ländern wie Polen und Spanien inzwischen viel weniger Menschen kommen und die Zuwanderung aus Drittstaaten den Rückgang bisher bei Weitem nicht kompensiert. Eine ziemlich ungünstige Alternative wäre allerdings, deutlich schlechtere ausländische Bildungssysteme als gleichwertig zu akzeptieren.

Der Facharbeitermangel wird außerdem noch durch Schwächen im deutschen Bildungssystem angeschoben. So hat die Zahl der Schüler an berufsbildenden Schulen zwischen 2010 und 2020 um 12 % abgenommen, während die Zahl der Studierenden um 33 % gestiegen ist. Bei niedrigem Bildungsabschluß der Eltern besuchen nur 18 % der Kinder unter drei Jahren die Kita, die für den Bildungsprozeß so enorm wichtig ist, während es bei hohem Bildungsabschluß der Eltern 38 % sind. Die Lesekompetenz ist nach den IGLU-Studien bei Kindern von Eltern aus der "oberen Dienstklasse" wesentlich höher als bei Kindern un- und angelernter Arbeiter (Abb. 21279). Alle Schulen leiden unter einem starken Lehrer/innenmangel.



[per Mail verlinken](#)

Blog 28 22-06-22: Im Zeitalter des Populismus



In Frankreich haben nun die populistischen Parteien an den rechten und linken Rändern mit 48,9 % mehr Stimmen gewonnen als die Mitte. In Italien wird erst im kommenden Frühjahr wieder gewählt, doch auch dort verzeichnen in Umfragen die beiden populistischen Parteien rechts der Mitte mehr als 40 %. Osteuropa, vor allem Ungarn, ist voller Populisten, die das Blaue vom Himmel versprechen. In USA hat Trump immer noch Chancen auf Rückkehr, zumal seine Republikaner gerade die Lüge von der gestohlenen Wahl in ihr Programm geschrieben haben. Mit der überall stark steigenden Inflation hat der Populismus eine zusätzliche starke Schubkraft bekommen. Außerdem bewundern große Teile der Populisten die autoritären Führer, wie Putin, Xi, Erdogan und Bolsonaro, und sonnen sich in deren Glanz.

Es wird schwer für die Demokratie, diesen Druck auszuhalten. Vor zwei Jahren schrieb ich einen Rundbrief unter dem Titel: "Krisen und die nicht standhaltende Mitte der Gesellschaft - The centre cannot hold." Darin zitierte ich Yeats' Gedicht "The Second Coming". Yeats gilt als einer der bedeutendsten englischsprachigen Schriftsteller des 20. Jahrhunderts und erhielt 1923 als erster Ire den Literaturnobelpreis. Er reagierte 1919 auf die Alarmsignale der blutigen irischen Bürgerkriege, des Ersten Weltkrieges, der Bolschewistischen Revolution und des faschistischen Aufstiegs in Europa. In seinem nun häufiger zitierten Gedicht heißt es gleich am Anfang: "Kreisend und kreisend im klaffenden Schlund hört der Falke seinen Falkner nicht. Alles fällt, entgleitet, keine Mitte hält". Besonders nach der Wahl von Trump in USA wurde "The Second Coming" häufig online gesucht und aufgeschlagen. Es wird bald wieder soweit sein können.

Nach dem Demokratie-Index der Universität Würzburg haben nur noch 35 Länder von 176 erfaßten Ländern, also etwas weniger als ein Fünftel, eine funktionierende Demokratie (Abb. 23445).

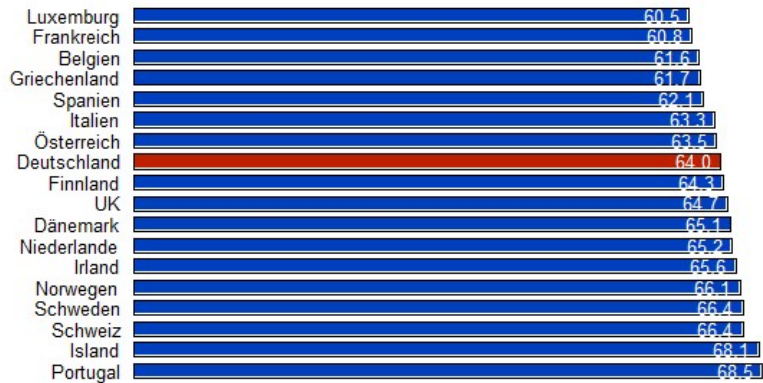
Deutschland rangiert dort nach den skandinavischen Ländern auf Platz 5. Wir können von Glück reden, daß die Populisten der AfD sich bei uns selbst zerreißen und daß auf der anderen Seite die LINKE in die Bedeutungslosigkeit versinkt.



[per Mail verlinken](#)

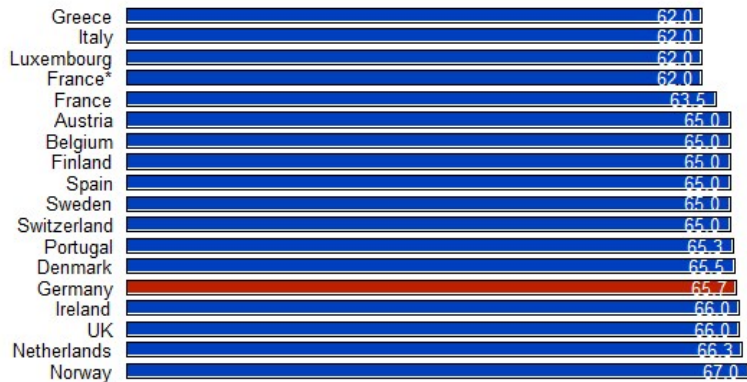
Blog 27 21-06-20: Nun wird Frankreich ein noch teurer Partner

20821: Reales Renteneintrittsalter in W-Europa (Männer) 2019



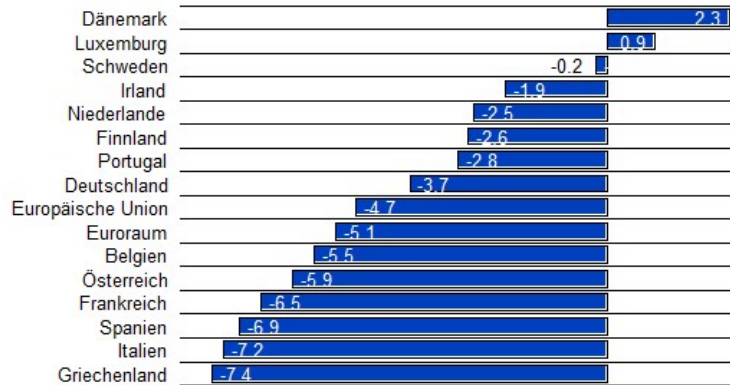
Quelle: OECD. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

23423: Gesetzliches Renteneintrittsalter in W-Europa (Männer) 2020



Quelle: OECD. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

19376: Staatsdefizite 2021 in % von BIP



Quelle: Eurostat. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

Nach dem Verlust der parlamentarischen Mehrheit ist Macron auf Zustimmung aus dem zerstrittenen rechts-konservativen Lager angewiesen. Vor allem die Republikaner werden sich mit seinen "Reformen" nicht unbeliebt machen wollen. Die Republikaner, zu denen er sich jetzt von allem für Hilfe im Parlament wenden wird, sind gerade rechts von Marine Le Pen's Partei überholt worden und werden entsprechend zurückhaltend sein. Christian Jakob ihr Vorsitzender erklärte bereits, seine Partei werde in die Opposition gehen.

Macrons parlamentarische Probleme werden sich vor allem für die von ihm für den Herbst geplante Anhebung des Rentenalters von 62 auf 65 Jahre zeigen. Dabei hat Frankreich heute mit durchschnittlich 60,8 Jahren eines der niedrigsten realen Renteneintrittsalter in W-Europa (Abb. 20821) und mit 62 Jahren auch eines der frühesten normalen Renteneintrittsalter (Abb. 23423).

Gelingt die Anhebung des Renteneintrittsalters nicht, so wird in Frankreich der Staat den Ausfall finanzieren müssen, was sehr teuer werden dürfte. Ohnehin ist das französische Staatsdefizit mit minus 6,5 % der Wirtschaftsleistung eines der höchsten in W-Europa (Abb. 19376). Macron wird sich also gegen die Wiederinkraftsetzung der Verschuldungsgrenzen in der Eurozone wehren und wahrscheinlich auf mehr Finanzierung durch die EU, wie über Eurobonds, drängen. Das kann für Deutschland sehr teuer werden.



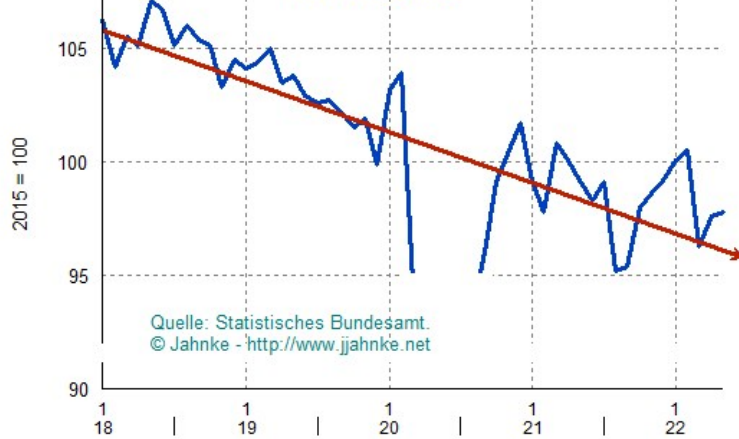
[per Mail verlinken](#)

Blog 26 20-06-22: Von vielen Seiten droht jetzt eine Rezession

23443: Entwicklung des Welthandels als Teil der Weltwirtschaftsleistung 1970-2020 in %

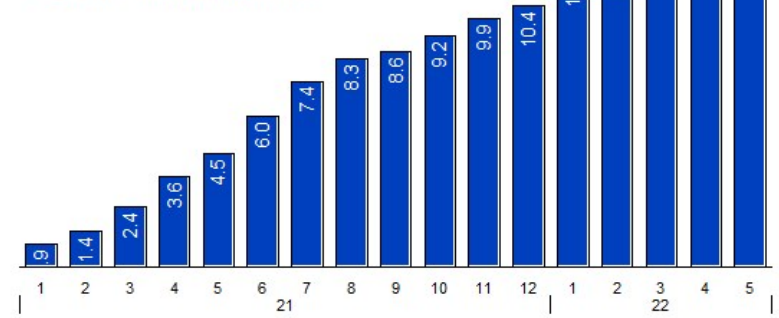


23444: Entwicklung der Industrieproduktion 2018 - Mai/22 mit Trendlinie



21382: Erzeugerpreise Deutschland ohne Energieträger in Prozent gegenüber Vorjahresmonat höchster Anstieg seit Beginn der Erhebung 1949

Quelle: Statistisches Bundesamt.
© Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

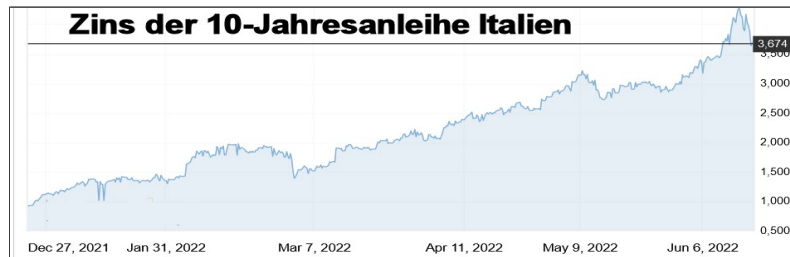


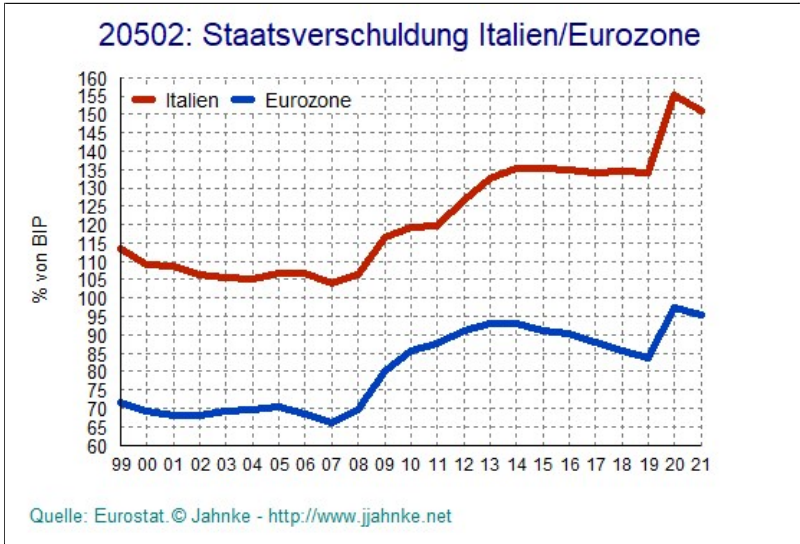
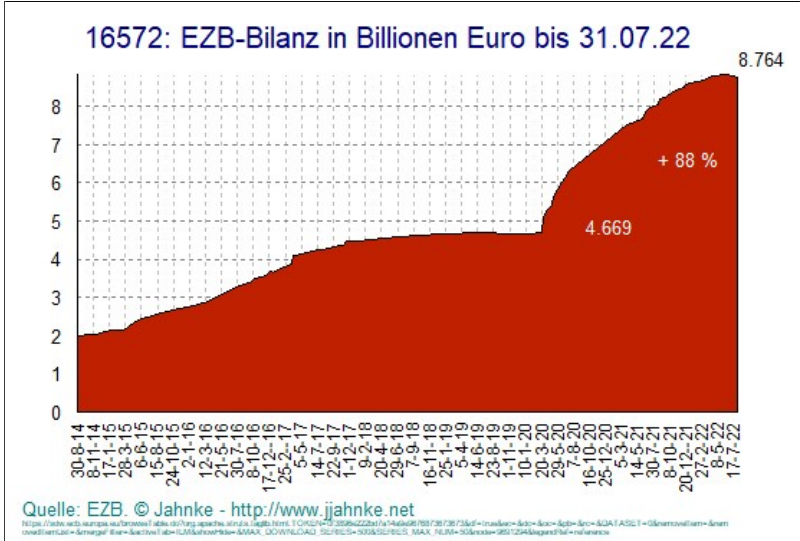
Die deutsche Wirtschaft tut sich derzeit schwer. Die Globalisierung, von der sie so sehr profitiert hat, geht seit 2008 zurück (Abb. 23443). Die deutsche Industrieproduktion hatte ihren Gipfel schon vor 4 Jahren (Abb. 23444). Der deutsche Aktienindex hat in diesem Jahr schon mehr als 17 % verloren. Steigende Inflation lastet auf den Verbrauchern. Energiepreise sind besonders stark gestiegen. Lieferketten sind zerrissen. China hat wegen der Pandemie immer wieder wichtige Exporthäfen geschlossen. In diesem Jahr ist noch Putins Ukrainekrieg hinzugekommen.

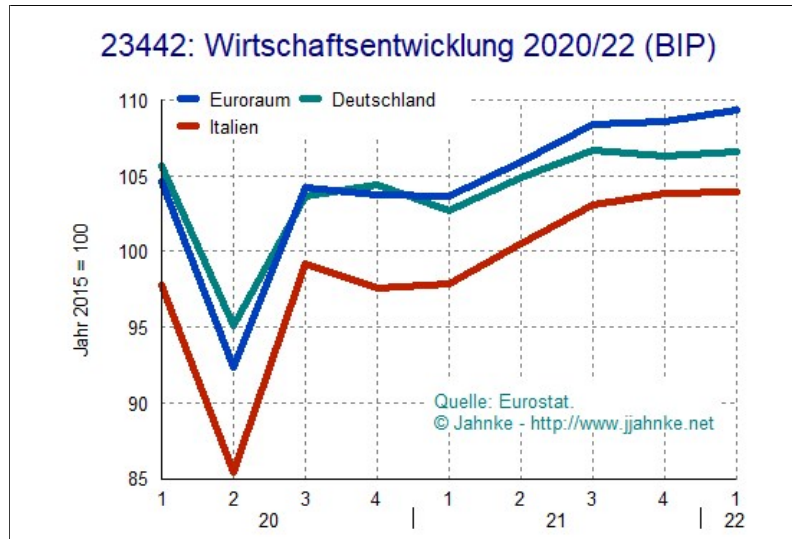


[per Mail verlinken](#)

Blog 25 18-06-22: Die EZB denkt nur an Italien und vergißt Deutschland







Nun könnte es wieder einmal heißen, für Italien zu zahlen. Denn die EZB bereitet ein spezielles Instrument vor, mit dem sie nur Anleihen schwacher Euro-Länder, und das ist besonders Italien, kaufen und so den Zins für italienische Staatsanleihen gegen die Einschätzung des Marktes künstlich niedrig halten will (Abb.). Bei der letzten Euro-Krise hatte Draghi, damaliger Vorsitzender der EZB, noch Anleihekäufe aller Euroländer als Abwehrinstrument gegen unruhige Märkte eingeführt. Im Ergebnis hat die EZB ihre Bilanz in nur zwei Jahren auf 8,8 Billionen EUR oder das Zweieinhalbfache der jährlichen deutschen Wirtschaftsleistung fast verdoppelt (Abb. 16572) und damit die Inflation gewaltig und unverantwortlich angeheizt.

Die einseitige Orientierung eines neuen Instruments auf schwache Euroländer kommt nun noch näher an die eigentlich der EZB verbotene Staatsfinanzierung. Das gilt erst recht, falls es sich - wie bisher durchgesickert ist - um eine Art "OMT light" (Outright Monetary Transaction) handeln sollte, bei der anders als früher keine einschränkenden wirtschaftspolitischen Sanktionen für diese Länder (wie die Auflage von Reformprogrammen) vorgesehen würden.

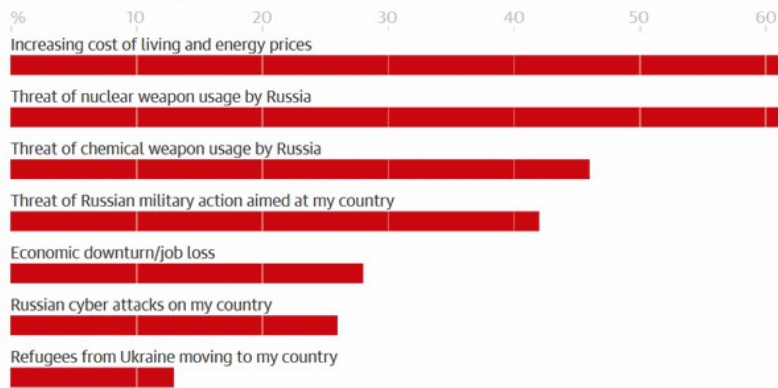
Außerdem würde ein solches Instrument Italien erlauben, seine Staatsschulden zu niedrigeren als den Marktzinsen noch weiter hochzufahren und damit die nächste Eurokrise vorzuprogrammieren. Deutschland müsste dann bei einer Krise mit Haushaltsmitteln helfen wie einst bei Griechenland oder Verluste der EZB aus den angebrannten Anleihekäufen mitfinanzieren, weil die EZB dann keine Gewinne mehr an die Euroländer abführen könnte. Italien ist schon längst das Euroland mit den bei weitem höchsten Schulden von 2,8 Billionen EUR und 151 % seiner Wirtschaftsleistung (Abb. 20502). Das Risiko ist umso größer, als Italiens Wirtschaftsentwicklung hinter der der Eurozone zurückbleibt (Abb. 23442) und völlig unklar ist, wer Draghi im kommenden Frühjahr als Regierungschef folgen wird, wofür vor allem Rechts-Populisten, deren Parteien nach Umfragen bei über 40 % liegen und von denen keine seriöse Wirtschafts- und Finanzpolitik zu erwarten wäre, bereitstehen.



[per Mail verlinken](#)

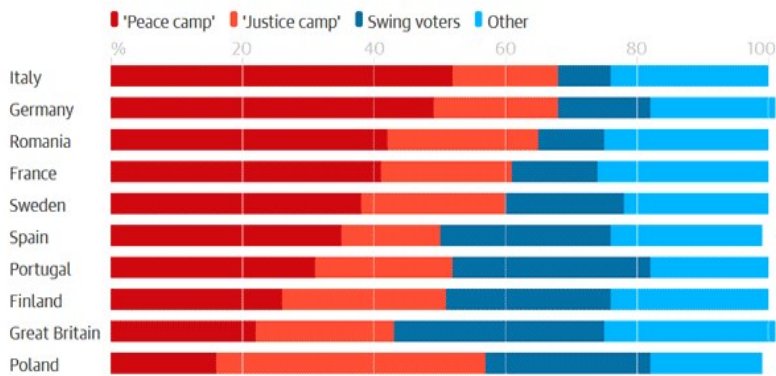
Blog 24 15-06-22: Der Ukraine-Krieg und seine Lügen von beiden Seiten

European voters were asked what their biggest concerns about the war in Ukraine were



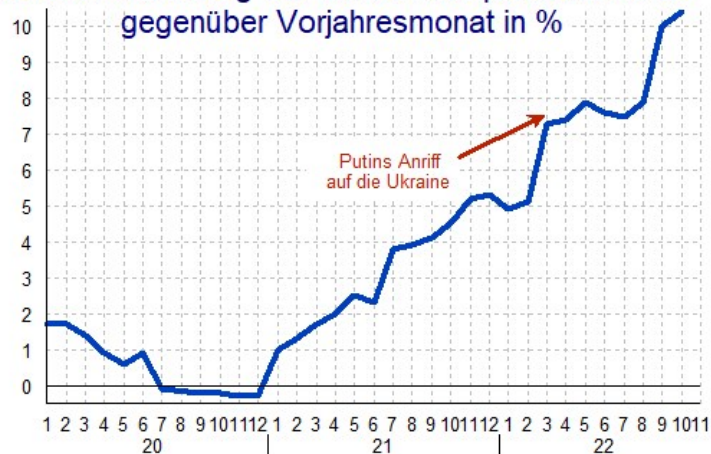
Guardian graphic. Source: Datapraxis and YouGov, May 2022. ECFR

Voters in European countries mainly favour either immediate peace in Ukraine or 'justice' in the form of defeat for Russia

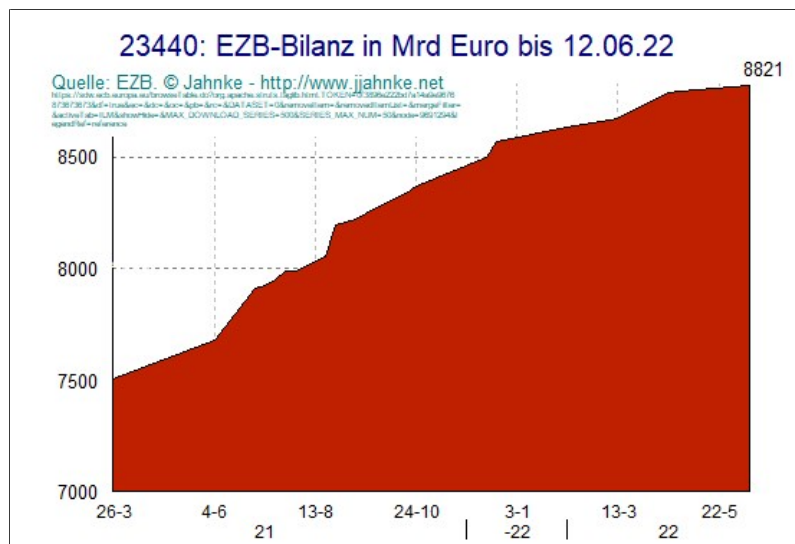


Guardian graphic. Source: Datapraxis and YouGov, May 2022. ECFR. Note: Some lines do not add up to 100 due to rounding

23439: Entwicklung der Verbraucherpreise 2020/22 gegenüber Vorjahresmonat in %



Quelle: Statistisches Bundesamt. © Jahnke – <http://www.jahnke.net>



Putin streut ständig Lügen zur Ukraine, auf die ich hier nicht eingehen muß. Aber auch westliche Regierungen und Medien verbreiten Lügen. Vor allem wird immer wieder behauptet, allein der Ukraine-Krieg sei an der Inflation schuld. Das kommt bei vielen Menschen, die sich wegen der Inflation besorgen, gut an und macht sie kriegsmüde, was dann wieder Putin in die Arme arbeitet.

Der European Council on Foreign Relations (ECFR) hat jetzt eine Umfrage veröffentlicht. Danach wollen Mehrheiten ein schnelles Ende des Krieges und weit weniger Befragte eine Niederlage Rußlands. Der Hauptgrund bei über 60 % der Befragten ist die zunehmende Inflation, die offensichtlich nur mit dem Krieg in der Ukraine zusammengebracht wird, dicht danach folgt die Angst vor einem russischen Einsatz von Nuklearwaffen, genau die von Putin geschürte Angst. Nach Italien ist in Deutschland das Lager, das ein schnelles Ende des Ukraine-Krieg ohne einen Sieg der Ukraine und bei ukrainischen Gebietsverlusten wünscht, mit fast 50 % (gegen 19 % für einen Sieg der Ukraine) am größten.

Die Inflation nur auf den Ukraine-Krieg zurückzuführen, ist eine böse Lüge. Denn die Inflation steigt im steilen Winkel schon seit Ende 2020 (Abb. 23439), also vor 1 ½ Jahren, während der Angriff Putins auf die Ukraine erst am 24. Februar 2022 und damit weit mehr als ein Jahr später begann. Ebenso stieg der Brent-Öl-Preis bereits seit Mitte 2020 ständig an. Solche Lügen verbreitete auch die EZB, indem sie keine eigene Verantwortung für die lange anlaufende Inflation akzeptiert hat, sondern lange die Ansicht vertrat, daß sie gegenüber auswärtigen Entwicklungen und hier besonders der Krieg in der Ukraine ohnmächtig sei. So erklärte EZB-Chefin Lagarde, die russische Invasion in die Ukraine werde erhebliche Auswirkungen auf die Inflation haben. Tatsächlich aber heizte gerade die EZB die Inflation mit ihrer ungebrochenen Politik des billigen Geldes an und trieb ihre Bilanz immer weiter in die Höhe (Abb. 23440). Aber auch Politiker und Medien aus Deutschland versuchen, die Inflation vor allem am

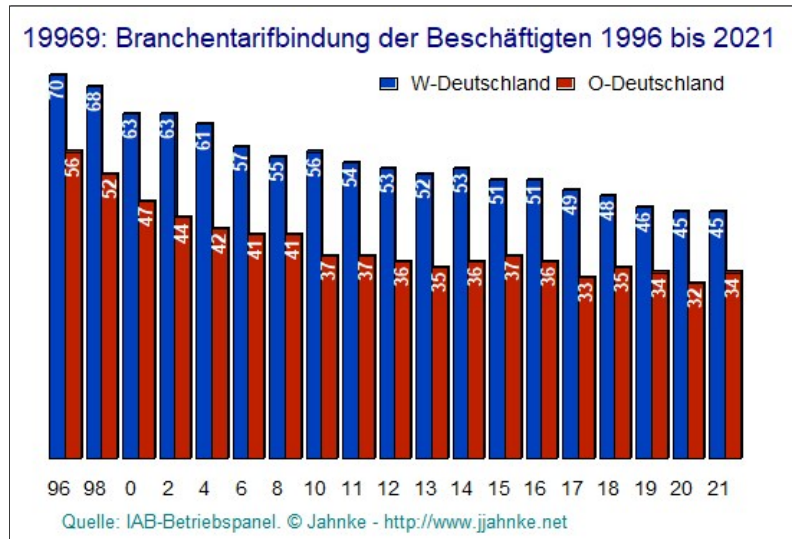
Krieg in der Ukraine festzumachen. Kein Wunder dann, daß die Menschen, wie die Umfrage zeigt, kriegsmüde geworden sind.

Und natürlich argumentiert auch Putin mit dieser Lüge, indem er öffentlich die Sanktionen gegen Rußland nach dem Angriff auf die Ukraine mit der globalen Inflation verbindet.



[per Mail verlinken](#)

Blog 23, 15-06-22: **Drei Viertel der Deutschen verliert im Verteilungskampf ohne Schutz durch Gewerkschaften**



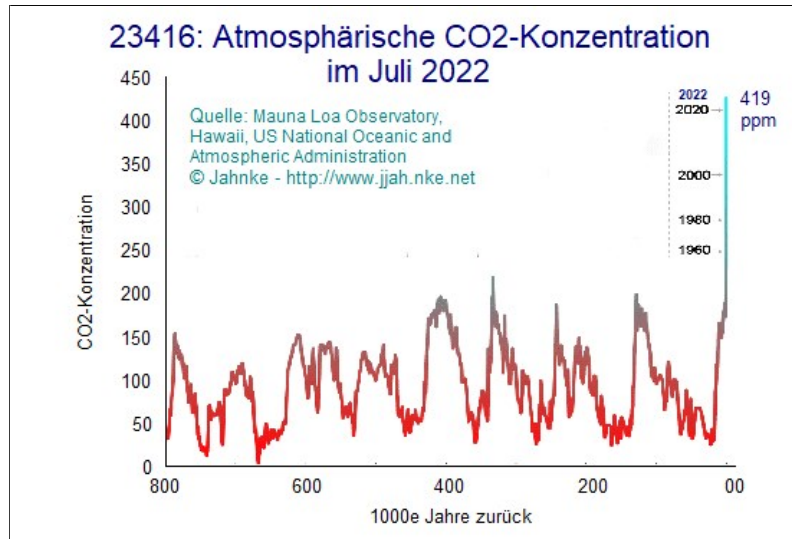
Von den in Deutschland lebenden Menschen sind nur die Hälfte Arbeitnehmer. Doch deren Schutz durch Gewerkschaften ist immer weiter zurückgegangen. Denn die Branchentarifbindung der Unternehmen ist in W-Deutschland von einst 70 % Mitte der neunziger Jahre auf nur noch 45 % abgesunken, in O-Deutschland sogar auf 32 %; insgesamt sind es nur noch 43 % (Abb. 1996). Also dürften nur etwa 22 % der Menschen in Deutschland unter dem Schutz von Tarifverträgen und Gewerkschaften leben.

Wenn jetzt die Gewerkschaften hohe Lohnforderungen durchsetzen, in der Stahlindustrie sind es z.B. 6,5 %, heizt das natürlich die ohnehin sehr hohe Inflation von zuletzt 7,9 % weiter an. Doch was geschieht mit den mehr als drei Vierteln der Menschen, die keine Gewerkschaften hinter sich haben und nun auch noch Opfer einer Lohn-Preis-Spirale werden? Was mit den Rentnern, deren Renten nur mit Verspätung und nur an das allgemeine Lohnniveau und nicht an die Lohnabschlüsse der Gewerkschaften angepaßt werden?



[per Mail verlinken](#)

Blog zur Aktualisierung von Texten/Grafiken in meinem Buch 14-06-22: **22. Klimawandel und das Ende der Zivilisation?**



Ein Eisbär springt in der kanadischen Meerenge Lancastersund von einer Eisscholle zur anderen

In der Auflistung der Apokalypsen frei nach Albrecht Dürers vier apokalyptischen Reitern, die ich in den Titel meines letzten Buches übernommen habe, fehlten zwei, die zwar zu den absolut schlimmsten gehören, aber allseits so bekannt und gefürchtet sind, daß ich darauf nicht besonders eingehen wollte. Der Krieg in der Ukraine ist leider zum "Dauerbrenner" in allen Schlagzeilen geworden. Die andere und längerfristig bedrohlichste Apokalypse hängt mit dem fortschreitenden Klimawandel zusammen.

In der letzten online-Ausgabe der "ZEIT" befindet sich ein lesenswerter Artikel mit einem Interview, das mit Gavin Schmidt geführt wurde. Schmidt leitet als Klimatologe das Nasa Goddard Institute for Space Studies. Seine überraschende Antwort auf die Frage nach der größten Bedrohung durch den Klimawandel: "Heute denke ich, daß die größte Bedrohung nicht auf der physikalischen Ebene liegt. Sondern darin, wie unsere Gesellschaft reagiert. Wenn sie überstrapaziert wird, geschehen grauvolle Dinge." Als ein Beispiel nannte er das Verhalten nach dem Hurrikan Katrina. Da hätten sich die Leute in New Orleans bewaffnet und seien aufeinander losgegangen. In einem Altenheim hätten Pfleger Bewohner getötet, weil sie die Leute nicht rechtzeitig evakuieren konnten. In unserer Gesellschaft baue alles aufeinander auf. Jede Störung hätte eine Kaskade von Folgen.

Schmidt befürchtet als Folge des Klimawandels den Zusammenbruch der Zivilisation: "Wenn in einer Stadt etwas passiert, können die Leute in die nächste Stadt gehen und bekommen eine Unterkunft und etwas zu essen. Wenn aber viele Orte von unterschiedlichen Problemen gleichzeitig betroffen sind, funktioniert das nicht mehr. Dann ist jeder nur noch mit sich selbst beschäftigt. Leider hat der Klimawandel genau diese Dynamik, vieles geschieht vielerorts gleichzeitig."

Und auf die Frage "Haben wir noch eine Chance, die Katastrophe abzuwenden?" sagt er: "Der Nobelpreisträger Sherwood Rowland fragte einmal: Was nützt es uns, eine Wissenschaft entwickelt zu haben, die Vorhersagen machen kann, wenn wir nur rumsitzen und warten, bis sie wahr werden? Das Schlimmste können wir vielleicht noch verhindern. Dennoch werden wir Konsequenzen spüren und uns anpassen müssen. Menschen werden leiden."

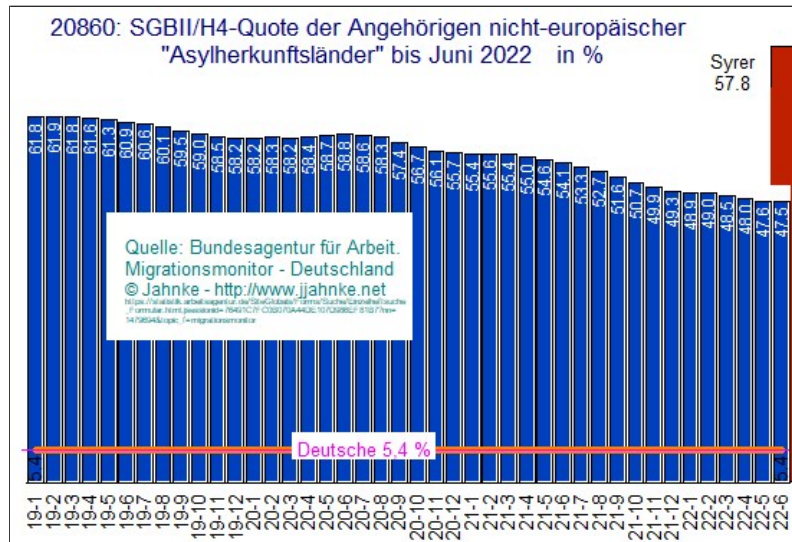
Dieses Zerreißen der Zivilisation und damit der Gesellschaft erleben wir derzeit auf kleinerem Niveau

mit den Folgen der Inflation, besonders dem dadurch ausgelösten Verteilungskampf, in dem z.B. die FDP alte Menschen von der 300 EUR Entlastung ausschließt und sich damit in der Ampel durchsetzt, zumal Rentner meist nicht FDP wählen. Da geht jedenfalls eine Kultur kaputt, in der gerade alte Menschen nicht diskriminiert wurden.



[per Mail verlinken](#)

Blog zur Aktualisierung von Texten/Grafiken in meinem Buch 13-06-22: 21. Immer mehr Migranten aus Syrien ohne Asylrecht bekommen jetzt die deutsche Staatsbürgerschaft



Der Anstieg der Einbürgerungen um 20 % in 2021 gegenüber Vorjahr ist gut zur Hälfte auf die hohe Zahl der Einbürgerungen von Syrern zurückzuführen: Im Jahr 2021 wurden 19.100 syrische Staatsangehörige eingebürgert, fast dreimal so viele wie im Jahr zuvor. Die hohe Zahl steht im Zusammenhang mit der Zuwanderung von syrischen Schutzsuchenden in den Jahren 2014 bis 2016, die mittlerweile immer häufiger die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen. Hierzu zählen unter anderem ausreichende Sprachkenntnisse, ein gesicherter Lebensunterhalt und in der Regel auch eine Mindestaufenthaltsdauer von acht Jahren.

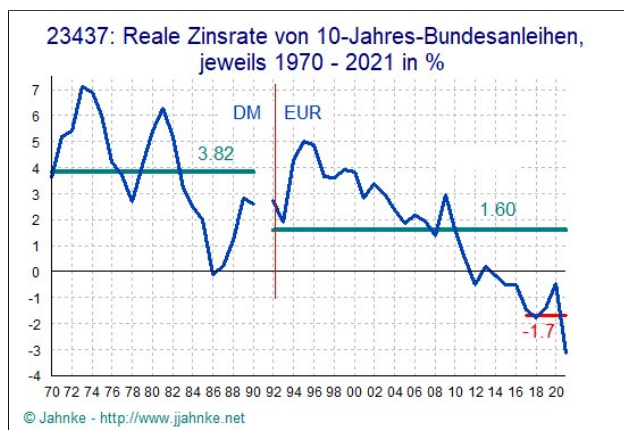
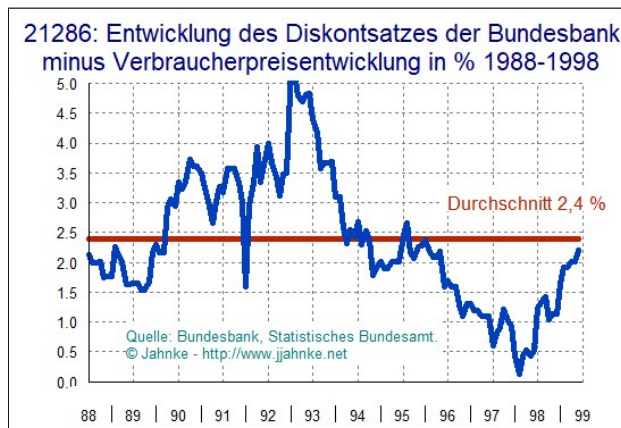
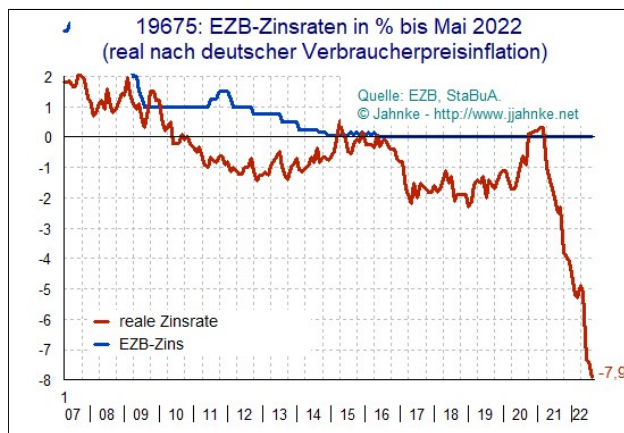
Die große Mehrheit (81 %) der 2021 eingebürgerten Syrerinnen und Syrer hielt sich allerdings noch keine acht Jahre in Deutschland auf. Durchschnittlich betrug die Aufenthaltsdauer 6,5 Jahre. Wer sich bereits nach sechs Jahren Aufenthalt einbürgern lassen möchte, kann dies über besondere Integrationsleistungen erreichen. Hierzu zählen beispielsweise besonders gute Sprachkenntnisse, schulische oder berufliche Leistungen aber auch bürgerschaftliches Engagement. Familienmitglieder können in diesen Fällen ohne Mindestaufenthaltsdauer miteingebürgert werden. Mit insgesamt knapp 12.400 Fällen markiert 2021 den bisherigen Höchststand an vorzeitigen Einbürgerungen wegen besonderer Integrationsleistungen. Darunter machten 5.400 Syrerinnen und Syrer (43 %) die am häufigsten vertretene Staatsangehörigkeit aus.

Ob es wirklich berufliche Leistungen sind, die zur Einbürgerung führen, kann bezweifelt werden, da immer noch 60 % der Syrer von öffentlicher Unterstützung leben (Abb. 20860). Man hat eher den Eindruck, daß hier eine Vorzugsbehandlung von Syrern stattfindet, die - obwohl meist Wirtschaftsflüchtige ohne Asylrecht - nach Einbürgerung nicht mehr abgeschoben werden können, selbst wenn sie straffällig werden (was nicht selten der Fall ist). Hier zahlt sich nach vielen Jahren nun Merkels besonders großzügige Behandlung der Syrer aus, die meist aus sicheren Lagern in der Türkei oder im Libanon kamen und deshalb kein Asylrecht bekamen, aber auch nicht abgeschoben wurden. So erhielten 2017 nur 35 % Asyl nach Grundgesetz oder Genfer Flüchtlingskonvention.

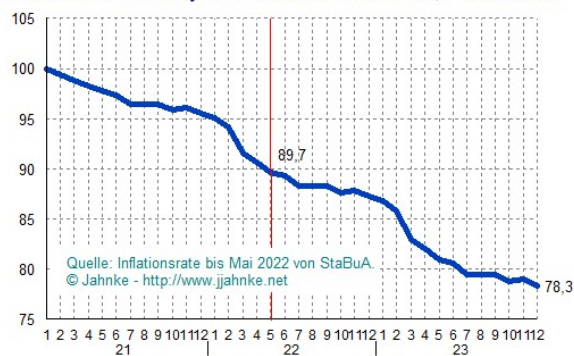


[per Mail verlinken](#)

Blog zur Aktualisierung von Texten/Grafiken in meinem Buch 10-06-22: 20. Wie die EZB die deutsche Gesellschaft in dem Verteilungskampf über Glasscherben treibt



23436: Reale Entwicklung einer Ersparnis von 100 Euro seit Januar 2021 bei Projektion ab Juni 2022 mit 7,9 % Inflation



Die EZB hat Deutschland und vor allem den deutschen Sparer und Verbrauchern mit ihrer die Inflation anheizenden Zinspolitik seit vielen Jahren nur geschadet. Seit nun schon 13 Jahren ist der EZB-Zins für Deutschland real - also nach Abzug der Inflation - negativ, zuletzt im Mai mit minus 7,9 % (Abb. 19675) und heizt damit die Inflation an. Da ist die jetzt geplante Zinsanhebung um 0,25 % geradezu lächerlich. War die DM einst eine solide Währung mit einer durchschnittlichen Zinsrate von 2,4 % (Abb. 21286), so ist es der Euro, wo der Nominalzins seit 8 Jahren bei 0 % liegt, längst nicht mehr. Die reale Rendite auf eine 10-Jahres-Bundesanleihe mehr als halbierte sich von der DM zum Euro und fiel für die letzten 5 Jahre sogar auf minus 1,7 % - ein realer Verlust gegenüber DM-Zeiten von 5,5 Prozentpunkte pro Jahr (Abb. 23437). So wurden die deutschen Sparer im Euro-Korsett von der EZB abgestraft. Kohls Behauptung vor der Einführung, das sei ein "Jahrhundertereignis" und "kein Husarenstück", denn kaum eine Entscheidung sei so intensiv diskutiert worden wie die über die Währungsunion, stimmte nicht, zumal sich Kohl über jeden Widerstand aus der Fachwelt seinerzeit brutal hinwegsetzte.

Wer Anfang des letzten Jahres 100 Euro aufs Sparkonto gelegt hat, hat derzeit real nur noch knapp 90 Euro davon übrig und wird bei der derzeitigen Inflationsrate bis Ende kommenden Jahres fast ein Viertel verloren haben (Abb. 23436). Die Absicht der EZB war vielleicht nicht, dem deutschen Sparer zu schaden, aber dieser Schaden wurde und wird ganz bewußt in Kauf genommen, weil man den verschuldeten Regierungen und privaten Schuldner in den Mittelmeerländern, vor allem Italien, helfen will. Denn niedrige Zinsen belasten dort diese Schuldner entsprechend weniger und deren Schuld baut sich auch noch im Tempo der Inflation real ab. Bei der Zinspolitik wurde der deutsche Vertreter im Vorstand der EZB, der Dank Helmut Kohl das gleiche Stimmrecht wie die kleine Insel Malta hat (!), regelmäßig überstimmt.

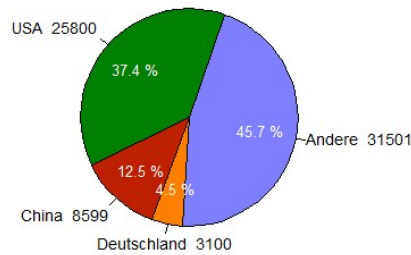
Die EZB hat zudem eine Lohn-Preis-Spirale in den gesunden Volkswirtschaften bewußt riskiert. Die zeigt sich jetzt in Deutschland mit den Forderungen der Gewerkschaften sehr deutlich. Schon das spaltet die Gesellschaft, da Rentner und viele andere Bevölkerungsschichten keine Gewerkschaften haben, die wenigstens teilweise die Inflation kompensieren könnten. Eine noch tiefer zerreißende Spaltung erzeugt die EZB kaltblütig, weil ärmere Bevölkerungsschichten von der Inflation weit stärker betroffen werden als wohlhabende, und weil wohlhabende mit dem Boom auf den Immobilienmärkten geradezu zu Krisengewinnern gemacht wurden. Man kann sagen, die EZB treibt die deutsche Gesellschaft in dem Verteilungskampf über Glasscherben.



[per Mail verlinken](#)

Blog zur Aktualisierung von Texten/Grafiken in meinem Buch 10-06-22: 19. Deutsches Privatvermögen erreicht Höchststand - Einer der Gründe: die Niedrigzinspolitik der EZB

23435: Verteilung der Superreichen mit einem Finanzvermögen von jeweils mehr als 100 Millionen Dollar 2021



Quelle: Boston Consulting Group. © Jahnke - <http://www.jahnke.net>

Dank Börsenboom und vor allem anhaltendem Boom an dem Immobilienmarkt -beides auch eine Folge der Niedrigzinspolitik der EZB - stieg das deutsche Gesamtvermögen nach einer Analyse der Unternehmensberatung Boston Consulting Group (BCG) im vergangenen Jahr um gut 10 % auf umgerechnet 20,2 Billionen Dollar. Dabei besitzen 3.100 Superreiche mit einem Finanzvermögen von jeweils mehr als 100 Millionen Dollar allein mehr als ein Fünftel.

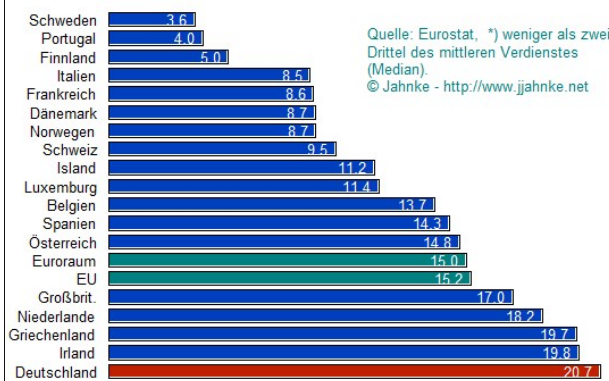
Das Sachvermögen, das unter anderem aus Immobilien, Kunst oder Gold besteht, stieg um 11 % auf 13 Billionen Dollar. Sein Anteil am Gesamtvermögen beträgt 65 %. Vor allem Immobilien verzeichnen seit geraumer Zeit kräftige Wertzuwächse. Das private Finanzvermögen stieg um 8 % auf mehr als neun Billionen Dollar. Dazu zählen beispielsweise Bargeld, Kontoguthaben, Aktien, Anteile an Investmentfonds oder Ansprüche aus Pensionen und Lebensversicherungen.

Der Club der Superreichen wuchs im vergangenen Jahr weltweit um etwa 300 Mitglieder. Den Spitzenplatz belegten die USA mit 25.800 Superreichen, gefolgt von China mit 8.500 Mitgliedern des Clubs. Deutschland landete auf Rang drei. Weltweit hielten rund 69.000 Ultrareiche 15 % des investierbaren Finanzvermögens (Abb. 23435). Ihnen kann weder der Ukraine-Krieg, noch die Inflation etwas anhaben; vielleicht profitieren sie sogar noch davon. Mit einer Minizins-Erhöhung von nur 0,25 %, die nun für Juli erwartet wird, dürfte sich wenig an der Unterstützung der EZB für die Superreichen ändern, deren Immobilien weiter an Wert gewinnen werden und die weiter mit einem ihnen gewogenen Finanzmarkt rechnen können.

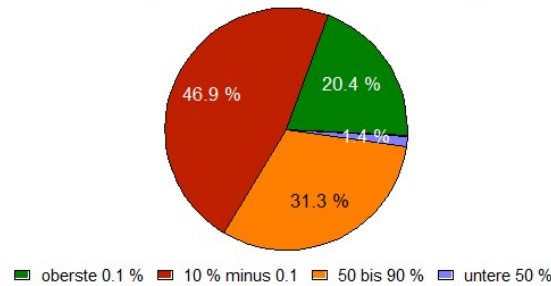
Dagegen verzichten nach einer neuen Umfrage in Deutschland wegen der gestiegenen Preise schon 16 % auf reguläre Mahlzeiten. Und weitere 13 % ziehen einen Verzicht in Betracht, wenn die Teuerung anhält. Unter allen Befragten kaufen der Erhebung zufolge 41 Prozent in günstigeren Supermärkten ein, während 42 Prozent etwa durch einen Verzicht auf Fleisch und Fisch sparsamer kochen.

Blog zur Aktualisierung von Texten/Grafiken in meinem Buch 03-09-20: 18. Merkel taucht wieder auf - Die Frau, die immer alles richtig gemacht haben will

21390: Niedriglohnanteil* 2018 in %



21240: Verteilung des deutschen Nettovermögens 2020



Quelle: Schätzung des DIW, Individuelle Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten, Wochenbericht 29/2020. © Jahnke - <http://www.jahnke.net>

In ihrem Interview im Berliner Ensemble meinte Merkel nun, ihr Herz habe immer für die Ukraine geschlagen. Ihre Politik gegenüber Putin sei nicht zu nachsichtig gewesen. Sie sehe nicht, daß sie da jetzt sagen müßte: "Das war falsch". Sie werde sich deshalb auch nicht entschuldigen. Kein Hauch von Reue also, und doch war Merkel die Bundeskanzlerin, die Putins Nord-Stream-2 Projekt gegen die Warnungen der USA, der Ukraine und aus der EU voranbetrieb, obwohl Putin damit die Ukraine umgehen und dieser das Druckmittel gegen Rußland nehmen wollte. Und sie war die Bundeskanzlerin, die mit dem Minsker-Abkommen die Ukraine bewegen wollte, auf ihr Land im Donbass zu verzichten. Immerhin hat ihr damaliger Außenminister Steinmeier die Größe gehabt, Fehler in der deutschen Ukraine-Politik einzuräumen. Warum hätte sie es nicht genauso machen können?

Ebenso sehr, wenn nicht noch mehr hätte sich Merkel für andere schwere Fehler ihrer 16 Jahre langen Politik entschuldigen müssen. Es war eine erdrückend lange Phase der angeblichen politischen Alternativlosigkeit und der Stagnation für die meisten von uns. Eines ist nicht zu bezweifeln: Die soziale Spaltung der Gesellschaft hat in Deutschland unter Merkel erheblich zugenommen. In den ersten zehn Jahren seit 2005 widersetzte sich Merkel sogar der Einführung eines Mindestlohns, obwohl gleichzeitig der Dumpingwettbewerb aus Niedriglohnländern, vor allem aus China, mit dem entsprechenden Lohndruck angekurbelt wurde und billige Arbeitskräfte aus Osteuropa unbegrenzt ins Land strömten und immer mehr Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden. Schröders unsoziale Hartz-IV-Gesetze hat Merkel nicht korrigiert. Der Aufbau eines wuchernden Niedriglohnssektors schritt Jahr für Jahr voran. Mit 21 % an trotz Arbeit Armen hat Deutschland den höchsten Anteil in W-Europa (Abb. 21390). Die Zahl der besonders unsicheren und unterbezahlten Leiharbeitsverhältnisse mehr als verdoppelte sich. Die Lohnentwicklung koppelte sich mit Stagnation über viele Jahre nach unten von der Entwicklung der Produktivität ab.

Andererseits sammelte sich am oberen Ende der sozialen Skala unter Merkel immer mehr Reichtum an. So entfallen heute auf die untere Hälfte der Haushalte nur noch 1,4 % des deutschen Nettovermögens, auf die oberen 10 % aber 67 % (Abb. 21240). Die soziale Frage wurde nach vielen Umfragen für die meisten Menschen das größte Problem.

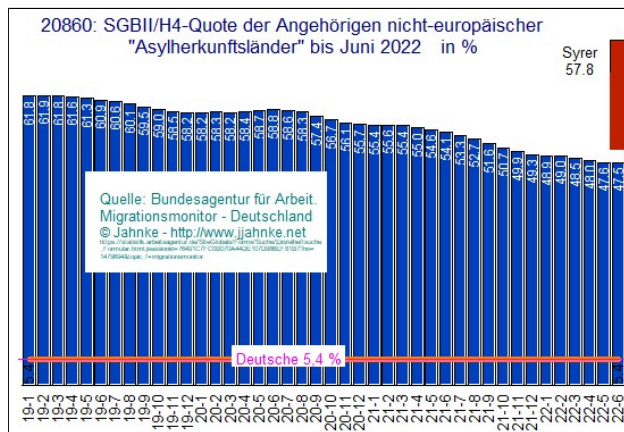
Im Bereich der Staatsfinanzen hat Merkel der ersten gesamtschuldnerisch aufgenommenen Anleihe der EU-Kommission zugestimmt, aus der Deutschland auch für andere zahlungsunfähige Euro-Länder haftet. So verständigten sich im Juli 2020 die Regierungschefs der EU-Staaten auf einen 750 Milliarden Euro umfassenden EU-Aufbauplan zur Bewältigung der Wirtschaftskrise, der sich aus einer gemeinsamen Schuldenaufnahme durch die EU-Kommission (im Sinne von Eurobonds) in Höhe von 390 Milliarden und einer Kreditvergabe an EU-Staaten in Höhe von 360 Milliarden Euro zusammensetzt. Das ist ein absoluter Dammbbruch, der zu hohen deutschen Finanztransfers an andere EU-Staaten führen kann und damit unverantwortlich gegenüber dem deutschen Steuerzahler ist.

Die größte Hypothek, die Merkel hinterlassen hat, kommt aus ihrer Immigrationspolitik und den Willkommenssignalen, die sie Wange an Wange mit Flüchtlingen per Selfies in alle Welt geschickt hat. Noch immer lebt etwa die Hälfte der Migranten aus Asylherkunftsländern von deutschen Sozialleistungen, bei den heißgepriesenen Syrern sogar 60 %. Dabei waren die meisten Wirtschaftsmigranten und erhielten kein Asyl, können aber auch nicht abgeschoben werden.

Auch blieb der deutsche Beitrag zum Umweltschutz trotz seiner großmäuligen Darstellung unter Merkel bescheiden und erreichte die regierungsamtlichen Ziele nicht. Merkels plötzlicher und verfrühter Abschied von der Kernenergie hat Deutschland noch mehr Abhängigkeit von Putins Gas und die höchsten Strompreise in W-Europa beschert. Merkel war es auch, die in der EU die Kfz-Abgasvorschriften verwässerte.

Aber nichts von dem scheint Merkel zu bedrücken, so daß sie sich fröhlich aus ihrem (gut bezahlten) Ruhestand melden kann.

Blog zur Aktualisierung von Texten/Grafiken in meinem Buch 03-09-20: 17. Neue Anreize für illegale Migration?



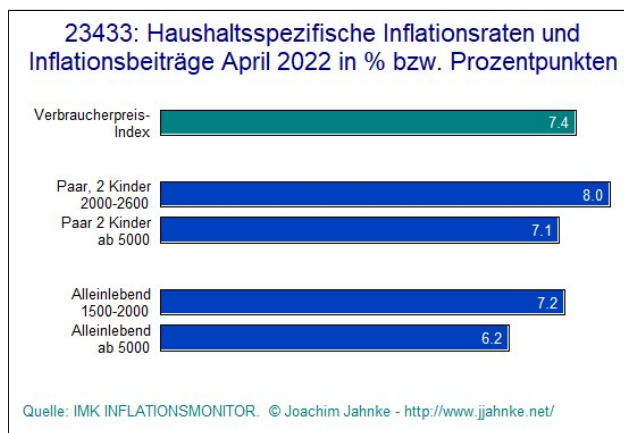
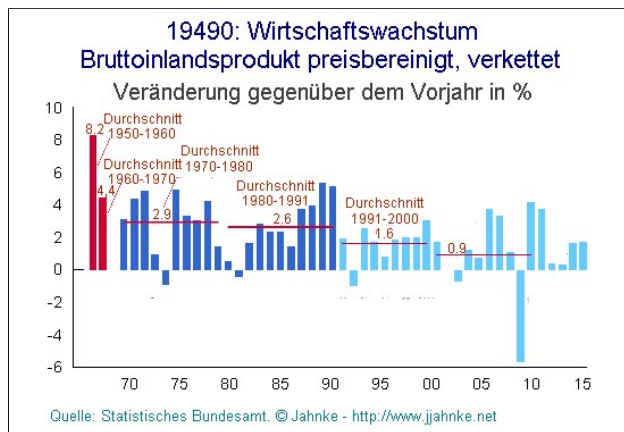
Nur 37 % der Asylbewerber haben in den Jahren 2015-2020 Asyl nach dem Grundgesetz oder dem Asylgesetz erhalten (Abb. 21274). Die restlichen 63 % sind meist illegal in Deutschland geblieben, weil Abschiebungen kaum stattfinden oder die Abschiebung im Fall der "Duldung" ausgesetzt wird. Gründe für eine befristete Duldung können Krankheit, Schwangerschaft oder einfach fehlende Papiere sein. Letzteres kommt häufig vor, weil Migranten sehr oft ihre Papiere auf Rat der Schleuser vernichten. Zuletzt lebten mehr als 100.000 Menschen fünf Jahre oder länger mit einer Duldung in der Bundesrepublik. Von allen Migranten aus Asylherkunftsländern lebt nach meist vielen Jahren in Deutschland immer noch die Hälfte von öffentlichen Leistungen, wobei der Anteil auf dieser Höhe stagniert; bei Syrern sind es sogar 60 % (Abb. 20860).

Innenministerin Nancy Faeser hat jetzt einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem illegale, aber gut integrierte Asylbewerber ein Bleiberecht erhalten sollen. Die Betroffenen sollen einmalig auf Probe eine einjährige Aufenthaltserlaubnis bekommen. Wenn sie in dieser Zeit nachweisen, daß sie etwa die deutsche Sprache beherrschen und ihren Lebensunterhalt sichern können, bekommen sie ein langfristiges Bleiberecht. Straftäter sollen von dieser Möglichkeit ausgeschlossen bleiben, genauso wie Männer und Frauen, die falsche Angaben über ihre Identität gemacht und so bisher ihre Abschiebung verhindert haben. Menschen, die einmal ein langfristiges Bleiberecht erhalten haben, hätten auch Anspruch auf langfristige Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Die CDU/CSU lehnt den Vorschlag ab, weil sonst ein zusätzlicher Anreiz, illegal einzureisen, geschaffen würde. Das schlimmste ist, daß die Bundesregierung wieder einmal einen Alleingang bei der Migration ohne Abstimmung mit den EU-Partnern plant.

Blog zur Aktualisierung von Texten/Grafiken in meinem Buch 09-06-22: 16. Vergeßt die

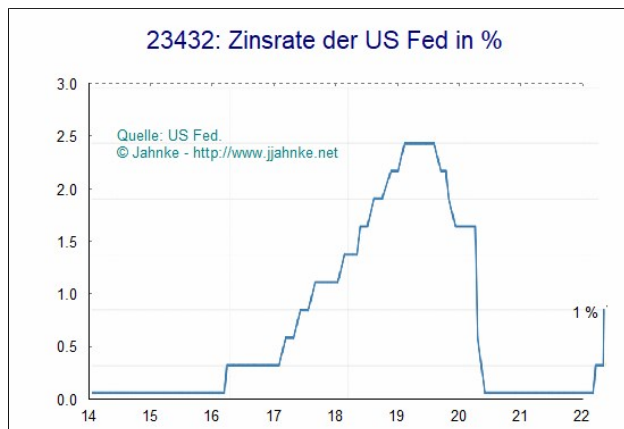
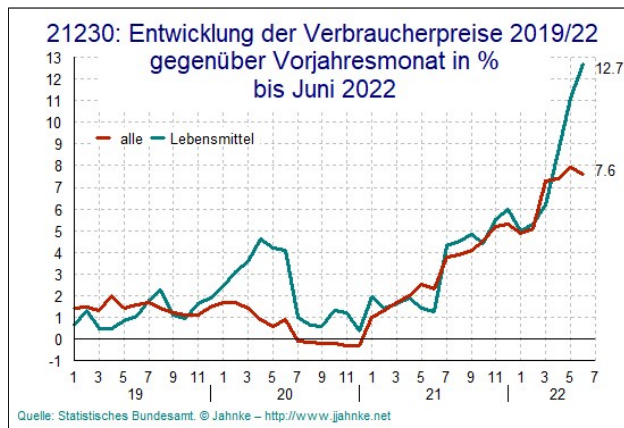
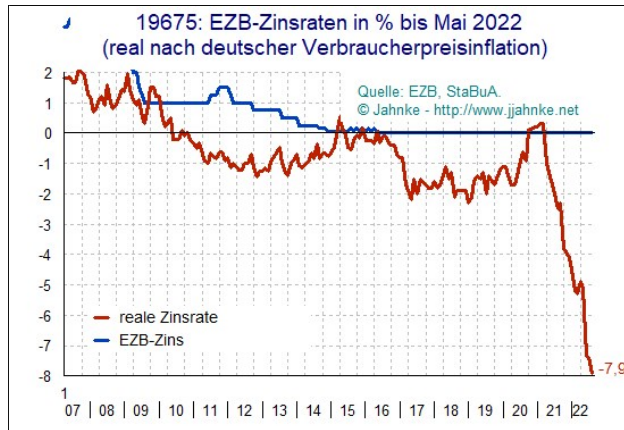
alten Leute nicht

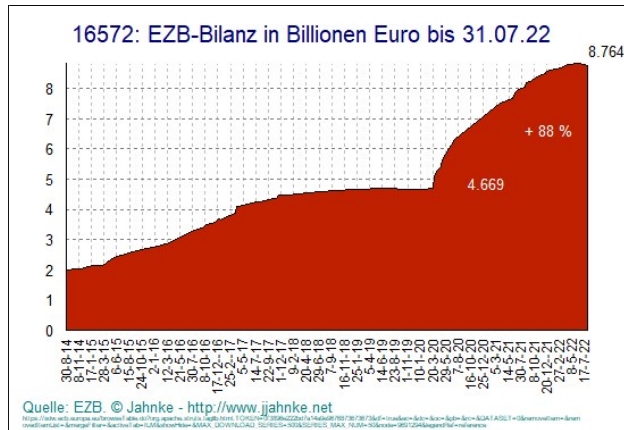


Wer heute Mitte der Achtziger ist, war in den starken Aufbaujahren bis 1970 (Abb. 19490) schon in seinen aktiven Berufs Jahren, als das deutsche Wirtschaftswunder mit sehr viel Arbeitseinsatz bei mageren Löhnen durchgezogen wurde. Das sind meist Menschen, denen die Gesellschaft wegen ihrer Lebensleistung besonders dankbar sein sollte. Doch heute laufen diese Menschen Gefahr, mit ihren besonderen Sorgen wegen der Inflation von den Regierenden vergessen zu werden. So wurden Rentner/innen auf Druck der FDP von der fälschlich "Energiegeld" genannte einmaligen Unterstützung von 300 Euro einfach ausgeschlossen. Auch von dem zum Inflationsausgleich eingeführten höheren Arbeitnehmerpauschbetrag haben sie nichts.

Dabei belasten nach Berechnung des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung die Preisschübe bei Energie und Nahrungsmitteln die Haushalte mit geringeren Einkommen - und das sind sehr oft Haushalte mit geringem Renteneinkommen - besonders stark (Abb. 23433). Die Spanne der aktuellen haushaltsspezifischen Inflationsraten beträgt 1,8 Prozentpunkte. Sie reicht von 6,2 % für einkommensstarke Alleinlebende bis 8 % für einkommensschwache vierköpfige Familien. Noch ausgeprägter ist der Unterschied zwischen der kombinierten Belastung durch die Preise von Nahrungsmitteln, Haushaltsenergie und Kraftstoffen mit 2,7 Prozentpunkten, wobei einkommensschwache Familien einen Inflationsbeitrag dieser Güterarten von 5,8 Prozentpunkten verzeichnen, verglichen mit 3,1 Prozentpunkten im Falle von einkommensstarken Alleinlebenden. Die Zusatzbelastung durch die Preisschübe bei Energie und Nahrungsmitteln betrug in den ersten vier Monaten des Jahres 2022 398 Euro für eine vierköpfige Familie mit geringem Einkommen und 124 Euro für einkommensarme Alleinlebende.

Blog zur Aktualisierung von Texten/Grafiken in meinem Buch 07-06-22: 15. Inflation: Scholz hat sich die Finger verbrannt





Als Finanzminister der Großen Koalition verlor Scholz jahrelang kein böses Wort über die Politik der EZB, mit negativen Zinsen die deutschen Sparer abzustrafen und gleichzeitig die Schuldner in Ländern wie Italien zu stützen. Er tat es schon deshalb nicht, weil ihm die negativen Zinsen erlaubten, an der Verschuldung des Bundes über negativ verzinsten Bundesanleihen auch noch zu verdienen. Natürlich tat er es auch nicht, weil bei einer Eurokrise als Folge der italienischen Schulden, Deutschland mit Steuerzahlergeld hätte antreten müssen, wie einst bei Griechenland, was in Deutschland sehr unpopulär gewesen wäre. Merkel und Scholz ließen so Weidmann, den deutschen Vertreter im Vorstand der EZB, mit seiner Kritik an der Pro-Inflations-Politik der EZB im Regen stehen, bis der frustriert zurücktrat. Sie riskierten stattdessen sehenden Auges die heranrollende Inflation.

Scholz ließ 2020 auch noch Mario Draghi, dem langjährigen "negativen Zinsmeister" der EZB, das Bundesverdienstkreuz verleihen. Draghi hatte schon 2015 den Zentralbankzins in den real negativen Bereich gedrückt, wo er nun über sieben Jahre schon auf minus 7,9 % gefallen ist und weiter fallen wird (Abb. 19675); mit dem Strafzins für Einlagen der Banken bei der EZB sind es sogar minus 8,4 %.

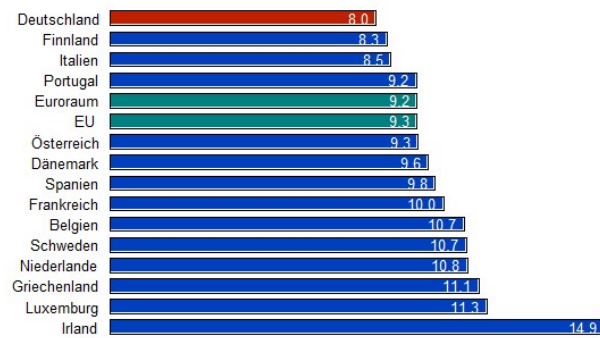
Nun aber brennen Scholz die Finger, denn die Inflation ist außer Rand und Band geraten, weil alle Marktteilnehmer längst vermuten, daß die EZB die Inflation weiter hochlaufen läßt, und dann schon mal ihre Preise anheben, wenn sie Produzenten oder Händler sind, oder höhere Löhne verlangen, wenn sie Gewerkschaften sind und einen Inflationsausgleich erreichen wollen. Mit einer Steigerung der Verbraucherpreise für Nahrungsmittel im Mai um 11,1 % gegenüber dem Vorjahresmonat (Abb. 21230) wird die Inflation sozial total unverträglich und fällt Scholz und seiner SPD schwer auf die Füße. Sie liegt auch weit höher als die 7,5 % für den Euroraum insgesamt.

Nun muß Scholz, damit die SPD nicht weiter bei Landtagswahlen baden geht, nach staatlichen Hilfen zum Ausgleich der Inflation suchen, was am Ende teurer werden wird, als hätte er (mit Merkel) seinerzeit Weidmann unterstützt und hinter den Kulissen versucht, den einseitigen Einfluß der inflationssüchtigen, weil hochverschuldeten Mittelmeerländer auf die EZB auszubremsen. Scholz scheint nun zu glauben, mit einer Wiederbelebung der "Konzertierten Aktion" aus den 60er Jahren die Gewerkschaften von hohen Lohnforderungen abhalten zu können. Doch das wird nicht funktionieren und seiner SPD noch zusätzlich schaden.

Es wird höchst Zeit, gegenüber die EZB die Notbremse zu ziehen. Mit Respekt vor einer Unabhängigkeit der Zentralbank, die aus Rom und Paris schon seit Jahre nicht mehr respektiert wird, kann sich Scholz nicht länger herausreden. Während die US Zentralbank Fed den Zins inzwischen auf 1 % angehoben (Abb. 23432) und weitere Anhebungen angekündigt hat, sitzt die EZB immer noch auf ihren Händen und kauft immer noch Staatsanleihen auf, um deren Zins und damit das allgemeine Zinsniveau zu drücken (Abb. 16572). So soll sie jetzt nach Pressemeldungen ein weiteres Aufkaufprogramm für Staatsanleihen von Italien und anderen Schwachländern vorbereiten, damit die von Zinserhöhungen nicht betroffen werden.

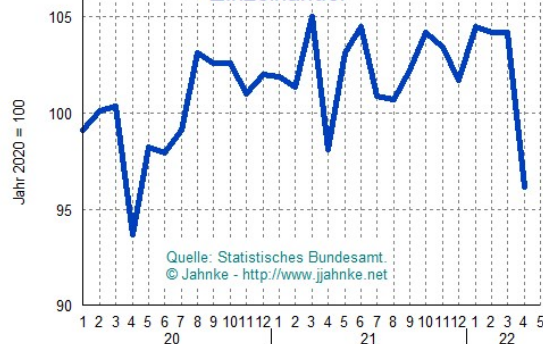
Blog zur Aktualisierung von Texten/Grafiken in meinem Buch 05-06-22: 14. Die Deutschen: Kleinster Anteil an Haushalten mit zwei und mehr Kindern und dann noch zunehmendes Sparen am Essen

23431: Anteil der Haushalte mit 2 und mehr Kindern 2021 in %



Quelle: Eurostat. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

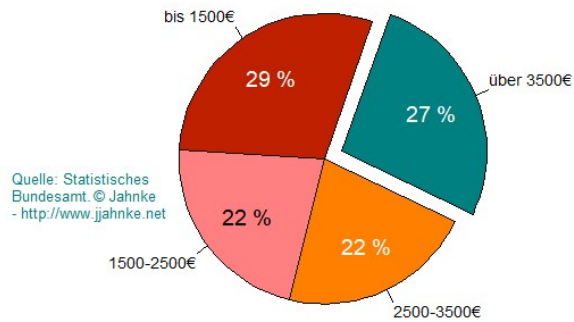
23430: Entwicklung Lebensmittelumsatzes im Einzelhandel



Die Deutschen haben den kleinsten Anteil an Haushalten mit zwei und mehr Kindern in W-Europa (Abb. 23431) - das ist schlimm genug. Doch nun sparen sie wegen der Inflation auch noch zunehmend am Essen. Der Einzelhandel mit Lebensmitteln verzeichnete im April 2022 im Vergleich zum Vormonat einen realen Umsatzrückgang von 7,7 % (Abb. 23430). Dabei handelte es sich um den größten Umsatzeinbruch gegenüber dem Vormonat seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1994. Auch gegenüber dem Vorjahresmonat April 2021 sank der Umsatz um 6,5 %. Bei einem Anstieg der Lebensmittelpreise im Mai um 11,1 % gegenüber dem Vorjahresmonat ist das kein Wunder. Die Inflation hat begonnen, die gesamte deutsche Wirtschaftsentwicklung auszubremsen.

Blog zur Aktualisierung von Texten/Grafiken in meinem Buch 02-06-22: 13. Drei Viertel der Beschäftigten verdienen brutto weniger als 3.500 Euro, mehr als die Hälfte unter 2.500 Euro

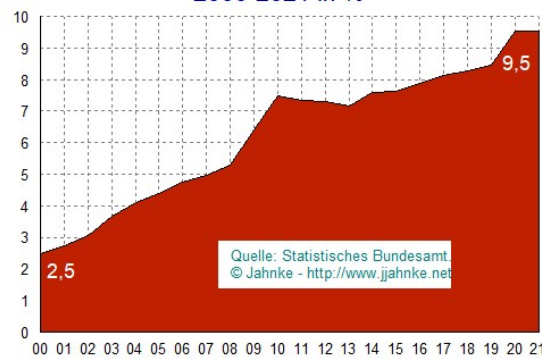
23428: Verteilung der Brutto-Monatsverdienste von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2018



Nach Statistischem Bundesamt verdienten 2018 drei Viertel der Beschäftigten brutto weniger als 3.500 Euro, mehr als die Hälfte noch unter 2.500 Euro (Abb. 23428). Auf der anderen Seite stieg die Zahl der Einkommensmillionäre 2018 um 6 % gegenüber 2017 auf 26.300. Im Durchschnitt erzielten sie Jahreseinkünfte von 2,6 Millionen Euro. Damit wird die Einkommensverteilung immer extremer.

Blog zur Aktualisierung von Texten/Grafiken in meinem Buch 02-06-22: 12. China - Deutschlands "furchtbarer" Partner

23426: Anteil Chinas am deutschen Außenhandel 2000-2021 in %

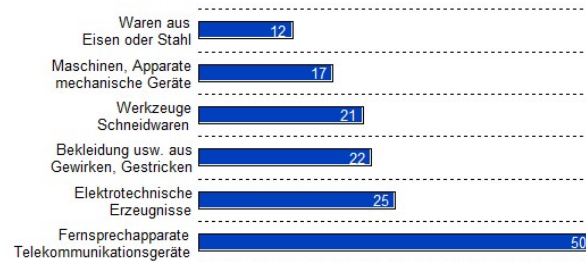


23429: Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in China 2010 - 2020 in Mrd. Euro



Quelle: Bundesbank. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

21222: Anteil der deutschen Einfuhren aus China 2019 in %

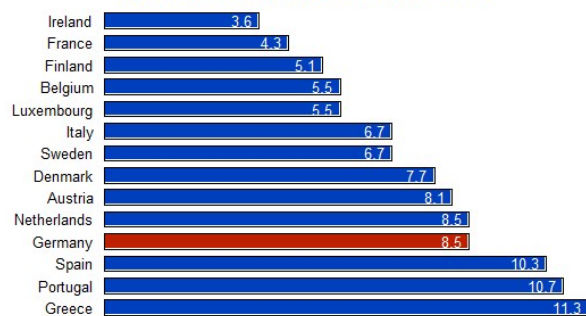


Quelle: Statistisches Bundesamt. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/n>

Deutschland ist von Peking noch abhängiger als von Moskau. Nach den Folter-Enthüllungen muß sich die Politik fragen (so DER SPIEGEL): Welche Verbrechen nehmen wir für unseren Wohlstand in Kauf? Der Handel zwischen beiden Ländern hat sich zwischen 2000 und 2020 fast vervierfacht (Abb. 23426) und hat China im vergangenen Jahr erneut zu Deutschlands wichtigstem Handelspartner gemacht. Dabei stiegen die deutschen Direktinvestitionen in China seit 2010 auf das Dreifache (Abb. 23428). Vor allem für die meisten deutsche Automobilunternehmen ist China zum wichtigsten Markt geworden. Die Abhängigkeit zeigt sich aber vor allem auf der Einfuhrseite, wo der chinesische Einfuhranteil in einigen Bereichen sehr hoch ist, z.B. Telekommunikationsgeräte 50 % (Abb. 21222).

Blog zur Aktualisierung von Texten/Grafiken in meinem Buch 02-06-22: 11. Preissteigerung für Nahrungsmittel in Deutschland besonders hoch

23422: Anstieg der Lebensmittelpreise in W-Europa April 2022 gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Eurostat. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

Mit 8,9 % gegenüber Vorjahr ist die Inflation bei Nahrungsmitteln in der EU besonders stark gestiegen. Für W-Europa verzeichnet Deutschland mit 8,5 % nach Griechenland, Portugal und Spanien den stärksten Anstieg. Die neueste Messung für Monat Mai zeigt für Deutschland sogar einen Anstieg von 11,1 %. Die Inflation trifft Deutschland nicht nur wegen der besonders hohen Inflationsrate und des vergleichsweise hohen Anteils an betroffenen Sparern ganz besonders, sondern auch weil sie hier mit anderen erheblichen sozialen Nachteilen zusammentrifft. So haben Deutsche, von den Schweizern abgesehen, den kleinsten Anteil an Wohneigentum, das am besten gegen die Inflation schützt, und durch die Niedrigstzinsen der EZB preislich immer wertvoller geworden ist. Nicht zuletzt trifft die Inflation hier auf einen hohen Anteil armer Rentner, die unter der Inflation besonders leiden, denn das deutsche Brutto-Rentenniveau im Verhältnis zum letzten Arbeitseinkommen ist vor Irland das niedrigste in der Eurozone.

Verglichen mit anderen Notenbanken fällt die Reaktion der EZB auf die hohe Inflation bisher eher zögerlich aus. Jetzt werden die Unsicherheiten des Ukraine-Kriegs zum Vorwand genommen, um die Zinsanhebung weiter hinauszuschieben, obwohl gerade der Ukrainekrieg die Inflation hochtreibt. So sagt EZB-Direktor Fabio Panetta, die Notenbank sehe sich derzeit mit einer beispiellosen Abfolge ökonomischer Schocks konfrontiert. Wie andere große Zentralbanken stünde sie vor der Aufgabe, die Geldpolitik zu einem alles andere als normalen Zeitpunkt zu normalisieren. Tatsächlich hat die EZB den

günstigen Zeitpunkt zur Zinsanhebung längst verpaßt, weil sie sich mehr um die Mittelmeerländer kümmerte als um die Situation in den solideren Ländern, wie Deutschland, und die dortigen Sparer.

Die Bundesregierung sorgt sich jetzt zurecht wegen der drohenden Lohn-Preis-Spirale, die die Inflation weiter hochtreiben würde. Die IG Metall fordert bereits 8,2 % mehr Lohn. Auch dieses Risiko ihrer abwartenden Politik hat die EZB übersehen.

Eine aktuelle Sammlung der mehr als 170 Grafiken aus meinem Buch in größerem Format und farbig finden Sie hier: [hier](#).

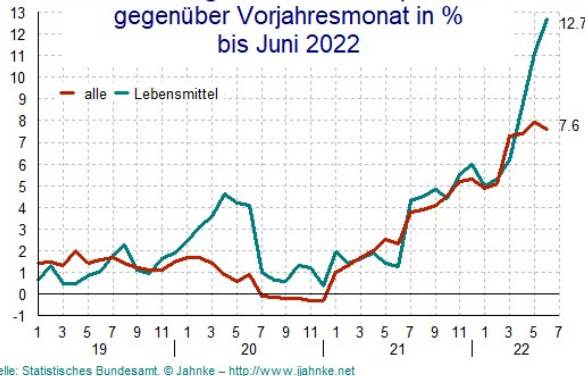
Blog zur Aktualisierung von Texten/Grafiken in meinem Buch 03-09-20: 10. Gehört Rußland (noch) zu Europa?



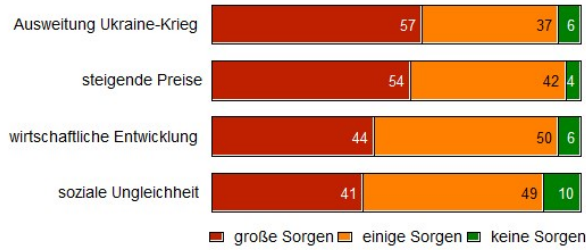
In meiner Nachbarschaft findet heute ein Vortrag zu dem Thema "Gehört Rußland (noch) zu Europa?" statt. Da der Vortragende von 1995 bis 2002 deutscher Botschafter in Moskau war, wird er sich wahrscheinlich große Mühe geben, die Frage zu bejahen. Nun könnte man durchaus sagen: "geografisch zu 20, politisch derzeit zu 0 %". Oder man könnte auf einen Bericht der BBC verweisen, der zeigt, wie russische Panzertruppen auf einem ihrer Panzer ganz ungeniert gestohlenes ukrainisches Eigentum abtransportieren. Ein in Großbritannien lebender ukrainischer Flüchtling hat sein Hab und Gut erkannt. Sie finden den Bericht [hier](#). Kultur geht anders! Und das sind die Photos von der BBC:

Blog zur Aktualisierung von Texten/Grafiken in meinem Buch 03-09-20: Starke Sorgen wegen Ukrainekrieg und Inflation

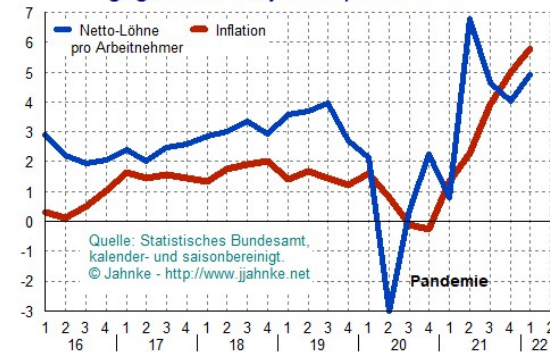
21230: Entwicklung der Verbraucherpreise 2019/22 gegenüber Vorjahresmonat in % bis Juni 2022



23424: Sorgen der Bürger nach WSI-Umfrage

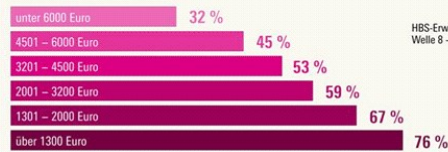


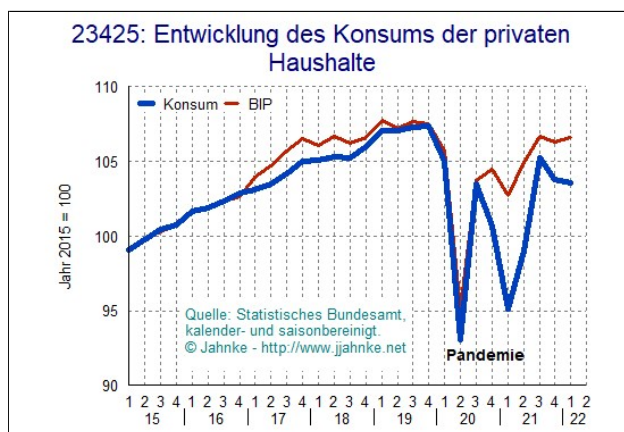
23427: Entwicklung der Netto-Löhne und der Inflation gegenüber Vorjahresquartal in %



Belastung durch Lebensmittelpreise

Anteil der Befragten, die durch Lebensmittelpreise finanziell (äußerst) stark belastet werden, bei einem Haushaltseinkommen von monatlich ...





Die Inflation ist im Mai um 7,9 % gegenüber dem Vorjahreswert gestiegen, bei Nahrungsmitteln sogar um 11,1 % (Abb. 21230). Sie erreichte damit im dritten Monat in Folge einen neuen Höchststand im vereinigten Deutschland. Krieg und Inflation, die beiden in meinem Buch beschriebenen Apokalypsen, sind nach einer neuen Umfrage für eine Mehrheit der Deutschen extrem belastend und erzeugen große Sorgen (Abb. 23424). Seit dem 4. Quartal 2021 übersteigt die Inflation auch die Entwicklung der Löhne (Abb. 23427). Im ersten Quartal 2021 sanken die Real-Löhne schon um 1,8 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Hersteller von Lebensmitteln und Getränken haben ihre Preise in Deutschland einer neuen Studie zufolge seit Anfang 2021 bereits um durchschnittlich 16,6 % angehoben. Am stärksten waren die Aufschläge bei Produkten des täglichen Bedarfs, darunter Öle und Fette (53 %), Mehl (28 %) und Nudeln (19 %). Im Handel sind die Preise bis Ende 2021 schon um 15,9 % gestiegen und für dieses Jahr werden weitere 10 % erwartet, was zusammen schon mehr als ein Viertel an Steigerung ausmacht.

Die Belastung durch steigende Lebensmittelpreise trifft dabei besonders Haushalte von weniger als 4.500 Euro Monatseinkommen mit einer starken Betroffenheit, die von 53 % bis 76 % mit auf 1.300 Euro fallendem Einkommen ansteigt. Der private Konsum, der für die Wirtschaftsentwicklung so wichtig ist, befindet sich schon im zweiten auf einander folgenden Quartal im Abstieg (Abb. 23425) und wird bei anhaltender Inflation weiter einbrechen und immer mehr in die Stagflation führen.